BESSEREN NÄHR- UND SIEDLUNGSRAUM SCHAFFEN

DIE SCHWEIZER INNENKOLONISATION IM KONTEXT DER ERNÄHRUNGSKRISE 1917/1918

Inauguraldissertation
an der Philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern
zur Erlangung der Doktorwürde
vorgelegt von
Daniel Burkhard, von Lützelflüh (BE)
2021

Für die Veröffentlichung leicht überarbeitete Version des Manuskripts vom 23. November 2019

Begutachtet von

Prof. Dr. Christian Rohr, Historisches Institut der Universität Bern
und
Dr. Peter Moser, Archiv für Agrargeschichte, Bern

Originaldokument gespeichert auf dem Webserver der Universitätsbibliothek Bern

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 2.5. Schweiz Lizenzvertrag lizenziert. Um die Lizenz anzusehen, gehen Sie bitte zu https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/ oder schicken Sie einen Brief an Creative Commons, 171 Second Street, Suite 300, San Francisco, California 94105, USA.

source: https://doi.org/10.48549/3200 | downloaded: 5.5.2024

Urheberrechtlicher Hinweis
Dieses Dokument steht unter einer Lizenz der Creative Commons Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Keine Bearbeitung 2.5 Schweiz.
http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Sie dürfen:

dieses Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung. Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen.

Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.

Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte nach Schweizer Recht unberührt.

Eine ausführliche Fassung des Lizenzvertrags befindet sich unter
http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/legalcode.de

1 EINLEITUNG 8

1.1 HERANFÜHRUNG 8

1.1.1 Forschungsinteresse 9
1.1.2 Zum Krisenbegriff 11
1.1.3 Die Ernährungskrise in der Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs 14
1.1.4 Fragestellung 17

1.2 FORSCHUNGSSTAND UND NARRATIVE 19

1.2.1 Der Erste Weltkrieg gilt als «total» und «global» 19
1.2.2 Die Schweiz im globalen Wirtschaftskrieg 1914-1918 20
1.2.3 Die Ernährungskrise als Überlappung von fehlenden Zugangsmöglichkeiten und einer Verknappung des Angebots 22
1.2.4 Kein Sonderweg – Die Schweiz als internationales Fallbeispiel 23
1.2.5 Das Phänomen «Innenkolonisation» als Gegenstand einer historischen Untersuchung 25

1.3 «SOCIAL ENGINEERING» ALS THEORETISCHES KONZEPT ZUR ANLEITUNG DER UNTERSUCHUNG 28

1.3.1 «Social Engineering» als Antwort auf die Herausforderungen in der Moderne? 28
1.3.2 Charakteristika des Social Engineering 31

1.4 QUELLENLAGE UND AUFBAU DER ARBEIT 34

2 DIE SOZIALE FRAGE UND DIE AGRARFRAGE UM 1900 37

2.1 DIE WOHNUNGSFRAGE ALS KERN DER SOZIALEN FRAGE 38

2.1.1 Krankheiten, Hygiene und Disziplinierung 40
2.1.2 Moral, Familie und Eigentum 42
2.1.3 Klassenbewusstsein, revolutionäres Reservoir und Wohnen 45
2.1.4 Landflucht, Zivilisationskritik und Gartenstadt-Pläne 48

2.2 HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT IN EINEM GLOBALISIERTEN UND INDUSTRIALISIERTEN UMFELD 53

2.2.1 Globalisierung des Agrarmarktes 54
2.2.2 Unbehagen in der Landwirtschaft 55
2.2.3 Internationale landwirtschaftliche Kongresse 1889-1905 58
2.2.4 Strukturanpassungen in der schweizerischen Landwirtschaft 59
2.2.5 Diskussionen um Nahrungsmittelsicherheit 63

2.3 ZWISCHENFAZIT 70

3 KRIEG UND KRISE 73

3.1 1914-1916: VERMEINTLICHE STABILITÄT DER VERSORGUNGSPOLITIK 75

3.1.1 Panikkäufe und Exportstopp bei Kriegsausbruch 77
3.1.2 Wiederaufnahme der Exporte und Etablierung der Schweizerischen Käseunion 79
3.1.3 Wirtschaftskrieg und Kompensationshandel 1914-1916 81
3.1.4 Schweizerische Nahrungsmittel-Versorgungspolitik in den ersten beiden Kriegsjahren 83

3.2 1916-1918: NAHRUNGSMITTELENGPÄSSE ZEICHNEN SICH AB 85

3.2.1 Einbruch in der schweizerischen Milchproduktion als Auftakt der Krisenphase 85
3.2.2 Baisse beim Getreideimport ab 1916 88
3.2.3 Verschärfungen des Wirtschaftskriegs ab 1916 88
3.2.4 Versorgungssicherheit oder Neutralität – Die Schweiz in der Zwickmühle 89
3.2.5 Bedrohliche Situation auf dem schweizerischen Lebensmittelmarkt und geplante Umstellung der Ernährung 90

3.3 1917-1918: ANPASSUNG DER MASSNAHMEN BEI DEN BEHÖRDEN 93

3.3.1 Hebung der inländischen Nahrungsmittelproduktion ab Winter 1916/1917 93
3.3.2 Versorgung als Problem der Produktion: eine neue Sichtweise 95
3.3.3 Vegetabile Produktion statt Milchwirtschaft 97
3.3.4 Die Urbarmachung von brachliegenden Flächen 99
3.3.5 Arbeitskräftebeschaffung und Arbeiterkonflikte 99
3.3.6 Propaganda und Aufklärung mit dem Ziel der Hebung des inländischen Anbaus 102
3.3.7 Schwierige Beschaffung von agrarischen Hilfsmitteln 103
3.3.8 Versorgung als Aufgabe des «ganzen Volkes» 104

3.4 1915-1918: ZUSPITZUNG DER KRISE UND KONFLIKTE ZWISCHEN STADT UND LAND 106

3.4.1 Der Briefwechsel zwischen Robert Grimm und Ernst Laur bei Kriegsausbruch 107
3.4.2 Teuerungsdemonstrationen ab 1915 111
3.4.3 Die Versorgung mit Lebensmitteln als Vehikel in der politischen Debatte 114

3.5 ZWISCHENFAZIT 119

4 ANSÄTZE ZUR KRISENÜBERWINDUNG 1917/1918 123

4.1 DIE KRISE UND DIE SUCHE NACH POLITISCHER, GESELLSCHAFTLICHER UND WIRTSCHAFTLICHER NEUGESTALTUNG 1917/1918 123

4.2 DER FAMILIENGARTENVEREIN ZÜRICH – DIE UNGEPLANTE ÖKONOMISIERUNG DES STADTGRÜNS 126

4.2.1 Familiengärten und Paul Pflügers Perspektiven 127
4.2.2 Zielsetzungen und Vereinsgründung 130
4.2.3 Ökonomisierung der Familiengarten-Bewegung in der Krise 133

4.2.4 Umsetzungsschwierigkeiten und Konflikte mit der Landwirtschaft um Boden 136

4.3 DIE INDUSTRIELLE LANDWIRTSCHAFT – INTEGRATION DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT IN DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION 139

4.3.1 Hans Bernhards Perspektive auf die Ernährungskrise und die Zukunft der Landwirtschaft 140
4.3.2 Zielsetzung der industriellen Landwirtschaft 143
4.3.3 Methoden zur Umsetzung der industriellen Landwirtschaft 144
4.3.4 Reaktionen der Sozialdemokraten auf die industrielle Landwirtschaft 147

4.4 DER VSK UND DIE SCHWEIZERISCHE GENOSSENSCHAFT FÜR GEMÜSEBAU – DIE KONSUMENTEN ZU PRODUZENTEN MACHEN 148

4.4.1 Zur Verständigungspolitik von Bernhard Jäggi mit Ernst Laur 149
4.4.2 Den Anbau von Gemüse genossenschaftlich fördern – Vom VSK zur SGG 152
4.4.3 Über eine komplementäre Perspektive zur Integration von Konsumenten und Landwirten 153
4.4.4 Die SGG in Verwandtschaft zur SVIL 155
4.4.5 Burgfrieden bezüglich der Versorgungskrise – Unterstützung der SGG durch Robert Grimm im September 1918 157
4.4.6 Das langfristige Ziel Bernhard Jäggis, mit der Genossenschaftsbewegung eine «organische Gemeinschaft» zu realisieren 158

4.5 L'ASSOCIATION DES PRODUCTRICES DE MOUDON – EMANZIPATION UND GESELLSCHAFTLICHER AUSGLEICH ÜBER MARKTFORMEN 161

4.5.1 Die Neugestaltung des Konsums als Möglichkeit zur Emanzipation der Frauen in der ländlichen Gesellschaft 161
4.5.2 Die Association des Productrices de Moudon im Sommer 1918 164

4.6 «DIE SOZIALE FRAGE IST EINE AGRARISCHE FRAGE» – LINKE UND LINKSRADIKALE ANSÄTZE ZUR VEREINIGUNG VON LANDWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE 166

4.6.1 Kontext: Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie 167
4.6.2 Peter Kropotkin und die Agrarfrage 169
4.6.3 Gustav Landauers Vorstellungen von einem agrarisch geprägten Sozialismus 171
4.6.4 Das Agrarprogramm der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz 172
4.6.5 Der «Sozialistische Bund» als Siedlungsinitiator 177
4.6.6 Die «Alte Vogtei» auf dem Zürcher Herrliberg 179
4.6.7 Das Siedlungsideal von Alfred Bietenholz-Gerhard 183
4.6.8 Die Krise als Chance für die sozialistische Utopie 185

4.7 ZWISCHENFAZIT 186

5 KONTEXT: DAS PHÄNOMEN «INNENKOLONISATION» 189

5.1 EINE INHALTLICHE ANNÄHRUNG AN DIE «INNENKOLONISATION» 189

5.1.1 Meliorationen 192
5.1.2 Meliorationen als Ausdruck der Agrarmodernisierungen bzw. der Agrarfrage 194
5.1.3 Siedlungswesen 195

5.2 ZWEI BEISPIELE EUROPÄISCHER INNENKOLONISATION IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT 196

5.2.1 Das Zuiderzee Projekt in den Niederlanden 197
5.2.2 Die «Bonifica Integrale» im faschistischen Italien 199

5.3 DIE INNERE KOLONISATION IM DEUTSCHEN REICH 1886-1918 202

5.3.1 Moorbrandkultur im Nordwesten Preussens 202
5.3.2 Die Innenkolonisation in Preussen als Mittel national- und sozialpolitischer Massnahmen 203
5.3.3 Soziale Mobilität und Sicherheit in den ländlichen Gesellschaften im Osten Preussens 205
5.3.4 Max Sering als transnationaler Agent der Inneren Kolonisation 208
5.3.5 Die Propagandazeitschrift «Archiv für Innere Kolonisation» 210
5.3.6 Innere Kolonisation als Chance zur Neuordnung der Gesellschaft 212

5.4 ZWISCHENFAZIT 218

6 INNENKOLONISATION IN DER SCHWEIZ 221

6.1 VORGESCHICHTE DER INNENKOLONISATION IN DER SCHWEIZ VOR 1914 221

6.1.1 Die grossen Flusskorrektionen im 19. Jahrhundert in der Schweiz 221
6.1.2 Das schweizerische Meliorationswesen um 1900 223
6.1.3 Die Strafkolonie Witzwil als frühes Beispiel der Innenkolonisation in der Schweiz 232

6.2 DIE VISION VON EINER SCHWEIZERISCHEN INNENKOLONISATION 236

6.2.1 Wesentliche Topoi im Projekt der Innenkolonisation nach 1918 238
6.2.2 Vorgesehene Aktivitätsfelder der Innenkolonisation in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg 250

6.3 VERSUCHTE INSTITUTIONALISIERUNG DER INNENKOLONISATION ALS GEMISCHTWIRTSCHAFTLICHES PROJEKT IN DER FRÜHEN ZWISCHENKRIEGSZEIT 272

6.3.1 Hans Bernhards Entwurf eines eidgenössischen Siedlungsgesetzes im Jahr 1920 273
6.3.2 Die Beziehungen zwischen der SVIL und dem Bund 275
6.3.3 Die Innenkolonisation als Massnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 278
6.3.4 Partielle Auswanderung aus Städten 280
6.3.5 Förderung der Auswanderung durch den Staat und SVIL ab 1922 284
6.3.6 Ausblick: Die weitere Entwicklung der SVIL in der Zwischenkriegszeit 290

6.4 ZWISCHENFAZIT 297

7 SCHLUSSFAZIT 301

7.1 ZUSAMMENFASSUNG 301

7.2 SCHLUSSBETRACHTUNGEN UND AUSBLICK 306

8 VERZEICHNISSE 309

8.1 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 309

8.2 ABBILDUNGS- UND GRAFIKVERZEICHNIS 311

8.2.1 Abbildungsverzeichnis 311

8.2.2 Verzeichnis der Grafiken 311

8.3 BIBLIOGRAFIE 312

8.3.1 Ungedruckte Quellen 312

8.3.2 Gedruckte Quellen und Literatur mit Quellencharakter 315

8.3.3 Literatur 327

Vorwort und Dank

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine für die Veröffentlichung leicht überarbeitete Version des zur Begutachtung eingereichten Manuskripts vom November 2019. Die Arbeit wurde hinsichtlich einiger inhaltlicher Fehler sowie sprachlichen Ungenauigkeiten nochmals überarbeitet und um in der Zwischenzeit erschienene zentrale Publikationen zum Thema ergänzt.

Eine schriftliche Arbeit dieses Umfangs kann nie allein realisiert werden. Daher sei an dieser Stelle allen gedankt, die einen Beitrag zum Gelingen der vorliegenden Arbeit geleistet haben.

Der hauptsächliche Dank gilt meinem Betreuer, Prof. Dr. Christian Rohr, der mich während fünf Jahren immer wieder fachkundig und wohlwollend unterstützt hat. Trotz seines hohen Arbeitspensums stand seine Tür immer für die Diskussion von allerlei fachbezogenen und anderen Problemen offen. Genauso möchte ich meinem Zweitbetreuer, Dr. Peter Moser, ganz herzlich danken. Über eine Anstellung im Jahr 2011 als Hilfsassistent im Archiv für Agrargeschichte in Bern hatte ich bei ihm die spannende Welt der Agrargeschichte kennengelernt. Peter Moser hat mir seither immer wieder Raum für kritische fruchtbare Diskussionen geboten, mich unterstützt und mir in Momenten des Zweifels Mut zugesprochen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Auch Dr. Juri Auderset, ebenfalls vom Archiv für Agrargeschichte in Bern, hatte immer ein offenes Ohr für inhaltliche Fragen und hat mir oftmals mit Hinweisen auf interessante Archivbestände und Artikel wichtige materielle Impulse für die Arbeit gegeben.

Ferner sei insbesondere Dr. Chantal Camenisch, Dr. Benedikt Meyer, Dr. Melanie Salvisberg, Dr. Gabriela Schwarz-Zanetti und PD Dr. Daniel Segesser gedankt, die mich – nicht nur – während meiner Abschlussphase stets hervorragend beraten und mir auch menschlich immer wieder einen Ruhepunkt im Arbeitsalltag geboten haben.

Ebenso wäre die Arbeit ohne das Beisein von Julia Collins, Anna-Pierina Godenzi, Lukas Heinzmann, Dr. Heli Huhtamaa, Therese Meier, Prof. em. Dr. Christian Pfister, Nina Schläfli, Dr. des. Markus Sieber, Dr. Benjamin Spielmann, Dr. Martin Stuber, Dr. Alexandra Vlachos, Dr. Oliver Wetter, Tamara Terry Widmer, Dr. Rahel Wunderli, Isabelle Vieli und Hedy Werthmüller nicht halb so spannend, interessant, bereichernd und erfolgreich gewesen.

Die Bodenhaftung und den Humor habe ich nicht zuletzt auch dank meiner Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen, meinen Freundinnen und Freunden und meiner Familie, auch in mühsamen Arbeitsmomenten, nie verloren.

Insbesondere sei an dieser Stelle meiner engsten Familie - Katarina, Lea, Matej, Madeleine und Andreas - ganz herzlich für ihre Geduld, ihre immer ermunternden Worte und die Zuneigung gedankt.

Euch allen gebührt ein grosses «Merci»!

1 Einleitung

1.1 Heranführung

In den Jahren 1816/1817 hatte die Schweizer Bevölkerung[1] unter der letzten grossen Hungersnot in der Schweizer Geschichte gelitten. Eine Kaskade von Faktoren hatte damals dieses katastrophale Ereignis verursacht und damit den Menschen ihre Ohnmacht und Verletzlichkeit durch eine komplexe existenzielle Bedrohung offengelegt.[2]

Im 19. Jahrhundert wurden die europäischen Gesellschaften durch die Industrialisierung in praktisch allen Lebensbereichen rapide transformiert.[3] Dank technischen Entwicklungen und Verbesserungen im Transportwesen – vor allem durch die Eisenbahn und Schifffahrt - konnte ein weltumspannender Handel, selbst mit schnell verderblichen Nahrungsmitteln, etabliert werden. Internationale Verträge garantierten die Aufrechterhaltung des globalen Warenstroms und sollten sogar auch die Versorgung mit Lebensmitteln in zwischenstaatlichen Krisenzeiten garantieren. Die Landwirtschaft konnte dank internen Rationalisierungs- und Professionalisierungsprozessen trotz rückläufiger menschlicher Arbeitskraft immer mehr Nahrungsmittel produzieren. Kurz: Die Gefahr einer erneuten Hungersnot schien gebannt und die Erfahrungen von 1816/1817 gerieten in Vergessenheit.

Doch hundert Jahre später drohte in der Schweiz erneut eine krisenhafte Verknappung von Lebensmitteln. Denn während des Ersten Weltkriegs verdichteten und überlagerten sich mehrere problematische Faktoren, die sich bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelt und im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen ein komplexes Cluster gebildet hatten, das in den Jahren 1916-1918 zu einer existentiellen Bedrohung für die Schweizer Bevölkerung anwuchs. Diese Situation wird in der vorliegenden Arbeit als «Ernährungskrise»[4] bezeichnet.

Es kristallisierte sich die schmerzhafte Erkenntnis heraus, dass auch modernste Errungenschaften und vermeintlich stabile Handelsnetzwerke im Kriegsfall keine Garantie gegen Nahrungsmangel bieten konnten. Die Schweiz hatte aber letztlich Glück im Unglück, denn der internationale Handel setzte auf dem Höhepunkt der Ernährungskrise im August 1918 wieder ein.[5] Ein vollständiger Zusammenbruch des Nahrungssystems (Produktion, Verteilung und Verwendung) konnte

---

1 In der vorliegenden Arbeit wird aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit auf eine konsequent gender-gerechte Sprache verzichtet. Wenn also von der Bevölkerung die Rede ist oder später vielerorts Akteure erwähnt werden, schliesst dies in der Regel Angehörige aller Geschlechter mit ein. Wo eine explizite geschlechtliche Zuordnung aus analytischen Gründen angezeigt ist, wird diese entsprechend kenntlich gemacht.

2 Vgl. Krämer 2015.

3 Vgl. Blom 2011: 13-14.

4 Genauere Bestimmung des in der Arbeit verwendeten Begriffs unter 1.1.2.

5 Vgl. Weber 2016: 131-135.

daher vermieden und schwere Hungersnöte für breite Bevölkerungsschichten abgewendet werden.[6] Andere Weltregionen, so wie beispielsweise das Nachbarland Deutschland, sahen sich bereits ab 1915 mit konkreten Hungersnöten konfrontiert.[7] Inmitten des Kriegs realisierten modernste Gesellschaften, dass die Ernährungsfrage auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts mitnichten gelöst war und krisenhafte Disruptionen des Versorgungssystems, wie sie bei kriegerischen Ereignissen eigentlich zu erwarten sind, zu einer Katastrophe führen konnten.
Vor dem Hintergrund dieser Ernährungskrise im Ersten Weltkrieg fanden in der Schweiz Experten und Laien aus Industrie, Arbeiterschaft, Genossenschafts- und Reformbewegungen sowie Behörden und Kirchen zusammen, um die Beschaffenheit der Verhältnisse in der Nahrungsmittelproduktion, -distribution, aber auch die Trennung von urbanen und ruralen Räumen, zu diskutieren und Entwürfe für eine krisenresistentere Gesellschaft zu skizzieren. Dabei orientierten sie sich teilweise an zeitgenössischen internationalen Problemlösungsstrategien und adaptierten diese auf die schweizerischen Verhältnisse.

Von diesen Entwürfen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung, den dahinterstehenden Ideen und den handlungsanweisenden Problemen, die sich zwar im Ersten Weltkrieg verdichteten und offenbarten, aber bereits vor 1914 strukturell wirksam geworden waren und auch über den Krieg hinaus wirksam bleiben sollten, soll im Folgenden die Rede sein.

1.1.1 Forschungsinteresse

Nach den europäischen Umländern kam es in den Jahren 1917/1918 auch in der neutralen Schweiz zu einer krisenhaften Zuspitzung und Überlagerung diverser kultureller, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme. Während viele dieser politischen und sozialen Verwerfungen bereits Gegenstand historischer Analysen geworden sind, fristete die schweizerische Ernährungskrise in der historischen Forschung bisher noch ein Nischendasein[8]. Diese wird nun in der vorliegenden Arbeit als Ausgangspunkt der Analyse der Innenkolonisation dienen.
Die Wahl dieses thematischen Bereichs soll einen Beitrag zum Verständnis des Entstehens von Krisen und den dabei ablaufenden «fundamentalen Lernprozessen»[9] leisten. Es sollen dabei vor allem Strukturen offengelegt und dabei entstehende Denkprozesse in den Vordergrund gerückt werden, um nachzeichnen zu können, wie sich Menschen verhalten, wenn die bisherigen Regeln

---

6 Vgl. Krämer 2015: 103-104.
7 Vgl. Langthaler 2014; Pitts 2018; Roerkohl 1991.
8 Ausnahmen bilden die Arbeiten von Maria Meier, welche die Versorgungskrise in der Stadt Basel während des Ersten Weltkriegs in den Fokus nimmt sowie die Arbeiten von Juri Auderset und Peter Moser. Vgl. Auderset, Moser 2012; Auderset, Moser 2018b; Meier 2014; Meier 2017; Meier 2018; Meier 2020, Moser 2000; Moser 2014; Moser 2016.
9 Siegenthaler 2012: 31-44.

und Handlungsangebote nicht mehr zur Lösung von existentiellen Problemen taugen.[10] Woran orientieren sich die Betroffenen, wie gehen sie die Problemlösung in einem Moment maximaler Orientierungslosigkeit an? Durch die Erfahrung einer Krise werden die betroffenen Menschen in einen Zustand katapultiert, der zu einer Neuorientierung zwingt. Wo traditionelle Bewältigungsstrategien abbrechen und gleichzeitig ein existentielles Problem – wie hier die Ernährungskrise – zum Handeln drängt, sind rasche und kreative Lösungen gefragt.

Krisen und deren Bewältigungsstrategien weisen in den allermeisten Fällen eine Vorgeschichte auf und bestimmen den Untersuchungszeitraum mit. Es erscheint sinnvoll, den diskursiven Kontext nicht entlang scharfer Trennlinien zwischen dem «langen 19. und dem kurzen 20. Jahrhundert»[11] zu definieren, sondern, inhaltlich bedingt, vielmehr die «Phase des Übergangs zwischen 1880-1930»[12] als zeitlichen Rahmen der Arbeit zu wählen, zumal inhaltliche Kernelemente der Krisenbewältigungsstrategien (wie beispielsweise die sogenannte Innenkolonisation, in der methodische Anbauverbesserungen im Inland vorgenommen werden) bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert in Erscheinung getreten waren. Ferner scheint es, dass die Umbruchszeit vom 19. zum 20. Jahrhundert einen «Aufbruch in die Moderne»[13] darstellt, die sich durch die Gleichzeitigkeit von gesellschaftlichen Aufbruchs- und Krisenstimmungen charakterisieren lässt.[14] Die Industrialisierung hatte erhebliche Veränderungen auf ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller und technischer Ebene mit sich gebracht, zu denen sich die Menschen «gesellschaftspolitisch verhalten»[15] mussten. Pessimistische Weltuntergangsperspektiven wurden von Reformbewegungen konterkariert, welche die Umbrüche der Zeit als «Eröffnung eines bislang ungeahnten Möglichkeitsraumes»[16] begriffen, der gestaltet werden wollte. Utopische Vorstellungen von *gerechten Gesellschaften*, *neuen Menschen* und generell von Wegen zu einem besseren Leben, trieben inmitten der Gesellschaft ihre Blüten.[17]

Ferner scheint die gewählte Periodisierung nicht nur wegen der Mentalität sinnvoll, sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen der Zeit. Zudem hatte die Industrialisierung die sogenannte «soziale Frage» akzentuiert, die im ausgehenden 19. Jahrhundert vor allem mit dem Fehlen bzw. der Schaffung von qualitativ und quantitativ ausreichendem Wohnraum für ärmere Schichten in den Städten gleichgesetzt worden war. Die Landwirtschaft hingegen sah sich mit technischen Erneuerungen im Bereich des Transportwe-

---

10 Vgl. Bauman 1992: 12-13.

11 Zur Periodisierung des «Langen 19.»und des «Kurzen 20. Jahrhunderts» (ca. 1789-1914 und 1914-1989) vgl. beispielsweise Bauer 2017; Hobsbawm 2008; Kocka 2004.

12 Weipert 2006: 18-19.

13 Nitzschke, Ritter, Peukert 1990.

14 Vgl. Nitzschke, Ritter, Peukert 1990; Stone 1999; Weipert 2006: 19.

15 Etzemüller 2012: 129.

16 Etzemüller 2012: 129.

17 Vgl. Etzemüller 2012: 129.

sens konfrontiert, was die lokalen agrarischen Produkte der Konkurrenz des internationalen Marktes aussetzte und die Landwirtschaft dementsprechend mit Anpassungen an neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen herausforderte.

Im Jahr 2011 beschreibt der Historiker Philipp Blom Europa bis 1914 als «taumelnden Kontinent»[18], der atemlos und getrieben in die «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts»[19] stürzte. Der Erste Weltkrieg müsse dabei nicht zwingend als Zäsur gelesen werden, sondern könne auch als Katalysator dieser Übergangszeit in die Moderne begriffen werden.[20] Alexander Nützenadel plädiert seinerseits 2007 beispielsweise dafür, den Ersten Weltkrieg nicht als jähen Abschluss einer Epoche zu verstehen, sondern vielmehr als Phase, in der sich die vielfältigen Herausforderungen der Zeit «krisenhaft zuspitzte[n]».[21]

1.1.2 Zum Krisenbegriff

Der Begriff «Krise» ist im heutigen Alltagsgebrauch negativ konnotiert. Dieses einseitig negative Verständnis von Krise verstellt aber einen klaren Blick auf das Bewusstsein der Zeitgenossen gegenüber Krisen und ob diese Ihre Zeit tatsächlich als krisenhaft wahrnehmen.[22] Denn parallel zu einer bedrohlichen Wahrnehmung einer Situation konstituiert sich für die Zeitgenossen ein Raum an Möglichkeiten, der auch Entspannungsansätze enthalten kann, die eine positive Entwicklung aus einem krisenhaften Moment hinaus ermöglichen. Die Vorstellung, dass man generell einer Krise ausgeliefert ist und dass die Krise in jeder Hinsicht eine Verschlechterung gegenüber einem vorherigen Zustand nach sich zieht, ist somit nicht haltbar.

In Reinhart Kosellecks Krisenbegriff spitzen sich Spannungen zu und harren einer eigentlichen Entladung durch eine Entscheidung, die zu einem besseren oder einem schlechteren Zustand führen kann.[23] Dies entspricht nicht nur dem altgriechischen Verständnis des Begriffes, sondern zeigt sich insbesondere auch beim medizinischen Terminus «Krisis»[24]: Denn die Krise während einer Krankheit bezeichnet nur den Kulminationspunkt eines Krankheitsverlaufes, nach dem der Gesundungs- oder Sterbeprozess einsetzt.[25] Die Medizin versucht, mit der Diagnose eine ent-

---

18 Blom 2011.

19 Burgdorff, Wiegrefe 2004.

20 Vgl. Reimann 2004.

21 Nützenadel bezieht seine Analyse auf die Periodisierung von Globalisierungswellen und hält fest, dass gerade die erste Globalisierungswelle um die Jahrhundertwende nicht durch einen erstarrten Nationalismus beendet, sondern vielmehr «krisenhaft zugespitzt» wurde. Vgl. Möhring, Nützenadel 2007: 9; Nützenadel 2007: 13-15.

22 Vgl. Föllmer, Graf 2005: 15.

23 Das Wort „Krise" ist vom griechischen Verb κρίσις, das für ‚scheiden', ‚auswählen', ‚beurteilen', ‚streiten', ‚sich messen' und ‚kämpfen' steht, abgeleitet. Und das Nomen ‚Krisis' ist gleichbedeutend mit ‚Scheidung', ‚Streit' und ‚Entscheidung'. Eine Krise kann folglich als Situation verstanden werden, in der betroffene Zeitgenossen ihre Situation neutral nur als Wendepunkt beurteilen, auf den eine Entscheidung folgt. Vgl. Koselleck 1982: 617.

24 Koselleck 1982: 617.

25 Vgl. Koselleck 1982: 618.

sprechende Prognose zum Krankheitsverlauf zu erstellen, und schlägt gegebenenfalls angemessene Massnahmen vor, um einen positiven Ausgang des Krankheitsverlaufs zu ermöglichen.
Auf den sozio-politischen Bereich angewendet kann ein breiter gefasster, und somit auch neutralerer, Krisenbegriff auch als ein zeitliches Moment verstanden werden, in dem eine Entscheidung – aufgrund von drängenden Problemen – fällig, aber noch nicht getroffen ist. Es gilt nun, zwei zentrale Aspekte von «Krise» zu reflektieren, die diesen Begriff spezifisch auch auf die folgende Analyse anwendbar machen sollte.
Denn erstens kann die Suche nach angemessenen Massnahmen zur Überwindung einer krisenhaften Situation einen Möglichkeitsraum öffnen, der für Lösungsfindungsprozesse ungleich offener ist als der entsprechende Raum in stabilen Phasen. Denn in stabilen Phasen herrscht meist ein gesellschaftliches Vertrauen - nicht nur gegenüber Experten und staatlichen Behörden, sondern auch gegenüber bestimmten Regeln des Lernens - welches erlaubt, in problematischen Situationen adäquate Lösungsmassnahmen zu generieren und das Problem im Rahmen der stabilen Phase zu lösen.[26] In Krisenmomenten hingegen bricht dieses Regelvertrauen plötzlich ab und an seine Stelle tritt eine fundamentale Unsicherheit.[27] Damit kann sich ein konstruktiver Raum für einen offenen Gedankenaustausch aufschliessen, der nicht selten von einer Phase verstärkter Experimentierfreudigkeit begleitet sein kann. An einem derartigen Prozess in einer Zeit von Ratlosigkeit können und dürfen neue Ideen partizipieren.[28] Der Phase einer fundamentalen Unsicherheit kann also mit einer Phase eines «fundamentalen Lernens» zu begegnen versucht werden.[29]
Zweitens verdichten sich in der Krise einzelne Aspekte auch zeitlich und führen zuvor sich schleichend offenbarende Strukturmängel hin zu einem eskalierenden Kulminationspunkt. Allerdings können in Krisen Handlungsoptionen durch äussere Faktoren stark dezimiert werden und durch die Beschleunigung der Ereignisse fehlt oft die für Lösungsfindungsprozesse notwendige Zeit.[30] Die fundamentalen Lernprozesse in Krisen zeichnen sich also nicht nur durch ihre relativ offenen Partizipationsmöglichkeiten aus, sondern auch durch einen vorhandenen Zeitdruck. Doch eine Gesellschaft in Krisenzeiten ist meist nicht komplett ohnmächtig. Ihre Mitglieder vernetzten sich neu und versuchen, der Krise so gut wie möglich Herr zu werden. Der herrschende Zeitdruck zwingt zu groben, grosszügigen Planungsentwürfen und zu baldigem – oft sehr experimentellem – Handeln. Die traditionelle medizinische Bedeutung des Begriffs Krise zeigt sich hier noch immer, wenn man sich vergegenwärtigt, dass durch die medizinische Diagnose einer

---

26 Zum Begriff des Regelvertrauens vgl. Siegenthaler 2012: 32.
27 Vgl. Siegenthaler 2012: 33.
28 Vgl. Mergel 2012: 15.
29 Vgl. Siegenthaler 2012: 34.
30 Zur Dimension des Zeitdrucks in Krisenmomenten vgl. Mergel 2012: 13.

Krise auch eine Prognose und, möglicherweise damit verbunden, eine Therapie im Raum steht. Denn wer eine Krise erkennt und ihre Ursprünge analysieren kann, der kann unter Umständen in der Lage sein, sie mittels Prognose und Planung zu überwinden.[31] Der herrschende Zeitdruck und die Orientierungslosigkeit können daher sehr oft in Phasen katalysierter Experimentierfreudigkeit münden.

In diesem Zusammenhang muss ferner erwähnt werden, dass über die zeitliche Abfolge von Krisen in der Forschung keineswegs Einigkeit besteht, allzu unterschiedlich sind deren Strukturen. So können Krisen als langfristiger Wandel oder zeitlich beschränkte Zuspitzungen auftreten, sie können sich wiederholen oder auch einzigartig sein.[32] Insbesondere die Moderne zeichnet sich durch permanenten Wandel und ständige Umbrüche aus.[33] Allerdings sind es nach wie vor die vereinzelten Zuspitzungen, welche eine Krise für breitere Bevölkerungsschichten wahrnehmbar machen und entsprechend grösser ist dann der Handlungsdruck. Oftmals werden erst in den Momenten einer Zuspitzung die bereits zuvor latent schwelenden Krisen evident.

Wie bereits erwähnt, einzelne Krisen oder Krisenaspekte können sich überlagern, verdichten und vereinen. Die Erfahrung von krisenhaften Situationen kann aber Räume öffnen, in denen fundamentale Lernprozesse und experimentelles Handeln möglich werden. Diese Räume können sich durch eine relative Offenheit gegenüber einer erweiterten Partizipation an Lösungsfindungsprozessen auszeichnen. Ferner besteht, neben der Erfahrung und der Analyse der latent vorhandenen Krisenmomente in der Gesellschaft, oft auch ein normatives, handlungsmotivierendes Moment, durch die Analysierbarkeit der Krise möglicherweise auch deren vollständige oder teilweise Überwindung herbeizuführen. Es handelt sich also insgesamt um eine Zuspitzung von Spannungen, die eine Entscheidung erzwingt. Dieser Raum für mögliche Entscheidungen soll nun untersucht werden.

Dieses Unterfangen verlangt zudem, dass die Verwendung des zentralen Begriffs «Ernährungskrise» hier kurz erläutert wird. Eine Ernährungskrise kann von einer individuellen Perspektive her wahrgenommen werden. In diesem Fall geht die Ernährungskrise oftmals mit einem direkt erlebten Mangel an einem Nährstoff einher. Beispielsweise eine Unterversorgung an Vitaminen kann gesundheitliche Folgen für das konsumierende Individuum haben.

In der vorliegenden Arbeit soll der Begriff Ernährungskrise aber nicht von diesem individuellen, physiologischen Verständnis aus betrachtet werden, sondern hier soll vielmehr der versorgungstechnische, volkswirtschaftliche Aspekt des Begriffs in den Vordergrund gerückt werden. Es geht darum, eine Krise zu erfassen, welche das Nahrungssystem einer Gesellschaft im Ganzen getrof-

---

31 Vgl. Koselleck 1982: 631.
32 Vgl. Koselleck 1982: 635.
33 Vgl. Mergel 2012: 13.

fen hat. Wenn in der vorliegenden Arbeit von Ernährungskrise gesprochen wird, so adressiert der Autor den Bereich eines umfassenden Nahrungssystems, dass sowohl Produktion, Beschaffung, Verteilung und Verwendung adressiert. [34] Insbesondere soll die Beziehung von Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln anhand wirtschafts-räumlicher Überlegungen der Zeitgenossen während der Krisenzeit thematisiert werden. Vor diesem Hintergrund ist auch der hier gewählte Begriff der Ernährungskrise zu verstehen.

1.1.3 Die Ernährungskrise in der Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs

Die Jahre 1917/1918 dürfen fraglos als Moment einer derart krisenhaften Zuspitzung verstanden werden. Denn damals führten Missernten, internationale Verschärfungen in der wirtschaftsstrategischen Kriegsführung sowie agrar- und wirtschaftspolitische Weichenstellungen der Vorkriegsjahre zu einer eigentlichen Versorgungskrise und liessen die Schweizer Bevölkerung sogar eine Hungersnot befürchten.[35] Gleichzeitig wirkte die Versorgungskrise als Beschleuniger der sozialen Konflikte

Die Ernährungskrise der Jahre 1917/1918 in der Schweiz bietet die Möglichkeit, strukturelle Probleme der Produktion und Distribution von Lebensmitteln offenzulegen und die zeitgenössischen Bewältigungsstrategien zu analysieren.

Parallel zur Versorgungskrise bestand eine soziale Frage, die die im Zusammenhang mit der Industrialisierung entstandenen sozialen Probleme des 19. und frühen 20. Jahrhunderts umschreiben. Während im 19. Jahrhundert lange die Armut und später arbeitsrechtliche und sozialpolitische Aspekte den Kern der sozialen Frage ausgemacht hatten, so rückte gegen Ende des 19. Jahrhunderts die städtische Wohnungsnot in deren Mittelpunkt.[36]

Ein weiterer Bereich, der durch die Industrialisierung ebenfalls eine prägende Transformation erlebt hatte, war die Landwirtschaft. Zahlreiche Agronomen und Politiker beschäftigten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit der Frage nach deren künftigen Rolle in einer zunehmend industrialisierten Gesellschaft.[37] Im Begriff «Agrarfrage»[38] fokussiert sich ein Problem, das Juri Auderset und Peter Moser so formulierten:

---

34 Die Definition des Begriffs «Nahrungssystem» geht zurück auf Daniel Krämer. Vgl. Krämer 2015: 103.

35 Vgl. Pfister 2016a.

36 Vgl. Degen 2012b.

37 Die Debatte zwischen den Sozialdemokraten Karl Kautsky und Eduard David über die künftige Rolle der Landwirtschaft ist dafür ein herausragendes Beispiel. Während Kautsky – der schon in der Schrift von 1899 die Frage nach einer modernen Rolle der Landwirtschaft als «Agrarfrage» bezeichnete – davon ausging, dass die Industrie als wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Prozesses auch der Landwirtschaft künftig die Arbeits- und Rationalisierungsgebote auferlegen werde, entgegnete David, dass die Produktionsprozesse in Landwirtschaft und Industrie gänzlich unterschiedlich seien und daher eine Integration der Landwirtschaft in ein industriell geprägtes Arbeitsparadigma scheitern müsse. Vgl. Kautsky 1899/1966; David 1903/1922. Vgl. dazu auch Auderset, Moser 2018a: 16-20 und Auderset 2017: 293-315. - Siehe ebenfalls Kapitel 4.6.1

38 Kautsky 1899/1966.

> «Was ist eigentlich Landwirtschaft unter den Bedingungen der industriekapitalistischen Transformation der modernen Gesellschaft und welche Wissensformen und Erkennungspraktiken sind für deren zukünftige Gestaltung erforderlich?»[39]

Diese Frage nach der Rolle der Landwirtschaft in der industrialisierten Gesellschaft wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert überwiegend mit Rationalisierungs- und Professionalisierungsprozessen beantwortet, die sich weitgehend an der Marktlogik eines weltumspannenden Handels orientierten. So wurden in der landwirtschaftlichen Produktion regionale Spezialisierungen durch den internationalen Handel ausgeglichen. Die oftmals staatlich geförderten Umgestaltungsprozesse brachten damit auch in ländlichen Gesellschaften Veränderungen der Arbeits- und Alltagswelt mit sich. Die Agrarfrage äusserte sich um 1900 beispielsweise in Fragen der Bodenverschuldung und der oftmals dadurch mitverursachten Abwanderung von bäuerlichen Arbeitskräften in andere Wirtschaftsbranchen, aber auch in der Umformung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen in einem zunehmend von industrieller Logik geprägten Handels- und Denkrahmen.

Die Ernährungskrise von 1917/1918 ihrerseits intensivierte die Debatte um die künftige Gestaltung der Landwirtschaft. Ähnliche Auseinandersetzungen waren bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge der damaligen Wirtschaftskrise – nicht nur in der Schweiz, sondern beispielsweise auch in Deutschland im Rahmen der Debatte «Agrar- oder Industriestaat»[40] – geführt und damals primär zugunsten einer Anpassung der Landwirtschaft an die globalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entschieden worden. Das bedeutete auch, dass die schweizerische Landwirtschaft vor allem auf die für den internationalen Handel lukrative Vieh- und Milchwirtschaft ausgerichtet wurde. Zudem wurde von landwirtschaftlichen Interessenvereinigungen und staatlichen Institutionen eine Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der Landwirtschaft empfohlen, welche die schweizerische Landwirtschaft gegenüber den globalen Anbietern konkurrenzfähiger machen sollte.[41]

Diese Entwicklung begünstigte allerdings eine einseitige Produktionsweise, so dass die Schweiz in der Versorgung mit Getreide, Futtermitteln und Kunstdünger fortan vom Ausland abhängig wurde, während umgekehrt die schweizerische Landwirtschaft Käse, Kondensmilch und Schokolade in den globalen Markt einspeisen konnte. Diese einseitige Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion erlaubte es, während der ersten beiden Kriegsjahre ein komplexes Tauschsystem einzurichten, das einerseits ermöglichte, die Milchpreise in der Schweiz tiefzuhalten und gleich-

39 Auderset, Moser 2018a: 16.
40 Steinkühler 1992.
41 Vgl. Baumann 1993: 52-55; Cottier 2014: 13-22.

zeitig versetzte es die Landwirtschaft in die Lage, volkswirtschaftlich wichtige Exporte zu tätigen. Mit der nasskalten Witterung von 1916/1917 und den gleichzeitigen Verschärfungen im Wirtschaftskrieg sollte dieses Versorgungssystem 1917/1918 dann allerdings zusammenbrechen.[42]
Diese landwirtschaftlichen Entwicklungslinien wirkten erwartungsgemäss massiv auf die soziale und politische Ebene ein. Aufgrund der massiven Teuerung während des Kriegs nahm die soziale Unzufriedenheit stetig zu und kulminierte schliesslich im Landesstreik von 1918, der lange nachhallte und den künftigen Umgang mit Versorgungskrisen entsprechend prägte. Eine Situation wie 1918 sollte in Zukunft unbedingt vermieden werden.

War die Versorgungssicherheit bis 1917 hauptsächlich eine Frage eines funktionierenden globalen Güterverkehrs gewesen, rückten die kriegswirtschaftlichen Massnahmen danach die inländische Nahrungsmittelproduktion in den Fokus. Während die Behörden während der Zuspitzung der Krise versuchten, die Notsituation durch partielle Massnahmen gegen die Teuerung und den Hunger in den Griff zu bekommen, wurden vermehrt Stimmen laut, welche eine grundlegende, strukturelle Reform des Beziehungsclusters *Konsum, Produktion und Verteilung* sowie eine bessere Integration der Landwirtschaft in die industrialisierte Gesellschaft forderten. Eine engere Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Industrie wurde auf dem Höhepunkt der Krise sowohl von bürgerlicher als auch linker Seite diskutiert und eine umfassende Reform der Gesellschaftsordnung angestrebt, mit dem Ziel, die Gesellschaft gegenüber künftigen Krisen resistenter zu gestalten. Nach Ansicht einiger Reformer hätten die Industrialisierungs- und Verstädterungsprozesse des 19. Jahrhunderts rund um die Versorgung und Unterbringung der Bevölkerung Probleme geschaffen, die nur durch eine grundlegende Neugestaltung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie wieder in die richtigen Bahnen gelenkt werden könne.
Die Ernährungskrise schuf also einen gemeinsamen Referenzpunkt für unterschiedliche Akteure und öffnete den bereits erwähnten Raum des Denk- und Sagbaren für neue Ansätze zur Gestaltung der Lebensmittelversorgung, aber auch für eine grundsätzliche Neugestaltung der Gesellschaftsordnung, beispielsweise entlang von Reformen im Siedlungswesen und einer damit einhergehenden Reform der Beziehung zwischen ruralen und urbanen Räumen.[43] Mit «fundamentalen Lernprozessen»[44] konnten Interventionsfelder definiert werden, welche einen gestaltenden Eingriff erforderten und das gemeinsame Ziel der Errichtung einer krisenresistenteren Gesellschaft ermöglichten, und zwar durch eine punktuelle Zusammenarbeit über die Partei- und Ideologiegrenzen hinweg.[45] Die Überzeugung, dass mittels Rationalisierungs- und Verwissenschaftli-

42 Vgl. Burkhard 2016: 239-244.
43 Vgl. Etzemüller 2009: 35.
44 Siegenthaler 2012: 33.
45 Vgl. Auderset, Moser 2012: 137–145.

chungsmassnahmen eine neue Gesellschaft planbar sei, förderte einen szientistischen Zugang der Akteure zum Problem und schuf die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Experten und experimentierfreudigen Akteuren.[46] Entlang dieser «Verwissenschaftlichung des Sozialen»[47] entwickelte sich ein utopisches Denken, welches einerseits die sozialen Konfliktlinien der Zeit um 1917/1918, als auch die versorgungs- und wohnungstechnischen Schwierigkeiten für die Zukunft ad acta legen sollte.

In der 1918 gegründeten «Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft» (SVIL) konzentrierte sich dieses utopische Denken rund um eine Neugestaltung der Gesellschaft und einer geplanten Verbindung von Industrie und Landwirtschaft.[48] Dieses ging im Wesentlichen auf eine einzelne Persönlichkeit, nämlich Hans Bernhard[49], zurück, der die Innenkolonisation in der Schweiz wesentlich geprägt hatte.

1.1.4 Fragestellung

Das eigentliche Ziel dieser Arbeit besteht darin, die Entwicklungen, die zur Ausgestaltung dieses Innenkolonisationsprojekts geführt haben, darzustellen, und die Ansätze zur Neugestaltung der Gesellschaft vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Probleme zu diskutieren. Die Krise in den Jahren 1917/1918 diente dabei, wie bereits erwähnt, als Ausgangspunkt der Analyse der vorliegenden Arbeit. Rückblickend sollen dazu die strukturellen Rahmenbedingungen sowie die internationalen Vordenker der «Innenkolonisation» untersucht und dabei auch aufgezeigt werden, dass sich grundlegende Elemente der Krise bereits vor dem Krieg abgezeichnet hatten und unter den verschärften Kriegsbedingungen dann ausser Kontrolle gerieten.

Die Krisenerfahrung mit dem schweizerischen Lebensmittelmarkt in den Jahren 1917/1918 öffneten zwei planerische Möglichkeiten. Zum einen wurden punktuelle Massnahmen als Soforthilfe zur Überwindung des Mangels entwickelt und zum anderen wurden langfristige Pläne als umfassende Massnahmen gegen die vermeintlich strukturellen Defizite der Industriegesellschaft entworfen und eine gleichzeitige Beantwortung der sozialen Frage und der Agrarfrage angestrebt. Diese Lösungsfindungsprozesse werden auch in den mentalitätshistorischen Kontext jener Zeit eingereiht, der von Verwissenschaftlichungs- und Rationalisierungsbestrebungen sowie einem

---

46 Vgl. Etzemüller 2009: 35.

47 Raphael 1996: 165–193.

48 Vgl. Bernhard 1919a.

49 Hans Bernhard (1888-1942) absolvierte die landwirtschaftliche Schule Strickhof (ZH) und studierte daraufhin Agrarwissenschaften sowie Wirtschafts- und Agrargeografie an der ETH und der Universität Zürich. Während des Studiums sammelte Bernhard viele praktische Eindrücke, auch während Forschungsreisen durch Nordamerika und Italien, unter anderem arbeitete er auch am Landwirtschaftlichen Institut in Rom (heutige FAO). 1938 wurde Bernhard für die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) in den Ständerat gewählt. Der Geoarchitekt Hans Bernhard kann durchaus als Experte im Sinne Etzemüllers verstanden werden, der als Mitgründer der «Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft» (SVIL) eine «quasi-staatliche Landwirtschafts-Planungsstelle» geschaffen hatte. Vgl. AfA-Personendatenbank; Morandi 2002.

Glauben an eine Entspannung von gesellschaftlichen Krisenmomenten durch eine ordnende und harmonisierende Planung bestimmt waren.
Ferner soll in der vorliegenden Arbeit den zeitgenössischen Vorschlägen zur Lösung der sozialen Frage und der Agrarfrage in der Schweiz unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg nachgegangen werden, denn in der Ernährungskrise von 1917/1918 hatte sich eine enge Verzahnung der beiden gezeigt. Welche Ideen wurden von der sich formierenden Industriegesellschaft vorgeschlagen, um diese Fragenkomplexe zu lösen? In welchem historischen Kontext sind sie zu verorten und gibt es zeitgenössische internationale Anknüpfungspunkte?

Aus dieser übergeordneten Fragestellung lassen sich für die Arbeit weitere wesentliche untergeordnete Forschungsfragen ableiten:

1. Welche bewussten Wahrnehmungen von Krisenzeichen existierten vor der eigentlichen Ernährungskrise 1917/1918 in der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf die soziale Frage und die Agrarfrage? Mit welchen Mitteln versuchten erste Zeitgenossen vor dem Ersten Weltkrieg diese kommenden Krisenlagen abzuwenden?
2. Welche einzelnen Entwicklungen führten im Ersten Weltkrieg zu der Kaskade von Ereignissen, die in den sozialen, politischen und ökonomischen Verwerfungen rund um die Ernährungskrise 1917/1918 resultierten?
3. Wie reagierten die Zeitgenossen auf die akute Ernährungskrise von 1917/1918? Welche Gruppen partizipierten mit welchen Zielsetzungen an Lösungsansätzen zur Überwindung der Ernährungskrise?
4. Wie ist das Projekt «Innenkolonisation» im Zusammenhang mit der Ernährungskrise von 1917/1918 zu verstehen?

1.2 Forschungsstand und Narrative

In der Erforschung der Schweizer Ernährungskrise der Jahre 1917/1918[50] hat sich in der Forschung längst der Konsens durchgesetzt, dass man ihr mit einer ausschliesslich militärisch-politischen Perspektive nicht gerecht werden kann. Die Geschichtswissenschaft behandelt den Ersten Weltkrieg heute vielmehr als «totalen Krieg».[51]

1.2.1 Der Erste Weltkrieg gilt als «total» und «global»

Das analytische Konzept des «totalen Kriegs» soll hier nicht ausführlich behandelt werden, für eine ausführliche Darstellung des Konzepts sei deshalb auf Daniel Marc Segessers Arbeit von 2014 verwiesen.[52] Es sei hier nur festgehalten, dass sich das Totale in den sogenannten totalen Kriegen unter anderem darin äussert, dass die Trennung in eine zivile und eine militärische Sphäre systematisch aufgelöst wird und diese Kriege somit «das Leben jeden Mannes, jeder Frau und jedes Kindes berührten».[53] Der totale Krieg beinhaltet eine massive Ausweitung der Anzahl betroffener Personen und Gesellschaftsbereiche. Damit geht oft einher, dass ein totaler Krieg eine globale Komponente aufweisen kann.[54] Dies äussert sich zum einen darin, dass während des Ersten Weltkriegs im Jahr 1918 nur noch wenige neutrale Staaten existierten, und auch diese stark den Konsequenzen des Kriegs ausgeliefert waren, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht.[55] Denn die Zunahme von globalen Wirtschaftsverflechtungen im 19. Jahrhundert hatte dazu geführt, dass alle industrialisierten Staaten, aber auch ihre Kolonien, wenn auch in unterschiedlichen Graden, an einer weltumspannenden arbeitsteiligen Marktlogik partizipierten.[56] Im Hinblick auf eine möglichst störungsfreie Versorgung mit Nahrungsmitteln schien dies anfänglich für viele Staaten im Zeitalter der beginnenden Globalisierung die richtige Strategie zu sein, da lokale Störungen durch alternative Zulieferungen kompensiert werden könnten. Im im Falle eines grossräumigeren Kriegs sollte sich erweisen, dass dieses Versorgungssystem zu gefährlichen Abhängigkeitsmustern

---

50 Der hier präsentierte Forschungsstand versucht die Narrative und die wichtigsten Forschungsresultate zu den zentralen Themenbereichen der Arbeit zu bündeln. Es wird weitere Literatur in der Arbeit genannt werden, deren Integration hier den Rahmen des Kapitels gesprengt hätte. Aus diesem Grund wird die weiterführende Literatur erst an den entsprechenden Stellen im Text gewürdigt.

51 Zum idealtypischen analytischen Konzept des «totalen Kriegs» vgl. Förster 1999; Chickering, Förster 2000; Chickering, Showalter, van de Ven 2012.

52 Zur Debatte über das Konzept des «totalen Kriegs» vgl. Segesser 2014.

53 Chickering 2009: 9. Vgl. auch: Meier 2020: 12.

54 Vgl. beispielsweise Segesser 2010; Segesser 2013; Segesser 2016.

55 Vgl. den Hertog, Kruzinga 2011; Frey 2000; Meier 2020:12.

56 Die zahlreiche geschichtswissenschaftliche Literatur zum Phänomen „Globalisierung im 19. Jahrhundert" ist kaum überschaubar. Für das Thema der vorliegenden Arbeit seien aber folgende Arbeiten genannt: Nützenadel 2008; Nützenadel, Trentmann 2008; O'Rourke, Williamson 1999; O'Rourke, Williamson 2002; Pohl 1989; Pohl 2007; Torp 2004; Van Molle, Segers 2013.

führte, da viele Länder sich in der Produktion für den globalen Markt spezialisiert hatten und bei Störungen des globalen Handels lokal nicht mehr auf diese zu antworten wussten.[57]

Da die Versorgung der einzelnen Länder immer stärker auf einen funktionierenden Welthandel angewiesen war, gerieten die Versorgungswege als geeignetes Ziel während der Kriegszeit vermehrt in den Fokus der kriegführenden Akteure. Es ist richtig, wie der britische Historiker Avner Offer 1989 schreibt, dass der Erste Weltkrieg «not only a war of steel and gold, but a war of bread and potatoes»[58] gewesen sei. So wurde ein Angriff auf die Versorgungslinien des Feindes und die damit erhoffte Demoralisierung der Heimatfront im Ersten Weltkrieg zu einer wichtigen Kriegstaktik.[59] Der plötzliche Unterbruch von globalen Handelsströmen machte somit den Menschen die Abhängigkeit vom globalen Nahrungsmittelmarkt in aller Deutlichkeit bewusst.[60]

1.2.2 Die Schweiz im globalen Wirtschaftskrieg 1914-1918

Die globale Dimension der Nahrungsmittelversorgung während des Kriegs weist bereits darauf hin, dass sich die Geschichtsschreibung auch für die neutrale und kriegsverschonte Schweiz nicht in einer nationalstaatlichen Perspektive erschöpfen darf, sondern die internationalen Verflechtungen mitberücksichtigen muss.[61] Denn auch die Schweiz war stark in die globalen Versorgungsnetze eingebunden. Den engen Beziehungen von lokaler Kriegswirtschaft und globalem Wirtschaftskrieg ging insbesondere Maria Meier im Rahmen ihrer Dissertation und verschiedenen Aufsätzen aus den Jahren 2014, 2017 und 2018 über die Ernährungskrise der Jahre 1917/1918 in der Stadt Basel nach.[62]

Die hier im Fokus stehende Nahrungsmittelknappheit während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz reiht sich in die oben gemachten Bemerkungen ein. Obschon die Schweiz von direkten Kriegshandlungen verschont geblieben war, spürte die Bevölkerung die Konsequenzen des Kriegs vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.[63]

---

57 Vgl. Krämer 2016: 314-316, 318-321.

58 Offer 1989: 1

59 Vgl. Kramer 2014; Offer 1989; Roerkohl 1991; Vincent 1985.

60 Vgl. Nützenadel, Trentmann 2008: 11.

61 Diese Perspektive der Verflechtung wurde insbesondere in dem von Roman Rossfeld koordinierten Synergie-Projekt des Schweizerischen Nationalfonds berücksichtigt: «Die Schweiz im Ersten Weltkrieg: Transnationale Perspektiven auf einen neutralen Kleinstaat im totalen Krieg». Siehe: http://p3.snf.ch/Project-141906 (eingesehen am 29.05.2019), vgl. dazu: Huber 2018; Meier 2020; Segesser 2010; Segesser 2013; Steiner 2018, Tanner 2014; Weber 2016.

62 Vgl. Meier 2014: 53-73, Meier 2017: 27-32; Meier 2018: 34-60; Meier 2020.

63 Zeitnah hatten vor allem Heinrich Sieveking (1922), Traugott Geerig (1928) und Jakob Ruchti (1930) die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Schweiz untersucht. Darstellungen neueren Datums hatten vermehrt die Frage nach den Ressourcengrundlagen während des Kriegs (Krämer, Pfister, Segesser 2016), die betriebswirtschaftlichen Implikationen für Schweizer Unternehmen (Rossfeld, Straumann 2008) und schliesslich auch die Ernährungsfrage in der Schweiz während der Kriegszeit (Moser 2014; Auderset, Moser 2012) in den Fokus genommen. Eine Übersichtsdarstellung zur Schweiz in den Kriegsjahren von 1914-1918 hat zudem Georg Kreis 2014 vorgelegt (Kreis 2014). Ferner ist die Arbeit zur Kriegsnothilfe im Kanton Zürich von Gertrud Schmid-Weiss aus dem Jahr 2019 zu erwähnen (Schmid-Weiss 2019).

Roman Rossfeld und Tobias Straumann[64] haben in ihrem fünfphasigen Modell zum wirtschaftlichen Konjunkturverlauf der Schweiz im Ersten Weltkrieg darauf hingewiesen, dass die Schweiz in den Jahren 1915/1916 eine Phase erlebt hatte, in welcher der internationale Handel mit Einschränkungen[65] gut funktionierte und sogar eine Kriegskonjunktur einsetzte. Ab Juni 1916 fand allerdings eine «Verschärfung des Wirtschaftskriegs»[66] statt, die in eine krisenhaft stockende Phase des internationalen Handels mündete.

Juri Auderset und Peter Moser haben – auch in Anlehnung an Katharina Lüthi[67] – das Phasenmodell von Rossfeld und Straumann auf die Engpässe auf dem Nahrungsmittelmarkt angewendet. Auch sie kamen zu dem Schluss, dass nach einer ersten Phase, die von einem Schockzustand bei Ausbruch des Kriegs geprägt gewesen war, relativ rasch eine zweite Phase folgte, in der die auf internationalem Handel beruhende Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sichergestellt werden konnte. Ab Herbst 1916 setzte jedoch «ein akuter Mangel»[68] an Nahrungsmitteln ein, der sich im darauffolgenden Jahr noch verstärkte und schliesslich 1918 in eine drohende Hungerkrise mündete, die vor allem dank rechtzeitig wiedereinsetzenden Getreideimporten[69] aus den USA und zeitlich alternierenden Versorgungsengpässen bei den Grundnahrungsmitteln [70] abgewendet werden konnte.

Sollte nun der Eindruck entstehen, dass die Schweiz zu ihrer Versorgung mit Lebensmittel allein auf die Importe aus dem Ausland angewiesen war, muss zur Berichtigung darauf hingewiesen werden, dass die Versorgung auf einem komplexen Handelsgeflecht basierte, wobei die inländische Vieh- und Milchproduktion eine wichtige Grundlage für das Funktionieren des transnationalen Handels in der Kriegszeit darstellte.[71]

---

64 Vgl. Rossfeld, Straumann 2008: 23-28. Vgl. zudem Kreis 2014: 95.

65 Zu den kriegswirtschaftlichen Einschränkungen im Zusammenhang mit den ausländischen Wirtschaftskontrollen während des Kriegs vgl. Ochsenbein 1971.

66 Rossfeld, Straumann 2008: 24.

67 Katharina Lüthi plädierte 1997 in ihrer Arbeit über die schweizerische Brotversorgungspolitik während des Ersten Weltkriegs für zwei unterschiedliche Phasen der Kriegswirtschaft. Sie wies darauf hin, dass die Schweizer Getreideversorgung bis 1917 gut funktioniert hatte, danach aber bei den Getreideimporten in einen Engpass geraten war, der erst mit den Lieferungen aus den USA im August 1918 beendet werden konnte. Vgl. Lüthi 1997: 37-45.

68 Auderset, Moser 2012: 135.

69 Vgl. Weber 2016: 131-134.

70 Denn der Einbruch der Kartoffelernte 1916 konnte noch durch ausreichende Getreideimporte aufgefangen werden. Umgekehrt konnten gute Kartoffelernten 1917/1918 die Ausfälle der Getreideimporte kompensieren. Vgl. Pfister 2016a: 77.

71 Siehe Kapitel 3.1.4.

1.2.3 Die Ernährungskrise als Überlappung von fehlenden Zugangsmöglichkeiten und einer Verknappung des Angebots

In der schweizerischen Geschichtsschreibung hält sich seit Willi Gautschis Untersuchung zum Landesstreik[72] aus dem Jahr 1968 ein Narrativ mit der Interpretation der Versorgungskrise als ein Problem der gerechten Verteilung von Nahrungsmitteln und des funktionierenden Transportwesens. Während Fragen nach der landwirtschaftlichen Produktion bzw. den Produktionsbedingungen in den kurz nach dem Krieg entstandenen Darstellungen[73] noch eine wesentliche Rolle gespielt hatten, fanden diese Fragestellungen seit den 1960er-Jahren kaum mehr Eingang in die historischen Untersuchungen zur Schweiz im Ersten Weltkrieg. Dies hatte zur Konsequenz, dass sich seit Ende der 1960er-Jahre rund um die Ernährungskrise das erwähnte historiografisches Narrativ etabliert hat, dass diese als ausschliessliche Versorgungskrise begriff und die Produktionsbedingungen weitgehend aus der historischen Analyse ausgeklammert hatte. Die Landwirtschaft wurde im Zuge dieser Perspektive sogar zur Kriegsgewinnlerin erklärt, welche aufgrund der hohen Nachfrage glänzende Geschäfte gemacht habe.[74]

Diese Sichtweise wurde allerdings in jüngsten agrar- und umwelthistorischen Forschungen korrigiert.[75] So hielt der Klimahistoriker Christian Pfister zu Untersuchungen von Ernährungskrisen generell fest:

> «In jedem Fall sind Nahrungsmittelkonflikte auf fehlende Zugangsmöglichkeiten zurückzuführen, doch gilt es dabei stets abzuklären, in welchem Mass auch eine Verknappung des Angebots mitspielte.»[76]

Christian Pfister und Mario Aeby betonen in ihren Arbeiten den Einfluss von Witterungseffekten auf die Missernten im Jahre 1916/1917 und bringen in die historische Betrachtung der Ernährungskrise in der Schweiz erstmals umwelt- und klimahistorische Betrachtungen ein.[77] Daniel Marc Segesser berücksichtigt auf der Grundlage von Marco Alexander Jeker grossräumige Witterungseinflüsse während des Ersten Weltkriegs und leitete daraus eingeschränkte Handelsoptionen wichtiger Player im globalen Nahrungsmittelmarkt ab.[78] Die Arbeiten von Pfister, Aeby und Segesser öffnen damit die historiografischen Debatten um die Ernährungskrisen im Ersten Weltkrieg massgebend. Die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen in der Kriegszeit rücken

---

72 Vgl. Gautschi 1988.
73 Vgl. Käppeli, Riesen 1925; Laur 1921; Ruchti 1930: 172-242; Sieveking 1922: 85-87.
74 Vgl. Gautschi 1988: 35-36; Tanner 2015: 136.
75 Vgl. Auderset, Moser 2012; Baumann 1993; Krämer, Segesser, Pfister 2016.
76 Pfister 2016a: 60.
77 Vgl. Aeby 2009; Pfister 2016a: 57-81. Pfister und Aeby lieferten mit ihren Untersuchungen wichtiges Kontextmaterial zu den primär historisch-statistischen Arbeiten von Hans Brugger. Vgl. Brugger 1985.
78 Vgl. Jeker 2007; Segesser 2016: 29-55.

nun also in den Fokus und differenzieren so das bisherige Bild einer sich am Krieg bereichernden Schweizer Landwirtschaft.[79]

1.2.4 Kein Sonderweg – Die Schweiz als internationales Fallbeispiel

Im Hinblick auf die mit der vorliegenden Thematik eng verwobene Geschichte zum Landesstreik im November 1918 hatte sich zudem ein weiteres Narrativ entwickelt, das im Zusammenhang mit der Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit stark auf die Entstehung eines politischen Schulterschlusses zwischen Bürgertum und Bauern fokussierte.[80]

Dieser Schulterschluss hatte sich im Rahmen der geistigen Landesverteidigung in der Zeit des Zweiten Weltkriegs weiter gefestigt und zeigt – trotz gelegentlichen Brüchen – nach wie vor einen gewissen Einfluss auf die Ausgestaltung der schweizerischen Politik. Manche Historiker haben die Entstehung dieses Bauern- und Bürgerblocks in Zusammenhang mit der Entwicklung einer rechtsbürgerlichen Dominanz in der politischen Kultur der Schweiz gebracht und eine «ideologische Agrarisierung der Schweiz»[81] festgestellt.[82]

Dieses Narrativ soll hier insofern in Frage gestellt werden, als dass im Höhepunkt der Krise durch die geplante Vermählung von Industrie und Landwirtschaft noch keine derartige politische *Verengung*[83] stattgefunden hatte, sondern vielmehr eine radikale *Öffnung*[84] des politischen Diskurses eingesetzt und Bürgerliche, Anarchisten, Feministinnen, Christ-Soziale sowie Kulturingenieure, Landwirte, Industrielle, Beamte und Private unterschiedlichster Positionen miteinander diskutiert hatten.[85]

Die Ernährungskrise definierte sogar einen gemeinsamen Referenzpunkt, der die Entstehung personeller und ideeller Netzwerke über Ideologie- und Parteigräben hinweg ermöglichte. Damit sollen keineswegs die zahlreichen politischen und sozialen Konfliktlinien in diesen Neugestaltungsprozessen negiert werden. Aber es soll gezeigt werden, dass 1917/1918 eine offene Situation bestanden hatte, in der noch nicht festgelegt war, in welche Richtung sich die Nachkriegsgesellschaft entwickeln sollte. Das heisst, der politische Bauern- und Bürgerblock hatte sich noch nicht final gefestigt und entsprechend breit wurden Möglichkeiten der Neugestaltung in der Gesellschaft diskutiert. Zu dieser Sichtweise haben Juri Auderset und Peter Moser vom schweizeri-

---

79 Auch in der internationalen Forschung rückten in jüngster Zeit die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkriegs vermehrt in den Fokus. Zur Frage von Frauen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkriegs vgl. Barth-Scalmani, Margesin 2014. Zur Frage der Versorgung von Zentren grossräumlicher Herrschaftsgebiete am Beispiel Wiens vgl. Langthaler 2014.

80 Vgl. Ernst, Wigger 1996: 16-17.

81 Ernst, Wigger 1996: 17.

82 Vgl. Ernst, Wigger 1996: 11; Jost 1992: 11; Sarasin 2016.

83 Vgl. Jost 2006; Ernst, Wigger 1996: 17; Sarasin 2016.

84 Vgl. Auderset, Moser 2012: 137–145.

85 Vgl. Auderset, Moser 2012: 137–145.

schen Archiv für Agrargeschichte (AfA) in ihren jüngsten Forschungen viel zu einer differenzierteren Wahrnehmung agrarisch geprägter Gesellschaften jener Zeit beigetragen. Dabei haben sie auch die Tatsache betont, dass die produktionsrelevanten Fragen in der Ernährungsfrage im Höhepunkt der Krise 1917/1918 keinesfalls nur von bürgerlichen Landwirten und Agronomen verhandelt wurden, sondern auch in linken Kreisen innovative Lösungsansätze zutage förderten.[86]

Es ist wichtig, hier nochmals festzuhalten, dass in der vorliegenden Arbeit von der Ernährungskrise als Referenzpunkt ausgegangen und versucht wird, vor allem die Anliegen der zeitgenössischen Akteure rund um die Frage nach einer Lösung der Ernährungskrise zu beleuchten. Dabei spielen auch die ideologischen und politischen Überzeugungen der jeweiligen Akteure eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Diese wurden in der vorliegenden Arbeit aber nur da thematisiert, wo sie mit dem Thema in einem erklärenden Zusammenhang stehen. Somit fallen Ernst Laurs «ideologische Affinitäten zum Faschismus»[87] oder Jacob Lorenz' Nähe zu einem antisemitisch geprägten Korporatismus in der späteren Zwischenkriegszeit nicht in den Untersuchungszeitraum. Es sei daher hier auf jene Publikationen verwiesen, die sich mit den ideologischen Überzeugungen dieser Akteure in der Zwischenkriegszeit befassen.[88]

Konrad Kuhn und Béatrice Ziegler stossen sich in ihrer Arbeit aus dem Jahr 2014 im Zusammenhang mit der Forschung rund um den Ersten Weltkrieg daran, dass diese in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg in einem Narrativ eines eidgenössischen Sonderwegs und in der historiografischen Tradierung einer «Sennen- und Bauernidentität»[89] gegipfelt habe. Dieses Narrativ sei dann in der geschichtlichen Darstellung der geistigen Landesverteidigung quasi zu einer geschichtsbildenden Chiffre für den angeblichen eidgenössischen Sonderweg hochstilisiert worden. Kuhn und Ziegler fordern daher von einer modernen Erforschung des Ersten Weltkriegs die Aufnahme von «Nicht-Themen»[90], beziehungsweise von Themen, die in der traditionellen Historiografie der Schweiz zum Ersten Weltkriegs unterrepräsentiert waren.[91]

Die vorliegende Arbeit versucht deshalb, den Fokus auf die angesprochene Tradierung des „nationalen Sonderwegs" zu brechen und stattdessen die ausgehandelten und theoretischen Bewältigungsstrategien in jenen internationalen und zeitgeistigen Kontext einzuordnen, in dem sie sich abspielten. Dabei kann es gerade das Verdienst einer agrarhistorischen Perspektive sein, die ideologische und politische Instrumentalisierung des Agrarischen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an der historischen Realität zu überprüfen und darauf hinzuweisen, dass sich

86 Vgl. Auderset, Moser 2012; Auderset, Moser: 2018b; Moser 2014; Moser 2016.
87 Baumann 1995: 270.
88 Vgl. Baumann 1995: 257-272; Baumann 1996: 193-214; Haymoz 2000: 117-136; Zürcher 1995.
89 Kuhn, Ziegler 2013: 513.
90 Kuhn, Ziegler 2013: 515.
91 Vgl. Kuhn, Ziegler 2013: 505-526.

agrarische Fragestellungen nicht in Darstellungen eines nationalen Sonderwegs erschöpfen sondern vielmehr zur Reflexion über die Konstitution von Gesellschaften und deren Verhältnis zur Landwirtschaft als Nahrungsmittelproduzent in der Moderne einladen.[92]

Eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Ernährungskrise erlaubt es ferner, die Neuverhandlungen der Ernährungsproblematik um 1917/1918 in der Schweiz in den Fokus zu nehmen und diese nationale Fokussierung zugleich als Bestandteil eines internationalen Zeitgeistes zu verorten und somit die schweizerische Antwort auf die Herausforderungen von 1917/1918 als internationales Fallbeispiel zu interpretieren, statt dieses als eidgenössischen Sonderweg zu missverstehen. Die Ernährungsfrage am Ende des Ersten Weltkriegs war selbstverständlich nicht nur in der Schweiz virulent, in zahlreichen anderen Ländern mussten verwandte Fragen diskutiert werden.[93]

1.2.5 Das Phänomen «Innenkolonisation» als Gegenstand einer historischen Untersuchung

In zeitgenössischen Forschungsprojekten zum Thema «Innenkolonisation»[94] wurde die Neugestaltung der Nahrungsproduktion und der Siedlungsorganisation in raumplanerischen Projekten in verschiedenen Ländern Europas und Nordamerikas auch praktisch erprobt. Dieses international zu beobachtende Phänomen soll deshalb in der vorliegenden Arbeit um das nationales Fallbeispiel Schweiz ergänzt werden.

In den bisherigen historischen Untersuchungen verschiedener Innenkolonisation-Projekten machen sich bisweilen anachronistische Verzerrungen bemerkbar. So wurden die Projekte der preussischen «Inneren Kolonisation» in ostelbischen Gebieten gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Geschichtsforschung lange als Vorgeschichte zu den Grossraumplänen des Dritten Reiches interpretiert und die Siedlungsmassnahmen gegen Ende des 19. Jahrhunderts weitgehend auf nationalpolitische Funktionen der Germanisierungspolitik reduziert.[95] Auch dieses Narrativ wurde in jüngster Zeit durch agrar- und umweltgeschichtliche Arbeiten erweitert.[96] So haben beispielsweise Liliane Staus und Elizabeth B. Jones darauf hingewiesen, dass die Reduktion der auch «Innere Kolonisation» genannten Massnahmen in Ostpreussen auf nationalpolitische Funktionen den Überlegungen der zeitgenössischen Akteure nicht gerecht werden, und mit den damaligen Projekten auch eine Verbesserung der sozialen Mobilität in ländlichen Gesellschaften, eine Stär-

---

92 Vgl. Moser 2004.

93 Vgl. Burkhard 2013; Foster 2018; Langthaler 2018; Weinreb 2018; Pitts 2018; Roerkohl 1991; Serels 2018.

94 Bei dieser Schreibweise handelt es sich um den Quellenbegriff, wie er in den Schweizer Quellen zu diesem Phänomen verwendet wurde. In Preussen hingegen war beispielsweise meist von der „Inneren Kolonisation" die Rede. Für eine genauere Begriffsbestimmung siehe Kapitel 5.1.

95 Vgl. Nelson 2009; Nelson 2010; Staus 2009: 3.

96 Vgl. Blackbourn 2008.

kung der ländlichen Mittelschicht sowie eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden sollte.[97]

Ferner hat Liesbeth van de Grift in ihren Untersuchungen zu den Zuiderzee-Werken in den Niederlanden darauf hingewiesen, dass staatsinterventionistische Siedlungsprojekte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur in später totalitären Staaten geplant und realisiert worden waren, sondern zwischen 1918 und 1939 in vielen Staaten Westeuropas zum Tragen gekommen sind.[98] In Sammelbänden zur Gestaltung der Agrarproduktion in der Zwischenkriegszeit hat van de Grift verschiedene Stimmen zur Innenkolonisation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu Wort kommen lassen.[99] Wolfgang Schivelbusch seinerseits hat ebenfalls den internationalen und regimeübergreifenden Charakter innenkolonisatorischer Grossprojekte hervorgehoben und dabei eine entfernte Verwandtschaft zwischen Faschismus, Nationalsozialismus und dem US-amerikanischen New Deal – Roosevelts Antwort auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre – postuliert, die sich im grossen Wurf für totale gesellschaftliche Projekte offenbare.[100] Ferner zeigte Etkind, dass das Phänomen der «Innenkolonisation» auch als «Innerer Kolonialismus»[101] in Erscheinung treten konnte, wie dies beispielsweise in Russland der Fall war.[102]

Das Phänomen Innenkolonisation fristete in der Schweizer Geschichtsschreibung bisher eher ein Schattendasein. Eine der Ausnahmen stellt beispielsweise die Lizentiatsarbeit aus dem Jahr 1984 von Renata Borer über die «Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft» (SVIL) mit ihrem Gründungsmitglied und Geschäftsführer Hans Bernhard dar, sie fokussierte sich primär auf die anti-sozialistischen Motive der Vereinigung und unterliess es aber weitgehend, die Vereinigung in den breiteren Kontext der Ernährungskrise von 1917/1918 einzubinden.[103] Umfassender analysierten hingegen Hans-Rudolf Egli und François Walter das Projekt der Innenkolonisation in der Schweiz. So rückte Egli 1984 die langfristigen Auswirkungen der schweizerischen Innenkolonisation in den Kontext der Siedlungs- und Raumplanung und

---

97 Vgl. Jones 2014; Staus 2009.

98 Vgl. van de Grift 2013.

99 Vgl. van de Grift 2015; van de Grift, Ribi Forclaz 2018.

100 Vgl. Schivelbusch 2008: 99-168. Zum Verhältnis des *totalen* Anspruchs der Innenkolonisation und dem Verhältnis zu *totalitären* Ausprägungen siehe auch Kapitel 5.2.

101 Vgl. van de Grift 2015: 143-147.

102 Van de Grift unterscheidet zwischen «internal colonization» und «internal colonialism». Während erstere Begrifflichkeit insbesondere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreitet war und die Massnahmen zur Landgewinnung umschrieben hatten, kam in den 1960er-Jahren unter dem Einfluss einer neo-marxistischen Geschichtsschreibung der Begriff des «internal colonialism» auf. Mit der Verwendung dieses Begriffs sollten die kulturellen und politischen Aspekte der Innenkolonisation in den Fokus gerückt werden. Gerade wo die «internal colonization» – die mit dem deutschen Begriff der «Innenkolonisation» übersetzt werden kann – auf die Eingliederung eines peripheren Territoriums in den Nutzungskreis eines Zentrums einherging und damit auch kulturelle und politische Zivilisationsbestrebungen verfolgt worden waren, sollte der Begriff des «internal colonialism» auf die politischen und kulturellen Eingliederungsbemühungen hinweisen. Vgl. van de Grift 2015: 143-147. - Der Historiker Alexander Etkind seinerseits weist auf die Prozesse eines «internal colonialism» sowohl im Zarenreich Russlands als auch innerhalb der späteren Sowjetunion hin. Vgl. Etkind 2011; Etkind 2015.

103 Borer 1984.

begriff das Projekt, das für ihn «aus den wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen des 1. Weltkriegs» erwachsen war, als Vorarbeit für die sogenannte Anbauschlacht[104] im Zweiten Weltkrieg. Hingegen verwies Walter 1996 auf die «ganzheitliche Betrachtungsweise der Probleme»[105], die bei Hans Bernhard auszumachen sei sowie auf dessen Orientierung an internationalen Vorbildern.[106] Peter Moser rückte schliesslich in Aufsätzen der Jahre 1999 und 2000 das umfassende Ziel der Integration von urbanen und ruralen Räumen in den historiografischen Blick.[107] Er und Juri Auderset brachten die Bestrebungen der Innenkolonisation am Ende des Ersten Weltkriegs in einen engen Zusammenhang mit weiteren Ansätzen rund um die Beantwortung der Ernährungsfrage jener Zeit.[108] Zusammen mit Hans Bieri und Rolf Steppacher formulierte Moser 1999 ferner ein Dokument, welches die den Bestrebungen der SVIL zugrundeliegende Grundsatzfrage - nämlich nach der Rolle der Landwirtschaft in einer industrialisierten Gesellschaft – stellte, und damit die Aktualität der heute noch in der SVIL aktiv verhandelten Fragen bewies.[109] Die jüngste Masterarbeit zur SVIL stammt aus der Feder von Judith Frei und hatte primär die 1930er-Jahre im Blick.[110] Ferner ist hier auch die Masterarbeit[111] von Elias Bricker zu nennen, der die Meliorationsprojekte in der Urner Reussebene in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Blick nimmt sowie der Band[112] von Martin Stuber und Matthias Bürgi, welcher die «Geschichte der Feuchtgebiete in der Schweiz seit 1700» nachzeichnet und dabei auch die Innekolonisation und das Meliorationswesen thematisiert.

Ziel der hier vorliegenden Arbeit ist es, insbesondere die angesprochenen Arbeiten Audersets und Mosers hinsichtlich der internationalen Perspektive in Bezug auf die Innenkolonisation zu ergänzen. So soll die Ernährungskrise insbesondere als transnationales Phänomen und die Innenkolonisation als komplexes Themengeflecht verstanden werden, in welchem soziale wie auch ökonomische Fragen zu klären versucht wird. Ausgehend von der Ernährungskrise 1917/1918 und der damit eng zusammenhängenden Ernährungsfrage in Gesellschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts soll die Innenkolonisation als Versuch verstanden werden, agrarische und soziale Probleme in einem Zug zu lösen. Die hier dargestellte Interpretation der Innenkolonisation als transnationales Zeitphänomen soll Potentiale für die weitere Erforschung des Umgangs mit der

104 Vgl. Maurer 1985; Tanner 2010.
105 Walter 1996: 113.
106 Vgl. Egli 1984; Walter 1996: 113-115.
107 Vgl. Baumann, Moser 1999: 19-22; Moser 2000: 64-79.
108 Vgl. Auderset, Moser: 2012: 133-149; Auderset, Moser 2018b: 151-167; Auderset, Burkhard, Moser: 2018: 184-203.
109 Vgl. Bieri, Moser, Steppacher 1999.
110 Vgl. Frei 2017.
111 Vgl. Bricker 2019.
112 Vgl. Stuber, Bürgi 2018: 102-114.

Ernährungsfrage von modernen Gesellschaften aufzeigen und zur weiteren Erforschung dieses Bereichs einladen.

1.3 «Social Engineering» als theoretisches Konzept zur Anleitung der Untersuchung

Anspruch der vorliegenden Arbeit ist in erster Linie, die damaligen Bewältigungsstrategien der Ernährungskrise in der Schweiz während des Endes des Ersten Weltkriegs sichtbar zu machen. Dabei ist es nicht das Ziel, sämtliche lokalen und nationalen Massnahmen gegen drohenden Hunger umfassend und abschliessend zu behandeln. Vielmehr soll mit dem von Hans Bernhard vorgeschlagenen Projekt zu einer sogenannten «Innenkolonisation» ein Ansatz zur langfristigen Vermeidung von Ernährungskrisen vorgestellt und in seinen zeitgenössischen Entstehungskontext eingebettet werden. Die Innenkolonisation sollte nicht nur dabei helfen, künftige Ernährungskrisen zu verhindern, sondern es sollte gleichzeitig durch eine dezentral angelegte Siedlungsreform das Arbeits- und Alltagsleben der Menschen generell neugestaltet werden. Eine räumliche und kulturelle Annäherung zwischen Konsumenten und Produzenten, von Industrie und Landwirtschaft, von Stadt und Land, von Bauern und Arbeitern waren die längerfristigen Ziele des Projektes der Innenkolonisation unmittelbar nach dem Kriegsende.[113]

Die Arbeit bewegt sich, gemäss dem gewählten Untersuchungsgegenstand, in einer Schnittmenge von agrar-, umwelt-, sozial-, wirtschafts- und kulturwissenschaftlichen Zugängen und benutzt eine klassisch-hermeneutische Methode[114] des historischen Arbeitens. Dieser breite Zugang birgt zwar die Gefahr in sich, dass die Perspektive an analytischer Schärfe einbüssen kann, doch wird dieser entgegengewirkt, indem der notwendige breite Blick auf den Gegenstand - Ernährungskrise und Innenkolonisation - mithilfe des theoretischen Konzepts des Social Engineering[115] nach Thomas Etzemüller wieder gebündelt wird.

1.3.1 «Social Engineering» als Antwort auf die Herausforderungen in der Moderne?

Um die Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert hatte sich ein szientistischer Zugang zu sozialen Problemstellungen etabliert, der sich im Verlaufe der Zwischenkriegszeit noch intensivierte.[116] Mittels teilweise technischen Gestaltungsentwürfen von Wohn- und Arbeitsräumen sollten ge-

113 Siehe Kapitel 6.2.1. Zur Verflechtungsgeschichte zwischen Stadt und Land vgl. Moser 2021.

114 Zum hermeneutischen Arbeiten in den Geschichtswissenschaften vgl. Jung 2012; Goertz 1995: 105-117; Salvisberg 2017: 31.

115 Etzemüller 2009: 11-39; Etzemüller 2010; Etzemüller 2012: 129-154; Etzemüller 2017.

116 Vgl. Couperus, van de Grift, Lagendijk 2015: 475; Stein 2009: 47-79.

sellschaftliche Reformen eingeleitet werden. Lutz Raphael spricht in diesem Zusammenhang von einer «Verwissenschaftlichung des Sozialen»[117]. Dieser Prozess geht zeitlich mit der Epoche der Moderne[118] einher und erlebte von 1880-1960 diverse Ausgestaltungsformen.[119] Er äusserte sich auch in den unterschiedlichen Begriffen, die verschiedene sozialtechnische Massnahmen in der genannten Zeitspanne umschrieben, so beispielsweise Sozialtechnik (1881), Social Control (1890) oder Soziomechanik (1905).[120]

In dieser Zeit brach sich ein technokratisches Zeitalter Bahn, das sich dadurch auszeichnete, dass «sich technische Rationalität mit dem Anspruch auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung»[121] verband. Gleichzeitig kann diese Zeit in kultureller Hinsicht aber nicht einfach als Epoche reiner Technikgläubigkeit verstanden werden, denn sie zeichnete sich auch durch ein ambivalentes Spannungsverhältnis zwischen den Bereichen *Natur*, *Kultur* und *Ordnung* aus.[122] Die «Verwissenschaftlichung des Sozialen» und der Planungsglaube, der die Menschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfasste, darf also nicht mit einem rein technisch-rationellen Ansatz verwechselt werden, vielmehr ging es diesem modernen Planungsansatz darum, mithilfe der Wissenschaft natürliche Ordnungen zu erkennen, um diese dann in die technische Planung miteinzubeziehen. Die Suche nach einem harmonischen Ordnungsprinzip motivierte die Sozialingenieure jener Zeit dazu, vermeintlich «verschüttete Keime organischer Gemeinschaften freizulegen und dann zu stärken»[123]. Idealerweise sollten zum Beispiel durch die Form einer Siedlungsanordnung «sozialökologische Umwelten gestaltet werden, um durch das Habitat Menschgruppen zu veranlassen, ihre sozialen Beziehungen in Form einer Gemeinschaft zu rekonfigurieren»[124].

Die begriffliche Gegenüberstellung von «Gemeinschaft» und «Gesellschaft», die auf Ferdinand Tönnies[125] zurückgeht, spielte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.[126] Der Soziologe Tönnies definierte im Jahr 1887 die moderne Gesellschaft als eine von Fortschrittsdenken geprägte zweckorientierte Zusammenkunft von Menschen. Tönnies legte dar, dass die moderne Gesellschaft sich durch eine gewisse Ambivalenz ausgezeichnet hatte. Die zweckrationale Gesellschaft bildet für Tönnies die sozialen Bedürfnisse von kollektiven Zusammenschlüssen somit nicht erschöpfend ab. In der Gemeinschaft verbindet sich der Mensch nicht nur aus egoistischen

---

117 Raphael 1996: 165-193.
118 Zum Begriff der Moderne vgl. Bauman 1992: 11-37; Dipper 2018; Herbert 2007; Zima 2014.
119 Vgl. Etzemüller 2017: 4.
120 Etzemüller 2017: 3.
121 van Laak 2012: 106; Rohkrämer 1999: 27-31.
122 Vgl. Bauman 1992: 11-37.
123 Etzemüller 2012: 132.
124 Etzemüller 2017: 4.
125 Ferdinand Tönnies (1855-1936) war ein deutscher Philosoph, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit sei auf sein Werk «Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirische Culturformen» von 1887 verwiesen.
126 Vgl. Tönnies 1887.

Motiven zu einem Kollektiv, sondern wählt diese Lebensform auch um ihrer selbst willen. Folgerichtig bewertete Tönnies die Genossenschaftsbewegung als eine aussichtsreiche Reformbewegung, welche auf den Grundlagen der Gemeinschaft funktionierte. Denn die zweckrationale Gesellschaft führe zu einer «Atomisierung» des Menschen und seiner gemeinschaftlichen Beziehungen, daher gelte es, moderne Formen zu finden, welche die Gemeinschaft stärken.[127]

Diesen Gedanken nahmen die technikorientierten Planer des sogenannten «Social Engineerings» in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erneut auf. Mittels Planung sollten nun die umfassenden Verwerfungen, welche Industrialisierung und Moderne mit sich gebracht hatten, in geordnete Bahnen geführt und eine harmonische, soziale Ordnung (wieder)hergestellt und so die negativen Auswirkungen der Moderne überwunden werden.[128]

Der Philosoph Zygmunt Bauman hat im Jahr 1992 in diesem Zusammenhang im Jahr 1992 den Begriff «ambivalente Moderne»[129] eingeführt und damit auf ein Grundproblem der Moderne hingewiesen, das auch in einem engen Zusammenhang mit den Begriff des Social Engineerings steht: Um in der Moderne, die sich durch ihre zunehmende Vielschichtigkeit und Komplexität auszeichnet, Ordnung zu schaffen, seien die Menschen unweigerlich dazu gezwungen, Ambivalenz abzubauen. Bauman umschreibt die daraus resultierende interventionistische Verpflichtung – die sich als Akt des Social Engineering» begreifen lässt – als Metapher: Die eingreifende Hand agiert nach Bauman wie ein Gärtner, welcher den Garten, der sinnbildlich für die Gesellschaftsgrundlagen steht, hegt, pflegt und gestaltet.[130] Gemäss Bauman trägt diese Interventionsabsicht den Keim totalitärer Gesellschaftsentwürfe in sich.[131]

Diese Interpretation Baumans hatte dazu geführt, dass das theoretische Konzept des Social Engineering dahingehend missverstanden wurde, dass Social Engineering notwendigerweise in den Totalitarismus führe. Etzemüller weist im Gegensatz darauf hin, dass Social Engineering in der Tat tendenziell «*total*» sei, «was seinen erfassenden und steuernden Anspruch» betreffe, «nicht aber notwendig *totalitär*».[132] Der Blick auf die Geschichte des Holocaust, den Etzemüller als radikalste Ausprägung von Social Engineering versteht, verzerre das Bild.[133] Er verweist – in der Me-

---

127 Vgl. Bickel 2012: 135-142.

128 Vgl. Bauman 1992: 51-71.

129 Bauman 1992.

130 Vgl. Bauman 1992: 41-42, 51-71.

131 In der Tat hatte der nationalsozialistische Reichsernährungsminister R.W. Darré die Blut-und-Boden-Politik des Nationalsozialismus 1930 mit den folgenden Worten untermauert: «[…] der gestaltende Wille des Gärtners, der mit hegender Hand das fördert – (sei es durch Zurverfügungstellen von geeigneten Lebensbedingungen, sei es durch Fernhalten von schädlichen Einflüssen oder durch beide Massnahmen zusammen) –, was gefördert werden soll, und mit merzender Hand das ausjätet, was den höher gearteten Pflanzen den Ernährungsraum beengen und ihnen Luft, Licht und Sonne zu rauben vermöchte.» Darré 1930: 133-134, zitiert nach Bauman 1992: 52. Siehe dazu ebenfalls: Etzemüller 2017: 8; Stein 2009: 69.

132 Vgl. Etzemüller 2017: 9. [Hervorhebung im Original]

133 Etzemüller 2017: 8.

tapher von Bauman bleibend – darauf, dass das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts international auftretende Social Engineering oftmals viel eher als Gärtner aufgetreten sei, welcher den Garten zu «hegen» gedachte, statt zu «jäten».[134]

So traten denn Projekte des Social Engineering auch in unterschiedlichen Kontexten auf. Oftmals waren diese allerdings von der politischen Desintegration, die die meisten europäischen Gesellschaften am Ende des Ersten Weltkriegs erfasst hatte, motiviert.[135] Klassenkämpfe und -spannungen sollten durch die Etablierung gemeinschaftlicher Ordnungsvorstellungen und durch deren ganz konkrete Umsetzung, beispielsweise im Wohn- und Siedlungsraum, beantwortet werden. Das heisst, private wie staatliche Akteure sollten mittels Planung und sozialtechnischen Eingriffen die gewünschte Entwicklung der Gesellschaft steuern.

Der Versuch, Gesellschaften nach sozialtechnischen Plänen neu zu strukturieren und so zu harmonisieren, beseelte um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aber nicht nur bürgerliche und konservative Kräfte, sondern wurde auch in linken Kreisen populär und fand innerhalb von demokratischen und nicht-demokratischen Staaten Anwendung.[136] Akteure unterschiedlicher politischer Couleur gingen in der Zwischenkriegszeit Bündnisse mit technokratisch inspirierten Sozialingenieuren ein, «um die vermeintlich drohende Desintegration der Gesellschaft abzuwenden»[137]. Es ist dieses historisch und analytisch schwer zu fassende Feld der sozialtechnischen Intervention, das seine Hochzeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebte, das Etzemüller mit dem Konzept des Social Engineerings zu verstehen versucht.

1.3.2 Charakteristika des Social Engineering

Thomas Etzemüller definiert in seiner Arbeit aus dem Jahr 2017 Social Engineering als

> «[…] transnationaler, Disziplinen übergreifender Versuch, gegen die vermeintlich zersetzenden Kräfte der industriellen Moderne mit künstlichen Mitteln eine verlorene Ordnung der Gesellschaft wieder zu erschaffen, indem man eine alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende vernünftige soziale Ordnung entwarf.»[138]

Dabei ist es Etzemüller ein Anliegen, nicht jeden einzelnen technokratischen oder ordnungspolitischen Ansatz als Social Engineering zu verstehen. Vielmehr müsse ein Ensemble von Elemen-

134 Vgl. Etzemüller 2017: 8.
135 Vgl. Reitmayer 2012: 52
136 Vgl. Couperus, van de Grift, Lagendijk 2015: 476; Raphael 2012: 18; Reitmayer 2012: 53.
137 Etzemüller 2012: 127.
138 Etzemüller 2017: 4.

ten in einer Kombination auftreten, um das Konzept des Social Engineering analytisch gewinnbringend einsetzen zu können. So sollte eine «Verbindung aus (sozial-)technischen Lösungen, einer spezifischen Vorstellung einer sozialen Ordnung sowie ein dezidierter Gestaltungsimperativ»[139] vorliegen, um ein historisches Phänomen als Social Engineering verstehen zu können.[140]
Typische Charakteristika beim Social Engineering lassen sich gemäss Etzemüller an folgenden, hier zusammengefassten Merkmalen erkennen:

1. Akteure des Social Engineering traten stets als Experten auf. Allerdings nicht nur als akademisch anerkannte, sondern vielmehr auch als «Experten des Alltags». So konnten sowohl Ingenieure, aber beispielsweise auch Hausfrauen oder Bauern, als Experten im Bereich des Social Engineering tätig sein.
2. Die Organisation der Gesellschaft wurde von den Akteuren des Social Engineering so gedeutet, dass die aktuelle Entwicklung der modernen Gesellschaft in eine mögliche Atomisierung einer ursprünglichen und «organisch gewachsenen Gemeinschaft» führe. Diese vermeintlich «natürliche Ordnung» der Gemeinschaft diente den sozialplanerischen Ambitionen der Akteure als grundlegende Handlungsmotivation.
3. Mit Punkt 2 zusammenhängend nahmen die Zeitgenossen ihre Gegenwart also als Krise wahr. Allerdings wurde die Krise von den Akteuren des Social Engineering stets als Krisis im Sinne der oben gelieferten Begriffserklärung gedeutet. Das heisst, die Krise forderte von den Zeitgenossen eine Entscheidung und ein Eingreifen. Der Weg in die Zukunft wurde somit als offen wahrgenommen und konnte sowohl in die Erlösung als auch in die Verdammnis führen.
4. Aus dem drohenden Untergang bei einem allfälligen Nichteintreten auf die Probleme der Gegenwart erwuchs für die Zeitgenossen eine «Pflicht zur Intervention»[141]. Die Probleme erlaubten deshalb keinen zeitlichen Aufschub, so dass das Social Engineering stets von einem experimentellen Zugang geprägt war, der sich durch gleichzeitiges Handeln, Lernen und Analysieren auszeichnete.
5. Sozialingenieure traten weniger autoritär auf, stattdessen versuchten sie, mit Lernprozessen die Menschen zu «richtigem Leben anzuleiten». Daher setzten die Sozialingenieure nicht auf Gesetze und Verordnungen, sondern vielmehr auf Ratgeber, Diskussionszirkel oder Ausstellungen.[142]

---

139 Etzemüller 2017: 6.
140 Vgl. Etzemüller 2017: 4-6.
141 Etzemüller 2017: 7.
142 Diese Auflistung orientiert sich an Thomas Etzemüllers Auflistung. Für die vorliegende Arbeit wurde sie in zusammengefasst und fokussiert. Vgl. Etzemüller 2009: 20-31; Etzemüller 2017: 16-22.

Es ist Etzemüller wichtig festzuhalten, dass das Phänomen Social Engineering in der zeitlichen Entwicklung und im räumlichen Auftreten nie eine homogene Einheit war und deshalb in unterschiedlichen Erscheinungsformen zutage trat. Die Gartenstadt-Idee[143] nach Ebenezer Howard, die «Bonifica Integrale»[144] im faschistischen Italien und auch die Trockenlegung und Besiedlung der Zuiderzee[145] in den Niederlanden nach dem Ersten Weltkrieg sind Beispiele für Social Engineering und gingen mit einer spezifischen Organisation und Neuordnung des Raumes einher. Bei der räumlichen Neuordnung waren die funktionale Einteilung und Integration von Landwirtschaft, Industrie, Handel und Wohnraum entscheidend. Etzemüller fasst dies mit den folgenden Worten zusammen:

> «Die Siedlung sollte für die Menschen überschaubar bleiben. Wohnen in einer gesunden, grünen Umgebung, kurze Wege zur Arbeit und das soziale Leben in Gemeinschaftseinrichtungen sollten die vermeintlich integrierte dörfliche Sozialgemeinschaft der Vormoderne wiederaufleben lassen.»[146]

Anlehnend an diese Projekte wird in der vorliegenden Arbeit die Schweizer Innenkolonisation ebenfalls als Form des Social Engineering verstanden und auf die entsprechenden Merkmale hin untersucht. Die Ernährungskrise bot dabei also ein Interventionsfeld, welches einen gestaltenden Eingriff dringend notwendig machte und auf einer übergeordneten Ebene die Ernährungsfrage in einer Industriegesellschaft erneut und mit Nachdruck aktualisierte.[147] Die Ernährungskrise bot einen gemeinsamen Referenzpunkt, um den sich unterschiedliche Akteure formierten und wo diese miteinander in offenem und experimentellem Umgang die Lösung der Ernährungsfrage zu beantworten suchten. Die Akteure trafen dabei auf einen diskursiv offenen Raum, in dem traditionelle Bewältigungsmuster nicht länger Gültigkeit zu besitzen schienen und daher durch eine Phase des «fundamentalen Lernens»[148] abgelöst wurden. Moser und Auderset hielten 2012 dazu fest, dass «die Krise […] die Agrar- und Ernährungspolitik in ein Laboratorium des *social engineering* [überführte], in welchem eine Vielzahl politisch unterschiedlicher Akteure der agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft (auch) sicherzustellen versuchten, dass die Agrar- und Ernäh-

143 Siehe Kapitel 2.1.4.
144 Siehe Kapitel 5.2.
145 Siehe Kapitel 5.2.
146 Etzemüller 2017: 10.
147 Vgl. Auderset, Moser 2012: 148.
148 Siegenthaler 2012: 31-44.

rungspolitik nicht mehr, wie 1917/1918, zum Auslöser sozialer Konflikte und gesellschaftlicher Desintegration wurde»[149].

Der Einschätzung von Auderset und Moser folgend werden deshalb in der vorliegenden Arbeit die Bewältigungsstrategien als Ansätze des Social Engineerings nach Etzemüller gewertet und in den entsprechenden theoretischen Kontext eingebettet.

1.4 Quellenlage und Aufbau der Arbeit

Die Quellen zur Bewältigung der Schweizer Ernährungskrise am Ende des Ersten Weltkriegs sind äusserst divers und geografisch zerstreut[150]. Ausgehend von der Ernährungskrise und der geplanten Ausweitung des inländischen Anbaus von Nahrungsmitteln wurden in einem ersten Schritt die publizierten und unveröffentlichten Dokumente der «Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft» (SVIL) ausgewertet. Insbesondere die propagandistisch ausgerichtete Schriftenreihe der SVIL war eine wichtige Quelle, um die Topoi der Innenkolonisation in der Schweiz erschliessen zu können. Flankiert wurde das Studium dieser Schriftenreihe – in deren Rahmen auch die regelmässigen Jahresberichte der Organisation publiziert wurden – durch die unveröffentlichten Vorstands- und Generalversammlungsprotokolle der SVIL, die im Archiv für Agrargeschichte (AfA) aufbewahrt werden.[151] Über weitere unpublizierte Dokumente der SVIL haben sich aus den Beständen des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs in Basel (SWA) und des AfA zusätzliche Arbeitsbereiche der SVIL erschliessen lassen, wie etwa die sogenannte «Kanadaaktion»[152] in den Jahren 1922/1923, die hier jedoch erst im letzten Kapitel Erwähnung finden wird.[153] Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesbehörden und der SVIL wiederum hat sich primär aus den Beständen des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) erschliessen lassen.[154]

Parallel zu diesem ersten Schritt wurden die Unterlagen zum Familiengartenverein in Zürich im Schweizerischen Sozialarchiv (Sozarchiv) in Zürich gesichtet.[155] Dabei stellten sich insbesondere die Jahresberichte dieser Organisation, aber auch die zahlreichen Veröffentlichungen von Paul Pflüger, als informativ heraus.

---

149 Auderset, Moser 2012: 148. [Hervorhebung dem Original entnommen]

150 Peter Moser und Juri Auderset vom Archiv für Agrargeschichte (AfA) machten mich in verdankenswerter Weise auf zahlreiche wichtige Schriften und Quellenbestände aufmerksam.

151 AfA Nr. 106.11.

152 Siehe Kapitel 6.3.5.

153 AfA Nr. 106-211-01; SWA Bv Aa 62; BAR E2175#1000/132#169*.

154 BAR E2175#1000/132#169*; E7170A#1000/1069#141*; E7169#1000/1068#168*; E1004.1#1000/9#275*; E1004.1#1000/9#284*.

155 Sozarchiv Ar 463.

Aufbauend auf diesem ersten schmalen Quellenkorpus wurden danach mithilfe der vorliegenden geschichtswissenschaftlichen Literatur weitere Personen identifiziert, die mit der Fragestellung verbunden sind. Dabei erwiesen sich insbesondere zahlreiche zeitgenössische Publikationen als hilfreich. Die Konsultation dieser Publikationen erfolgte primär über die Bestände der Schweizerischen Nationalbibliothek (NB). Für die punktuell interessanten Korrespondenzen zwischen einzelnen Akteuren stellte sich das Sozialarchiv in Zürich als eigentliche Fundgrube heraus.[156]
Im Weiteren waren für die Erschliessung thematisch verwandter Organisationen und Personen insbesondere die Bestände zum Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK)[157] sowie der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG)[158] im Coop-Archiv in Basel und im Archiv für Agrargeschichte (AfA) von grossem Interesse.
Die detaillierte Erarbeitung eines Beispiels von industrieller Landwirtschaft im Kanton Luzern, nämlich die von Moos'schen Eisenwerke AG, liess sich durch einen ergiebigen Bestand im Staatsarchiv Luzern (StArLU) realisieren.
Ferner waren für die Rekonstruktion der kriegswirtschaftlichen Massnahmen des Bundes während des Ersten Weltkriegs die Amtsdruckschriften des Bundes eine informative Quelle.[159]

Auf diesem Quellenkorpus aufbauend liess sich dann die vorliegende Arbeit in folgende Teile gliedern. In einem ersten Schritt werden in Kapitel 2 die sozialen Anforderungen an die städtische Bevölkerung rund um 1900 beschrieben, insbesondere die Wohnungsfrage. Die zeitgenössische Interpretation des Zusammenhangs von sozialer Frage und Industrialisierung wird im Kontext der sich abzeichnenden Zivilisationskritik thematisiert und durch Vorschläge zur Neugestaltung des städtischen Raums ergänzt. Parallel wird im selben Kapitel auch auf die Frage der Nahrungsmittelversorgung vor 1914 eingegangen und die Ausrichtung der schweizerischen Landwirtschaft auf eine globale, arbeitsteilige Marktlogik erläutert.
Im Kapitel 3 werden die unterschiedlichen Phasen der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz thematisiert. Dabei wird veranschaulicht, dass sich mehrere Probleme während des Kriegs verdichteten und schliesslich in den Jahren 1917/1918 in eine eigentliche Ernährungskrise mündeten, welche auch soziale Verwerfungen initiierte. Die sich während der Krise verschiebende Fokussierung auf die Ernährungsfrage wird in Kapitel 3 ebenfalls thematisiert.

---

156 Sozarchiv Ar 101.30.6; Ar 111.1; Ar 1.100.6; ZB Zürich Ar 02.20.
157 Coop Archiv [o.S.] Bestand VSK.
158 Coop Archiv [o.S.] Bestand SGG.
159 Die in dieser Arbeit zitierten Amtsdruckschriften sind ebenfalls an entsprechender Stelle im Verzeichnis der gedruckten Quellen angegeben. Der Grossteil der Dokumente liegt in digitalisierter Form vor und kann über die Plattform «Online-Amtsdruckschriften» (www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch) konsultiert werden.

Die unzähligen Ansätze zur Neugestaltung der Nahrungsmittelversorgung und der Neugestaltung von Landwirtschaft und Industrie in einer industrialisierten Gesellschaft werden in Kapitel 4 vorgestellt. Während sich diese einzelnen Ansätze bereits inhaltlich in vielerlei Hinsicht überlappten, fehlten ihnen noch eine zusammenfassende Kraft. Dies wurde schliesslich mit dem «Projekt Innenkolonisation in der Schweiz» versucht.

Die Innenkolonisation versuchte, als Projekte der Raumplanung «avant la lettre», Siedlungs-, Ernährungs-und Sozialpolitik zu vereinen und mittels einer Aussöhnung von industriell und ländlich geprägten Räumen eine neue Gesellschaftsordnung zu entwerfen. Dieses Projekt der Innenkolonisation, das in der Schweiz unter Hans Bernhard und seiner SVIL entworfen wurde, wird in Kapitel 6 thematisiert und anhand von drei Fallbeispielen veranschaulicht. Da es sich beim Projekt der Innenkolonisation mitnichten um ein ausschliesslich schweizerisches Projekt handelt, sondern vielmehr um eine internationale Erscheinung, die in der Übergangszeit von 1880-1930 en vogue war, wird im Kapitel 5 das Phänomen der Innenkolonisation einem begrifflichen und internationalen Kontext gegenübergestellt, bevor dann in Kapitel 6 das schweizerische Projekt als nationales Fallbeispiel präsentiert wird.

Im Fazit werden die Ergebnisse aus den einzelnen Kapiteln gebündelt, reflektiert und mit dem untersuchungsleitenden Konzept des Social Engenieering nach Thomas Etzemüller verknüpft.

Der modulare Aufbau der Arbeit soll Lesenden erlauben nur einzelne sie interessierende Kapitel zu konsultieren. Während die Kapitel 1-4 einen einführenden Charakter für die Erschliessung des historischen Kontexts aufweisen, thematisieren Kapitel 5 und 6 detaillierter die Innenkolonisation. Der gewählte modulare Aufbau führte dazu, dass einige Wiederholungen unvermeidbar waren.

2 Die Soziale Frage und die Agrarfrage um 1900

> «Beschleunigung und Erregung, Angst und Schwindelgefühle waren Themen, die in den Jahren zwischen 1900 und 1914 in vielfältiger Form immer wiederkehrten und deren Ursachen auf der Hand liegen: Die Städte wuchsen explosionsartig an, und die Gesellschaft wurde durch die rapide Industrialisierung aller Lebensbereiche transformiert, massenproduzierte Güter und Elektrizität begannen das tägliche Leben zu bestimmen und alle Städter zu Konsumenten zu machen, Zeitungen wurden zu Imperien, Kinofilme wurden von Millionen Zuschauer gesehen, die Globalisierung brachte Fleisch aus Neuseeland und Mehl aus Kanada und Russland in britische und deutsche Haushalte und sorgte damit auch für den Niedergang des Adels, dessen Wohlstand grossteils auf der Landwirtschaft gründete, und für den Aufstieg einer neuen Art von Menschen: dem Ingenieur, dem Mathematiker, dem Technokraten, dem Städter. Die moderne Welt, das zeigt sich bei näherem Hinsehen, erhob sich nicht aus den Schützengräben der Somme und den Ruinen Flanderns, sondern hatte schon vor 1914 die Menschen längst ergriffen. Der Krieg funktionierte lediglich als Katalysator, der die alten Strukturen rascher zum Einsturz brachte und neuen Identitäten schneller erlaubte, selbstbewusst aufzutreten.»[160]

Philipp Blom zeichnete in seiner Arbeit von 2011 Europa in der Zeit von 1900-1914 als Welt, die im Aufbruch begriffen war. Verunsicherung und gleichzeitiger Fortschrittsglaube bildeten ein ambivalentes Zweigespann, welches das mentalitätsgeschichtliche Bild der Zeit prägte. Im Folgenden soll diese Zeit anhand zweier konkreter Themenkreise untersucht werden, um die Entwicklung der Krisen und deren Bewältigung in den Jahren 1917/1918 besser einordnen zu können.

Entlang der Wohnungsfrage im ausgehenden 19. Jahrhundert sowie der Frage nach der Ausgestaltung der künftigen Agrar- und Versorgungspolitik sollen die zeitgenössischen Strategien zur Beantwortung grundlegender Fragen in den Fokus rücken: Wie wollten die Zeitgenossen wohnen und wie sollten sie sich organisieren, damit sie genug zu essen hatten?
Als wesentlichster und augenfälligster Faktor sticht dabei das unkontrollierte Städtewachstum hervor. Unter Intellektuellen, Wissenschaftlern und Beobachtern erwuchs gegenüber dem städtischen Wuchern massive Kritik. Darin wurde die Stadt oftmals als Moloch charakterisiert, der das gesellschaftliche Leben zu zerstören drohe. Dieses unkontrollierte Städtewachstum des ausgehenden 19. Jahrhunderts verlangte daher nach einer (Neu-)Ordnung bzw. einer Organisation städtischer Planung überhaupt.[161]

---

160 Blom 2011: 13-14.
161 Vgl. Kurz 2008: 19-23; Reulecke 2014: 86-87; Schott 2014: 275-278.

Gleichzeitig stellten die globalisierten Handelsbewegungen agrarischer Güter die Verantwortlichen der Versorgungspolitik vor neue Herausforderungen: Wie sollte die Versorgung angesichts rasant wachsender Städte und immer weniger Beschäftigten in der Landwirtschaft langfristig sichergestellt werden? Auf diese beiden Aspekte richtet sich der Fokus des folgenden Kapitels. Dabei wird in einem ersten Schritt der Umgang mit der Wohnungsfrage in der Schweiz um 1900 thematisiert und erst in einem zweiten Schritt die Neugestaltung der Agrarpolitik in derselben Zeit.

2.1 Die Wohnungsfrage als Kern der sozialen Frage

Die europäischen Städte erlebten um 1900 eine beispiellose Wachstumsperiode. Selbst das relativ bescheidene Zürich verzeichnete beispielsweise zwischen 1860 und 1900 eine Bevölkerungszunahme von 50'000 auf 150'000 Personen.[162] In Deutschland stieg der Anteil der Bevölkerung, der in Städten von über 20'000 Einwohnern lebte, von 14.3% zur Zeit der Reichsgründung (1870/1871) auf 40.4% im Jahr 1910.[163] Demografische Entwicklungen, erhöhte Mobilität und Veränderungen in der Arbeitswelt führten zu massiven Migrationsbewegungen vom Land in die Stadt.[164] Während um 1800 in der Schweiz noch Kleinstädte das Bild dominierten, und Städte wie Zürich, Bern, Basel oder Genf etwas über 10'000 Einwohner aufwiesen, zählten diese Städte um 1900 bereits über 100'000 Einwohner.[165] Ferner wuchsen insbesondere kleinere Städte, wie Winterthur (ZH) oder Arbon (TG), durch die Ansiedlung von Industriebetrieben stark an. [166] In den industriellen Zentren Europas hatte allgemein eine bislang unbekannte Verstädterung eingesetzt und für massive Umwälzungen räumlicher, kultureller und sozialer Natur gesorgt.[167]

Parallel zum exponentiellen Wachstum der städtischen Wohnbevölkerung wuchs auch die Nachfrage nach Wohnraum. In der Folge kam es vielerorts zu einer sozialen Segregation des Raumes und es entstanden Arbeiterquartiere.[168] Und da die Wohnungen gerade in den Unterschichtquartieren knapp waren, wurde die Benutzung des lukrativen Wohnraums sowohl von Seiten der

---

162 Vgl. Kurz 2008: 19.

163 Vgl. Reulecke 1985: 68; Saldern 1997: 40.

164 Vgl. Fritzsche, Frey, Rey 2001: 30-36, 42-44, 102-106; Head-König 2008; Hepp 2001: 83-84; Kurz 2008: 19; Reulecke 2014: 86.

165 Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 10'000 Einwohnern werden in der Schweiz meist als Städte bezeichnet, während Städte mit über 100'000 Einwohnern als Grossstädte gelten. Die Städte Zürich, Bern und Genf hatten also bereits um 1900 im schweizerischen Kontext als Grossstädte zu gelten. Vgl. dazu: Haefeli 2012: 705.

166 Vgl. Bassand 2004.

167 Die Literatur zu dem Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Verstädterung ist zahlreich. Wesentlich sind die Darstellungen von: Fritzsche 1986: 175-194; Hohenberg, Lees 1995; Schmidtke-Glamann 1988; Reif 2012: 15-28; Schott 2014: 193-327.

168 Vgl. Fritzsche 1977: 446-473; Saldern 1997: 55.

Vermieter als auch von den Mietern unkontrolliert verdichtet. Hauseigentümer boten teilweise feuchte Kellerräume oder unbeheizte Dachböden als Unterkünfte an, während umgekehrt die Mieter wiederum aufgrund stetig steigender Mietpreise gezwungen waren, ihren Wohnraum mit Untermietern zu teilen.[169] Dabei muss allerdings zwischen zwei Typen von Arbeiterquartieren unterschieden werden: Während die neugebauten Mietskasernen an den Stadträndern zumindest hygienischen Standards genügten, wurden in Häusern mit alter Bausubstanz im Stadtzentrum oftmals auch die minimalsten hygienischen Standards unterschritten. Allerdings zeichneten sich auch die moderneren Mietskasernen durch stark verdichtetes Wohnen aus.[170]

Die Verdichtungsprozesse führten in den Unterschichtsquartieren der Schweizer Städte zu einem unkontrollierten, ungeordneten und überproportionalen Wachstum. Auch das Angebot an billig und hastig errichteten Wohnungen vermochte die sprunghaft ansteigende Nachfrage nach günstigem Wohnraum nicht zu befriedigen, was wiederum die unkoordinierten Verdichtungsprozesse in den Unterschichtsquartieren weiter verstärkte.[171] So standen in Arbeiterhaushalten im Raum Zürich durchschnittlich 7.5 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung. Sanitäre Anlagen, wenn überhaupt vorhanden, mussten mit mehreren Familien geteilt werden.[172] Und in Bern übernachteten beispielsweise um 1880-1890 hunderte von Obdachlosen im stadtnahen Bremgartenwald.[173]

Diese Entwicklung führte zu einer «quantitative[n] und qualitative[n] Wohnungsnot»[174], welche von den Zeitgenossen als eigentlicher Kern der sozialen Frage der Jahrhundertwende wahrgenommen wurde. Der spärlich zur Verfügung stehende Wohnraum war für Arbeiterfamilien finanziell oft unerschwinglich und mangelhaft und galt als Keimzelle für Krankheiten.

Zeitgenossen witterten in diesen Zuständen sogar eine existenzielle Bedrohung für die Entwicklung einer modernen Gesellschaft. Durch die Wohnungsnot drohe ein Zerfall der Gesellschaft in gesundheitlicher, moralischer und politischer Hinsicht. Besonders unter Intellektuellen, Kunstschaffenden und Sozialreformern regte sich eine massive Kritik an den räumlichen und sozialen Umwälzungen, welche die moderne Industriegesellschaft besonders in den grösseren Städten hervorgebracht hatte.[175]

---

169 Vgl. Koller 1995: 39-47; Nepfer 1996: 1-8; Zitelmann 2018: 62-63.
170 Vgl. Saldern 1997: 72.
171 Vgl. Koller 1995: 39.
172 Vgl. Kurz 2008: 50-52.
173 Vgl. Fritzsche 1990: 385.
174 Koller 1995: 42. [Anpassungen durch den Autor.]
175 Vgl. Kurz 2008: 19.

2.1.1 Krankheiten, Hygiene und Disziplinierung

Die verdichtete Wohnweise diente Infektionen als ideale Brutstätte. So kam es beispielsweise im frühen 19. Jahrhundert in verschiedenen europäischen Grossstädten zu wellenartigen Ausbreitungen von Cholera und Typhus.

Die sogenannte «Cholera asiatica»[176] zeichnete sich nicht nur durch eine hohe Ansteckungsrate und sehr kurze Inkubationszeit aus, sondern auch durch starke Schmerzen und massiven Brechdurchfall. Der Körper der Infizierten dehydrierte und verfärbte sich allmählich blauschwarz. In ihrem Umfeld breitete sich ein entsetzlicher Gestank aus, und viele starben nur wenige Stunden, nachdem die ersten Symptome aufgetreten waren.[177] Die Cholera-Wellen suchten nicht nur die grossen europäischen Industriemetropolen, sondern auch Schweizer Städte heim. Im Sommer 1855 beispielsweise wurde, neben Zürich und Genf, vor allem Basel durch die Cholera erschüttert.[178]

Da der Nachweis des Cholera-Erregers in bakteriell verunreinigtem Trinkwasser erst 1883 durch Robert Koch gelang, waren sowohl die Ursachen der Krankheit als auch die geeigneten Gegenmassnahmen lange Gegenstand heftiger Spekulationen.[179] Cholera-Wellen wurden als existentielle Bedrohung der Menschen wahrgenommen. Entsprechend stark war der Handlungsdruck bei den zuständigen Behörden. Schon vor dem Nachweis des Bakteriums waren wissenschaftlich inspirierte Bewältigungsstrategien entwickelt und angewendet worden.[180]

So wurde bei der Suche nach Massnahmen gegen die Cholera ein Zusammenhang zwischen dem gehäuften Auftreten der Krankheit in Unterschichtsquartieren und den dort existierenden hygienischen Mängeln erkannt.[181] Ohne über eine gesicherte Erklärung des Ansteckungsvorgangs zu verfügen, wurden richtige Instrumente (so die Verbesserung der sanitären Anlagen und der Hygiene durch gesetzliche Massnahmen) geschaffen, um die Krankheit einzudämmen.[182] Damit wurde Hygiene zum zentralen Begriff, der die Stadtplanung und die behördlichen Disziplinierungsmassnahmen wesentlich zu prägen begann.[183]

Auf der Basis von quantitativen und qualitativen Untersuchungen zu den Wohnbedingungen in den Städten begannen die Behörden damit, Problemzonen in den Städten zu identifizieren und Handlungsmassnahmen abzuleiten. In der industriellen Musterstadt Manchester untersuchte der Arzt John Kay bereits 1832 die Sauberkeit von Strassen sowie die Verfügbarkeit von Latrinen

---

176 Schott 2014: 223.
177 Vgl. Schott 2014: 223. Zur weiteren Charakteristik der Cholera siehe: Briese 2003; Evans 1991: 294-299; Hamlin 2009.
178 Vgl. Ritzmann 2005.
179 Vgl. Ritzmann 2005.
180 Vgl. Sennett 2018: 32.
181 Vgl. Koller 1995: 63-91; Schott 2014: 224.
182 Vgl Schott 2014: 246.
183 Vgl. Koller 1995: 63-66.

und legte mit seinem Bericht «The Moral and Physical Conditions of the Working Classes employed in the cotton manufacture of Manchester»[184] eine Pionierarbeit für darauffolgende Untersuchungen über die Lebensbedingungen in modernen Städten vor.

Darauf baute auch die sogenannte Basler Wohnungsenquête[185] von Karl Bücher im Jahr 1889 auf und wurde ihrerseits zum Schweizer Muster einer wissenschaftlichen Wohnungsenquête im ausgehenden 19. Jahrhundert. So orientierten sich nicht nur diverse Schweizer Städte, wie beispielsweise Bern, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Vevey, Winterthur oder Zürich, bei der Durchführung ihrer eigenen Untersuchungen an Büchners Basler Arbeit, auch der internationale Hygiene-Kongress in Berlin (1891) zog als Beispiel einer gelungenen Untersuchung der Lebensverhältnisse in Städten die Basler Wohnungsenquête als Vorbild heran.[186]

Die Analysen solcher Wohnungsenquêten flossen fortan in die städtischen Ordnungs- und Bauvorstellungen ein.

Parallel zu den nun wissenschaftlich untermauerten Vorschriften setzten sich weitere bürgerlich dominierte Disziplinierungsversuche durch, welche sich am Wert der Familie und des Eigenheims orientierten. So sollten Wohnungen nicht nur sanitären Mindestansprüchen genügen, sondern auch über ausreichend Licht und Luft verfügen.[187] Die öffentliche Verrichtung der Notdurft wurde unter Strafe gestellt, aber gleichzeitig wurden auch öffentliche Aborte eingerichtet, um dieses verbreitete Verhalten zu korrigieren.[188] Die städtischen, kantonalen und Bundes-Behörden versuchten oftmals, über die Gesetzgebung im Bau- und Wohnungswesen, der in den Enquêten gerügten Mängel Herr zu werden.[189] So wurden Regeln für den Umgang mit Untermietern erlassen und die Zahl der möglichen Untermieter in einer Wohnung gesetzlich festgelegt. Das Ideal entsprach der Gleichung «eine Wohnung, eine Familie». Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaften zur Vermehrung des Wohnungsangebots entwickelten sich in der Schweiz vor 1914 allerdings eher schleppend. Und die wenigen Ansätze zu gemeinnützigem Bauwesen wurden dann durch den Ausbruch des Kriegs jäh gestoppt.[190]

Grundsätzlich ist aber festzuhalten, dass die Bedrohung durch Krankheitserreger dank des Eingreifens von wissenschaftlich orientierten Zeitgenossen in ganz Europa unter Kontrolle gebracht werden konnte. Die antiepidemiologischen Massnahmenkataloge und Empfehlungen zur Steige-

184 Kay-Shuttleworth 1832.
185 Bücher 1891.
186 Vgl. Hofmann 1896: 604-623; Koller 1995: 53.
187 Als Beispiel kann hier die zeitgenössische Forderung des Berner Polizeiarztes Wilhelm Ost nach licht- und luftdurchfluteten Wohnungen zitiert werden. Ost gilt als Begründer der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft der Stadt Bern", welche unmittelbar nach 1900 bauliche Verbesserungen im Berner Mattequartier einleitete. Vgl. Ost 1897; sowie Hofmann 2011: 15-16.
188 Vgl. Payer 2000.
189 Vgl. Koller 1995: 53-55; Zitelmann 2018: 63.
190 Vgl. Zitelmann 2018: 63-64.

rung der Hygiene wurden auf Konferenzen international ausgetauscht. Experten diskutierten das europaweite Phänomen der Wohnungsnot und evaluierten Ansätze zur Überwindung.
Die Wohnungsfrage war ein Problem, das um 1900 alle industrialisierten Gesellschaften Europas betraf - wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Über die Problematik der Krankheiten in überfüllten und hygienisch mangelhaften Armenunterkünfte offenbarte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein identifiziertes Interventionsfeld, in das mit konkreten Massnahmen eingegriffen werden konnte.[191] Die Ideen entstanden aus zeitgleich entwickelten wissenschaftlichen Problemlösungsstrategien, die sogar als Veranschaulichung der «Verwissenschaftlichung des Sozialen»[192] gewertet werden können. Empirisch erhobene Daten und ein experimenteller Zugang, bei dem sich Analyse und Handeln in rascher Folge abwechselten, prägten das Vorgehen der Akteure und deren «experimentell-adjustierenden Charakter des Denkens, Planen und Handelns»[193].

Der Bedrohung der städtischen und industrialisierten Gesellschaften durch Krankheiten konnte somit mittels konkreter Verbesserungen der Hygiene begegnet werden. Aber zeitgenössische Beobachter fürchteten nicht nur einen medizinischen Niedergang der Gesellschaft durch die Wohnungsnot, sondern auch eine geistige und moralische Zersetzung der sozialen Werte.

2.1.2 Moral, Familie und Eigentum

Auch kirchliche und politische Kritiker, wie beispielsweise der Zürcher Pfarrer und Sozialdemokrat Paul Pflüger[194] oder der Freiburger katholisch-konservative Georges de Montenach[195], beklagten die städtischen Wohnverhältnisse und warnten nicht nur vor einem medizinischen, sondern auch vor einem moralischen Zerfall der Gesellschaft, sollte sich der Trend des unkontrollierten Städtewachstums weiter fortsetzen. So erachtete Pflüger die Wohnungsnot 1909 als «Hauptwurzel der Unmoralität»[196]:

> «Wie mancher wird zum ständigen Stammgast des Wirtshauses und zum Gewohnheitstrinker, weil ihm ein freundliches, geräumiges Haus mangelt.»[197]

---

191 Vgl. Etzemüller 2009: 35.
192 Raphael 1996.
193 Etzemüller 2009: 36.
194 Paul Pflüger (1865-1947) war ein sozialdemokratischer Pfarrer und Politiker, der innerhalb der SPS in den Jahren 1912-1916 dem christ-sozialen Grütliverein vorstand. Pflüger verstand sich als nicht-marxistischer, christ-sozialer Reformator, welcher im Wohnungsbau und im Fürsorgewesen aktiv war. Zu Pflüger: Vgl. Bürgi 2010; Hausamman 1987.
195 Georges de Montenach (1862-1925) war ein katholisch-konservativer Politiker und Denker aus dem Kanton Fribourg. Vgl. Walter 1996: 109; Mattioli 1996: 110-121.
196 Pflüger 1909: 5.
197 Pflüger 1909: 6.

Der Lohndruck und die unbefriedigenden Wohnverhältnisse führten zu einem «Zustand der inneren Verbitterung»[198], die wiederum «Ehezerwürfnisse und Familienstreit»[199] nach sich zögen. Ferner könne in einem solchen Haushalt auch keine sinnvolle Erziehung stattfinden:

> «Es wird nicht leicht jemand berechnen können, wieviel Druck auf die Kinder durch die indirekten Folgen der Engigkeit ausgeübt wird, […]. Wo diese Engigkeit vorhanden ist, kann für das Kind keine Ausweitung des Seelenlebens entstehen. Mit der Engigkeit der Wohnung ist die Engigkeit der Charaktere notwendig verbunden. […] solange es von Kind auf immer heisst: Bewege dich nicht, sei ruhig, ihr müsst euch zusammendrängen, geht nicht auf die Treppe, zanke dich mit niemandem, solange das Leben voll ist von der Kreischerei und der Quietscherei, wie sie aus der Engigkeit der Wohnung notwendig herauskommt, erziehen wir keine leistungsfähige Klasse. Wo soll sie denn aus dem engen Staube herauswachsen? Das ist gar keine Frage der Sentimentalität, sondern das ist eine Frage der industriellen und wirtschaftlichen Gesamtleistungen.»[200]

Die Wohnungsfrage war also eine Frage, welche die Gesellschaft insgesamt betraf. Man konnte sie aus verschiedenen Perspektiven betrachten, sei es pädagogischer oder gar volkswirtschaftlicher Sicht, für Pflüger ging es aber um nicht weniger als um die Grundlage für das Gedeihen einer gesunden modernen Gesellschaft.

Während Pflüger eine fehlgeleitete Entwicklung der Menschen durch mangelnden Wohnungsraum ausmachte, kritisierte Montenach die Verstädterung und die damit einhergehende Industrialisierung aus einer Perspektive, die vor allem dem Heimatschutz verpflichtet war. Er beklagte eine «Verhässlichung der Schweiz» und forderte eine «Bändigung der industriegesellschaftlichen Dynamik nach Massgaben der Landestradition».[201]
Die Gegenwart begriff Montenach als Bruch mit der Vergangenheit. Das moderne Zeitalter habe «architektonische Zerstörungen, ökologische Verwüstungen und moralischen Zerfall hervorgebracht».[202] In seiner Schrift «Pour le village. La conservation de la classe paysanne»[203] machte er aber deutlich, dass ihm nicht an einer geschichtlichen Umkehr gelegen war, welche die Moderne und den Fortschritt an sich ablehnte, er votierte aber stark für die Drosselung einer von ihm kon-

198 Pflüger 1909: 7.
199 Pflüger 1909: 7.
200 Naumann 1905, zit. nach: Pflüger 1909: 12-13.
201 Mattioli 1996: 111.
202 Mattioli 1996: 112.
203 De Montenach 1916.

statierten Überindustrialisierung und stellte die Erhaltung des ländlichen Dorfes in den Mittelpunkt seiner Agenda.

De Montenach hielt den Weg in die Moderne und die damit einhergehenden Veränderungen für unausweichlich, aber steuerbar, und er offenbarte ein ambivalentes Verhältnis zur Industrie. Einerseits machte er eine Überindustrialisierung aus, andererseits plädierte er nicht für eine Umkehr, sondern für eine Kurskorrektur, um die negativen Folgen einer zu raschen und zu umfassenden Industrialisierung zu bändigen. Er plädierte für eine Dezentralisierung der Industrie, um die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung zu stoppen, um der Wohnungsnot in den Städten zu begegnen, und um die kulturellen und familiären Strukturen in den ländlichen Dörfern bewahren zu können. In dieser Haltung offenbarte sich Georges de Montenach als ein zwischen konservativen und reaktionären Ideen[204] mäandrierender Denker.[205]

De Montenach plädierte somit für einen geordneten und gemässigten Fortschritt, der die ländliche Lebensweise in die industriellen Entwicklungen und die Verstädterungsprozesse integriere und so einen neuen Weg kreiere, der eine Harmonisierung von Stadt und Land ermögliche. Diese Utopie war besonders durch den starken christlichen Glauben de Montenachs getragen, da er in den Städten – wie Pflüger – eine Dekadenz zu erkennen glaubte, welche an den Pfeilern des christlichen Glaubens sägte.

Es erstaunt daher nicht, dass die Argumentation der christ-sozialen und der katholisch-konservativen Denker wesentliche Gemeinsamkeiten aufweisen. So kommt auch Pflüger zum Schluss, dass «das Ideal der weit in die Zukunft Schauenden […] eine Vermählung der städtischen und ländlichen Kultur, eine Vereinigung der Vorzüge städtischer Lebensweise mit den Vorzügen des Landlebens»[206] sei.

Entsprechend plädiert Pflüger für das Einfamilienhaus als «Ideal einer menschlichen Wohnung». In den modernen Mietskasernen an den Stadträndern seien zwar wesentliche Verbesserungen in hygienischer Hinsicht geschehen, aber dennoch könne in solch gedrängten Verhältnissen die «Kunst zu wohnen» nicht gelernt werden. Die Mietskaserne raube besonders Kindern und Jugendlichen jegliches Heimatgefühl. Den Kindern sei das Spielen und Herumtoben verwehrt und Jugendliche sähen sich aufgrund der zahlreichen und oft wechselnden sehr jungen Untermieter der Keuschheit beraubt. Daher sei das Wohnen in Mietskasernen zurückzudrängen und stattdessen Wohnverhältnisse zu schaffen, welche langfristiges Eigentum für einzelne Familien in einem freundlichen, heimeligen Umfeld ermögliche – «das Einfamilienhaus, versteht sich, vom freundlichen Garten umgeben».[207]

---

204 Zum Unterschied zwischen einer konservativen und einer reaktionären Weltanschauung vgl. Lilla 2018: 17-29.
205 Vgl. Mattioli 1996: 112-113.
206 Pflüger 1909: 91.
207 Vgl. Pflüger 1909: 11-12.

Pflüger sah die Schaffung von Eigenheimen als sittliche Aufgabe der Gesellschaft. Darin deckt sich seine Weltsicht mit jener de Montenachs, der für den Schutz der Dörfer und ein ländliches Siedlungswesen plädiert. Uneins ist er sich mit ihm, wenn er das Eigenheim als mögliche Umsetzung des Sozialismus betrachtet. Hier offenbarte er seine munizipalsozialistischen Vorstellungen, die zwar eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber eine individuelle Freiheit für Lebens- und Genussmitteln einfordert.[208] Insofern mäandriert auch Pflüger zwischen einem konservativen Wertekanon und einer sozialistisch geprägten Vorstellung einer künftigen Gesellschaftsordnung, die auf einem genossenschaftlich orientierten «socialen Prinzip» beruht.[209]

Der beschleunigten Auflösung familiärer Traditionen und Strukturen und der damit einhergehenden Bedrohung von christlichen Wertvorstellungen stehen sowohl de Montenach als auch Pflüger ablehnend gegenüber und befürworten eine Rückbesinnung auf Wohnstrukturen, die traditionellen Familienbildern entsprechen. Beide hoffen, dadurch ein Wertesystem zu erhalten, das sie aufgrund der beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklungen in Gefahr sehen. Pflüger aber denkt seine Vorstellungen von den Bedürfnissen der städtischen Arbeiterschaft her und verknüpft diese Denkweise mit einem christlich-sozialistischen Wertekanon, während de Montenachs Wertesystem sich aus der konservativen Erhaltung der ländlichen Gesellschaft speist.
Einig sind sich die beiden in der Einschätzung, dass die Wohnungsfrage und das beschleunigte Städtewachstum einen moralischen Zerfall der modernen Gesellschaft einläuten könne, sofern nicht bald ordnend in die beschriebene Entwicklung eingegriffen werde.

2.1.3 Klassenbewusstsein, revolutionäres Reservoir und Wohnen

Pflüger zeigte sich in seiner Schrift zur Wohnungsfrage ferner erstaunt darüber, dass sich einzelne Sozialisten gegen Reformen im Wohnungswesen stellten und das Einfamilienhaus als Ideal ablehnten. Gemäss ihnen entspreche «die Mietskaserne dem Zeitalter der kapitalistischen Grossproduktion»[210]. Zudem fühlten sich in der Mietskaserne die Proletarier solidarisch verbunden, während im Einfamilienhaus der Individualismus grossgezogen werde.[211]
Allerdings waren diese Sozialisten in guter Gesellschaft: Denn im Hinblick auf die Entwicklung des Klassenbewusstseins hatte sich auch Friedrich Engels zur Wohnungsfrage geäussert und ebenfalls eine ablehnende Haltung gegenüber Wohnungsreformansätzen eingenommen.
Auch Engels hatte die prekäre Lage der städtischen Arbeiter erkannt und stellte die Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die soziale Segregation in der Industriestadt Man-

208 Vgl. Pflüger 1909: 11-12.
209 Vgl. Pflüger 1910: 80-83.
210 Pflüger 1909: 11.
211 Pflüger 1909: 11.

chester um 1845 drastisch dar: In einem «Chaos kleiner, einstöckiger Hütten», die «menschenbewohnten Viehställen» glichen, hausten die ärmeren Schichten Manchesters entlang des Fluss Irk. Dieser Fluss sei nicht vielmehr als «ein schmaler, pechschwarzer, stinkender Fluss, voll Unrath und Abfall».[212]

Die Ursache für den desaströsen Zustand des Flusses, der sich durch das Arbeiterquartier Manchesters zwang, machte Engels darin aus, dass die «Abflüsse und Abfälle» von flussaufwärts liegenden «Gerbereien […] Färbereien, Knochenmühlen und Gaswerken […] samt und sonders in den Irk wandern, der ausserdem noch den Inhalt der anschiessenden Kloaken und Abtritte» aufnehmen müsse.[213] Leicht ausserhalb der Stadt wohne die «höhere und mittlere Bourgeoise […] in villenartigen Gartenhäuschen […] in einer freien, gesunden Landluft, in prächtigen, bequemen Wohnungen, an denen halbstündlich oder viertelstündlich die nach der Stadt fahrende Omnibusse vorbeikommen.»[214]

Engels stellte die Lebensbedingungen und die Umwelt der Industriestadt als «hochgradig belastet und verseucht» dar.[215] Dennoch stellte sich Engels in seinen Überlegungen zur Wohnungsfrage gegen die Verbesserung dieser Zustände auf reformerischem Weg.

> «Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht. Die Wohnungsfrage lösen wollen und die modernen großen Städte forterhalten wollen, ist ein Widersinn. Die modernen großen Städte werden aber beseitigt erst durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, und wenn diese erst in Gang gebracht, wird es sich um ganz andere Dinge handeln, als jedem Arbeiter ein ihm zu eigen gehörendes Häuschen zu verschaffen.»[216]

Engels hielt also die Wohnungsreformen für ein widersinniges Vorgehen, denn «um *dieser* Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur *ein* Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen»[217].

Die klassenbewusstseinsschärfende Kraft der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft sah Engels als Grundlage, um eine revolutionäre Stimmung zu erzeugen, mittels derer erst die wirklichen Ursachen für die unhaltbare Situation der Arbeiterschaft beseitigt werden könnten. Der konsequente Materialist Engels setzte auf den revolutionären Umsturz der Verhältnisse, weshalb er reformorientierte Ansätze zur Linderung der Wohnungsnot ablehnte.

---

212 Engels 1845: 68.
213 Engels 1845: 68.
214 Engels 1845: 63-64.
215 Vgl. Schott 2014: 206.
216 Engels 2015: 77.
217 Engels 2015: 20-21. [Hervorhebungen im Original]

In der Schweiz fand Engels' Haltung bei Teilen der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung Rückhalt. So argumentierten Autoren im «Volksrecht» im Juli 1913, dass die Stadt eine erzieherische Wirkung auf die Arbeiterschaft habe, da sich erst in den Lebensverhältnissen der Arbeiterschaft ein entsprechendes Klassenbewusstsein entfalten könne.[218] Selbst wenn die Städter in Zukunft wieder auf dem Land leben würden, wäre dies nicht mehr das Land der «guten alten Zeit»[219], resümierte der Autor im «Volksrecht»:

> «Die es bewohnen, haben nichts gemeinsam mit den Bauern von ehedem: sie sind durch die Städte hindurchgegangen und bleiben in dauernder Berührung mit ihnen; sie sind *aufs Land zurückgekehrt*, aber sie haben dorthin Vorteile einer sozialen Umgestaltung mitgebracht, für welche die Zentralisation in den Städten die notwendige Vorbedingung und der entscheidende Faktor gewesen ist.»[220]

Sollte jemals wieder eine Rückwanderung der Städter auf das Land stattfinden, so hätten diese eine nachhaltige Prägung durch die Stadt erfahren, die sie nicht mehr ablegen würden. Sie brächten ihre Erfahrungen in die Ausgestaltung künftiger Lebensformen auch auf dem Land ein.
Antisozialistischen Denkern wie Georges de Montenach muss diese Form der Klassenbewusstseinswerdung in den städtischen Mietskasernen ein Dorn im Auge gewesen sein. Sie fürchteten eine Solidarisierung der Arbeiterschaft in den zentralisierten und gedrängten Quartieren der Arbeiterviertel und die Umsturzgefahr, die von diesen ausging.
In der Tat müssen die Schweizer Städte um 1900 als aufrührerischer als das Land gesehen werden. So verweist Fritzsche darauf, dass die Städter in der Schweiz um 1900 öfter an Streiks und Protesten partizipierten, als die ebenfalls oft in Arbeiterverhältnissen lebenden ländlichen Genossen.[221] Fritzsche leitete daraus die These ab, dass die Erfahrung der sozialen Segregation in den Städten für die Ausbildung einer protestbereiten Arbeiterschaft wichtiger waren als das Fabriksystem, in dem diese arbeitete.[222] Auch für Fritsche dienten die Erfahrungen der Arbeiter in der Stadt als wesentlicher Faktor in der Entwicklung des Klassenbewusstseins.
Entsprechend fürchteten insbesondere bürgerliche Akteure, in den Städten ein Reservoir an revolutionsbereiten Arbeitern zu schaffen. Bürgerliche Kräfte waren deshalb auch an einer Harmonisierung der Wohnungssituation interessiert, was erklären kann, warum insbesondere viele Un-

218 Vgl. Volksrecht, 07.07.1903.
219 Volksrecht, 07.07.1903: 1.
220 Volksrecht, 07.07.1903: 1. [Hervorhebung im Original]
221 Vgl. Fritzsche 1977: 449.
222 Vgl. Fritzsche 1977: 473.

ternehmer gegen Ende des 19. Jahrhunderts damit begannen, Wohnungen für ihre Arbeiter zu schaffen.[223]

2.1.4 Landflucht, Zivilisationskritik und Gartenstadt-Pläne

Die planlos erstellten und oftmals überteuerten Mietshäuser für Arbeiterinnen und Arbeiter, welche die peripheren Räume der Industriestädte des frühen 20. Jahrhunderts prägten, das Durcheinander auf verdichtetem Raum, die unhygienischen und gesundheitsschädigenden Wohnbedingungen, hohe Mietzinse und das Heranwachsen einer unzufriedenen und immer revolutionärer politisierenden Arbeiterbewegung wurde von vielen Zeitgenossen als bedrohlich erlebt und weckte so eine Sehnsucht nach Harmonie und Ordnung im städtischen Raum.[224]

Obschon die Verwissenschaftlichung des Sozialen schon im 19. Jahrhundert prosperierte, setzte erst im frühen 20. Jahrhundert auch in der Stadtplanung ein Trend zur Verwissenschaftlichung ein.[225] Um 1900 formierte sich ein moderner Städtebau, der sich durch eine bewusste Abgrenzung von der oben genannten Entwicklung zu positionieren versuchte und mehrere antiurbane Antworten auf drängende Probleme anbot: Das unkontrollierte Wachstum sollte gebremst und durch Planung kontrolliert und die Arbeiterschaft durch verbesserte Wohnverhältnisse politisch und sozial integriert werden.[226]

Besonders in England hatte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert entlang der starken sozialen Segregation und der grassierenden Wohnungsnot in den Städten eine Radikalisierung der Arbeiterschicht abgezeichnet. Um einem gewaltsamen sozialistischen Umsturz entgegenzuwirken, entwarfen britische Reformer teilweise extreme Gesellschaftsalternativen, um das gesellschaftliche Zusammenleben auf neue Grundlagen zu stellen.[227]

In diesen reformorientierten Kreisen verkehrte auch der Parlamentsfotograf Ebenezer Howard[228], der im Jahr 1898 in seinem Buch «To-Morrow: A peaceful path to real reform»[229] einen Reformansatz vorlegte, der die Auflösung grosser Städte propagierte und die Umsiedlung der Bevölkerung in Kleinstädte forderte, in denen ein ökonomischer Ausgleich zwischen Industrie

---

223 Zum paternalistisch inspirierten Wohnungsbau siehe Kiess 1991: 259-391; Saldern 1997: 52-54.

224 Vgl. Kurz 2008: 11-12; 19-20.

225 Zur Geschichte der Stadtplanung siehe: Fisch 1990: 175-191; Hohenberg, Lees 1995: 179-329; Kiess 1991: 103-127, 427-450; Kurz 2008; Ladd 1990: 77-111; Sutcliffe 1981; Sutcliffe 1983: 441-473; Uekötter 2007: 17; Wakeman 2016; Ward 1994; Wagner 2016: 11-103.

226 Vgl. Kurz 2008: 12.

227 Vgl. Schott 2014: 317; Bergmann 1970: 136.

228 Ebenezer Howard (1850-1928) war ein britischer Parlamentsfotograf und erlangte mit seinem stadtplanerischen Konzept der «Gartenstadt» Weltruhm. Allerdings war Howard kein beruflicher Stadtplaner, sondern entwickelte sein Konzept als experimentellen Ansatz zur sozialpolitischen Reform und als Vorschlag zur Verbindung von urbanen und ruralen Räumen. Howards Konzept inspirierte Stadtplaner und Reformer besonders während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark. Vgl. Posener 2015: 8-50.

229 Howard 1898.

und Landwirtschaft herrschen sollte. Diese utopischen Kleinstädte bezeichnete Howard als «garden cities»[230].

Howard war indes kein Städtebauer, sondern vielmehr ein Sozialreformer. So erhoffte er sich von der sogenannten Gartenstadt nichts Geringeres als die Überwindung des vorherrschenden Konkurrenzkapitalismus durch genossenschaftliche Strukturen und gleichzeitig die Schaffung eines dritten Weges als Alternative zu Revolution und Kapitalismus. Die Gartenstadt sollte als kleinste Einheit in einem selbstverwalteten Wohlfahrtsstaat agieren. So stellte Howard sich vor, dass das bebaute Land der Gartenstadt in Gemeineigentum gehalten werde und die Bewohner eine entsprechende Pacht entrichten würden, um so in einem ersten Schritt den kommunal erworbenen Boden zu finanzieren und in einem zweiten Schritt die Pachtzahlungen für die Errichtung eines lokalen Wohlfahrtsstaats zu verwenden.[231]

Howard glaubte, mit der genossenschaftlich strukturierten Gartenstadt den Schlüssel gefunden zu haben, mit dem die Tür zu einer besseren Welt geöffnet werden könnte.[232] Die Harmonisierung des städtischen und ländlichen Lebens sollte überdies eine gesunde Lebensführung der Bewohner ermöglichen.

Als problematisch erachtete Howard hingegen den steten Zustrom vom Land in die Stadt, weil diese, einem Magneten gleich, die grössere Anziehung als das Land habe. Wenn es allerdings gelänge, die Vorzüge der Stadt mit jenen des Landes zu verknüpfen, liesse sich damit ein noch stärkerer Magnet schmieden und das Wachstum der Städte könnte so erfolgreich bekämpft werden.[233] (siehe Abbildung 1)

> «But neither the Town magnet not the Country magnet represent the full plan and purpose of nature. Human society and the beauty of nature are meant to be enjoyed together. The two magnets must be made one. As man and women by their varied gifts and faculites supplement each other, so should town and country.»[234]

230 Vgl. etwa Howard 1898: 13.
231 Vgl. Kurz 2008: 118-119; Schott 2014: 317-318.
232 Vgl. Posener 2015: 13.
233 Vgl. Howard 1898: 8-19.
234 Howard 1898: 9.

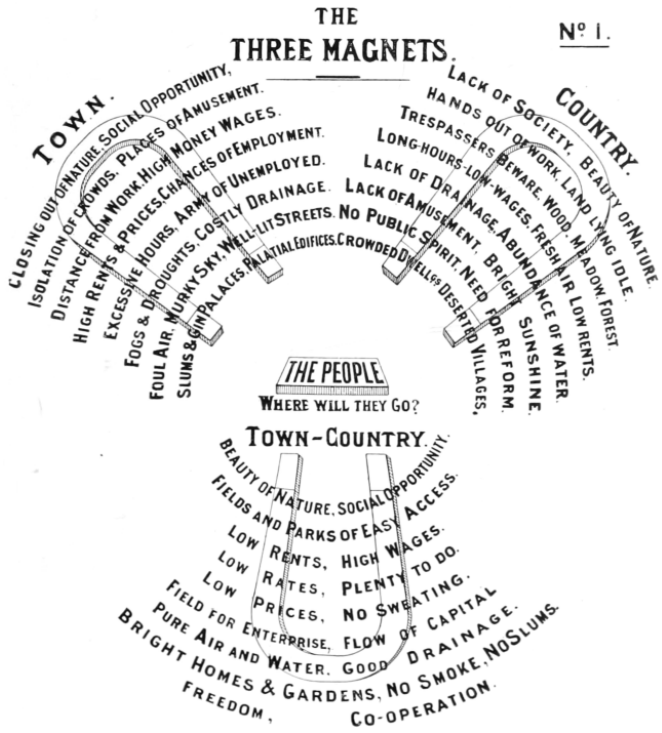


Abbildung 1: «The Three Magnets». In: Howard 1902: 16.

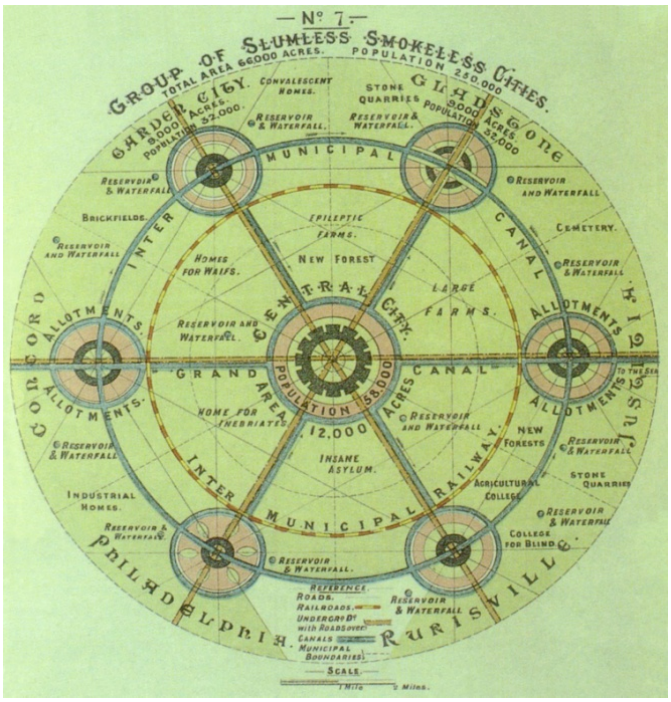


Abbildung 2: «The Garden City Concept» In: Howard 1902: 22.

Howard hielt es für nötig, dem Wachstum der Industriestädte Grenzen zu setzen. Sollte eine Stadt das Maximum an zulässigen Einwohnern erreichen, sollte eine neue Stadt nach gleichem Muster in erreichbarer Nähe der ersten Stadt errichtet werden. So sollte ein dezentrales Städte-

netz entstehen, das der Zentralisierung entgegenwirkte (siehe Abbildung 2).[235] Howard war überzeugt, dass dieses Konzept die Bevölkerung in eine urbane und dennoch ländlich geprägte Gesellschaft zurückführen könne.[236] Die Gartenstadt, ließ er seine Leser wissen, vereinige die «Vorzüge von Stadt und Land und bahne den Weg für eine nationale Bewegung gegen das Abströmen der Bevölkerung vom Lande und ihre Zusammendrängung in übervölkerten Städten»[237].

Die angedachten Kleinstädte standen im Kontrast zur bisherigen unkontrollierten Stadtentwicklung und sollten Freiraum und Grünflächen statt Dichte und Enge ermöglichen. Aber auch Ansätze zu technisch-infrastrukturellen Vernetzungen flossen nun vermehrt in die moderne Stadtplanung ein, um ein geordnetes und gleichmässiges Wachstum der Städte zu ermöglichen und dabei eine angeblich natürliche und organische Ordnung herzustellen.[238] Die sozialreformerischen Anliegen, die bei Howard im Zentrum standen, gerieten allerdings bald in Vergessenheit; stattdessen erfreute sich die Gartenstadt-Idee als attraktive, grüne und kleinstädtische Alternative zum grossstädtischen Zentralismus grosser Beliebtheit. Howards Konzept fand bald auch in Kontinentaleuropa Nachahmer, sodass die Gartenstadt-Idee bald auch auf internationalen Kongressen zum Wohnungs- und Städtebau diskutiert wurde.[239]

Bei einzelnen Reformern entfaltete das weitergehende Konzept der Gartenstadt aber durchaus eine Durchschlagskraft. So wurde in Deutschland im Jahr 1902 die „Deutsche Gartenstadtgesellschaft" gegründet, welche sich auch an den Ideen Howards orientierte. Zur gleichen Zeit publizierte der später vor allem durch seine stark antisemitischen und völkischen Ideen bekannte Theodor Fritsch[240] eine Broschüre, welche die Gartenstadt-Idee propagierte. Obschon «Die Stadt der Zukunft»[241] von Fritsch nicht die gleiche Rezeption erfuhr wie Howards Werk, war durchaus eine Ähnlichkeit der beiden Schriften vorhanden.[242]

Anders als Howard arbeitete Fritsch aber die nationalen Aspekte seiner Gartenstadtkonzeption aus.[243] Fritsch anerkannte zwar auch die Unentbehrlichkeit von Städten, ging aber auch davon

---

235 Vgl. Schott 2014: 318.

236 Vgl. Kurz 2008: 118-119.

237 Gartenstadt, Mitteilungen der Deutschen Gartenstadtgesellschaft 1913: 43, zit. nach Bergmann 1970: 136.

238 Siehe etwa Howards Überlegungen zur Versorgung der Kleinstädte mit Elektrizität. Vgl. Howard 1898: 160-166. Van Laak beschreibt generell die technisch-infrastrukturellen Vernetzungen zur Jahrhundertwende als «Lebensadern der Gemeinschaft». Zur technisch-infrastrukturellen Vernetzung jener Zeit siehe u.a. Schott 2014: 279-306; van Laak 2018: 33-81.

239 Vgl. Wagner 2016: 40-59.

240 Theodor Fritsch (1852-1933) war ein deutscher Publizist, Pionier der deutschen Gartenstadt-Bewegung und Verfasser zahlreicher antisemitischer Schriften. Hier steht insbesondere seine Schrift «Die Stadt der Zukunft» von 1896 im Fokus.

241 Fritsch 1896a.

242 Es kam sogar zu einem Urheberrechtsstreit um die Idee der Gartenstadt, da Fritsch Howard des Plagiats bezichtigte. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass Howard Fritschs Schrift gar nicht gekannt hatte. Vgl. Bergmann 1970. 144.

243 Im Begleitschreiben zur «Stadt der Zukunft» in der Broschüre «Die neue Gemeinde» führt Fritsch aus, dass einzig in Gartenstädten eine «freie und ungetrübte Entfaltung deutschen Wesens in Geist, Sitte und Geschmack […] eine deutsche Kultur» sich entfalten könne. Vgl. Fritsch 1896b: 7.

aus, dass «[…] wenn es nun aber einmal die Städte geben muss, so sollte man sie wenigstens vernünftig anlegen»[244]. Besonders galt es für ihn, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass «[…] im Ackerbau und dem Landleben die eigentliche Quelle der nationalen Kraft und Gesundheit liege» und daher anstelle des "Zuges nach der Stadt" besser eine „Flucht nach dem Lande" einsetzen möge.[245] Die in Deutschland bereits lange kursierende Interpretation, dass die Landflucht als eigentliche Wurzel der sozialen Frage zu sehen sei, wurde hier von Fritsch erneut aufgenommen.
Der Begriff Landflucht beschreibt die Binnenmigrationsprozesse vom Land in die Stadt, welche im 19. Jahrhundert die europäischen Gesellschaften umzustrukturieren begonnen hatten und die Urbanisierungsprozesse der Moderne einläuteten. Zeitgenössische Beobachter erachteten die Landflucht als Erschütterung der traditionellen Ordnung und als den Untergang einer heimatstiftenden Welt.
Besonders der deutsche Lehrer und Publizist Heinrich Sohnrey, der später mit dem Nationalsozialismus sympathisierte, bewertete die Landflucht als besonders bedrohlich. Er glaubte, in diesen Migrationsbewegungen nicht nur die Gefahr einer revolutionären Erhebung in den Städten ausmachen zu können, sondern war gleichzeitig davon überzeugt, dass nur die Landbevölkerung das biologische Überleben der Gesamtbevölkerung langfristig sichern könne. Es ist die sogenannte «Jungbrunnenideologie», gemäss der die Stadt auf den Zuzug von ländlichem Leben angewiesen sei, um nicht auszusterben, die hier ihren Niederschlag findet.[246]
Die medizinischen und biologischen Untergangsängste, die sich in den Krankheitsbildern der Unterschichtsquartiere der industriellen Städte spiegelten, vermischen sich also im Denken Sohnreys mit den Ängsten vor einer politischen Revolution, die sich aus den sozialen Missständen in den überfüllten Städten speisten. Insofern können Sohnreys Bedenken als Beispiel einer Denkweise verstanden werden, welche Reformer in ganz Europa erfasst hatte, die beabsichtigten, die Landflucht abzudämpfen oder gar rückgängig zu machen.

Die Idee vom Ausgleich zwischen dem als für den Fortschritt notwendig erachteten urbanen und dem als gesund und natürlich erachteten ländlichen Leben, erfasste um die Jahrhundertwende sowohl christ-soziale, nicht-marxistisch-materialistisch und sozialistisch inspirierte als auch nationalistisch-völkische Theoretiker Ein gemeinsamer Kern ihres Denkens fand sich in einer dezidierten Grossstadtfeindschaft und einer damit einhergehenden kulturellen Überhöhung der ländlich-ruralen Lebensweise. So galt es für alle diese Theoretiker als erstrebenswert, nicht nur einen Ausgleich hinsichtlich der Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land zu schaffen, sondern

244 Fritsch 1896a: 6.
245 Fritsch 1896a: 6.
246 Vgl. Stöcker 2011: 42-56.

auch die Funktionen und Arbeitsweisen des urbanen und ruralen Raumes zu harmonisieren und zu integrieren, um so eine langfristige und gesunde Entwicklung der modernen Industriegesellschaft zu ermöglichen.
Die Gartenstadtidee wurde daher von zahlreichen Reformern als äusserst interessanter Vorschlag zur Überwindung der zeitgenössischen Probleme willkommen geheissen. Auch hier wurde das Expertenwissen internationalisiert und das Konzept auf Kongressen erörtert und weiterentwickelt.[247]
In der Schweiz wurde Howards Gartenstadtkonzept allerdings nicht in seiner umfassenden sozialreformerischen Idee, die primär auch auf eine Bodenreform zielte, adaptiert, sondern vor allem die ästhetischen Aspekte einer Durchgrünung von Einfamilienhaussiedlungen am Stadtrand übernommen.[248] So wurden im Sinne einer weitgehend auf ihre ästhetischen Aspekte reduzierte Gartenstadt-Idee Siedlungen oftmals an Stadträndern realisiert. Dabei wurde mit einer möglichst starken Durchgrünung und der Anlegungen von Gärten versucht, den Gartenstadt-Idealen der Naturnähe zu entsprechen. So prägten eher «Garten-Vororte»,[249] statt Gartenstädte, das neue Stadtbild von Zürich, Winterthur, Bern und Basel.[250]
Die ländlichen Räume waren in den oben beschriebenen bürgerlichen und mehrheitlich von Städtern entworfenen Konzepten und Ideen romantisch überhöht und verklärt worden.[251]

Wie aber entwickelte sich die Landwirtschaft im beschleunigten Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess im ausgehenden 19. Jahrhundert und inwiefern nahm sie insbesondere ihre traditionelle Funktion als Nahrungsmittelproduzentin wahr?

2.2 Herausforderungen für die Landwirtschaft in einem globalisierten und industrialisierten Umfeld

Die Romantisierung des Agrarischen als naturnahe Lebensweise um 1900 war insbesondere bei Theoretikern en vogue, die mehrheitlich in Städten wohnten und kaum landwirtschaftliche Arbeitserfahrung vorzuweisen hatten. Fritsch, Howard, Pflüger oder de Montenach, sie alle gehörten einer gesellschaftlichen Elite an, die einen Untergang der Gesellschaft in der Moderne befürchteten und diesen durch eine Harmonisierung der industrialisierten mit vermeintlich agrari-

247 Vgl. Wagner 2016.
248 Vgl. Schott 2014: 320.
249 Schott 2014: 320.
250 Vgl. Zitelmann 2018: 62.
251 Vgl. Bergmann 1970: 8.

schen Lebensweisen abzuwenden hofften. Allerdings handelte es sich bei diesen Vorstellungen vielfach um ideologisch verklärte Wahrnehmungen des Agrarischen.

Diese Wahrnehmung einer harmonisch-organischen ländlichen Lebensweise soll hier nun kurz durch die reale Entwicklung der Landwirtschaft konterkariert werden.[252]

Wie entwickelten sich die ländlichen Gesellschaften und die eng mit ihnen verflochtene Landwirtschaft in Anbetracht der Herausforderungen, welche die im ausgehenden 19. Jahrhundert immer schneller fortschreitende Industrialisierung mit sich brachte? Wie manifestierte sich die soziale Frage in ländlichen Gesellschaften und wie sollte die Nahrungsmittel-Produktion und -Versorgung in einer sich entwickelnden Industriegesellschaft gestaltet werden? Diese Fragen sollen im folgenden Unterkapitel kurz diskutiert werden, um dann mit einem knappen Überblick die vielseitigen Ansätze zur Integration der Landwirtschaft in die moderne Industriegesellschaft zu analysieren. So können die agrarischen Entwicklungen um die Jahrhundertwende ihren Platz im Cluster der Faktoren, welche zur Krisenentwicklung während des Ersten Weltkriegs beigetragen haben, herausgearbeitet und gewürdigt werden.
Da die hier angesprochenen Veränderungen starke regionale und nationale Unterschiede aufweisen, soll hier der Blick primär auf die Situation in der Schweiz fokussiert werden. Trotzdem wird weiterhin davon ausgegangen, dass die Situation in der Schweiz nicht etwa einen agrarischen Sonderfall darstellt, sondern vielmehr als ein Beispiel unter vielen gelten kann, die sich im ausgehenden 19. Jahrhundert mit der Frage nach der Integration der Landwirtschaft in eine globale und industrialisierte Gesellschaft auseinanderzusetzen hatten und daher auch Verwandtschaften zu den Entwicklungen in Westeuropa aufwies.[253]

2.2.1 Globalisierung des Agrarmarktes

In wirtschaftlicher Hinsicht ist es in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer «beschleunigten Internationalisierung»[254] gekommen. Die Integration der nordamerikanischen und asiatischen Märkte in das europäische Handelsgeflecht beschleunigte den Austausch von Kapital, Gütern und Menschen.[255] Stark verbesserte Transport- und Kommunikationsmittel, Liberalisierungen der Handelspolitik und der Kapitalströme und die Etablierung internationaler rechtlicher Rahmenbedingungen für den Handel und Investitionen waren wichtige Treiber der internationalen Ver-

252 Ausführlicher zu den Interaktionen zwischen dem Agrarischen und Industriellen und der «agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft» siehe Auderset & Moser 2018a.
253 Zu den vielfältigen internationalen Ansätzen der Integration der Landwirtschaften Europas in die industriegesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Vgl. Moser, Varley 2013b.
254 Veyrassat 2012: 35.
255 Vgl. Torp 2004: 565; O'Rourke, Williamson 1999: 29-57; O'Rourke, Williamson 2002: 23-50.

flechtung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.[256] Der enorme Rückgang von Transportkosten durch Modernisierungen und Rationalisierungen im Verkehrswesen ermöglichten einen intensivierten Warenaustausch.[257]

Regional unterschiedliche Produktionsbedingungen brachten eine zunehmende Arbeitsteilung mit sich. So herrschte beispielsweise in den USA und in Russland ein Überfluss an den Produktionsfaktoren Boden und Arbeit, was zu einer extensiven landwirtschaftlichen Produktion führte, während in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas eine Spezialisierung in der landwirtschaftlichen Produktion zunahm.[258] Ein Überangebot an Boden und verhältnismässig billigen Arbeitskräften sorgte in den USA für günstige Produktionsbedingungen, während in Europa die landwirtschaftliche Arbeit durch die Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie konkurrenziert wurde.[259]

2.2.2 Unbehagen in der Landwirtschaft

Für die schweizerische Landwirtschaft – wie auch für diejenige ihrer europäischen Nachbarn – stellte die Integration in einen international arbeitsteiligen Weltagrarmarkt, neben den fortschreitenden Industrialisierungsprozessen, eine grosse Herausforderung dar. Die neuen Agrarexportländer Brasilien, USA, Kanada, Russland und Britisch-Ostindien verdrängten die europäischen Getreideproduzenten vom Weltmarkt. Denn billige Arbeitskräfte, tiefe Bodenpreise und fallende Transportkosten ermöglichten diesen neuen Exportländern, den Weltmarkt mit günstigem Getreide zu überschwemmen. Die westeuropäischen Landwirte gerieten so unter Druck der beiden Grosskonkurrenten auf dem Weltmarkt – dem osteuropäischen Raum und den USA. Die westeuropäischen Landwirtschaften hatten aufgrund des hohen Getreideangebots und des entsprechenden Preiszerfalls in diesem Segment keine Chance mehr, konkurrenzfähig zu produzieren.[260]

Wenn sich die westeuropäischen Landwirtschaften erhalten wollten, so waren sie gezwungen, sich an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Es entbrannte eine Debatte darüber, ob und wie sich die Landwirtschaft in einer industrialisierten und zunehmend globalisierten Gesellschaft überhaupt behaupten könne.

1890 hatte die Industrie die Landwirtschaft hinsichtlich des Anteils am Bruttoinlandprodukt (BIP) bei weitem überflügelt und dieser Trend verstärkte sich bis zum August 1914 weiter. So

---

256 Vgl. Pohl 2007: 54

257 Beispielsweise kostete der Transport einer Tonne Weizen von Chicago nach Mannheim 1870 noch 80 Mark, 1905 hingegen nur noch 25-30 Mark. Vgl. dazu: Aldenhoff-Hübinger 2002: 30.

258 Vgl. Pohl 2007: 56.

259 Man kann hier nicht von einem einfachen Konkurrenzverhältnis sprechen, da gerade viele Teilzeitarbeitnehmer zwischen beiden Betätigungsfeldern hin- und herwechselten. Vgl. dazu: Baumann 1993: 42-47; Baumann, Moser 1999: 62-64.

260 Vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 11-12, 30-31; Lüthi 1997: 7-8.

wies die Landwirtschaft 1890 einen Anteil am Schweizer BIP von 29% aus. 1910 war dieser Anteil auf 17% geschrumpft. Gleichzeitig war die Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft rückläufig.[261]

Die Binnenmigration vom Land in die Städte, die Heinrich Sohnrey 1894 in seiner Schrift «Der Zug vom Lande und die soziale Revolution»[262] als Landflucht bezeichnet hatte, fand auch in der Schweiz des ausgehenden 19. Jahrhunderts statt. Während 1870 noch rund 42% der Wohnbevölkerung in der Schweiz einer landwirtschaftlichen Tätigkeit nachgegangen waren, sank deren Anteil im Jahr 1910 auf 25.8 %.[263] Eine besonders deutliche Abnahme der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung ist in den Jahren nach 1880 festzustellen.[264]

Mit der Beseitigung von Mobilitätsschranken im Inland und der in der Verfassung von 1848 verankerten Niederlassungsfreiheit in der Schweizerischen Eidgenossenschaft waren wichtige rechtlich-strukturelle Voraussetzungen geschaffen worden, welche die Binnenmigration erleichterten. Neue Produktions- und Organisationsstrukturen, verbesserte Infrastruktur und das attraktive Arbeits-, Bildungs- und Kulturangebot in den Städten wirkten als wesentliche Pull-Faktoren, welche die Urbanisierung und somit die Abwanderung vom Land katalysierten.[265]

Parallel zum Lockruf der modernen Städte hatten die ökonomischen Entwicklungen in der Landwirtschaft aber einen ebenso wichtigen Push-Faktor geschaffen, der die Leute gezwungen hatte, der Landwirtschaft den Rücken zu kehren und sich in der wachsenden Industrie das Auskommen zu suchen. Denn während in Übersee ein Überangebot an Boden herrschte, war Kulturland in der Schweiz eher knapp. Entsprechend hoch waren die Kosten der Bodenfinanzierung. Die sinkende Rentabilität führte zudem zu einer Entwertung des landwirtschaftlich genutzten Bodens, der oftmals mit hohen Hypotheken belegt war.[266]

Gleichzeitig steigende Lohn- und Produktionskosten trieben zahlreiche Landwirte in den Konkurs. Die schweizerische Landwirtschaft sah sich deshalb um 1900 mit einem Überschuldungsproblem konfrontiert. Wer es sich leisten konnte, stellte den Betrieb auf die lukrativere Viehproduktion um. Aber viele Landwirte waren aus finanziellen Gründen gezwungen, ihre Tätigkeit aufzugeben und auszuwandern oder ihr Auskommen in anderen Branchen zu suchen.[267]

Unter den Landwirten hatte sich mit den veränderten Rahmenbedingungen, und insbesondere seit der Überproduktionskrise in den 1880er-Jahren, die die Getreidepreise weltweit abstürzen

---

261 Vgl. Veyrassat 2012: 38.
262 Sohnrey 1894.
263 Vgl. Brugger 1979: 14.
264 Vgl. Brugger 1979: 15; Moser 1994: 14-15.
265 Vgl. Head-König 2008.
266 Vgl. Brugger 1979: 273-283.
267 Vgl. Moser 1994: 14-15.

liess, ein starkes Unbehagen eingestellt. Denn obschon sich die nationalen Volkswirtschaften generell positiv entwickelten, war davon in der Landwirtschaft wenig zu spüren.[268]

Das traditionelle Selbst- und Fremdbild der Landwirte war also im Wandel. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass der Selbstversorgungsgrad in der Landwirtschaft rückläufig war, und sich viele Landwirte mit ihrem Nahrungsmittelkonsum nicht mehr wesentlich von den städtischen Konsumenten unterschieden.[269] Sie assen russisches Brot, indischen Reis, italienische Maccaroni, amerikanischen Speck und argentinisches Gefrierfleisch.[270] Dieser Umstand illustriert, welcher Dynamik sich die Lebenswelt der Landwirte zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegenübersah. Der beschleunigte Wandel in der Landwirtschaft erschütterte das Selbstverständnis eines wirtschaftlichen Sektors, der sich gemäss Aussenzuschreibungen als veränderungsscheu und traditionsbewusst bezeichnen liess.[271] Kein Wunder also, dass sich in diesem Sektor, der von Überschuldung geplagt und vom Wegfall von Gewohnheiten, wie dem Versorgen der eigenen Familie, irritiert war, ein Unbehagen breitmachte.

Es fehlte nicht an Stimmen, welche der Landwirtschaft eine Anpassungsresistenz und somit ein Eigenverschulden an der misslichen Lage unterstellten. Andere Beobachter hingegen machten primär die Entwicklungen in der Moderne und die mit ihr einhergehenden globalen Handelsströme und die modernen Verkehrstechniken für die Misere verantwortlich. [272]

Entsprechend wurde vermehrt darüber gestritten, wie denn «der Bauer» in einer industrialisierten Gesellschaft zu sein habe, um weiterleben und arbeiten zu können. Exemplarisch für diese Rollensuche soll hier auf das Buch des Schweizer Landwirts und Politiker Zacharias Gysel[273] verwiesen werden, das mit dem vielsagenden Titel «Der Schaffhauser Bauer, wie er sein sollte, und wie er nicht ist, wie er ist, und wie er nicht sein sollte»[274] die künftigen Debatten bereits im Jahr 1854 vorweggenommen hatte.[275]

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden vermehrt landwirtschaftliche Vereine gegründet, welche versuchten, moderne und innovative Arbeitstechniken zu verbreiten sowie den Wandel in der Landwirtschaft zu begleiten und zu steuern.[276] Basierend auf physiokratischen Ur-

---

268 Vgl. Baumann 1993: 49, 66-70.

269 Vgl. Baumann 1993: 39.

270 Vgl. Moos 1914: 8; Moser 2014: 174.

271 Vgl. Baumann 1993: 37, 48.

272 Vgl. Baumann 1993: 47-48.

273 Zacharias Gysel (1818-1878) war Landwirt und Politiker. Er amtete als Schaffhauser Kantonsrat und gilt als Pionier in der Modernisierung der Landwirtschaft. Er setzte sich für die Nutzung verbesserter Pflüge ein und propagierte die Güterzusammenlegung bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Vgl. Brugger 1979: 386; Joos 2013.

274 Gysel 1854.

275 Vgl. Moser, Varley 2013a: 17.

276 1863 schlossen sich die lokalen Vereine der Deutschschweiz zum Schweizerischen Landwirtschaftlichen Verein (SLV) zusammen. 1882 spaltete sich eine Gruppe primär ostschweizerischer Agronomen wegen internen Diffe-

sprüngen verschrieben sich diese Vereine der Aufgabe, die Landwirtschaft den Bedürfnissen der Industriegesellschaft entsprechend zu modernisieren und so einen Anteil zu deren Erhalt beizutragen. Durch die Herausgabe von Zeitschriften und die Organisation von Ausstellungen, Kursen und Vorträgen versuchten die landwirtschaftlichen Vereine, die Landwirte für Fragen der modernen Betriebsführung, der finanziellen Planung sowie für wissenschaftliche Aspekte der modernen Landwirtschaft zu sensibilisieren. Diese Vereine, welche von agrarischen Eliten dominiert waren, stiessen aber bei der traditionsorientierten und von Existenzängsten geplagten landwirtschaftlichen Basis oftmals auf taube Ohren.[277]

Dennoch setzte sich mit der Zeit die Erkenntnis durch, dass die Landwirtschaft einer koordinierten Neuausrichtung bedürfe, um zukunftsfähig zu bleiben. Ein wesentlicher Aspekt für die zentrale Bündelung der landwirtschaftlichen Interessen war dabei die Gründung des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) im Jahr 1897, der unter der Leitung des Agronomen Ernst Laur[278] die Modernisierung und Anpassung der Landwirtschaft vorantreiben sollte.[279] Der SBV wurde in erster Linie als wirtschaftspolitische Interessenorganisation gegründet, der die Aufgabe übernahm, die Interessen der schweizerischen Landwirtschaft auf internationalem Parkett zu verteidigen.

2.2.3 Internationale landwirtschaftliche Kongresse 1889-1905

Agronomen und verantwortlichen Politikern wurde bewusst, dass die Fragen, die den Schweizer Landwirten unter den Nägeln brannten, auch in den Nachbarländern ähnlich virulent waren. Die landwirtschaftlichen Akteure standen in diesem Globalisierungsprozess in einem funktionalen Zusammenhang und waren durch gegenseitige Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Nationalwirtschaften verbunden.

---

renzen vom SLV ab und gründeten 1882 die Gesellschaft Schweizerischer Landwirte (GSL), welche eine «pointierte Interessenpolitik» im Gegensatz zum SLV verfolgte. Vgl. Baumann 1993: 56; Baumann, Moser 2011.

277 Landwirtschaftliche Vereine, welche ihre Bemühungen auf einen Aufschwung der Landwirtschaft ausrichteten, gab es bereits im 18. Jahrhundert. Der älteste Verein ist die Ökonomische Gesellschaft des Kantons Bern. Vgl. Baumann 1993: 55-57; Baumann, Moser 2011. Zur Ökonomischen Gesellschaft des Kantons Bern siehe: Stuber et al. 2009.

278 Ernst Laur (1871-1964), ein studierter Agronom, wurde erster Vorsteher, Geschäftsführer und später Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV), dessen Politik er bis nach dem Ersten Weltkrieg wesentlich bestimmen sollte. Sein Einfluss auf die schweizerische Politik ist nicht zu unterschätzen, so sollte er während des Ersten Weltkriegs in der Ausgestaltung der Kriegswirtschaft eine wichtige Rolle einnehmen. Laur vertrat die Interessen der Landwirtschaft und strebte nach einer Modernisierung der bäuerlichen Betriebe nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Zu diesem Zweck propagierte Laur auch das System der doppelten Buchhaltung in der Landwirtschaft. Während er in der Landwirtschaft als Modernisierer gesehen wird, wurde er in einer breiten Öffentlichkeit aufgrund seiner national-konservativen politischen Einstellung als «Propagandist einer national-konservativen Bauerntumsideologie bekannt». Vgl. AfA-Personendatenbank; Baumann 2006. Ferner zu Laur: Baumann 1993; Brugger 1979: 390.

279 Vgl. Baumann 1993: 79-82.

Ab 1889 begannen Agronomen und Politiker, auf internationalen Landwirtschaftskongressen ihre Erfahrungen und Ideen auszutauschen. Sie nutzten diese Plattformen, um ihre Modernisierungs- und Rationalisierungswünsche unter Landwirten zu popularisieren, sie wissenschaftlich zu untermauern sowie auch kritisch zu hinterfragen.[280] Dank der globalen Verflechtungen wurden einerseits Rationalisierungsprozesse in der Produktion angestossen, die sich positiv auf Qualität und Quantität auswirkten, andererseits stieg damit die gegenseitige Abhängigkeit unter den Staaten weiter stark an.

Besonders die USA galten als Vorbild einer modernen Landwirtschaft. Deren agrarische Methoden wurden von europäischen Experten zwar auf Forschungsreisen eingehend studiert, dann aber oftmals doch nicht zur Nachahmung in Europa weiterempfohlen. Die extensive Bodenbewirtschaftung in den Vereinigten Staaten sowie zivilisationskritische Vorbehalte gegen die mechanisch-rationelle Logik der Arbeitswelt in Übersee – welche von den Besuchenden beobachtet wurde – verhinderten ein Überstülpen der amerikanischen Verhältnisse auf die europäische Landwirtschaft.[281] So suchten die europäischen Landwirte eigene Lösungen, die sich zwischen einer Anpassung an eine Logik der rationellen Bewirtschaftung und staatlich-finanzieller Massnahmen zum Schutz der Landwirtschaft entwickelten.

Während in der ersten Phase der Kongresse von 1889-1895 der inhaltliche Fokus auf der Reduktion der Produktionskosten durch Rationalisierung und Professionalisierung sowie auf dem Aufbau eines landwirtschaftlichen Kreditwesens lag, wurde in der späteren Phase, 1896-1903, vermehrt die Anwendung nationaler Schutzzölle diskutiert. Die an den Kongressen verhandelten Lösungsvorschläge pendelten um 1900 zwischen Strukturanpassungen und protektionistischen[282] Vorschlägen hin und her.[283]

2.2.4 Strukturanpassungen in der schweizerischen Landwirtschaft

Auch die schweizerische Landwirtschaft spürte die oben beschriebenen globalen Entwicklungen. Der Getreideanbau rentierte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgrund der globalen Kon-

---

280 Vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 42-70.

281 Vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 32-41.

282 Im Hinblick auf die protektionistischen Massnahmen ist festzuhalten, dass diese nicht in erster Linie als Ausdruck eines erstarkenden Nationalismus gedeutet werden sollten: Mit dem Mittel des – teilweise partikulären und als vorübergehend geplanten – Zollschutzes sollte den westeuropäischen Landwirtschaften vielmehr eine Pause vom globalen Konkurrenzkampf eingeräumt werden. Diese Auszeit sollte von staatlichen Förderprogrammen in der Landwirtschaft flankiert werden, so dass nach einer vorübergehenden protektionistischen Phase die Schutzzölle wieder abgebaut werden könnten, um die nun gestärkten Landwirtschaften wieder in die liberal orientierten Marktprozesse zu integrieren. Indes entschieden sich die meisten Nationen für eine Form des Zwischenwegs, die sowohl protektionistische Massnahmen als auch Strukturanpassungen in der Landwirtschaft berücksichtigten. Vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 11.

283 Vgl. Aldenhoff-Hübinger: 45.

kurrenz immer weniger. Die Landwirte, die sich gegen die Abwanderung in andere Wirtschaftssektoren entschieden hatten, schwenkten deshalb auf die lukrativere Milchproduktion um.[284]
Die Schweizer Landwirtschaft konnte gegen Ende des 19. Jahrhunderts von der Umstellung auf die Milchproduktion sowie der (industriellen) Veredelung landwirtschaftlicher Produkte (Käse, Kondensmilch, Schokolade) profitieren und trotz sinkendem Anteil am Bruttoinlandprodukt ihre Stellung mit der Ausrichtung auf die Nachfrage durch den Weltmarkt etwas stabilisieren. In der Zeit von 1850-1910 verringerte sich aber die Getreideanbaufläche in der Schweiz um mehr als die Hälfte, während der Getreideimport um das Fünffache zunahm.[285]
Die Milchwirtschaft wurde ab den 1860er-Jahren zum zentralen Produktionszweig der Schweizer Landwirtschaft. Viele Käsereien sowie weitere Unternehmen der milchverarbeitenden Industrie wurden in dieser Zeit gegründet. Die Kondensmilch und Schokolade sollten – nebst Käse – bis um 1900 zu einem wichtigen Exportprodukt werden.[286] Diese den Bedürfnissen der internationalen Marktordnung entsprechenden Spezialisierung der Landwirtschaft ging mit der Aussenausrichtung der staatlichen Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einher.

Die Behörden verfolgten im 19. Jahrhundert weitgehend eine liberale Wirtschaftspolitik, die sich in der Ausrichtung der Schweizer Wirtschaft auf globale Märkte manifestierte.[287] Mit niedrigen Zöllen und internationalen Handelsverträgen sollte der Handel angeregt werden. Die globale Diversifizierung des Getreidebezugs sollte die Versorgungsgefahr, die von regionalen Missernten ausging, nivellieren und so eine konstante Getreidezufuhr sichern.[288]
Denn rurale, stark subsistenzwirtschaftlich geprägte und auf lokale Märkte ausgerichtete Gesellschaften waren hinsichtlich ihrer Lebensmittelversorgung stark verletzlich. Eine schlechte Ernte konnte einen Teufelskreis in Gang setzen, der die ganze Volkswirtschaft in Mitleidenschaft zog. So führte eine schlechte Getreideernte zur Erhöhung der Getreidepreise. Die höheren Marktpreise konnten aber die Mengenverluste oft nicht kompensieren, sodass die Bauern über weniger Einkommen verfügten. Aufgrund der höheren Lebensmittelpreise waren weniger finanzielle Mittel für Investitionen in anderen Branchen vorhanden, was dazu beitrug, dass alle Wirtschaftszweige zu stocken begannen.[289]

---

284 Vgl. Baumann 1993: 38; Veyrassat 2012: 38-41.
285 Vgl. Veyrassat 2012: 39.
286 Vgl. Baumann, Moser 2011.
287 Vgl. Veyrassat 2012: 35.
288 Vgl. Cottier 2014: 15; Cottier 2016: 173-174.
289 Dieses ökonomische Verletzlichkeitsmuster agrarisch geprägter Gesellschaften geht auf den Annales-Historiker Ernest Labrousse (1895-1988) zurück. Labrousse benannte Versorgungskrisen, die einem ähnlichen Verletzlichkeitsmuster folgten und sich in primär agrarischen Gesellschaften an Missernten entzündeten, als „crise de type ancien". Vgl. dazu Krämer 2015: 128-132.

Diese Missernten-Anfälligkeit agrarisch geprägter, wenig vernetzter Gesellschaften, sollte deshalb mit der Integration in weit gespannte Handelsnetze verhindert werden. Die verantwortlichen Zeitgenossen waren sich einig, dass durch eine Diversifizierung des Importes bei gleichzeitiger Förderung optimaler Rahmenbedingungen für den Handel eine bessere und stabilere Versorgung der Bevölkerung erzielt werden konnte.

Der Rückgang der landeseigenen Getreideproduktion wurde von den Behörden also nicht als Problem, sondern als logische Konsequenz einer stärkeren Weltmarktausrichtung erachtet. In dieser Logik wurde auch die Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion auf vermehrte Viehwirtschaft begrüsst.

> «Die fortschreitende Entwicklung des ungarischen und überhaupt des osteuropäischen Eisenbahnnetzes, das diesen in der Regel äusserst fruchtbaren Gegenden einen von Jahr zu Jahr wachsenden Wohlstand sichert, uns aber vor Theuerung schützt und niedrige Warenpreise in Aussicht stellt, wird zur Folge haben, dass unser Land immer mehr auf die Kultur des Futterbaus, also auf Viehzucht, Käse- und Milchproduktion angewiesen sein wird. Bereits zeigt sich in dieser Richtung bei unseren Landwirthen eine vermehrte Thätigkeit, und die seit einiger Zeit fortgesetzten Versuche zum Exporte von kondensirter Milch in grösseren Quantitäten scheinen zu höchst befriedigenden Ergebnissen führen zu wollen.»[290]

Dass dadurch die Abhängigkeit von ausländischen Importen stark zunahm, war den Behörden zwar bewusst, sie erkannten darin allerdings keine Gefahr. Im Gegenteil, sie waren der Überzeugung, dass sich durch die globale Verflechtung die Versorgung stabiler und kostengünstiger gestalten lasse. Deshalb setzten die Behörden in Fragen der Versorgung auch vermehrt auf private Akteure. Die Verantwortung für die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln wurde nach 1848 einer «aufstrebenden und dynamischen Privatwirtschaft»[291] übertragen. Der Staat sollte entsprechend der liberalen Staatsräson nur dann intervenieren, wenn die Privaten in der Versorgungsaufgabe zu versagen drohten.[292]

Der deutsch-französische Krieg von 1870/1871 verdeutlichte dann allerdings erstmals die Schattenseiten dieser neuen Versorgungslogik. Der Krieg erschütterte insbesondere die Verkehrsinfrastruktur, die für die aussenorientierte Wirtschaftspolitik des Bundes zentral war. Denn die Hauptverkehrsachsen für den schweizerischen Import über den Rhein nach Basel sowie der Grenzübergang bei Genf waren durch die Kriegshandlungen beeinträchtigt.

---

290 Bericht des Bundesrathes über seine Geschäftsführung 1868: 905. Vgl. dazu auch Cottier 2014: 17.
291 Cottier 2014: 21.
292 Vgl. Cottier 2014: 20-21.

Ferner verlangten die kriegsführenden Mächte von der Schweiz Zusagen, dass Importe nicht an den jeweiligen Feind weiterverkauft würden. Diplomatische Absprachen und staatliche Handelskontrollen wurden schliesslich nötig, um die Importe auch während des Kriegs aufrecht erhalten zu können.[293]

Die Ausrichtung an einer liberalen Marktordnung allein konnte also nicht die Lösung zur Sicherung der inländischen Versorgung darstellen. Zwar gingen die Behörden unmittelbar nach dem Krieg wieder zu einer liberalen Wirtschaftsordnung zurück, doch die Logik dieser Patentlösung hatte Risse bekommen.

Die sich parallel zum Kriegsverlauf anbahnende Landwirtschaftskrise, welche zwar die getreideanbauenden Länder stärker betraf, machte sich auch in der schweizerischen Landwirtschaft bemerkbar.[294] Die teilweise stark verschuldeten Bauern waren gezwungen, entweder ihre Höfe aufzugeben oder aber auf die lukrativere Milchwirtschaft umzusatteln und Modernisierungsinvestitionen vorzunehmen. Die Herausforderung für die Landwirtschaft bestand darin, in Zeiten einer Wirtschaftskrise Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse anzustossen, um das Überleben des Sektors sichern zu können.

Die Modernisierungsvorschläge der landwirtschaftlichen Vereine wurden nun zunehmend auch von den Bundesbehörden aufgenommen. Mit der Schaffung eines Handels- und Landwirtschaftsdepartements 1879 und der Angliederung einer Landwirtschaftsabteilung sollte eine staatliche Förderung und Formung der Landwirtschaft lanciert werden.[295]

Mit kantonaler und bundesstaatlicher Subventionen sollten rationellere Produktionsweisen unterstützt werden.[296] Der Agronom und ETH-Professor Adolf Krämer[297] erstellte ein Gutachten über die Förderung der Landwirtschaft in verschiedenen Ländern Europas und untersuchte deren mögliche Anwendung in Schweizer Verhältnissen.[298] Neben der Schaffung einer landwirtschaftlichen Zentralstelle schlug Krämer den Ausbau der landwirtschaftlichen Statistik, die Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, die Errichtung von Versuchsinstitutionen, ein Auszeichnungssystem für bewährte Wirtschafts- und Zuchtmethoden sowie die Subvention des Meliorationswesens und die Errichtung eines kulturtechnischen Studiengangs am Zürcher Polytech-

---

293 Vgl. Albertin 2016: 212; Cottier 2014: 22-23; Jöhr 1912: 39-53.

294 Vgl. Baumann 1993: 47.

295 Vgl. Brugger 1979: 346; Moser 1994: 23.

296 Vgl. Baumann 1993: 53; Moser 1994: 23.

297 Adolf Krämer (1832-1910) war von 1871-1905 Professor für landwirtschaftliche Betriebslehre und Tierproduktion am damaligen Polytechnikum Zürich (heutige ETH). Er war Gutachter für das Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft von 1897 und Redaktor diverser landwirtschaftlicher Zeitungen, unter anderen dem Schweizerisch Landwirtschaftlichen Centralblatt, dem Organ der Gesellschaft Schweizerischer Landwirte, der Krämer angehörte. Vgl. Brugger 1979: 389; Eggimann Gerber 2007.

298 Vgl. Kraemer 1882.

nikum (ETH) vor.[299] Die landwirtschaftliche Arbeit sollte durch die Bildungs- und Versuchsinstitutionen sowie die Verbreitung einer Kultur der Rationalität professionalisiert und rationalisiert werden. Die Behörden rückten also allmählich von ihrer liberalen Ausrichtung ab und begannen damit, agrarpolitische Aufgaben zu übernehmen.[300]

Die Spezialisierung der schweizerischen Landwirtschaft auf die Vieh- und Milchproduktion ging mit den Rationalisierungsbestrebungen des Bundes einher. Die Landwirtschaft sollte der neuen Weltmarktordnung angepasst werden, wozu einerseits eine Ausrichtung der Produktion auf die Nachfrage innerhalb dieser Marktordnung wichtig war, und zum anderen eine möglichst rationelle und ökonomische Produktions- und Arbeitsweise.

Die Versuche des Einsatzes von motorisierten Hilfswerkzeugen in der Landwirtschaft, die kaufmännische Ausrichtung auf Statistik und Buchhaltung, die wissenschaftliche und empirische Orientierung bei der Zucht von Vieh und Pflanzen; all das weist darauf hin, dass sich die schweizerische Landwirtschaft am Ende des 19. Jahrhunderts in einem Modernisierungsprozess befand und eine neue Rolle in einer zunehmend industrialisierten Gesellschaft suchte.[301]

2.2.5 Diskussionen um Nahrungsmittelsicherheit

Die Schweizer Agrarpolitik des ausgehenden 19. Jahrhundert war von einer hybriden Strategie geprägt. Zum einen setzte der Bundesrat auf die Integration der Landwirtschaft in die globale Marktordnung. Doch angesichts der Tatsache, dass diese liberale Marktordnung mit der Überproduktionskrise in den 1880er-Jahren zunehmend infrage gestellt worden war und Nachbarländer dazu übergingen, ihre inländische Produktion mit Zöllen zu schützen, sahen sich auch die Schweizer Behörden veranlasst, durch Interventionen in die Ausgestaltung der künftigen Landwirtschaft einzugreifen.[302]. Zum andern wurden ausgeschüttete Subventionen nun in einem Bundesprogramm zur Förderung der Landwirtschaft gebündelt und in gewünschte Bahnen gelenkt. Das Ziel war es, die Produktionsweisen in der Landwirtschaft zu rationalisieren und die Speziali-

---

299 Vgl. Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend die Förderung der Landwirthschaft durch den Bund 1883: 862-864.

300 Vgl. Moser 1994: 23-24.

301 Entsprechend weisen viele Versuche, die Landwirtschaft zu modernisieren, vorerst in die Richtung, eine industrielle Logik nachzuahmen. Die baldige Einsicht, dass die Landwirtschaft aber eigenen Gesetzmässigkeiten folgt, führten zu mannigfaltigen Anwendungsanpassungen und Innovationen und zur Ausgestaltung einer «agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft». An Konferenzen, in Vereinsschriften und an Vorträgen wurden die landwirtschaftlichen Modernisierungsmassnahmen besprochen, Resultate präsentiert und Handlungsansätze wieder verworfen. Zu diesem Prozess der Ausgestaltung einer «agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft» vgl. Auderset, Moser 2018a.

302 Während Jörin und Rieder (1985) betonten, dass man in der Schweiz nicht die Schutzzollpolitik der umliegenden Staaten im ausgehenden 19. Jahrhundert adaptiert habe, sondern stattdessen vermehrt auf die Förderung der Landwirtschaft durch Subventionen setzte, gehen Veyrassat (2012) und Humair (2004) davon aus, dass sich in der Schweiz während der 1880er -Jahre ein «selektiver und gemässigter Protektionismus» verfolgt wurde, der dann um die Jahrhundertwende von einer aggressiveren Zollpolitik abgelöst wurde. Grundsätzlich könne die schweizerische Handelspolitik vor 1914 zwischen Freihandel und Protektionismus eingeordnet werden, so Veyrassat (2012). Vgl. dazu: Jörin, Rieder 1985: 19; Humair 2004: 46; Veyrassat 2012: 51, 56.

sierung auf die Milch- und Viehproduktion zu vertiefen. Die agrarpolitischen Interventionen, auch wenn sie teilweise Schutzzölle beinhalteten, bedeuteten keine Abkehr von der global ausgerichteten Versorgungsstrategie des Bundes. Im Gegenteil, die schweizerische Landwirtschaft sollte gestärkt werden, um in der modernen arbeitsteiligen Marktordnung bestehen zu können.

Kehrseite der Medaille war, dass sich die Schweiz damit von einem interdependenten Versorgungssystem abhängig machte. Denn der Selbstversorgungsgrad der Schweiz ging in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stark zurück, und um 1914 konnten gerade noch 16% des gesamten Bedarfs aus inländischem Anbau gedeckt werden.[303]

Bereits in den 1870er-Jahren hatte sich ein Unbehagen hinsichtlich der Versorgungssicherheit des Landes eingestellt. Es waren die Erfahrungen während des deutsch-französischen Kriegs 1870/1871 gewesen, die die Aufmerksamkeit für die Versorgungssicherheit geschärft hatte. So hielt ein Gutachten der Handelskommission des Kantons Zürich im Jahr 1876 fest, dass die Getreideversorgung für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung der Nachbarstaaten verbessert werden müsste.[304] «Unsere wirthschaftliche Abhängigkeit vom Auslande trat uns damit erschreckend klar vor's Auge» resümierten die Autoren des Berichts und es sei fortan «[a]lles zu thun, was dem Lande grössere Getreidevorräthe sichert».[305] Um die Versorgungssicherheit im Kriegsfall zu verbessern, schlug die Kommission deshalb vor, inländische Lagerhäuser besser zu nutzen. Denn oftmals lagerte das Getreide direkt an der Grenze oder gar in grenznahen Lagerhäusern im Ausland. Da ein Kriegsfall die Zugriffmöglichkeiten auf dieses Getreide stark erschweren könnte, sollten die Lagerreserven im Innern der Schweiz ausgebaut werden. Diese Massnahme sollte allerdings nur die Versorgung im Kriegsfall garantieren, für Friedenszeiten schlug die Kommission die Aufrechterhaltung der bisherigen – am Freihandel orientierten – Versorgungsstrategie vor.[306]

Mögliche Versorgungskrisen wurden von der Kommission in erster Linie als Problem von Kriegshandlungen erachtet, die den Verkehr mit dem Ausland stören konnten. Somit erachtete die Kommission staatliche Interventionen hinsichtlich der Versorgungssicherheit nur im Kriegsfall als nötig.[307]

---

303 Vgl. Lüthi 1997: 6.

304 Vgl. Cottier 2014: 24.

305 Staatsarchiv des Kantons Zürich (StAZH) O 3.1.23. Kantonsrätliche Getreidetarif-Kommission 1878-1880 darin enthalten: Gutachten der Handelskommission des Kantons Zürich mit dem Titel «Die Frage der Getreidelagerung im Innern der Schweiz», vom 14.03.1876: [Blatt 2] [Ergänzung vom Autor vorgenommen], zit. nach Cottier 2014: 24.

306 Vgl. Cottier 2014: 25.

307 Vgl. Cottier 2014: 27.

Anders sah dies der Zürcher Sozialdemokrat, Lehrer und Publizist Robert Seidel[308]. 1879 publizierte er eine Schrift, in der er die Frage nach der Versorgung der Bevölkerung mit «billigem Brod»[309] stellte. Seidel fokussierte nicht auf die Frage eines Versorgungsengpasses im Kriegsfall, sondern war beunruhigt über die Gefahr einer Preissteigerung des Getreides im internationalen Verkehr. Er forderte 1879 die Schaffung einer permanenten staatlichen Massnahme in Form eines kantonalen Getreidemonopols, um die Bevölkerung vor Spekulationen auf dem Getreidemarkt zu schützen und den Brotpreis so tief wie möglich zu halten.[310] Diese vorerst kantonale Forderung, die erstmals langfristige sozial- und strukturpolitische Forderungen in Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit enthielt, entfachte eine breite Diskussion um die Getreideversorgung in der ganzen Schweiz.[311]

Bei den Arbeitnehmern stand die Preisfrage klar im Vordergrund.[312] Sie votierten mit Robert Seidel erst dafür, dass der Getreidehandel in die Hände des Staates übergehen sollte. Als allerdings die Preise aufgrund der Weltmarktlage weiterhin zurückgingen, nahm die Arbeiterschaft weitgehend Abstand von der Idee des Getreidemonopols, da die Arbeiter nun eine Verteuerung im Vergleich zu den internationalen Marktpreisen befürchteten.

Die – immer weniger werdenden – Getreideproduzenten und ihre politischen Vertreter waren wiederum daran interessiert, den Getreideanbau zu erhalten oder gar anzuheben. Dies war, angesichts der internationalen Konkurrenz, allerdings illusorisch. Einzelne landwirtschaftliche Vertreter befürworteten die Massnahme des Zollschutzes. Ein Zollschutz auf Getreide hätte allerdings die Preise für die Konsumenten stark in die Höhe getrieben. Daher lehnte der sogenannte Bauernsekretär Ernst Laur den Zollschutz für Getreide ab und forderte stattdessen eine alternative Form der staatlichen Getreidepolitik. Der Staat sollte, gemäss Laur, vielmehr eine Anbauprämie für die Getreideproduzenten entrichten.[313]

Nach Laur war nicht nur die internationale Konkurrenz für den Preiszerfall verantwortlich, sondern insbesondere auch Spekulationsgeschäfte, welche über die Getreidebewegungen abgewickelt wurden. Die Masse der schweizerischen Landwirte drohe zu einem «Bauernproletariat»[314] zu werden, wenn die landwirtschaftlichen Produkte nicht vor solchen Spekulationsblasen geschützt

---

308 Robert Seidel (1850-1933) floh aus seiner Heimat im deutschen Sachsen aufgrund seiner sozialdemokratischen Tätigkeiten und liess sich 1870 in Zürich nieder. Als Redaktor der «Arbeiterstimme», des «Volksrechts» und des «Grütlikalenders» machte sich Seidel einen Namen in der sozialdemokratischen Bewegung. 1899-1929 war Seidel als Grundschul- und Hochschullehrer tätig. Er gehörte innerhalb der Partei zum linken Flügel und wurde als kämpferische Persönlichkeit umschrieben. Von 1893-1917 hatte Seidel verschiedene politische Ämter auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene inne. Vgl. Bürgi 2011.

309 Seidel 1879.

310 Vgl. Seidel 1879; Wirz 1902: 97-99.

311 Vgl. Cotter 2014: 27-29.

312 Vgl. Lüthi 1997: 8.

313 Vgl. Wirz 1902: 108.

314 Laur 1896: 4.

werden könne, so Laur. Denn würden die Landwirte zur Aufgabe des Getreidebaus gezwungen, litte langfristig auch die Milchproduktion darunter, da die Fruchtfolge, die für den Anbau der Futtermittel notwendig ist, nicht mehr gewährleistet wäre. Daher sei die Aufrechterhaltung des Getreidebaus eine Notwendigkeit für die schweizerische Landwirtschaft.[315]

Ferner sollten nach Laur staatliche Mühlen unterhalten werden, die dann das Mehl direkt an die Bäcker verkaufen sollten. Ein spekulativer Zwischenhandel könne so effektiv aus dem Weg geräumt und somit gleichzeitig die Bedürfnisse der Produzenten und der Konsumenten berücksichtigt werden.[316]

Laur positionierte sich zwischen Landwirten und Konsumenten und offenbarte ein feines Gespür für volkswirtschaftliche Fragen.[317] Er ging davon aus, dass die Fragen rund um die Getreideversorgung und Getreidezölle das politische Potential hätten, um die Beziehung zwischen Landwirten und städtischen Konsumenten zu zerrütten. Die Ursachen für die Agrarkrise und für die stetige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse sah er in der «englischen Nationalökonomie und dem Manchestertum»[318] begründet und stand daher der liberalen Wirtschaftspolitik skeptisch gegenüber.

> «In der Tat haben sich auch Verkehr und Produktion unter dem Regime des Freihandels mächtig entwickelt. Aber der allgemeine Wohlstand ist nicht gekommen. Wohl entstanden grosse Vermögen und die Zahl der Millionäre hat rasch zugenommen aber tausendmal rascher wuchs die Zahl der Proletarier. […] Aber noch von einer anderen Seite wird das Manchestertum angegriffen und angeklagt, statt Wohlstand Unglück und Armut gebracht zu haben. Die Landwirtschaft liegt in ganz Europa und vielen überseeischen Staaten darnieder. »[319]

Um die wirtschaftliche Krise in der Landwirtschaft zu bekämpfen und gleichzeitig bezahlbare Preise für die Konsumenten realisieren zu können, plädierte Laur für genossenschaftlich strukturierte Selbsthilfe, für betriebliche Rationalisierung sowie für Staatshilfe, wo sie denn angezeigt wäre, um die wirtschaftlichen Krisen in der Landwirtschaft zu meistern.[320]

Diese Ausrichtung sollte Laur auch als Geschäftsführer des Schweizerischen Bauernverbandes beibehalten. Er bezog nicht generell Position gegen den Welthandel, sondern agierte in der Frage

---

315 Vgl. Laur 1896: 4-7.

316 Vgl. Wirz 1902: 109.

317 Ernst Laur, der sich später in ideologischer Hinsicht einer antisozialistischen Politik verschreiben sollte und dabei die Bauernschaft als «Prellbock gegen links» erachtet, behielt in volkswirtschaftlichen Angelegenheiten stets auch die Bedürfnisse der Arbeiterschaft im Blick. Dies zeigt sich auch darin, dass Laur in den 1890er-Jahren noch von der Auffassung getragen war, «Arbeiter und Bauern einander näherzubringen». Vgl. Baumann 1993: 117.

318 Laur 1896: 4.

319 Laur 1896: 2-3.

320 Vgl. Baumann 1993: 117; Laur 1896: 16.

pragmatisch. Die Ausrichtung der Milchproduzenten auf den Export wurde von Laur durchaus begrüsst, und er unterstützte die staatlichen Programme zur Rationalisierung und Professionalisierung der Landwirtschaft im Hinblick auf eine bessere internationale Konkurrenzfähigkeit. Gleichzeitig plädierte Laur in Bereichen wie der Getreideproduktion, die nicht international konkurrenzfähig sein konnten, für direkte Subventionen.

Die staatliche Getreideanbau-Unterstützung wurde zwar in Fortsetzung der liberalen Wirtschaftspolitik des Bundes nicht realisiert[321], doch die Forderungen nach staatlichen Eingriffen in den Getreidehandel rissen auch in den Folgejahren nicht ab. Der Ökonom Jakob Wirz beispielsweise wies, wie Laur, auf die Gefahr durch Spekulationstätigkeiten im Getreidehandel hin und forderte daher die Hebung der inländischen Produktion.[322] Denn die Schweiz sei in «Bezug auf ihre Brotversorgung ein völlig abhängiger Staat»[323]. Ferner warnte er:

> «Der Rückgang des Getreidebaues bedeutet eine Landesgefahr. Möge die Stunde nie kommen, da ein hungerndes Volk jenen Männern fluchen wird, die über die Sorge für billigstes Brot die einheimische Körnerfrucht vergassen und die Bauern zwangen, die Aecker in Wiesen umzuwandeln.»[324]

Die protektionistischen Massnahmen in Deutschland zwangen die Schweiz zu Verhandlungen mit dem Nachbarland und in diesem sogenannten «Mehlsollkonflikt» von 1908 erhielt die Debatte um die Abhängigkeit von ausländischem Getreide erneut Auftrieb.[325] Im Parlament wurden mit der Motion Scherrer-Füllemann (1908) und der Motion Balmer (1912) zwei Anliegen eingebracht, die beide die Einführung eines staatlichen Getreidemonopols forderten. Denn die zunehmenden Spannungen auf dem Balkan liessen die Kriegsangst in der Bevölkerung steigen. Balmer verwies auf den Umstand, dass die nördliche Rheinroute als hauptsächliche Versorgungsroute für die Schweiz im Falle eines Kriegs versiegen könnte und daher die Bezugswege zu diversifizieren seien.[326] Neben der Diversifizierung von Handelsrouten empfahlen sowohl Balmer wie Scherrer-Füllemann, die inländischen Getreidevorräte aufzustocken und die Lager auszubauen. Balmer seinerseits mahnte:

> «Sollten bei Ausbruch eines Kriegs unsere Weizenbestände derart niedrige sein, dass eine Teuerung oder gar eine Notlage entstünde, und wäre diese Notlage zurückzuführen auf ungenügende

321 Vgl. Cottier 2014: 29-30; Lüthi 1997: 9.
322 Vgl. Wirz 1902: 52-53.
323 Wirz 1902: 175.
324 Der Schweizer Bauer und Bernische Blätter für Landwirthschaft, 05.05.1899, Nr.36 - 1. Beilage zu Nr. 36: [Blatt 5]; Wirz 1902: 123.
325 Vgl. Lüthi 1997: 9.
326 Vgl. Stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung vom 09.12.1912: 334-335.

> Vorsorgen von seiten der Behörden, dann würde eine schwere Schuld und Verantwortung uns alle treffen.»[327]

Scherrer-Füllemann fügte an, dass in Zeiten, in denen sich der «internationale Himmel verdüstert»[328], eine Reserve in der Brotversorgung für die ganze Bevölkerung für mindestens drei Monate vorhanden sein sollte.[329] Diese relativ kurzfristige Notstandsplanung ging auf die allgemeine Erfahrung mit europäischen Kriegen im 19. Jahrhundert zurück, die in der Regel relativ kurz dauerten.[330]

Der Ökonom und Generalsekretär der Schweizerischen Nationalbank Adolf Jöhr[331] verwies 1912 in seiner Schrift «Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall» ebenfalls auf drohende Versorgungsprobleme, die der Schweiz im Kriegsfall erwachsen würden und berief sich dabei auf die Erfahrungen mit dem deutsch-französischen Krieg.[332] Jöhr erachtete eine Vermehrung der Vorräte als dringende Notwendigkeit und schlug dazu folgende Massnahmen vor:

1. Das staatliche Getreide- und Mehlmonopol (das 1912 allerdings keine Aussicht mehr auf Verwirklichung hatte);
2. Die Lagerung eines Zweimonatsbedarfs der Bevölkerung durch den Bund;
3. Die Freilagerung von Getreide in den Lagerhäusern der Bundesbahnen;
4. Die Ermässigung der Getreidefrachten über die südlichen Zufahrtswege. (Damit sollte eine Diversifizierung der Importrouten erreicht werden. Denn bisher wurde das Getreide hauptsächlich über die Rheinroute bezogen.);
5. Ausrichtung von Prämien für effektiv in der Schweiz gelagertes Getreide;
6. Verpflichtung der Händler, einen nach ihrem Umsatz bemessenen Mindestvorrat im Lande zu halten;
7. Förderung des inländischen Anbaus[333].

Neben diesen Forderungen wies Jöhr auf die mögliche Surrogatsfunktion von Kartoffeln und Käse hin, sollten herkömmliche Nahrungsmittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Ebenso bewies Jöhr ein Fachwissen für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse, indem er auch auf die Einfuhr von Viehfutter verwies, die im Fall eines Kriegs ebenfalls ins Stocken kommen könnte. Diesem Problem hoffte Jöhr mit dem Verbot der Ausfuhr von Hafer, Mais, Kleie, Futtermehl, Mühlen-

---

327 Stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung vom 09.12.1912: 337.
328 Stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung vom 09.12.1912: 337.
329 Stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung vom 09.12.1912: 337.
330 Vgl. Ochsenbein 1971: 22, 35.
331 Adolf Jöhr (1878-1953) promovierte in Wirtschafts- und Staatswissenschaften an der Universität Bern und wurde 1907 Generalsekretär der Schweizerischen Nationalbank. Vgl. Hürlimann 2007.
332 Vgl. Jöhr 1912.
333 Gesamte Massnahmenliste vgl. Jöhr 1912: 232.

abfällen und Heu im Kriegsfall begegnen zu können.[334] Obschon Jöhr 1912 bereits den inländischen Anbau und die zahlreichen Interdependenzen der landwirtschaftlichen Produktion berücksichtigte, waren auch seine Vorschläge auf temporäre kriegswirtschaftliche Massnahmen gerichtet, die primär den Getreideverkehr im Blick hatten und die Gefahr eines Versorgungsengpasses reflektierten.

Der Bundesrat hatte zumindest die Argumente bezüglich der Getreideversorgung im Kriegsfall bereits früher beherzigt. Ab 1887 hatte nämlich der Bund begonnen, vermehrt Weizen für die Versorgung der Armee einzukaufen, und 1913 willigte der Bundesrat ein, für den Kriegsfall eine Getreidereserve von 60 Tagen zu unterhalten. Auf die längerfristigen sozial- und agrarpolitischen Forderungen, wie die Schaffung eines Getreidemonopols, traten die Behörden allerdings nicht ein.

Hier machte sich der lange Schatten der liberalen Grundeinstellung der Bundesbehörden bemerkbar. Denn im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hatten sich Anzeichen für eine Gefahr durch eine einseitig auf den Import ausgerichteten Versorgungsstrategie gehäuft. So zeigte sich das internationale Handelsgeflecht für regionale Störungen als anfälliger als zunächst gedacht. Ereignisse wie der Boxeraufstand in China oder der erste Burenkrieg im südlichen Afrika banden Dampfschiffe für militärische Einheiten und liessen die Frachtkosten für Getreide stark ansteigen. Auch Spekulationsgeschäfte in den USA hatten einen Einfluss auf die Marktpreise in der Schweiz. Und über diesen Rahmenbedingungen schwebte zusätzlich das Damoklesschwert eines möglichen Kriegs, welcher die Versorgungsstrategie einer Bewährungsprobe aussetzen würde.[335]

Die Beschaffung von dauerhaft billigem und sicherem Brot stand am Anfang der Debatten um die Versorgungssicherheit. Mit dem deutsch-französischen Krieg 1870/1871 rückte auch die Verletzlichkeit einer freihändlerischen Versorgungsstrategie in den Fokus kritischer Zeitgenossen. Die Möglichkeit von Krieg wurde fortan bei der Kritik an der Versorgungsstrategie in Betracht gezogen. Die vorgeschlagenen Massnahmen begnügten sich meist damit, die Vorräte innerhalb der Schweiz entsprechend auszubauen. Wenige Stimmen votierten für eine Hebung des inländischen Getreideanbaus. Die Massnahmen, die vom Bund getroffen wurden, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, waren nach wie vor vom liberalen Geist von 1848 geprägt. Die Behörden gingen davon aus, dass das Freihandelssystem des 19. Jahrhunderts weiterhin funktionieren würde. Zwar wurden auch Massnahmen diskutiert, welche die inländische Produktion von Getreide fördern und so die Diversifizierung der Landwirtschaft hätten ankurbeln sollen. Allerdings fanden diese Ansätze in der liberal geprägten Regierung um 1900 kaum

334 Vgl. Jöhr 1912: 232-233.
335 Vgl. Cottier 2014: 31-32.

Gehör. Die Behörden fokussierten in der Debatte auf eine Versorgungsoptimierung. Die landwirtschaftliche Produktion wurde zwar finanziell unterstützt, die Mittel gingen allerdings primär in Modernisierungsprojekte des agrarischen Sektors, welche den bereits eingeschlagenen Weg der Monokultivierung der landwirtschaftlichen Produktion noch verstärkte.[336] Erst die Krisenerfahrung im Rahmen des Ersten Weltkriegs sollte dann zu einer Neugestaltung der eidgenössischen Agrar- und Versorgungspolitik führen.

2.3 Zwischenfazit

Die modernen Gesellschaften wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf zwei Ebenen herausgefordert. In Folge der Industrialisierung transformierte sich das Zusammenleben erstens in den Städten und zweitens auch auf dem Land. Neben wachsenden Städten und einer exponentiellen Zunahme an Konsumenten, schrumpfte die landwirtschaftliche Produktion und war gezwungen, sich an die global arbeitsteiligen Rahmenbedingungen anzupassen.
In den Städten versuchten Planer auf der Basis von wissenschaftlich erhobenen Studien mit räumlichen und kulturellen Disziplinierungsmassnahmen einen drohenden Kollaps der zu schnell wachsenden Städte zu verhindern. Sie setzten stadtplanerische und experimentell entwickelte Methoden ein und versuchten, durch eine Integration von Industrie und Natur, die Städte räumlich neu zu ordnen und so eine Harmonisierung von Stadt und Land herbeizuführen. Dabei liessen sie sich oft von agrarromantischen und zivilisationskritischen Vorstellungen leiten.
Einige Theoretiker der städtischen Räume fürchteten einen kulturellen Niedergang der Gesellschaft, der sich in erster Linie durch eine ungebremste Industrialisierung Bahn brechen würde. Ein Netzwerk an Reformern, die zwischen rechts und links sowie progressiv und reaktionär oszillierten, suchte mit agrarromantischen und naturnahen Plänen die modernen industrialisierten Gesellschaften neu zu konfigurieren und einen Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Klassen, geo-wirtschaftlichen Räumen und Arbeitsweisen herbeizuführen. Deren Vorstellungen speisten sich oftmals aus einem sozialen Reservoir Intellektueller und Künstler und nur selten aus agrarischen Kreisen.

Doch auch die Landwirtschaft sah sich durch die Veränderungen aufgrund der Industrialisierung herausgefordert. In der Schweiz entwickelten sich vor dem Hintergrund der transnationalen Herausforderungen und im Hinblick auf die nationale Versorgungsstrategie erste agrarpolitische Gehversuche auf bundesstaatlicher Ebene. Diese orientierten sich an der liberalen Logik der Be-

336 Vgl. Bieri, Moser, Steppacher 1999: 41.

hörden, dass sich die Landwirtschaft an die veränderten Rahmenbedingungen in einer zunehmend globalisierten Marktordnung anzupassen habe. Die Landwirtschaft sollte modernisiert, rationalisiert und auf die Bedürfnisse der internationalen Märkte ausgerichtet werden. In der landwirtschaftlichen Produktion wirkten sich die Anpassungen insofern aus, als dass in der Schweiz vermehrt lukrative Vieh- und Milchprodukte produziert wurden und der Getreideanbau zurückgefahren wurde. Professionalisierungs- und Rationalisierungsprozesse wurden durch landwirtschaftliche Vereine, so durch den 1895 gegründeten Schweizerischen Bauernverband und staatliche Bildungsinstitutionen, wie die ETH, getragen. Gerade der bald prägenden Lobby-Organisation des Bauernverbands war die Erhaltung der Landwirtschaft ein zentrales Anliegen, sodass die Exponenten dieser Organisationen die unvermeidliche Strategie der Modernisierung der Landwirtschaft mittrugen und mit den Behörden auch politisch koalierten.
Dass die Bundesbehörden im beginnenden 20. Jahrhundert in der Strategie der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung nach wie vor nur dem liberalen Credo folgten und die Versorgungssicherheit hauptsächlich auf ein funktionierendes Handelssystem abstellten, rief allerdings schon früh Kritiker auf den Plan, die sich nicht selten aus landwirtschaftlichen Kreisen rekrutierten, und die für eine Aufrechterhaltung der inländischen Getreideproduktion votierten. Besonders die Erfahrungen während des deutsch-französischen Kriegs in den Jahren 1870/1871 liessen Zweifel an der Versorgungsstrategie via Handel aufkommen. Kritiker warnten vor einem Versorgungskollaps im Falle eines umfassenderen Kriegs.
Doch die Schweizer Behörden verliessen sich für die Versorgung der Bevölkerung trotz der mahnenden Stimmen noch immer auf einen funktionierenden Welthandel. Dabei produzierte und exportierte die Schweiz primär Käse, Kondensmilch und Schokolade und importierte das benötigte Brot- und auch Futtergetreide vermehrt aus Übersee und Osteuropa. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte sich damit eine gefährliche Abhängigkeit der Schweiz von Importen gebildet gehabt.

Sowohl in der Wohnungs- als auch in der Landwirtschaftsfrage waren die Lösungsfindungsprozesse durch eine experimentelle, aber wissenschaftlich fundierte Herangehensweise charakterisiert. Bewältigungsstrategien wurden zwischen den Akteuren in einem transnationalen Dialog erörtert und weiterentwickelt. An diesen Debatten partizipierten sowohl anerkannte Experten aus unterschiedlichen Gebieten wie auch sogenannte *Experten von unten* und bisweilen auch Vertreter der Behörden. Mit Rationalisierungs- und Planungsmassnahmen sollte eine aus der Bahn geratene Entwicklung gemäss wissenschaftlich-fundierten Ordnungsvorstellungen korrigiert werden. Dabei spielten Befürchtungen rund um einen drohenden Zerfall der bestehenden Ordnung eine nicht zu unterschätzende Rolle – insbesondere im Fall der Wohnungsfrage in den Städten.

Die Herausforderungen, welche die Moderne und die mit ihr eng verbundene Industrialisierung hinsichtlich der Entwicklung der Städte und der Landwirtschaft an die Gesellschaften herangetragen hatten, versuchten verschiedene Akteure «von oben und von unten» bereits vor 1914 aktiv zu beeinflussen. Denn die Entwicklungen wurden als krisenhafte Prozesse wahrgenommen, welche eine korrigierende Intervention erforderten. Allerdings wurden die Krisen in den Bereichen der sozialen Frage in den Städten und hinsichtlich der Anpassungen der Landwirtschaft an eine industrielle und globalisierte Produktionslogik noch weitgehend voneinander isoliert wahrgenommen und behandelt.

Durch den Ersten Weltkrieg, der ab 1914 Europa überzogen hatte, katalysierten und überlagerten sich die krisenhaften Entwicklungen allerdings und zwangen die Menschen dazu, nach fundamental neuen Lösungsansätzen zu suchen, denn die alte Ordnung schien ihren Dienst zu versagen. Den neuen Herausforderungen konnte mit traditionellen Lösungsansätzen nicht mehr begegnet werden.

3 Krieg und Krise

Während vor 1914 die Wohnungsfrage in der Schweiz als eigentlicher Kern der sozialen Frage gewertet wurde, geriet sie während des Ersten Weltkriegs in den Hintergrund und wurde namentlich in der zweiten Hälfte der Kriegszeit von einer eigentlichen Krise im Bereich der Nahrungsmittelversorgung überlagert.[337] Diese Ernährungskrise erschütterte die Schweizer Gesellschaft und verhärtete soziale und politische Konfliktlinien. Während ausserhalb der Landesgrenzen der Krieg tobte, sahen sich einzelne Gruppen der Schweizer Bevölkerung ab der zweiten Kriegshälfte (1917/1918) von Hunger gefährdet. So waren insbesondere lohnabhängige und bedürftige Personen und Familien, die auf keine landwirtschaftliche Eigenproduktion zurückgreifen konnten, stark durch den Mangel und die Teuerung von Nahrungsmitteln bedroht.[338] Agrarpolitische Weichenstellungen vor 1914, kriegsbedingte Handelseinschränkungen und nicht zuletzt die nasskalten Witterungseinflüsse in den Jahren 1916 und 1917, welche zu globalen Ernteausfällen führten, verbanden sich und führten zu dem Auftreten eines «Schwarzen Schwanes»[339] – also einem höchst unwahrscheinlichen Ereignis – das sich in der Schweiz durch das Eintreten einer Ernährungskrise ab 1917 manifestierte.

Vor 1914 schien es dem Gros der Schweizer Bevölkerung unvorstellbar, dass sie sich bald wieder mit dem längst als überwunden geglaubten Gespenst des Hungers auseinanderzusetzen hätten. Debatten um Nahrungsmittel standen zwar innerhalb der Arbeiterschaft besonders hinsichtlich von Zollfragen weiterhin auf der politischen Agenda. Doch drehten sich diese primär um Preisfragen und somit um die Frage nach gerechten Zugängen zu den Nahrungsmittelmärkten. Die Versorgungsfrage war in erster Linie zu einer Frage der politisch-wirtschaftlichen Organisation des Verkehrs und des Transports von Nahrungsmitteln geworden. Dass nicht mehr genügend

337 Die Wohnungsfrage wurde dann schliesslich auch auf dem Höhepunkt der Ernährungskrise wieder zu einem Thema. Denn während des Kriegs war der um 1900 einsetzende Wohnungsbau weitgehend erlahmt, so dass gegen Ende des Kriegs erneuter Wohnungsmangel in den Städten herrschte. Durch die Überlagerung mit der Ernährungskrise stiegen daher die Lebenshaltungskosten gerade für städtische Bewohner mit geringerem Einkommen ins Untragbare. Vgl. Zitelmann 2018: 61-78.

338 Vgl. Schmid-Wyss 2019: 11-19.

339 Der Publizist und Wirtschaftswissenschafter Nassim Nicholas Taleb (*1960) leitet aus der Prognosegläubigkeit der Wirtschaftswissenschaften sein Konzept des „Schwarzen Schwans" ab, mit dem er das Eintreten eines höchst unwahrscheinlichen Ereignisses umschreibt. Taleb weist darauf hin, dass das Auftreten von seltenen und höchst unwahrscheinlichen Ereignissen extreme Konsequenzen für die betroffenen Gesellschaften haben kann. Taleb kritisierte deshalb Prognose-Modelle, welche auf der Gauss'schen Normalverteilung basieren und so die Möglichkeit des Auftretens von extremen Ereignissen verkennen. Die Metapher des Schwarzen Schwanes lehnt sich dabei an die Wissenschaftstheorie von John Stuart Mill und später Karl Popper an. Vgl. Taleb 2007. Siehe dazu auch: Asmussen, Condorelli, Krämer 2014: 14-15.

Lebensmittel ihren Weg auf die schweizerischen Märkte finden könnten, war für die meisten Menschen kurz vor 1914 unvorstellbar.[340]

Einige Historiker sind der Meinung, die Schweizer Behörden seien bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht genügend um die Versorgung der Bevölkerung bemüht gewesen. Die Regierung habe der Entwicklung zuerst gelassen zugesehen und erst dann reagiert, als das Problem bereits kaum mehr zu handhaben war und Hunger die Bevölkerung bedrohte.[341]

Diese Sichtweise muss hier relativiert werden, denn der Bund hatte unmittelbar nach Kriegsausbruch durchaus, zusammen mit nichtstaatlichen Akteuren, Massnahmen zur Nahrungsmittel-Versorgungssicherung etabliert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln stand bei Ausbruch des Kriegs sogar im Mittelpunkt der Agenda der Schweizer Landesregierung.[342] Allerdings hat die behördliche Versorgungsstrategie während der Kriegszeit mehrere Anpassungen und Richtungswechsel erfahren. Die nach August 1914 eingeschlagene Versorgungsstrategie, welche primär auf die Aufrechterhaltung des internationalen Handels fokussierte, offenbarte ab 1916 ihre Schwächen.[343] Die Überlappung von Wirtschaftskrieg, witterungsbedingten Missernten und strukturellen Mängeln in der landwirtschaftlichen Produktion drängten die Behörden ab 1916 zu einem grundlegenden Umdenken in der Versorgungspolitik und zu einer krisenbedingten Neubewertung des auf globaler Arbeitsteilung beruhenden Versorgungssystems.

Behörden und private Akteure suchten fortan, mit experimentellen Massnahmen neue Erfahrungen zu sammeln, während sich die politischen Debatten zwischen Konsumenten und Produzenten zuspitzten.[344]

Die Ernährungskrise liess die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung – primär der städtischen Konsumenten – dramatisch ansteigen.

---

340 Die Analyse von Nahrungsmittelkonflikten wird – vereinfacht gesagt – in der geschichtswissenschaftlichen Forschung durch zwei unterschiedliche theoretische Ansätze geprägt. Nahrungsangebotstheorien (Food Availability Decline Theories, FAD-Theories) fokussieren auf den Rückgang des Nahrungsmittelangebots. Dieses kann beispielsweise durch Missernten oder Nahrungsmittelsperren, wie in einem Kriegsfall, verursacht werden. Der zweite Ansatz stellt hingegen die fehlenden legalen Zugangsmöglichkeiten zur Nahrungsmittelquellen in den Vordergrund. Dieser Ansatz (Food Entitlement Decline Theory, FED-Theories) der von dem Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen geprägt wurde, argumentiert, dass Nahrungsmittelkonflikte stets auf fehlende Zugangsmöglichkeiten zu Märkten verursacht werde. Beispielsweise verhindere Armut einen gerechten Zugang zu Nahrungsmittelquellen und sei somit ein wesentlicher Faktor für Hungerkrisen. Auch Pfister weist darauf hin, dass Nahrungsmittelkonflikte stets auf fehlende Zugangsmöglichkeiten zurückzuführen sind, es aber auch immer abzuklären gelte, inwiefern auch eine Verknappung des Nahrungsmittelangebots mitspiele. Vgl. Pfister 2016a: 60. Weitere Erläuterungen zu den unterschiedlichen Theorien in der historischen Hungeranalyse finden sich beispielsweise bei Devereux 1993: 21-100; Krämer 2015: 117-180.

341 Vgl. etwa Degen 2012a: 885.

342 Vgl. Brodbeck 2003; Brodbeck 2005.

343 Diese Schwächen des freihändlerischen Versorgungssystems sollte nicht nur die Schweiz zu spüren bekommen. Vielmehr wurde durch den Ersten Weltkrieg vielen europäischen Staaten die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus Übersee bewusst. Vgl. Nützenadel 2008: 11.

344 Zur der Suche nach alternativen Massnahmen zur Krisenbewältigung siehe Kapitel 4.

Die Folge dieser Preisentwicklung war eine Zerrüttung der ohnehin bereits instabilen Beziehungen zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung. Die Sozialdemokratische Partei setzte die Lebensmittelkrise ins Zentrum ihrer politischen Agitation, um sich über den Druck von unten Teilhabe an den politischen Entscheidungsgremien zu erkämpfen.[345] Die Bauern wurden von städtischen Konsumentinnen und Konsumenten vermehrt als gierige Kriegsprofiteure wahrgenommen, während diese selbst auf ihre erschwerten Arbeits- und Produktionsbedingungen verwiesen. Die Ernährungskrise vergiftete das politische Klima 1917/1918 und es öffnete sich ein kulturell-politischer Graben zwischen Stadt und Land.

Die Schweiz sah sich aufgrund der Ernährungskrise in den Jahren 1917/1918 mit einem innenpolitischen Problem konfrontiert, für das es keinen Massnahmenplan gab. Darum stellt sich die Frage, welche Entwicklungen dazu geführt hatten, dass es in der Schweiz in der Mitte des Ersten Weltkriegs zu einer Kaskade von Ereignissen kam, welche eine schwere soziale und politische Krise auslösten und das Land an den Rand einer Hungerkrise führten?

3.1 1914-1916: Vermeintliche Stabilität der Versorgungspolitik

Im Frühjahr 1914 präsentierte sich die Situation der Nahrungsmittelversorgung in der Schweiz wie folgt: Die Schweizer Landwirtschaft war in ein arbeitsteiliges globales Handelsnetz eingebunden.[346] Das bedeutete, dass die schweizerische Landwirtschaft primär für einen globalen Markt produzierte. Wie bereits[347] beschrieben, war die Folge dieser Entwicklung eine Spezialisierung der Landwirtschaft, welche die Bedürfnisse des globalen Marktes erfüllten. Die Schweiz exportierte vor allem Milchprodukte, Käse und Zuchtvieh und importierte dafür weitgehend Getreide, das sowohl für die Viehzucht als auch für die Brotherstellung im Land benötigt wurde. Als Folge dieses Systems war die Schweiz stark abhängig von Getreideimporten aus dem Ausland.

Bereits vor dem Krieg hatte es Stimmen gegeben, welche diese Abhängigkeit kritisiert und vielmehr für eine diversifiziertere Landwirtschaft – namentlich für die Aufrechterhaltung der Getreideproduktion – plädiert hatten. Allerdings fehlte vor dem Krieg der nötige Druck, der die Behörden zum Handeln veranlasst hätte.

---

345 Hinsichtlich der Wahlresultate griff die Themensetzung der SPS und die Abkehr vom Burgfrieden. Die SPS schnitt an den Nationalratswahlen 1914 noch mit 10.1 % Stimmenanteil und 18 Sitzen ab. Bei den Erneuerungswahlen des Nationalrates 1917 konnte die SPS den Stimmenanteil auf 30.8% erhöhen und 4 Sitze (insgesamt nun 22 Sitze) gewinnen. Vgl. Gruner 1978: 395-396, 421-422.

346 Vgl. Sieveking 1922: 4.

347 Siehe Kapitel 2.2.

Als am 28. Juli 1914 Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt hatte, glaubte noch kaum ein Vertreter der Schweizer Bundesbehörden daran, dass die Welt sich bald in einem langjährigen militärischen Konflikt wiederfinden würde. Als aber am 30. Juli 1914 Zar Nikolaus II. von Russland die Mobilmachung bekannt gab, erkannten die Behörden, dass sich dieser Konflikt nicht auf den Balkan beschränken würde: «Die schwarze Wolke, die seit Jahren gefahrdrohend am politischen Himmel stand, hat sich nun entladen. […] ein europäischer Krieg von ungeheurer Ausdehnung steht vor der Türe.»[348]

Die bisherige Überzeugung, dass ein europäischer Krieg bereits nach kurzer Zeit entschieden sein müsste, geriet ins Wanken.[349] Neben der Unsicherheit, ob die Schweiz von kriegerischen Handlungen verschont bleiben würde, kamen bald Befürchtungen rund um die Versorgung des Landes mit lebensnotwendigen Alltagsgütern auf.

Wenn auch bereits vor 1914 einzelne Stimmen immer wieder vor einer mangelhaften Versorgungsstrategie im Fall eines Kriegs gewarnt hatten, wurden die Behörden vom Kriegsausbruch Ende Juli 1914 tatsächlich überrumpelt.[350] Die erste Gelassenheit im Hinblick auf die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln wich allmählich einer Versorgungsangst, weil man sich der grossen Abhängigkeit von Lebensmittelimporten durchaus bewusst war. Gesamthaft stammten im Durchschnitt der Vorkriegszeit nur rund 66% des schweizerischen Nahrungsmittelbedarfs aus der inländischen Produktion, während ein Drittel aus dem Ausland eingeführt werden musste.[351] Im Fall des Brotgetreides offenbarte sich die starke Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Importen besonders deutlich, denn 84% des in der Schweiz verbrauchten Brotgetreides musste importiert werden.[352]

---

348 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität vom 2.08.1914. In: Bundesblatt 4/31 (1914): 5.

349 Exemplarisch für die Erwartung einer kurzen Kriegsdauer steht die Äusserung des Schweizer Botschafters in Frankreich, Dr. Charles Lardy, der sich auf französische Militärschriftsteller berief und glaubte, dass ein künftiger deutsch-französischer Krieg innerhalb dreier Wochen nach Abschluss der Mobilmachung entschieden werden könne. Andere Prognosen fielen etwas weniger optimistisch aus. Der französische Militärattaché, Commandant Pageot, errechnete eine Kriegsdauer von 70-80 Tagen und verwies dabei darauf, dass es in etwa so lange dauern würde, bis Russland in den Krieg eingreifen werde und spätestens dann ein rasches Kriegsende zu erwarten sei. Doch in ihrer Tendenz, dass prinzipiell mit einem kurzen Krieg zu rechnen sei, waren sich alle Würdenträger der europäischen Staaten einig. Vgl. Ochsenbein 1971: 23; sowie: Burkhard 2012: 31-32; Kreis 2014: 24.

350 Vgl. Baumann 1993: 287.

351 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 11; Meier 2020: 15.

352 Vgl. Meier 2020: 15. Davon nur geringfügig abweichend geht Moser von 85% aus. Vgl. Moser 2014: 174. Aeby weist darauf hin, dass die Zahlen je nach Berechnungsmethode variieren und kommt zu dem Schluss, dass 78-87% des Brotgetreides in der unmittelbaren Vorkriegszeit aus dem Ausland stammten. Vgl. Aeby 2009: 33.

3.1.1 Panikkäufe und Exportstopp bei Kriegsausbruch

Diese Importabhängigkeit der schweizerischen Nahrungsmittelversorgung war nicht nur den Behörden, sondern auch der Bevölkerung weitgehend bekannt.[353] Unmittelbar nach Kriegsausbruch trieb die Versorgungsungewissheit die Menschen auf die Strassen; sie stürmten die Banken, um ihr Erspartes abzuheben und sich mit Lebensmitteln und Kohle einzudecken. «Das Publikum kannte […] weder Mass noch Ziel»[354] resümierte Traugott Geering die Hamsterkäufe während der ersten Kriegstage.

Um wieder Ordnung zu schaffen und Ruhe unter die erhitzten Gemüter zu bringen, erliess der Bundesrat per 2. August 1914 ein Ausfuhrverbot für alle Lebensmittel und kommunizierte den Kantonen per 10. August 1914 Wucherverbote.[355] Denn der Bundesrat war sich im Klaren darüber, dass hohe Lebensmittelpreise eine explosive Zerstörungskraft auf den sozialen Frieden eines Landes haben konnten:

> «In diesem Sinne muss jeder Schein vermieden werden, als ob ein Teil unserer Bevölkerung landwirtschaftliche Produkte zu einem zu hohen Preis bezahlen müsse. Ein solches Gefühl wäre geeignet, die Beziehungen zwischen Stadt und Land zu verbittern und es würde auch sozial in ungleicher Weise wirken.»[356]

Die Landesregierung versuchte also mit allen Mitteln, eine Zerrüttung des sozialen Friedens zu verhindern und betrachtete deswegen die ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln als grösste Sorge, um die es sich zu kümmern galt.

Ferner reagierte der Bundesrat mit dem Exportstopp auch auf die gesamteuropäischen Entwicklungen. Denn trotz Vereinbarungen und internationalen Verträgen kamen die Nahrungsmittelimporte von einem Tag auf den anderen zum Stillstand.[357] Auf die internationalen Verträge war im Kriegsfall also kein Verlass. Neben dem militärischen Konflikt war ein zermürbender Wirtschaftskrieg zu erwarten, der auch die neutralen Staaten nicht verschonen würde.[358] In Anbe-

---

353 «Unsere ungünstige Versorgungslage im Kriegsfalle wurde in der Öffentlichkeit stark besprochen und kam vielen Leuten rasch zum Bewusstsein.» Käppeli, Riesen 1925: 13.

354 Geering 1928: 3. Vgl. dazu auch Ruchti 1930: 9-15.

355 Vgl. Kreisschreiben des schweizerischen Justiz- und Polizeidepartements am sämtliche Kantonsregierungen betreffend die Verordnung gegen die Verteuerung von Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen vom 10.08.1914. In: Bundesblatt 4/33 (1914): 40-49; Lüthi 1997: 24.

356 Zentralblatt für Schweizer Milchwirtschaft, 03.09.1914.

357 Weder die Londoner Seerechtserklärung von 1909 noch die Abmachungen der Haagerkonferenz von 1907, bei welchen die Versorgung von neutralen Staaten im Kriegsfall zugesichert worden war, hatte im Sommer 1914 noch Bestand. Auch die mit Deutschland und Frankreich getroffenen Abmachungen bezüglich des Verkehrs von Getreidelieferungen in die Schweiz vom Frühjahr 1914 mussten nach Kriegsausbruch neu geregelt werden. Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 16.

358 In der Tat sollte sich bald erweisen, dass der Erste Weltkrieg «nicht nur ein Krieg um Stahl und Gold war, sondern ebenso ein Krieg um Brot und Kartoffeln», wie es der britische Historiker Avner Offer treffend beschrieben hatte. Vgl. Offer 1989: 2.

tracht dieser Drohkulisse und aus Angst vor einer Versorgungsknappheit entschied sich der Bundesrat in einer vorsorglichen Überreaktion ebenfalls dazu, die Nahrungsmittelexporte auszusetzen.

Der Exportstopp sollte sich allerdings als kontraproduktiv erweisen. Es sei zwar verständlich, dass der Bundesrat bei Kriegsausbruch der «bequemen Schablone des allgemeinen Nahrungsmittel-Exportverbotes» verfiel, urteilte Hans Moos[359], Agronom und Präsident des Bauernvereins Luzern, aber die Massnahme sei überstürzt und wenig reflektiert.

> «Während die Anwendung dieses Mittels [das Exportverbot] überall da, wo ein Land sich mehr oder weniger in vielseitiger Produktion selbst genügt, als die einfachste, nächstliegende Massnahme erscheint, muss sie für ein so eigenartig entwickeltes Wirtschaftsgebiet, wie die Schweiz es ist, auf grosse Schwierigkeiten stossen.»[360]

Ein Exportstopp musste sich gerade für die Schweiz als kontraproduktiv erweisen, hatte sie ihre Landwirtschaft in jüngster Zeit doch darauf ausgerichtet, Milch- und Viehprodukte für den Weltmarkt herzustellen und sich bei der Versorgung mit anderen wichtigen Lebensmitteln vom Ausland abhängig gemacht.

Die Umstellung auf eine autarke Versorgung war nicht realisierbar. In der Landwirtschaft fehlten aufgrund der Mobilmachung menschliche und tierische Arbeitskräfte, die gerade für eine Umstellung auf den arbeitsintensiveren Ackerbau dringend vonnöten gewesen wären. Ferner fehlte vielen Landwirten auch Kenntnisse des Ackerbaus.[361]

Die Abhängigkeit von Importen betraf nicht nur die direkte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, sondern auch die in der landwirtschaftlichen Produktion benötigten Futtermittel, Düngstoffe und Saatgut sowie Kälbermägen für die Käseproduktion.[362] Auch in Bezug auf diese agrarischen Hilfsgüter war die Schweizer Landwirtschaft also weiterhin auf einen funktionierenden Aussenhandel angewiesen.

Doch nicht nur bei den agrarischen Hilfsstoffen war eine Selbstversorgung des Landes illusorisch, sondern auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten. So konstatierte die «Ökonomische und Gemeinnützige Gesellschaft des Kan-

---

359 Hans Moos (1862-1929) aus Aesch (LU) stammte aus einer Luzerner Kleinbauernfamilie und studierte in den 1880er-Jahren am Polytechnikum in Zürich (ab 1911 ETH), wo er ab 1898, nach mehrjähriger Wanderschaft durch die USA, selbst als Professor für Betriebs- und Tierproduktionslehre unterrichtete. Als Präsident des Bauernvereins des Kantons Luzern (1905-1929) und als Gründungsvorstand des Zentralschweizerischen Milchverbandes setzte sich Moos zeitlebens für die Bedürfnisse der Luzerner Milchbauern ein und vertrat im Ersten Weltkrieg eine harte Linie gegenüber Preisfestsetzungen durch den Staat. Vgl. Brugger 1979: 392; Hörsch 2009.

360 Moos 1914: 10. [Anmerkung durch den Autor der vorliegenden Schrift vorgenommen.]

361 Vgl. Baumann 1993: 290; Burkhard 2012: 44.

362 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 13.

tons Bern»: «Wir haben im Verhältnis zur dichten Bevölkerung zu wenig Boden, um genügend Nahrungsmittel zur Ernährung der Bewohner erzeugen zu können.»[363]

Ein schlechtes Produktions- und Konsumverhältnis sowie eine seit Jahren etablierte Funktionsweise hinsichtlich der Versorgungssicherheit, die auf reibungslose Importe und Exporte fusste, verunmöglichten die Umstellung auf eine komplett inländische Versorgung mit Nahrungsmitteln; zumal selbst in der Landwirtschaft der Anteil der Selbstversorger bereits vor 1914 deutlich rückläufig gewesen war. Auf dem Teller eines Schweizer Bauern landeten vor 1914 durchaus auch Kartoffeln aus Italien und dem Elsass, Pfälzer Karotten, russisches Brot, indischer Reis, amerikanischer Speck und argentinisches Gefrierfleisch.[364] Aus eigener Kraft konnte der Schweizer Landwirt bestenfalls noch «Milch, Most und Träsch beisteuern»[365] merkte Hans Moos an. Der Landwirt war also in ähnlicher Weise von einem funktionierenden Weltmarkt abhängig, wie der Stadtbewohner, so Moos.[366] Selbstversorgung war selbst für die Bauern weitgehend zu einem Relikt der Vergangenheit geworden.

Eine umfassende Autarkie konnte also keine Option sein. «Wir sind mit unserem Käse nun einmal auf den Weltmarkt angewiesen, das müssen wir wissen und dürfen es auch im Kriegslärm nicht vergessen.»[367], so Moos. Das Axiom, nach dem sich die Landesregierung zu richten habe, müsse lauten: «Käse hinaus, Brot herein»[368].

3.1.2 Wiederaufnahme der Exporte und Etablierung der Schweizerischen Käseunion

Zu ähnlichen Schlüssen kam auch der Geschäftsführer und spätere Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Ernst Laur, der in den ersten Tagen des Kriegs in Brugg «alles stehen und liegen liess, um sechs Wochen lang in Bern die Kriegswirtschaft zu organisieren»[369]. Dabei habe er feststellen müssen, dass es «an einer planmässigen Vorbereitung der wirtschaftlichen Massnahmen im Kriegsfalle fast vollständig gefehlt habe», so Laur[370].

In Zusammenarbeit mit dem Volkswirtschaftsminister Edmund Schulthess und dem Vorsteher der landwirtschaftlichen Abteilung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Josef Käppeli, – die beide freundschaftliche Beziehungen mit Laur pflegten – und unter Einbezug des

---

363 Ökonomische und Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Bern (Hg.) 1917: 2. Zum gleichen Schluss, dass die Schweiz mit «dem geringen Umfang der eigenen Getreideproduktion wohl kaum in der Lage wäre, ausreichende Vorräte im Land anzuhäufen» kommt auch der Bundesrat im Dezember 1914. Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen vom 01.12.1914. In: Bundesblatt 4/50 (1914): 717. [Fortan: I. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1914]

364 Vgl. Moos 1914: 8. Siehe dazu auch: Käppeli, Riesen 1925: 11; Moser 2014: 174.

365 Moos 1914: 8. «Träsch», oder auch «Bätzi» genannt, ist ein Schnaps, der aus Kernobst gebrannt wird.

366 Vgl. Moos 1914: 8.

367 Moos 1914: 10-11.

368 Moos 1914: 12.

369 Baumann 1993: 290.

370 Brief von Ernst Laur an den General vom 12.08.1914. Zit. nach: Moser 2014: 175.

Verbandes schweizerischer Konsumvereine (VSK),[371] vertreten durch den SP-Nationalrat Bernhard Jäggi[372], konnten im August 1914 im Berner Casino Konsumentenvertreter, Käseexporteure, Milchbauern und Vertreter der Bundesbehörden an einen Tisch gebracht werden, um die kriegswirtschaftliche Planung zu besprechen. Dabei sollte die Schaffung einer Organisation geplant werden, welche den Export von Milch- und Milchprodukten weiter ermöglichen sollte.

Obschon die Organisatoren gerade auf einen Einbezug der Konsumenten wert gelegt hatten, reichte den Vertretern der Arbeiterschaft die Anwesenheit des Grütlianers und Sozialdemoraten Bernhard Jäggi nicht aus.[373] Die Sozialdemokraten witterten die Schaffung eines Exporteur-Rings, der auf dem Rücken der Arbeiter den Händlern und Bauern Profite einbringen sollte.[374]

Doch Ernst Laur, der zwar als Vertreter der Landwirtschaft die Interessen der Produzenten vertrat und versuchte, die Bauern als staatstragende Berufsgruppe in der Kriegswirtschaft zu integrieren hatte bei der Initiierung dieser Sitzung auch sozial- und versorgungspolitische Motive im Blick.[375] So sollte nicht nur der Export wieder ermöglicht und die Geschäftsgrundlage für die schweizerischen Milchbauern instand gehalten werden, sondern auch Massnahmen zur Verbilligung der Milch für die Konsumenten im Inland getroffen werden.

Laur und Jäggi arrangierten sich mit der Abteilung für Landwirtschaft dahingehend, dass die Ausfuhr von Milchprodukten, inklusive Käse, und Fleisch wieder erlaubt werden sollte, um das für die Schweiz existentielle Handelssystem zu normalisieren.[376] Über die Exportgewinne sollte dann eine Quersubventionierung stattfinden, welche eine Tiefhaltung des Milchpreises in der Schweiz ermöglich sollte. Diese Idee war die Grundlage für die Gründung der «Genossenschaft Schweizerischer Käseexporteure» (GSK).[377] Hierbei kam es erstmals seit den Zerwürfnissen über Zollfragen zu einer Kooperation von Produzenten, Händlern und Konsumenten.

Über die Schaffung der GSK wurde schliesslich der Käseexport in den Kriegsjahren sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Käse und Trinkmilch organisiert. Der schweizerische Milchpreis konnte dank des Quersubventionierungssystems während des ganzen Kriegs unter dem Weltmarktniveau gehalten werden, was dafür sorgte, dass die Milch zu einem wichtigen Lebensmittel für die Schweizer Konsumenten wurde.[378] Gemäss den Zielsetzungen der GSK sollte so-

---

371 Heute: Coop.

372 Bernhard Jäggi (1869-1944) war Mitglied des Grütlivereins und der SPS und widmete seine Arbeit dem Ausbau der Genossenschaftsbewegung in der Schweiz. 1909-1934 stand Jäggi der Verwaltungskommission des VSK vor. 1902-1916 agierte er zudem als Grossrat in Basel für die SPS. Er war zudem führender Initiator der Siedlungsgenossenschaft Freidorf in Muttenz. Vgl. Degen 2007.

373 Zum Konflikt zwischen dem Grütliverein und der Sozialdemokratische Partei siehe Kapitel 4.4.1

374 Vgl. Brodbeck 2003: 45-46.

375 Brodbeck 2005: 186, 190; Kreis 2014: 88.

376 Vgl. Moser, Brodbeck 2007: 99.

377 Im Volksmund wurde die Genossenschaft bald «Käse-Union» genannt, ein Name, der später offiziell übernommen wurde. Zur komplexen Geschichte der Etablierung der Schweizerischen Käseunion siehe Brodbeck 2003; Brodbeck 2005: 184-191; Moser, Brodbeck 2007: 97-106; Ruchti 1930: 200-201.

378 Brodbeck 2003: 36.

wohl eine «wirtschaftliche Krisis auf dem Markte der Milch- und Molkereiprodukte»[379] abgewendet, als auch die Konsumenten «vor einer Erhöhung der Milch- und Molkereipreise»[380] geschützt werden.

Während die Käseexporteure durch die Schaffung der Käseunion ihre Machtstellung auf dem schweizerischen Milchmarkt faktisch einbüssten, dafür aber auch im Krieg ihre Produkte exportieren konnten, war es dem Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten (ZVSM) künftig die Verteilung der Konsummilch an die Bevölkerung im Inland zu übernehmen und aus diesem Grund mit einem halbamtlichen Status versehen wurde.[381]

Die GSK war zu Beginn des Kriegs von Privaten initiiert worden und dann durch die Behörden mit quasi-staatlichen Kompetenzen ausgestattet und schliesslich unter staatlicher Kontrolle von Privaten betrieben worden. Diese Form der parastaatlichen Organisation im Bereich der Kriegswirtschaft war während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz eine verbreitete Praxis. Die mangelnde Erfahrung und die Lücken in den Reihen der Bundesbehörden konnten auf diesem Weg geschlossen werden. Die Integration privater Organisationen in staats-interventionistische Aufgabenbereiche sollte während des Ersten Weltkriegs zu einem *courant normal* werden, der auch weitere Organisationen hinsichtlich möglicher Kompetenzerweiterungen inspiriert hat. Doch dazu später mehr.[382]

Dank der Etablierung der Käseunion konnte jedenfalls die Exportblockade gebrochen, Käse- und Molkereiprodukte erneut ausgeführt und gleichzeitig der inländische Milchpreis tiefgehalten werden.[383] Die Bundesregierung hatte kurz nach dem Beschluss zum Ausfuhrverbot feststellen müssen, dass der Exportstopp ein Fehler gewesen war und resümierte im Dezember 1914: « […] man wird immer auf die kontinuierliche Zufuhr von aussen abstellen müssen»[384].

Nach dem Intermezzo des Exportverbots war man also auch auf Regierungsebene bemüht, den Warenverkehr mit dem Ausland zu normalisieren, um die Versorgungssicherheit auf dem Verkehrsweg wieder gewährleisten zu können.

3.1.3 Wirtschaftskrieg und Kompensationshandel 1914-1916

Bereits im Frühjahr 1914 hatte der Bundesrat Massnahmen getroffen, welche helfen sollten, in einem möglichen Krieg die Versorgung der Schweizer Bevölkerung aufrechterhalten zu können. So hatte der Bundesrat mit Frankreich und Deutschland Zusicherungen ausgehandelt, dass im

379 Zentralblatt für Schweizer Milchwirtschaft 27.08.1914.
380 Zentralblatt für Schweizer Milchwirtschaft 27.08.1914.
381 Vgl. Moser, Brodbeck 2007: 101.
382 Siehe Kapitel 6.3.
383 Vgl. I. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1914: 723.
384 I. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1914: 717.

Falle eines Kriegs die Versorgungswege für Getreide in die Schweiz aufrechterhalten bleiben sollten. Denn die Mittelmeer-Häfen in Sète und Marseille waren wichtige Anlieferungspunkte für Getreide, das die Schweiz in Argentinien und den USA gekauft hatte. In Mannheim lagerte ebenfalls Getreide, das für die Schweiz bestimmt gewesen war und über die Rheinroute in die Schweiz gelangen sollte. Das Deutsche Reich hatte für den Fall eines Kriegs zugesichert, das für die Schweiz bestimmte Getreide nicht zu beschlagnahmen.[385]

Nach Kriegsausbruch wurde aber deutlich, dass diese Zusicherungen eine reibungslose Versorgung der Schweiz mit Getreide nicht garantieren konnten. So konnte beispielweise die Französische Bahn nach Kriegsausbruch keine Waggons mehr für den Transport von Getreide bereitstellen, sodass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) selbst für den Transport des Getreides aus französischen Häfen in die Schweiz sorgen mussten. Dies allerdings war eine Aufgabe, welche die SBB an die Grenzen ihrer Kapazität führte.[386] Ebenfalls problematisch sollte im weiteren Verlauf des Kriegs die Beschaffung von Schiffsraum werden.[387]

Zu diesen Transportschwierigkeiten gesellten sich bald Misstrauensbekundungen der kriegführenden Staaten, welche befürchteten, dass die Schweiz als Transitraum missbraucht werden könnte. Gerade für die Entente-Staaten, welche eine Blockade-Strategie[388] gegenüber den Achsenmächten zu etablieren suchten, war es essenziell, dass die Lieferungen an die neutrale Schweiz nicht unter der Hand an den Feind gelangten. Die Überwachung der Sendungen an neutrale Staaten durch die kriegführenden Mächte wurde entsprechend notwendig.[389] Obschon der Bundesrat nach Wiederaufnahme der Exporte im Spätsommer 1914 sich dazu entschloss, ein staatliches Monopol für den Getreidehandel zu schaffen und so den Zwischenhandel zu unterbinden, reichte den kriegführenden Staaten diese Massnahme gegen den möglichen Transithandel auf Dauer nicht aus. Im Oktober 1915 wurde eine entsprechende Kontrollstelle, die «Société suisse de surveillance économique» (S.S.S.) ins Leben gerufen, um den Handel der Entente-Staaten mit der neutralen Schweiz genauer kontrollieren zu können.[390]

Die Schweiz verpflichtete sich, ihre Export- und Importgeschäfte über die S.S.S. abzuwickeln und dadurch eine Kontrolle durch die Entente zuzulassen. Im Gegenzug erhielt sie die Zusicherung für eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und notwendigen Rohstoffen. Eine

385 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 12; Ruchti 1930: 173.
386 Vgl. Kreis 2014: 86.
387 Vgl. Brown 2018; Ochsenbein 1971: 297-299; Ruchti 1930: 4, 102-103, Segesser 2016: 38, 44-49.
388 Zur Blockadestrategie der Entente im Ersten Weltkrieg gibt es eine schier unübersehbare Fülle an Literatur. Für eine derzeit aktuelle Darstellung siehe: Kramer 2014: 460-490.
389 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 12.
390 Für ausführlichere Informationen zur S.S.S. vgl. Ochsenbein 1971: 201-247, Sieveking 1922: 13-17; Weber 2015.

äquivalente Organisation – die Treuhandstelle Zürich –, die den Handel mit den Zentralmächten organisieren und kontrollieren sollte, wurde 1915 geschaffen.[391]

Durch die Schaffung der S.S.S. konnte ein Kompensationshandel, der de facto bereits seit der Wiederaufnahme des Handels im Spätsommer 1914 Bestand hatte, gefestigt und festgelegt werden: Hinsichtlich Nahrungsmitteln und agrarischen Hilfsstoffen exportierte die Schweiz Käse, Tafelschokolade und Kondensmilch an die kriegführenden Mächte und erhielt im Gegenzug vor allem Getreide, Dünger, Saatgut und Futtermittel.[392]

Es wäre demnach verfehlt, das Abhängigkeitsverhältnis als einseitig zu betrachten. Auch die anderen Staaten waren auf Exporte aus der Schweiz angewiesen. Insbesondere Tafelschokolade und Kondensmilch waren bei den Soldaten im Feld zu beliebten Nahrungsmitteln avanciert und wurden deshalb von den kriegführenden Mächten stark nachgefragt.[393] Auf der Basis dieser gegenseitigen Handelsinteressen konnte anfänglich ein Kompensationshandel etabliert werden, dank dem die Versorgung der Schweizer Bevölkerung von 1914-1916 aufrechterhalten werden konnte.[394]

Die Tatsache, dass die Versorgung der europäischen Staaten in ein arbeitsteiliges System integriert war, das auf einem funktionierenden Handel basierte, verhinderte die komplette Abschottung der Staaten in nationale Binnenmärkte. Wenn auch der Krieg den Handel störte und einschränkte, blieb der transnationale Handel vorerst doch die Maxime, an der sich die schweizerische Kriegswirtschaft und die Versorgungspolitik orientierten.

3.1.4 Schweizerische Nahrungsmittel-Versorgungspolitik in den ersten beiden Kriegsjahren

Aus diesem Grund versuchten die Behörden nach der Überwindung des Exportstopps den Handel «mit allen Mitteln aufrecht»[395] zu erhalten, denn nur durch die kontinuierliche Zufuhr von aussen konnten Nahrungsmittelengpässe vermieden werden. «Die erste Sorge der Behörden musste die für [sic!] ungestörte Lebensmittelzufuhr sein.»[396] Selbst die sozialdemokratische Presse war zu Beginn des Kriegs davon überzeugt, dass «die Ernährung der Schweiz […] im Kriegsfalle in erster Linie ein Verkehrsproblem»[397] sei. Wenn auch die Ausfuhrbewilligungen für Kondensmilch und Käse bei den Sozialdemokraten mit Misstrauen zu Kenntnis genommen worden waren, und höhere Käse- und Milchpreise im Inland befürchtet wurden.[398]

---

391 Vgl. Rossfeld, Straumann 2008: 34; Sieveking 1922: 14-15; Weber 2015.
392 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 16-19; Ochsenbein 1971: 112-113, Sieveking 1922: 12.
393 Am 5. Juni 1915 teilte beispielsweise die britische Armee der Firma Nestlé mit, dass Kondensmilch in Zukunft zur Notration britischer Soldaten gehören werde. Vgl. dazu: Fenner 2008: 324; Rossfeld 2007: 136-137.
394 Vgl. Sieveking 1922: 12.
395 Käppeli, Riesen 1925: 14.
396 I. Neutralitätsbericht des Bundesrates: 717.
397 Beilage zur Berner Tagwacht, 01.08.1914: [Blatt 1].
398 Vgl. Berner Tagwacht, 15.08.1914: [Blatt 2]. Siehe dazu auch Kapitel 3.4.

Nebst den Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Zufuhr durch die Bundesbehörden galt ein weiteres Augenmerk der rationellen Verwendung und Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Zu diesem Zweck wurden weitere bundesrätliche Weisungen an die Kantone erlassen. Zum Beispiel wurden sämtliche Mühlen des Landes angehalten, künftig nur noch Vollmehl herzustellen, welches einen umfangreicheren Ausmahlungsgrad des Getreides zulässt und die Mahlabfälle reduziert.[399] Ebenso wurde entschieden, die Destillation von Kartoffeln für die Schnapsproduktion 1914/1915 auszusetzen.[400]

Die Steigerung des Getreide- und Gemüseanbaus gehörte ebenfalls ins Pflichtenheft des Bundes, allerdings wurde dieser Aspekt in den ersten beiden Kriegsjahren weitgehend vernachlässigt.[401]

Da insbesondere Milchprodukte ein wichtiges Exportgut in den Jahren 1914-1916 für die notwendigen Kompensationsgeschäfte darstellte, und gleichzeitig die Trinkmilch aufgrund der Quersubventionierungen durch die Käseunion zu einem günstig zu erstehenden Grundnahrungsmittel für städtische Konsumenten geworden war, stand insbesondere die Milchproduktion im Fokus der kriegswirtschaftlichen Versorgungslogik, während eine Ausweitung des Getreidehandels noch nicht auf der Prioritätenliste der behördlichen Agenda stand. Die Milchproduktion entwickelte sich nicht zuletzt aufgrund der Etablierung der Käseunion zu einem wesentlichen Standbein der schweizerischen Versorgungspolitik in den Anfangsjahren des Ersten Weltkriegs.[402]

Die Milchproduktion als Basis des Versorgungssystems sollte das Problem der Versorgung aber nicht nachhaltig lösen können. Stattdessen wurde durch die Fokussierung auf den Kompensationshandel und auf die Versorgung der Bevölkerung mit günstiger Milch und Milchprodukten sowie auf die dafür erforderliche Milchproduktion die Störungsanfälligkeit des Versorgungssystems zusätzlich verschärft und die Suche nach alternativen Versorgungsansätzen letztlich sogar verzögert.

Von 1914-1916 war das auf der Milchproduktion basierende Versorgungssystem noch keinen grösseren Störungen ausgesetzt, auch wenn die Kraftfutterimporte aus dem Ausland seit Beginn des Kriegs eingebrochen waren (siehe Grafik 2). Dennoch schien das System in den ersten Kriegsjahren eine praktikable Kriegswirtschaftsmassnahme darzustellen.

Als jedoch 1915 durch den akzentuierten Rückgang von Kraftfutter die Milchproduktion immer stärker gestört wurde und sich 1916 witterungsbedingte[403] Produktionsausfälle und die Verschärfung des Wirtschaftskriegs dazugesellten, offenbarte sich die Instabilität des Versorgungsprinzips, das auf einer einseitigen Vorkriegshandelslogik basiert hatte.

---

399 I. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1914: 719.
400 I. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1914: 725.
401 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 12.
402 Vgl. Brodbeck 2005: 184-191.
403 Eine ausführliche Darstellung zur Witterung in der Schweiz während den Jahren 1916 und 1917 finden sich bei Aeby 2009 und Pfister 2016a.

3.2 1916-1918: Nahrungsmittelengpässe zeichnen sich ab

Die etablierte Versorgungsstrategie erhielt ab 1916 deutliche Risse. Witterungselemente hatten negative Auswirkungen auf die Schweizer Getreide- und Kartoffelernten sowie auf die Milchproduktion und verursachten damit eine Verschärfung des Wirtschaftskriegs. Witterungseinflüsse hatten nicht nur in der Schweiz zu Ernteeinbussen geführt, sondern auch Regionen des amerikanischen Kontinents (insbesondere der Nordwesten der USA, das kanadische Manitoba und Argentinien) hatten mit witterungsbedingten Ernteausfällen zu kämpfen.[404] Insbesondere die USA, Kanada und Argentinien waren wichtige Getreidelieferanten der Schweiz, die nun Lieferengpässe auszuweisen hatten. Aus diesem Grund musste die bisherige Versorgungsstrategie zwangsläufig schrittweise aufgegeben werden.

3.2.1 Einbruch in der schweizerischen Milchproduktion als Auftakt der Krisenphase

Während die Zulieferung von Getreide in den ersten beiden Kriegsjahren relativ gut funktioniert hatte, war die Zulieferung an landwirtschaftlichen Hilfsstoffen aber bereits 1915 stark rückläufig.[405] (Siehe Grafik 2) Dieser Rückgang verursachte unvermeidlich erschwerte Bedingungen für die inländische Milchproduktion. Denn nur Kühe, welche regelmässig kalben und über eine ausreichend proteinreiche Nahrung verfügen, können Milch geben.[406] Die Milchleistung und die Fleischbildung nimmt mit einer eisweissreichen Nahrung überproportional zu, während sie bei einer Verschlechterung der Ernährung genauso überproportional abnimmt.[407]

Der Rückgang von Kraftfutter[408] sorgte daher im Bereich der Milchproduktion für Probleme.[409] In den Jahren 1914 und 1915 konnte dieser Rückgang durch die Weide im Sommer und eine umfangreiche Heufütterung in Wintermonaten vorerst kompensiert werden. Als 1916 und 1917 aber Witterungseinflüsse die Weidezeit der Kühe erheblich verzögerten, die zu feuchte Witterung eine qualitativ ausreichende Heutrocknung[410] verhinderte und auch die Zufuhr von Heu aus dem

---

404 Vgl. Jeker 2007; Segesser 2016: 36-40.

405 Vgl. Baumann 1993: 293-295; Käppeli, Riesen 1925: 13.

406 Zur Milchproduktion und Milchleistung von Kühen und dem Zusammenhang zur Fütterung vgl. Aeby 2009: 126-131; Pfister 1988 Bd. 2: 38; Pfister 2016a: 64-67.

407 Vgl. Pfister 2016a: 67.

408 Kraftfutter ist eine Form von eiweisshaltigem Ergänzungsfutter zum Raufutter, dass oftmals aus Müllerei- und Destillerieprozessen von Kartoffeln (Schlempe) gewonnen werden konnte. Vgl. Aeby 2009: 127-131.

409 Vgl. Eidgenössisches Zolldepartement 1916: 33.

410 Das für die Fütterung der Tiere wichtige Heu konnte aufgrund des feuchten Wetters nicht ausreichend getrocknet werden und verfaulte oftmals, bevor es den Tieren als Nahrung verabreicht werden konnte. Wo die Tiere aber verfaultes Heu zu sich nahmen, fiel die Milchproduktion rapide ab. Ferner verhinderten die wiederkehrenden Kälteeinbrüche und die lange Schneedeckung, dass die Tiere, wie sonst üblich, im Frühjahr rechtzeitig auf die Weide getrieben werden konnte. Vgl. Aeby 2009: 126-136.

Ausland rückläufig war, setzte eine Kettenreaktion ein, welche für starke Einbussen in der schweizerischen Milchproduktion sorgte.[411]

Infolge dieses Rückgangs drohte sowohl der Kompensationshandel, als auch die Inlandversorgung mit Trinkmilch zu kollabieren. Der Bundesrat sah sich im November 1915 dazu gezwungen, die Weiterverarbeitung von Milch zu beschränken, um wenigstens die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkmilch aufrecht erhalten zu können.[412] Diese Massnahme hatte zur Folge, dass der Kondensmilch-, Schokolade- und Käseexport einbrach. (siehe Grafik 1) Die Gewinne der Käseunion, die ja zur Quersubventionierung des tiefen Milchpreises im Inland Verwendung fanden, waren darauf ebenfalls rückläufig. Das Quersubventionierungssystem funktionierte damit nicht länger, was wiederum die Inlandmilch zu verteuern drohte.[413] Während die anderen Nahrungsmittelpreise kontinuierlich stiegen, war der Milchpreis in der Schweiz lange unter dem Weltmarktniveau geblieben. Milch war somit eines der erschwinglichsten Nahrungsmittel, weshalb die Nachfrage kontinuierlich anstieg, während die Produktion immer stärker zurückging. Eine Erhöhung des Milchpreises schien unumgänglich und wurde seit den wachsenden Produktionskosten ab Herbst 1916 vonseiten der Milchproduzenten auch mit Nachdruck eingefordert. Der Milchpreis entwickelte sich darum zu einem Politikum mit sozialer Sprengkraft.[414]

Die Schwierigkeiten in der Milchproduktion offenbarten spätestens ab Herbst 1916 die Störanfälligkeit der Versorgungspolitik der Jahre 1914-1916. [415] Die auf der Milchproduktion basierende Versorgungspolitik konnte ab 1916 somit nicht mehr aufrechterhalten werden.

---

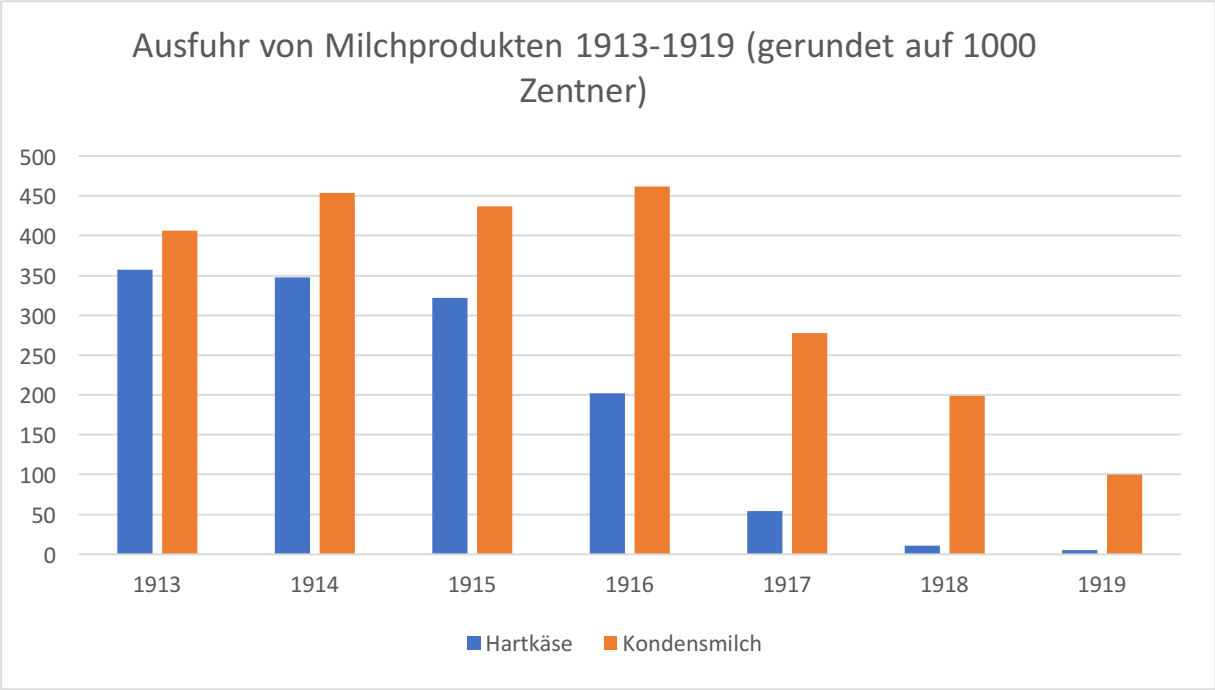
411 Vgl. Fenner 2008: 325.

412 Vgl. Fenner 2008: 325; Käppeli, Riesen 1925: 50. Diese Prozesse liefen aber nicht konfliktfrei ab, und einige Milchbauern versuchten, sich der Kontrolle der Käseunion zu entziehen und verkauften ihre Milch an wilde Milchsiedereien über den Schwarzmarkt. Damit entzogen sie die erzielten Gewinne dem Quersubventionierungssystems und wirtschafteten stattdessen in die eigenen Taschen. Zum Problem des illegalen Milchverkaufs auf dem Schwarzmarkt vgl. Burkhard 2012: 80-82.

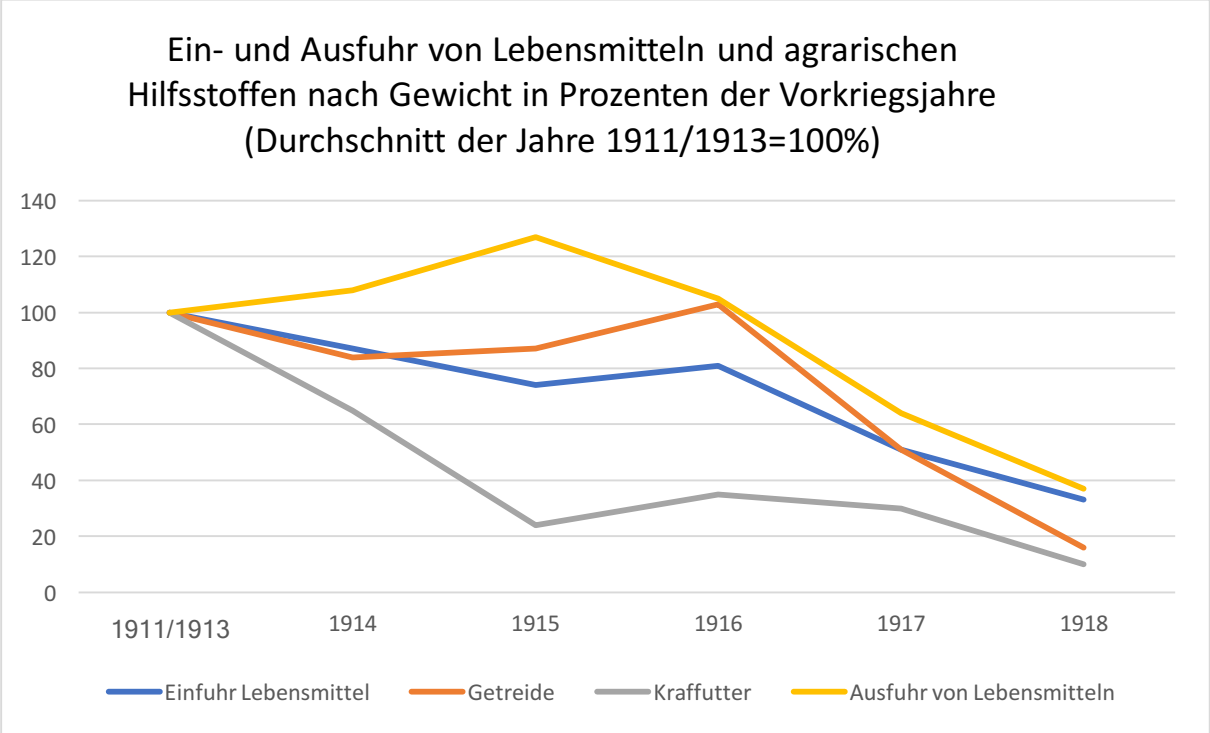
413 Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen vom 09.03.1917. In: Bundesblatt 1/11 (1917): 340-342 [Fortan: VI. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1917].

414 Siehe Kapitel 3.4.

415 Eine ausführliche Untersuchung zu den witterungsbedingten Einflüssen auf die Missernten in der Schweiz in den Jahren 1916 und 1917 findet sich bei Aeby: Vgl. Aeby 2009. Eine erweiterte Synthese der Arbeit von Aeby, welche die Missernten mit dem Nahrungsengpass in der Schweiz in den Jahren 1917 und 1918 in Zusammenhang stellt, hat zudem Pfister vorgelegt: Vgl. Pfister 2016a: 57-81.



Grafik 1: Ausfuhr von Milchprodukten 1913-1919 (gerundet auf 1000 Zentner). Quellenbasis für diese selbsterstellte Grafik aus: Ruchti 1930: 200,204.



Grafik 2: Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln und agrarischen Hilfsstoffen nach Gewicht in Prozent der Vorkriegsjahre (Durchschnitt von 1911/1913 = 100%). Quellenbasis für diese selbsterstellte Grafik aus: Baumann 1993: 294.

3.2.2 Baisse beim Getreideimport ab 1916

Ab 1916 brach auch der Getreideimport ein. (siehe Grafik 2) Es wäre aber verfehlt, für diesen Rückgang einzig die Schwierigkeiten im Kompensationshandels auszumachen. Viel eher lag die Ursache bei einem weltweiten Rückgang der Getreideproduktion und somit in der mangelnden Verfügbarkeit dieses Produkts.

Ferner limitierten Handelsblockaden und Frontverläufe die üblichen Handelsrouten, sodass 1914-1918 sich deutlich weniger Länder am Handel beteiligten als vor dem Krieg. So war 1915 der Getreideimport aus Osteuropa und Russland zum Erliegen gekommen, und die Schweiz war deshalb fortan hauptsächlich auf die Lieferung von Getreide aus Nord- und Südamerika angewiesen, wobei sich die Vereinigten Staaten als wichtigster Handelspartner etablierten.[416] Nun erlitten 1916 und 1917 aber nicht nur die europäischen Staaten Ernteausfälle, sondern auch Argentinien, Kanada und die Vereinigten Staaten waren betroffen. Dort ging die Produktion zu Beginn des Kriegs zurück, weil sich die Migration aus Europa abschwächte und damit die Zahl der Arbeitskräfte reduzierte. Hinzu kamen 1916 dann witterungsbedingte Ernteausfälle und Insektenplagen, was für einen starken Rückgang der Getreideproduktion auf dem amerikanischen Kontinent sorgte.[417]

Dieser Rückgang des amerikanischen Getreideangebots und die Baisse in der schweizerischen Milchproduktion, die wiederum einen Rückgang des Export Milchprodukteexports verursachte, führte bezüglich des Kompensationshandels mit den kriegführenden Mächten zu einer *Lose-Lose-Situation*, die schliesslich noch von Verschärfungen im Wirtschaftskrieg ab 1916 begleitet wurden.

3.2.3 Verschärfungen des Wirtschaftskriegs ab 1916

Die Situation für die neutralen Staaten spitzte sich 1917 stark zu. Denn bereits seit dem Frühjahr 1915 kursierte in Frankreich der Wunsch, mit den neutralen Staaten (Belgien, Holland und die Schweiz) enger zusammenzurücken und so die Mittelmächte wirtschaftlich weiter zu isolieren.[418] An der Pariser Wirtschaftskonferenz vom 13.-17. Juni 1916 wurden Massnahmen aufgegleist, welche einen stärkeren Zugriff der Entente auf die Ressourcen neutraler Staaten erlaubten und diesen Zugriff den Mittelmächten gleichzeitig verwehren sollten. Dazu wurden die Kontrollen

---

416 Vgl. Lüthi 1997: 28-29; Eidgenössisches Zolldepartement 1920: 37; Weber 2016: 42.

417 Vgl. Segesser 2016: 36-38. Ein Grund für die Entwicklung dieser globalen Witterungslage, welche Missernten über den ganzen Erdball in Jahren 1916 und 1917 in Erscheinung treten liess, konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden. Es ist kein Vulkanausbruch verzeichnet, der ähnliche Phänomene hervorgebracht haben könnte, wie beispielsweise beim Ausbruch des Tambora in Indonesien rund hundert Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Zum Ausbruch des Tambora und dem darauffolgenden Jahr ohne Sommer 1817 vgl. Krämer 2015. Jeker fragte 2007 nach den Bedingungen für Witterungseinflüsse auf die Landwirtschaften Europas und wichtiger Exportländer während des Ersten Weltkriegs. Er vermutete einen Zusammenhang mit dem Klimaphänomen «El Niño» bzw. «La Niña», konnte dies in seiner Arbeit aber nicht bestätigen. Vgl. Jeker 2007.

418 Vgl. Segesser 2016: 40.

des Handels mit den neutralen Staaten verschärft, um deren Handel mit den Mittelmächten zu erschweren.[419]

Die deutsche Regierung ihrerseits hatte wiederum die Verletzlichkeit Grossbritanniens im Hinblick auf die Ernteeinbussen in den Dominions erkannt und witterte die Chance, den Spiess durch einen umfassenden U-Boot-Krieg umdrehen zu können und Grossbritannien von der Getreideversorgung abzuschneiden. Per Januar 1917 ging die deutsche Regierung dazu über, den U-Boot-Krieg auszuweiten. Infolge dessen wurde die Zufuhr von Getreide vom amerikanischen Kontinent nach Europa noch weiter erschwert, was letztlich auch die Getreidelieferungen an die Schweiz betraf.[420]

Als Antwort auf den U-Boot-Krieg des Deutschen Reiches traten die USA am 6. April 1917 an der Seite der Entente in den Ersten Weltkrieg ein. Der spätere US-Präsident Herbert Hoover erklärte, dass der Krieg nun in eine neue Phase trete, in der die Nahrungsmittelversorgung im Zentrum der Strategie stehen werde - auch für neutrale Staaten.[421]

3.2.4 Versorgungssicherheit oder Neutralität – Die Schweiz in der Zwickmühle

Die Schweiz bekam die Konsequenzen des verschärften Wirtschaftskriegs immer stärker zu spüren. So wurde beispielsweise im Februar 1918 der spanische Dampfer «Sardinero» vor der Küste Marokkos von einem deutschen U-Boot versenkt. Das Transportschiff hatte 2'900 Tonnen Getreide für die Schweiz geladen.[422] Die deutsche Regierung sicherte der Schweiz für die Versenkung des spanischen Dampfers zwar Schadensersatz zu, die Episode zeigte aber, wie schwierig sich der Transport von Getreide aus Übersee in die Schweiz nun gestaltete. Es war kaum Frachtraum zu bekommen, da dieser entweder nicht vorhanden oder viel zu teuer war. So blieb Getreide, das von der Schweiz bereits gekauft war, oftmals in den Exportländern liegen, da entsprechende Transportmöglichkeiten fehlten.[423]

Es gab zudem innerhalb der deutschen Regierung Stimmen, welche aufgrund des ausgedehnten U-Boot-Kriegs ein Überlaufen der neutralen Staaten zur Entente befürchteten.[424] Achsenmächte und Entente waren deshalb sehr bemüht, die Unterstützung der Bevölkerung im neutralen Ausland für sich zu gewinnen, und eine Verschärfung der Versorgungslage aufgrund militärischer Interventionen konnte diesem Ansinnen nur zuwiderlaufen. Aus diesem Grund war die deutsche Regierung darauf angewiesen, die neutralen Staaten besänftigen zu können. Die Eroberung Ru-

---

419 Vgl. Soutou 1989.

420 Vgl. Segesser 2016: 38.

421 Vgl. Pfister 2016a: 58.

422 Vgl. Ruchti 1930: 190.

423 Im Frühjahr 1918 lagerten beispielsweise in Argentinien rund 100'000 Tonnen Weizen, die für die Schweiz bestimmt waren, wofür aber kein Schiffsraum organisiert werden konnte. Vgl. Ruchti 1930: 190.

424 Vgl. Segesser 2016: 48, Weber 2016: 43.

mäniens durch die Mittelmächte im Winter 1916/1917 ermöglichte dem Deutschen Reich, durch den Eroberungszug beschlagnahmte Getreidevorräte aus rumänischen Speichern den neutralen Staaten zur Linderung ihrer Versorgungsprobleme anzubieten. Da die Situation für die Schweiz ab 1917 immer ernster wurde, interessierte man sich in Bern für das deutsche Angebot. Das Deutsche Reich beanspruchte allerdings die in Rumänien erbeuteten Getreidevorräte schliesslich für sich selbst, bot der Schweiz aber an, Getreideanbauflächen in Rumänien zur Verfügung zu stellen, um die bereits geplante Ausdehnung des schweizerischen Anbaus auch auf ausländischem Boden realisieren zu können. Die Schweiz hätte um die Bebauung des Landes besorgt sein müssen, was in Anbetracht der Situation im eigenen Land jedoch kaum realistisch erschien. So wurde nach einer Unterredung zwischen diplomatischen Unterhändlern auch die Möglichkeit eines Anbauplans, der den Einbezug von lokalen Arbeitskräften unter Zwang vorsah, diskutiert. Die Schweizer Behörden waren sich bewusst, dass dieses Ansinnen neutralitätspolitisch heikel war. Allerdings war die Angst gross, bald von Getreideimporten völlig abgeschottet zu werden, sodass die Möglichkeit des Anbaus auf rumänischem Boden zumindest in Erwägung gezogen wurde. Aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen den Bündnispartnern Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich sowie von weiteren Realisierungsschwierigkeiten sah man dann allerdings von diesem Projekt ab.[425]

Nach dieser Episode kettete sich die Schweiz in Hinblick auf die wirtschaftliche Versorgung enger an die Entente und die USA, ohne jedoch die Neutralität formal aufzugeben.[426]

3.2.5 Bedrohliche Situation auf dem schweizerischen Lebensmittelmarkt und geplante Umstellung der Ernährung

Die Erwägung, das oben beschriebene Projekt zur Getreideproduktion in Rumänien zu verfolgen, kann als Ausdruck dafür gewertet werden, dass die Schweizer Regierung ab 1917 verzweifelt auf der Suche nach alternativen Versorgungsmöglichkeiten gewesen war. «Die Verschlimmerung der Versorgungsmöglichkeiten drängte allmählich zu den äussersten Schritten»[427], so das Fazit von Josef Käppeli in seiner Rückschau über die Ernährungssituation ab 1917. Die Situation auf dem Lebensmittelmarkt hatte sich merklich verschärft. Teuerungsdemonstrationen und erhebliche Rückgänge bei den verfügbaren Lebensmitteln drohten, das soziale Gefüge zum Einsturz zu bringen, und auf Regierungsebene erachtete man die Versorgungslage als „ernst“[428].

---

425 Vgl. Weber 2016: 43-47.

426 Vgl. Weber 2016: 47.

427 Käppeli, Riesen 1925: 47.

428 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen vom 24.05.1917. In: Bundesblatt 3/22 (1917): 243. [Fortan: VII. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1917]

In der Tat hatte sich die Anzahl der täglich zur Verfügung stehenden Kalorien vermindert: Während vor dem Krieg ein durchschnittlicher Tagessatz von 4031 Kalorien zum Konsum zur Verfügung stand, hatte sich dieser am Ende des Kriegs auf 2789 Kalorien verringert.[429]

Die Teuerung hatte zu einem Rückgang des Lebensmittelkonsums geführt. Neben den (kriegs-) wirtschaftlichen Einflüssen habe aber auch das Festhalten an einer «einseitigen Ernährungsweise der weitesten Volksschichten»[430] zur Teuerung beigetragen, so die Feststellung des Arztes J.B. Cathomas aus St. Gallen. Er klärte in einem Referat über die ernährungsphysiologischen Prozesse auf und votierte für eine Umstellung der Ernährung, sowohl um der Teuerung zu entgehen als auch um eine gesündere Ernährungsweise zu etablieren.

Die Forderung nach einer Umstellung der Ernährung war nicht alleine dem Krieg und der damit verbundenen Teuerung und der Suche nach Nahrungsmittelsurrogaten geschuldet, sondern reihte sich in eine szientistisch-rationalistische Entwicklung ein, welche die Ernährung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert «zunehmend in das Gravitationsfeld der Ernährungswissenschaften»[431] eingliederte. Die Entdeckung ernährungsphysiologischer Grundlagen hatte zu einer Reformbewegung geführt, welche gesundheitliche Aspekte mit den Essgewohnheiten der Bevölkerung zu vereinen suchte.[432] Forderungen nach einer fleisch- und fettärmeren Ernährung waren seit Ende des 19. Jahrhunderts im Umlauf und gaben einem Teil der Lebensreformbewegung, die sich dem Vegetarismus verschrieben hatte, Aufschwung.

Der Krieg und die damit einhergegangene beschränkte Verfügbarkeit von Lebensmitteln wirkte schliesslich als Katalysator für eine Ernährungsumstellung. Die massive Teuerung bei Fleisch und Getreide ab dem Sommer 1916 veranlasste die Menschen, sich nach alternativen Ernährungswegen umzusehen. Gesundheitliche Aspekte standen dabei kaum in Vordergrund: Es ging schlicht darum, welche Nahrungsmittel denn zur Verfügung standen und einigermassen erschwinglich waren.

Insbesondere die Kartoffel sollte in diesem Zusammenhang zu einem wichtigen Kalorienspender avancieren, da sie von allen Feldfrüchten den höchsten Nährstoffwert pro Flächeneinheit zur Verfügung stellen kann[433], denn auch die Versorgung mit Kartoffeln erwies sich keineswegs als problemlos. Die Einfuhr von Kartoffeln, die auch in den exportierenden Ländern zu einem wichtigen Nährstofflieferanten geworden war und aus diesem Grund nicht mehr in gleichem Umfang wie vor dem Krieg den Weg in Export fand, war ebenfalls rückläufig. Am 11. August 1916 wurde

429 Vgl. Schneider 1919: 12.
430 Cathomas 1916: 4.
431 Tanner 2017.
432 Vgl. Hirschfelder 2001: 194; Tanner 2017.
433 Vgl. Aeby 2009: 105-106.

eine Zentralstelle für die Verteilung von importierten Kartoffeln durch den Bund geschaffen, allerdings gab es nicht viel zu verteilen.[434]

Gleichzeitig stand die inländische Ernte unter einem schlechten Stern. Die Kartoffel gehört zu den sogenannten Hackfrüchten, welche in der Schweiz aufgrund der Häufigkeit von Sommergewittern nicht optimal gedeihen und einen hohen Düngerbedarf und Arbeitsaufwand bedingen.[435] Es erstaunt deshalb nicht, dass die Kartoffelproduktion in der Schweiz während des Kriegs hinter den sonst üblichen Erträgen zurückblieb. 1916 war zudem ein besonders schlechtes Produktionsjahr für Kartoffeln, nach Angaben des Schweizerischen Bauernsekretariates beliefen sich die Ernteerträge im Durchschnitt auf 37% der durchschnittlichen Vorjahreserträge.[436] Doch nicht nur die schlechte Ernte sollte sich als fatal erweisen, sondern insbesondere die Tatsache, dass die Kartoffeln, die aufgrund der feuchten Witterung bereits im Sommer 1916 von schlechter Qualität waren, auf suboptimale Lagerbedingungen trafen, welche eine Vermehrung von Kartoffelkrankheiten begünstigten.[437] Somit war auch die Versorgung mit Kartoffeln im Winter 1916/1917 stark reduziert.

Eine einfache Umstellung der Bevölkerung auf eine alternative Ernährungsweise konnte also auch nicht die Lösung des Problems sein. Ab Winter 1916/1917 sah sich nämlich die Schweizer Bevölkerung einer merklichen Verknappung des gesamten Nahrungsmittelangebots ausgeliefert. Der Klima- und Umwelthistoriker Christian Pfister geht davon aus, dass ein völliger Zusammenbruch der Grundversorgung mit Brot und Kartoffeln in den letzten beiden Kriegsjahren nur deswegen vermieden werde konnte, weil die «Versorgungsengpässe der verschiedenen Nahrungsmittel zeitlich alternierten»[438]. Die Versorgung mit Kartoffeln und Milch kam im Herbst 1916 und im Winter 1916/1917 ins Schleudern, während im Frühjahr 1918 die Milch und im Sommer 1918 das Getreide knapp wurde.[439] Teuerung und Nahrungsmittelverknappung im Ersten Weltkrieg resultieren für Pfister aus «einem fatalen Zusammenspiel von natürlichen und anthropogenen Faktoren»[440].

Das Zusammentreffen dieser Faktoren setzte die Schweiz in den Jahren 1917/1918 einer Ernährungskrise aus und stellte die bisherige Versorgungsstrategie der Regierung in Frage gestellt. Entsprechend waren die Behörden gefordert, neue Bewältigungsstrategien zu finden.

---

434 Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen vom 09.09.1916. In: Bundesblatt 3/37 (1916): 564-565 [Fortan IV. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1916]

435 Vgl. Aeby 2009: 107-108.

436 Vgl. Pfister 2016a: 69.

437 Vgl. Aeby 2009: 109-120; Pfister 2016a: 70.

438 Pfister 2016a: 77.

439 Vgl. Pfister 2016a: 77.

440 Pfister 2016a: 77.

3.3 1917-1918: Anpassung der Massnahmen bei den Behörden

Während die Importe schrumpften, wuchs bei den Behörden die Einsicht, dass die inländische Produktion wieder angekurbelt werden musste. Mittels einer Steigerung der Selbstversorgung sollten die ausbleibenden Importe kompensiert werden. 1917 hielt der Bundesrat in seinem Neutralitätsbericht fest:

> «Die vermehrte Unsicherheit der Nahrungsmittelzufuhr aus den überseeischen Staaten als Folge des verschärften Unterseebootkriegs verweist unser Land immer mehr auf die Selbstversorgung. Es muss alles aufgeboten werden, um die Nahrungsmittelproduktion im Lande zu heben».[441]

3.3.1 Hebung der inländischen Nahrungsmittelproduktion ab Winter 1916/1917

Am 4. Dezember 1916 ordnete die Regierung die Ausweitung der Anbauflächen für Kartoffeln sowie der Kartoffelvorräte an. Angesichts der angespannten Versorgungslage fand am 1. Februar 1917 eine Konferenz statt, an welcher die Möglichkeiten eines inländischen Mehranbaus diskutiert wurden.[442] Dieser Strategiewandel führte zu einer Reihe von bundesrätlichen Beschlüssen, welche die Hebung der inländischen Lebensmittelproduktion zum Gegenstand hatten.
Ein erstes Kreisschreiben des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements an die kantonalen Behörden vom 16. Februar 1917 verordnete die Anhebung der landwirtschaftlichen Produktion insgesamt. Darin wurde konstatiert:

> «Die Notwendigkeit, alle verfügbaren Kräfte und Mittel in den Dienst der Lebensmittelversorgung des Schweizervolkes zu stellen, ergibt sich aus der derzeitigen wirtschaftlichen Lage unseres Landes und bedarf keiner weiteren Begründung. Es ist heute jedermanns Pflicht, nichts zu unterlassen und alles zu tun, was geeignet ist, dem vaterländischen Boden eine möglichst grosse Menge von für den Lebensunterhalt geeigneten Erzeugnissen abzuringen.»[443]

Die Bundesbehörden hatten die Dringlichkeit der Lage also erkannt und versuchten nun, die inländischen Kräfte für die Steigerung der Lebensmittelproduktion zu mobilisieren. Während vor dem Kreisschreiben vereinzelt zaghafte Appelle an die Bevölkerung zur Ausweitung der Selbstversorgung im Sinne einer freiwilligen individuellen Massnahme ergangen waren, ermächtigte der

---

441 VI. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1917: 347.
442 Vgl. Wipf 2016: 198-199.
443 Kreisschreiben des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartementes an die Kantonsregierungen vom 16.02.1917. In: Bundesblatt 1/08 (1917): 94. [Fortan: Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917]

Bundesrat die kantonalen Regierungen nun zu umfassenderen Massnahmen, welche auf einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Versorgungspolitik abzielten. Importorientierte Massnahmen wurden zwar nicht aufgegeben, solange sich hinsichtlich der Importe aber keine Besserung abzeichnete, wurden diese zugunsten einer Vermehrung der inländischen Produktion hintangestellt.

Ab 1917 setzten die Bundesbehörden also vermehrt auf Massnahmen, welche die Unabhängigkeit des Landes von den globalen Lebensmittelmärkten stärken sollten. Das Volkswirtschaftsdepartment fasste die Lage im Februar 1917 wie folgt zusammen:

> «Je länger der Krieg andauert, umso mehr drängt sich für uns die Selbstversorgung als Forderung für den einzelnen Haushalt und zugleich als nationale Notwendigkeit in den Vordergrund. Die Eigenversorgung wird das Merkzeichen für das Kriegsjahr 1917 sein, selbst für den günstigsten Fall, dass es uns den längst ersehnten Weltfrieden bringen sollte.»[444]

Die Bestrebungen zur partiellen Selbstversorgung individueller Haushalte, wie sie beispielsweise im Kleingartenwesen[445] bereits angestrebt wurden, sollten also ebenso von staatlicher Seite Unterstützung finden, wie beispielsweise grössere kollektive Projekte zur Förderung der Lebensmittelproduktion.

Während individuelle Bestrebungen bereits vor dem Auftreten der Krise auf freiwilliger Basis erfolgten und in Form von städtischen Pflanzplätzen vereinzelten Familien eine Linderung des Teuerungsdrucks gebracht hatten, trugen die behördlichen Bestrebungen zur Annäherung an die möglichst unabhängige Versorgung des Landes mit Lebensmitteln nun verstärkt den Charakter staatlicher Zwangsmassnahmen. [446] Es sollten nun wirklich alle verfügbaren Kräfte (Personen wie Hilfsmittel) in den Dienst der Lebensmittelproduktion gestellt werden. Dass die Bundesbehörden nicht weiter dem Paradigma einer möglichst liberalen Politik folgen konnte, zeigte folgende Aussage Josef Käppelis: «Das Recht auf Nahrung bedingt heute mehr denn je auch die Pflicht zur produktiven Arbeit.»[447] So verlor die Kleingartenbewegung ihren autonomen Status, der sich vor

---

444 Schweizerisches Volkswirtschaftsdepartement 1917: 3.

445 Siehe Kapitel 4.2.

446 Gudermann unterscheidet zwischen individuellen Selbstversorgungsmassnahmen, wie sie in der Gartenbewegung vereinzelt realisiert worden waren, und die die Selbsthilfe des Einzelnen ins Zentrum des Handelns stellen, und kollektiven Ansätzen, welche beabsichtigen, die nationale landwirtschaftliche Produktion von global arbeitsteiligen Prozessen unabhängiger oder gänzlich autark zu gestalten. Im zweiten Fall muss das Handeln von einem Kollektiv ausgehen, meistens aufgrund staatlicher Eingriffe. Inhaltlich unterscheidet Gudermann zwischen einem individuellen Handeln, das auf eine grösstmögliche Autonomie von Lebensmittelmärkten ausgerichtet ist, und einem kollektiven Handeln, dass sich im kollektiven Verbund arbeitsteilig organisiert, aber das Ziel verfolgt, den kollektiven Verbund möglichst autark zu gestalten. Vgl. Gudermann 2003: 376.

447 Protokoll der Konferenz der Abgeordneten der kantonalen Regierungen und des Schweizerischen Bauernverbandes betreffend Förderung der Lebensmittelproduktion vom 15./16. 02. 1918 in Bern. In: Landwirtschaftliches Jahrbuch der Schweiz 1918: 140. [Fortan: Protokoll zur Förderung der Lebensmittelproduktion 1918]

allem auch durch die freiwillige Möglichkeit ausgezeichnet hatte, an der Selbstversorgung zu partizipieren und wurde nun in den Dienst einer kollektiven Bestrebung um eine vom Weltmarkt möglichst unabhängigen nationalen Selbstversorgung gestellt.

Diese neue Ausrichtung sollte aber nicht als totale Abkehr von der bisherigen global ausgerichteten Landwirtschaftspolitik verstanden werden. Vielmehr zwang die Not der Stunde zur temporären Abkehr vom globalen System. Die Versorgung der eigenen Bevölkerung stand dabei klar im Fokus der Schweizer Regierung, wobei die sich auf globaler Ebene ständig zuspitzende Wirtschaftslage es den Behörden auch nicht erlaubte, langfristig zu planen. Vielmehr waren sie gezwungen, auf die Herausforderungen des Moments so gut wie möglich zu reagieren. So kann auch die Entscheidung der Regierung, ab Winter 1916/1917 vermehrt auf die inländische Produktion zu setzen, als reaktives Verhalten der Bundesverwaltung verstanden werden, die stets den «Anforderungen des Augenblicks» gehorchte.[448] Während dieses reaktive Verhalten der Bundesbehörden der Entwicklung stets etwas hinterherhinkte, ermöglichte diese Phase jedoch die Öffnung in der Suche nach adäquaten Bewältigungsstrategien, welche auch strukturelle Weichenstellungen in den Blick nehmen sollten. Diese Phase kann somit als Ausdruck eines fundamentalen Lernprozesses[449] verstanden werden.

3.3.2 Versorgung als Problem der Produktion: eine neue Sichtweise

Während die Wahrnehmung der Lebensmittel-Versorgung als Verkehrsproblem eine traditionelle Sicht aus dem 19. Jahrhundert mit seinen global arbeitsteiligen Märkten repräsentierte, wiesen die plötzlich und eilig getroffenen Massnahmen zur Hebung der inländischen Produktion darauf hin, dass diese Regeln des 19. Jahrhunderts der Problemlösung nicht länger griffen und man sich nun prinzipiell auf die Suche nach alternativen Lösung machen musste, da keine erprobten Massnahmen mehr zur Verfügung standen. Parallel zu dieser Erkenntnis stellte sich auch ein Vertrauensverlust in das vermeintliche Funktionieren eines globalen Marktes ein. War die Versorgung des Landes leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden, indem man sich ausschliesslich auf Importe verlassen hatte? Jedenfalls waren die Behörden durch die Erfahrung des Lebensmittelmangels in den Jahren 1917-1918 vorsichtiger geworden und diese Skepsis sollte auch nach Kriegsende nachwirken und nachhaltigen Einfluss auf die agrarpolitische Entwicklung der Schweiz nehmen.[450]

---

448 Vgl. Lüthi 1997: 60,77,79; Wipf 2016: 208.

449 Vgl. Siegenthaler 2012: 33-34.

450 Peter Moser spricht in diesem Zusammenhang von einem Paradigmenwechsel der Agrarpolitik nach der Kriserfahrung, der sich darin manifestierte, dass die Agrarpolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz vermehrt als *Service public* begriffen und entsprechend ausgerichtet wurde. Die Landwirtschaft sollte langfristig in den Dienst der Ernährungssicherheit der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung gestellt werden. Die Ernährungskrise in den Jahren 1917-1918, die zunehmende staatliche Einflussnahme während der letzten beiden Jah-

Selbst nach dem Friedensschluss der kriegführenden Mächte beabsichtigte das Volkswirtschaftsdepartement, die Massnahmen zur Selbstversorgung bis auf weiteres aufrecht zu erhalten. Zu unsicher präsentierte sich der Weltmarkt unmittelbar nach dem Kriegsende, als dass sogleich wieder auf ein reibungsloses Funktionieren des globalen Handels gesetzt werden könnte. «Überraschungen und Enttäuschungen [im Import seien] nicht ausgeschlossen»[451], resümierte das Volkswirtschaftsdepartement im Kreisschreiben vom 21. Februar 1919.

Diese kommunizierte Unsicherheit weist darauf hin, dass die schmerzlichen Erfahrungen sich in die Erinnerung der Akteure eingeprägt hatten und veranlassten, anders zu handeln als vor und bei Kriegsausbruch. Die Unsicherheit hatte sich im Bewusstsein der verantwortlichen Behörden festgesetzt und entsprechend sahen sie sich mit einer Situation konfrontiert, in der die alten Ordnungen und Regeln aufgehoben zu sein schienen, während neue Orientierungspunkte noch nicht etabliert waren. Die Behörden waren gewissermassen zu experimentellem Handeln gezwungen worden, um den Herausforderungen der Zeit gerecht werden zu können.

Vor dem Hintergrund der Lagerungsschwierigkeiten von Kartoffeln im Herbst und Winter 1916/1917 baten die Behörden die Bevölkerung beispielsweise um Anregungen zur Aufbewahrung und Haltbarmachtung von Feldfrüchten.[452] Dieser explizit geforderte Austausch mit der Bevölkerung belegt, dass die verantwortlichen Behörden mit der Situation bisweilen überfordert waren, aber dass sie nach Bewältigungsstrategien suchten und dabei auch auf Wissen und Ideen aus der Bevölkerung angewiesen waren. Die Ernährungskrise hatte ein Forum des Austausches eröffnet und die Grenzen des Denk- und Sagbaren erweitert, in der Hoffnung, in diesem offenerem Diskursraum adäquate Strategien zur Bewältigung der Ernährungskrise entwickeln zu können.

Gleichzeitig konnten die Behörden aufgrund der sich zuspitzenden Krise aber auch kein zaghaftes und andauerndes Strategie-Suchen dulden, sodass das eben geöffnete Forum gleichzeitig von oben dirigiertem, hastigem Handeln begleitet wurde, bei gleichzeitigem Lernen. Die Behörden waren gezwungen, sofort zu handeln, auch wenn ihnen entsprechende Orientierungspunkte bisweilen fehlten. Die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten arbeiteten mit Nachdruck an produktionsorientierten Lösungen, und die Kommission zur Durchführung von Motorpflugproben experimentierte mit der Motorisierung und Mechanisierung in der landwirtschaftlichen Produktion. Doch all diese Bestrebungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass man die landwirt-

---

re im Ersten Weltkrieg und die Verwissenschaftlichtungs- und Rationalisierungsprozesse in der Landwirtschaft haben somit zu einer nachhaltigen Veränderung sowohl der Landwirtschaft, wie auch der Agrarpolitik geführt. Vgl. Moser 2012: 578-579.

451 Kreisschreiben des eidgenössischen Ernährungsamtes an die Kantonsregierungen betreffend die Vermehrung der Lebensmittelproduktion. (Vom 21.02.1919). In: Schweizerisches Bundesblatt 1/9 (1919): 329. [Fortan: Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 21.02.1919.]

452 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 97.

schaftliche Produktion als wesentlicher Faktor der Versorgung des Landes zu lange unterschätzt hatte.[453]

Aufgrund des bisherigen Fokus, der auf die Versorgung als ausschliessliches Verkehrsproblem gerichtet gewesen war, war man nun umso dringender auf Lösungen angewiesen, die Resultate im Bereich der Produktion zu liefern vermochten.

Daher waren auch die Behörden gezwungen, ihre liberalen Grundüberzeugungen nach und nach aufzugeben und intervenierend in das Geschehen einzugreifen.[454] Wie bereits oben angedeutet, rang sich der Bundesrat per 16. Februar 1917 dazu durch, eine Anbaupflicht zu erlassen. Er ermächtigte die Kantone, Zwangsmassnahmen anzuordnen, um die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten.[455]

So wurden Kantonsregierungen ermächtigt, Pachtverträge zu sistieren oder aufzulösen zum Zweck, schlecht oder gar nicht bewirtschaftetes Land auf Kosten des Kantons zu bebauen oder den Boden Gemeinden, gemeinnützigen Organisationen, Genossenschaften und Privaten zur landwirtschaftlichen Bebauung zur Verfügung zu stellen, um so die «zweckmässigste Verwendung im Dienste der Nahrungsmittelproduktion zu sichern»[456].

3.3.3 Vegetabile Produktion statt Milchwirtschaft

Seit dem Beschluss zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion vom Februar 1917 stand die Forderung im Raum, der vermehrten Kartoffelproduktion grösste Aufmerksamkeit zu schenken.[457] Dieser Aufruf stand im Zusammenhang mit einem grundlegenden Paradigmenwechsel. Denn die Notlage verlangte nach einer Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion in dem Sinne, dass die extensive Viehwirtschaft zurückgedrängt und intensiver Feldbau und Gemüsebau gefördert werden sollte. Im Hinblick auf die Ernährung der Bevölkerung sei schnellstmöglich auf einen vegetabilen Anbau umzustellen, der direkt Nahrungsmittel zu produzieren vermöge, forderte Josef Käppeli[458]. Käppeli resümierte nach dem Krieg, dass die Versorgung eines grossen Teils der Bevölkerung durch die inländische Produktion gewährleistet werden könne,

---

453 Zur Mechanisierung der schweizerischen Landwirtschaft vgl. Auderset, Moser 2016: 154. Zu den Bestrebungen der eidgenössischen Versuchsanstalten vgl. Moser 2002.

454 Zum Verhältnis zwischen Liberalismus und Staatsintervention während des Ersten Weltkriegs vgl. Cottier 2014: 43-78; Cottier 2016: 173-189.

455 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 95.

456 Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 95. [Ergänzung im Zitat durch den Autor vorgenommen.]

457 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 97.

458 Josef Käppeli (1872-1942) war ein Schweizer Agronom und Beamter. Zuerst als Fachlehrer tätig, übernahm Käppeli die Zentralverwaltung der land- und milchwirtschaftlichen Untersuchungsanstalten in Zürich, Liebefeld und Lausanne. Ab 1913 fungierte er als Direktor der Abteilung für Landwirtschaft im Volkswirtschaftsdepartement. Von 1919-1922 war Käppeli zudem Direktor des neu geschaffenen Eidgenössischen Ernährungsamtes. Während 1939-1942 stand er zudem dem Eidgenössischen Kriegsernährungsamt vor. Vgl. AfA-Personaldatenbank.

wenn rechtzeitig die Milch- und Viehproduktion «auf das zulässige Mass zurückgedrängt werde und die Produktion im Ackerbau (Getreide, Kartoffeln, Gemüse) eine entsprechende Ausdehnung» erfahre.[459] So kritisierte auch Hans Moos in einem Artikel in der Schweizerischen Bauernzeitung 1915 die strategische Ausrichtung der Landwirtschaft zur Kriegszeit:

> «Je mehr wir das Sonnenlicht dazu gebrauchen, um Pflanzenstoffe zu erzeugen, die direkt vom Menschen konsumiert werden können, umso besser nutzen wir es im Dienste der Volksversorgung aus.»[460]

Moos konstatierte «eine höchst unbefriedigende Nutzung des Sonnenlichtes»[461], die dringend im Sinne der Volksversorgung korrigiert werden müsse.[462] Zu diesem Schluss kamen mit der Zuspitzung der Versorgungskrise schliesslich auch die Schweizer Behörden, welche – wie oben erwähnt - per Februar 1917 die gezielte Ausweitung des Kartoffelanbaus beschlossen.[463]

Die bisweilen aber überhastet getroffene Umstellung auf vegetabile Produktion trug den landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen wenig Rechnung. Denn mit einem Zurückdrängen der Viehwirtschaft verminderte sich auch die Verfügbarkeit von Viehmist, was sich negativ auf die Kartoffelproduktion auswirkte, gerade zu einem Zeitpunkt, wo Dünger Mangelware war.[464] Im Weiteren verlangte die Kartoffelproduktion arbeitsintensive Pflege. Auch dies eine Schwierigkeit in einer Zeit, in der es der Landwirtschaft ohnehin bereits an Arbeitskräften mangelte.
Die geplante Umstellung auf vermehrten vegetabilen Anbau führte zu Diskussionen über die richtige Bodennutzung und -verteilung. Einzelne Stimmen votierten dafür, stadtnahe Wiesen, die bisher für eine extensive Viehwirtschaft genutzt worden waren, in intensiven, vegetabilen Anbau zu überführen, um so eine bestmögliche Ausnutzung des Bodens zu erreichen.[465] Landwirtschaftsfreundlichere Kreise kritisierten gerade dieses Vorgehen, dass tüchtige Landwirte nicht ihres besten Landes beraubt werden dürften, «um es als Pflanzland in die Hände von Anfängern zu legen»[466]. Um die richtige Verwendung des Bodens entbrannte ein Streit, den die verantwortlichen Behörden dadurch zu schlichten suchten, dass nicht bereits kultivierter Boden für Anbau-

---

459 Vgl. Käppeli, Riesen 1925: 123.
460 Schweizerische Bauernzeitung, März 1915: 9.
461 Schweizerische Bauernzeitung, März 1915: 10.
462 Vgl. Schweizerische Bauernzeitung, März 1915: 10.
463 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917.
464 Vgl. Protokoll zur Förderung der Lebensmittelproduktion 1918: 145.
465 Diese Forderung wurde vor allem von Vertretern der Familiengartenbewegung, wie beispielsweise Paul Pflüger, vertreten. Siehe dazu. Kapitel 4.2.
466 Kreisschreiben des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements an die Kantonsregierungen betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918. In: Bundesblatt 1/04: 141. [Fortan: Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918]

projekte herhalten sollte, sondern dass vielmehr bisher brachliegende Flächen in die Produktion integriert werden sollten.

3.3.4 Die Urbarmachung von brachliegenden Flächen

Die Bundesbehörden gingen ihrerseits mit gutem Beispiel voran: Im Jahr 1917 wurden auf 10 Waffenplätzen an die 142 Hektaren Land erschlossen und fortan bewirtschaftet.[467] Im Frühjahr 1917 verschwanden dann auch mehrheitlich die Rasenflächen in den Schweizer Städten. Die Ökonomisierung des Stadtgrüns wurde zu einer wesentlichen Massnahme im Kampf gegen den Mangel in der Lebensmittelversorgung.

Doch nicht nur die Erschliessung brachliegender Rasenflächen, sondern auch die Melioration von bisher nicht nutzbarem oder nur teilweise erschlossenem Land sollte nun in grösserem Stil vorangetrieben werden.

> «Wir möchten Sie nachdrücklich auf den grossen Wert der Bodenverbesserungen in der heutigen Zeit hinweisen. Nur durch sie schaffen wir eigentlich Neuland für die Lebensmittelproduktion, und es verdienen deshalb diese Unternehmungen die tatkräftige Unterstützung aller Kreise.» [468]

Mit dem Bundesbeschluss vom 16. Januar 1918 rückten Meliorationen als optimales Beschaffungsmittel neuen Kulturbodens in den Vordergrund. Dabei wurden die kantonalen Behörden angehalten, bereits entwässerte Böden, die bisher aber noch nicht kultiviert worden waren, nutzbar zu machen.[469] Zudem räumte der Bundesrat den kantonalen Behörden das Recht ein, Meliorationsarbeiten unter Zwang durchführen lassen zu können.[470] Sollten die Kantone dem Aufruf zur Ausweitung der Meliorationen nicht nachkommen, behielt sich der Bund vor, selbst von zwangsweisen Meliorationen Gebrauch zu machen.[471]

Meliorationen wurden also eine wichtige Massnahme im Projekt der Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion. Allerdings sind Entwässerungs- und Bodenverbesserungsprojekte sehr arbeitsintensiv. An den dafür nötigen Arbeitskräften fehlte es während des Kriegs weitgehend.

3.3.5 Arbeitskräftebeschaffung und Arbeiterkonflikte

Aus diesem Grund wurden die kantonalen Organe und Gemeinden bereits im Februar 1917 ermächtigt, Personen und erforderliche Geräte und Maschinen zur Hilfeleistung in der agrarischen

---

467 Vgl. Ruchti 1930: 195.
468 Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918: 142.
469 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918: 142.
470 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918: 142.
471 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918: 142.

Produktion nach Bedarf heranzuziehen. Zu diesem Zweck wurden auch Schulen gewisse Feldarbeiten übertragen, und es wurde über eine Anpassung der Schulferien an die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Produktion diskutiert.[472] Beschränkten sich diese ersten Zwangsmassnahmen 1917 darauf, die breite nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung so gut es ging, in die landwirtschaftliche Produktion zu integrieren und beispielsweise Schulklassen Maikäfer sammeln zu lassen, kam es im Laufe des Jahres 1917 zu einer Verstärkung der Zwangsmassnahmen, welche einige zeitgenössische Kritiker als «Militarisierung der Privatarbeiter»[473] werteten.

Am 14. November 1917 beschloss der Bundesrat, dass «fremde Deserteure und Refraktäre zu Arbeiten im öffentlichen Dienst angehalten werden können».[474] Der Umgang der Schweizer Behörden insbesondere mit russischen Deserteuren und geflohenen Kriegsgefangenen hatte sich im Jahre 1917 durch die bolschewistische Revolution in Russland massgeblich verändert. 1915-1917 wurde russischen Militärflüchtlingen nach einer meist kurzen Internierungsphase weitgehende Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit zugestanden, und es wurde ihnen freigestellt, ob sie in der Schweiz bleiben und sich eine Arbeit suchen oder zwecks Repatriierung das Land wieder verlassen wollten.[475] Kantonale Territorialkommandos waren zuständig für die Verwaltung der Niederlassungen und Arbeitsmöglichkeiten für Militärflüchtlinge. So wurden bereits im Jahr 1916 bleibewillige Russen beispielsweise bei Entsumpfungsarbeiten beschäftigt.[476] In den Krisenjahren 1917 und 1918 änderte sich die Situation für die russischen Militärflüchtlinge allerdings grundlegend. Einerseits beabsichtigten die eidgenössischen Behörden die Kontrolle der ungebetenen Gäste vor dem Hintergrund der revolutionären Vorgänge im Heimatland auszuweiten, andererseits nahm das Bedürfnis nach Arbeitskräften stets zu. Ab dem 14. November 1917 konnten russische Militärflüchtlinge durch das «Eidgenössische Militärdepartement» (EMD) für Meliorationsarbeiten beigezogen werden. Infolge dieser Ermächtigung wurde das «Eidgenössische Meliorations- und Arbeitsamt» (EMA) geschaffen, welchem der Zürcher Kulturingenieur Johann Emil Girsberger[477] vorstand. Das EMA organisierte die Beschäftigung der wachsenden Anzahl russischer Militärflüchtlinge in der Schweiz. Diese sahen sich tatsächlich bald einer Militarisierung der landwirtschaftlichen Arbeit gegenüber. Während in den Jahren 1915-1917 noch vereinzelt Militärflüchtlinge auf Bauernhöfen arbeiteten, wurden diese nun primär in Arbeitsdetachements un-

---

472 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 96.

473 Berner Tagwacht, 20.12.1917.

474 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen. (Vom 24. Mai 1918). In: Schweizerisches Bundesblatt 3/22 (1918): 81. [Fortan: X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918]

475 Vgl. Bürgisser 2010: 37.

476 Vgl. Bürgisser 2010: 41.

477 Johann Girsberger (1871-1930) war ausgebildeter Kulturingenieur, der seine Ausbildung an der ETH erworben hatte. Von 1898-1930 stand er dem Meliorationsamt Zürich vor. Er gehörte neben Caspar Zwicky, Hans Bernhard und Kaspar Schuler zu den Kulturingenieuren, die das Meliorationswesen im frühen 20. Jahrhundert wesentlich mitgeprägt hatten. Vgl. AfA-Personendatenbank.

ter militärischer Organisation eingeteilt, um Drainage- und andere Entwässerungsarbeiten durchzuführen.[478] Die Arbeitsbedingungen in den Detachements waren in der Regel sehr hart. Die durch Krieg, Gefangenschaft und Flucht geschwächten Männer hatten Drainagearbeiten in teilweise kniehohem Wasser zu verrichten, ohne Rücksicht auf deren handwerkliche und körperliche Eignung für diese Arbeit. Die unwürdigen Arbeits- und Wohnbedingungen führten schliesslich zu Unruhen und Streiks in den Detachements. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaften erklärten sich mit den russischen Militärflüchtlingen solidarisch und forderten angesichts der Tatsache, dass diese seit dem Frieden von Brest Litowsk am 3. März 1918 rechtlich nicht mehr als Deserteure zu behandeln seien, die Gleichstellung mit anderen Arbeitnehmern in der Schweiz. Die Behörden reagierten auf die zunehmenden Unruhen allerdings repressiv. So wurden einige Rädelsführer und Unruhestifter in Witzwil (BE) und Bellechasse (FR) interniert.[479] Weshalb die aus Frankreich in die Schweiz geflohenen Russen im Frühjahr 1918 darauf drängten, möglichst bald in die Heimat zurückkehren zu können, was allerdings von der Verweigerung der Durchreise durch Österreich und Deutschland erschwert wurde. Ende Mai 1918 waren deshalb noch zehn Arbeitsdetachements von russischen Militärflüchtlingen in der Schweiz aktiv.[480]

Im Wissen darum, dass Militärflüchtlinge als Arbeitskräfte in den Meliorationsprojekten nur eine vorübergehende Lösung für den Arbeitskräftemangel sein konnten, beabsichtigten die Bundesbehörden, die zwangsweise Teilintegration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung auch auf Schweizer Bürger auszuweiten.

Als das Volkswirtschaftsdepartement im Winter 1917/1918 darüber beriet, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion alle in der Schweiz wohnhaften Personen vom vierzehnten bis zum sechzigsten Altersjahr zu einem vierwöchigen Zivildienst-Einsatz in der Landwirtschaft zu verpflichten, regte sich starker Widerstand in der Arbeiterbewegung, was schliesslich zum Scheitern der sogenannten «Zivildienstvorlage» führte.[481] Die Arbeiterbewegung war nicht prinzipiell gegen eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion, doch man stiess sich am Ausschluss der Arbeiterschaft während der Besprechungen zur Vorlage, erachtete die vorgesehenen Entschädigungen als viel zu knapp und war zudem irritiert ob der Tatsache, dass in den Entwürfen zur Zivildienstvorlage kein Wort «über die Verwendung der auf dem urbarisierten Boden gezogenen Früchte»[482] verloren wurde.[483]

---

478 Vgl. Bürgisser 2010: 100, 103.

479 Vgl. Bürgisser 2010: 117.

480 Die Arbeitsdetachements waren in Niederweningen, Ins, Villeneuve, Riddes, Ependes, Diessbach bei Büren, Uetendorf, Reinach (AG), Netstal und Münchenbuchsee beschäftigt. Vgl. X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918: 101.

481 Zur Zivildienstvorlage und der damit zusammenhängenden Gründung des Oltener Aktionskomitees vgl. Gautschi 1988: 86-94.

482 [O.A] 1918: 10.

483 Vgl. [O.A] 1918: 10; Gautschi 1988: 87.

Die Arbeiterschaft war nicht gewillt, die Regelung ohne Mitspracherecht zu akzeptieren, und so hielt der Sozialdemokrat Robert Grimm[484] in der Berner Tagwacht fest, dass es eine Zivildienstpflicht nur dann geben könne, wenn die Arbeiterorganisationen damit einverstanden wären.[485] Die Arbeiterschaft forderte neben dem Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Vorlage auch freie Arbeitsverträge zwischen der Eidgenossenschaft und dem Gewerkschaftsbund anstelle der vorgesehenen Zwangsaufgebote durch Bund, Kantone oder Gemeinden.[486] Parallel zu den Diskussionen um die Einführung der Zivildienstvorlage entwickelte sich ein erbitterter Streit zwischen den Bundesbehörden und den Arbeitervertretungen, der schliesslich in die Gründung des sogenannten „Oltener Aktionskomitees" unter der Leitung von Robert Grimm mündete und die Androhung eines Generalstreiks nach sich zog.[487]

Die Ausweitung des inländischen Anbaus unter Einbezug der gesamten Bevölkerung unter der Regie der Regierung, und zwar in Form eines Zivildienstes, scheiterte schliesslich am Widerstand der organisierten Arbeiterschaft. Trotzdem setzte die Bundesverwaltung weiterhin auf die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion unter Einbezug der nicht-agrarischen Bevölkerung. Im Bundesratsbeschluss vom 15. Januar 1918 werden dem Volkswirtschaftsdepartement sowie den kantonalen Behörden vermehrte Kompetenzen eingeräumt, «um alles Nötige vorzukehren, damit nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die städtische und industrielle Bevölkerung nach Möglichkeit in den Dienst der Lebensmittelproduktion gestellt werde.»[488]

3.3.6 Propaganda und Aufklärung mit dem Ziel der Hebung des inländischen Anbaus

Die Landwirtschaft sollte einerseits entlastet werden und andererseits sollte jede noch unbeschäftigte Arbeitskraft im Land in die Nahrungsmittelproduktion eingebunden werden. Aber nachdem die geplanten Zwangsmassnahmen zur Arbeitskräftebeschaffung gescheitert waren, sollte vor allem die städtische und industrielle Selbstversorgung gefördert werden.[489] Der Bund beabsichtigte deshalb, die Kantone und Gemeinden in der Beschaffung von entsprechenden Pflanzplätzen finanziell zu unterstützen.[490]

---

484 Robert Grimm (1881-1958) war ein sozialdemokratischer Politiker und Publizist und wird gemeinhin als die treibende Kraft im Schweizer Landesstreik vom November 1918 angesehen, da er als Hauptgründer des «Oltener Aktionskomitees» im Jahr 1918 fungierte. Von 1909-1918 wirkte er als Chefredaktor der «Berner Tagwacht». 1911-1943 präsidierte er – neben diversen politischen Ämtern – auch die SP des Kantons Bern. Grimm hatte das Gedankengut von Karl Marx rezipiert und erachtet den Massenstreik als geeignetes Mittel zur Erlangung politischer Ziele. Grimm bekannte sich aber trotz seinen klassenkämpferischen Ambitionen stets zum demokratischen System der Schweiz. Vgl. Stettler 2017.

485 Vgl. Berner Tagwacht, 20.12.1917.

486 Vgl. Gautschi 1988: 87-88.

487 Zu der Gründung des Oltener Aktionskomitees und der Vorgeschichte zum Landesstreik vgl. Gautschi 1988; Moser 2016: 93-96.

488 X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918: 141.

489 Vgl. X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918: 141.

490 Vgl. X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918: 141.

Gleichzeitig sollte eine umfassende Informationsoffensive zum Thema „vegetabiler Anbau" Kenntnisse in der Bevölkerung verbreiten. Zu diesem Zweck wurden Aufklärungsschriften verfasst und über die Kantone an die Bevölkerung verteilt sowie Vorträge in den Gemeinden organisiert. Diese Kampagnen enthielten Ratschläge und Empfehlungen zum Gemüse- und Getreideanbau und richteten sich sowohl an die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung als auch an Landwirte, welche ihre Produktion umzustellen beabsichtigten oder sich schlichtweg auf den neusten Stand der Erkenntnisse der eidgenössischen landwirtschaftlichen Versuchsinstitute bringen wollten. Feldbau, Feldgemüsebau, Gemüsebau in Gärten, Hinweise über Düngerersatzstoffe, Informationen im Hinblick auf die Lagerung und Konservierung der Ernte und allgemeine Ratschläge zur Umnutzung von bebautem und unbebautem Boden waren Themen, welche 1917 und 1918 in zahlreichen Schriften und Vorträgen behandelt wurden.[491] Mithilfe dieser Aufklärungsmassnahmen sollten die notwendige Kompetenzen zum agrarischen Anbau in der gesamten Bevölkerung verbreitet werden.

Diese Aufklärungs- und Informationskampagnen wurden seit Januar 1918 von kantonalen Zentralstellen flankiert, deren Gründung obligatorisch war. Die Zentralstellen hatten die Aufgabe, die Durchführung aller Vorschriften zu der Anbaupflicht in ihren Kantonen zu überwachen, landwirtschaftliche Kommissionen in den Gemeinden zu etablieren, Erhebungen über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion anzustellen, die Beschaffung von Land für die verschiedenen Anbauprojekte sicherzustellen, Arbeitskräfte im Rahmen der geltenden Gesetze zu beschaffen und die Verteilung der Mehranbaupflichten innerhalb der Kantonsgrenzen zu organisieren.[492] In Ermangelung personeller Ressourcen der kantonalen Regierungen und aufgrund der Rückschläge bei den Bestrebungen, die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion durch Zwang zu organisieren, konnten diese Zentralstellen ihren vorgesehen Aufgaben nur bedingt nachkommen. Vereinzelt griffen die kantonalen Behörden notgedrungen auf private Organisationen zurück, da die staatlichen Organe entweder fehlten oder aber nicht über die nötigen Kompetenzen verfügten.[493]

3.3.7 Schwierige Beschaffung von agrarischen Hilfsmitteln

Nicht nur die Rekrutierung von Arbeitskräften, sondern auch die Beschaffung von agrarischen Hilfsmitteln stellte die Bundesbehörden vor grosse Probleme. Der Import war in diesem Bereich seit Kriegsbeginn stark rückläufig gewesen und verschiedene Stoffe, die eigentlich zur Düngung geeignet wären, wurden im Krieg alternativen Verwendungsmöglichkeiten im militärischen Be-

491 Vgl. Schweizerisches Volkswirtschaftsdepartement 1917.
492 Vgl. Protokoll zur Förderung der Lebensmittelproduktion 1918: 141-142.
493 Vgl. Wipf 2016: 208.

reich zugeführt. Insbesondere Stickstoff, der in Verbindung mit Chisalpeter landwirtschaftliche Erträge steigerte, war ein gefragtes Düngemittel.[494] Stickstoff war aber ebenso in der Waffen- und Munitionsindustrie eine gefragte Ressource, was seine Verfügbarkeit als landwirtschaftliches Hilfsmittel stark schmälerte.[495] Daher mussten alternative agrarische Hilfsstoffe gefunden werden. Aus diesem Grund appellierte der Bundesrat im Kreisschreiben vom 16. Februar 1917, Haushaltsabfälle möglichst für die Viehfütterung, die Düngung oder für andere Zwecke zu verwenden.[496]

Neben der Suche nach adäquaten landwirtschaftlichen Hilfsgütern wurde auch die Aufbewahrung und Haltbarmachung von Felderzeugnissen thematisiert und die Bevölkerung dazu angehalten, Anregungen und Erkenntnisse aus diesen Bereichen den Behörden zu unterbreiten.[497] Das experimentelle Handeln wurde somit zu einer wesentlichen Massnahme im Kampf um die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion, um damit die Sicherung der Ernährung aufrechtzuerhalten.

3.3.8 Versorgung als Aufgabe des «ganzen Volkes»

Ferner sollte auch die Industrie dazu angehalten werden, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte für den Acker- und Gartenbau zur Verfügung zu stellen.[498] Dieser Einbezug sollte auf zwei Ebenen erfolgen: Zum einen sollte, wie bereits erwähnt, die industrielle Arbeiterschaft zur partiellen Selbstversorgung ermächtigt werden. Zum anderen sollte die industrielle Produktion, sofern dafür geeignet, landwirtschaftliche Hilfsmittel herstellen.

Der Einsatz von (mitunter motorisierten) Maschinen erlebte gerade durch den Ersten Weltkrieg einen bedeutenden Schub als Alternative für menschliche und tierische Arbeitskräfte. Die Motorisierung der Landwirtschaft, welche seit den Modernisierungsbestrebungen im ausgehenden 19. Jahrhundert immer wieder diskutiert und geplant worden war, bot sich dafür an. Die Motorpflugprüfungskommission des Schweizerischen Landwirtschaftlichen Vereins (SLV), welche im Frühjahr 1917 ins Leben gerufen worden war, sollte die Motorisierung der Landwirtschaft vorantreiben. Viktor Fehr[499], der neben der Gesellschaft Schweizerischer Landwirte auch die Kommis-

494 Vgl. Fehr 2009; Fehr 2016: 135.
495 Vgl. Fehr 2016: 135.
496 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 96.
497 Vgl. Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 97.
498 Vgl. X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918: 141.
499 Viktor Fehr (1846-1938) war promovierter Agronom und Landwirt. Er gehörte 1881 zu den Gründern der „Gesellschaft Schweizerischer Landwirte“ (GSL) und stand dieser in den Jahren 1912-1931 als Präsident vor. Seine eigenen Betriebe führte Fehr als Musterbetriebe, auf denen er nicht nur mit modernen Geräten und Maschinen experimentierte, sondern auch Weiterveredelung der landwirtschaftlichen Produkte in eigenen Hilfsbetrieben vornahm. Im Ersten Weltkrieg arbeitete Fehr bei der Kommission zur Durchführung von Motorpflugproben mit und präsidierte das Kommissariat für die Bepflanzung von Schweizer Waffenplätzen im Ersten Weltkrieg. Letzteres verfügte seit 1917 über eigene Traktoren. Fehr darf als Pionier der Mechanisierung und

sion zur Bepflanzung schweizerischer Waffenplätze präsidierte, war ebenfalls Mitglied der Motorpflugprüfungskommission. Parallel dazu wurden für die Bepflanzung der schweizerischen Waffenplätze ab 1917 Traktoren eingesetzt.[500]

Der Zwang zur Motorisierung der Landwirtschaft und bot eine Möglichkeit, das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie zu reflektieren.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert war immer wieder über die Rolle der Landwirtschaft in industriellen Gesellschaften debattiert worden. Die Landwirtschaft als existentieller Teil jeder Volkswirtschaft ist hinsichtlich ihrer Funktion, Güter für die Ernährung einer Gesellschaft herzustellen, mit der Industrie eng verwandt, hinsichtlich ihrer Produktionsbedingungen aber gleichzeitig etwas völlig anderes als die Industrie. Zwar stellt sie, wie die Industrie, Güter zur Befriedigung der Bedürfnisse her, ihre Produktionsbedingungen unterscheiden sich aber deutlich. Die im Rahmen der Modernisierungsversuche der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert erfolgten Rationalisierungsbestrebungen erwiesen sich teilweise als schwierig und mussten stets an die Eigenheiten der landwirtschaftlichen Lebenswelten angepasst werden.[501]

Diese hier nur kurz angedeuteten Eigenheiten erschwerten den eidgenössischen Behörden in den Krisenjahren 1917/1918, adäquat auf die bedrohliche Lage auf dem Lebensmittelmarkt reagieren zu können. Eine totale Umstellung und gleichzeitig massive Ausweitung der Produktion konnte aber nicht innert weniger Monate geleistet werden. Die Umstellung auf hauptsächlich vegetabilen Anbau hätte eine lange Vorlaufzeit benötigt, während der die staatlichen Behörden entsprechende Strategien für die unterschiedlichen Regionen des Landes hätten entwickeln müssten. Ganz zu schweigen von Problem, Landwirten, die sich seit Jahrzehnten auf Wiesenwirtschaft spezialisiert hatten, nun unter massiv erschwerten Bedingungen einen in Vergessenheit geratenen Landwirtschaftszweig wieder beizubringen.

Josef Käppeli gestand an einer Konferenz im Februar 1918 die Überforderung der Behörden angesichts der Krise offen ein:

Motorisierung in der Schweizer Landwirtschaft bezeichnet werden. Vgl. AfA-Personendatenbank; Brugger 1979: 384; Salathé 2005.

500 Vgl. Moser 2016: 93.

501 Das hochkomplexe Verhältnis von agrarischer und industrieller Arbeit in Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts wird derzeit in einem Habilitationsprojekt von Juri Auderset, Universität Bern, behandelt. Weitere Details zum Projekt siehe unter: Semantiken agrarischer und industrieller Arbeit: Arbeitswissen, Produktionsmetaphern und der Wandel der Arbeit im 19. und 20. Jahrhundert. SNF-Forschungsprojekt in Kooperation zwischen dem Archiv für Agrargeschichte (AfA) und der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte (WSU) am Historischen Institut der Universität Bern, https://www.hist.unibe.ch/forschung/forschungsprojekte/semantiken_agrarischer_und_industrieller_arbeit/index_ger.html [09.08.2021]. Zudem zu dem Thema: Moser, Auderset 2018a.

> «Es ist ohne weiteres zuzugeben, dass man auch im Bundeshause verschiedenes anders organisiert haben würde, wenn man vor drei Jahren über die Erfahrungen von heute verfügt hätte.»[502]

Die strukturellen Schwachstellen in Landwirtschaft und Versorgung überlagerten sich während des Kriegs durch die erschwerten Handelsbedingungen und die desaströsen Witterungslagen, sodass sich die Behörden in den beiden letzten Kriegsjahren einer unvorstellbaren krisenhaften Situation gegenüberfanden. Die Bewältigung dieser Situation verlangte nach beherztem und gleichzeitig experimentellem Handeln, sodass viele der getroffenen Massnahmen den Eindruck von nicht vorhandenem Wissen bei den Behörden erweckten. Die Grundpfeiler, auf denen die traditionelle Versorgungslogik der Behörden in den ersten Jahren des Kriegs abgestellt gewesen war, wurden in den letzten beiden Kriegsjahren zertrümmert und entsprechend suchten die Behörden in den Trümmern nach adäquaten Bausteinen, um möglichst rasch einen Weg aus der drohenden Not zu finden. Diese Massnahmen waren stets reaktiv und hatten einen Ad-hoc-Charakter. Die Beschleunigung der Krise in den Jahren 1916-1918 liess es aber auch nicht zu, dass die Behörden sinnvolle strukturelle Weichenstellungen vornehmen konnten, welche noch zeitnah Wirkung auf den drohenden Kollaps hätten zeigen können. Die strukturellen Weichenstellungen waren bereits vor dem Krieg vernachlässigt worden und entsprechend blieben im Höhepunkt der Krise keine anderen Optionen offen als der Weg der bestmöglichen Sofortmassnahmen.[503]

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die sofortige Ausweitung der inländischen Produktion bei gleichzeitiger Umstellung der Landwirtschaft auf vermehrt vegetabilen Anbau, die sofortige Erschliessung von neuem Kulturland und die versuchte Integration der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung in die Lebensmittelproduktion vermutlich die plausibelsten Lösungen waren, welche den Behörden kurzfristig zur Verfügung standen. Mit den Aufrufen und Zwangsandrohungen zur Integration der gesamten Bevölkerung in die landwirtschaftliche Produktion stachen die Behörden zwar in ein politisches Wespennest, schufen aber gleichzeitig auch Verständnis und Bereitschaft, die Problematik mitanzugehen. Die Nahrungsmittelkrise schuf somit einen diskursiven Rahmen, in dem sich nun vielerlei Ansätze zur Überwindung der Krise – und darüber hinaus zu einer stabileren Nachkriegsordnung – manifestieren konnten.

3.4 1915-1918: Zuspitzung der Krise und Konflikte zwischen Stadt und Land

---

502 Protokoll zur Förderung der Lebensmittelproduktion 1918: 148.

503 Zu dieser Einschätzung kommt auch Gautschi bei seiner Untersuchung zum Landesstreik von 1918: „Was fehlte, war eine weitsichtige, im Politischen verankerte Planung der Kriegswirtschaft von Kriegsausbruch an.» Vgl. Gautschi 1988: 39.

1915 notierte Bundesrat Karl Scheurer in seinem Tagebuch, dass zwischen Stadt und Land ein Streit rund um die Lebensmittelpreise anfange.[504]

Die Entfremdung zwischen Nahrungsmittel-Produzenten und -Konsumenten hatte aber nicht erst mit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise während des Ersten Weltkriegs begonnen, sondern weist eine längere Vorgeschichte auf. In ökonomischer Hinsicht sind zum einen die Verwerfungen zwischen Konsumentengruppen und landwirtschaftlichen Produzenten zur Zeit der Zollrevisionen um die Jahrhundertwende zu erwähnen.[505] Noch weitreichender und prägender sind allerdings die kulturellen, sozialen und räumlichen Entfremdungen zwischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten infolge der Etablierung einer industrialisierten und arbeitsteiligen Arbeitswelt.[506] Moser verweist darauf, dass infolge dieser Entfremdung die städtischen Arbeiter kaum mehr eine Ahnung von den Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft hatten und sich folglich die beiden Lebenswelten gegenseitig immer weniger verstanden.[507]

Für das Verständnis der im Folgenden beschriebenen Eskalation zwischen Konsumenten und Produzenten ist es wichtig zu berücksichtigen, dass der Zuspitzung des Konflikts eine lange andauernde Entfremdung vorangegangen war, deren Ursprung in den strukturellen Bedingungen der Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten zu suchen sind. Die angespannte Beziehung zwischen Stadt und Land in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs lässt sich nur auf der Basis dieses gegenseitigen verstehen.

3.4.1 Der Briefwechsel zwischen Robert Grimm und Ernst Laur bei Kriegsausbruch

Unmittelbar nach der Etablierung der Käseunion im August 1914 reagierte der Sozialdemokrat Robert Grimm in der Berner Tagwacht und kritisierte, dass die getroffenen versorgungspolitischen Massnahmen einzig den Käseexporteuren und Milchproduzenten zu Gute kämen, derweil die Arbeiterklasse «aller Mittel»[508] entblösst dastehe. Grimm spitzte seine Polemik dahingehend zu, «dass das Leben der Arbeiter mindestens so hoch bewertet werden [müsse,] wie der Profit der

---

504 Vgl. Kreis 2014: 166. Die hier angesprochene Auseinandersetzung zwischen städtischen Konsumenten und den Landwirten spitzte sich während der Ernährungskrise markant zu, überlagerte sich mit anderen Themenbereichen und führte schliesslich zur Eskalation der konfrontativen Stellung im Landesstreik im November 1918. Der Landesstreik selbst ist allerdings nicht Gegenstand der hier vorliegenden Arbeit. Daher sei an dieser Stelle auf die neueren Studien zum Schweizer Landesstreik im Kontext der Ernährungskrise verwiesen. Vgl. Meier 2014: 53-73; Meier 2017: 27-32; Meier 2018: 34-60; Meier 2020; Moser 2016: 83-110; Rossfeld, Koller, Studer 2018.

505 Obschon die Schweiz in den Jahren der Weltwirtschaftskrise im ausgehenden 19. Jahrhundert auf die internationalen Schutzzölle mit einem «gemässigten und selektiven Protektionismus» reagiert hatte, und die Interessen der Landwirtschaft in Zollfragen durchaus heterogen waren, zeichneten sich politisch und ökonomisch Frontstellungen zwischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten bei den Fragen rund um gerechte Nahrungsmittelpreise ab.

506 Vgl. Moser 2014: 174.

507 Vgl. Moser 2014: 174.

508 Berner Tagwacht, 20.08.1914. Siehe dazu auch Moser 2014: 176.

Agrarier»[509]. Er stiess sich daran, dass der Export von Nahrungsmitteln unmittelbar nach Kriegsausbruch wieder zugelassen werden sollte, während die Versorgung der städtischen Konsumenten, insbesondere der ärmeren Arbeiterschichten, ungeklärt blieb. Die in diesem Zusammenhang geplanten Quersubventionierungen zur Tiefhaltung des Milchpreises, die zwischen Vertretern der Konsumentenvereine und dem Schweizerischen Bauernverband ausgehandelt worden waren, liess Grimm unerwähnt.[510]

Der Architekt der Versorgungspolitik – Ernst Laur, Direktor des Schweizer Bauernverbandes von 1898-1939 – liess es sich nicht nehmen, sich direkt an seinen Kritiker zu wenden und liess Grimm am 21. August 1914 ein Schreiben zukommen, in dem er seine volkswirtschaftlichen Anliegen darlegte. Laur rechtfertigte sich, dass er gleich nach Kriegsausbruch nach Bern geeilt sei, um alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um «unser Land und Volk vor den schweren wirtschaftlichen Gefahren, die ihm drohen, zu schützen». Dabei sei er von fünf wichtigen Grundsätzen ausgegangen: Erstens müsse die Produktion der schweizerischen Landwirtschaft intakt gehalten und den Bedürfnissen des Landes angepasst werden. Zweitens gelte es zu vermeiden, dass sich «ein rücksichtsloser Zwischenhandel aus der Not der Produzenten und dem Mangel der Konsumenten» bereichern könne. Drittens sei «eine Organisation [zu] schaffen, welche verhinder[e], dass die Preisschwankungen des Weltmarktes […] sich unkontrolliert und frei auf unseren Markt übertragen [können]». Viertens müsse bedacht werden, dass die Aufrechterhaltung eines gewissen Preisniveaus notwendig sei, «um den inländischen Produzenten vor Verarmung zu schützen». Allerdings müsse die Öffentlichkeit mit der Abgabe von Lebensmitteln an Bedürftige dafür sorgen, dass auch einkommensschwächere Menschen in ihrer Versorgung nicht zu kurz kämen. Die Preise generell zu senken und «die Preise den Einkommensverhältnissen dieser Ärmsten anzupassen und so gleichzeitig den vermöglichen Konsumenten auf Kosten des Produzenten zu begünstigen und so den Bauern zu ruinieren», wäre nach Laurs Ansicht «verkehrt». Fünftens müsse «eine neue Organisation der Arbeit geschaffen werden, damit möglichst keine Hand müssig ist»[511].

Die Idee, dass während der Kriegswirtschaft die Ernährung eine «Sache des ganzen Volkes»[512] sein sollte, findet hier bei Laur erstmals seine Formulierung. Laur verwies in seinem Schreiben zudem darauf, dass er für seine Bestrebungen «mit dem ‚Verband Schweizerischer Konsumverei-

509 Berner Tagwacht 20.08.1914. Siehe dazu auch Moser 2014: 176.

510 Vgl. Berner Tagwacht, 20.08.1914: 1.

511 Vgl. Brief von Ernst Laur an Robert Grimm vom 21.08.1914. In: Gautschi 1971: 27.

512 Diese Formulierung geht auf Hans Bernhard zurück, der die von ihm vorgeschlagene Innenkolonisation (siehe Kapitel 6) nicht nur durch die Berufslandwirtschaft realisiert sehen möchte, sondern die Aufgabe als «Sache des ganzen Volkes und des Staates» erachtete. Vgl. Bernhard 1919a: 32. Peter Moser nahm die Formulierung wiederum auf, um die These von der «Vergesellschaftung der Landwirtschaft» im 20. Jahrhundert zu thematisieren. Vgl. Moser 2000: 64-79; Moser 2012: 568-620.

ne' [VSK] Fühlung gesucht habe», um «volle Gewähr gegen jede Einseitigkeit» zu bieten.[513] Schliesslich war es gerade jene Zusammenarbeit mit dem VSK, welche die Quersubventionierung des Milchpreises durch die Exportgewinne der Käseunion ermöglichen sollte. Die Aushandlungen zwischen dem Vertreter des Bauernsekretariates (Laur) und dem Vertreter des VSK (Bernhard Jäggi) schufen die Grundlage, um während des Kriegs einen relativ tiefen Milchpreis bei dennoch ausreichenden Produzentenpreisen zu ermöglichen. Die einfache Frontstellung zwischen Konsumenten und Produzenten, die Grimm in seinem Artikel in der Berner Tagwacht zu konstruieren versucht hatte, liess sich in der Realität gerade nicht vorfinden. Stattdessen war es ein – zwar kritisch-vorsichtiges – Zusammengehen zweier unterschiedlicher Gruppierungen, welches einen interventionistischen Pilotversuch in Sachen Kriegswirtschaft bereits kurz nach Ausbruch des Kriegs ermöglicht hatte. Es handelte sich dabei zwar um ein quasi-staatliches Unterfangen, da das Volkswirtschaftsdepartement unter Edmund Schulthess, mit privaten Akteuren kooperierte, das Urteil aber, dass die Bundesbehörden zu Beginn des Kriegs in Sachen Versorgung der Bevölkerung völlig untätig geblieben seien, trifft in Anbetracht dieser getroffenen Massnahmen also nicht zu.

Die Tatsache allerdings, dass kurz nach Kriegsausbruch Teile der Bevölkerung panikartige Hortungskäufe tätigten, welche die tiefsitzende Angst bezüglich der Landesversorgung offenbart hatten, liess gerade bei den Sozialdemokraten Zweifel an der Richtigkeit der Lebensmittelexport, die in einer so kritischen Versorgungsphase wieder erlaubt werden sollten, aufkommen:

> «Im gleichen Moment, wo die Konsumenten ihren Milch- und Käseverbrauch der hohen Preise wegen – hoch im Vergleich zu der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – einschränken müssen, bewilligt der Bundesrat die Ausfuhr. Ich brauche Ihnen das Gefühl, das der Mittellose und Hungernde gegenwärtig empfindet, nicht zu schildern. Sie dürften sich wohl in die Lage dieser Leute, die keine Milch, keinen Käse, kein Fleisch kaufen können, obwohl alles im Überfluss vorhanden ist und Teile davon – wie ich ohne weitere zugebe aus handelspolitischen Rücksichten – ins Ausland wandern, hineindenken. Diese Stimmung darf nicht unterschätzt werden. Die Beunruhigung ist gross, und mit leeren Händen und blossen Beschwichtigungsreden wird sie nicht aus der Welt geschafft.»[514]

Grimm anerkannte zwar die Notwendigkeit des Warenaustauschs mit dem Ausland. Er verwies in der Berner Tagwacht vom 1. August 1918 darauf, dass die Exporte unserer Nahrungsmittelin-

513 Vgl. Brief von Ernst Laur an Robert Grimm vom 21.08.1914. In: Gautschi 1971: 27.
514 Brief von Robert Grimm an Dr. Ernst Laur vom 22.08.1914. In: Gautschi 1871: 31.

dustrie für die «fremden, kriegführenden Mächte unentbehrlich sein»[515] werden und es gerade diesem Umstand zu danken sei, dass die Ernährung der Schweiz – die sich im Kriegsfall vor allem als «ein Verkehrsproblem»[516] darstelle – durch einen zweckmässigen Handel mit dem Ausland gesichert werden könne.[517] Aber die Stimmungslage in der Bevölkerung schätzte Grimm richtig ein. Die Empörung der Bevölkerung sollte sich allerdings noch bis zur Zuspitzung der Krise in Grenzen halten, da in den Anfangsjahren des Kriegs noch kein wesentlicher Mangel in der Lebensmittelversorgung herrschte.

Grimm erkannte frühzeitig, dass die Frage nach gerechten Preisen eine enorme politische Hebelwirkung entwickeln konnte, die er für seine politische Agenda zu nutzen beabsichtigte, und so innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS), die zwischen den radikal-revolutionären Positionen und den gemässigten reformorientierten Grütlianern[518] am anderen Pol lavierte, seine Stellung zu festigen. Robert Grimm vertrat Zeit seines Lebens einen reformistischen Kurs und befand sich nie auf der Linie der radikalen Linken, die einen revolutionären Umsturz befürwortet.[519] Dennoch wollte sich Grimm der Mittel der Protestbewegung bedienen und erachtete beispielsweise den Massenstreik als probates Instrument, um politische Ziele zu erreichen.[520] In seinen Augen konnte durch das Zusammengehen mit den traditionellen politischen Gegnern, wie dies Bernhard Jäggi, als Vertreter des gemässigten Grütlianer-Flügels in der SPS, realisierte hatte, zu wenig politischer Druck erzeugt werden, um die Anliegen der Arbeiterbewegung in die politische Agenda der Behörden einbringen zu können. Dazu brauchte es gemäss Grimm vielmehr den Druck des Protests von der Strasse. Zu diesem Zweck versuchte er bereits zu Beginn des Kriegs, die Debatte um die Versorgungssicherheit in der Schweiz entsprechend zu moderieren und eine Frontstellung zwischen Konsumenten und Produzenten zu etablieren.[521]

Diese Strategie ist vor allem auch aus den Überlegungen Grimms, dass sich die Versorgungsfrage in erster Linie als Verkehrsproblem offenbare, verständlich. Ein Zusammengehen mit der Landwirtschaft in Versorgungsfragen war für Grimm sekundär. Ihm war in erster Linie daran gelegen, in Fragen der Versorgung staatliche Speicher- und Verteilmassnahmen zu etablieren sowie entsprechende Höchstpreise zu garantieren und die Löhne den Lebenskosten anzupassen.

---

515 Beilage zur Berner Tagwacht, 1.08.1914.

516 Beilage zur Berner Tagwacht, 1.08.1914.

517 Vgl. Beilage zur Berner Tagwacht, 1.08.1914.

518 Der politische Flügel der Grütlianer innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz geht auf den Grütliverein zurück. Der Grütliverein wurde 1838 in Genf als patriotischer Diskussionsverein gegründet, der sich mit sozialen Fragen beschäftigen sollte. Handwerklich geprägt durchlebte der Grütliverein im 19. Jahrhundert verschiedene politische Richtungskämpfe. 1901 fusionierte der Grütliverein mit der SPS und besetzte innerhalb der Partei eine linksbürgerliche Position, die ebenfalls konservative Elemente aufwies. Aufgrund der Richtungskämpfe innerhalb der SPS im Ersten Weltkrieg, trat der Grütliverein 1916 aus der SPS aus. Vgl. Müller 2010.

519 Vgl. Degen 2015: 31.

520 Vgl. Vortrag Robert Grimms 1906 über den politischen Massenstreik. In: Gautschi 1971: 21-23.

521 Vgl. Burkhard 2012: 247-250; Moser 2016: 90-92.

Während sich Grimm und Laur darin einig waren, dass die Gestaltung der Inlandpreise «unabhängig von den Schwankungen des Weltmarktes»[522] vorgenommen werden sollte, tat sich in der inländischen Preispolitik ein Graben zwischen den beiden auf. Während Laur dafür plädierte, bedürftigen Menschen gezielt mit Versorgungsmassnahmen zu helfen, dabei aber die Lebensmittelpreise aufgrund der Produktionskosten nicht generell senken wollte, zielte Grimm gerade darauf ab, dass auch die Landwirtschaft «Opfer» zu bringen habe und aus diesem Grund von einer «Hochhaltung der Preise» abrücken müsse.[523]

Im Briefwechsel zwischen Ernst Laur und Robert Grimm vom August 1914 lassen sich die Positionen bereits erahnen, welche den Konflikt zwischen Prozenten und Konsumenten von Nahrungsmitteln im Ersten Weltkrieg in der Schweiz dominieren sollten. Allerdings wuchsen die Konflikte zwischen Stadt und Land analog zur Zuspitzung der Krise erst allmählich an und konnten im Sommer 1914 noch keinen nennenswerten Boden für eine Massenbewegung bilden. Dies änderte sich erst mit der starken Zunahme der Lebenskosten im Laufe des Kriegs.

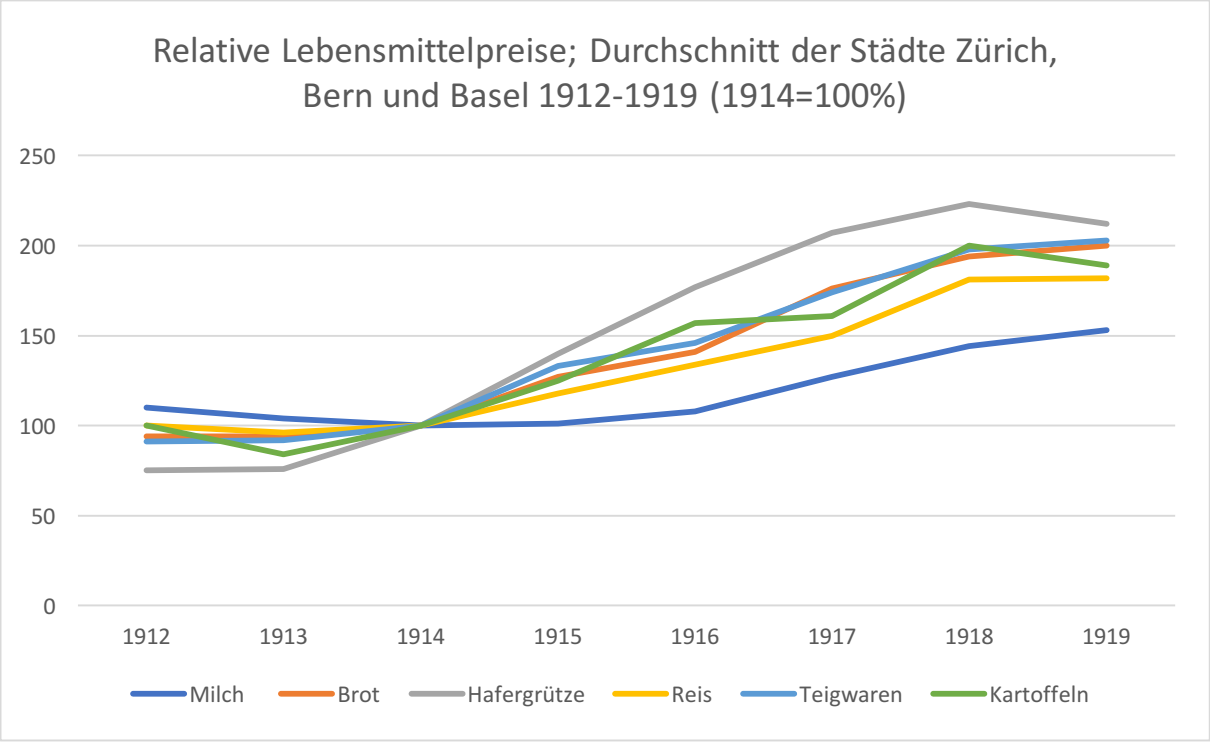
3.4.2 Teuerungsdemonstrationen ab 1915

Obschon Robert Grimm in seinen Artikeln in der Berner Tagwacht starke Kritik an der Versorgungspolitik des Bundesrates äusserte, hatte sich die Arbeiterbewegung zu Beginn des Kriegs an den sogenannten Burgfrieden gehalten und ihre Forderungen zugunsten der nationalen Einigkeit hintan gestellt.[524] Als sich aber die Lage der Arbeiterschaft im Laufe des Kriegs infolge massiver Teuerung zusehends verschlechterte, rückte die SPS von ihrer Zurückhaltung ab und begann insbesondere durch Forderungen für Lohnerhöhungen und Preisreduktionen ihren Unmut kundzutun.[525] Der Lebenskostenindex hatte sich von 100% im Jahr 1914 auf 139% im Jahr 1916 erhöht und sollte bis Ende des Kriegs 1918 auf 229% steigen.[526]

Die städtischen Konsumenten und insbesondere die Lohnarbeiter waren einem enormen Teuerungsdruck ausgesetzt, der sich insbesondere aus massiv gestiegenen Nahrungsmittelpreisen (siehe Grafik 3) und Mietzinsen zusammensetzte. Die Löhne hinkten der Teuerung hinterher, so dass die Kaufkraft der städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter stetig sank.[527]

---

522 Brief von Robert Grimm an Dr. Ernst Laur vom 22.08.1914. In: Gautschi 1971: 30.
523 Brief von Robert Grimm an Dr. Ernst Laur vom 22.08.1914. In: Gautschi 1971: 30.
524 Vgl. Degen 2012a: 885.
525 Vgl. Gautschi 1988: 31-32.
526 Vgl. Gautschi 1988: 32. Siehe dazu auch: Produzenten und Importpreisindex (GPI) und Konsumentenpreisindex (KPI) nach Herkunft der Ware 1804-2003, 1993=100 (Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert). In: Historische Statistik der Schweiz HSSO, 2012. Tab. H39. Einsehbar unter: hsso.ch/2012/h/39 (01.06.2018).
527 Vgl. Degen 2012a: 885-886; Gautschi 1988: 30-33.



Grafik 3: Relative Lebensmittelpreise im Durchschnitt der Städte Zürich, Bern und Basel 1912-1919 (1914=100%). Quellenbasis für eigene Darstellung aus: Bundesamt für Statistik (Hg.): Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel in den Städten Zürich, Bern und Basel 1890-1966.

Angesichts dieser Situation begannen die Arbeiterorganisation, ihre Anliegen wieder mit mehr Nachdruck zu formulieren und versuchten, über Strassenproteste Einfluss auf die eidgenössische Politik zu nehmen. Entsprechend nahmen die Streiks und Teuerungsdemonstrationen ab 1915 zu.[528] Hierbei ist zwischen breit organisierten Teuerungsdemonstrationen, die meist von Arbeitervertreterorganisationen koordiniert wurden, und sogenannten Marktdemonstrationen, die bisweilen zwar auch organisiert waren, sich aber ebenso spontan ausweiten bzw. manifestieren konnten, zu unterscheiden. Während bei den Teuerungsdemonstrationen ein breites – aber vornehmlich männliches (siehe Abbildung 3) – Publikum anzutreffen war, das sich meistens aus städtischen Mitgliedern von Arbeiterorganisationen speiste, waren bei Marktdemonstrationen insbesondere Arbeiterfrauen die treibenden Kräfte.

Insbesondere die Marktdemonstrationen waren ein Ausdruck der Verzweiflung über die Teuerung, welche die Familienmütter dazu veranlasste, selbst aktiv zu werden, um sich im tagtäglichen Kampf um die Versorgung ihrer Familien die Gestaltungsmöglichkeiten zurückzuerobern und die Ohnmacht gegenüber Marktentwicklungen überwinden zu können.[529]

528 Vgl. Degen 2012a: 886.
529 Vgl. Ziegler 2007: 324.

Abbildung 3: Teuerungsdemonstration auf der Berner Schützenmatte am 15.05.1915. Staatsarchiv Bern T.137, Teuerungsdemonstration, Bern.

So griffen die Frauen insbesondere im Juli 1916, als die Kartoffelernte schlecht auszufallen drohte und die Preise stiegen, direkt in das Geschehen ein. Der Logik einer moralischen Ökonomie[530] folgend übernahmen die Protestierenden die Marktverantwortung, bemächtigten sich der Ware und verkauften diese daraufhin zu von ihnen festgesetzten – als gerecht erachteten – Preisen. Das Ziel war es nicht, Waren zu stehlen. Im Gegenteil: die Protestierenden erachteten sich als legitime Vollzieherinnen der Gerechtigkeit. Sie sahen sich als verlängerten Arm der Polizei, die es unterliess, gegen die in ihren Augen ungerechtfertigten Preise vorzugehen und den herrschenden Wucher zu bekämpfen.[531] Generell müssen die Marktdemonstrationen als Selbstermächtigungsstrategie in einer wehrlosen Situation verstanden werden. Die Konsumenten waren dem Teuerungsdruck auf dem Markt schutzlos ausgeliefert und die Marktdemonstrationen dienten den Arbeiterinnen dazu, die Handlungsmacht zurückzuerobern und ihre Ohnmacht gegenüber dem Teuerungsdruck zu brechen.

Bei den Marktdemonstrationen manifestierte sich aber auch ein tiefes Misstrauen zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Die Bäuerinnen, die auf dem Markt ihre Produkte feilgeboten hatten, wurden von den Arbeiterinnen als Preistreiberinnen beschimpft Ernst Laur hatte bereits 1915 auf die ersten Teuerungsdemonstrationen mit Unmut reagiert:

530 Vgl. Thompson 1971: 76-136.
531 Vgl. Vorkämpferin, 01.08.1916: 4-5.

> «Unsere Bauernfrauen melden sich, wenn der Mann einrückt, nicht bei den Gemeinden zur Unterstützung an. Sie müssen dann die Männerarbeit verrichten und trotz allen, oft übermenschlichen und gesundheitsschädlichen Anstrengungen können sie meist grossen Schaden nicht verhindern. Die Arbeiterfrauen ziehen aber mit den Sozialdemokraten auf die Strasse, protestieren vor dem Bundeshause und beschimpfen den Bauer und seine Familie. Das Bauernvolk ist ein geduldiges Volk, aber schliesslich kann es doch genug sein.»[532]

Diese scharfe Verurteilung der Anliegen der Arbeiterinnen und Arbeiter durch den Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes lässt erahnen, dass der soziale Kitt in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs verloren gegangen war. Noch bevor die Lebensmittelkrise in den Jahren 1917/1918 ihren Höhepunkt erreichte, waren also die Gräben zwischen Stadt und Land beziehungsweise zwischen Lebensmittelproduzenten und Konsumenten bereits weit aufgerissen gewesen.

3.4.3 Die Versorgung mit Lebensmitteln als Vehikel in der politischen Debatte

Analog zur Zuspitzung der sozialen Konflikte auf der Strasse wurde auch in der Presse die Lebensmittelfrage als dringendes Politikum in der Zeit von 1916 bis 1919 bearbeitet. Die Debatte war von polemischen Beiträgen sowohl in der sozialdemokratischen wie in der landwirtschaftlichen Presse gekennzeichnet. Die von Grimm bereits bei Kriegsausbruch 1914 gesuchte Frontstellung zwischen Arbeiterschaft und Landwirtschaft schien sich nun im Rahmen der Lebensmittelkrise doch noch zu manifestieren.

Robert Grimm und Genosse Friederich Heeb[533] moderierten über die Berner Tagwacht den sozialdemokratischen Diskurs zur Lebensmittelfrage und katalysierten den sozialdemokratischen Protest im Ersten Weltkrieg. Die beiden versuchten, mittels einer Eskalation in der Lebensmittelfrage, zwei Ziele zu realisieren. Zum einen versuchten Grimm und Heeb, die gespaltene Sozialdemokratie auf ihren klassenkämpferischen, aber staatserhaltenden Kurs einzuschwören. Mit Protesten von unten sollte politische Teilhabe erkämpft werden. Zum anderen ging es Grimm und Heeb nicht darum, den Staat zu beseitigen und einen revolutionären Umsturz herbeizuführen, vielmehr wollten sie sich einen Platz am Verhandlungstisch des demokratischen Systems zu erkämpfen. Um dies zu erreichen, setzten sie auf die Mittel des Klassenkampfes. Die Lebensmittelfrage bot sich dabei als Trägerin einer einfachen, emotionalisierenden Botschaft an, welche die

---

532 Schweizerische Bauernzeitung, Juni 1915: 23.

533 Friederich Heeb (1884-1958) war ein sozialistischer Politiker. Neben vielen politischen Ämtern zwischen Bern und Zürich fungierte Heeb auch als Redaktor bei sozialistischen Zeitungen. So war er von 1908-1918 Redaktionsmitglied bei der Berner Tagwacht, 1918-1921 Redaktor der Arbeiterzeitung und 1921-1944 Redaktor beim Volksrecht. Ab 1946 präsidierte Heeb zudem den Lebensmittelverein Zürich. Vgl. Bürgi 2007.

Massen zu bewegen vermochte.[534] Entsprechend musste die komplexe Situation in der Versorgungsfrage in den Jahren 1916-1918 in der sozialdemokratischen Sprache auf eine einfache Gewinner-Verlierer-Geschichte reduziert werden.

> «Die Massen leiden seit Jahren Not, werden dem nackten Hunger von Tag zu Tag mehr überantwortet. Sie sehen die Kriegsgewinne der Bauern, der Industriellen, des Handels- und Bankkapitals und sollen dabei noch glauben, dass die unterhörte Teuerung die natürlichste, unvermeidlichste Sache der Welt sei.»[535]

In der herrschenden Nahrungsmittelkrise würden insbesondere die Bauern von den Teuerungen profitieren, ja diese selbst verursachen, indem sie Produktionsüberschüsse anhäuften und gezielt horteten, um die Preise für ihre Produkte in die Höhe treiben zu können. Dieses Narrativ beherrschte die sozialdemokratische Presse, was deutlich macht, dass die Entfremdung zwischen Konsumenten und Produzenten einen neuen Höhepunkt erreicht hatte.
Sozialdemokraten, welche sich für eine Verständigung zwischen den beiden Gruppierungen einsetzten und mit den Behörden zusammenarbeiteten, um die Nahrungsmittelversorgung zu organisieren, wie etwa Bernhard Jäggi vom VSK, wurden von radikaleren Genossen angefeindet und die Bemühungen der Behörden zur Entschärfung der Krise kleingeredet:

> «Die Massen des Volkes haben darum im Gegensatz auch zu manchen rechtsstehenden oder bloss in der Phraseologie radikalen Sozialdemokraten absolut kein Vertrauen zu den Staatsbehörden samt ihrem ganzen Tross von Ernährungsämtern, Beiräten und Fürsorgekommissionen.»[536]

Die Massnahmen, welche die Behörden getroffen hätten, um der Nahrungsmittelkrise Herr zu werden, würden nicht die gewünschte Wirkung erbringen, sondern seien entweder «Flick- und Pfuschwerk»[537] oder dienten in erster Linie dazu, «den kapitalistischen Staat zu erhalten»[538], ohne dabei auf die Nöte der arbeitenden Bevölkerung einzugehen. Erst wenn «die Preise bereits eine schwindelnde Höhe erreicht hatten»[539] habe der Staat zögernd eingegriffen, um Hungertote zu vermeiden.
Die im Inland vorhanden Lebensmittel würden bei weitem reichen, um alle Menschen in der Schweiz versorgen zu können: «Wenn die Reichen auf ihr bisheriges Wohlleben verzichteten

534 Vgl. Burkhard 2016: 244-250.
535 Heeb 1918: 5.
536 Heeb 1918: 4.
537 Heeb 1918: 5.
538 Heeb 1918: 3.
539 Heeb 1918: 3.

oder dazu vom Staat gezwungen würden, wäre der Ausgleich garantiert, die Verköstigung der Unterbemittelten nicht länger in Frage gestellt.»[540] Da dem aber nicht so sei, sondern die Vermögenden «[…] sich […] noch immer Tag für Tag, mehr als ihrer Gesundheit zuträglich den Wanst voll[stopfen], derweil die Hundertausende [sic!] von Besitzlosen nicht einmal so viel haben, um den schwarzen Hunger von sich fernzuhalten»[541], sehe man sich in der Schweiz einer Nahrungsmittelkrise gegenüber. Diese Ernährungskrise war gemäss Grimm und seinen Genossen also nicht auf eine Verknappung des Angebots zurückzuführen, sondern speiste sich vielmehr aus dem ungleichen Zugang zu den vorhandenen Nahrungsmitteln.

Entsprechend setzten die Vorschläge von Grimm und Heeb, die letzterer in seiner Kampfschrift formulierte, primär bei Massnahmen zur Distribution an. So schlug Heeb «eine lückenlose «Bestandesaufnahme aller Lebensmittel bei Produzenten, Gross- und Kleinhändlern wie bei allen Privaten»[542] vor, um eine «gänzliche Erfassung der im Land befindlichen Vorräte»[543] zu ermöglichen, um schliesslich «die Beschlagnahme aller Lebensmittel in privaten Händen»[544] in die Wege leiten zu können. Der wirkliche Eigenbedarf der landwirtschaftlichen Erzeuger könne von dieser Requisition ausgenommen werden, aber der Möglichkeit des Bauern, «Produkte über seinen eigenen Bedarf hinaus»[545] zu horten, müsse entschieden entgegengetreten werden. Denn im Akt des Hortens durch die Bauern liege die eigentliche Quelle des Schleichhandels.[546] Die Rationierung müsse nach vollzogener Beschlagnahme durch den Staat auf alle Lebensmittel ausgeweitet werden.
Ferner sei die Zweiteilung der Bevölkerung mit der «Klassifizierung in Besser- und Minderbemittelte»[547] zu überwinden. Besonders die Massenspeisungen und Wohltätigkeitsverpflegungsmöglichkeiten für Minderbemittelte in den Städten waren Heeb ein Dorn im Auge. Diese Stigmatisierung der Armen sei unzulässig. Vielmehr mache «eine Massenspeisung nur dann einen Sinn, ist nur dann demokratisch, wenn sie für alle obligatorisch erklärt wird»[548]. Es gehe nicht an, dass zwei unterschiedliche Preise und damit eine Klassifizierung der Gesellschaft in zwei Teile praktiziert würde. Vielmehr sei «die allgemeine Abgabe der Lebensmittel zu billigerem Preis ohne Rücksicht auf Vermögen und Einkommen»[549] zu verfolgen. Dazu müssten alle Lebensmittel, die

---

540 Heeb 1918: 5.
541 Heeb 1918: 5. [Ergänzung durch den Autor der vorliegenden Arbeit vorgenommen.]
542 Heeb 1918: 9.
543 Heeb 1918: 9.
544 Heeb 1918: 9.
545 Heeb 1918: 9.
546 Vgl. Heeb 1918: 9.
547 Heeb 1918: 11.
548 Heeb 1918: 11.
549 Heeb 1918: 12.

über den Eigenbedarf der Produzenten hinausgingen, beschlagnahmt und zentral unter staatlicher Kontrolle gelagert werden.[550]

Dieses Programm gehe manchen zu weit und werden als undurchführbar angesehen. Insbesondere befürchteten gemässigte Sozialdemokraten einen „Produzentenstreik […], wenn man ihnen ihre Bewegungs- und Verfügungsfreiheit von Staatswegen allzu sehr beschneide»[551].

Die sozialdemokratischen Kreise vertraten ausserdem, insbesondere in den Jahren 1917-1918, die Ansicht, dass genügend Lebensmittel im Land zur Verfügung stünden, um die gesamte Bevölkerung ausreichend ernähren zu können, und dass sich das Problem der Lebensmittelengpässe einzig und allein aus der ungerechten Verteilung speise. Daher forderten sie möglichst tiefe Nahrungsmittelpreise, basierend auf einer umfassenden, zentralen und staatlichen Lagerung und Erfassung der Lebensmittel sowie einer gerechten Distribution mittels Rationierung.

Währenddessen verwiesen die landwirtschaftlichen Kreise um Ernst Laur auf die gestiegenen Produktionskosten, weshalb keine Preisnachlässe gewährt werden könnten, wenn die Bauern zur weiteren Produktion befähigt sein sollten. Laur hatte bereits während der Zolltarifkämpfe der Jahre 1902/1903 die grundsätzlich unterschiedliche Wahrnehmung zwischen Arbeitern und Bauern beklagt:

> «Wenn die Arbeiterschaft nicht einsehen lernt, dass die Preisfrage für die Bauern, auch für die kleinsten unter ihnen, dasselbe ist, was für die Arbeiter die Lohnfrage, so fällt jede Verständigung dahin. »[552]

Die Preisfrage war also seit Beginn der Vertretungspolitik durch Bauernverband und organisierte Arbeiterschaft ein umstrittenes Thema. Doch qualitativ erreichte dieser Streit während des Ersten Weltkriegs einen neuen Höhepunkt.

Während die Sozialdemokraten mit zunehmender Teuerung und Nahrungsmittelknappheit auf den Märkten immer radikaler nach interventionistischen Massnahmen im Bereich der Verteilung riefen, verwiesen die Vertreter der Landwirtschaft darauf, dass die Produktionsbedingungen keine weiteren Preisnachlässe zuliessen, wolle man die Landwirtschaft nicht ruinieren. Beispielsweise könnte die Landwirtschaft angesichts der Weltmarktpreise zu Kriegszeiten weit höhere Milchpreise verlangen, als dies in der Schweiz unter Rücksichtnahme auf die Konsumentenpreise getan wurde, so die Argumentation Ernst Laurs.[553] Er verwies dabei stets auf die Vereinbarungen zwischen den Konsumentenvereinen, den Behörden und den schweizerischen Milchproduzenten bei

---

550 Vgl. Heeb 1918: 12-13.
551 Heeb 1918: 13.
552 Schweizerische Bauernzeitung Juni, 1902: 27; Baumann 1993: 189.
553 Vgl. Schweizerische Bauernzeitung Juni, 1915: 23.

der Gründung der schweizerischen Käseunion, welche gerade im Hinblick auf die Versorgung der städtischen Bevölkerung eine Quersubventionierung der Milchpreise durch die zugelassenen Exporte bezweckt hatte. Dies nehme die Sozialdemokratie aber nicht zur Kenntnis und instrumentalisiere stattdessen die Landwirtschaft zum eigentlichen Gegner der Sozialdemokratie.[554]

> «Statt dass die Sozialdemokraten dem Bundesrate und der Bauernsame für dieses Entgegenkommen danken, machen sie den Behörden Vorwürfe, dass diese ihre jetzige Macht nicht missbrauchten, um den Bauern durch ganz niedrige Preise zu ruinieren.»[555]

Nach Laurs Auffassung musste eine sozialdemokratische Politik unweigerlich in der Zerstörung des Bauernstandes resultieren, weswegen er die Position vertrat, dass gerade der Bauernstand ein wichtiges Bollwerk gegen eine drohende Machtübernahme durch die Sozialdemokratie darstelle.[556] Diese antisozialistische Überzeugung hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg ausgeprägt und wurde nun während des Kriegs durch die ebenso scharfen Angriffe auf die Landwirtschaft durch die Sozialdemokratie weiter verstärkt. In diesem Zusammenhang ist aber festzuhalten, dass Laurs Ablehnung nur einer «extremen Sozialdemokratie»[557] galt, die er in der Politik von Heeb und Grimm glaubte ausmachen zu können. Das Grütlianer Manifest[558] von 1917, mit dem der Grütlibund die Abspaltung von der SPS zementierte, begrüsste Laur als möglichen Weg für einen patriotisch geprägten Sozialismus, der auch «ein Zusammenarbeiten von Bauer und Arbeiter»[559] ermöglichen sollte.

Den christlich-patriotischen Grundsatz, welcher den Ideen der Grütlianer zugrunde lag, teilte Laur, lehnte jedoch den materialistisch-marxistisch geprägten Ansatz von Grimm und Heeb ab. Denn in dem materialistischen Ansatz machte er eine Adaption der marxistischen Linie Karl Kautskys aus, welcher der Landwirtschaft die Auflösung in industriell organisierte Grossbetriebe prophezeit hatte.[560] Kautsky seinerseits hatte in den Diskussionen zur deutschen Agrarfrage von einem gemässigten Sozialdemokraten – Eduard David – Widerspruch erfahren: David hatte auf die grundsätzlich unterschiedlichen Produktionsweisen in Industrie und Landwirtschaft aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, dass die Gesetzmässigkeiten des industriellen Fortschritts nicht einfach auf die Landwirtschaft adaptiert werden könnten, da deren Arbeitsressourcen le-

554 Vgl. Schweizerische Bauernzeitung, September 1915: 33.
555 Schweizerische Bauernzeitung, Juni 1915: 23.
556 Vgl. Baumann 1993: 188-189.
557 Schweizer Bauernzeitung, September 1915: 33.
558 Grütliverein Zürich 1917.
559 Schweizerische Bauernzeitung, Mai 1917: 19.
560 Kautsky 1899. Siehe zu dieser Debatte in der deutschen Sozialdemokratie ferner Kapitel 4.6.1.

bende Organismen darstellten und keine «tote Materie»[561]. Analog zu dieser Debatte in der deutschen Sozialdemokratie stellte Laur in der schweizerischen Auseinandersetzung eine mögliche Zusammenarbeit mit den gemässigt antimaterialistischen Sozialdemokraten in Aussicht, während er die SPS unter Grimm als «Todfeind des Bauernstandes»[562] brandmarkte.

Als ab Sommer 1916 die witterungsbedingten Ernteausfälle die Nahrungsmittelkrise weiter zuspitzt hatten, verhärteten sich die Fronten immer mehr. Die Aussage der landwirtschaftlichen Vertreter, dass Preiserhöhungen auch im Bereich des Milchkonsums unumgänglich seien, wolle man die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft aufrechterhalten, wurden von den Sozialdemokraten als Streikandrohung der Produzenten interpretiert,[563] während die von Demonstrierenden mit immer grösserem Nachdruck eingeforderten Interventionen in die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte als Vorboten eines revolutionären Umsturzes gedeutet wurden. Kurz, die Lebenswelten der städtischen und ländlichen Gesellschaften hatten sich während des Ersten Weltkriegs nicht nur weiter entfremdet, sondern hatten sich gegen Ende des Kriegs sogar in Form einer gegenseitigen Feindseligkeit zugespitzt. Der Landesstreik und die Bekämpfung des Streiks durch mehrheitlich ländliche Truppen ist der anschauliche Ausdruck der innerlichen Entfremdung, die die Schweiz während des Ersten Weltkriegs erfasst hatte.

3.5 Zwischenfazit

Die Überlagerung von Wirtschaftskrieg und Missernten hat die vorhergehende Versorgungspolitik, welche der Schweizer Bevölkerung hinsichtlich der Versorgungssicherheit bis 1916 einigermassen gute Dienste geleistet hatte, zerstört. Die Massnahmen, welche auf eine Aufrechterhaltung des Handels gezielt hatten, griffen nicht länger und die schweizerische Landwirtschaft produzierte an den Grenzen ihrer Kapazitäten, bei gleichzeitig schlechten Witterungsbedingungen und fehlenden agrarischen Hilfsmitteln.
Die Situation der Lebensmittel-Versorgung war in den Jahren 1917/1918 desaströs. Die Behörden versuchten, die landwirtschaftliche Produktion mittels einer Flut von Verordnungen innert

561 David 1922: 44. Vgl. zu dieser Debatte auch Auderset 2017; Auderset, Moser 2018a.
562 Schweizerische Bauernzeitung, September 1915: 1.
563 Während des Landesstreiks hielten Milchproduzenten und die milchverarbeitende Industrie nachweislich Milchlieferungen zurück. Auderset und Moser verweisen darauf, dass die Rolle von Streikenden und Bestreikten nicht klar voneinander zu trennen war und sich teilweise überschnitten. So hätten Produzenten mit ihrem Boykott der Milchlieferung nicht die streikenden Arbeiter im Fokus der Aktion gehabt, sondern vielmehr die eigenen Milchverbände, die aufgrund der immer schärferen Ablieferungsverpflichtungen bei den Produzenten in Ungnade gefallen waren. Im Chaos des Streiks erhofften sich die Milchproduzenten, die Ablieferungsverpflichtungen über eigene Protestaktionen auf die politische Agenda setzen zu können. Vgl. dazu: Auderset, Moser 2018d: 58-59.

kürzester Zeit strukturell neu auszurichten und gleichzeitig die Produktion von Lebensmitteln durch die Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung auszuweiten sowie – nur zaghaft – mittels Rationierungsmassnahmen in die Verteilung von Lebensmitteln einzugreifen. Diese Ambitionen waren zwar gut gemeint, ein Erfolg der behördlichen Zielsetzungen wäre aber angesichts der Rahmenbedingungen jener Zeit indes einem Wunder gleichgekommen.

Zudem war die Gesellschaft durch politische Grabenkämpfe, die sich aufgrund der massiven Teuerung von Alltagsgütern zugespitzt hatten, zutiefst gespalten. Der Landwirtschaft fehlten Arbeitskräfte und Hilfsmittel und die Konsumenten sahen sich einer stetigen Preisspirale auf dem Lebensmittelmarkt gegenüber. Kurz gesagt, die volkswirtschaftliche Stabilität der Schweiz war aus den Fugen geraten und es bedurfte einer dringenden Kurskorrektur, um eine drohende Hungersnot und eine weitere Entfremdung der städtischen von der ländlichen Bevölkerung und umgekehrt vermeiden zu können.

Der Konflikt zwischen Stadt und Land prägte zwar die politische Kultur am Ende des Ersten Weltkriegs. Er ist aber kein geeigneter Indikator, um die realen versorgungspolitischen Probleme zu analysieren.

Hierfür muss der Fokus vielmehr auf die strukturellen Weichenstellungen der Landwirtschaftspolitik *vor* dem Krieg gelegt werden. Diese sah nur eine Förderung der Landwirtschaft durch die Modernisierung und Einbindung in den Weltmarkt vor. Die Umstellung der Agrarproduktion in der Schweiz von Getreide- auf Milchwirtschaft führte zu einer einseitigen Spezialisierung der Schweizer Landwirtschaft im global arbeitsteiligen System. Die Lebensmittelversorgung der Schweiz hing direkt vom Funktionieren dieses Systems ab. Die Landesversorgung wurde in erster Linie als Problem des Warenverkehrs begriffen. Nicht nur die direkte Versorgung der Bevölkerung war fortan eine Sorge des ausreichenden Imports, auch agrarische Hilfsgüter, wie Futtermittel, Dünger und Saatgut, wurden den Funktionsweisen des globalen Marktes unterworfen. Als dieses System mit dem Ausbruch des Kriegs zusammengebrochen war, versuchten die Verantwortlichen, die Schweizer Landwirtschaft soweit an die Störungen anzupassen, damit dieses auch die Krisenzeit unbeschadet überstehen konnte.

Diese erste Phase der Kriegswirtschaft kann als Phase des «Routinelernens»[564] bezeichnet werden. Routinelernen zeichnet sich dadurch aus, dass in einer Situation, welche noch einer Problemlösung bedarf, Vertrauen in herkömmliche Bewältigungsstrategien besteht. Die vertrauten Regeln des Handelns müssen nur an die neuen Rahmenbedingungen angepasst und entsprechend interpretiert werden.

Aus dieser Logik heraus wurde die sogenannte Käseunion geschaffen. Diese sollte im Moment der Krise zum einen die Versorgung der Bevölkerung sichern helfen, zum anderen aber auch das

564 Siegenthaler 2012: 32.

erst kürzlich etablierte System der spezialisierten landwirtschaftlichen Produktion für den Weltmarkt in Zeiten des Kriegs stabilisieren.

Für diese Einschätzung spricht die Tatsache, dass die Steigerung der inländischen Produktion erst nach der Eskalation der Ernährungskrise wirklich thematisiert wurde und die Landesversorgung zuvor innerhalb der Logik der bisherigen Versorgungspolitik zu gewährleisten versucht wurde.

Es kann darüber spekuliert werden, ob eine frühzeitigere Fokussierung auf die inländische Produktion sich die Ernährungskrise hätte eindämmen lassen. Für die Analyse des Ereignisses ist aber wichtig festzuhalten, dass mit der Eskalation der Krise ab Sommer 1916 ein Umdenken in Behörden und Teilen der Bevölkerung einsetzte und nun die inländische Produktion in den Fokus der Krisenbekämpfung rückte. Dabei kamen verschiedene Ansätze - von Rationalisierungsbestrebungen im Konsum, über die bessere Nutzung landwirtschaftlichen Bodens bis zu einer breiteren Integration der Bevölkerung bei der Produktion von Nahrungsmitteln - zum Tragen. Diese Ansätze verknüpften zuvor stark voneinander isolierte Gesellschaftsbereiche zu komplementär angedachten Netzwerken. Die Ernährungskrise war die treibende Kraft hinter dieser offenen Phase, die durch einen Prozess des «fundamentalen Lernens»[565] ausgezeichnet war.

Die Landesversorgung wurde nun zunehmend als Problem der Produktion begriffen. Es rückten hastig entwickelte experimentelle Lösungsansätze in den Vordergrund, welche alle eine Steigerung der inländischen Produktion bezweckten. Aber auch die Seite des Konsums geriet nun stärker ins Visier. Der Anbau und Verzehr von vegetabilen Nahrungsmitteln wurde propagiert, um die Versorgung der Bevölkerung möglichst ressourcenschonend auf neue Wege zu bringen.

Grundsätzlich wurde die Frage nach der künftigen Rolle der Landwirtschaft in einer industrialisierten Gesellschaft während des Kriegs im Allgemeinen und der Nahrungsmittelkrise im Besonderen mit Nachdruck neu gestellt. Das Problem der Versorgung formierte sich in der Krise zu einem Interventionsfeld, das einen gestaltenden Eingriff erforderte und zu experimentellen Lösungsansätzen einlud, denn der Krieg hatte die Mängel des früheren Versorgungssystems offenbart. Die schweizerische Gesellschaft sah sich mit einem grossen Mangel in der Ernährung konfrontiert und gleichzeitig durchzogen politisch unüberbrückbar scheinende Gräben das Alpenland und trennten Stadt und Land in sich feindselig gegenüberstehende Gesellschaftsschichten.

Wie sollte die Gesellschaft künftig verfasst sein, um solche Verletzlichkeiten nicht mehr zuzulassen? Diese Frage prägte am Ende des Ersten Weltkriegs das Denken der unterschiedlichen Akteure aus den Bereichen des Konsums, der Produktion und der Verteilung von Nahrungsmitteln. *Von oben* wie *von unten* gingen auf dem Höhepunkt der Krise Vorschläge für die künftige Gestaltung der langfristigen Versorgung der Schweizer Bevölkerung ein.

---

565 Vgl. Siegenthaler 2012: 33.

Die Ansätze zur Neugestaltung der Versorgung gingen bald weit über die Ernährungsfrage hinaus. So begannen die Akteure beispielsweise damit, die Strukturen der schweizerischen Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen und utopische Gegenentwürfe zu skizzieren. Aus der Not der Krise begannen aber auch Ansätze einer harmonisch imaginierten Gesellschaft zu keimen.

4 Ansätze zur Krisenüberwindung 1917/1918

4.1 Die Krise und die Suche nach politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Neugestaltung 1917/1918

Die Lebensmittelkrise der Jahre 1917/1918 forderte die Zeitgenossen heraus, neue Ideen zu entwickeln, da sie sich auf den herkömmlichen Massnahmenkatalog – der auf den Handelsverkehr mit dem Ausland abgestellt hatte – nicht länger abstützen konnten. Auderset und Moser haben die Ernährungskrise 1917/1918, angelehnt an die Worte[566] von Ernst Laur, als «agrarpolitische Lehrmeisterin»[567] beschrieben. Dabei haben sie die Vielfalt an «fundamentalen Lernprozessen»[568] jener Zeit in den Vordergrund ihrer Untersuchung gestellt und auf die Offenheit der Orientierungsfindung in den Krisenjahren verwiesen.[569]

Der Begriff des «fundamentalen Lernens» geht auf den Schweizer Wirtschaftshistoriker Hansjörg Siegenthaler zurück. Er verweist darauf, dass die Menschen ausserhalb eines Krisenkontextes erlebte Unsicherheiten durch Informationsbeschaffung und Orientierung an tradierten Regeln abbauen können. In einem Krisenkontext gelinge dies hingegen nicht. Stattdessen setze hier ein Prozess des «fundamentalen Lernens» ein, worin neue Regeln erprobt und angeeignet oder vertraute Regeln modifiziert werden müssten.[570]

Ein Prozess des fundamentalen Lernens während einer Krise lässt sich durch zwei wesentliche Merkmale kennzeichnen. Erstens eröffnet der Prozess vielseitige Partizipationsmöglichkeiten, was den Handlungsraum, in dem Problemlösungen gesucht werden, stark vergrössert. Zweitens ist ein solcher Prozess aber meistens auch durch einen latent vorhandenen Zeitdruck gekennzeichnet, sodass zwar ein offener und vielseitiger Austausch an Ideen stattfinden kann, allerdings kaum Zeit bleibt, diese Ideen auch entsprechend zu testen und ihre Umsetzung zu planen.[571]

Dementsprechend haben Auderset und Moser den Gestaltungsraum der Versorgungs- und Agrarpolitik in den Jahren der Krise als *offenen Prozess* beschrieben und auf die Neukonfiguration der Kommunikationskanäle in den versorgungs- und agrarpolitischen Diskursen hingewiesen. Sie haben verdeutlicht, dass durch die Krise die «landwirtschaftliche Produktion erneut in den Fokus des Nachdenkens über die Ernährungsfrage» gerückt ist.[572]

---

566 Laur bezeichnete den Krieg als den «überzeugendsten Lehrmeister in land-und volkswirtschaftlichen Fragen». Vgl. Protokoll des Schweizerischen Bauernverbandes, Band 1: 7. Zit. nach: Baumann 1993: 322.

567 Auderset, Moser: 2012: 133.

568 Vgl. Siegenthaler 2012: 34.

569 Vgl. Siegenthaler 2012: 34.

570 Vgl. Siegenthaler 2012: 34. Siehe dazu auch Kapitel 1.1.1.

571 Vgl. Mergel 2012: 15.

572 Vgl. Auderset, Moser 2012: 148.

In diesem Kapitel soll nun die Perspektive von Auderset und Moser aufgenommen und die entsprechenden Akteure in ihrem Kontext verortet werden. Dabei soll vor allem nach den weiterreichenden Zielen der Akteure gefragt werden. Denn die meisten Akteure trugen die Bemühungen der Behörden zur Hebung des landwirtschaftlichen Anbaus zwar mit, doch gleichzeitig wollten sie sich aber nicht mit der Tilgung der momentanen Not begnügen. Ihr Ziel lag vielmehr darin, langfristig eine stabilere Gesellschaftsordnung zu entwerfen, die sich gegenüber künftigen Herausforderungen resistenter zeigen sollte. Der Geoarchitekt und spätere BGB-Ständerat Hans Bernhard fragte 1918: «Was tun wir, um durch grösstmögliche Eigenerzeugung den Versorgungsschwierigkeiten in Zukunft wirksam vorzubeugen?»[573] Und der Anarchist und Fürsprecher der Siedlungsbewegung Gustav Landauer[574] schrieb:

> «Wir wollen Siedlungen gründen; wir wollen, dass die Arbeiter Landarbeit, auf dem Feld und in den Gärten, und Industriearbeit, in Werkstätten und Fabriken vereinigen; wir wollen recht viele, nach Möglichkeit alle unsere Bedürfnisse selbst herstellen.»[575]

Von Hans Bernhard bis Gustav Landauer tat sich ein weites politisches Spektrum an Akteuren auf, die in der (Ernährungs-)Krise eine Chance zur Neugestaltung und zur Neuverhandlung der gesellschaftlichen Grundlagen erblickten.

Auf zwei Ebenen konzentrierten sich die Akteure 1917/1918: Zum einen galt es, die Lebensmittelknappheit sofort zu bekämpfen. Zum anderen gewann unter den Akteuren die Einsicht, dass die Krise nicht durch den Krieg allein ausgelöst wurde. Dieser hatte vielmehr als Katalysator gedient und ermöglichte die Zuspitzung einer Situation, die strukturellen Fehlentwicklungen vor dem Krieg entsprungen war. Es galt also, die Not mithilfe von Sofortmassnahmen zu lindern und gleichzeitig Strukturen zu etablieren, welche langfristig eine krisenresistentere Gesellschaftsordnung erlauben sollten.

Die Ernährungskrise in den Jahren 1917/1918 bildete also einen neuen Erfahrungshorizont, gegenüber dem sich ein Cluster von unterschiedlichen Akteuren sammelte, welche eingreifend und gestaltend eine neue Gesellschaftsordnung zu entwerfen beabsichtigten. Auderset und Moser

---

573 Bernhard 1918a.

574 Gustav Landauer (1870-1919) war Schriftsteller und anarchistischer Theoretiker. Er vertrat wie Peter Kropotkin einen kommunistischen Anarchismus, der auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe beruhte. Als Pazifist kritisierte er die Entwicklungen während des Ersten Weltkriegs scharf. Er war zusammen mit Margarethe Hardegger (1882-1963; Frauenrechtlerin und Gewerkschafterin) Gründer des «Sozialistischen Bundes» und gab die Zeitschrift „Der Sozialist" heraus. Während dieser Zeit beschäftigte sich Landauer intensiv mit der Siedlungsbewegung und Siedlungstheorien. Er erachtete die Siedlung als mögliche Form zur Realisierung einer Gesellschaft auf kommunistisch-anarchistischer Basis, die er als «wahre Realisierung» des Sozialismus erachtete. Margarethe Hardegger experimentierte in der Schweiz mit entsprechenden Siedlungsvorstellungen. Vgl. Wolf 1988: 7-14, 74-77; siehe zudem Kapitel 4.6.5.

575 Landauer 1924: 120.

sprechen davon, dass die Krise die Agrar- und Ernährungspolitik in ein Laboratorium des Social Engineering überführte.[576]

Die Akteure, die an dieser Neugestaltung partizipierten, handelten neben-, mit- und zuweilen auch gegeneinander. Trotz der vielzähligen Motivationen und teilweise scharfen ideologischen Grenzen bestand im Moment der Krise ein gemeinsamer Referenzpunkt, der das Denken dieser unterschiedlichen Akteure auf ein Interventionsfeld fokussierte und einen gemeinsamen Rahmen festlegte, in dem sich überschneidende Zukunftsvorstellungen vollziehen konnten.

Dieser gemeinsame Referenzpunkt ist darin auszumachen, dass alle involvierten Akteure eine Art gesellschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Ausgleich herbeiführen wollten. Der Geoarchitekt Hans Bernhard ging beispielsweise davon aus, dass das «Missverhältnis von Nahrungsschaffenden und Nahrungszehrenden»[577] ausgeglichen werden müsse und eine «Brücke über die Kluft, die bis jetzt Stadt und Land leider scharf voneinander trennte», gebaut werden sollte.[578] Und auch der «Rote Pfarrer»[579] Paul Pflüger aus Zürich, der sich in der Familiengartenbewegung betätigte, wünschte sich – insbesondere hinsichtlich des gesunden Wohnens – eine Annäherung von Stadt und Land: «Das Ideal der weit in die Zukunft Schauenden ist eine Vermählung der städtischen und ländlichen Kultur.»[580] Mit einem etwas anderen Fokus beabsichtigte der Konsumentenvertreter Bernhard Jäggi, dass die Konsumenten vermehrt die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion kennenlernen und dank dieser Kenntnisse Verständnis zwischen den traditionell verfeindeten Gruppierungen von Konsumenten und Landwirten aufgebaut werden könnte. So lautete Jäggis Vision: «Wir machen den Konsumenten zum Produzenten.»[581] Für eine bessere und direktere Beziehungen zwischen Produzentinnen und Konsumentinnen sowie für eine Eindämmung des Zwischenhandels und die Verbesserung der weiblichen Lebensrealitäten in der schweizerischen Landwirtschaft setzte sich die Waadtländer Bäuerin Augusta Gillabert-Randin[582] ein.

---

576 Vgl. Auderset, Moser 2012: 148. Zur Erläuterung der Theorie des Social Engineering» siehe Kapitel 1.3.

577 Bernhard 1918a.

578 Bernhard 1918b: 11.

579 Nachruf auf Paul Pflüger. In: Industriearbeiter, Nummer 52, XVII, 1947, enthalten in: SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 111.1.

580 Pflüger 1909: 10.

581 Ausschuss des Aufsichtsrates des Verbandes schweizerischer Konsumvereine vom 8.04.1916, CoopArchiv, o.S.: 31.

582 Augusta Gillabert-Randin (1869-1940) war eine Landwirtin, die sich explizit für die Anliegen von Bäuerinnen auf nationalem und internationalem Parkett einsetze. Ab 1914 war sie eigenständige Leiterin eines Landwirtschaftsbetriebes in Moudon und setzte sich fortan für die Aufwertung der landwirtschaftlichen Frauenarbeit ein. Sie setzte sich auch für das Frauenstimmrecht ein, publizierte regelmässig Artikel in genossenschaftlich und landwirtschaftlich orientierten Periodika. 1918 gründete Gillabert-Randin die «Association des Productrices de Moudon». Zudem setzte sich Gillabert-Randin für direkte Marktbeziehungen zwischen Konsumierenden und Produzierenden ein. Vgl. AfA-Personendatenbank; Ludi 2018.

Nicht zuletzt sollten in den Jahren 1917/1918 auch bereits ältere Visionen einer besseren Welt wieder zum Leben erweckt werden. So wurde die Forderung des Anarchisten Peter Kropotkin[583] vom Kaufmann Bernhard Mayer adaptiert, der am Zürcher Herrliberg ein altes Gut erstanden hatte und dieses einer Gruppe von Arbeitern um Leonhard Ragaz[584], die Anarchistin und Frauenrechtlerin Margarethe Hardegger[585] und den Agronomen und Kriegsdienstverweigerer Max Kleiber[586] zur Verfügung stellte, um dort mit den Idealen Proudhons, Kropotkins und Landauers zu experimentieren.[587]

Diese Phase der Suche nach Lösungswegen aus der Ernährungskrise von 1917/1918 zeichnete sich durch eine politische, theoretische und praktische Offenheit gegenüber neuen Handlungsansätzen und Denkweisen ab, aber auch durch die Orientierung an Lösungsansätzen, die bereits vor 1914 im Raum standen. Diese modifizierten alten und die neuen Lösungsansätze sollen im Folgenden vorgestellt werden.

4.2 Der Familiengartenverein Zürich – die ungeplante Ökonomisierung des Stadtgrüns

Es überrascht nicht, dass einer der ersten Ansätze zur Überwindung der Ernährungskrise aus dem Kreis der städtischen Konsumenten kam. Die Gesellschaftsschichten, die sich während des Kriegs einer ständigen Teuerung der Lebensmittel gegenübersahen, suchten als erste nach Wegen, die Teuerung tragbarer zu machen. Der Anbau von Lebensmitteln zur Entlastung des Haus-

583 Peter Kropotkin (1842-1921) war ein russischer Adliger, Wissenschaftler, Schriftsteller und Anarchist. Er bereiste viele Länder Europas und besuchte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch immer wieder die Schweiz. Insbesondere die Kontakte zu der Fédération jurasienne haben Kropotkin in Kontakt mit der Idee des Anarchismus gebracht. Vgl. Riggenbach 2008.

584 Leonhard Ragaz (1868-1945) war ein Schweizer Theologe, Pfarrer, Sozialdemokrat und Pazifist. Er war 1906 an der Entstehung der religiös-sozialen Bewegung beteiligt und gründete die Zeitschrift *Neue Wege. Blätter für religiöse Arbeit*. Er vertrat einen antimarxistischen, föderalistisch und pazifistisch geprägten Sozialismus. Vgl. Brassel-Moser 2021.

585 Margarethe Hardegger (1882-1963) war die erste Arbeitersekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Als aktive Frauenrechtlerin gründete sie neben verschiedenen Gewerkschaftssektionen und Konsumgenossenschaften die Frauenzeitschriften „Die Vorkämpferin" und „L'Exploitée". 1908 verlor sie aufgrund ihrer syndikalistischen und antimilitaristischen Haltung die Stelle beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund und gründete daraufhin mit Gustav Landauer den Sozialistischen Bund. In dieser Zeit beschäftigte sie sich eingehender mit den anarchistischen Siedlungsideen und beteiligte sich mit Max Kleiber am Aufbau der Landkommune „Alte Vogtei" in Herrliberg (ZH). Vgl. AfA-Personendatenbank; Bochsler 2007.

586 Max Kleiber (1893-1976) war ein Schweizer Agronom, Landwirt und Wissenschaftler. Während seines Studiums an der ETH Zürich wanderte Kleiber nach Kanada aus, um sich dort als Farmer zu versuchen. 1914 kehrte er in die Schweiz zurück, um das Studium zu beenden und der Militärpflicht nachzukommen. Der Pazifist verweigerte 1917 allerdings den Militärdienst, was zu einer zeitweiligen Relegation vom Studium an der ETH führte. In dieser Zeit experimentierte Kleiber zusammen mit Margarethe Hardegger in der alten Vogtei auf dem Zürcher Herrliberg mit alternativen Siedlungsmodellen. (Siehe dazu auch Kapitel 4.6.6.) Dank Fürsprache von Leonhard Ragaz und Georg Wiegner konnte Kleiber seine Studien an der ETH trotzdem noch beenden. Kleiber emigrierte dann definitiv in die USA, um fortan an der University of California als Professor am College of Agriculture zu lehren. Vgl. AfA-Personendatenbank; Brassel-Moser 2007.

587 Vgl. Mayer 1998: 79.

haltsbudgets war somit eine der naheliegendsten Optionen. Auf städtischen Pflanzplätzen begannen bereits vor der eigentlichen Krise Stadtbewohner damit, ihre Lebensmittel selbst zu produzieren und so eine partielle Selbstversorgung einzuleiten.

Die Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Nahrungsmittelproduktion hatte also bereits vor den staatlichen Verordnungen zur Ausdehnung des Anbaus auf städtischem Boden eingesetzt. In Form von Familiengärten wurde es Stadtbewohnern ermöglicht, auf einer eigenen Parzelle am Stadtrand einen eigenen Garten zu pflegen und so Gemüseanbau zu betreiben. Diese Bestrebungen sollten ursprünglich jedoch nicht primär der landwirtschaftlichen Produktion dienen, vielmehr war die Familiengarten-Bewegung von Stadtreformern schon vor dem Krieg diskutiert und geplant worden, um durch die Arbeit in der Natur erzieherisch und moralisch steuernd auf das Alltagsleben in engen und stickigen Städten einwirken zu können.[588] Entsprechend wollte die Familiengartenbewegung «das Grossstadtproblem an der Wurzel treffen»[589] und wurde dann mit der Zuspitzung der Krise immer stärker in eine ökonomische Funktion gedrängt. Exemplarisch soll deshalb hier kurz auf die Familiengartenbewegung in Zürich und ihren Fürsprecher Paul Pflüger eingegangen werden.

4.2.1 Familiengärten und Paul Pflügers Perspektiven

Die Familiengarten-Bewegung stand in engem Zusammenhang mit der Gartenstadtidee[590], die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in England von Ebenezer Howard entwickelt worden war sowie der Entwicklung von Schrebergärten[591] in Deutschland im 19. Jahrhundert. Durch die zunehmende Landflucht und das Anwachsen der Städte war eine Grossstadtfeindschaft entstanden, die oft mit einer romantischen Verklärung des ländlichen Lebens einherging.[592] Um 1900 entstand in vielen Städten Europas das Bedürfnis «den Versuch zu machen, die künftigen Städtebilder so zu gestalten, dass die Stadt und ihre Menschen im organischen Zusammenhang mit der ewig Leben spendenden Natur und Erde bleiben»[593].

In Zürich war es vor allem Paul Pflüger aus Zürich-Aussersihl, der sich seit 1898 einen Namen im Bereich des Fürsorgewesens und des Wohnungsbaus gemacht hatte, der Aspekte der Arbeitslosenfürsorge und Reformen im Wohnwesen mit seinen Vorstellungen eines evolutionären Sozia-

588 Siehe Kapitel 2.1.
589 Muthesius 1925: 71.
590 Siehe Kapitel 2.1.4.
591 Schrebergärten bezeichnen «in Pacht oder Miete abgegebene Grundstücke abseits der Wohnung, die als Zier- oder Gemüsegarten dienen.» Die Bezeichnung – die seit 1864 genutzt wird – geht auf den deutschen Arzt Daniel Gottlob Moritz Schreber (1808-1861) zurück. Vgl. Kurz 2012.
592 Vgl. Bergmann 1970: 33-164.
593 Muthesius 1925: 9. Siehe auch Kapitel 2.1.

lismus' als Gebot der Sittlichkeit verknüpfte.[594] Pflüger mass als Anhänger der Gartenstadtidee insbesondere der Gartenarbeit an frischer Luft einen hohen hygienischen, moralischen und erzieherischen Wert bei.[595] Er plädierte deshalb für eine anhaltende Verbindung der städtischen und ländlichen Lebensweise:

> «Das Ideal der weit in die Zukunft Schauenden ist eine Vermählung der städtischen und ländlichen Kultur, einer Vereinigung der Vorzüge städtischer Lebensweise mit den Vorzügen des Landlebens.»[596]

Erst durch diese Vermählung sei es möglich, den negativen Effekten der Lebensweise in den zu engen Städten zu entgehen. In der Schaffung von Pflanzplätzen[597], auf denen Arbeitslose fortan Gartenarbeit betreiben konnten, sah Pflüger die Möglichkeit, zumindest einen kleinen Beitrag an das von ihm favorisierte Ideal, das allerdings in weiter Ferne lag, zu leisten. Die Grundlage und die Motivation zur Schaffung dieser Pflanzplätze lag bei Pflüger im Gartenstadt-Ideal. So war es ihm wichtig, die städtische Enge mit der Möglichkeit von Arbeit auf städtischem Grün zu durchbrechen.

Die Familiengarten-Bewegung hatte aber auch bei Pflüger bereits vor der Krise einen ökonomischen Nutzen. So war es für ihn schon 1910 klar, dass der Gemeindeboden «für die Bevölkerung nutzbar gemacht werden»[598] müsse, um so der Wohnungsnot ein Ende zu machen und gleichzeitig die Bevölkerung «besser und reichlicher»[599] ernähren zu können, als es bis anhin der Fall gewesen sei.[600] Überhaupt liess Pflüger eine sehr weitsichtige und umfassende Perspektive in seinen Reformideen erkennen, denn er hatte die soziale Frage und die Agrarfrage über Eigentumsfragen miteinander verbunden. Er plädierte nämlich für die Schaffung von landwirtschaftlichen Genossenschaften und kleinbäuerlichen Heimstätten, welche sich im Eigentum der Landwirte befinden sollten und dadurch für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sorgen sollte.

Den Lohndruck in der Industrie verglich Pflüger mit dem Schuldendruck in der Landwirtschaft und äusserte daher die – für die sozialistische Bewegung in der Schweiz eher unübliche – Überlegung, dass Arbeiter und Bauern gleichermassen unter dem kapitalistischen System zu leiden hät-

---

594 Vgl. Nachruf auf Paul Pflüger. In: Industriearbeiter, Nummer 52, XVII, 1947, enthalten in: SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 111.1.

595 Vgl. M.E.: Nachruf auf Paul Pflüger. In: Der Familiengarten, Nummer 1, XXXII, 1948, enthalten in SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 111.1.

596 Pflüger 1909: 10.

597 Im Schweizerischen Idiotikon werden «Pflanzblez» als ein «Stück Pflanzland für Gemüse udgl.» bezeichnet. Der Begriff ist seit 1902 dokumentiert. Vgl. Digitale Version des Schweizerischen Idiotikons, https://digital.idiotikon.ch/idtkn/id1.htm#!page/9975/mode/1up, 12.07.2021.

598 Vgl. Pflüger 1910: 111.

599 Pflüger 1910: 116.

600 Vgl. Pflüger 1910: 111;116.

ten, da beide Gruppen einer Trennung von Arbeit und Eigentum unterworfen seien.[601] Die Mehrheit der Bauern bezeichnete Pflüger als «Schuldknechte der Kapitalisten»[602]. Der Kapitalismus lief für Pflüger bereits vor 1914 auf eine «Zerrüttung der Gesellschaftsordnung»[603] hinaus.

> «Ein Gefühl des Missbehagens zieht durch die Lande; da und dort kommt lang verhaltener Groll zum Ausdruck wie dumpfer Donnerlaut, und unheimliches Wetterleuchten blitzt auf wie vor einem Gewitter.»[604]

Diese pessimistische Aussage, die Pflüger an den Beginn seiner «Einführung in die soziale Frage»[605] stellte, stütze Pflüger mit dem Argument, dass in der Gesellschaft ein diffuses Unbehagen grassiere, das aus einer stetigen ökonomischen Unsicherheit der Menschen auf vielen gesellschaftlichen Ebenen genährt werde. Die Wurzel dieses sozialen Übels machte er in der Trennung von Arbeit und Eigentum aus.[606] Diese Trennung könne nur durch die Einführung eines «sozialen Prinzips»[607] überwunden werden, das von der Schaffung genossenschaftlicher Strukturen in der Stadt und auf dem Land flankiert werden sollte.[608] Entscheidend bei dem sozialen Prinzip sei die Wiederherstellung von Eigentum und einem sozialen Gemeinwesen. Pflüger erachtete insbesondere das Einfamilienhaus als ideale Wohnstätte.[609] In einem Heim, das der Kunst des Wohnens genüge, könne auch eine sittliche Erziehung erfolgen, welche dem Wohl der Gemeinschaft zuträglich wäre. Das Wohnen in einer «Mietskaserne»[610] hingegen erachtete Pflüger als moralisch zersetzend.[611] Die Familiengarten-Bewegung folge diesem Ideal und stelle sich «in Reih und Glied der sozialen Bewegung»[612]. Die Abgabe von Gartenland durch die Städte sei deshalb «kein Wohltätigkeitssport, sondern ein Zweig der Kommunalpolitik»[613].

Aspekte der Jugendfürsorge, der Hygiene, der Moral und der Versorgung standen im Zentrum der Gartenstadtbewegung, wie sie sich um 1900 konstituiert hatte und hier bei Pflüger noch

---

601 Vgl. Pflüger 1910: 7-8; Pflüger 1912: 159-160; 167.
602 Pflüger 1910: 7.
603 Pflüger 1910: 4.
604 Pflüger 1910: 3.
605 Pflüger 1910.
606 Pflüger 1910: 6.
607 Pflüger 1910: 81.
608 Vgl. Pflüger 1910: 4-6; 79; 121.
609 Vgl. Pflüger 1909: 11; siehe dazu auch Kapitel 2.1.2.
610 Als «Mietskasernen» wurden die städtischen Mehrfamilienhäuser bezeichnet, die sich über mehrere Etagen erstreckten. Die Entstehung von Mietskasernen ist eng mit der Industrialisierung und der damit einhergehenden Urbanisierung verknüpft. Oftmals zeichneten sich die Mietskasernen durch schlechte Wohnbedingungen punkto Hygiene und Platzverhältnissen aus. Bisweilen haben sich die Wohnbedingungen durch die Errichtung von modernen Mietskasernen aber auch verbessert gehabt, da diese infrastrukturell besser erschlossen waren als die städtischen Altbauten. Vgl. Zitelmann 2018: 64.
611 Vgl. Pflüger 1909: 8-9.
612 Pflüger, Paul: Familiengärten. Separatdruck aus der Schweizer. Zeitschrift für Gemeinnützigkeit, Heft 2, 1915: [Blatt 1-2] vorhanden im SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 111.1. [Fortan Pflüger: Familiengärten]
613 Pflüger: Familiengärten: [Blatt 1].

nachwirkte.[614] Als starker Kritiker des Alkoholkonsums war Pflüger zudem daran gelegen, dass die Arbeiter durch die Gartentätigkeit «eine früher ungeahnte Freude an der Natur bekommen und die Neigung zum Wirtshausbesuch verlieren» sollten[615]. So sollten die Familiengärten sowohl auf die Familien als auch auf die Kinder einen positiven Einfluss haben. Denn die Stadtjugend sei der Landjugend gegenüber stark benachteiligt, da die Stadtjugend kaum mit der Natur in Berührung komme.[616]

Die Tatsache, dass die Parzellen der Familiengärten in Zürich für den Anbau von Gartengewächsen, aber auch als «Spiel- oder Rasenplatz»[617] vorgesehen waren, weist ebenfalls darauf hin, dass der Familiengartenverein Zürich im Jahr 1915 noch sehr stark an der Wohnreform-Bewegung orientiert gewesen war und eine relativ breite Nutzung der Familiengärten zuliess. So sei es jedem Gärtner freigestellt, «seine Parzelle als Zier- oder als Gemüsegarten oder als dem Spielen der Kinder dienenden Rasen zu benutzen»[618].

Als die Ernährungskrise aber ihren Lauf genommen hatte, erkannte Pflüger, dass vor allem der Kriegslage «die sofortige Stärke und Kraft der [Familiengarten-]Bewegung gutzuschreiben ist»[619]. Dennoch gaben sich die Verantwortlichen des Vereins für Familiengärten an anderen Stellen des Berichts Mühe, die Bewegung nicht ausschliesslich auf ihre ökonomischen Funktionen im Krieg zu reduzieren, sondern stellten auch die «familiär-hygienischen»[620] Aspekte der Bewegung in den Vordergrund. Sie machten sich aber auch keine Illusionen darüber, dass die Lebensmittelkrise vor allem die Selbstversorgungsfunktion der Familiengärten ins Zentrum des Interesses rückte.

Dennoch war dem Zürcher Familiengartenverein daran gelegen, nicht nur als Kriegsmassnahme angesehen zu werden. Schliesslich wollte sich der Verein nicht damit begnügen, bestehende Not abzuschwächen, sondern, viel umfassender, das Leben städtischer Gesellschaften grundsätzlich zu reformieren. Der Verein sollte allerdings keine vorübergehende Notmassnahme darstellen. Und doch setzte er sich notgedrungen bereits 1915 in den Dienst der kriegswirtschaftlichen Funktion, indem er sein bisheriges Tätigkeitsfeld auf Familien im Raum Zürich ausweitete.

4.2.2 Zielsetzungen und Vereinsgründung

1915 war der «Verein für Familiengärten» in Zürich aus dem «Verband Arbeitshütte» hervorgegangen. Dieser war 1913 als Arbeitsanstalt für arbeitslose Männer gegründet worden, die auf

---

614 Vgl. Pflüger 1910: 111-113; Prinz 2012: 109.
615 Pflüger: Familiengärten: [Blatt 2].
616 Vgl. Pflüger: Familiengärten: [Blatt 1-2].
617 Bericht und Rechnung über das erste Betriebsjahr der Familiengärten in Zürich pro 1915; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.35.1. Seite 7. [Fortan: Jahresbericht Familiengartenverein 1915]
618 Pflüger: Familiengärten: [Blatt 2].
619 Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 3.
620 Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 10.

städtischem Land plantagemässig Gemüse anbauen, womit das Betteln eingedämmt und weiteren «üblen Folgen der Arbeitslosigkeit» entgegengetreten werden sollte.[621]
Nach Kriegsausbruch geriet der «Verband Arbeitshütte» in Finanznöte und kam deshalb im Frühjahr 1915 vom Projekt des Plantagenbaus ab und nahm sich der Schaffung von Familiengärten an. Im Unterschied zum im Projektstadium stehengebliebenen Plantagenbau sollte der Verein für Familiengärten in Zürich hauptsächlich als Vermittler von Parzellen zur Erstellung und Pflege von Kleingärten dienen, und einen Beitrag an die Pacht leisten. Denn der Verband pachtete Kulturland, das entweder in Eigenregie bearbeitet oder an Einzelfamilien weiterverpachtet wurde.[622]
Die Finanzverwaltung der Stadt Zürich verfügte 1915 über entsprechendes Wiesland, war aber mit der organisatorischen Arbeit, die im Zusammenhang mit der Verpachtung der kleineren Parzellen, anfiel, weitgehend überfordert. Aus diesem Grund übertrug sie dem Verein 1915 über 67'000 Quadratmeter Wiesland, mit dem Auftrag, dieses zum Zweck der Erstellung von Kleingärten zu verpachten.[623]

Wie bereits erwähnt, hatten die Lebenshaltungskosten seit Beginn des Kriegs stark zugenommen und die Versorgungslage der städtischen Bevölkerung hatte sich verschlechtert. Die Möglichkeit zum partiellen Eigenanbau von Nahrungsmitteln durch individuellen Anbau auf Gartenparzellen bot der städtischen Bevölkerung eine wichtige finanzielle Entlastung. Und so rückte der Aspekt der individuellen Selbstversorgung im städtischen Raum bereits vor dem Bundesratsbeschluss zur Hebung der inländischen Produktion von Nahrungsmitteln vom 16. Februar 1917[624] in den Vordergrund des Handelns bei den städtischen Kleingärtnern. So berichtete ein Pächter aus der Gartenkolonie Susenberg in der Stadt Zürich bereits 1915:

> «Gemüse haben wir den ganzen Winter keines kaufen müssen. Wirz, Rotkraut, Endivien, Sellerie und Lauch sind in einer Grube eingegraben und befinden sich in tadellosem Zustande. Kabis ist zu Sauerkraut geschnitten und eingemacht worden.»[625]

Für die guten Erträge im Jahr 1915 wurde insbesondere die günstige Witterung verantwortlich gemacht. Aber auch der geschickte Umgang mit Fleischmehl und Holz- und Papierasche als Düngemittel diente einer guten Ernte.[626] Der Verein für Familiengärten in Zürich versuchte zu-

621 Vgl. Statuten der Arbeitshütte Zürich vom 9.07.1913; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.15.1.
622 Vgl. Statuten der Arbeitshütte Zürich vom 15.03.1915; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.15.1.
623 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 3-4.
624 Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.02.1917: 591-599.
625 Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 20.
626 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 18.

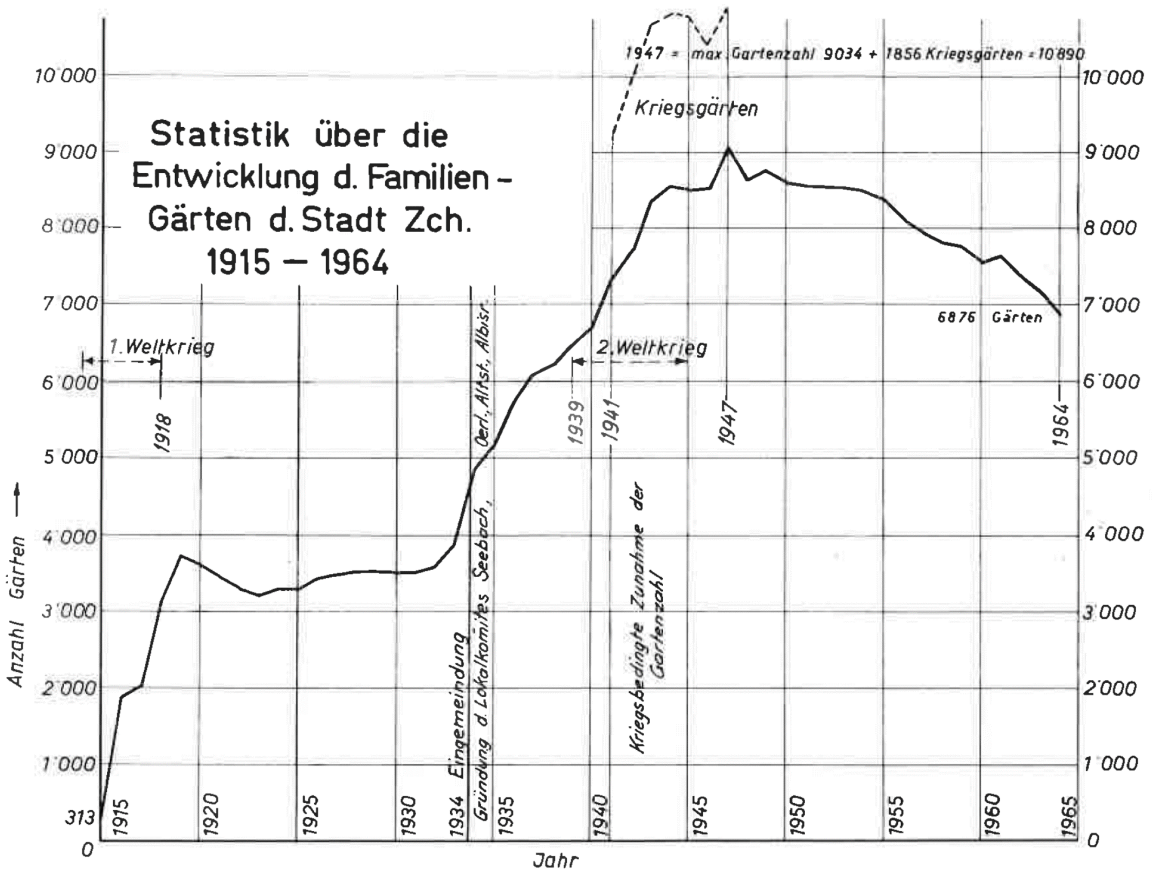
dem, den Pächtern mit der Vermittlung von Gartenbau-Wissen und Hilfsmaterial unter die Arme zu greifen.

Seit 1915 bemühten sich zudem auch in Zürich ansässige Unternehmen um Pflanzplätze für ihre Arbeitnehmer. So stellten die Maschinenfabrik Escher, Wyss und Cie., die Maschinenfabrik Oerlikon und die Schweizerischen Bundesbahnen im Raum Zürich ihrem Personal Boden für die Erstellung von Familiengärten zur Verfügung.[627] Escher Wyss sowie die Maschinenfabrik Oerlikon überliessen ihren Arbeitern kostenlos Land, Sämereien, Dünger und Wasser und bezahlten zudem einen Gärtner, der den Arbeiterinnen und Arbeitern das nötige Wissen vom Gartenbau vermitteln sollte.[628] Diese Kleingärten sollten ebenfalls helfen, den finanziellen Druck auf die Arbeitnehmenden zu lindern. Doch anders als die Familiengärten des Vereins waren diese Gärten als Fürsorgemassnahmen der Unternehmen für die eigenen Arbeiter gedacht und nicht als Teil einer umfassenden städtischen Fürsorgeaktion, wie beispielsweise jene des Familiengartenvereins Zürich. Dies äusserte sich darin, dass nur Arbeitnehmer des jeweiligen Unternehmens in den Nutzen der Massnahmen kommen konnten. Entsprechend vermochten die Erträge in den Kleingärten zwar vereinzelt zu einer erhöhten Autonomie der Familien gegenüber dem Lebensmittelmarkt beizutragen – die fürsorgliche Massnahme erhöhte aber gleichzeitig die Abhängigkeit des Arbeitnehmers von seiner Stelle bei dem jeweiligen Unternehmen.[629]

Dennoch spielte der partielle Selbstanbau bereits um 1915 eine zentrale Rolle bei der finanziellen Entlastung städtischer Arbeiterfamilien. Die Gärten erfüllten also bereits vor der eigentlichen Nahrungsmittelkrise eine ökonomische Funktion zur Linderung der Kriegslast im städtischen Raum. Wenn auch die Erträge der Familiengärten überschaubar blieben und volkswirtschaftlich dem sprichwörtlichen Tropfen auf dem heissen Stein gleichkamen, vermochte die Möglichkeit der partiellen Selbstversorgung doch für einzelne Familien durchaus als finanzielle Stütze zu dienen.

Entsprechend nahm die Nachfrage nach Pflanzplätzen mit der Zuspitzung der Krise in den Jahren von 1916-1918 stark zu. (Siehe Grafik 4)

627 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 15.
628 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1915: 17.
629 Vgl. Prinz 2012: 143.



Grafik 4: Über die statistische Entwicklung von Familiengärten in der Stadt Zürich von 1915-1964. In: Verein für Familiengärten 1965: 11.

4.2.3 Ökonomisierung der Familiengarten-Bewegung in der Krise

Die Zuspitzung der Krise in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs stellte fortan die ökonomischen Aspekte des Familiengartenwesens in den Vordergrund:

> «Die zufolge des Wirtschaftskriegs beängstigende Gestaltung der Verproviantierung unseres auf fremde Zufuhr so sehr angewiesenen kleinen Landes liess unsere Landesbehörde ausserordentliche Massnahmen zur denkbar höchsten Förderung und Hebung der landwirtschaftlichen Eigenproduktion an Lebensmitteln ergreifen. Andererseits war ohnehin die Nachfrage nach Familiengärten aus den Kreisen des Mittel- und Arbeiterstandes eine derart starke und dringliche geworden, dass unsere Vereinsorgane sich direkt gezwungen sahen, für die Produktionsperiode von 1917 die äussersten Anstrengungen in der Richtung der Landbeschaffung zu tun und die Zahl der Gärten zu vervielfachen.»[630]

Nicht ohne Stolz verkündete der Verein im Geschäftsbericht für das Jahr 1916 (publiziert im Frühjahr 1917), dass er von der Zürcher Stadtverwaltung zur «Durchführung der Bundesverord-

630 Bericht und Rechnung über das 2. Betriebsjahr der Familiengärten in Zürich pro 1916; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.35.1. Seite 10. [Fortan: Jahresbericht Familiengartenverein 1916]

nungen betreffend Hebung der landwirtschaftlichen Produktion vom 16. Februar 1917» herangezogen worden war. Der Verein erfreute sich zudem grosser Unterstützung vonseiten verschiedener städtischer Ämter, wobei die Direktion der Wasserversorgung hervorzuheben ist, die keine Mühen scheute, um die Pflanzplätze mit Wasserzuleitungen zu versehen sowie die städtische Gutsbetriebsdirektion, die den Verein mit Kartoffelsaatgut versorgte. Ebenso trat beispielsweise die Firma Escher Wyss und Cie. dem Familiengarten-Verein als Kollektivmitglied bei. Viele Bewerber für Pflanzplätze konnten aufgrund des mangelnden Platzes bzw. der steigenden Nachfrage nicht berücksichtigt werden. Zwar konnte die Zahl von 316 Gärten im Jahr 1915 im Jahr 1917 auf 1895 erhöht bzw. versechsfacht werden, dennoch mussten einige Bewerber zurückgewiesen werden.[631]

Die zunehmende Krise auf dem Nahrungsmittelmarkt wirkte sich direkt auf die Familiengarten-Bewegung aus. Die staatlichen Forderungen nach Mehranbau wurden in die Zielsetzungen des Familiengartenvereins aufgenommen, ohne die ursprüngliche Motivation der Gründung für den Verein Arbeiterhütten aus den Augen zu verlieren. Treffend wird im Geschäftsbericht von 1917 der Bericht eines Gärtners wiedergegeben:

> «Wo man hinkommt, wird Rasen aufgebrochen, gepflügt, umgegraben, angepflanzt. Menschen mit zarten, weissen Händen, die nur Stift und Feder führten, greifen zu Schaufel und Hacken. Arbeiter, die tagsüber den Ölgeruch des Maschinensaales in der Nase hatten, baden ihre Lunge in der Abendfrische auf ihren Pflanzgärten, auf dem Feld oder am Rain vor der Stadt. Weib und Kind tun mit. Sie haben ganz andere Gesichter als daheim in dumpfer Stube. Sie haben ein Stück Land unter ihren Füssen, mit allem, was es einem fleissigen Arbeiter, einem liebevollen Sämann schenken kann nach tatkräftigem Warten: Kartoffeln und Kraut, Zwiebeln und Bohnen, Salat und Rüben. Doch mehr als das. Der Eintritt in die Werkstatt des Erdbodens ist Rückkehr in die Natur und in natürliches gesundes Wesen. Dieser Kriegsgewinn ist unermesslich.»[632]

Aus diesen Worten wird deutlich, dass der Verein für Familiengärten die Aufgabe der partiellen Nahrungsmittelproduktion, die der Krieg an ihn herangetragen hatte, in sein ursprüngliches Programm einzubinden verstand. Zwar wird der letzte Satz, dass es bei dieser Entwicklung um einen «unermesslichen Kriegsgewinn» handle, im Bericht mit den bekannten Worten relativiert, dass die

---

631 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1916: 3-5,10, 20.

632 Bericht und Rechnung über das 3. Betriebsjahr der Familiengärten in Zürich pro 1917; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.35.1. Seite 4-5. [Fortan: Jahresbericht Familiengartenverein 1917]

Familiengärten eben keine Kriegsimprovisation seien, aber der Gesellschaft auch in unvorhergesehenen Krisen gute Dienste zu leisten vermögen.[633]

Der Verein für Familiengärten hatte die Aufgabe, die ihm durch eine Notlage zuteilwurde, akzeptiert und folgte fortan dem Credo des deutschen Gartenpioniers Leberecht Migge[634], welcher die partielle Selbstversorgung als wesentlichen Aspekt der Gartenbewegung propagierte.[635] Migge, der vor dem Krieg als stadtplanerischer Sonderling betrachtet worden war, plädierte neben einer nachhaltigen Umstellung auf vegetarische Ernährung für stadtplanerische Massnahmen, welche eine vermehrte Selbstversorgung auf städtischem Boden ermöglichen sollten. Es spricht für den Prozess des fundamentalen Lernens während des Kriegs, dass der lange als Sonderling verschmähte Migge ab 1918 zu einem der gefragtesten Planer im deutschen Sprachraum werden sollte, der die stadtplanerischen Elemente der Auflockerung und der Dezentralisierung neben der Selbstversorgung zu den zentralen Grundsätzen moderner Stadtplanung erhoben hatte.[636]

Ähnlich versuchten auch Paul Pflüger und seine Mitstreiter ihre früheren moralischen und ästhetischen Ideale mit den Herausforderungen der Zeit zu verknüpfen und rückten daher die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und die ökonomische Funktion der Gärten in den Fokus ihres Handelns.

Die Nahrungsmittelkrise überlagerte somit seit 1917 die ursprünglichen Ideale des Vereins deutlich. Dies äussert sich auch darin, dass die Pflanzer die Ehrenplätze der Parzelle nun der Kartoffel einräumten, von Spiel- und Rasenplätzen, die noch im Geschäftsbericht von 1915 erwähnt worden waren, war hingegen nicht länger die Rede. Die Krisenlage bestimmte nun die Aufgabe des Vereins.

Hierin wird wieder deutlich, dass die Nahrungsmittelkrise einen Bezugsrahmen geschaffen hatte, an dem sich fortan die Handlungen der Akteure orientieren und motivieren mussten. In der Krise wurde der Planungshorizont enger, da der Fokus auf der Überwindung der Notlage ruhte. Langfristige Planungen, welche eine Stabilisierung der Gesellschaft beabsichtigten, gerieten in den Hintergrund.

---

633 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1917: 5.

634 Leberecht Migge (1881-1935) war ein deutscher Landschaftsarchitekt und Pionier der Gartenbewegung in Deutschland. Während Migge sich vor dem Krieg primär der Gartenkultur im Sinne einer Durchgrünung der Städte gewidmet hatte, rückten auch bei ihm ökonomische Aspekte der Gartennutzung durch die Mangellage im Krieg in den Vordergrund, was sich in seiner Publikation «Jedermann Selbstversorger!» (1918) zeigt. Vgl. Prinz 2012: 112-114.

635 Leberecht Migge plädierte für eine nachhaltige Ernährungsumstellung. Durch eine Zuwendung zum Vegetarismus könne die Versorgung der Bevölkerung erheblich rationeller gestaltet werden. Die Ernährungsumstellung erlaube Familien zudem, einen Teil ihrer Lebensmittel in Familiengärten selbst zu produzieren. Vgl. Migge 1918: 3-10.

636 Vgl. Prinz 2012: 113.

Die Nahrungsmittelkrise hat unvermittelt einen experimentellen Raum geschaffen, in dem jedes Mittel in den Dienst der Mangelbewältigung gestellt wurde. Andere Probleme traten in den Hintergrund. So verlor die Reformierung des Wohnungswesens an Brisanz, obschon das städtische Wohnungswesen während des Ersten Weltkriegs noch immer als drängendes Problem erachtet wurde. Die noch schwerwiegendere Nahrungsmittelkrise hatte aber vorerst Priorität.

4.2.4 Umsetzungsschwierigkeiten und Konflikte mit der Landwirtschaft um Boden

Die Ökonomisierung der bebaubaren Flächen auf städtischem Boden brachte für den Familienverein allerdings teils ähnliche Probleme mit sich, wie sie der Landwirtschaft zu schaffen machten. Während der Mangel an agrarischen Hilfsstoffen durch Surrogate wie organischen Abfall einigermassen bekämpft werden konnte, sorgte vor allem der fehlende Boden für Probleme.[637] Denn der Verein für Familiengärten war bestrebt, möglichst allen Anwärtern eine eigene Pacht in kurzer Distanz zum Wohnort zu ermöglichen.[638] Damit die Parzellen mit der Zuspitzung der Lebensmittelkrise vermehrt eine reale ökonomische Funktionen erfüllen konnten, mussten die Parzellen eine gewisse Grösse aufweisen, um überhaupt sinnvolle Erträge abwerfen zu können. Die Gärten sollten je Familie idealerweise etwa die Grösse von 200-250 m^2 aufweisen, um den Gemüsebedarf von fünf Personen für ein Jahr decken zu können.[639]

Der Verein erhoffte sich, dank der Bundesverordnung vom 16. Februar 1917, von der Stadt Zürich neue Flächen für die Parzellierung zur Verfügung gestellt zu bekommen.[640] Pflüger erachtete es als dringlich, dass Land, das nur extensiv – etwa für die Viehwirtschaft – genutzt wurde, der intensiven Bebauung durch die Familiengartenbewegung zugänglich gemacht wurde.[641] Schliesslich liefere ein Juchart[642] Land als Wiese in Form von Milch circa 280 Stärkeeinheiten. Wurden auf demselben Land hingegen Kartoffeln angebaut, konnten rund 1500 Stärkeeinheiten produziert werden.[643] Daher forderte Pflüger, die Viehhaltung sei gegenüber einer intensiveren Ausnutzung des landwirtschaftlichen Bodens zurückzudrängen. «Ieder (sic!) neue Getreide oder Kartof-

---

637 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1917: 3.

638 Vgl. Bericht und Rechnung über das 4. Betriebsjahr des Vereins für Familiengärten in Zürich 1918; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.35.1. Seite 3. [Fortan: Jahresbericht Familiengartenverein 1918]

639 Vgl. Pflüger: Familiengärten; Grütlianer vom 30.10.1915: 2.

640 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins für Familiengärten in Zürich vom 28.02.1917; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.10.2. Seiten 5-6. [Fortan: Familiengartenverein ZH Protokoll vom 28.02.1917]

641 Vgl. Familiengartenverein ZH Protokoll vom 28.02.1917: 6.

642 Bei der Juchart handelt es sich um ein altes Schätzmass, das einem Arbeitswerk eines Pflügers entsprach und je nach Gelände stark variierte. Im flachen Schweizer Mittelland umfasste eine Juchart zwischen 2'700-3'600 Quadratmeter, im hochgelegenen Jura hingegen umfasst eine Juchart nur zwischen 100-200 Quadratmeter. Vgl. Dubler 2010.

643 Vgl. Notiz vom August 1917 „Was aus dem Boden zu holen ist", eingeklebt in Protokolle des Vereins für Familiengärten in Zürich 1917/1918; SozArchiv [Schweizerisches Sozialarchiv] Ar 463.10.2. [Zwischen Seite 47 und 48 eingeklebt]. [Fortan: Notiz „Was aus dem Boden zu holen ist."]

felacker hilft unsere Abhängigkeit vom Ausland mildern und die Ernährung des Volkes sicherstellen.»[644]

Da Familiengärten oft an der Peripherie der Stadt angesiedelt worden waren, ergab sich eine Konkurrenz zur beruflichen Landwirtschaft, welche in der städtischen Peripherie Viehwirtschaft betrieb.[645] Der Verein für Familiengärten trat für eine Rationalisierung und Optimierung der Bodennutzung ein und forderte daher, stadtnahes Weideland in die Nutzung für Kleingärten zu überführen:

> «Ein grosser Teil dieses kommunalen Bodens ist von der städtischen Liegenschaftsverwaltung um einen Butzenstiel an Bauern verpachtet und dient der Heugewinnung. Es scheint mir nun schon vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ein Unding zu sein, dass das Umgelände einer Stadt für Wieswachs benützt, statt intensiver Bebauung, d.h. eben gärtnerischer Ausbeute unterworfen wird.»[646]

Mit der bundesrätlichen Verfügung vom 6.1.1918[647] zur Vermehrung der Lebensmittelproduktion verschärfte sich der Konkurrenzdruck bezüglich des Bodens Boden zwischen der Landwirtschaft und der Kleingartenbewegung noch mehr.[648]
Die im Sommer 1918 ins Leben gerufene «Organisation zur Förderung der industriellen Landwirtschaft» beabsichtigte aus diesem Grund nicht, bereits genutzten Boden zu bebauen, sondern in eigener Regie brachliegende Böden urbar zu machen und anschliessend zu bewirtschaften und so den Konkurrenzdruck in der Bodenfrage zu mildern. Dieser Weg blieb dem Verein für Familiengärten in Zürich aufgrund mangelnder materieller und finanzieller Mittel aber verwehrt. Er brachte sich deshalb gegen die milchproduzierenden Bauern in Stellung.
Wie bereits erwähnt, hatte sich der Verein für Familiengärten noch 1915 bei der individuellen Nutzung der Parzellen relativ liberal gezeigt. Die Entscheidung, ob nun Eigenanbau betrieben oder doch lieber Erholungsraum geschaffen werden solle, wurde damals jedem Pächter selbst überlassen. Davon rückte der Vorstand 1917 ab. Die kollektive Pflichterfüllung zur Überwindung der Lebensmittelkrise trat in den Vordergrund.
Bei den Fragen rund um die Konkurrenz mit der Landwirtschaft zeigte sich beim Verein für Familiengärten eine interessante Anpassung der Strategie. Während Pflüger noch vor dem Krieg für einen Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Stadt votiert hatte, spielte er während der Krise die

644 Notiz „Was aus dem Boden zu holen ist."
645 Jahresbericht Familiengartenverein 1918: 3.
646 Pflüger Familiengärten: [Blatt 2].
647 Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918: 138-144.
648 Vgl. Jahresbericht Familiengartenverein 1918: 3.

Interessen der Landwirte gegen jene der Familiengärtner aus. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass Pflügers Perspektive während der Ernährungskrise primär von den Interessen der Stadt ausging. Er störte sich daran, dass die Landwirtschaft noch immer an der Vieh- und Milchwirtschaft festhielt und forderte statt der extensiven stadtnahen Landwirtschaft eine intensive Bebauung der fruchtbaren Flächen durch die städtischen Konsumenten.

In enger Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden und Experten des Gartenwesens sollte die Stadtbevölkerung gleichermassen erzogen und mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Der ökonomische Aspekt der Kleingärten begann im Moment der Krise die anderen Aspekte zu überlagern und entsprechend musste sich der Verein den Rahmenbedingungen anpassen. Allerdings vermochten die daraus gewonnenen Mengen an Nahrungsmitteln bestenfalls vereinzelten Stadtgärtnern eine gewisse finanzielle Entspannung bieten. Eine umfassende Antwort auf die nationale Versorgungskrise waren die städtischen Pflanzwerke aber nicht. Für eine «umfangreiche Inkulturnahme von Ödland und Steigerung der Landbauintensität […] reichen Kraft und Zeit der einzelnen Pflanzer» in Nebenbeschäftigung nicht aus, so das Resümee im ersten Geschäftsbericht der «Vereinigung für industrielle Landwirtschaft» (SVIL).[649] Das Humor- und Satiremagazine «Nebelspalter» machte sich auf seine eigene Weise über die gut gemeinte, aber angesichts der Lage hilflos wirkenden städtischen Pflanzplätze mit folgendem Bild lustig.[650] (Siehe Abbildung 4)

649 Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft 1919: 5. [Fortan: Geschäftsbericht SVIL 1918]

650 Vgl. dazu auch: Meier 2014: 53-73.

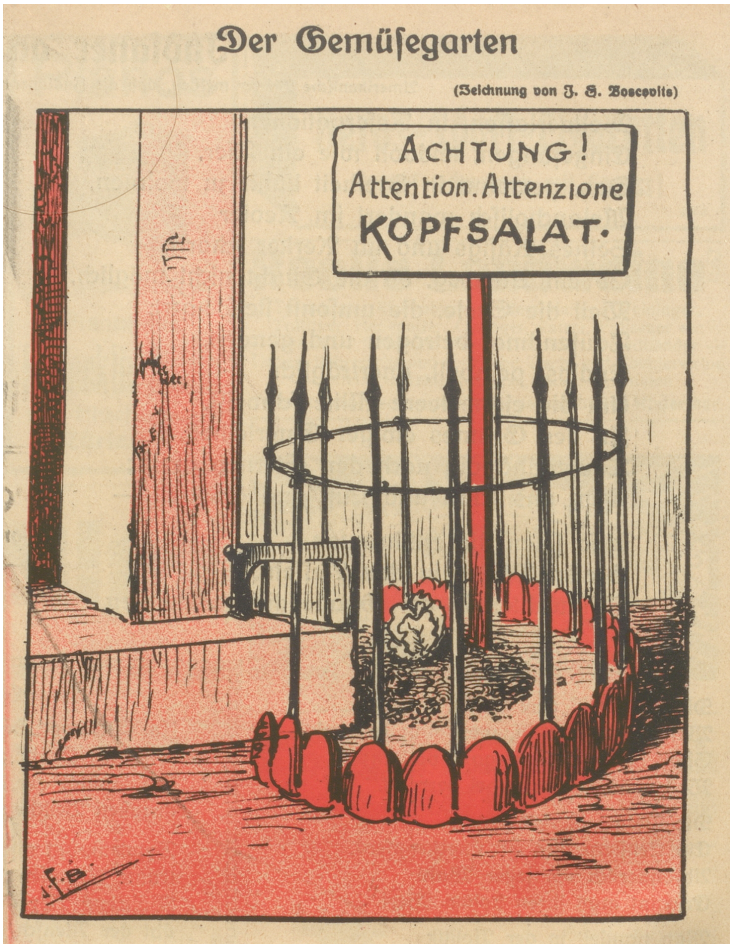


Abbildung 4: Der Gemüsegarten. In: Nebelspalter, 12.05.1917: 16.

Die städtischen Familiengärten vermochten hinsichtlich der nationalen Ernährungskrise das Leid einzelner zwar zu dämpfen und deren Unabhängigkeit vom Nahrungsmittelmarkt etwas zu erhöhen. Um eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zu gewährleisten, reichten die Massnahmen der Familiengärten aber nicht aus. Die Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in die landwirtschaftliche Produktion wurde hingegen auch von Kritikern der Familiengärten als Schritt in die richtige Richtung empfunden.

4.3 Die industrielle Landwirtschaft – Integration der Industriegesellschaft in die landwirtschaftliche Produktion

Die plötzliche Umstellung der exportorientierten Agrarpolitik auf die Inlandproduktion verlangte nach entsprechenden Arbeitskräften. Im Bundesbeschluss vom 16. Januar 1918 wurde darauf verwiesen, dass die Landwirtschaft bereits an der Grenze ihrer Kapazität arbeite und von ihr keine weiteren Arbeitsanstrengungen verlangt werden könnten.[651] Entsprechend wurde im Kreis-

651 Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918.

schreiben eine breite Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Nahrungsmittelproduktion gefordert.[652] Insbesondere nachdem die Zivildienstvorlage gescheitert war, wurden dringend andere Wege gesucht, um die notwendigen Arbeitskräfte für den geforderten Mehranbau engagieren zu können.

Im Anschluss an die behördlichen Weisungen zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion ergriffen Hans Bernhard und Jacob Lorenz[653] – Bereichsverantwortlicher des kantonal-zürcherischen Ernährungsamtes – die Initiative, um bereits angelaufene Projekte industrieller Unternehmen im Raum Zürich/Winterthur zur «Inkulturnahme von Ödländern durch Industriebetriebe»[654] zu koordinieren und zu bündeln.[655] So sollte eine «allgemeine Organisation der Industriebetriebe zur Anhandnahme von Urbarisierungs- und Bebauungswerken» ins Leben gerufen werden, mit dem Ziel, «eine bedeutende Hebung der Urproduktion […] zustande [zu] bringen.»[656]

Die «Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft» (SVIL) wurde am 5. Juli 1918 in Zürich gegründet und sollte fortan als nationale Zentralstelle für die Bestrebungen der «industriellen Landwirtschaft» agieren. Der Geoarchitekt Hans Bernhard – Dozent für Wirtschaftsgeografie an der landwirtschaftlichen Schule Strickhof und landwirtschaftlicher Direktor beim Ernährungsamt des Kantons Zürich – sollte als Geschäftsführer der SVIL deren Ausrichtung in den folgenden Jahren stark prägen. Daher lohnen sich an dieser Stelle einige Hinweise auf Bernhards Ansichten zum Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft.

4.3.1 Hans Bernhards Perspektive auf die Ernährungskrise und die Zukunft der Landwirtschaft

Die Idee der sogenannten industriellen Landwirtschaft bestand darin, Industrie-Unternehmen in die landwirtschaftliche Produktion zu integrieren und durch kulturtechnische Massnahmen neuen Kulturboden zu erschliessen, um so die Nahrungsmittelproduktion auszuweiten und dadurch «die Zahl der Nahrungsschaffenden und der Nahrungszehrenden in einem gewissen Einklang zu

652 Kreisschreiben betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 16.01.1918.

653 Jacob Lorenz (1883-1946) war ein Schweizer Professor für Soziologie. Nach seinem Studium der Philosophie und Nationalökonomie in Fribourg widmete sich Lorenz der statistischen Untersuchung von sozialen Phänomenen und trat der SPS bei. Nach seiner Zeit als Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats in Zürich und als Assistent von Herman Greulich wurde Lorenz 1916 Leiter des Lebensmittelvereins Zürich und 1917 Leiter des kantonalen Ernährungsamtes. In dieser Funktion war Lorenz an der Gründung der SVIL beteiligt. 1919 wandte sich Lorenz von der SPS ab. Nach seiner Habilitation wurde Lorenz Professor für Soziologie an der Universität Fribourg. Ab 1933 gab er die Zeitschrift «Das Aufgebot» heraus. In dieser Funktion vertrat Lorenz «einen durch Überfremdungsrhetorik und Antisemitismus geprägten Korporatismus, lehnte aber totalitäre Bewegungen ab». Vgl. AfA-Personendatenbank; Bürgi 2008a; Zürcher 1995: 219-238.

654 Bernhard 1918b: 4.

655 Vgl. Auderset, Moser 2012: 142.

656 Bernhard 1918b: 4.

behalten»[657]. Denn gemäss Bernhard resultierte das problematische Ungleichgewicht an Produktion und Konsum aus der Lebensweise, welche die Industrialisierung mit sich gebracht hatte.[658] Die städtisch-industrielle Gesellschaft habe sich zu stark vermehrt, während die agrarisch geprägten, ländlichen Gebiete von einer starken Abwanderung betroffen waren.[659] Dieser demografische Faktor habe das Ungleichgewicht zwischen Konsumenten und Produzenten verursacht.

Bei der Nahrungsmittelversorgung, so Bernhard weiter, habe der Krieg lediglich die krisenhafte Entwicklung katalysiert, welche sich strukturell aber bereits vor dem Krieg abgezeichnet und früher oder später gezwungenermassen eine Notsituation zur Folge hätte haben müssen. Es biete sich in der Krise nun die Chance, dieses strukturelle Ungleichgewicht zu korrigieren und in ein vernünftiges Verhältnis zu überführen, sodass sich auch nach dem Krieg die Versorgung der Gesellschaft krisenresistenter zeigen werde. Nach Bernhard war die Nahrungsmittelkrise «aus der Industrialisierung herausgewachsen». Daher müsse nun aus der Industrie selbst eine entsprechende «Anregung zur Schaffung besserer Zustände kommen».[660]

Bernhards Denken, das stark von einer pessimistischen Sicht auf das Verhältnis zwischen Nahrungsmittelproduzenten und -konsumenten geprägt war, erinnert an die bevölkerungstheoretischen Überlegungen von Thomas Robert Malthus. Malthus ging im ausgehenden 18. Jahrhundert von einem exponentiellen Wachstum der Menschheit aus, während die Nahrungsmittelproduktion nur linear anwachsen werde.[661] Aus diesem Missverhältnis würden Hungerkrisen resultieren, sollte das Wachstum der Menschheit nicht gebremst werden können. Während bei Malthus die einfache Gleichung «too many mouths, too little food»[662] dazu führte, dass eine drastische Senkung der Anzahl Konsumenten durch Hungerkrisen einsetzen mussten, so beabsichtigte Bernhard, mittels gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interventionen, das Missverhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Malthus' düstere Prognosen sagten eine Dezimierung der Münder voraus, Bernhard wollte dem mit der Vermehrung der Nahrung und der Reduktion der landwirtschaftlich nicht-tätigen Bevölkerung Einhalt gebieten.

Obschon es der Krieg gewesen war, der letztlich diese existentielle Krise mithervorgerufen hatte, ergab sich gemäss Bernhard nun die Möglichkeit, die Fehlentwicklungen, die aus der «Überindustrialisierung» resultierten, zu korrigieren und so ein noch umfassenderes Unheil durch eine weiter fortschreitende Industrialisierung abwenden zu können. Bernhards Ansicht, dass sich aus der Krise heraus die Chance für eine fortschrittliche Korrektur der Gesellschaft eröffnete und so

657 Bernhard 1919a: 1.
658 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1918: 4.
659 Vgl. Bernhard 1919b: 7.
660 Vgl. Bernhard 1919a: 27. Siehe dazu auch Geschäftsbericht SVIL 1918: 4.
661 Vgl. Krämer 2015: 122.
662 Arnold 1988: 34; Krämer 2015: 125.

der drohende Untergang der Gesellschaft abgewendet werden könnte, ist ein wesentliches Merkmal des Social Engineering in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dessen Vertreter versuchten, mittels Rationalisierungsmassnahmen in die Entwicklung der Gesellschaft einzugreifen und deren Kurs zu begradigen.[663]

Bernhard erachtete es als wichtigste Aufgabe, die Räume der wirtschaftlichen Produktion auszugleichen.[664] Er strebte aber keine vorindustriellen Zustände an, wie dies bei manchen reaktionären Denkern jener Zeit der Fall gewesen war, sondern glaubte im Gegenteil, durch eine Integration der industriell und agrarisch produzierenden Bereiche die moderne Gesellschaft im Hinblick auf ihre Bedürfnisse bestmöglich reformieren zu können und so industrielle und agrarische Wirtschaftsbereiche langfristig erhalten zu können.

Die Landwirtschaft spielte in diesen Überlegungen die entscheidende Rolle. Sie hatte, in Bernhards Verständnis, unter der Ausweitung der Industrie und der damit zusammenhängenden Landflucht zu leiden gehabt. Die Intensivierung von Investitionen in städtisch-industrielle Gebiete hätte zu einem merklichen ökonomischen Abstieg der ländlichen Regionen, und dort insbesondere der Bergregionen, und in Folge dessen zu deren Entvölkerung geführt.[665] Es gelte nun, diesen Trend abzuschwächen, die Landwirtschaft zu reformieren und für die Herausforderungen der Zukunft lebensfähig zu machen.

Dazu müssten die Lebensbedingungen und Produktionsweisen für die Bevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig war, merklich verbessert werden. Denn obschon die Landwirtschaft in den Jahren 1914-1918 von einer Kriegskonjunktur[666] profitieren konnte, überschritt sie in der Ernährungskrise die Grenzen ihrer Arbeitsauslastung.[667] Langfristig forderte Bernhard neben finanziellen Massnahmen, wie der Anpassung der agrarischen Löhne an die Lohnniveaus in der Industrie und besseren Entschuldungswegen für überschuldete Bauern, auch infrastrukturelle Massnahmen, um Regionen, die zunehmend von den Ballungszentren abgeschnitten wurden, besser in die Volkswirtschaft zu integrieren und so einer Abwanderung langfristig entgegenwirken zu können. Diese langfristigen Massnahmen, die sich im Projekt «Innenkolonisation» Bahn brachen, sollten nicht nur volkswirtschaftlichen Charakter haben, sondern auch von nationaler und sozialer Bedeutung sein.[668]

Doch die von Bernhard postulierten Reform- und Modernisierungsvorschläge für die Landwirtschaft betrafen Friedenszeiten und waren sehr langfristig geplant. Die Herausforderung der Jahre

---

663 Vgl. Etzemüller 2009: 24-25. Siehe dazu ebenfalls Kapitel 1.3.
664 Vgl. NZZ, 12.06.1918.
665 Vgl. Bernhard 1919b: 7.
666 Vgl. Rossfeld, Straumann 2008: 43; Baumann 1993: 301-307.
667 Vgl. Baumann 1993: 307-312.
668 Vgl. Piller 1937: 8.

1917/1918 lag aber darin, die Lebensmittelproduktion kurzfristig erheblich zu steigern. Folgende Frage stand im Raum:

> «Wie kann bei den gegebenen landwirtschaftlichen Zuständen und Hilfsmitteln die landwirtschaftliche Selbstversorgung jetzt, in der Zeit grosser Nahrungsmittelknappheit, verbessert werden? und [sic!]: Was tun wir, um durch grösstmögliche Eigenerzeugung den Versorgungsschwierigkeiten in Zukunft wirksam vorzubeugen?»[669]

Die industrielle Landwirtschaft «als eine in der Not ergriffene Massnahme wirtschaftlicher Selbsthilfe»[670] war für Bernhard die Antwort auf diese Frage.

4.3.2 Zielsetzung der industriellen Landwirtschaft

Der Begriff «industrielle Landwirtschaft» mag auf den ersten Blick verwirren. Hans Bernhard ging es allerdings nicht darum, die Landwirtschaft zu industrialisieren, also die landwirtschaftlichen Produktionsprozesse in ein industriell dominiertes Rationalisierungsparadigma einzuzwängen, oder dass die Landwirtschaft der Industrie Untertan gemacht werden sollte. Im Gegenteil, die Industrie sollte die Landwirtschaft in ihren Aufgaben unterstützen.[671] Die zentrale Aufgabe der Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL) lag, gemäss ihren Statuten, in der Ergänzung der Berufslandwirtschaft durch die Industrie. Gemäss den staatlichen Forderungen, die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung vermehrt in die Nahrungsmittelproduktion zu integrieren, beabsichtigte diese Organisation, die Arbeitskräfte der Industrie in den Dienst der Nahrungsmittelproduktion zu stellen.[672]

Die SVIL teilte dabei die behördlichen Erwägungen, dass – wo möglich – die Landwirtschaft nicht um Boden konkurrenziert werden sollte. Vielmehr sollten Anstrengungen zur Urbarmachung von bisher ungenutztem Boden unternommen werden.[673]

Die industrielle Landwirtschaft stelle «einen vollständig neuen Modus der Bodenkultur dar»[674], erklärte Bernhard, da sie hauptsächlich mit unerschlossenem Neuland arbeite. Der Aspekt

---

669 Bernhard 1918a.

670 Bernhard 1918b: 1.

671 Das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft war aber durchaus komplexer, als dass es sich am Bildausschnitt der Produktion von Lebensmitteln ausmachen liesse. Die im 19. Jahrhundert einsetzenden Rationalisierungs- und Verwissenschaftlichungsprozesse in der Landwirtschaft führten in eine Phase wechselseitiger Entwicklung, in der industrielle Rationalisierungsmuster und agrarische Eigenheiten gegeneinander abgewogen und bisweilen auch miteinander in Umsetzungsversuchen realisiert werden. Dies äusserte sich unter anderem darin, dass die landwirtschaftliche Produktion an die industriell geprägten Muster eines *scientific managements* angepasst wurden. Vgl. dazu: Auderset 2017: 297-299; Auderset, Moser 2018a: 20-31; Fitzgerald 2003; Moser, Varley 2013a; Uekötter 2011: 43-132. Zur Verwissenschaftlichung der Schweizer Landwirtschaft siehe: Neumann 2020.

672 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1918: 6.

673 Vgl. Bernhard 1918b: 4.

der Bodenerschliessung in der SVIL war zentral, denn «nur so kann eine Mehrung der Erzeugung zustande kommen»[675]. Die SVIL verstand sich dabei als Unterstützerin der Berufslandwirtschaft und nicht als deren Konkurrentin.

Gemäss den Gründungsstatuten hatte der Verein einen «Wohlfahrtscharakter»[676] und «bezweckt[e] unter Ausschluss jeglicher Landspekulation die Hebung der Bodenkultur durch nichtlandwirtschaftliche Kreise zur Ergänzung der Produktionstätigkeit der Berufslandwirte»[677]. Die Erträge sollten zum Selbstkostenpreis direkt von den Arbeitnehmenden bezogen werden können. Die SVIL fokussierte sich fortan in ihrer Arbeit auf die «Beschaffung von Land» und Hilfsmitteln für die Betriebe, die das Projekt der industriellen Landwirtschaft mittrugen. Den landwirtschaftsbetreibenden Industriellen sollte die Geschäftsstelle der SVIL beratend zur Seite stehen, Vertretung der Interessen bei den Behörden wahrnehmen, für eine «zweckmässige Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse» sorgen und «Beratung und Organisation von Wohlfahrtsmassnahmen, die mit der Bodenkultur im Zusammenhang stehen» wahrnehmen.[678]

Ebenfalls zentral war der politische Aspekt, dass die SVIL auch beabsichtige, im Interesse der Industriellen einer weiteren sozialen Spaltung entgegenzuwirken und Funktionen sozialer Kohäsion wahrzunehmen.[679] Mit der Partizipation an der Nahrungsmittelproduktion versuchten die Unternehmer, einer politischen Radikalisierung ihrer Arbeitnehmer entgegenzuwirken und zu zeigen, dass sie selbst Ansätze zur Lösung der sozialen Frage bereitstellten. Denn die Projekte der industriellen Landwirtschaft sollte nicht nur der Nahrungsmittelbeschaffung dienen, sondern auch als praktische Arbeitslosenfürsorge fungieren. Ferner erhoffte sich Bernhard, wenn sich «Städter mit Bodenkultur abgeben»[680], diese lernen würden, die mühselige Arbeit des Bauern zu verstehen und zu würdigen und so die Kluft überbrückt werden könnte, «die bis jetzt Stadt und Land leider scharf von einander trenn[t]e».[681]

4.3.3 Methoden zur Umsetzung der industriellen Landwirtschaft

Da es sich die SVIL zur Aufgabe gemacht hatte, als «neue Pioniere der Bodenkultur»[682] zu gelten, nahm sie sich der Kultivierung der Böden an. Fast alle Gebiete mussten in einem ersten Schritt entwässert werden. Entsprechend war die SVIL auf die Zusammenarbeit mit Kulturtechnikern

---

674 Bernhard 1918b: 5.
675 Bernhard 1918b: 4; Girsberger 1918: 4.
676 Statuten SVIL 1918; SWA [Schweizerisches Wirtschaftsarchiv] SWA Bv Aa 62. [Fortan: Statuten SVIL 1918]
677 Statuten SVIL 1918.
678 Vgl. Statuten SVIL 1918.
679 Vgl. Protokoll der konstituierenden Mitgliederversammlung der SVIL vom 05.07.1918 in Zürich. Archiv für Agrargeschichte [AfA] Bestand Nr. 106.11 [Fortan: Protokoll Mitgliederversammlung SVIL 05.07.1918]
680 Bernhard 1919b: 11.
681 Vgl. Bernhard 1919b: 11.
682 Bernhard 1918b: 4.

angewiesen, welche Unternehmen im Drainagewesen beraten konnten. Johann Girsberger, Vorsteher des Meliorationsamtes des Kanton Zürichs und freies Mitglied der SVIL, fungierte als Ratgeber in diesen Belangen.[683]

Das sogenannte Meliorationswesen[684] gehörte also zu den wichtigsten Eckpunkten bei der Realisierung von Projekten der industriellen Landwirtschaft. Neben Entwässerungsmassnahmen gehörte auch die infrastrukturelle Erschliessung der kultivierten Böden zu den Kernaufgaben der SVIL, sodass insbesondere Wege und Strassen zu den oft abgelegenen Grundstücken gebaut werden mussten.[685] Die Entwässerung und die anschliessende Kultivierung des Landes, die Erstellung von Ökonomiegebäuden sowie die Beschaffung von Maschinen, agrarischen Hilfsmitteln und Saatgut musste durch die Unternehmen, die sich zusammen mit der SVIL am Projekt der industriellen Landwirtschaft beteiligten, bewerkstelligt werden.[686]

Die Geschäftsstelle der SVIL unterstützte dabei die Vereinsmitglieder mit der Beschaffung von Land und landwirtschaftlichen Hilfsmitteln. Sie stand für Beratungen und Organisationsfragen sowie für Kontrollen der Landwirtschaftsbetriebe zur Verfügung, vertrat die Interessen gegenüber den Behörden und half bei der zweckmässigen Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.[687]

Der wichtigste Aspekt der industriellen Landwirtschaft – brachliegendes Land urbar zu machen und dieses neu gewonnene Kulturland dann unter der Regie von Unternehmen zu bearbeiten[688] – stellte die SVIL allerdings nicht nur hinsichtlich kulturtechnischer Fragen und der Arbeitskraftbeschaffung vor eine Herausforderung.

Die Suche nach geeignetem Land war die erste Aufgabe in jedem Projekt der industriellen Landwirtschaft. Es erschien der SVIL sinnvoll, in erster Linie Land, welches sich in Gemeindebesitz befand, ins Auge zu fassen. Dieses könne der «bisherigen Benutzung am ehesten entfremdet werden, da es keiner Wirtschaftseinheit einverleibt ist».[689] Da es sich bei diesen Ländereien oftmals um Streurieter[690] handelte, musste in kulturtechnischer Hinsicht die Entwässerung dieser Gebiete angegangen und ferner eine rechtliche Lösung für die Nutzung des Bodens erarbeitet werden.

---

683 Vgl. Protokoll Mitgliederversammlung SVIL 05.07.1918; Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation 1919: 15. [Fortan: Geschäftsbericht SVIL 1919]

684 Detailliertere Ausführungen zum Meliorationswesen in der Schweiz sowie ein konkretes Umsetzungsbeispiel der industriellen Landwirtschaft bei den Von Moos'schen Eisenwerken in Luzern finden sich in Kapitel 6.2.2.

685 Vgl. Bernhard 1918b: 5.

686 Vgl. Bernhard 1918b: 10.

687 Vgl. Statuten SVIL 1918.

688 Vgl. Bernhard 1918b: 4.

689 Bernhard 1918b: 5.

690 Flachmoore

Die SVIL schlug zu diesem Zwecke die Schaffung einer neuen Pachtform vor, die sogenannte «Meliorationspacht»[691]. Dabei wird «das Grundstück unmelioriert vom Pächter übernommen mit der Verpflichtung, die Melioration im Verlaufe der Pachtperiode auf seine Kosten und nach Anordnung des kantonalen kulturtechnischen Bureaus auszuführen»[692]. Sollten allerdings staatliche Subventionen für Meliorationen ausgeschüttet werden, wäre wiederum der Pächter Nutzniesser dieser Gelder. Zur Vermeidung von Spekulationsversuchen sollte zudem das kantonale Ernährungsamt als eine Art Zwischenhändler zwischen Pächter und Grundbesitzer treten. Die Ländereien wurden also stets vom kantonalen Ernährungsamt übernommen und die Pachtverträge zwischen dem kantonalen Ernährungsamt und dem Grundbesitzer geschlossen. Das Ernährungsamt sollte dann jeweils die Ländereien an die entsprechenden Industriebetriebe zuteilen. Dank dieser Pachtform sollte es, gemäss Bernhard, möglich sein, einerseits die Erschliessung neuen Kulturlandes praktisch zu unterstützen und ferner den Boden vor dem Ankauf durch Spekulanten zu schützen. Dieses Vorgehen bot sich zudem an, da die kantonalen Behörden durch die Ermächtigungen des Bundes ja ohnehin in der Lage waren, Boden zwecks Meliorationen zu beanspruchen. Durch die Meliorationspacht konnte ein Instrument geschaffen werden, welches den Meliorationszwang und die damit einhergehende Enteignung von Privaten weitgehend unnötig machte, da die SVIL sich primär auf Ländereien in Gemeindebesitz fokussierte.[693]

Die vielfältigen Aufgaben, die in der industriellen Landwirtschaft anfielen, wie beispielsweise die Melioration, der Umbruch des Bodens, die Anschaffung von Hilfsmitteln, die Errichtung von Gebäuden, der Anbau oder die Pflege der Kulturen waren mit grossem Arbeitsaufwand und hohen Kosten verbunden.

> «Pionierarbeit ist weder bequem noch einfach; sie will als volkswirtschaftlich wichtiges Werk der Innenkolonisation, nicht als Geschäft der Privatwirtschaft aufgefasst sein.»[694]

Die SVIL wurde nicht müde zu betonen, dass es sich bei dem Projekt der industriellen Landwirtschaft um eine kraftzehrende, soziale, volkswirtschaftlich wirksame, gemeinnützige Tat handle,

691 Bernhard 1918b: 7. Die Meliorationspacht erinnert ferner an den *Homestead Act* in den USA, demgemäss siedlungswilligen Menschen Land günstig zur Verfügung gestellt wurde, wenn sich diese verpflichteten, das Land urbar zu machen und über einen bestimmten Zeitraum zu beackern. Während der Agrarkrise in den 1880er-Jahren und den damit einhergehenden Bodenverschuldungen wurde der *Homestead Act* bei den Internationalen Agrarkonferenzen als Möglichkeit für Strukturanpassungen in Europa prominent diskutiert. Max Sering, Archiv für Innere Kolonisation in Deutschland, nahm von einer Übernahme dieses amerikanischen Prinzips aber Abstand und plädierte für lokale Varianten dieses Prinzips der Kulturlandbeschaffung. Vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 36. Die Meliorationspacht kann wohl als praktischer Versuch einer lokalen Variante für Kulturlandgewinnung angesehen werden.

692 Bernhard 1918b: 7.

693 Vgl. Bernhard 1918b: 7-8.

694 Bernhard 1918b: 10.

mit dem Ziel, die Ernährungskrise sofort und wirksam zu bekämpfen und darüber hinaus Grundlagen für künftige Siedlungspläne zu schaffen.[695]

4.3.4 Reaktionen der Sozialdemokraten auf die industrielle Landwirtschaft

Die organisierte Arbeiterschaft indes hatte ein gespaltenes Verhältnis zur industriellen Landwirtschaft. Gewerkschaftsbunds-Sekretär August Huggler[696] war der Ansicht, «dass die Sache nur vorübergehenden Charakter trage»[697] und daher nichts zu unternehmen sei. Der SP-Politiker Robert Grimm hingegen meinte, dass die Bedeutung dieser Frage unterschätzt werde, da sich in vielen Kantonen bereits Gesellschaften bildeten, welche die industrielle Landwirtschaft unterstützten. Er vertrat weiter die Ansicht, dass die Bewirtschaftung von brachliegendem Land zu unterstützen sei und im grossen Stil zu erfolgen habe. Zudem müsse auch für die notwendige Bereitstellung von Arbeitskräften gesorgt werden. Grimm forderte zudem, dass anstelle der SVIL das «Schweizerische Ernährungsamt» die Frage der industriellen Landwirtschaft als Zentralstelle zu ihrem Aufgabengebiet erklären sollte. Es sei dabei auf jeden Fall zu verhindern, dass Unternehmer nun Landaufkäufe tätigten. Stattdessen sei das Land an Arbeitergenossenschaften zu verpachten. Ferner lehnte er die Idee, dass die Mehrung des landwirtschaftlichen Anbaus besser durch die Städte realisiert werden könnte, ebenfalls als illusorisch ab. Huggler gab zwar zu, «dass die einzelnen Städte brauchbare Kräfte haben»[698] die Industrie aber dennoch über eine bessere Elastizität verfüge, um die Aufgabe zu realisieren. Zudem stehe «die mangelnde Sachkenntnis, der fehlende gute Wille und der verknöcherte Bürokratismus»[699] der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auf einer breiteren Ebene im Weg.[700]

Die organisierte Arbeiterschaft distanzierte sich zwar von der Idee der SVIL und erachtete diese als ein «Wiederaufleben des Trucksystems»[701], also eine Entlohnung durch Waren, war deren Zielen aber nicht grundsätzlich abgeneigt. Statt eines Anbaus unter Regie der Industrieunternehmen wünschten sie sich allerdings die Verantwortung in den Händen einer Arbeitergenossenschaft.[702]

---

695 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1918: 11.

696 August Huggler (1877-1944) war von 1909-1915 Sekretär des „Schweizerischen Gewerkschaftsbundes“ und von 1919-1937 Mitglied der Geschäftsleitung der „Sozialdemokratischen Partei“ und Nationalrat. Huggler, der ursprünglich vom französischen Syndikalismus geprägt gewesen war, wandelte sich im Laufe der Jahre zu einem Reformisten. Im Nationalrat setzte er sich für den Arbeitsschutz und die Krisenbekämpfung ein. Vgl. Stettler 2006.

697 Protokoll des Oltener Aktionskomitees, 16. Sitzung, 12. 09 1918; SBG Archiv [Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes] G23/B. [Fortan: Protokoll OAK 12.09.1918.]

698 Protokoll OAK 12.09.1918.

699 Protokoll OAK 12.09.1918.

700 Vgl. Protokoll OAK 12.09.1918; sowie Gautschi 1988: 150-151.

701 Protokoll OAK 12.09.1918.

702 Vgl. Borer 1984: 20-22.

Das Projekt der industriellen Landwirtschaft war als Sofortmassnahme gegen den drohenden Hunger aus der Krise heraus geboren worden. Hans Bernhards Perspektive ging aber viel weiter. Denn mit der Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Nahrungsmittelproduktion und der Erschliessung neuen Kulturlandes sollte nur ein erster Schritt zum Ausgleich zwischen der «nahrungsmittelschaffenden und der nahrungsmittelzehrenden Bevölkerung» getan werden. Bernhard ging es letztlich darum, über raumplanerische Eingriffe eine grundlegende Neuordnung der Schweizer Gesellschaft zu kreieren und dabei gleichermassen Lösungsangebote zur sozialen Frage und zur Agrarfrage in modernen Gesellschaften bereitzustellen. Die industrielle Landwirtschaft als Massnahme gegen den Hunger war hierzu also nur ein erster Schritt. Das weiterführende Projekt «Innenkolonisation» siehe ab Kapitel 6.2. Im Fokus von Bernhards Denken lag vielmehr eine Harmonisierung von landwirtschaftlicher Produktion und Konsum sowie von Stadt und Land in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die SVIL sollte dabei als Institution dienen, welche die nötige Kohärenz über die noch fragmentierten Gesellschaftsgruppen hinweg schaffen sollte. Durch den Eingriff in die infrastrukturellen Rahmenbedingungen und durch die Zusammenarbeit mit Experten und dem Staat sollte eine moderne gesellschaftliche Ordnung formiert, harmonisiert und stabilisiert werden.[703]

4.4 Der VSK und die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau – Die Konsumenten zu Produzenten machen

Eine Brücke zwischen Stadt und Land zu schlagen erschöpfte sich allerdings nicht im Bestreben, auf Stadtboden Nahrungsmittel zu produzieren. Vielmehr war auch über einen direkteren Austausch und eine generelle Annäherung zwischen Produzenten und Konsumenten nachzudenken. Es mussten Wege gefunden werden, das gegenseitige Misstrauen, das sich seit Beginn der Krise angestaut hatte, aufzulösen und die Bedürfnisse der jeweils anderen Seite wieder erlebbar zu machen. So sollte verdeutlicht werden, dass die Landesversorgung in Krisenzeiten nicht nur einer Gruppierung übertragen werden konnte, sondern das Ineinandergreifen aller Bereiche der Ernährungskette (Produktion, Konsum und Distribution) verlangte.
So entschlossen sich einzelne Vertreter der Konsumenten und Produzenten bereits bei Kriegsausbruch, ihre Differenzen beizulegen und im Interesse der Schweizer Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Grütlianer und Konsumgenossenschafter Bernhard Jäggi.

703 Vgl. Borer 1984: 34-45.

4.4.1 Zur Verständigungspolitik von Bernhard Jäggi mit Ernst Laur

Als Vertreter der Interessen der Konsumenten in der Schweiz stand der «Verband Schweizerischer Konsumvereine»[704] (VSK) traditionell in Opposition zu den landwirtschaftlichen Interessenverbänden, allen voran gegenüber dem «Schweizerischen Bauernverband» (SBV). SBV und VSK waren sich insbesondere in der Zolltariffrage, welche sich 1902 aus den Protektionismus-Debatten entwickelt hatte, uneins. Denn die Konsumentenvertreter waren in erster Linie an tiefen Preisen interessiert, während die Landwirtschaft möglichst hohe Preise für ihre Produkte verlangte. Aus diesem Interessenkonflikt entstand ein jahrelanger Streit.[705]

VSK und SBV näherten sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs in der Versorgungsfrage aber kontinuierlich an.[706] Ernst Laur hatte Bernhard Jäggi bereits am 14. August 1914 ins Hotel Bristol in Bern eingeladen, um «bei den heutigen Zeiten […] alle Kräfte auf einen Punkt hin zu leiten und frühere Differenzen zu erledigen»[707]. Jäggi war mit dem Ziel, für die «Kriegszeiten eine Einigung»[708] zu erzielen, einverstanden. Und schlug dem leitenden Ausschuss des VSK vor: «Die Konsumenten sollten Hand in Hand mit den Bauern arbeiten.»[709] Er war davon überzeugt, dass die schweizerischen Landwirte in Kriegszeiten die Ernährung des Landes – bis auf das Getreide – würden sichern können, und so sei es auch im Interesse der Konsumenten, nun einen Burgfrieden zwischen Landwirtschaft und VSK zu schliessen.[710] Laur habe die Hand dafür geboten und es sei ratsam, ihm entgegenzukommen.[711] Auf der Basis der Verständigungen zwischen VSK und SBV sollten einheitliche Preise festgesetzt und der Zwischenhandel zurückgedrängt werden.[712] Am 16. August 1914 erklärte Bernhard Jäggi vor dem Aufsichtsrat des VSK, dass nun «alle zusammengehen müssen, um das Land mit Lebensmitteln zu versorgen»[713].

Im Interesse der Bevölkerung waren die meisten Vertreter des VSK gewillt, der Position von Jäggi zu folgen und mit der Landwirtschaft an einen Tisch zu sitzen, um die Versorgungsfrage gemeinsam anzugehen. Aus dieser Zusammenarbeit resultierte schliesslich die Quersubventionierung der Milchpreise über die Exporte der GSK während der Kriegsjahre.[714] Dank der umsichtigen Politik von Jäggi und Laur im August 1914 konnte ein System geschaffen werden, das erlaub-

---

704 Zum Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK; heute Coop) vgl. Degen 2004.

705 Vgl. Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK) 1916: 6. [Fortan: Rechenschaftsbericht VSK 1915]

706 Vgl. Moser 2007: 65-67.

707 Vgl. Protokoll der siebten Sitzung des leitenden Ausschusses des Verbandes schweizerischer Konsumvereine vom 15.08.1914; Coop-Archiv o.S.: Seite 43. [Fortan: VII. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 15.08.1914]

708 VII. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 15.08.1914: 43.

709 VII. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 15.08.1914: 43.

710 VII. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 15.08.1914: 43.

711 VII. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 15.08.1914: 46.

712 VII. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 15.08.1914: 44.

713 Sechste Sitzung des Aufsichtsrates des Verbandes schweizerischer Konsumvereine vom 16.08.1914; Coop-Archiv o.S.: 64. [Fortan: VI. Protokoll Aufsichtsrat VSK vom 16.08.1914]

714 Zur Quersubventionierung der Milchpreise siehe Kapitel 3.1.2.

te, die Milchpreisentwicklung in den Kriegsjahren stets unter dem globalen Marktwert zu halten.[715]

Die SPS – die Mutterpartei Jäggis – war hingegen mit dem Vorgehen des VSK nicht einverstanden, zumal sich Robert Grimm – ebenfalls im August 1914 – dazu entschied, die konfrontative Haltung gegenüber der Landwirtschaft zu verstärken statt zu entschärfen. In einem Brief an Ernst Laur kritisierte Grimm deshalb die Exporterlaubnis des Bundesrates für Milchprodukte und geisselte die Milchproduzenten als Kriegsprofiteure.[716] Grimm und die SPS sollten sich schon bald dazu entschliessen, die Lebensmittelteuerung zu einem Kernthema und Agitationsmittel der sozialdemokratischen Politik während des Kriegs zu machen.[717] Entsprechend ungehalten reagierte die SPS auf die Verhandlungsbereitschaft innerhalb des VSK. So taten sich während des Kriegs in der Ernährungsfrage immer wieder Konflikte zwischen dem VSK und der SPS auf. 1915 nahm der VSK etwa gegen Teuerungsdemonstrationen Stellung, indem er deren Berechtigung in Zweifel zog. An den Demonstrationen würden Vorwürfe gegenüber der Bundesregierung und der Landwirtschaft erhoben, die der VSK «anhand unserer Kenntnis der Sachlage nicht anerkennen»[718] konnte. Stattdessen sei man der Ansicht, «dass die Bundesbehörden ihr Möglichstes getan hätten, die Lebensmittelversorgung der Schweiz zu sichern und dass auch die schweizerische Landwirtschaft im Grossen und Ganzen loyal an diesem Ziele mitgearbeitet hätte»[719]. Es scheine sogar, dass unter vielen Konsumentinnen und Konsumenten der Gedanke vorherrsche, dass «zwischen organisierten Konsumenten und organisierten oder unorganisierten landwirtschaftlichen Produzenten»[720] nur der «Kriegszustand»[721] denkbar sei.[722] Es gebe jedoch keinen Grund, mit den Bauern stets auf Kriegsfuss zu leben. Stattdessen sei man bei der Versorgung der Bevölkerung auf die Landwirtschaft angewiesen. Zudem sei die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegungen zu begrüssen. Diese weise in die richtige Richtung, helfe den Zwischenhandel zu dezimieren und erlaube eine ausgeglichene Politik zwischen Konsumenten und Produzenten.[723]

Um sich ein möglichst vollständiges Bild von der landwirtschaftlichen Produktion machen zu können, plädierte Jäggi im Sommer 1916 dafür, dass der VSK selbst landwirtschaftliche Güter kaufen und in die landwirtschaftliche Produktion einsteigen solle.

---

715 Vgl. Burkhard 2012: 70
716 Vgl. Brief des Redaktors der «Berner Tagwacht» an Dr. Ernst Laur. In: Gautschi 1971: 28-30.
717 Vgl. Baumann 1993: 334.
718 Rechenschaftsbericht VSK 1915: 6.
719 Rechenschaftsbericht VSK 1915: 6.
720 Rechenschaftsbericht VSK 1915: 6.
721 Rechenschaftsbericht VSK 1915: 6.
722 Vgl. Rechenschaftsbericht VSK 1915: 6.
723 Vgl. Rechenschaftsbericht VSK 1915: 6-7.

> «Schon lange haben wir gesagt, dass das Verhältnis zwischen Konsument und Produzent geregelt werden soll. Jetzt treten wir an diese Frage, wir machen den Konsumenten zum Produzenten, […].»[724]

Diese Forderung war innerhalb des VSK nicht unumstritten und so warnten Ausschussmitglieder davor, dass man sich zu sehr vor der Landwirtschaft «verneige».[725] Doch Jäggi sah gerade in der eigenen Produktion von Nahrungsmitteln auch die Möglichkeit, die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft besser kennenlernen zu können und so auch adäquater auf die deren Preisforderungen reagieren zu können.[726]
Jäggi wies den Vorwurf zurück, dass der VSK mit der Landwirtschaft «angebändelt» habe. Wäre dies der Fall, hätte man wesentlich höhere Milchpreise als dies nun der Fall sei.[727] Stattdessen habe sich durch die gemeinsamen Vereinbarungen die Möglichkeit ergeben, Konsumenteninteressen und Interessen der Landwirtschaft in einen besseren Einklang zu bringen und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung, so gut es gehe, sicherzustellen. Über einen ausschliesslich konfrontativen Kurs wäre dies wohl kaum zu bewerkstelligen gewesen, so Jäggi.

Diese Politik der Verständigung zwischen Landwirtschaft und Konsumenten bezahlte der VSK mit dem Zerwürfnis mit der SPS. Jäggi entschloss sich im Verlauf dieser Streitigkeiten im Dezember 1916 dazu, seine politischen Ämter, die er für die SPS innehatte, aufzugeben. Er kritisierte, dass in der SPS «kleinliche Kritik und Oppositionslust»[728] dominiere, statt sich der zentralen Frage zu widmen, wie «die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft wenigstens einigermassen noch verbesserten werden»[729] könnte. Jäggi war der Überzeugung, durch die Förderung der Genossenschaftsbewegung eine bessere Politik für die Interessen der Konsumenten realisieren zu können als über eine reine Oppositionshaltung, die das Problem zwar skandalisiere, aber doch wenig Vorschläge zur Ausgestaltung einer nachhaltigen Versorgungspolitik liefern konnte. Jäggi war der Überzeugung, dass die Genossenschaftsbewegung die Möglichkeit darstelle, die privatkapitalistische Wirtschaftsweise in eine genossenschaftlich orientierte Wirtschaftsweise überführen zu können. In diesem Sinn gab Jäggi also nicht seine sozialistische Grundüberzeugung auf, sondern wandte nur einer Partei den Rücken zu, die sich seines Erachtens zu stark auf eine Skandali-

---

724 Dritte Sitzung des leitenden Ausschusses des Verbandes schweizerischer Konsumvereine vom 8.04.1916; Coop-Archiv o.S.: 31. [Fortan: III. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 8.04.1916]
725 Vgl. III. Protokoll leitender Ausschuss VSK vom 8.04.1916: 30-31. Siehe dazu auch: Moser 2007: 66.
726 Vgl. Vierte Sitzung des Aufsichtsrates des Verbandes schweizerischer Konsumvereine vom 9.04.1916; Coop-Archiv o.S.: 36. [Fortan: IV. Protokoll Aufsichtsrat VSK vom 09.04.1916]
727 Vgl. IV. Protokoll Aufsichtsrat VSK vom 09.04.1916: 38.
728 Brief von Bernhard Jäggi an die Sozialdemokratische Partei der Schweiz vom 25.12.1916; Schweizerisches Sozialarchiv [Sozarchiv] Ar 1.100.6. [Fortan Brief Jäggi an SPS, 25.12.1916]
729 Brief Jäggi an SPS, 25.12.1916.

sierungsstrategie auf der Basis der Ernährungsfrage eingelassen und ihre eigentlichen Ziele aus den Augen verloren hatte.

4.4.2 Den Anbau von Gemüse genossenschaftlich fördern – Vom VSK zur SGG

Mit der Zuspitzung der Ernährungskrise in den Jahren 1917/1918 und den behördlichen Weisungen zur Hebung des inländischen Anbaus rückte auch im VSK die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion in den Fokus. So folgte der VSK den behördlichen Weisungen, brachliegendes Land in Kultur zu nehmen und schuf im Basler Dreispitz 160 Kleingärten auf bisherigen Fussballplätzen und Pferdeweiden.[730] Ferner erfolgten vom VSK initiierte Anbauprojekte für Kartoffeln in der Nähe von Avanches und für Getreide auf den noch zu entwässernden Mooren zwischen Yverdon und Orbe.[731]

Besonders durch Entwässerungsarbeiten und andere Meliorationstätigkeiten erhoffte sich der VSK, einen «bescheidenen Anteil an der Versorgung des Landes mit Getreide beitragen»[732] zu können. Durch Beteiligungen an den Produktionsgenossenschaften «La Charrue» im Kanton Waadt und «Ceres» im Kanton St. Gallen, die sich beide zum Ziel gesetzt hatten, während des Kriegs die Produktion von Nahrungsmitteln auf bisher unkultiviertem Moorland zu fördern, war der VSK verstärkt mit der Idee der Bodengewinnung durch Entwässerung in Kontakt gekommen.[733]

Die beiden Produktionsgenossenschaften «La Charrue» und «Ceres» teilten mit der SVIL die Zielsetzung, die Nahrungsmittelproduktion auf bisher unerschlossenem Boden zu betreiben und dadurch den landwirtschaftlichen Anbau anheben zu helfen. Anders als die SVIL, die durch ihre industriellen und behördlichen Anbindungen über einigermassen stabile Finanzen verfügte, mussten La Charrue und Ceres aufgrund hoher Drainagekosten, Missernten und gestiegener Lohnkosten ihre Betriebe vorzeitig liquidieren.[734]

Der VSK hielt aber trotz des Scheiterns der beiden Produktionsgenossenschaften an der Idee der Moorlandkultur fest und entschied zuerst, einen grösseren Betrieb von «La Charrue» in der Nähe von Yverdon auf eigene Rechnung weiterzuführen. Bald darauf konnte das Aktienkapital der Gemüsekulturen AG Kerzers im Kanton Freiburg vom VSK übernommen werden. Mit diesem Schritt verfügte der VSK über rund weitere 100ha melioriertes Land.[735]

Um diese Entwicklungen bestmöglich in die Anstrengungen von Behörden, Industriellen und Privaten zur Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion integrieren zu können, wurde auf

730 Vgl. Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK) 1918: 37. [Fortan: Rechenschaftsbericht VSK 1917]
731 Vgl. Rechenschaftsbericht VSK 1917: 37.
732 Rechenschaftsbericht VSK 1917: 37.
733 Vgl. Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) 1949: 7.
734 Vgl. Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) 1949: 7.
735 Vgl. Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) 1949: 7.

Anraten von Bernhard Jäggi am 7. Oktober 1918 die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) gegründet.[736] Der Zweck der Genossenschaft wurde in den Statuten wie folgt festgehalten:

> «Die Genossenschaft bezweckt, zur Sicherstellung der Versorgung unseres Landes den Anbau von Landesprodukten aller Art zu fördern und die Erzeugnisse soweit nötig und möglich ihren Mitgliedern zu günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.»[737]

Die Forderung Jäggis, Konsumenten zu Produzenten zu machen, wurde somit durch die Gründung der SGG auf eine neue Ebene gehoben.

4.4.3 Über eine komplementäre Perspektive zur Integration von Konsumenten und Landwirten

Die Entwicklung der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) und der Mutterorganisation VSK sowie deren Beziehungen zu ihrer politischen Basis, zeigen, dass die Ernährungsfrage und das damit zusammenhängende Beziehungsgeflecht zwischen Produktion und Konsum während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz eine starke Umdeutung erfuhren.

Die Ernährungsfrage wurde in den ersten Kriegsjahren hauptsächlich als Frage der gerechten Verteilung diskutiert. Diese Perspektive ermöglichte der SPS, auf der Basis von der Nahrungsmittelteuerung eine politische Argumentation zu entwickeln, welche sich stark am Prinzip der «moralischen Ökonomie»[738] orientierte. Dieser Argumentation folgend wurden die landwirtschaftlichen Akteure kollektiv zu Kriegsgewinnlern erklärt, denen es um den schnellen Profit gehe, wobei die Nöte der Bevölkerung missachtet würden. Bernhard Jäggis Sachkompetenz in Fragen der Versorgung erlaubten es ihm, nicht in diese einseitige Diffamierungskampagne miteinzustimmen. Stattdessen bemühte er sich seit Ausbruch des Kriegs um eine Verständigungspolitik, die aber durchaus auch von einer kritischen Distanz gegenüber den landwirtschaftlichen Akteuren geprägt war. Ansonsten hätte Jäggi wohl drauf verzichtet, auf Höfen des VSK die Rentabilität und die Preisforderungen der Landwirtschaft zu untersuchen.

Durch diese vertiefte Auseinandersetzung mit der Versorgungsproblematik bot sich Jäggi ein realistischeres Bild als vielen seiner Parteigenossen.[739] Die Produktionsbedingungen und die damit

---

736 Vgl. Moser 2007: 68.

737 Erster Jahresbericht und Rechnung pro 1919 der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG); Archiv für Agrargeschichte [AfA] AfA Nr. 724.11-02: 1. [Fortan: Jahresbericht SGG 1919]

738 Vgl. Thompson 1971: 76-131.

739 Jäggi zog in seiner Schrift «Die Beziehungen der Konsumvereine zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften» ein Fazit aus den Lehren während des Kriegs und leitete daraus die Notwendigkeit der Strukturierung von Gesellschaften nach dem Genossenschaftsprinzip ab. Vgl. Jäggi 1927.

verbundenen Schwierigkeiten blieben ihm nicht verborgen, sodass Jäggi zu einem deutlich milderen Urteil über die Landwirte gelangte als seine Parteigenossen.[740] Besonders in den landwirtschaftlichen Genossenschaften sah Jäggi Überschneidungen mit den Interessen der Konsumgenossenschaften.

> «Die landwirtschaftliche Kredit- und Produktivgenossenschaft kämpft gegen Zinsknechtschaft, gegen Kreditwucher, gegen Schmälerung des Arbeitsertrages. Die Konsumgenossenschaft kämpft gegen Warenwucher, gegen Schmälerung der Konsumkraft. Kreditgenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften und Konsumgenossenschaften, alle gehen, wenn sie ihre Aufgabe richtig erfassen, darauf aus, die überflüssigen Zwischenglieder zwischen Produzent und Konsument auszuschalten.»[741]

Jäggi kam zum Schluss:

> «Die Interessen des werktätigen Landwirtes und des werktätigen Berufs- und Fabrikarbeiters sind nur scheinbar gegensätzlicher Natur. In Wirklichkeit liegt es im Interesse des einen wie des anderen, wenn alle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft in der Lage sind, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen und ein anständiges Auskommen zu finden. Die Genossenschaft ist die gegebene Wirtschaftsform, diese Interessenvereinigung durchzuführen.» [742]

Allerdings war die SGG nicht nur wegen ihres integrativen Ansatzes bezüglich Produktion und Konsum bemerkenswert. Sie orientierte sich auch am Ideal der Reformbewegungen, die städtische und ländliche Lebensweise einander näher zu bringen versuchten. Es war der SGG ein Anliegen, die Bearbeitung der Felder ganzen Familien zu übertragen, wobei sie insbesondere auf die positiven Effekte der landwirtschaftlichen Tätigkeiten auf Kinder hinwies:

> «Ist diese Arbeit nicht eine praktische Schule für später? Welchen Beruf sie auch ergreifen mögen, ein Stück Land, einen Garten bebauen und seinen Nachkommen das auch wieder zu erlernen, sollte jeder imstande sein. So wandert bodenständige Arbeit mit einfacher Gesinnung durch Generationen.»[743]

740 Vgl. Baumann 1993: 303, 337
741 Jäggi 1927: 8.
742 Jäggi 1927: 11.
743 SGG Jahresbericht 1919: 16.

Ferner sei die landwirtschaftliche Tätigkeit auf den genossenschaftlichen Feldern auch eine Gelegenheit, Sparsinn und Wirtschaftlichkeit kennenzulernen, da die Kinder mit 25-40 Rappen pro Stunde entlöhnt wurden.[744]

4.4.4 Die SGG in Verwandtschaft zur SVIL

Die Arbeit auf den Feldern der SGG wurde aber nicht als rein monetäre Lohnarbeit verstanden, denn ein Anteil des Lohnes wurde stets in Form von Ernteprodukten entgolten.[745] In dieser Form der partiellen Selbstversorgung zeigte sich eine enge Verwandtschaft mit den Zielen der industriellen Landwirtschaft, die durch die SVIL betrieben wurde. Im Gegensatz zur SVIL beschäftigte die SGG aber nicht nur Industriearbeiter auf ihren Feldern, sondern explizit auch Kleinbauernfamilien, welche auf ihren eigenen Höfen kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften konnten.[746]

In räumlicher und infrastruktureller Hinsicht ergaben sich allerdings Probleme, denn die gepachteten Felder verfügten über keine Ökonomie- oder Wohngebäude, und so fehlte auch jegliche sonst auf Höfen übliche Infrastruktur «wie Düngergruben, Jaucheausläufe, Heuaufzüge, Remisen, Schermen [und] Kellerräumlichkeiten»[747]. Arbeitskräfte, Ernteerträge und Hilfsmaterialen mussten stets über weite Wege auf die Felder transportiert werden.

Trotz dieser infrastrukturellen Schwierigkeiten bearbeitete die SGG per Ende 1919 acht Pachtländer mit insgesamt 847.5 Jucharten à 36[748] Aren in den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt, Wallis, Basel-Land und Zürich.[749] Der Hauptsitz der SGG wurde kurz nach Gründung vom Hauptsitz des VSK in Basel nach Kerzers (FR) verlegt, weil sich das Gelände der ehemaligen «Gemüsekulturen AG, Kerzers» im Seeland als Hauptsitz für die Zwecke der SGG bestens anbot. Der an der ETH ausgebildete Agronom Hans Keller[750], Lehrer für Pflanzenbau an der landwirtschaftlichen Schule Rütti in Zollikofen bei Bern, übernahm die Geschäftsleitung.

---

744 Vgl. SGG Jahresbericht 1919: 15. Umgerechnet auf die Lohnverhältnisse 2009 erhielt ein Kind bei einem Stundenlohn von damaligen 40 Rappen 9 Schweizerfranken Stundenlohn. Für die Umrechnung wurde das Online-Tool «Swisstoval» von Christian Pfister und Roman Studer genutzt.

745 Vgl. SGG Jahresbericht 1919: 16-17.

746 Vgl. SGG Jahresbericht 1919: 17.

747 SGG Jahresbericht 1919: 13.

748 Dies entspricht gemäss heute gebräuchlichen Flächenmassen rund 305 Hektaren Land.

749 Vgl. SGG Jahresbericht 1919: 9.

750 Hans Keller (1882-1941) war ein Schweizer Agronom. Nach seinem Studium an der ETH war Keller als Gutsverwalter und Lehrer für Pflanzenbau an landwirtschaftlichen Schulen tätig. Keller wurde 1919 zum Direktor der SGG gewählt, die er zu einem der europaweit grössten Gemüsebaubetriebe ausbaute. Vgl. AfA-Personendatenbank; Moser 2007: 70.

Die SGG pflegte nicht nur wegen ihrer Funktionen eine enge Verwandtschaft zur industriellen Landwirtschaft und zur SVIL, auch personell überschnitten sich die beiden Organisationen.[751] So gehörten dem Verwaltungsrat der SGG auch Gustave Martinet[752], Fritz Mangold sowie, für eine sehr kurze Zeit, Jacob Lorenz an.[753] Lorenz und Mangold waren zudem Vorstandsmitglieder der SVIL.[754] Jacob Lorenz war allerdings bloss an der ersten Sitzung des Verwaltungsrates der SGG präsent – vermutlich in seiner Funktion als Vorsteher des Zürcher Ernährungsamts.[755] Durch die personellen und inhaltlichen Überschneidungen ergaben sich auch konkrete Kooperationen zwischen der SVIL, der SGG und kulturtechnischen Diensten, beispielsweise bei der Melioration des Furttales.[756]

Die SGG orientierte sich in ihren Zielen, wie auch die SVIL, stark an den behördlichen Anweisungen zur Vermehrung der Lebensmittelproduktion. Auch bei der Bodenbeschaffung konnte sie auf die Unterstützung durch das eidgenössische Ernährungsamt und das Volkswirtschaftsdepartement zählen. Der Anbau von Feldfrüchten, die Erleichterung für die Erfüllung der landwirtschaftlichen Anbaupflicht und die «vermehrte Heranziehung anderer Berufskreise zur Mitarbeit in der Lebensmittelproduktion»[757] galten weiterhin als hauptsächliche Tätigkeiten der SGG. Besonderen Wert legte die SGG zudem – wiederum analog der behördlichen Forderungen – auf den Kartoffelanbau.[758] Viele Pachtflächen konnten aber nicht sofort bebaut werden, sondern bedurften erst der Entwässerung und Kultivierung. Kulturpläne wurden zwar relativ rasch erstellt, doch die Umsetzung dieser Pläne ging oftmals nicht im gewünschten Tempo voran. Insbesondere die Drainagearbeiten, die teilweise von kantonalen Behörden durchgeführt wurden, zeigten oft einen «schwerfälligen Gang».

So experimentierte die SGG auch mit dem Einsatz landwirtschaftlicher Hilfsmaschinen, um die Produktion forcieren zu können. Das untenstehende Bild zeigt den Einsatz eines Dreischar-Ott-Pfluges, der von einem motorisierten Traktor der Marke Scheuchzer gezogen wird. (Siehe Abbildung 5) Die Gerätschaft wurde 1919 zum Umbruch meliorierter Flächen in Ballens (VD) einge-

---

751 Vgl. Moser 2007: 69-70.

752 Gustave Martinet (1861-1928) war Agronom, Politiker und Hochschullehrer. Von 1898 bis 1925 stand er der Eidgenössischen Samenuntersuchungs- und Versuchsanstalt Mont-Calm in Lausanne vor. Er unterrichtete an kantonalen Landwirtschaftsschulen und an der Universität Lausanne. Zudem war Martinet als Redaktor der Zeitschrift *La Terre Vaudoise* tätig. Neben Vorstands-Funktionen im Schweizerischen Bauernverband engagierte sich Martinet ebenfalls in der SGG und der SVIL. Vgl. AfA-Personendatenbank; Fuchs 2009.

753 Vgl. Protokoll der Ersten Sitzung des Verwaltungsrates der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) am Samstag 12.10.1918; Coop-Archiv o.S.: 1. [Fortan: I. Protokoll Verwaltungsrat SGG vom 12.10.1918]

754 Zur Vorstandszusammensetzung der SVIL siehe Kapitel 6.3.2.

755 Vgl. I. Protokoll Verwaltungsrat SGG vom 12.10.1918: 1.

756 Vgl. Jahresbericht SGG 1919: 4. Siehe dazu auch: Moser 2007: 70.

757 Kreisschreiben des eidgenössischen Ernährungsamtes an die Kantonalregierungen betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 21.02.1919: 328.

758 Vgl. Kreisschreiben des eidgenössischen Ernährungsamtes an die Kantonalregierungen betreffend Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 21.02.1919: 329.

setzt. Vermutlich handelt es sich dabei um ein Projekt der obengenannten Genossenschaft «La Charrue».

Die Beurteilung dieser Traktoren fiel im März 1920 weitgehend positiv aus. Allerdings wurde im entsprechenden Protokoll des Verwaltungsrats darauf hingewiesen, dass als Traktorführer Landwirte gegenüber Mechanikern vorzuziehen seien, da diese ein grösseres Verständnis für die Bodenbearbeitung mit sich brächten.[759]

Abbildung 5: «Labourage du grand marais de Ballens avec tracteur système Scheuchzer». Fotografie aus Bestand SGG, Coop Genossenschaft Zentralarchiv, ohne Signatur, 1919.[760]

4.4.5 Burgfrieden bezüglich der Versorgungskrise – Unterstützung der SGG durch Robert Grimm im September 1918

Die Meliorations- und Kulturarbeiten nahmen Zeit und Arbeit in Anspruch, sodass die SGG eigentlich nicht mehr als direkte Kriegsmassnahme gesehen werden kann. Die Nahrungsmittelkrise hat aber auch die Gründung der SGG stark mitgeprägt. Der drohende Hunger hat insbe-

759 Vgl. Protokoll der vierten Sitzung des Verwaltungsrates der SGG vom 06.03.1920. CoopArchiv o.S.: 18. Zu einer vertieften Auseinandersetzung rund um den Einsatz von motorbetriebenen landwirtschaftlichen Hilfsgeräten siehe: Auderset, Moser 2016: 145-164; Auderset, Moser 2018a: 103-154.

760 Das Bild ist ebenfalls enthalten in: Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG): Gründung, Entwicklung und Aufgabe. Kerzers 1949: 15. Dort mit der Bildbeschreibung «SGG Ballens 1919. Scheuchzer-Traktor mit 100 PS Benzinmotor zieht einen Dreischar-Ott-Pflug: erster Umbruch des zähen Streuerasens».

sondere bei den Konsumentenvertretern das Bewusstsein geschärft, dass vermehrt auch die inländische Gemüseproduktion gefördert werden sollte. Und vor allem durch die Schaffung des Eidgenössischen Ernährungsamtes rückten auch die Sozialdemokraten im Bereich der Lebensmittelversorgung von ihrer Diffamierungspolitik ab und befürworteten immerhin teilweise den Anbau von Lebensmitteln durch Konsumentengenossenschaften. So gab sich Robert Grimm im OAK gegenüber den Bestrebungen der industriellen Landwirtschaft zwar kritisch, befürwortete aber hingegen die Gründung der SGG, trotz den vorangegangenen Uneinigkeiten.

Als sich die Ernährungskrise 1917 und zu Beginn des Jahres 1918 aber zugespitzt hatte, und auch die Bundesbehörden damit begannen, in wesentlichen Punkten auf die Forderungen der Arbeitnehmerschaft einzugehen, rückte der pragmatisch orientierte Robert Grimm doch von seiner konfrontativen Haltung ab und vertrat ebenfalls die Ansicht, dass eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion unumgänglich sei. So plädierte auch Robert Grimm im OAK im September 1918 für die Urbarmachung von Land und die Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in die landwirtschaftliche Produktion.[761] So konnte schliesslich auch der Richtungsstreit zwischen Bernhard Jäggi und der SPS beigelegt werden. Im September 1918 entschied sich das OAK schliesslich dazu, die von Jäggi in die Diskussion eingebrachte Idee der SGG ideell zu unterstützen und auf dem genossenschaftlichen Weg die Ideen der industriellen Landwirtschaft mitzutragen.[762] Die SGG galt seit ihrer Gründung, dank ihrer genossenschaftlichen Struktur, als eine Alternative zur industriellen Landwirtschaft, die auch von der organisierten Arbeiterschaft guten Gewissens unterstützt werden konnte.

4.4.6 Das langfristige Ziel Bernhard Jäggis, mit der Genossenschaftsbewegung eine «organische Gemeinschaft» zu realisieren

Jäggis Verständigungspolitik mit der Landwirtschaft zu Kriegsbeginn, die Abwendung von der Sozialdemokratie, als diese in der Ernährungsfrage eine Eskalationskampagne betrieb, sein unablässiges Engagement für die Genossenschaftsbewegung und die Annäherung von Lebensmittelproduzenten und -konsumenten zeugen von seinen pragmatischen und gleichzeitig visionären Ideen.

Nach dem Krieg wandte sich Jäggi längerfristigen Projekten zu, welche genossenschaftliches und ländliches Leben mit dem städtischen in Einklang zu bringen versuchten. Für Jäggi hatten der Weltkrieg und seine Folgen «die für die Volkswirtschaft nachteiligen Auswüchse des privatkapita-

761 Vgl. Protokoll OAK 12.09.1918.
762 Vgl. Protokoll OAK 30. 09 1918.

listischen Systems in krasser Weise der Bevölkerung vor Augen geführt und den Sinn für die notwendige organische Gemeinschaft geschärft»[763].

Der VSK war schliesslich massgeblich an der Errichtung der «Genossenschaftssiedlung Freidorf» in Muttenz (BL) beteiligt. Das Siedlungsprojekt orientierte sich nicht nur am sozialen Wohnungsbau, sondern versuchte gleichermassen, die Gartenstadt-Idee von Ebenezer Howard umzusetzen.[764] Die 1919 geplante Siedlung sollte 150 Einfamilienhäuser umfassen und nur eine halbe Stunde vom Stadtkern von Basel entfernt liegen. Das Bild der Siedlung sollte durch Wiesen- und Gartenflächen bestimmt werden und rund 63% Grünfläche ausweisen. Grund und Boden sollten im Besitz der Genossenschaft bleiben, während die Wohneinheiten entweder gemietet oder erworben werden könnten. Jedes Haus sollte über einen eigenen Garten verfügen, wie sich auch heute noch auch aus der Siedlungsrealisierung herauslesen lässt. (Siehe Abbildung 6) Die Siedlung sollte sich als «heimelige Gartenstadt repräsentieren»[765] und über moderne infrastrukturelle Anbindungen verfügen. «Ein Genossenschaftshaus, ein Konsumladen, eine Kaffeehalle, eine Schule, eine Postablage»[766] und Reparaturwerkstätten sollten ebenso zum Dorf gehören wie eine eigene Tramhaltestelle, welche das Dorf mit dem Stadtzentrum von Basel verbinden sollte.[767]

In den Gründungsstatuten der Siedlungsgenossenschaft wurde neben der Beschaffung von Bauland und der Errichtung von Wohnhäusern auch die gemeinsame Beschaffung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sowie deren kollektive Nutzung als Zwecke der Genossenschaft ausgegeben.[768]

Mit dem Freidorf Muttenz sollte der Versuch unternommen werden, modernes städtisches Leben mit dem Prinzip des Genossenschaftswesens und einem Erhalt der Möglichkeit zur partiellen Selbstversorgung zu realisieren.

---

763 Jäggi 1927: 24.
764 Vgl. Möller 2015: 49-86; Strub 2010.
765 Gewerkschaftliche Rundschau 7/11 (1919): 60-61.
766 Gewerschaftliche Rundschau 7/11 (1919): 61.
767 Vgl. Gewerkschaftliche Rundschau 7/11 (1919): 60-61.
768 Suter 1977: 182.

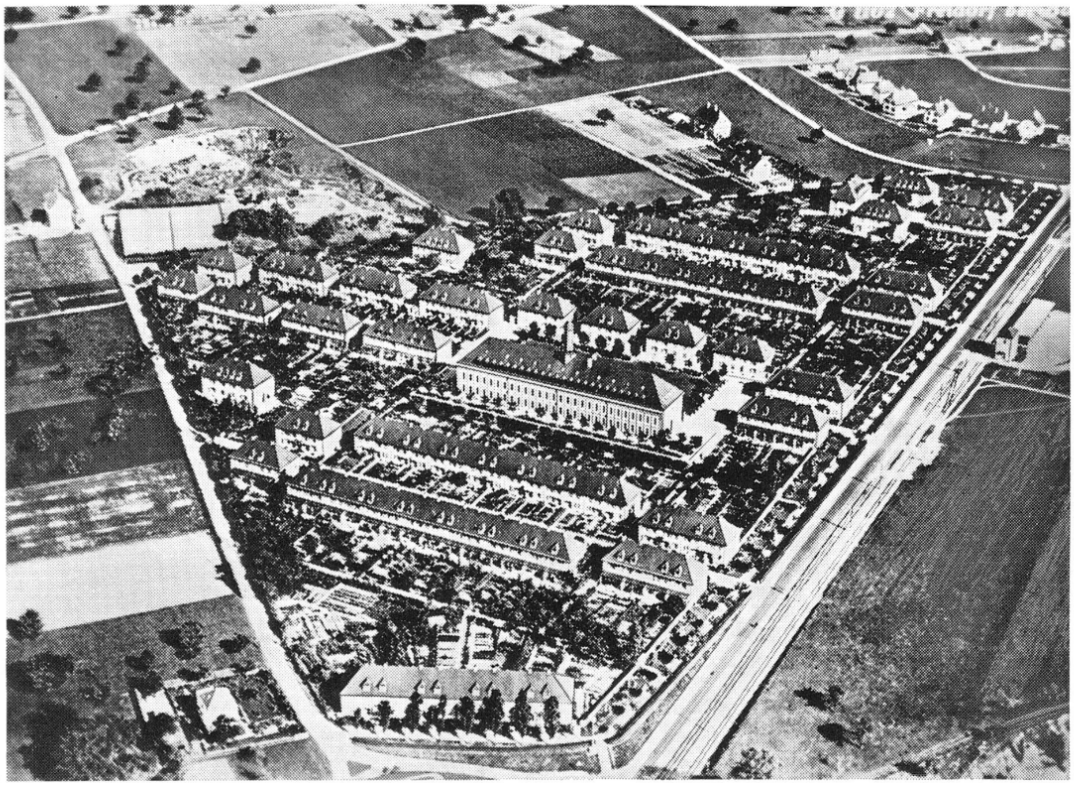


Abbildung 6: Flugbild des Freidorfs von Westen gesehen, 1935. In: Baselbieter Heimatblätter 42/3 (1977): 183. (Originalbild: Staatsarchiv Baselland unter der Signatur: PA 6438, 8.3.3.1.7.03)

Bei der Versorgungskrise von 1917/18 war der VSK mit der Gründung der SGG aber erstmal dazu übergegangen, brachliegendes Land urbar zu machen und auf genossenschaftlicher Basis Gemüsebau zu betrieben. Aufgrund dieser Bestrebungen ergab sich eine enge Zusammenarbeit mit der SVIL und ihrem Projekt der industriellen Landwirtschaft. Die Losung der VSK unter Bernhard Jäggi, Konsumenten zu Produzenten zu machen, war die Idee eines Versorgungs-Experten, der die drohenden Gefahren früh antizipiert hatte und sein Handeln auf die bestmögliche Versorgung der Schweizer Bevölkerung ausrichtete sowie einer weiteren Entfremdung zwischen Landwirten und Konsumenten entgegenzuwirken versuchte. Mit der Anwendung der experimentellen Massnahmen im Siedlungswesen und bei der Nahrungsmittelproduktion wurde Bernhard Jäggi zu einem wesentlichen Akteur bei der Such nach Bewältigungsstrategien für die Ernährungskrise und die politische Spaltung der Schweiz im Ersten Weltkrieg.

4.5 L'Association des Productrices de Moudon – Emanzipation und gesellschaftlicher Ausgleich über Marktformen

Doch nicht nur Vertreter der Konsumorganisationen interessierten sich für die Verbesserung des Verhältnisses von Produktion und Konsum. Insbesondere Bäuerinnen, welche in den Kriegsjahren auf vielen Höfen die Hauptverantwortung übernommen hatten, interessierten sich für direktere Beziehungen zu den ebenfalls häufig weiblichen Käuferinnen von Lebensmitteln auf den Märkten. Einige Bäuerinnen begannen, sich während des Kriegs zu organisieren mit dem Ziel, den Zwischenhandel auszuschalten. Dieser käme weder Produzenten noch Konsumenten zugute, sondern fülle nur die Taschen der Händler, so die Initiantin der «Association des Productrices de Moudon» (APM), Augusta Gillabert-Randin. Sie hielt im Juli 1918 in der landwirtschaftlichen Waadtländer Zeitung *La Terre Vaudoise* fest:

> «L'entremetteur seul profite du malentendu, il empoche un gainé norme sur le dos du producteur, et par lui, ce qui aurait dû être un affluent du commerce local est emporté dans une autre région du pays… ou ailleurs.»[769]

Gillabert-Randin hatte sich nicht nur bei der Vermittlung von Produktion und Konsumation hervorgetan, sondern sich auch stark für die Besserstellung der Frau im agrarischen Leben eingesetzt. Hier soll nun kurz die Entstehung der APM und ihre Ziele erläutert und die Organisation im Kontext der Krise von 1917/1918 verortet werden.

4.5.1 Die Neugestaltung des Konsums als Möglichkeit zur Emanzipation der Frauen in der ländlichen Gesellschaft

Bäuerinnen standen zur Zeit des Ersten Weltkriegs zwischen Lohnarbeit und unbezahlter Hausarbeit.[770] Sie kümmerten sich um die Jahrhundertwende sehr oft auch um Neben- und Kleinerwerbsmöglichkeiten, halfen aber genauso bei der landwirtschaftlichen Produktion mit und kümmerten sich um den Haushalt. Ferner oblag ihnen auch oft die Führung der – durch die Modernisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft angekommenen – Buchhaltung.[771] In produktionstechnischer Hinsicht kümmerten sich die Bäuerinnen sehr oft um die Hühner- und Schweinehaltung.[772]

---

769 La Terre Vaudoise, 20.07.1918: 266. Dieser Artikel wurde ebenfalls im Rahmen einer Quellenedition neu veröffentlicht. Vgl. Moser, Gosteli, 2005: 50.
770 Vgl. Baumgartner-Jenny 1990: 99.
771 Vgl. Moser 1998: 65-66.
772 Vgl. Moser 1998: 65-66.

Markante Unterschiede bei den Arbeitsaufgaben der Bäuerinnen ergaben sich direkt aus der Betriebsgrösse. Während in Grossbetrieben das Arbeitsfeld der Bäuerinnen hauptsächlich auf die Hausarbeit beschränkt blieb, mussten die Bäuerinnen in kleineren Betrieben neben den aufwändigen Hausarbeiten noch weitere Arbeiten erledigen. Die Arbeitsbelastung der Frauen in der Landwirtschaft war also in kleineren Höfen, welche in einer familienwirtschaftlichen Struktur organisiert waren, um einiges höher als in Grossbetrieben.[773]

Wenn Arbeitskräfte ausfielen oder fehlten, kam den Bäuerinnen «eine Art Pufferfunktion»[774] zu. Dies war insbesondere im Ersten Weltkrieg der Fall, wo die Frauen ihre diensttuenden Männer ersetzten und so den Grossteil der Mehrarbeit auf den Höfen zu leisten hatten. Hinzu kam, dass die zu erledigende Arbeit oft mühsam war, weil nicht nur die Männer, sondern auch tierische Arbeitskräfte, wie Pferde, aufgrund der Mobilisation der Armee, oftmals fehlten.[775] Auch wenn die Behörden mittels Freistellungen der Landwirte vom Militärdienst und Zuweisungen von Arbeitskräften an die Landwirtschaft versuchten, den Arbeitskräftemangel zu nivellieren, blieb doch ein Grossteil des Mehraufwandes, insbesondere in den Jahren 1917/1918, an den Frauen hängen. Ferner ist zu erwähnen, dass nicht nur die Kriegssituation für die Mehrarbeit der Bäuerinnen verantwortlich war, sondern auch ökonomische Strukturen, welche auch in Friedenszeiten den Arbeitsalltag der Frauen erschwerten. So verwies beispielsweise der Agronom Max Kleiber in einem Aufsatz darauf, dass die Verschuldung der Bauernhöfe oftmals dazu führe, dass sich der Schuldenbauer gezwungen sehe, als Tagelöhner in der Industrie oder auf anderen Bauernhöfen zu arbeiten, «währenddem [er] die ganze Bürde des eigenen Betriebes seiner Frau» überlasse.[776]

Dies bedeute zum einen eine erhebliche Arbeitslast auf den Schultern der Bäuerinnen. Zum anderen eröffneten die übernommenen Verantwortungen auch Möglichkeiten, gestaltend in Teilbereiche der landwirtschaftlichen Produktion und Distribution einzugreifen und so emanzipatorische Forderungen stellen zu können.

Wohlwissend darum, dass die Landwirtschaft durch die Nahrungsmittelkrise einen erheblichen Bedeutungszuwachs in der Schweizer Politik erhalten hatte, wies Gillabert-Randin in ihren Schriften darauf hin, dass Land- und Volkswirtschaft von der Besserstellung der Bäuerinnen profitieren werde: «L'instruction des femmes et l'amélioration du foyer sont des facteurs sérieux du développement d'une nation.»[777]

Gillabert-Randin sah in der Stärkung des direkten Handels zwischen Bäuerinnen und Konsumentinnen eine Möglichkeit, nicht nur den Zwischenhandel zu umgehen, sondern auch die Kundin-

---

773 Vgl. Moser 1998: 67.
774 Moser 1998: 65.
775 Vgl. Moser 1998: 65.
776 Vgl. Der Aufbau, 30.01.1920: 68.
777 L'Industrie Laitière Suisse, 11.02.1921: 23. Ebenfalls publiziert in: Moser, Gosteli 2005: 173.

nen mit besseren und günstigeren Lebensmitteln zu versorgen und so auch die Stellung der Bäuerinnen zu stärken. Über den direkten Handel sollten Menschen generell wieder miteinander in Kontakt gebracht werden und letztlich das gegenseitige Verständnis für unterschiedliche Lebensrealitäten gefördert werden:

> «Quoique épargnée par la guerre, notre pays lui a payé un lourd tribute et, pas plus que les pays belligérant, il n'échappe à l'obligation de la restauration : restauration morale plutôt que matérielle, apaisement des luttes de classes, rapprochement des hommes entre eux, instauration d'un régime nouveau où la solidarité, la fraternité et la bienveillance remplaceront la cupidité et la haine.»[778]

Gillabert-Randin erachtete den Zwischenhandel als moralisch verwerflich, da dieser für eine Entfremdung der Produzierenden und Konsumierenden verantwortlich sei. Durch den direkten Verkauf von Eiern, Gemüse und Obst auf lokalen Märkten sollte der Zwischenhandel zurückgedrängt und die Spannungen zwischen Bäuerinnen und Konsumentinnen reduziert werden. Gillabert-Randin verwies auf ihr Ideal: «Ne tend à rien moins qu'à atténuer la tension entre producteurs et consommateurs et à réaliser par son activité très spéciale, quoique restreinte, le devoir solidariste imposé par les temps nouveaux.»[779] Ebenso wie Bernhard Jäggi ging es Gillabert-Randin also um den Abbau gesellschaftlicher Spannungen und um eine Beschwichtigung der sozialen Konflikte.[780]

Neben diesen gesellschaftspolitischen Ansätzen wollte Gillabert-Randin vor allem eine Besserstellung der Bäuerinnen in der familienbasierten Landwirtschaft erreichen. Dazu plädierte sie für einen systematischen Ausbau der von Frauen dominierten Bereiche (Eierproduktion, Gemüsebau, Schweinehaltung).[781] Die Stellung der Bäuerinnen – auch der unverheirateten – sollte über eigenständige Erwerbszweige gestärkt werden. Auch aus diesem Grund setzte sich Gillabert-Randin für direktere Beziehungen zwischen Konsumentinnen und Produzentinnen ein. Auf diesem Weg konnte der männlich dominierte Zwischenhandel umgangen und über die direkten Marktbeziehungen die Wertschätzung der Arbeit der Bäuerinnen bei den Konsumierenden gesteigert werden. Durch diese Wertschätzungssteigerung sollten die von Frauen dominierten Nebenerwerbsbereiche der Klein- und Mittelbetriebe gestärkt werden.[782]

Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs müssen auch auf Gillabert-Randin grossen Einfluss gehabt haben. So erhielt nicht nur die bäuerliche Tätigkeit eine gesteigerte Wertschätzung in der Bevölkerung, insbesondere die Bäuerinnen konnten aufgrund des Arbeitskräftemangels auf den

778 La Terre Vaudoise, 22.03.1919: 94. Ebenfalls publiziert in: Moser, Gosteli 2005: 52.
779 La Terre Vaudoise, 22.03.1919: 94. Ebenfalls publiziert in: Moser, Gosteli 2005: 52.
780 Vgl. La Terre Vaudoise, 22.03.1919: 94-95. Ebenfalls publiziert in: Moser, Gosteli 2005: 52.
781 Vgl. Moser, Gosteli 2005: 37.
782 Vgl. Moser 1994: 158.

Bauernhöfen ihre Kompetenzen und ihren Arbeitswillen unter Beweis stellen. Diese Situation stellte eine Chance dar, um die Stellung der Frauen in der Landwirtschaft zu thematisieren, und diese Möglichkeit wollte Gillabert-Randin nicht ungenutzt lassen.[783]

Entsprechend setzte sie sich ab 1918 auch auf internationalen Konferenzen für eine feministische Politik ein, wohlwissend darum, dass eine dauerhafte Verbesserung der Stellung der Frauen in wirtschaftlichen Fragen nur dann zu erreichen war, wenn sich auch die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend veränderten.[784] Ferner sei darauf hingewiesen, dass Gillabert-Randin nicht etwa eine Bekämpfung der familienwirtschaftlich organisierten Landwirtschaft beabsichtigte. Im Gegenteil - ihr ging es darum, diese Form der bäuerlichen Arbeitsweise aufrechtzuerhalten, womit sie vor allem die Stellung der Frau in dieser Wirtschaftsform stärken wollte.

Mit Bildungsangeboten und eigenständigen Arbeitsbereichen sollten Frauen von einem Abgang aus der Landwirtschaft in die Industrie abgehalten werden, und es sollte ein Auskommen auch für familiär ungebundener Frauen in der Landwirtschaft ermöglicht werden. Die Bestrebungen Gillabert-Randins, die Lebenswelt der Bäuerinnen zu verbessern, können daher auch als aktive Massnahme gegen die Landflucht und für die Stärkung der Landwirtschaft generell verstanden werden. Überhaupt zeigen sich inhaltliche Verwandtschaften in den Bemühungen der APM und den bisher vorgestellten Projekten. So plädierte Gillabert-Randin für eine Verständigungspolitik der Gesellschaft auf politischer und für die Integration von Stadt und Land auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene. Ferner kritisierte sie den mangelnden Aktionismus der männlichen Verbände und plädierte:

> «[…] et si la tâche de nos grandes associations masculines est de discuter des problèmes d'économie politique agricole en cherchant la meilleure application pratique, celle des femmes suisse, des femmes vaudoises en particulier est de travailler davantage à la culture maraîchère pour l'approvisionnement des villes.»[785]

4.5.2 Die Association des Productrices de Moudon im Sommer 1918

Um möglichst wirksam agieren zu können, schlossen sich in Moudon (VD) im Sommer 1918 Bäuerinnen unter der Leitung von Gillabert-Randin zur Association des Productrices de Moudon (APM) zusammen. Die APM zielte darauf ab, aktiv auf die Herausforderungen der Versorgungskrise zu reagieren und die Stadtbevölkerung direkt mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Es sollten Handelskanäle von den Dörfern in die Städte geschaffen werden, die direkte Begegnungen von

783 Vgl. Moser, Gosteli 2005: 36-41.
784 Vgl. Moser, Gosteli 2005: 40.
785 La Terre Vaudoise, 22.03.1919: 95. Ebenfalls publiziert in: Moser, Gosteli 2005: 53.

Produzierenden und Konsumierenden ermöglichen sollten. Durch diesen direkten Kontakt sollte das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Loyalität gefördert und Missverständnisse abgebaut werden.[786]

In den Statuten der APM 1918 wurde festgehalten, dass der Zweck der Vereinigung darin bestehe, den Zwischenhandel zu bekämpfen und auf den Märkten einheitliche und transparente Preise festzulegen.[787] Die APM bot fortan als Verkaufsgenossenschaft insbesondere die von Bäuerinnen produzierten Nahrungsmittel zu einheitlichen Preisen auf Märkten an.

Ferner bemühte sich die APM darum, neue Verkaufsmöglichkeiten zu studieren, um die Kanäle eines fairen Handels zwischen Stadt und Land rationalisieren zu können.[788] Überhaupt spielten die Aspekte der Informationsbeschaffung und -vermittlung eine wichtige Rolle in der APM. So sollten alle Fragen, welche die Entwicklung der Frauen in der ländlichen Gesellschaft beeinflussen, in der APM behandelt werden. Zu diesem Zweck wurden Schulungen, Kurse und Konferenzen organisiert. Gillabert-Randin war zudem publizistisch aktiv, sie hatte 1918/1919 vor allem in der Zeitung *La Terre Vaudoise* eine entsprechende Plattform erhalten. Diese wurde ihr von Gustave Martinet, deren Redaktor und Direktor der Eidgenössischen Samenuntersuchungs- und Versuchsanstalt Mont-Calme in Lausanne und Vorstandsmitglied der SGG geboten[789] Noch wichtiger sollte in späteren Jahren aber die Publikationsmöglichkeit in der *Industrie Laitière* werden, die zwar nicht immer ganz konfliktfrei, jedoch über die Jahre hinweg stabil blieb.[790]

Gillabert-Randin engagierte sich auf nationaler und internationaler Ebene für frauenrechtliche Anliegen. Vor allem die Zeit des Kriegs und der Versorgungskrise vertieften in ihr die Einsicht, dass auch im arbeitstechnisch verflochtenen Agrarsektor eine geschlechtsspezifische Trennung und Autonomisierung von einzelnen Arbeitsbereichen möglich war, ohne gleich das Konzept der familienwirtschaftlichen Strukturen in der Landwirtschaft als Ganzes angreifen zu müssen.[791] Über direkte Marktbeziehungen wollte Gillabert-Randin, wie bereits erwähnt, Vorurteile abbauen, den Zwischenhandel zurückdrängen und die Stellung der Frauen in der Landwirtschaft verbessern.

Augusta Gillabert-Randin kann deshalb als weitere Akteurin im Rahmen der Ernährungskrise begriffen werden, die sich während der Versorgungskrise für einen gesellschaftlichen Ausgleich sowohl innerhalb der ländlichen Gesellschaft zwischen den Geschlechtern, als auch in versor-

786 Vgl. La Terre Vaudoise, 22.03.1919: 94-95. Ebenfalls publiziert in: Moser, Gosteli 2005: 53.
787 Vgl. Vgl. Moser, Gosteli 2005: 287.
788 Vgl. Moser, Gosteli 2005: 287. Auf dieser Grundlage sollte sich dann in den 1930er-Jahren auch eine Zusammenarbeit zwischen den organisierten Landfrauenvereinen mit der Migros-Genossenschaft entwickeln. Vgl. Moser 1998: 73-74.
789 Vgl. Moser 2005: 31.
790 Vgl. Moser 2005: 31-35.
791 Vgl. Moser 2005: 37.

gungswirtschaftlicher Hinsicht zwischen konsumierenden und landwirtschaftlich produzierenden Gruppen, einsetzte.

4.6 «Die soziale Frage ist eine agrarische Frage»[792] – Linke und linksradikale Ansätze zur Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie

In zeitlicher Nachbarschaft zur Nahrungsmittelkrise und zum Landesstreik entstand auch innerhalb der Linken ein Umfeld, in dem «das Agrarische als Denk- und Handlungsfeld […] neu entdeckt […]»[793] werden konnte. Während die organisierte Arbeiterschaft in der Schweiz sich in der Auseinandersetzung mit der Ernährungskrise hauptsächlich hinter Robert Grimm und seinen anti-bäuerlichen Kurs gestellt hatte, gab es in sozialistisch-anarchistisch und religiös-sozial geprägten Bewegungen wiederum Bestrebungen, einen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft zu finden und auf der Grundlage der Integration von Arbeitern und Bauern eine sozialistische Gesellschaftsstruktur zu entwerfen. Hierbei standen vor allem die Ideen der beiden anarchistischen Theoretiker Peter Kropotkin und Gustav Landauer Pate. Der Russe Kropotkin hatte angesichts der Zentralisierung der Industrie und der damit verbundenen Landflucht bereits 1898 für eine Dezentralisierung der Industrie und eine Verbindung von Kleinindustrie und Landwirtschaft plädiert.[794] Und der Deutsche Gustav Landauer inspirierte mit seiner Forderung

> «Wir wollen Siedlungen gründen, wir wollen, dass die Arbeiter Landarbeit, auf dem Feld und in den Gärten, und Industriearbeit, in Werkstätten und Fabriken, vereinigen; wir wollen recht viele, nach Möglichkeit alle unsre Bedürfnisse selbst herstellen.»[795]

zahlreiche siedlungswillige Sozialisten, welche sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Siedlungsunternehmungen beteiligten.[796]

Anhang dieser Konzepte zur Neugestaltung der Gesellschaft kann eindeutig gezeigt werden, dass nicht nur die gemässigte Linke – wie der VSK unter Bernhard Jäggi oder der Familiengartenverein unter Paul Pflüger –, sondern auch die radikale Linke in der Agrarfrage gespalten gewesen war. Linke Positionen erschöpften sich nämlich nicht in Agrarfeindschaft, sondern es zeigt sich, dass auch bei der Auseinandersetzung mit der Agrarfrage innerhalb der sozialistischen Bewegun-

792 Landauer 1967: 175.
793 Auderset, Moser 2018b: 152.
794 Vgl. Kropotkin 1976: 147-148.
795 Landauer 1924: 105-111.
796 Vgl. Auderset, Moser 2018b.

gen eine Vielzahl von Positionen vertreten gewesen war, und sogar auch Wege zur Integration von Industrie und Landwirtschaft in eine künftige Gesellschaftsordnung diskutiert worden waren.[797]

4.6.1 Kontext: Die Agrarfrage in der deutschen Sozialdemokratie

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, wurde die Entwicklung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie in der Sozialdemokratie bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert kritisch diskutiert. Es stellte sich nicht nur die Frage nach der Zukunft der Landwirtschaft, nachdem die Konsequenzen der Industrialisierung für den Agrarbereich immer deutlicher zutage traten, sondern auch die Frage nach dem Verhältnis des Sozialismus zur Landwirtschaft. Denn die landwirtschaftliche Heimarbeit war im Niedergang begriffen, und mit ihr war auch der bäuerliche Familienbetrieb bedroht. Die Entwicklung eines globalen Agrarmarktes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte zu einer neuen Produktionslogik geführt, welche zu diesem Zeitpunkt deutlich stärker auf den Markt als auf die Selbstversorgung ausgerichtet gewesen war. Und gleichzeitig führten die unterschiedlichen Lohnentwicklungen in der Landwirtschaft und der Industrie zu einer Abwanderung in die industriellen Zentren.

Vor dem Hintergrund des Revisionismusstreits in der deutschen Sozialdemokratie entbrannte eine Diskussion über den Umgang mit der Landwirtschaft, an der insbesondere Karl Kautsky und Eduard David beteiligt waren.[798] Der Marxist Kautsky war überzeugt, dass kleinere und mittlere Bauernbetriebe in einer industrialisierten Weltordnung nicht überlebensfähig sein würden. Früher oder später würde diese Form der Landwirtschaft zwischen den rentableren Grossbetrieben zerrieben werden, was eine Proletarisierung der Kleinbauern verursachen werde. Die Zukunft der Landwirtschaft im Sozialismus gehöre – so Kautsky in seinem Werk «Die Agrarfrage»[799] – den gemeinschaftlich organisierten Grossbetrieben, welche nach der sozialistischen Revolution in Allgemeineigentum überführt und durch technische Innovationen in der Produktion revolutioniert werden würden.[800] Kautsky folgte damit in seinen Einschätzungen weitgehend den Ideen Friederich Engels', der überzeugt war, dass die Entwicklungsgesetze der Industrie auch auf die Landwirtschaft übertragen werden mussten.[801]

Eduard David hingegen betonte in seiner Antwortschrift «Landwirtschaft und Sozialismus»[802] landwirtschaftliche Produktionseigenheiten, welche eine reine «Verwissenschaftlichung der

797 Vgl. Auderset, Moser 2012: 137-145; Auderset, Moser 2018b: 151-167.
798 Vgl. Auderset 2017: 293-315.
799 Kautsky 1899.
800 Vgl. Kautsky 1899.
801 Vgl. Schraepler 1966: XII.
802 David 1922.

Landwirtschaft aus dem Geiste der Industrie»[803] nicht zuliessen. David verwies dabei auf die grundsätzlich unterschiedlichen Produktionsbedingungen in Landwirtschaft und Industrie:

> «In der Landwirtschaft handelt es sich um die *Entwicklung lebender Wesen*; in der Industrie handelt es sich um die *Verarbeitung toter Dinge*. Hier ist es der menschliche Wille, der die zur Herstellung des Produkts notwendige Trennung und Verbindung von Substanzen durch *direkten* Impuls d.h. durch Benutzung nur *willenlos weitergebender* Zwischenglieder vollzieht. Der Landwirt dagegen muss die trennende und vereinende Aktion dem selbsttätigen Wirken der lebendigen Natur überlassen. Diese ist die *unmittelbare* Produzentin. Die menschliche Arbeit steht erst an zweiter Stelle; sie hat sich den Gesetzen und Launen jener *anzupassen*; sie ist nur unmittelbar an dem Produktionsbildungsprozess beteiligt. *Die industrielle Güterherstellung ist ein mechanischer Prozess, die landwirtschaftliche Produktion ist ein organischer Prozess*.»[804]

Mit diesen Worten stellt David die Forderung von Engels nach einer Sublimierung der Landwirtschaft unter die Entwicklungsgesetze der Industrie in Frage. Diese folge anderen Regeln und könne deshalb keiner wesensfremden Entwicklung einverleibt werden. Stattdessen votierte David für eine Beibehaltung des Kleinbauernwesens. Dieses zeige sich als volkswirtschaftlich rentabler als dies Kautsky in seinen Überlegungen nahegelegt habe.[805] Nicht ein «mechanisch-technisches Prinzip»[806] im Grossbetrieb werde die Landwirtschaft modernisieren, sondern die wissenschaftlich fundierte «richtige Erkenntnis der Lebensbeziehungen zwischen Boden, Pflanze und Tierleib»[807]. David war überzeugt, dass der Kleinbetrieb besser an die organisch-natürlichen Abläufe angepasst war als der zentral geführte Grossbetrieb. Letzterer könne zwar auf die mechanisch-technischen Prinzipien der industriellen Produktion eingestellt werden, im Hinblick auf die landwirtschaftliche Produktion weise er gegenüber dem Kleinbetrieb aber einen zentralen Nachteil auf. Denn besonders hinsichtlich der Weltmarktkonkurrenz erweise sich der Kleinbetrieb als krisenresistenter, da dieser Produktionsanpassungen flexibler vornehmen könne als ein Grossbetrieb. Aus diesem Grund seien «bei steigender Intensität die Voraussetzungen für den Kleinbetrieb günstiger»[808]. Die Beibehaltung des Kleinbauernwesens und die «Intensivierung der Boden-

---

803 Auderset 2017: 297.

804 David 1922: 44. [Hervorhebungen aus dem Original entnommen]

805 David zieht für die Untermauerung seiner Argumentation, dass landwirtschaftliche Kleinbetriebe volkswirtschaftliche Relevanz hinsichtlich ihrer Produktionsleistung besässen, die Untersuchung von Ernst Laur über den Einfluss der Betriebsgrösse auf den landwirtschaftlichen Rohertrag bei. Für David schien die Schweiz das Vorbild einer Landwirtschaft zu sein, die hauptsächlich auf Klein- und Mittelbetriebe fokussiert war. Vgl. David 1922: 410.

806 David 1922: 682.

807 David 1922: 682.

808 David 1922: 684.

kultur auf der ganzen Linie»[809] sei somit das «volkswirtschaftliche Gebot der Stunde», so David. Der gesamtgesellschaftliche (sozialistische) Fortschritt könne über das Genossenschaftswesen realisiert werden, indem Brücken zwischen Konsum- und Produktionsgenossenschaft geschlagen würden.[810]

Diese Haltung Davids wurde von Exponenten der marxistischen Strömungen der deutschen Sozialdemokratie um 1900 als reaktionär zurückgewiesen. Die vermeintliche Rettung des Kleinbauernwesens könne dessen historisch-materialistisch notwendigen Untergang in einer kapitalistisch-industrialisierten Gesellschaft nicht aufhalten und sei aus diesen Gründen nicht revolutionär, sondern vielmehr reformorientiert. Andere, wie beispielsweise nicht-marxistisch orientierte Linke, argumentierten hingegen, analog der Meinung Davids, für eine gegenseitige Integration von Landwirtschaft und Industrie zur Lösung der Agrarfrage in modernen Gesellschaften.

4.6.2 Peter Kropotkin und die Agrarfrage

Viele Theoretiker des sogenannten «Anarchismus»[811] verfolgten nicht-marxistische Lösungsansätze für die Agrarfrage. So votierte Peter Kropotkin in seinem Werk «Fields, Factories and Workshops»[812] für eine Verbindung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion[813] sowie für eine Rationalisierung und Dezentralisierung von Industrie und Landwirtschaft.

Insbesondere landwirtschaftliche Heimarbeit galt Kropotkin als wesentliches Element einer dezentral industriell-agrarischen Gesellschaft. Er wandte sich zudem gegen einen globalen Agrarmarkt und plädierte dafür, Produkte, die nicht zwingend eines globalen Austausches bedurften, möglichst lokal herzustellen, ohne allerdings den globalen Austausch per se anzugreifen:

> «Ich meine nicht, den Weltverkehr zu verringern; er mag noch wachsen. Aber er muss auf den Austausch dessen beschränkt werden, das tatsächlich ausgetauscht werden muss. Zu gleicher Zeit muss er benutzt werden zum Austausch von Neuigkeiten, lokalen und nationalen Kunstwerken, Neuentdeckungen, Erfindungen, Wissen und Ideen.»[814]

---

809 David 1922: 686.

810 Vgl. David 1922: 682-684, 686, 689.

811 Es wäre der Sache nicht dienlich, hier einen breiten Exkurs über den Begriff des Anarchismus zu führen, der in seiner Heterogenität und Vielfalt kaum zu fassen ist und zu weit vom eigentlichen Thema der Arbeit fortführen würde. Es sei lediglich darauf verwiesen, dass die hier vorgestellten Akteure sich einem pazifistischen, konstruktiven Anarchismus, der sich in seinen wichtigsten Punkten auf die Theorien Proudhons beruft, zugehörig fühlten und einen Anarchismus, der die Lust an der Zerstörung mitdenkt, hier nicht berücksichtigt wird. Landauer verweist etwa darauf, dass er den Begriff «Anarchismus» aufgrund seiner Negativität und Missverständlichkeit lieber nicht verwenden würde, auch wenn er mit dem Begriff «Sozialismus» eigentlich gleich zu setzen sei, da «wahrer Sozialismus den Gegensatz zu Staat und kapitalistischer Wirtschaft» darstelle. Vgl. Landauer, 1913c: 192.

812 Kropotkin 1899. [Bei Kropotkins Fields, Factories and Workshops von 1899 handelt es sich um die Erstausgabe dieses Werks. Im Folgenden wird auf eine deutschsprachige Neuauflage des Werks von 1976 verwiesen.]

813 Vgl. Kropotkin 1976 [1899]: 148.

814 Kropotkin 1976 [1899]: 130.

Gerade der grenzübergreifende Austausch von Wissen und Ideen war für Kropotkin essentiell, um die Rationalisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Denn wenn er auch die Industrialisierung in seinen Schriften kritisierte, galten diese Äusserungen nie dem fortschrittlichen Potential, das er in dieser zu finden glaubte. Und auch wenn er dafür votierte, dass die Industrievölker zur Landbewirtschaftung «zurückkehren»[815] müssten, war er sich im Klaren darüber, dass es «ein grosser Irrtum [wäre], anzunehmen, dass die Industrie zu ihrer Handarbeitsstufe zurückkehren müsse, um mit der Landwirtschaft verbunden zu werden»[816]. Die Kritik an der Industrialisierung galt aber ihren negativen Auswirkungen, die sich auch für Kropotkin im Ungleichgewicht von Industrie und Landwirtschaft manifestierte sowie dem nicht vorhandenen politischen Willen zum Fortschritt in sozialer Hinsicht. Ähnlich wie Hans Bernhard fürchtete Kropotkin die allmähliche Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktion und eine damit einhergehende verstärkte Abhängigkeit der immer zahlreicheren Stadtbevölkerungen von wenigen nahrungsmittelproduzierenden Staaten.

Um die Entwicklung zu korrigieren, sei die Gesellschaft parallel zu einer Neuorganisation des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft zu reformieren. Kropotkin plädierte dafür, die Besitzverhältnisse an Grund und Boden in ein gemeinschaftliches System zu überführen und die Bearbeitung des Bodens auf eine gemeinschaftliche Grundlage zu stellen. Es gelte, die neuen landwirtschaftlichen Techniken den lokalen und arbeitskulturellen Bedingungen anzupassen. Die Dezentralisierung der industriellen Produktion in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Produktion erachtete Kropotkin, ebenso wie Bernhard, als essentiell. Nicht nur könnten auf diesem Weg arbeitsspezifische Fluktuationen in industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitsprozessen aufgefangen werden, eine solche gesellschaftliche Organisation würde es den Menschen zudem auch erlauben, ihre Arbeitskompetenzen zu diversifizieren und gleichermassen Industrie- und Landarbeiter werden zu können. [817] In seinen Vorstellungen von dezentralen und modernen landwirtschaftlichen Produktionsstätten, zeigte sich somit auch bei Kropotkin die Verwandtschaft zu den Ideen der Gartenstadtbewegung von Ebenezer Howard.[818]

Kropotkin war überzeugt, dass in einer solchen Gesellschaftsordnung die Gefahr einer Versorgungskrise weitgehend minimiert und gleichzeitig die Menschen zu Generalisten erzogen werden könnten. Allerdings erschöpfte sich Kropotkins Theorie nicht in der Neugestaltung von Industrie und Landwirtschaft – seine Vision zielte auf eine gänzlich neue Gesellschaft. So stützte Kropot-

815 Kropotkin 1976 [1899]: 48.
816 Kropotkin 1976 [1899]: 196.
817 Vgl. Hug 1989: 73-74, 77, 79-80.
818 Siehe Kapitel 2.1.4.

kin seine Theorie auch auf der Grundlage des Konzeptes der «gegenseitigen Hilfe»[819] ab. Er modifizierte dabei Darwins evolutionstheoretischen Grundsatz des «survival of the fittest» und entwarf in Abgrenzung zu sozialdarwinistischen Überlegungen eine eigene Theorie, welche die empirische Beobachtung von gegenseitiger Hilfe in der Tier- und Pflanzenwelt zum Ausgangpunkt einer pazifistischen, konstruktiven und anarchistischen Gesellschaftslehre machte.[820] An diese Theorie knüpften dann Gustav Landauers Siedlungsvorstellungen an, welche auch in der Schweiz auf fruchtbaren Boden fielen.

4.6.3 Gustav Landauers Vorstellungen von einem agrarisch geprägten Sozialismus

Auch Gustav Landauers Vorstellungen vom Sozialismus folgten keiner streng strukturierten sozialistischen Theorie, vielmehr ging er davon aus, dass der «Sozialismus […] wie jedes Leben ein Versuch»[821] sei. Dies schlug sich auch darin nieder, dass sich Landauer trotz einer regen schriftstellerischen Tätigkeit nie darin versuchte, ein geschlossenes sozialistisches Programm zu entwerfen. Es ging ihm vielmehr darum, Skizzen und Anregungen zu einer solidarischen Gesellschaft zu entwerfen.[822] Er lehnte vielmehr die gesamtgesellschaftlichen Entwürfe seiner Zeit entschieden ab und beschrieb Freund und Feind des Sozialismus «als Ungläubige und Tatenlose [, die] immer nur an das Vollendete, ans sogenannte Ganze, ans letzte Ende denken, statt an den allerersten Anfang, das Handanlegen und Durchsetzen.»[823]

Dieser schaffende Aspekt tritt besonders in Landauers Siedlungsaufruf zutage.[824] Es habe eine umfassende Entfremdung der Menschen zu ihrer Arbeit, aber auch zur Natur und der sozialen Gemeinsamkeit, stattgefunden. So gehe es nun darum, «die Freude an der Arbeit, der Gemeinsamkeit, der gegenseitigen Schonung»[825] wieder zu erlernen und wieder auf das «Bauernblut»[826] zu lauschen, dass noch in vielen «Stadtproletariern»[827] rausche. Denn «die soziale Frage ist eine agrarische Frage»[828], war Landauer überzeugt, und der wahre Sozialismus liege in der «Wiederherstellung der Beziehung zwischen Arbeit und Verbrauch»[829]. Über diese sollte weniger gesprochen und geschrieben, vielmehr sollte sie in entsprechenden Siedlungen vorgelebt werden:

---

819 Kropotkin 2011 [1902].
820 Eine ausführliche Zusammenfassung der Modifikation der darwinschen Evolutionstheorie durch Kropotkin findet sich beispielsweise bei Hug 1989: 15-30.
821 Landauer 1967: 180.
822 Vgl. Wolf 1988: 9.
823 Landauer 1913c: 189.
824 Vgl. Landauer 1913c: 189.
825 Landauer 1967: 180.
826 Landauer 1967: 179.
827 Landauer 1967: 179.
828 Landauer 1967: 175.
829 Landauer 1967: 178.

> «Wir beginnen mit dem Sozialismus, indem wir nicht mehr als Lohnarbeiter für den Warenmarkt produzieren. [...] im Sozialismus wird für den Konsum produziert; die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.»[830]

Landauers Idee ging davon aus, dass viele kleinere sozialistische Siedlungen in bestehenden Dörfern gegründet werden sollten. Diese Siedlungen sollten nach den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisiert werden. Die Güter zur Bedürfnisbefriedigung sollten, wo möglich, selbst hergestellt werden, und es sollte ein Ausgleich zwischen handwerklicher, landwirtschaftlicher und geistiger Arbeit in den Kommunen herrschen.

> «Die Bauern brauchen Menschen, Geist, Bildung, Regsamkeit, Freiheit; und die heute entwurzelten und haltlosen Proletarier brauchen Land, Charakter, Verantwortlichkeit, Natur und Liebe zur Arbeit und Freiheit. Und auch die Menschen der geistigen Arbeit werden kommen, die Künstler, die Gelehrten, die Stubenhocker, die Tagelöhner und Prostituierten des Geistes. Sie werden wieder solche werden, die ihre Feierstunden und ihren Aufschwung und ihre Einsamkeit für sich haben, die aber in den vielen langen Stunden des Alltags ihr Wissen, ihre Technik, ihre Arbeit mit ihren Menschenbrüdern in der Gemeinde vereinigen werden.»[831]

Landauers Ideen wiesen zwar in ein utopisches Morgen, zeichneten sich aber gleichzeitig durch einen ausgeprägten Willen zur Handlung aus. Er war sich durchaus im Klaren darüber, dass die angedachten Siedlungen sich nicht von einer Stunde auf die andere völlig vom kapitalistisch orientierten Markt würden loslösen können. Er sah aber diese Siedlungen als «kleine Anfänge und Proben»[832] von unten. Sie sollten als «Wegweiser»[833] des Sozialismus «hinausleuchten ins Land»[834].

4.6.4 Das Agrarprogramm der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz

Verschiedene Versatzstücke der Ideen Kropotkins und Landauers waren auch bei Schweizer Linken auf fruchtbaren Boden gefallen. Christlich geprägte Sozialisten, wie beispielweise Leonhard Ragaz, Max Gerber, Dora Staudinger und Paul Pflüger, aber auch anarchistisch inspirierte Linke, wie Margarethe Hardegger, Fritz Jordi[835] und Max Kleiber waren, wie Landauer, der Überzeu-

---

830 Landauer 1913b: 187.
831 Landauer 1913c: 189.
832 Landauer 1967: 180.
833 Landauer 1924 [1909]: 67.
834 Landauer 1967: 180.
835 Fritz Jordi (1885-1938) war ein Schweizer Verleger, Drucker und Sozialist. Im Ersten Weltkrieg radikalisierte sich Jordi politisch und gründete 1915 den Promachus-Verlag, der bolschewistische Schriften erstmals in Westeuropa veröffentlichte. Nach Wanderjahren durch die Sowjetunion und Deutschland wandte sich Jordi vom

gung, dass die soziale Frage sich nicht von der Agrarfrage trennen lasse und Landwirtschaft und Industrie in einer engen und doch funktionell distanzierten Beziehung gedacht werden müssten.[836] Die Genannten weigerten sich beispielsweise, das klassische Konzept des Klassenkampfes schablonenartig auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft zu übertragen.[837] Denn ein «zentralistisch orientierter Sozialismus» stehe «der Eigenart der Landwirtschaft hilflos gegenüber[…]», erklärte beispielsweise das Autorenkollektiv des «sozialistischen Programms». «Die Landwirtschaft spottet [daher] jeglicher Schablone und lässt sich nicht weder kapitalistisch noch sozialistisch von oben herab durch Dekrete regieren, wie […] etwa ein Fabrikbetrieb»[838].

Am marxistisch-leninistisch orientierten Bolschewismus störte sie der «Wunderglaube, das Alte auf einen Schlag stürzen und auf seinen Trümmern das Neue erbauen zu können»[839]. Besonders der Glaube der Bolschewisten, die Wirtschaft «wie eine neue Maschine»[840] konstruieren zu können, weckte in den Reihen der Christ-Sozialen um Leonhard Ragaz Kritik. Sie sahen die Wirtschaft vielmehr als «ein[en] Organismus, der aus tiefen Wurzeln wachsen und reifen»[841] müsse.

Sie sahen allerdings nicht nur die Arbeiterschaft als mögliche Adressaten einer sozialistischen Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Denn «[d]ie Schäden unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zeigen sich nämlich sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch im Verhältnis der Landwirtschaft zu den anderen Zweigen der Wirtschaft»[842]. Max Kleiber machte in seinem Essay «Die Ausbeutung der Landwirtschaft» darauf aufmerksam, dass vor allem die Bodenverschuldung und die Lohnungleichheit zwischen Industrie und Landwirtschaft wesentliche Faktoren der Ausbeutung in der Landwirtschaft darstellen würden.[843] Doch nicht nur Bauern selbst hätten unter der finanziellen «Unsicherheit des Daseins»[844] zu leiden, sondern auch die Allgemeinheit. Denn der Bauer sei durch die Funktionsweisen des kapitalistischen Systems dazu angehalten, das zu produzieren, «was möglichst hohen Profit bringt und nicht, was Not tut»[845]. Gerade dies habe sich in der einseitigen Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion nach den Bedürfnissen des Weltmarktes vor 1914 geoffenbart. Es gelte nun zu untersuchen, wie die Land-

---

sowjetischen Kommunismus ab und gründete eine unorthodoxe sozialistische Landkommune in der Nähe von Ascona. 1931-1932 gab Jordi die Zeitschrift «Fontana Martina» heraus, in welcher er über die Siedlungsidee reflektierte und antifaschistische Texte veröffentlichte. Vgl. Bürgi 2008a.

836 Vgl. Auderset, Moser 2018b: 151-167.

837 Vgl. Gerber at al. 1920: 191-192; Pflüger 1910: 116

838 Gerber et al. 1920: 192.

839 Der Aufbau, 05.12.1919: [Seite 1] [Anmerkung: Seitenzahl fehlt bei dieser Ausgabe. Die darauffolgenden Exemplare der Zeitung weisen hingegen wieder eine Seitenzahl auf.

840 Der Aufbau, 05.12.1919: [Seite 1]

841 Der Aufbau, 05.12.1919: [Seite 1] [Einschub vom Autor des vorliegenden Textes vorgenommen.]

842 Geber et al. 1920: 192.

843 Vgl. Der Aufbau, 06.02.1920: 67-68. Siehe dazu auch: Auderset, Moser 2018b: 162. Siehe ferner zu der komplexen Verordnung der Landwirtschaft in einem durch das Diktum des Klassenkampfes geprägten Diskurses: Auderset, Moser 2018c: 241-261; Shanin 1972.

844 Gerber et al. 1920: 192.

845 Gerber et al. 1920: 194.

wirtschaft «in Bahnen geführt»[846] werden könne, wo sie «den Bedürfnissen der ganzen Volksgemeinschaft dient»[847], statt nach maximalem Profit zu streben. Dieser Kampf gegen den Kapitalismus gehe also nicht nur die industriellen Bevölkerungskreise etwas an, sondern manifestiere sich auch in der sozialen Frage auf dem Land.[848]

Auch Paul Pflüger verwies bereits 1910 auf den Umstand, dass Bauern und Arbeiter beide gleichermassen unter Spekulationsgeschäften um Grund und Boden zu leiden hätten, und somit die soziale Frage nicht an den Stadtgrenzen Halt mache. Die hohen Mietpreise für Arbeiterwohnungen in den Städten unterschieden sich ihrem Wesen nach nicht von den Verschuldungen der Landwirte auf dem Lande, so Pflüger. Die Lösung der sozialen Frage musste für ihn daher die sozialen und ökonomischen Räume der Arbeiter ebenso in Betracht ziehen wie jene der Landwirte. Sein Hauptaugenmerk lag auf der Bodenfrage. Pflüger argumentierte, dass der Gemeindeboden für die gesamte Bevölkerung nutzbar gemacht werden müsse. Und er votierte dafür, dass an die Stelle «des Privatmonopols einer Minderheit […] das Gemeinschaftsmonopol des Grundbesitzes»[849] treten müsse.[850]

Auf dem gemeinschaftlichen Boden seien Heimwesen zu erstellen. In städtischen Regionen habe man sich am Ideal der Gartenstadt und in den ländlichen Gebieten an landwirtschaftlichen Familienbetrieben zu orientieren und diese genossenschaftlich zu organisieren.[851] Um diese Wirtschaftsform in ländlichen Gebieten finanziell zu stützen, seien nicht Zollschranken zu errichten, sondern staatliche Unterstützungen des agrarischen Genossenschaftswesens auszurichten sowie Güterzusammenlegungen[852] und Katastervermessungen zu fördern.[853] Pflüger forderte daher die «Verstaatlichung des Hypothekarwesens»[854]. Im Rahmen dieser agrarsozialistischen Massnahmen sei ein Ausgleich zwischen Stadt- und Landbevölkerung möglich, da den Verschuldungs- und Mietzinsproblemen sowohl der städtischen als auch der ländlichen Bevölkerung entgegengewirkt werden könne.

Diese Ansätze Pflügers aus dem Jahr 1910, welche die Interessen von Stadt und Land gleichermassen berücksichtigten, traten dann aufgrund der Kriegskonjunktur in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkriegs in den Hintergrund. Die sozialdemokratische und die landwirtschaftliche Presse verstärkten während des Kriegs – insbesondere in der Versorgungskrise 1917/1918 –

---

846 Gerber et al. 1920: 194.
847 Gerber et al. 1920: 194.
848 Vgl. Gerber et al. 1920: 194.
849 Pflüger 1910: 111.
850 Vgl. Pflüger 1910: 111-126.
851 Vgl. Pflüger 1910: 112-113, 118.
852 Siehe Kapitel 6.1.2.
853 Vgl. Pflüger 1910: 121.
854 Pflüger 1910: 120.

vielmehr den Antagonismus zwischen Arbeitern und Bauern.[855] In der Nahrungsmittelkrise traten aber insbesondere religiös geprägte sozialistische Akteure erneut für eine ganzheitlichere Sicht der Problematik ein, indem sie auf die strukturellen Gemeinsamkeiten von Landwirtschaft und industrieller Arbeitnehmerschaft verwiesen und für eine Neubewertung der Bodenfrage eintraten.

Die Schrift «Ein sozialistisches Programm»[856], die 1920 von Max Gerber, Jean Matthieu, Leonhard und Clara Ragaz sowie Dora Staudinger[857] verfasst worden war, orientierte sich in weiten Teilen am «agrarsozialistischen Programm» von Pflüger.[858] So stand auch das agrarsozialistische Programm von Gerber, Matthieu, Ragaz und Ragaz sowie Staudinger auf den beiden Grundpfeilern der Bodenreform und des Genossenschaftswesens.[859] Die Autorinnen und Autoren verwiesen darauf, dass zentralistische Massnahmen, welche der industriellen Arbeitsweise entlehnt waren, nicht auf die Arbeitswelt der Landwirte übertragen werden könnten. Viele sozialistische Ansätze, welche die Landwirtschaft in ihren Programmen berücksichtigten, würden aber genau diesen Fehler begehen.[860] Statt bürokratischem Zentralismus und einer industriellen Logik müsse die Landwirtschaft in ein System integriert werden, das einerseits die «Einordnung zum Dienst an einem grossen Ganzen»[861] und andererseits die «Freiheit, die eben durch die sichernde Solidarität der Gemeinschaft geschaffen wird»[862] in den Vordergrund stelle. Wenn die landwirtschaftlichen Eigenheiten, und insbesondere deren finanzielle Probleme, berücksichtigt würden, und anstelle einer bürokratischen Kontrolle ein sozialistisches Prinzip, welches die Befriedigung der Bedürfnisse der ganzen Volksgemeinschaft zum Ziel habe, als Leitidee etabliert werde, dann könne auch ein bäuerlicher Sozialismus realisiert werden.[863]

Die Autorinnen und Autoren appellierten in ihrem Programm an das Verantwortungsgefühl der (land)wirtschaftlichen Akteure, statt des Profits die Bedürfnisse der Volkswirtschaft in den Vordergrund zu stellen. Das Programm setzte auch die Überwindung des verhärteten Konflikts zwischen Stadt und Land voraus. Erst wenn die Einsicht entstände, dass in volkswirtschaftlicher Hinsicht alle im selben Boot sässen, könne das Profitstreben durch eine kollektive Anstrengung zum Wohle aller ersetzt werden, so zumindest die Idee der christlich-sozialistischen Verfasser um Max Gerber.

---

855 Siehe Kapitel 3.4.3. Vgl. dazu auch Burkhard 2016: 235-255; Moser 2016: 83-110.

856 Gerber et al. 1920. Inhaltliches zum agrarsozialistischen Programm der Gruppe vgl. Gerber et al. 1920: 191-200.

857 Zu Dora Staudinger vgl. Ammann 2020.

858 Zum «agrarsozialistischen Programm» von Pflüger vgl. Pflüger 1910: 111-126.

859 Vgl. Geber et al. 1920: 195.

860 Vgl. Geber et al. 1920: 191-192.

861 Geber et al. 1920: 194.

862 Geber et al. 1920: 194

863 Vgl. Geber et al. 1920: 194.

Dieses Programm lehnte den zentralistischen und materialistischen Bolschewismus entschieden ab und sprach sich stattdessen für einen Sozialismus aus, der sich einer «organischen»[864] Wirtschaftsstruktur verschreiben und an «sittlichen»[865] Wertemustern orientieren sollte. In diesem Zusammenhang beklagten die Verfasser, dass «der Anarchismus in seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie erlegen und Proudhon durch Marx verdrängt worden»[866] sei. Denn der Anarchismus vertrete in seiner vollkommenen Ausprägung nicht nur die Gewaltfreiheit – die den pazifistisch orientierten Programmverfassern am Herzen lag – sondern die Freiheit an sich, welche die Verwirklichung des sittlichen Ideals beinhalte.[867] Dem Anarchismus fehle aber die richtige Verbindung von Freiheit und Gemeinschaft.[868] Das sittliche Ideal des Anarchismus gemäss Proudhon und Kropotkin mit den Bedürfnissen des Gemeinwesens zu verschränken, erhofften die Autoren über die genossenschaftliche Bewegung realisieren zu können.

Konkret forderten die Autorinnen und Autoren eine Bodenreform und den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.[869] Der Boden dürfe «nicht Machtmittel im Kampf der Menschen gegeneinander sein, sondern müsse der Ernährung aller Menschen dienen»[870]. Er müsse daher dem freien Handel entzogen und unter die «Kontrolle der Gesamtheit»[871] gestellt werden. Der Bauer solle so aus dem kapitalistischen Teufelskreis von Überschuldung und damit einhergehender Profitorientierung herausgelöst werden und ihm in «freier, verantwortungsvoller Arbeit», frei von Existenzängsten, die Produktion von gesellschaftlich benötigten Nahrungsmitteln ermöglicht werden.[872] Dies solle mit den Mitteln einer «Wertzuwachssteuer»[873], einer «Steuer auf den gemeinen Wert von Grund und Boden»[874] und durch die «Errichtung freier, unverkäuflicher und unverschuldbarer Heimstätten»[875] realisiert werden.

Auf der Grundlage der Bodenreform könne schliesslich auch das «Genossenschaftsprinzip seine heilsame Wirkung entfalten»[876]. Das Autorenkollektiv begrüsste die neue Siedlungspolitik und die Gartenbewegung in den Städten, welche eine partielle Selbstversorgung ermöglichten und damit auf das ferne Ziel einer von Marktwirtschaft befreiten gesellschaftlichen Versorgungsform weise.[877]

---

864 Geber et al. 1920: 67.
865 Geber et al. 1920: 21-22.
866 Geber et al. 1920: 63.
867 Vgl. Geber et al. 1920: 63.
868 Vgl. Geber et al. 1920: 64.
869 Vgl. Gerber et al. 1920: 195. Sowie zudem: Auderset, Moser 2018b: 163.
870 Gerber et al. 1920: 196.
871 Gerber et al. 1920: 197.
872 Vgl. Gerber et al. 1920: 196 und Auderset, Moser 2018b: 163-164.
873 Gerber et al. 1920: 197.
874 Gerber et al. 1920: 197.
875 Gerber et al. 1920: 197.
876 Gerber et al. 1920: 198.
877 Vgl. Geber et al. 1920: 198. Siehe auch: Auderset, Moser 2018b: 164.

«Der Weg zur marktlosen Wirtschaft»[878] führe, so das Autorenkollektiv, über Lösung, dass «Produzenten- und Konsumentenorganisationen direkt miteinander in Verbindung treten»[879]. So könne nicht nur der «wirtschaftlich unproduktive»[880] Zwischenhandel ausgeschaltet, sondern auch ein System etabliert werden, das nach den Bedürfnissen des Konsums produziere, statt auf Abnehmer in einem freien Markt zu hoffen.[881]

Während diese Bestrebungen von Max Gerber, Clara und Leonhard Ragaz sowie Dora Staudinger dem Ideal eines christlich geprägten Sozialismus folgten, gab es auch in der Schweiz Akteure, welche die Ideale von Kropotkin und besonders Landauer umfassender unterstützen. Mit der Versorgungskrise sahen sie ihre Chance gekommen, um nach sozialistischen Grundsätzen eigene Kommunen zu gründen und durch diese «communistische[n] Produktionsgenossenschaften»[882] bei Stadt- und Landbevölkerung Propaganda für die Ideen Landauers betreiben zu können. Entsprechend versuchten sich einzelne Akteure, wie Max Kleiber, Margarethe Hardegger, und in der Zwischenkriegszeit auch der Verleger Fritz Jordi, welche diesen Idealen nahestanden, an kollektiven Siedlungsprojekten.

4.6.5 Der «Sozialistische Bund» als Siedlungsinitiator

Gustav Landauer hatte, wie viele andere Anarchisten und Lebensreformer des frühen 20. Jahrhunderts, oft die Kommune «Monte Verità»[883] in Ascona besucht. Zu den regelmässigen Besuchern gehörte auch der deutsche Anarchist Erich Mühsam[884]. Mühsam wurde auf seinen Reisen nach Ascona bisweilen auch von Peter Kropotkin und Gustav Landauer begleitet. Die

878 Gerber et al. 1920: 198.
879 Gerber et al. 1920: 198.
880 Gerber et al. 1920: 198.
881 Vgl. Gerber et al. 1920: 198. Siehe auch: Auderset, Moser 2018b: 164.
882 Max Kleiber an Jakob „Joggi" Herzog vom 18.06.1919. Eingeklebter Brief in den Tagebüchern von Jakob Herzog. Nachlass Herzog. Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung. ZB ZH [Zentralbibliothek Zürich] Ar. 02.20. [Fortan: Brief Max Kleiber an Jakob Herzog vom 18.06.1919]
883 Bereits im Herbst 1900 gründete eine Gruppe um Gusto Gräser in Ascona (TI) eine Kommune, in welcher nach den Idealen der Lebensreformbewegung gelebt werden sollte. Die Siedler nannten ihre Siedlung «Monte Verità» (Berg der Wahrheit). Im Zentrum des Interesses dieser Kommune standen vor allem die Naturheilkunde, der Vegetarismus, die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Genossenschaftswesen. Im Laufe des frühen 20. Jahrhunderts besuchten zahlreiche – oftmals deutschsprachige – Intellektuelle die Kommune. Vgl. Schwab 2009; Landmann 2009.
884 Erich Mühsam (1878-1934) war ein Vertreter eines literarischen Anarchismus. Er reiste in den Jahren 1904-1908 durch Europa und besuchte bei dieser Gelegenheit auch mehrfach Ascona. Spätere gehörte er, neben Ernst Landauer, zu den Mitbegründern des «Sozialistischen Bundes». Er publizierte viele Texte in sozialistischen Zeitschriften, aber auch Theaterstücke, von denen einige in der Zeit der Weimarer Republik zur Aufführung kamen. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Mühsam verhaftet und im KZ Oranieburg 1934 ermordet. Vgl. Schwab 2009. Zur Reformsiedlung Monte Verità hatte Mühsam indes ein gespanntes Verhältnis, da er seine Hoffnung auf eine Umwälzung der Verhältnisse auf das sogenannte «Lumpenproletariat» setzte. Einige Lebensreformer, deren Gedanken oftmals um Licht, Luft und Vegetarismus kreisten, waren Mühsam bisweilen suspekt. Dies kommt beispielsweise in dem Gedicht «Der Gesang der Vegetarier. Ein alkoholfreies Trinklied» zum Ausdruck. Vgl. Mühsam 1982 [1905]: 37-38.

Siedlung auf dem Monte Verità faszinierte die Theoretiker einer neuen Gesellschaftsordnung und entsprechend fand insbesondere Landauer auf dem Monte Verità Inspiration für seine eigenen Siedlungstheorien.[885]

Dass Gustav Landauer des Öfteren die Schweiz besucht hatte, blieb nicht unbemerkt, und 1908 wurde Landauer von der Frauenrechtlerin und Arbeitersekretärin Margarethe Hardegger nach Bern eingeladen, um ein Referat über die Verwirklichung des Sozialismus zu halten.[886]

Zwischen Landauer und Hardegger entwickelte sich eine enge Freundschaft und sogar eine Liebesbeziehung. Hardegger war mit ihren libertären Ideen von freier Liebe und geschlechtlicher Gleichberechtigung sowie mit ihrem Verhalten innerhalb des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bereits mehrfach angeeckt. Im Januar 1909 kam es zum definitiven Bruch mit dem Gewerkschaftsbund und Hardegger verlor ihre Stelle.[887] Fortan engagierte sie sich zusammen mit Landauer im „Sozialistischen Bund"[888] – einer Vereinigung dezentral organisierter Kommunen – und baute daraufhin ihr Netzwerk im anarchistischen und pazifistischen Milieu weiter aus.[889]

1911 formulierte Landauer – vermutlich unter dem Eindruck der Erfahrungen in Ascona – im «Aufruf zum Sozialismus»[890] seine Siedlungsvorstellungen, die richtungsweisend für den Sozialistischen Bund wurden.[891] Im Kleinen beginnen und so den Sozialismus schaffen - das war die Weisung Landauers.[892]

> «Was wir Sozialismus nennen ist freudiges Leben in gerechter Wirtschaft. Die Menschen wissen heute nicht, erleben es nicht mit dem wahrhaften Wissen des Dabeiseins und Erfassens mit dem Wissen, das Neid und Lust und Nachahmung mit sich führt, was das ist: freudiges, schönes Leben. *Wir müssen es ihnen zeigen*.»[893]

Landauer wollte die klassisch-kapitalistische Arbeitsteilung aufheben und so den Sozialismus über eine Form der Selbstversorgung erreichen. In gemeinschaftlichen Siedlungen, welche dem Ideal der Selbstversorgung folgen würden, liesse sich dies am besten realisieren, so Landauer. Am Anfang sei anzustreben, die «für den Lebensbedarf notwendigen Erzeugnisse durch Vereinigung von landwirtschaftlicher, gärtnerischer und handwerklicher Arbeit selbst herzustellen»[894]. Auf

---

885 Vgl. Mühsam 1982 [1905].
886 Vgl. Boesch 2003: 40.
887 Vgl. Boesch 2003: 43.
888 Vgl. Kalz 1967: 93. Zum «Sozialistischen Bund» gehörten neben Landauer und Hardegger auch Erich Mühsam und Martin Buber.
889 Boesch 2003: 45.
890 Landauer 1967 [1911].
891 Vgl. Landauer 1913d: 191-192.
892 Vgl. Landauer 1913a: 185.
893 Landauer 1924: 109. (Hervorhebung aus Original entnommen)
894 Landauer 1913e: 191.

diesem Weg müsse keine gesamtgesellschaftliche Revolution abgewartet oder initiiert werden, sondern es könne sofort mit der Realisierung des Sozialismus in Form der gemeinsamen Arbeit, des harmonischen Zusammenlebens nach den Grundsätzen der gegenseitigen Hilfe und der sozialen Gerechtigkeit begonnen werden.[895]

Diese Einschätzung teilte auch seine Geliebte und Genossin Margarethe Hardegger. In einer Wohnkommune am Pflugweg im Berner Länggass-Quartier hatte Hardegger Beziehungen zu Exponenten der radikalen Linken in der Schweiz knüpfen können, darunter beispielsweise auch zum Berner Sozialisten und Buchdrucker Fritz Jordi, der sich nach seinen Reisen nach Russland ebenfalls eines eigenen Siedlungsversuchs im Tessin annehmen sollte.[896]

In Zusammenarbeit mit einigen dieser Bekanntschaften, unter denen sich neben Intellektuellen und Künstlern auch viele Handwerker befanden, entstand nach Kriegsausbruch im Herbst 1914 die Idee, eine Siedlung in der Nähe von Ascona zu gründen. In Bedigliora (TI) glaubte die Gruppe um Hardegger, ein geeignetes Landgut ausfindig gemacht zu haben, und Hardegger begann damit, sich mit landwirtschaftlichen Fragen zu beschäftigten. Sie besuchte deshalb einen Obstverwertungskurs an der landwirtschaftlichen Schule Rüti in Zollikofen bei Bern. Sie verschuldete sich zudem, um die Finanzierung der Kommune im Tessin ermöglichen zu können. Allerdings scheitert das Projekt aufgrund innerer Spannungen in der Gruppe bereits im Dezember 1914, noch bevor effektiv mit den Siedlungsarbeiten begonnen werden konnte. Hardegger blieb den Siedlungsgrundsätzen des Sozialistischen Bundes trotz dieser Enttäuschung treu und wagte 1919 schliesslich einen erneuten Versuch, eine sozialistische Landwirtschaftskommune zu etablieren.[897]

4.6.6 Die «Alte Vogtei» auf dem Zürcher Herrliberg

Margarethe Hardegger unterhielt auch eine Bekanntschaft mit Bernhard Mayer, einem Pelzhändler und Sympathisanten der anarchistischen Szene.[898] Der vermögende Kaufmann trat gerne als Mäzen der Szene in Erscheinung und machte sich in dieser einen Namen als zuverlässiger und grosszügiger Gönner.[899] 1918 erstand Mayer das erwähnte landwirtschaftliche Gut in Herrliberg (ZH), um dort eine Siedlung nach den Grundsätzen des Sozialistischen Bundes um Hardegger und Landauer zu ermöglichen.[900]

---

895 Vgl. Landauer 1913e: 191.

896 Die Historikerin Ayse Turcan vermutet zumindest, dass ein erster Kontakt zwischen Jordi und Hardegger am Pflugweg stattgefunden habe. Vgl. Turcan 2015: 74.

897 Vgl. Boesch 2003: 64-65.

898 Bochsler 2004: 305.

899 Vgl. Bochsler 2004: 306.

900 Vgl. Auderset, Moser 2012: 141-142; Auderset, Moser 2018b: 160-161; Wiehn 1998: 79.

> «Margrit Hardegger und einige Freunde, meistens Schreiner, hatten ebenfalls Sehnsucht, aufs Land zu gehen, und ich beschloss, eine Siedlung für diese Menschen zu finanzieren... Nach langem Suchen fanden wir in Herrliberg eine wunderbar am Zürichsee gelegene Besitzung mit grossem Wohnhaus, Weinberg, Wiesen, Wald und Ackerland.»[901]

Die Gründung der Kommune «Alte Vogtei» in Herrliberg ging also vor allem auf Margarethe Hardegger zurück, die mit alten Weggenossen, welche teilweise auch an der versuchten Gründung der Tessiner Kolonie 1914 beteiligt gewesen waren, einen neuen Siedlungsversuch wagen wollte. Diese Gruppe um Hardegger wurde durch einige Mitglieder der Gruppe «Forderung»[902], welche unter anderem von Jakob «Joggi» Herzog[903] gegründet worden war, ergänzt.[904] Über die Gruppe «Forderung» kam der Kontakt mit Akademikern aus dem Umfeld von Leonhard Ragaz zustande, zu denen auch der Agronom und Pazifist Max Kleiber gehörte. Kleiber hatte aufgrund seiner Kriegsdienstverweigerung 1917 seinen Studienplatz an der ETH Zürich verloren und war im Anschluss an seine Haftstrafe, die er mit der Lektüre von Kropotkin, David und Kautksy zugebracht hatte, auf der Suche nach einer sinnvollen Anstellung.[905]

Beeindruckt vom Prozess gegen Kleiber schlug der Mäzen Bernhard Mayer vor, Kleiber wegen seiner landwirtschaftlichen Kenntnisse in die Siedlungskolonie am Zürcher Herrliberg aufzunehmen, da die anderen Beteiligten keine Kenntnisse von der Landwirtschaft hätten.[906] Kleiber teilte diese Einschätzung und war deshalb anfänglich auch skeptisch. Schliesslich überwog aber das Interesse, nach den Grundsätzen Landauers in kollektiver Zusammenarbeit durch Siedlungsarbeit an der Realisierung einer sozialistischen Lebensform partizipieren zu können und auf diesem Weg den Boden für eine neue Gesellschaftsordnung zu bereiten. Und so willigte Kleiber schliesslich ein, mit seiner Familie am Siedlungsprojekt Alte Vogtei teilzunehmen.[907]

Kleiber betrachtete das Projekt in der Alten Vogtei auf dem Zürcher Herrliberg als eine Möglichkeit, sich der Agrarfrage auf praktischem Weg zu nähern. Während er zwar durchaus Sympathien für die freiheitlichen Ideale seiner Genossinnen und Genossen hegte, beschäftigte Kleiber vor allem die Frage, wie sozialistische Landwirtschaft funktionieren könnte. Über das Studium der

---

901 Wiehn 1998: 79.

902 Die Gruppe «Forderung» hatte sich im Anschluss an Konflikte in der Sozialdemokratischen Jugendorganisation formiert. Aus ihr ging im Frühjahr 1919 die sogenannte Gruppe «Altkommunisten» hervor. Vgl. Bürgi 2007; Jost 1977: 94-103.

903 Jakob „Joggi" Herzog (1892-1931) war ein Schweizer Sozialist und prägte die linksradikale Strömung im Ersten Weltkrieg in der Schweiz. Er stand der Sozialdemokratischen Jugendorganisation (SJO) vor und gründete im Herbst 1917 die Gruppe „Forderung", welche antiautoritäre und anarchosyndikalistische Positionen vertrat. Er war Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Schweiz (1921). Vgl. Bürgi 2009.

904 Vgl. Bochsler 2004: 307.

905 Zu Kleibers Lektüre im Gefängnis vgl. Max Kleiber an Fritz Brupbacher vom 09.09.1917. Schweizerisches Sozialarchiv [SozArchiv] Ar 101.30.06.

906 Vgl. Bochsler 2004: 308.

907 Vgl. Bochsler 2004: 308.

sozialistischen Siedlungsversuche in Theorie und Praxis wollte Kleiber einen Weg finden, Sozialismus und Landwirtschaft zu vereinen.[908] Denn Kleiber teilte Landauers Ansicht, dass man den Menschen den Sozialismus in konkreten Projekten veranschaulichen müsse:

> « [...] wie man die Bauern revolutioniert – wie man sie zu Sozialisten machen kann, das lässt sich nicht auf der Schulbank studieren, das muss man im praktischen Leben selber erfahren. [...] Das Beispiel einer communistischen Produktionsgenossenschaft wirkt auf die Bauern weit mehr als viele Vorträge.»[909]

Von der Haltung der SPS unter Robert Grimm schien Kleiber indes nicht viel zu halten. Ihm ging es darum, «dass nicht Feindschaft zwischen Arbeitern und Bauern sein soll, sondern Zusammenschluss»[910]. Deshalb erachtete Kleiber die SVIL-Versuche zur Entwicklung einer industriellen Landwirtschaft als eine «vernünftigere Agrarpolitik»[911] als jene der Sozialdemokratie.[912] Die Fachkenntnisse Kleibers verhinderten, dass er den propagandistischen Vereinfachungen der sozialdemokratischen Argumentation erlag. So resümierte er 1920 über die Streitigkeiten über die Produktionskosten von Milch während des Ersten Weltkriegs, «dass es sicher ein glücklicher Gedanke [war], dass der V.S.K. anfing, selber Landwirtschaft zu treiben und so in die Lage kam, die Sache selber zu untersuchen»[913].

Kleiber konnte die Frontstellung der Sozialdemokratie gegenüber den Bauern nicht nachvollziehen. Seiner Ansicht nach sollte ein Sozialist auch einem Bauern einen guten Lohn gönnen. Dabei gehe es nicht darum, dass die Entwicklung eines guten Lohnes in der Landwirtschaft einfach auf die Taschen der Konsumenten abgewälzt werde und dadurch eine Preis-Lohnspirale in Bewegung geriete, welche letztlich niemandem nützen und nur die Volkswirtschaft in eine weitere Krise stürzen würde.[914] Stattdessen plädierte Kleiber dafür, dass durch landwirtschaftliches Versuchs-, Unterrichts- und Genossenschaftswesen die Voraussetzungen für eine Rationalisierung der Landwirtschaft geschaffen werden sollten. Mit Meliorationsmassnahmen, Anschaffung von Maschinen, zweckmässigem Düngen und Züchten hoffte Kleiber, die Produktionskosten in der Landwirtschaft senken und so das Auskommen für die Landwirte verbessern zu können.[915]

---

908 Vgl. Brief von Max Kleiber an Fritz Brupbacher vom 16.03.1919. Schweizerisches Sozialarchiv [SozArchiv] Ar 101.30.06.
909 Brief Max Kleiber an Jakob Herzog vom 18.06.1919.
910 Brief Max Kleiber an Jakob Herzog vom 18.06.1919.
911 Brief Max Kleiber an Jakob Herzog vom 18.06.1919.
912 Vgl. Brief Max Kleiber an Jakob Herzog vom 18.06.1919; Auderset, Moser 2012: 141.
913 Der Aufbau, 17.09.1920: 272.
914 Vgl. Der Aufbau 17.09.1920: 272.
915 Vgl. Der Aufbau 17.09.1920: 272.

Insbesondere das Wesen einer basisdemokratisch organisierten Produktionsgenossenschaft wollte Kleiber im zürcherischen Herrliberg erproben. Doch eine vermutlich allzu grosse Diskrepanz zwischen den Alltagsentwürfen von Intellektuellen, Handwerkern und einem Agronomen, der zunehmend als vermeintlicher Chef der Gruppe gehänselt wurde, erschwerte allerdings das konstruktive Zusammenleben in der Alten Vogtei.

Zudem, so die Historikerin Bochsler, sei die Arbeitsaufteilung, trotz der freiheitlichen und emanzipatorischen Ideale, sehr traditionell gewesen. Anna Kleiber, die Frau Max Kleibers, habe sich weitgehend um Küche und Garten gekümmert, während sich die Männer der Landwirtschaft und der Errichtung einer kleinen Schreinerei gewidmet haben. Margarethe Hardegger habe Anne Kleiber sporadisch bei Gartenarbeiten geholfen, sich aber ansonsten weitgehend ihren Studien gewidmet, was wiederum von den anderen Mitbewohnern kritisiert worden sei.[916] Dem Akademiker Kleiber fehlten nach einiger Zeit in der Praxis die intellektuellen Herausforderungen, was ihn von seinen im Handwerk beheimateten Genossen entfremdete.[917] Zudem hatte der Kinderwunsch Anna Kleibers zu weiteren Zerwürfnissen innerhalb der Gruppe geführt. Der Wunsch nach eigenem Heim und Kind wurde als Antikommunismus gebrandmarkt. Und als Kleiber beschieden worden war, er müsse sich zwischen dem Kommunismus und seiner Frau entscheiden, vertieften sich die Spannungen zwischen den Genossen ins Unüberbrückbare.[918] Kleiber zeigte sich über den manifesten Klassenhass unter den Genossen der Alten Vogtei enttäuscht. Insbesondere der Akademiker Kleiber und die Intellektuelle Hardegger hatten unter dem eher grobschlächtigen Verhalten ihrer Genossen zu leiden.[919]

Es erstaunt wenig, dass einerseits die Siedlung unter dieser Entwicklung litt, und dass andererseits Kleiber mit seiner Frau im Frühjahr 1919 die Alte Vogtei verliess und sich vorerst nicht mehr mit der praktischen Umsetzung sozialistischen Siedlungswesens beschäftigte. Stattdessen widmete er sich erneut agrartechnischen Fragestellungen. Dank Einflussnahme eines befreundeten Professors war es Kleiber möglich, seine Studien an der ETH abzuschliessen und sich fortan der Erforschung des Energieumsatzes bei Tieren und weiteren ernährungswissenschaftlichen Fragen zu widmen. 1929 erhielt der inzwischen habilitierte Agronom einen Ruf an die University of California in Davis.[920]

Das Experiment der sozialistischen Siedlung in Herrliberg hätte Erfahrungen im genossenschaftlichen Zusammenarbeiten und einen experimentellen Umgang mit Produktion und Konsum von

---

916 Vgl. Bochsler 2004: 309, 313.
917 Vgl. Bochsler 2004: 313.
918 Vgl. Bochsler 2004: 314.
919 Kleiber wurde beispielsweise nach einem Disput von seinen Genossen in den Hofbrunnen geworfen. Vgl. Bochsler 2004: 318.
920 Vgl. Brassel-Moser 2007.

Nahrungsmitteln ermöglichen sollen. Kleiber erachtete das Projekt aber auch als «Beitrag zur Lösung sowohl der Ernährungsprobleme wie auch der sozialen Frage»[921]. Persönliche Streitigkeiten unter den Genossen sowie die Unfähigkeit, diese im Sinne der Gemeinschaft auszuräumen, führten schliesslich zum Ende des Experiments. Hardegger und Kleiber blieben aber ihren Kerninteressen treu und arbeiteten beharrlich an der Realisierung einer neuen Gesellschaft weiter, und zwar Kleiber im Bereich der Agrartechnik und Hardegger weiterhin im Rahmen sozialistischer Agitation, auch wenn sie über ihre Erfahrungen in der Alten Vogtei konsequent geschwiegen hatte.[922]

4.6.7 Das Siedlungsideal von Alfred Bietenholz-Gerhard

Alfred Bietenholz-Gerhard[923], der regelmässig im religiös-sozialen Presseorgan „Der Aufbau" publizierte, setzte sich ausführlich mit der Siedlungsbewegung auseinander. Er fasste die wesentlichen Punkte von Kropotkins Werk «Landwirtschaft, Industrie und Handwerk» im Aufbau zusammen, um dessen Vorarbeit für das moderne sozialistisch geprägte Siedlungswesen den Lesern zugänglich zu machen.[924] Er schreibt in seinen Überlegungen zum Siedlungswesen:

> «Das „Fort-von-der-Stadt" hat nicht nur eine besondere, z.B. ästhetisch-naturschwärmerische Bedeutung, sondern eine umfassende. Es ist aufs engste verknüpft mit dem gesamten Fragenkomplex der Gegenwart, mit ihren sozialen, wirtschaftlichen, hygienischen, pädagogischen, sittlichen, religiösen Problemen.»[925]

So beurteilte Bietenholz-Gerhard die Siedlungsbewegung als Mittel sowohl zur Lösung der Ernährungsfrage als auch für eine neue Ausrichtung der Erziehung des Menschen zu einem besseren Leben.[926] Unter Bezugnahme auf Kropotkin forderte Bietenholz-Gerhard die Vereinigung von industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit und orientierte sich bei seinen Siedlungsideen an diesem Ideal. Die «grösstmögliche Spezialisierung in einzelnen Betrieben»[927] und die «Konzentrie-

---

921 Auderset, Moser 2012: 141.

922 Vgl. Bochsler 2004: 318.

923 Zur Person Alfred Bietenholz-Gerhard (1890-1968) ist wenig bekannt. Nachdem er seine Stelle als Bankangestellter verlassen hatte, war er im Fürsorgewesen tätig und publizierte in den Jahren 1924 und 1925 viele Artikel in den Zeitschriften der religiös-sozialen Bewegung *Neue Wege* und *Der Aufbau.* 1923 publizierte er zudem die selbsttsändige Schrift «Die Siedlung. Siedlungsbewegung und Siedlungsfragen». Vgl. Ragaz, Mattmüller, Rich 1982: 308.

924 Vgl. Der Aufbau, 10.03.1922: 59-61.

925 Bietenholz-Gerhard 1923: 12.

926 So adaptierte Bietenholz-Gerhard die Forderung von Leonhard Ragaz nach einer grundlegenden Reform in der Pädagogik und votiert dafür, dass diese Reform am besten in einer konsequenten Umsetzung des sozialistischen Siedlungswesens gelingen könne. Vgl. Der Aufbau, 03.02.1922: 27-29; Der Aufbau, 10.02.1922: 35-37; Ragaz 1919.

927 Der Aufbau, 10.03.1922: 59.

rung einzelner Produktionszweige»[928] lehnte er, wie Kropotkin auch, entschieden ab. Sein Ziel waren Gesellschaften, in denen landwirtschaftliche und industrielle Produkte lokal produziert und verbraucht wurden, ohne allerdings den internationalen Austausch von Rohmaterial und Naturerzeugnissen aufgeben zu wollen.[929] Das Ziel dieser Überlegung besteht zum einen darin, Wissen um die Produktion von notwendigen Bedarfsgütern in der Gesellschaft breit zu verankern und zum anderen darin, die Produktion von Luxusartikeln zu minimieren. Die Erziehung des Menschen zu Genügsamkeit, bei gleichzeitiger Erziehung zu Kopf- und Handarbeit, sollte zur Genesung der Gesellschaft überhaupt beitragen.

«Die Erziehung neuer Menschen» sollte «den Kern des Wesens dieser Siedlungsgemeinschaften» bilden.[930] Bietenholz-Gerhard erachtete diese neuen Siedlungsformen als Ausgangspunkt für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, in versorgungstechnischer Hinsicht genauso wie auf dem Gebiet der moralischen Erziehung des Menschen.

In Anlehnung an den Ingenieur und Erfinder landwirtschaftlicher Maschinen, Konrad von Meyenburg[931], der errechnet hatte, dass mit gartenmässiger Bebauung und gezieltem Einsatz von mechanischen Hilfsmitteln weit mehr vegetabile Nahrungsmittel zu erzeugen seien als in der bestehenden Landwirtschaft, schloss Bietenholz-Gerhard auf die Überlegenheit einer dezentral organisierten landwirtschaftlichen Produktion, die durch die Errichtung von dezentral angelegten, aber elektrisch und verkehrstechnisch erschlossenen, Siedlungseinheiten erreicht werden könnte.[932] Bei gemässigten Ansprüchen der Bewohner der Siedlung, einer gezielten und rationellen Verwertung von Dung und Abfällen, dem gezielten Einsatz von Elektrizität und Motoren und einer intensiven Gartenkultur würden Siedlungen bald als Vorbild einer wohlfahrtsstaatlichen Ordnung wirken können, so der Pfarrer.[933] Konkrete Ansätze des Gartenbaus übernahm Bietenholz-Gerhard vom deutschen Gartenbaupionier Leberecht Migge.[934]

Eine genossenschaftlich strukturierte Gemeinde als das Ideal menschlichen Zusammenlebens würde sich aufgrund des Vorbildcharakters als gesellschaftliches Ideal Bahn brechen können, war Bietenholz-Gerhard überzeugt. So könnte eine genossenschaftliche Reform des Bodenbesitzes und der Arbeitsorganisation realisiert werden, wie sie Gerber und seinen Genossen vorschwebte.

---

928 Der Aufbau, 10.03.1922: 59.

929 Vgl. Der Aufbau, 10.03.1922: 59.

930 Bietenholz-Gerhard 1923: 14.

931 Konrad von Meyenburg (1870-1952) war Maschinenbauingenieur und Erfinder. Er entwickelte Maschinen, welche den natürlichen Eigenheiten und Bedürfnissen der Landwirtschaft entsprachen. Mit einer Bödenfräse, welche die Bewegungen des Maulwurfs imitierte, versuchte von Meyenburg beispielsweise den Einsatz des herkömmlichen Pflugs abzulösen. 1911 gründete von Meyenburg die Motorkultur AG in Basel. Nach dem Ersten Weltkrieg interessierte er sich zunehmend für Siedlungsfragen. In Anlehnung an Kropotkin versuchte er Wege zur Wiederansiedlung von Städtern auf dem Land zu finden. Vgl. AfA Personendatenbank; Moser 2019.

932 Vgl. Bietenholz-Gerhard 1923: 16-17.; Meyenburg 1919: 137.

933 Vgl. Bietenholz-Gerhard 1923: 14, 17-29.

934 Vgl. Bietenholz-Gerhard 1923: 14, 21.

Die Kollektivierung der Arbeit und die Ausrichtung der Bildung an Geist und praktischer Arbeit sollten wesentliche Pfeiler in der pädagogischen Zielsetzung innerhalb der genossenschaftlich organisierten Siedlungen werden.[935]

Die Rechtsform des Eigentums sollte durch die neue Form des Zusammenlebens obsolet werden, da in der genossenschaftlich funktionierenden Siedlung die Arbeitsdevise des Sozialismus realisiert werden würde: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen»[936]. Bietenholz-Gerhard verstand die Siedlungsbewegung als Auftakt dazu, «dass wir davon ein neues Leben, eine neue Welt, eine Reich-Gottes-Welt erwarten»[937] könnten. Die Versprechen des Kommunismus, der nicht als marxistisch-materialistisches Unterfangen verstanden wurde, sondern vielmehr als Umsetzung einer christlich orientierten Wohlfahrtsstruktur, sollte sich durch das Siedlungswesen realisieren lassen.[938]

Utopische Vorstellungen vermischten sich bei Bietenholz-Gerhard mit konkreten technischen Ansätzen, etwa wenn er die Gartenfräse des Ingenieurs von Meyenburg als wesentliches Element zur Rationalisierung der Gartenarbeit anpries.[939]

4.6.8 Die Krise als Chance für die sozialistische Utopie

Im Fall der sozialistischen Siedlungsansätze spielte die Versorgungskrise von 1917/1918 auf den ersten Blick eine eher untergeordnete Rolle. Peter Kropotkin hatte bereits 1898 auf die strukturellen Probleme der Beziehung von Landwirtschaft und Industrie hingewiesen und entsprechende Vorschläge zum Ausgleich dieses Missverhältnisses präsentiert. In diesem Sinn hatte er die Erkenntnis Landauers, dass die soziale Frage auch eine agrarische Frage sei, vorweggenommen. Die Vorschläge Kropotkins zum Ausgleich von Industrie und Landwirtschaft wurden in der radikalen nicht-marxistischen Linken aufgenommen und in ein Siedlungskonzept integriert, mit dem während und nach dem Ersten Weltkrieg experimentiert wurde.

Die Versorgungskrise 1917/1918 und der daraus entstandene Riss im Diskurs um die Versorgungsstrukturen in modernen Gesellschaften eröffnete allerdings eine Chance für die Siedlungssozialisten. Diese beabsichtigten nämlich in der Zuspitzung der Krise, ihre Vorstellungen von einer gerechten und freien Gesellschaft aktiv unter die Menschen zu bringen. Denn die Krise hatte die Mängel des arbeitsteiligen, kapitalistischen Systems offenbart und entsprechend – so glaubten die Sozialisten um Gustav Landauer – würde nun die Ausrichtung eines künftigen Ver-

935 Vgl. Bietenholz-Gerhard 1923: 32-36.
936 Bietenholz-Gerhard 1923: 40.
937 Bietenholz-Gerhard 1923: 47.
938 Vgl. Bietenholz-Gerhard 1923: 56.
939 Vgl. Bietenholz-Gerhard 1923: 28.

sorgungssystems auf dezentral und sozialistisch organisierte Kommunen auf einen fruchtbaren Boden fallen.
Die Siedlungsprojekte der Sozialisten sind zwar mehrheitlich gescheitert, aber die Ansätze und Experimente zeigen, dass durchaus der Wille vorhanden war, alternative Wege aus der Versorgungskrise zu finden. Vereinzelte Bestandteile dieser sozialistischen Angebote zur Neustrukturierung der Gesellschaft wurden schliesslich in bürgerliche Massnahmenkonzepte integriert, modifiziert und weiterentwickelt.

4.7 Zwischenfazit

Die Ernährungskrise von 1917/1918 liess viele Menschen generell über die Strukturen der Lebensmittelversorgung in modernen industrialisierten Gesellschaften nachdenken. Der plötzlich auftretende Mangel hatte offenbart, dass die modernen Versorgungsmechanismen, welche gegen Ende des 19. Jahrhundert etabliert worden waren, nicht stabil genug waren, um Gesellschaften auch in Krisenzeiten versorgen zu können. Die Frage nach der künftigen Beziehung der Landwirtschaft zur industrialisierten Gesellschaft stellte sich aufgrund der Erfahrung der Ernährungskrise mit Nachdruck und verlangte nach baldigen und dauerhaften Lösungen. Die politischen und sozialen Zerwürfnisse, die sich im Rahmen der Ernährungskrise manifestiert hatten, zeigten zudem, dass die soziale Frage der Industriegesellschaften ohne eine Antwort auf die Agrarfrage nicht gelöst werden konnten. Beide Fragen waren eng miteinander verflochten und wurden nun zunehmend aus komplementären Perspektiven behandelt.
Diese Tatsche erkannten viele Akteure im Höhepunkt der Krise und begannen in den letzten beiden Kriegsjahren und in den darauffolgenden Jahren damit, die Beziehung von Landwirtschaft und Industriegesellschaft neu zu denken. Die Krise hatte ein gemeinsames Interventionsfeld geschaffen, an dem nun unterschiedliche Akteure mit verschiedenen Agenden partizipierten. Feministisch motivierte Bäuerinnen, genossenschaftlich inspirierte Konsumentenvertreter, bürgerliche Geoarchitekten und sozialistische Siedler – sie alle suchten am Ende des Ersten Weltkriegs nach Entwürfen und Modellen für eine möglichst langfristig stabile Gesellschaft. Obschon inhaltlich viele Trennlinien zwischen den einzelnen Akteursgruppen existierten, schärfte der gemeinsame Referenzrahmen – die langfristige Überwindung der Ernährungsunsicherheit – die wichtige gemeinsame Handlungsmotivation.
So erstaunt es nicht, dass viele der Lösungsansätze eine inhaltliche Verwandtschaft aufwiesen: So war die Integration der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Nahrungsmittelproduktion und die Annäherung von landwirtschaftlichen Produzenten und oftmals städtischen Konsumenten ein wesentlicher Bestandteil aller oben vorgestellten Herangehensweisen. Während linksorien-

tierte und landwirtschaftliche Kreise direktere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten und einen Ausbau der genossenschaftlichen Strukturen einforderten, versuchte die Bewegung der industriellen Landwirtschaft, die Industrie direkt in die Verantwortung für die Produktion von Nahrungsmitteln zu integrieren. Der Familiengartenverein Zürich versuchte über die Ermöglichung einer partiellen Selbstversorgung eine räumliche Aufhebung des Gegensatzes zwischen Konsumenten und Produzenten von Nahrungsmitteln zu erzielen, und die anarchistisch inspirierten Siedler experimentierten ebenfalls mit kommunalen und genossenschaftlichen Produktions- und Konsumalternativen in ihren Kommunen, mit dem Ziel, die Gesellschaft grundsätzlich umzuerziehen und so einem Sozialismus den Weg zu ebenen.
Von der Überwindung der Ernährungskrise ausgehend formierten sich Ideen, die über die blosse Überwindung der momentanen Not hinausgingen und stattdessen langfristige Entwürfe zur Ausgestaltung einer stabileren und krisenfesteren Gesellschaft skizzierten. Dies lässt sich nicht nur in den sozialistischen Siedlungsentwürfen ausmachen, denn auch die Bewegung der «Associations des Productrices de Moudon» zielte mit der Besserstellung der Frauen innerhalb der Landwirtschaft auf eine langfristige Neugestaltung agrarischer Realitäten. Besonders die finanzielle Besserstellung der Frauen innerhalb der Landwirtschaft sollte eine überfällige Modernisierung der agrarischen Lebenskultur einläuten und so die Abwanderungsbewegung von jungen Frauen aus den Agrarbereichen abschwächen. Die industrielle Landwirtschaft wiederum zielte darauf, die Verantwortung der Versorgung der Gesellschaft mit Nahrungsmitteln nicht ausschliesslich der Berufslandwirtschaft zu überlassen, sondern gewissermassen die Ernährung als «Sache des ganzen Volkes»[940] zu verstehen. Ähnlich dachte auch Bernhard Jäggi, der mit der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) versuchte, Konsumenten vermehrt zu Produzenten zu machen.

Die Krise in den Jahren 1917/1918 schuf einen offenen Interventionsraum, in dem unterschiedliche Ansätze zur Neugestaltung des Verhältnisses von Nahrungsmittelproduzenten und Konsumenten diskutiert und ausprobiert werden konnten. Die Akteure der radikalen Linken sahen in der Zuspitzung der Krise ihre Chance, nach den bisher peripher verhandelten Grundsätzen des libertären Anarchismus eine neue Gesellschaft entwerfen zu können. Die gemässigte Linke wiederum erhoffte sich eine nachhaltige politische Integration ihrer Positionen und eine Aussöhnung zwischen Konsumenten und Produzenten auf genossenschaftlicher Basis, während die bürgerlichen Kräfte mittels eines gesellschaftlichen Ausgleichs die bolschewistische Gefahr zu bändigen beabsichtigten.

940 Bernhard 1919a: 32; Moser 2000: 64-79.

Die hier vorgestellten Ansätze zur Neugestaltung der Beziehung von Landwirtschaft und Industrie, von Konsum und Produktion von Nahrungsmittel und von Stadt und Land generell, hatten alle damit begonnen, in ihre Lösungsansätze komplementäre Denkweisen einzubeziehen. Vermeintlich widerstreitende Pole sollten in einen harmonischen Ausgleich überführt und von der Schiene gelaufene wirtschaftliche Entwicklungen wieder in rechte Bahnen gerückt werden. Trotz diesen ganzheitlichen Ansätzen bleiben die meisten der hier vorgestellten Ideen weit davon entfernt, national handlungswirksam zu werden. Oftmals waren sie nur lokal verankert oder es fehlte ihnen ein Netzwerk, um politisch Einfluss nehmen zu können. Die breiteste Wirkung entfaltete wohl die SGG, die mit dem VSK über einen Partner verfügte, der das entsprechende politische Netzwerk mit sich brachte. Am umfassendsten versuchte aber die SVIL mit dem Nachfolgeprojekt der Innenkolonisation die langfristige Gestaltung der agrarischen und industriellen Räume zu realisieren und mit Hilfe dieser Dezentralisierung von städtischen und ländlichen Räumen eine langfristige Neugestaltung der Schweizer Gesellschaft auf nationaler Ebene zu realisieren.

5 Kontext: Das Phänomen «Innenkolonisation»

Die im Krieg sichtbar gewordene Ernährungskrise hatte den Raum des Denk- und Sagbaren erweitert und den engen Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und der Agrarfrage ins Zentrum des Interesses gerückt. Entsprechend begaben sich die Akteure, die sich mit der Nahrungsmittelsicherheit beschäftigten, auf die Suche nach geeigneten Massnahmen, um die Gesellschaft auch gegenüber künftigen Krisen resistenter gestalten zu können. Im vorherigen Kapitel wurden die wichtigsten Ansätze zur Neugestaltung des Clusters «Produktion, Distribution und Konsum» vorgestellt und die dabei grundlegenden Topoi, die im Zentrum der Philosophie der jeweiligen Akteure standen, beleuchtet. Der beschriebene Massnahmenkatalog entbehrte anfangs allerdings noch einer gemeinsamen Grundlage. Es standen einzelne Ansätze zur Lösung von sozialer Frage und Agrarfrage im Raum, aber es existierte noch kein Plan, der die Lösung beider Fragen auf einen Streich erlaubt hätte. Denn die Akteure waren teilweise nur lose miteinander verknüpft und bisweilen liessen sich inhaltliche Schnittmengen der diversen Massnahmen nur implizit festmachen, während sich diese Theoretiker im politischen und sozialen Leben fremd waren. Es bedurfte erst einer Bündelung der verschiedenen Inhalte, um diese handlungswirksam auf politischer und gesellschaftlicher Ebene einzubringen und deren Realisierung voranbringen zu können.
Doch der Geoarchitekt Hans Bernhard legte 1919 mit dem Projekt der Innenkolonisation einen umfassenden Plan vor, wie die soziale Frage mit der Agrarfrage zu verknüpfen und die Gesellschaft und deren Versorgung auf eine neue Grundlage zu stellen sei. Manche der zuvor erwähnten Topoi sollten in diesem Projekt gebündelt werden. Bernhard erkannte die Chance, auf dem Höhepunkt der Versorgungskrise eine Neugestaltung des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft einerseits und der Organisation des gesellschaftlichen Lebens andererseits anzustreben. Das Projekt der Innenkolonisation bestand aus einem Bündel von siedlungspolitischen, kulturtechnischen, national-politischen und sozioökonomischen Massnahmen, die zwischen 1880 und 1930 international grosse Attraktivität genossen. Doch was genau machte die Innenkolonisation aus? In diesem Kapitel wird mithilfe einer kontextuellen Verankerung versucht, dem Phänomen der Innenkolonisation in der Theorie näher zu kommen, um im nächsten Kapitel dann die praktischen Erscheinungsformen der Innenkolonisation in der Schweiz in den Kontext der Ernährungskrise einbetten zu können.

5.1 Eine inhaltliche Annährung an die «Innenkolonisation»

> «Wenn wir von Kolonien sprechen, so denken wir zunächst an die Gründung von ländlichen und städtischen Niederlassungen, die ein Volk oder Staat in der Ferne vollzieht. […] Wenn wir von Kolonisation

> sprechen, so meinen wir wohl im allgemeinen Aehnliches, wir meinen die Thätigkeit, als deren Resultat Kolonien entstehen. Wir denken dabei mit Vorliebe an den Theil der Thätigkeit, der als der wichtigste erscheint – an die Okkupation des Landes, an die Rodung des Urwaldes, an die erste Niederlassung, an die Art der Bodenvertheilung, an die Prinzipien der Siedlung und der neu begründeten Agrarverfassung. […] Wir sprechen neben […] der äusseren von der inneren Kolonisation und verstehen unter letzterer in erster Linie die definitive Sesshaftwerdung eines Volkes, den Uebergang zum Ackerbau oder zu höheren Formen desselben, dann aber auch die späteren Fortschritte im Inneren des Landes.
>
> Wo die Waldnutzung der Ackernutzung weicht, wo Jagdgebiete, Einöden und Weideflächen dem Pflug unterworfen werden, wo Sümpfe und Moore ausgetrocknet und menschlicher Kultur zugänglich gemacht werden, wo primitive kommunistische Ackerverfassungen dem Privateigenthum Platz machen, wo die unfreie Dorfverfassung der freieren weicht, wo ertragslose Latifundien durch Besetzung mit zahlreicheren Bebauern inthensiver bewirthschaftet werden, da sprechen wir von der Kolonisation in diesem Sinne. […] Doch steht auch hier in der Regel die Vorstellung im Hintergrunde, dass es sich wie bei jeder Kolonisation, um das Vordringen von Volkselementen der höheren Sittlichkeit, geistigen und technischen Kultur handle, welche eine bessere Verbauung und Ausnützung des Bodens oder neue vollkommenere Rechts- und Wirthschaftsinstiutionen mit sich bringen.»[941]

In der Einleitung zu Gustav Schmollers[942] Text aus dem Jahr 1886 über die preussische Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts gibt der Ökonom einen Einblick in das in sein Verständnis von der Innenkolonisation. Schmoller verweist auf den zentralen Aspekt jeder Kolonisation, dass zu Beginn stets die Tätigkeit, nämlich die Anstrengung im Zusammenhang mit einer Zivilisierung eines naturwüchsigen, wilden Umlands steht. Hiervon stammt auch der etymologische Ursprung des Begriffs ab, der aus dem Lateinischen «colo» – was so viel wie «bebauen, bestellen, bearbeiten», aber auch «bewohnen» und «ansässig sein» heisst – abgeleitet ist.[943]

Die Innenkolonisation erschöpft sich auch nach Schmoller nicht in der technischen Urbarmachung des Landes, der Soziologe verbindet die Aufgabe der Innenkolonisation vielmehr mit einem kulturellen Sendungsbewusstsein der in die vermeintlich wilden Gebiete vorstossenden Akteure. Gleichzeitig ist die Innenkolonisation abzugrenzen von Formen der «Äusseren Kolonisation», die auf eine Eroberung und folgende Kontrolle eines Territoriums abzielt.

Knapper und klarer als Schmoller brachte es der Direktor der SVIL, Not Vital[944], einige Jahre später auf den Punkt: «Die Innenkolonisation bezweckt eine rationelle Ausnützung des heimatlichen Bodens als Wohn- und Nährraum; ihre Aufgabe ist volkswirtschaftlich und soziologisch

---

941 Schmoller 1886a: 1.

942 Gustav Schmoller (1838-1917) galt als einer der namhaftesten Sozialwissenschaftler des Deutschen Reiches. Seit 1890 stand er dem «Verein für Socialpolitik» vor. Schmollers Gesellschaftskonzept war von einem breiten, sich durch vertikalen Aufstieg ergänzenden Mittelstand, welcher der Gesellschaft Stabilität verliehen sollte, geprägt. Vgl. Staus 2009: 27, Harnisch 1994: 576-577.

943 Vgl. Cooper 2009: 27; Van de Grift 2015: 143.

944 Not Vital (1907-1986) war ein Schweizer Kulturingenieur und Nachfolger von Hans Bernhard als Geschäftsführer der SVIL. Er löste Bernhard nach dessen Tod im Jahr 1942 ab und leitete die SVIL bis ins Jahr 1974. Vgl. AfA-Personendatenbank.

begründet.»[945] Ähnlich definiert die Historikerin Liesbeth van de Grift die Projekte der Innenkolonisation als «reclamation and colonization of land in often sparsely populated areas within state borders»[946]. Die Innenkolonisation vollzog sich innerhalb der Grenzen eines Landes und fokussierte auf die extensive Erschliessung brachliegenden Landes für die künftige gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Nutzung.

Die Tatsache, dass die Innenkolonisation auf die Eroberung ausländischer Territorien verzichtete, befreite sie aber nicht von kulturellen Herrschaftsansprüchen. Der Historiker Jürgen Osterhammel verweist darauf, dass alle Formen des Kolonialismus auf dem Willen beruhen, „periphere Gesellschaften den Metropolen dienstbar zu machen“[947]. Allerdings war es gerade die Forderung von Akteuren der Innenkolonisation, wie beispielsweise Hans Bernhard, eine geografisch zentrale Anordnung von Siedlungseinheiten zu brechen und an die Stelle von Metropolen ein Netzwerk von kleineren Gartenstädten und Siedlungen zu erstellen. Osterhammels Einschätzung der zentralen Kontrolle lässt sich somit nur eingeschränkt auf das Phänomen der Innenkolonisation anwenden. Und doch ist der Aspekt der kulturellen Kontrolle, die auch der Innenkolonisation innewohnt, nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn die Innenkolonisation war – wie auch die Aussenkolonisation – einem «Nützlichkeits-Paradigma» verpflichtet. Die grossen Fragen der Menschheit nach Raum, Ressourcen und Energie sollten durch den Beitrag des Kolonialismus gelöst werden.[948] Nicht nutzbare Gebiete mussten daher entlang dem «Nützlichkeits-Paradigma» in eine rationalistisch dominierte Nutzbarkeit überführt werden.

In diesem Kapitel werden zwei europäische Beispiele der Innenkolonisation in der Zwischenkriegszeit kurz vorgestellt, gefolgt von einem Beispiel der «Inneren Kolonisation»[949] in Preussen gegen Ende des 19. Jahrhunderts, das etwas vertieft dargestellt wird, um die verschiedenen Formen und Ursprünge der Innenkolonisation besser verständlich zu machen.

Neben den politischen Implikationen, die mit ihr einhergingen, handelte es sich bei der Innenkolonisation auch um ein profanes technisches Projekt. Die Innenkolonisation kann nicht verstanden werden, ohne zwei wesentliche Begleitaspekte zu berücksichtigen: Das Bodenverbesserungswesen und den Siedlungsbau. Diese beiden Aspekte werden hier deshalb kurz präsentiert, bevor exemplarisch auf verschiedene Erscheinungsformen der Innenkolonisation eingegangen werden kann.

---

945 Vital 1951: 34.

946 Van de Grift 2018: 68.

947 Osterhammel 2003: 19.

948 Van Laak 1999: 141.

949 In Preussen sprachen die Namensgeber des Projektes von der «Inneren Kolonisation». Hans Bernhard lehnte sich dann bei der Namensgebung des Projektes in der Schweiz an seine deutschen Kollegen an und nannte das Projekt in der Schweiz «Innenkolonisation». In der vorliegenden Arbeit wird als Sammelbegriff für das Phänomen die schweizerische Namensgebung (Innenkolonisation) verwendet. Die deutsche Begrifflichkeit der «Inneren Kolonisation» wird nur dort verwendet, wo auch explizit das deutsche bzw. preussische Projekt angesprochen wird. Vgl. Sering 1893; Bernhard 1919a.

5.1.1 Meliorationen

Zum Massnahmenkatalog der Innenkolonisation gehören Ent- und Bewässerungsprojekte, Rodungen und Flusskorrektionen, um die Nutzung von Boden erst zu ermöglichen oder um ihn rationeller zu gestalten. Bodenverbesserungsmassnahmen[950], welche auf eine erweiterte und verbesserte Nutzung des Bodens zielen, weisen allerdings eine lange Tradition auf und sind mitnichten Kinder des 19. Jahrhunderts. Vielmehr haben Menschen seit Beginn ihrer Siedlungstätigkeiten versucht, die Ertragsfähigkeit von Böden zu steigern, die Vereinfachung der Bewirtschaftung von Böden herbeizuführen oder das bereits kultivierte Land vor Schaden zu bewahren.[951]

Die Massnahmen zu Landgewinnung und Bodenverbesserung entwickelten sich analog zu technischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen und zu den sich wandelnden Bedürfnissen der Menschen, welche den Boden zu nutzen beabsichtigten. Mit den Verwissenschaftlichungs- und Rationalisierungsprozessen im ausgehenden 19. Jahrhundert in (land-)wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen erfuhr auch das Bodenverbesserungswesen eine beträchtliche Ausweitung.[952] So rückten im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert, neben den traditionellen wasserbaulichen Massnahmen, infrastrukturelle und raumplanerische Massnahmen in den Vordergrund. Die Anlage von Flurwegen, Güterzusammenlegungen, verkehrstechnische Erschliessungen peripherer Gebiete und schliesslich ab Mitte der 1920er-Jahre die Errichtung von Elektro- und Wasserleitungen überlagerten sich im frühen 20. Jahrhundert mit den traditionellen wasserbautechnischen Massnahmen des Bodenverbesserungswesens und stellten auch zunehmend die Verwendung des Begriffs «Bodenverbesserung» in Frage, da längst eine Ausweitung des traditionellen Interventionsbereichs stattgefunden hatte. So zeigte sich auch der Sektionschef für Bodenverbesserungen beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement Alfred Strüby[953] wenig angetan von der Verwendung des Begriffs:

> «Wir sprechen ganz allgemein von Bodenverbesserungswesen oder Meliorationswesen […]. Diese Begriffe sind heute zu eng gefasst und geben häufig Anlass zu einer falschen Auffassung über das Bodenverbesserungswesen. Unter diesem Titel werden neben den Entwässerungen, Kanalisationen, Bewässerungen, Urba-

950 Bodenverbesserungsmassnahmen können auch mit dem Begriff «Melioration» umschrieben werden. Begriffsgeschichtlich leitete sich das Wort «Melioration» vom lateinischen Wort «melior» her, was weitgehend «verbessern» bedeutet. Vgl. Schwarzenbach 1922: 1.

951 Vgl. Glatthard 2016; Salvisberg 2017: 159, 222-223.

952 Vgl. Glatthard 2016; Salvisberg 2017: 223; Strüby 1937: 6.

953 Alfred Strüby (1889-1949) studierte an der ETH Zürich Kulturtechnik und liess sich daraufhin zum Grundbuchgeometer weiterbilden. Von 1911-1918 arbeite Strüby als Mitarbeiter in einem Ingenieursbüro in Solothurn (SO) und im kantonalen Meliorationsamt in Lausanne (VD). 1918 wurde er Sekretär des für Bodenverbesserungen in der «Landwirtschaftlichen Abteilung des Volkswirtschaftsdepartementes» des Bundes. 1928-1943 amtete Strüby als Sektionschef für Bodenverbesserungen und betreute von 1943-1949 die Meliorationsprogramme des Bundes im Rahmen der Anbauschlacht während des Zweiten Weltkriegs. Vgl. Auderset 2012.

> risierungen, Kolmatierungen, Räumungen, Reutungen behandelt und unterstützt: Güterzusammenlegungen, Strassen und Wege, Siedlungsbauten, Stallbauten und Düngeranlagen, Sennhütten, Wasserversorgungen, Luftseilbahnen, elektrische Leitungen.»[954]

Die Interventionsmassnahmen des Meliorationswesens betrafen in der Zwischenkriegszeit nicht länger nur den Boden, ihr Interventionsraum hatte sich in die Sphären über und unter dem Boden ausgeweitet. Im modernen Meliorationswesen musste beispielsweise die Verwendung von mechanischen oder motorisierten Landwirtschaftsgeräten mitgedacht und bei der Parzellenanordnung entsprechend berücksichtigt werden.[955]

Ferner erforderten neue Techniken der Bodenentwässerung professionelle Anwendungskenntnisse. Während das Meliorationswesen im 19. Jahrhundert mehrheitlich eine Nebenbeschäftigung von Ingenieuren, Förstern, Geometern und Lehrern gewesen war, bedurften neue Techniken sowie die immer umfassendere Planung einer professionelleren Anleitung und Ausführung.[956] Der Beruf des Kulturtechnikers erfuhr in den Jahren um die Jahrhundertwende eine Professionalisierung. Durch die Lektüre populärwissenschaftlicher Schriften, den Besuch internationaler Fachkongresse und einer regen Reisetätigkeit kulturtechnisch Interessierter, konnte das neuste Wissen über kulturtechnische Massnahmen international transferiert werden.[957] Und über neu geschaffene Institute an technischen Hochschulen wurden Kulturtechniker entsprechend geschult.

Mit dieser Professionalisierung ging auch eine Institutionalisierung des Berufs einher. Denn während im ausgehenden 19. Jahrhundert Kulturtechniker noch oft als Experten auf privater Basis zu Bodenverbesserungsprojekten hinzugezogen worden waren, erhielten Kulturexperten in der Schweiz nach der Jahrhundertwende vermehrt Stellen innerhalb des Verwaltungsapparates. Viele Kantone unterhielten ab 1900 eigene kulturtechnische Büros. Der Bund rief das «Bureau für Meliorationswesen» allerdings erst während des Ersten Weltkriegs ins Leben.[958]

Punkto Anwendung zeigte sich zudem eine enge Verzahnung von Landwirtschaft und Industrie, welche sich nicht nur in zunehmender Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion zeigte, sondern auch darin, dass neue Meliorationstechniken, von der kostengünstigen, industriellen Fertigung von Tonröhren stark profitieren konnten und so innerhalb kurzer Zeit einen weltweiten Durchbruch feierte und die Entwässerungstechnik revolutionierte. Ein Beispiel dafür ist die Drainage, bei der gebrannte Tonröhren in verdeckte Gräben verlegt werden und so überschüssi-

---

954 Strüby 1937: 6.

955 Dieser Aspekt kommt insbesondere in der Tätigkeit der Güterzusammenlegungen zum Tragen. Zu den Güterzusammenlegungen siehe Kapitel 6.1.2.

956 Strüby 1937: 1.

957 Vgl. Osterkamp 2016: 182.

958 Vgl. Auderset, Burkhard, Moser 2018: 190.

ges Wasser im Boden über ein Gefälle in den nächstgelegenen Bach oder Fluss transportiert wird.[959]

Das Meliorationswesen erfuhr vor dem Hintergrund der Verwissenschaftlichungs- und Rationalisierungsprozesse in den Jahren 1880-1950 eine starke Aufwertung. Die Anwendungsbereiche des Meliorationswesens wurden stark ausgeweitet und umfassten fortan Aspekte der Infrastruktur- und Raumplanung. Der Kulturtechniker entwickelte sich dabei vom Laien im Nebenamt zu einem vollberuflichen Experten, der planend in die Gestaltung ländlicher Landschaft und Gesellschaft eingreifen konnte.

5.1.2 Meliorationen als Ausdruck der Agrarmodernisierungen bzw. der Agrarfrage

Die oben beschriebenen Entwicklungen im Meliorationswesen vollziehen sich im Kontext einer Phase intensivierter Agrarmodernisierungen. Singeisen konstatiert 2013 für die Zeit von 1880-1950 eine Phase von Agrarmodernisierungen, die er als «mechanisch-industriell»[960] bezeichnet und dadurch charakterisiert, dass «mehr Beziehungen, Zusammenhänge und Wirkungen innerhalb aber auch zwischen den einzelnen Prozessbereichen auf[treten]»[961] würden. Die verstärkten Verflechtungen mit dem industriellen Sektor führten im agrarischen Sektor zu einem kontinuierlichen Rückgang an Arbeitskräften, bei gleichzeitig steigenden Löhnen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Dieser Kostenzuwachs und die sinkenden Beschäftigungsquoten in der Landwirtschaft mussten zwingend durch eine Mechanisierung und Motorisierung ausgleichen werden.[962] Gleichzeitig habe sich eine Agrarverwaltung etabliert, die in Zusammenarbeit mit professionellen Kulturtechnikern unterstützend in der Landwirtschaft intervenieren konnte, um notwendige Modernisierungen auf den Weg zu bringen und so die Existenz der Landwirtschaft mithilfe staatlicher Unterstützung in einer zunehmend industrialisierten Gesellschaft sichern könne - soweit die Perspektive Singeisens bei der Entwicklung des Agrarsektors in den Jahren 1880-1950.[963]

Die Innenkolonisation setzte ihr Tätigkeitsfeld in diesem Spannungsfeld an, mit dem Ziel, die Beziehung von Landwirtschaft und Industrie verbessern zu können.

Die Mittel des modernen Meliorationswesens sind unabdingbar und wesentlicher Bestandteil des Instrumentariums der Innenkolonisation, ohne dass sie auf diese reduziert werden darf.

959 Osterkamp 2016: 182.
960 Singeisen 2013: 26.
961 Singeisen 2013: 26.
962 Vgl. Singeisen 2013: 26.
963 Vgl. Singeisen 2013: 26.

5.1.3 Siedlungswesen

Ziel der Innenkolonisation war es, bisher ungenutzten Boden im Landesinneren nutzbar zu machen und diesem eine grössere volkswirtschaftliche Bedeutung zu verleihen.[964] Damit war die Arbeit aber noch nicht getan. Die nachfolgende Nutzung des Bodens musste ebenso in die Planung einbezogen werden.

Mit der Innenkolonisation war stets ein Anspruch verbunden, das verbesserte Land in einer ökonomischen Art und Weise zu nutzen. Auf entwässertem Boden sollten vor allem neue Siedlungen oder landwirtschaftliche Anbauflächen entstehen. Schmoller spricht in diesem Zusammenhang von «Niederlassungen», der «Art der Bodenvertheilung» und den «Prinzipien der Siedlung».[965] Ohne Einbezug dieses Anspruchs auf spätere Nutzung wäre die Innenkolonisation nichts weiter als ein Synonym für Bodenverbesserungen oder Meliorationen. Diese Meliorationen gehen tatsächlich oft einer späteren landwirtschaftlichen Nutzung oder Besiedlung von Boden voraus und entsprechend eng gestaltet sich der inhaltliche Zusammenhang zwischen Bodenverbesserung und Siedlungswesen.

Die Professionalisierungs- und Verwissenschaftlichungsprozesse, welche zur Jahrhundertwende auch das Meliorationswesen ergriffen hatten, beschränkten sich nicht nur auf dieses. Vielmehr begannen nun auch Geometer, Agronomen und Architekten damit, Siedlungskonzepte für neu entstehende Räume zu entwickeln. Die Idee, ausserhalb der urbanen Räume Eigenheimsiedlungen für Familien zu schaffen, welche genügend Grünfläche aufwiesen, um ihnen eine partielle Selbstversorgung zu ermöglichen, war bereits vor dem Ersten Weltkrieg äusserst populär.[966] Die Wohnungsnot in den Städten und die allgemeine Armut, die Landflucht und eine latent vorhandene zivilisationskritische Einstellung gegenüber der Industrialisierung und Verstädterung, liess insbesondere bürgerliche Wissenschaftler von einem Leben im Grünen träumen. Stadtplaner wie Ebenezer Howard entwarfen Pläne, um urbane und rurale Räume zu vereinen und einen Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zu ermöglichen.[967]

Die Siedlungsplaner der Innenkolonisation gingen davon aus, dass durch eine sinnvolle räumliche Gestaltung gesellschaftliche Konfliktlinien nivelliert und die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft in ein harmonisches Gleichgewicht überführt werden könnten.

Die aufkommenden staatlichen Interventionen im Bereich der Agrarmodernisierungen, die Entwicklung landwirtschaftlicher Interessenverbände, die Etablierung von landwirtschaftlichen Forschungsinstituten, die wirtschaftlich und wissenschaftlich stärkere internationale Vernetzung der Landwirtschaft, eine zivilisationskritische Haltung gegenüber Industrie und Verstädterung und

964 Vgl. Schmoller 1886a: 1.
965 Schmoller 1886a: 1.
966 Vgl. Prinz 2012: 98-101. Siehe dazu auch Kapitel 2.1.
967 Siehe dazu auch Kapitel 2.1.4.

die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer stärker zuspitzende soziale Frage gingen eine Verbindung ein, basierend auf dem zeitgenössischen Glauben, dass sich wissenschaftlich erworbenes Wissen in politischer Administration anwenden liesse und katalysierte so den Willen zu vermehrten Planung im gesellschaftlichen Zusammenleben.[968]

Insbesondere im Siedlungswesen glaubten Experten, Behörden und Reformer den Schlüssel für die Lösung der aktuellen Probleme gefunden zu haben und folgerichtig begannen zahlreiche Akteure damit, zu experimentieren und mittels technischer Neuerungen und wissenschaftlich erworbenem Wissen eine neue Ordnung für das gesellschaftliche Leben zu entwerfen.

Die Entwicklung dieser Siedlungskonzepte geschah aber nicht nur als Top-down-Prozess, der durch die herrschende Politik gestaltet wurde. Vielmehr handelte es sich um einen intermediären Aushandlungsprozess, bei dem Experten, Behörden, lokale Vertreter und Reformer teils miteinander, teils gegeneinander und teils aneinander vorbei agierten und so den Ausgestaltungsprozess von oben und unten mitformten.[969]

Eine wesentliche Gemeinsamkeit der Akteure der Innenkolonisation lag in der Absicht, das Leben auf dem Land wieder attraktiver gestalten zu können. Die gezielte und geplante Besiedlung des Landes sollte Familien ermöglichen, ein ausreichendes Auskommen in ländlichen Gegenden zu finden. So sollte der rurale Mittelstand gefestigt und die soziale Mobilität in ländlichen Gesellschaften verbessert werden.[970]

Siedlungsplanung und Bodenverbesserungen gingen somit bei Projekten der Innenkolonisation stets Hand in Hand. Auf neuem Land sollten neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens entstehen, wie an einigen Beispielen aus dem europäischen Raum in der Zeit zwischen 1880-1930 gezeigt werden kann.

5.2 Zwei Beispiele europäischer Innenkolonisation in der Zwischenkriegszeit

Bereits im 18. Jahrhundert war die Gewinnung neuen Bodens ein Instrument für die Lösung der Raumfrage bei Bevölkerungswachstum gewesen. So hatte sich beispielsweise auch Friederich II. von Preussen mit Trockenlegungen einen Namen gemacht. Diese Bodenverbesserungen wurden im 19. und 20. Jahrhundert mittels verfeinerter Techniken fortgesetzt.[971]

Das neu gewonnene Land diente insbesondere seit dem frühen 20. Jahrhundert – und speziell in der Zwischenkriegszeit – oftmals auch als soziales und politisches Experimentierfeld. Neben der Zurückdrängung der Natur sollte auf dem neuen Boden zugleich auch der Mensch zivilisiert und

968 Vgl. Van de Grift 2015: 142.
969 Vgl. Osterkamp 2016: 182; van Laak 2001: 387.
970 Vgl. Jones 2014: 457-492.
971 Vgl. Van Laak 1999: 143-144.

erzogen werden, es ging stets ein utopischer Anspruch auf eine neue Gesellschaftsordnung einher. Die nachfolgenden Beispiele dienen zur Veranschaulichung dieser These. Als erstes werden die Landgewinnungen in den Niederlanden während der Zwischenkriegszeit thematisiert.

5.2.1 Das Zuiderzee Projekt in den Niederlanden

Die niederländische Bevölkerung sah sich aufgrund der geografischen Lage des Landes und den topografischen Begebenheiten schon immer durch das Wasser herausgefordert, weshalb der Wasserbau in den Niederlanden bereits seit der Antike eine wesentliche Rolle gespielt hatte.[972]
Mit über die Jahrhunderte verbesserten Techniken war 1848-1852 beispielsweise das Haarlemermeer trockengelegt worden, was den Niederlanden einen Landgewinn von 18'000 Hektaren eingebracht hatte.[973] Dieser Landgewinn sollte als Blaupause für weitere Massnahmen in derselben Richtung dienen.

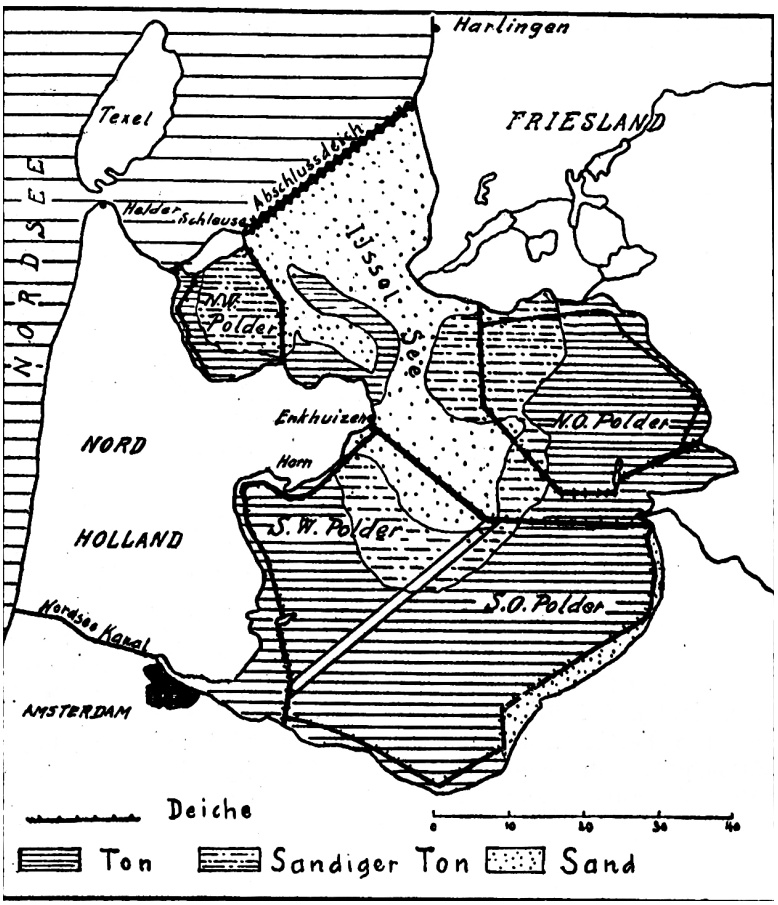


Abbildung 7: Plan der Trockenlegung der Zuidersee, gezeichnet von E. Leemann. In: Schweizer-Schule 16/25 (1930): 221

972 Vgl. Van de Ven 2004: 10-12.
973 Vgl. Schweizer-Schule, 19.06.1930: 219-222.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden zahlreiche Pläne angefertigt, welche sich mit einer Trockenlegung der Zuiderzee befasssten. Bei dieser handelte es sich um eine flache Bucht der Nordsee, im Nordwesten der Niederlande, die ungefähr 100 Kilometer landeinwärts reichte und rund 5000 Quadratkilometer an potentieller Nutzfläche bedeckte. Ziel war es, durch den Bau eines Staudamms die Zuiderzee vom Meer abzutrennen, grosse Flächen trockenzulegen und die übrigbleibenden Wasserflächen in einen Süsswassersee (das heutige: IJsselmeer[974]) umzuwandeln.[975] (Siehe Abbildung 7)

Die Umsetzung des Projektes liess allerdings auf sich warten. Erst nach einer verheerenden Sturmflut im Januar 1916 und Ernährungsengpässen im Ersten Weltkrieg entschied die niederländische Regierung am 14. Juni 1918, dass das Zuiderzee-Projekt in die Tat umzusetzen sei.[976]
Während die Regierung sich bei der Trockenlegung des Haarlemermeers auf die technischen Hilfestellungen im Wasserbau beschränkt hatte und die Ausgestaltung der Besiedlung und des Anbaus privaten Akteuren überlassen hatte, griff sie bei der Ausgestaltung der Siedlungsprojekte an der Zuiderzee in den 1930er-Jahren vermehrt ordnend in die Gesamtplanung des Projektes ein.[977] Deren Raumplaner berücksichtigten besonders bei der Ausgestaltung des nordöstlichen Polders[978], des sogenannten Wieringermeers, die sozialen Komponenten der künftigen Siedlungen. Staatlich angestellte Experten rekrutierten und wählten gezielt geeignete Siedler aus, um junge Bauernfamilien auf dem Wieringermeer ansiedeln zu können. Der Staat schlüpfte bei der Besiedlung des Wieringermeers in eine technokratische und interventionistische Rolle, um auf dem neu geschaffenen Land mit neuen Formen der sozialen Planung zu experimentieren.[979]
Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern war die Verschuldung von Bauern auch in den Niederlanden ein Problem. Deshalb versuchten die Behörden, die Bodenverteilung auf staatlichem Weg anzugehen und dabei stark steuernd in die Strukturen der ländlichen Gesellschaft einzugreifen. Ziel war die Schaffung einer agrarisch geprägten Gemeinschaft, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und die Schaffung eines Bollwerks gegen politische Instabilität.[980] Der Staat übernahm die finanziellen Risiken der Siedler und stellte den Boden teils kostengünstig oder gratis zur Verfügung, gleichzeitig waren die Siedler aber von der Partizipation an

974 Im niederländischen hat das Wort «Meer» die Bedeutung von einem Binnengewässer. Das Wort «Zee» hingegen bezeichnet Meergewässer. Beim IJselmeer handelt es sich also um einen – im Rahmen der Wasserbau-Projekte in der Zuiderzee – künstlich geschaffenen Süsswassersee.
975 Zu den verschiedenen Projektvorschlägen um die Zuiderzee vgl. Van de Ven 2004: 368-411.
976 Vgl. Van de Grift 2013: 611.
977 Vgl. Van de Grift 2013: 617; Van de Grift 2018: 76-77.
978 Ein Polder bezeichnet ein eingedeichtes und von Kanälen umgebenes, niedrig gelegenes Landgebiet, das zur Nutzung trockengelegt wurde. Vgl. Van de Grift 2018: 86.
979 Vgl. Van de Grift 2013: 610.
980 Vgl. Van de Grift 2013: 624-625.

regionalen politischen Prozessen ausgeschlossen. Die Ausgestaltung der Siedlung sollte nur in den Händen des Staates und der angestellten Experten liegen.[981]

Auf dem gewonnenen Land sollten neue Siedlungen entstehen und zuvor menschenleere Regionen ökonomisch erschlossen werden. Zugleich wurden die Siedlungen als Experimentierfeld für neue Formen des Staatsinterventionismus genutzt.[982] Hier sollte eine neue Gesellschaft geformt werden, die den Idealen einer familienbasierten Landwirtschaft entsprachen.

Die Innenkolonisation offenbarte sich in den demokratisch regierten Niederlanden mit dem Projekt der Trockenlegung der Zuiderzee während der 1930er-Jahre als Form der staatlichen Intervention.

5.2.2 Die «Bonifica Integrale» im faschistischen Italien

Die Möglichkeit, mittels innenkolonisatorischen Massnahmen Gesellschaften neu zu strukturieren, war aber auch für Regimes mit totalitärem Anspruch attraktiv. Mit der «Bonifica Integrale»[983] in den späteren 1920er-Jahren versuchte beispielsweise der faschistische Diktator Benito Mussolini in Italien nicht nur modernistische und faschistische Prestigeprojekte auf trockengelegtem Moorboden in der Nähe von Rom zu schaffen, sondern auch Spannungsfelder in der agrarischen Sozialstruktur Italiens zu glätten.[984]

Denn während die südlichen Regionen Italiens zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch Grossgrundbesitz geprägt waren, wurden in den nördlichen Regionen – besonders in der Poebene – kleinbäuerliche Unternehmen zunehmend Opfer einer Kommerzialisierung. Mit dieser ging eine Proletarisierung der ländlichen Gesellschaften und ein starkes Anwachsen der Agglomerationsräume im Norden einher. Aus dem Reservoir unzufriedener Landarbeiter rekrutierte die faschistische Bewegung eine Grosszahl ihrer Mitglieder für den gewalttätigen Strassenkampf. Gleichzeitig war die faschistische Führung aber darum bemüht, die aufkommenden Agrarindustriellen im Norden und die Grossgrundbesitzer des Südens nicht gegen sich aufzubringen, da sich unter diesen Gruppen wichtige Geldgeber der Bewegung befanden.[985]

Mit der Erschliessung neuen Bodens durch kulturtechnische Massnahmen sollte neuer Raum für kleinbäuerliche Siedlungen entstehen und so die Spannung zwischen verarmten Landarbeitern und agrarischen Besserverdienern aufgelöst werden.[986] Denn die neuen Siedlungen sollten als

---

981 Vgl. Van de Grift 2013: 610, 617-620.

982 Vgl. Van de Grift 2013: 609-610.

983 Detaillierter Darstellungen zu dem Projekt der Bonifica Integrale unter Mussolini finden sich beispielsweise bei Caprotti 2007; Grando, Volpi 2014: 43-83; Mattioli 2009; Nützenadel 1997; Schivelbusch 2008: 133-143; Skoneczny 1983.

984 Vgl. Nützenadel 1997: 27-30.

985 Vgl. Nützenadel 1997: 27-30.

986 Vgl. Nützenadel 1997: 27-30; Caprotti 2007.

Prestigeprojekte des faschistischen Staates den Bauernfamilien zu einer geringen Pacht zur Verfügung gestellt werden. Wie in den Niederlanden sollten auch im faschistischen Italien Siedler unter den arbeitslosen Landarbeitern im Norden Italiens gezielt ausgesucht und in den neuerschlossenen Gegenden angesiedelt werden.[987]

Arrigo Serpieri – seit 1923 Landwirtschaftssekretär unter Mussolini – forderte eine Abkehr vom Industrialismus und eine Zuwendung zu einem Primat der Landwirtschaft. Mit dem Ziel einer reaktionären Revolution strebte Serpieri eine Reagrarisierung der gesamten italienischen Gesellschaft an und verfolgte damit eine stark ruralistische Ideologie.[988] Die Reagrarisierung der Bevölkerung sollte dabei helfen, die Denk- und Lebensweisen der Industrialisierung, Urbanisierung und des Materialismus zu bekämpfen, die gemäss Mussolini für den demografischen Rückgang der italienischen Bevölkerung verantwortlich waren.[989] So gesehen erfüllte die Innenkolonisation in Italien während der späten 1920er-Jahre auch eine demografische Aufgabe. Denn die Nutzbarmachung des Landes sollte Menschen vor der Abwanderung in die Städte oder ins Ausland abhalten und sie der italienischen Landwirtschaft erhalten.[990] Die günstigen Pachtkonditionen sollten gleichzeitig als finanzieller Anreiz für die Gründung kinderreicher Familien wirken. [991] Die «Bonifica Integrale» diente somit als demografisches und sozialpolitisches Experimentierfeld für die Errichtung einer faschistisch geprägten Gesellschaft.[992]

Neben diesen sozialen Massnahmen sollte die «Bonifica Integrale» auch ökonomische Probleme beheben. Mussolini hatte zu Beginn seiner Herrschaft wirtschaftspolitisch einen liberalen Kurs verfolgt. Die italienische Landwirtschaft exportierte primär Oliven, Wein, Früchte, Speiseöl und Bohnen, musste aber Getreide in grösserem Stil importieren, was zu einer negativen Agrarhandelsbilanz führte. Ab 1924 wurden Überlegungen angestellt, wie sich das Land unabhängig vom Ausland versorgen könnte. Im Juli 1925 verkündete Mussolini dann den «battaglia del grano»[993]. Mit der Vergabe von Prämien an Betriebe, die Getreide anbauten, einer Beschränkung des Getreideimportes und einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Fläche durch Entwässerung sollte der inländische Getreideanbau gesteigert werden.[994]

---

987 Vgl. Ipsen 1996: 113; Van de Grift 2018: 75.

988 Vgl. Nützenadel 1997: 30-40. Zur Ambivalenz zwischen Modernismus und reaktionärem Gedankengut im Faschismus vgl. Griffin 2007.

989 Vgl. Van de Grift 2018: 75.

990 Besonders vor dem Ersten Weltkrieg waren viele Landwirte aus dem Süden und Norden des Landes in die USA und nach Brasilien sowie Kanada ausgewandert. Vgl. Skoneczny 1982: 25.

991 Vgl. Ipsen 1996: 94.

992 Vgl. Van de Grift 2018: 75.

993 «Weizenschlacht» in der deutschen Übersetzung.

994 Diese Massnahmen schlugen allerdings weitgehend fehl. Die Konsequenz dieser Getreideschlacht war ein spürbarer Mangel an tierischen Produkten. Ferner war die Qualität des angebauten Getreides weitgehend ungenügend, was zu sinkender Qualität des Brotes führte. Vgl. Corner 1974: 398; Skoneczny 1982: 20

Im Oktober 1928 propagierte Mussolini die «Bonifica Integrale» als innenkolonisatorisches Riesenwerk, mit dem eine totale Unabhängigkeit in der Versorgung des Landes von internationalen Nahrungsmittelmärkten erreicht werden sollte und gleichzeitig eine «Auffrischung des italienischen Volkskörpers» durch die ländliche Gesellschaft erzielt werden sollte.[995] Die Gewinnung neuen Bodens stand zudem in ideologischer Linie mit der expansiven Staatsräson des faschistischen Diktators. Die Innenkolonisation wurde dabei von Mussolini nicht als Alternative zur Aussenkolonisation erachtet, sondern vielmehr als deren Ergänzung und teilweise gar Vorbereitung.[996] Denn mit dem Einmarsch der italienischen Truppen in Abessinien, dem heutigen Äthiopien, im Oktober 1935 verschwand diese agrarpolitische Neuordnung weitgehend aus der staatspolitischen Agenda, vielmehr stand ab 1935 die Aussenexpansion klar im Vordergrund der faschistischen Politik. Im Falle Italiens sollten Innen- und Aussenkolonisation dazu benutzt werden, die internationale Position Italiens innerhalb Europas zu heben und die Stärke und Innovationskraft Italiens gegen aussen zu demonstrieren.[997] Somit war im faschistischen Italien die Innenkolonisation auch ein Instrument der Machtdemonstration.

In diesem Sinne wertete Mussolini die «Bonifica Integrale» als grosse Errungenschaft des Faschismus und inszenierte sich dabei als zupackenden Initiator.[998] Allerdings war die Bodengewinnung auch in Italien bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts auf der politischen Agenda präsent gewesen. Hans Bernhard beispielsweise, der Fürsprecher und Initiant der schweizerischen Innenkolonisation, hatte während seiner Studienzeit am landwirtschaftlichen Institut in Rom 1910 eine Habilitationsschrift zu den wasserbaulichen Massnahmen in Italien erstellt.[999]

Nach der faschistischen Machtübernahme 1922 gingen die italienischen Finanzierungen für Meliorationen vorerst sogar zurück und wurden erst unter dem Einfluss des Landwirtschaftssekretärs Serpieri um 1925 wieder gesteigert. Die Idee der Innenkolonisation war also keineswegs eine Idee Mussolinis. Er nutzte die innenkolonisatorischen Massnahmen lediglich, um ideologisch geprägte Massnahmen, wie die Reagrarisierung, die (Innen- und Aussen-)Expansion Italiens sowie die angestrebte Autarkie vom Weltmarkt, zu Propagandazwecken einzusetzen. Ferner diente Mussolini die Innenkolonisation, um die sozialen Spannungen innerhalb der ländlichen Gesellschaft zu nivellieren.

Wenn auch der Propagandaaspekt im Falle der faschistisch geprägten Innenkolonisation ungleich grössere Ausmasse annahm als im staatlich-technokratischen Beispiel der Niederlande, so sind doch auch deutliche Gemeinsamkeiten zu erkennen. Der Wille, eine familienbasierte Landwirt-

995 Vgl. Nützenadel 1997: 211-212.
996 Vgl. Skoneczny 1982: 28-29.
997 Vgl. Van de Grift 2018: 72.
998 Vgl. Van de Grift 2018: 69-70.
999 Vgl. Bernhard 1910.

schaft in die Zukunft zu retten und dazu nötiges Land zur Verfügung zu stellen, die geplante Hebung der landwirtschaftlichen Produktion im Hinblick auf eine bessere Versorgung des Landes, und ferner die Absicht, einen neuen Menschen auf neuem Boden zu schaffen: all diese Aspekte können in beiden Formen der Innenkolonisation in der Zwischenkriegszeit gefunden werden.

5.3 Die Innere Kolonisation im Deutschen Reich 1886-1918

Als frühere Form der Innenkolonisation und als Namensgeberin des Phänomens im deutschsprachigen Raum kann die sogenannte «Innere Kolonisation» in Preussen im 19. Jahrhundert gewertet werden.

Die Innere Kolonisation und das Meliorationswesen spielten auch in Deutschland eine wichtige Rolle.[1000] Seit der Einigung zum Deutschen Reich 1871 legte der junge Staat grossen Wert auf die Erforschung und Rationalisierung der Bodenkultivierung und des Siedlungswesens. Waren Siedlungswesen und Bodenkultivierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch weitgehend getrennte Geschäfte, so wurden die beiden Bereiche um die Jahrhundertwende immer enger miteinander verbunden. Von dieser Entwicklung und den Motiven, die dieser Entwicklung zugrunde lagen, handelt dieses Unterkapitel.

5.3.1 Moorbrandkultur im Nordwesten Preussens

Im moorreichen Nordwesten Preussens spielte die Bodengewinnung bereits vor dem 19. Jahrhundert eine zentrale Rolle für die regionale Wirtschaft und Gesellschaft.

Vor der Entwicklung der deutschen Hochmoorkultur, welche 1877 in einer Moorversuchsstation in Bremen entwickelt wurde und sich durch eine Verbindung von Drainagesystemen und Bodenschicht-Durchmischung auszeichnete, hatte man im moorreichen Nordwesten Deutschlands primär über die Moorbrandkultur nutzbaren Boden zu gewinnen versucht.[1001] Diese Technik, bei der die Mooroberflächen durch Hacken des Bodens aufgelockert wurden, damit die Pflanzen leichter trocknen konnten, um dann im darauffolgenden Frühjahr abgebrannt zu werden, fand seit dem 17. Jahrhundert auch in England, Schottland, den Niederlanden und in Dänemark Anwendung. Die Asche als Produkt der Rodung diente als fruchtbarer Dünger der Böden. Allerdings war mit dieser Methode der Boden nach sieben bis zehn Jahren erschöpft und die Regeneration bedingte eine längere Brache. Teilweise wurden die Böden sogar endgültig totgebrannt, sodass keine Kultivierung mehr möglich war. Diese Nachteile und die gesundheitsschädlichen

1000 Vgl. etwa Gudermann 2000.
1001 Vgl. Blackbourn 2008: 193.

Rauchemissionen brachten die Moorbrandkultur gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend in Verruf. Weil Moorbrandkolonien sehr billig zu schaffen waren, war im Laufe der Jahre ein Wildwuchs entstanden, der schlecht geplant und ohne Nachhaltigkeit war, was unweigerlich zur Verarmung der Kolonialisten führte. Die Brandmoorkolonien genossen dementsprechend einen schlechten Ruf und deren Einwohner wurden als «Zigeuner»[1002] bezeichnet und sozial isoliert.[1003]
Um nach der deutschen Einigung 1871 die Situation in den Mooren von Nordwestpreussen zu verbessern, rief die preussische Regierung in Bremen ein Moorversuchslabor ins Leben, das sich mit neuen wissenschaftlichen Methoden zur Kolonialisierung der Hochmoore beschäftigen sollte.[1004] Das Institut experimentierte auf einer Versuchskolonie mit Drainagesystemen sowie mit einer Durchmischung der Torf- und Sandschichten im Unterboden der Moore, um deren Säuregehalt zu neutralisieren. Die Entwässerungstechnik mittels Drainage war zuvor in der Mitte des 19. Jahrhunderts in England und Schottland erstmals angewendet worden.[1005] Diese Technik verbreitete sich danach in Europa, und nachdem in den Niederlanden mit Drainagesystemen gute Resultate erzielt werden konnten, fand sie schliesslich auch im Deutschen Reich Eingang in den wissenschaftlichen Korpus gangbarer Agrarmassnahmen.[1006]
Die Entwicklung der deutschen Hochmoorkultur[1007] war also nicht primär eine deutsche Errungenschaft, sondern muss vielmehr als Resultat eines transnationalen Wissenstransfers von Meliorationstechniken gewertet werden. Vielmehr hatte die zunehmende Ausgestaltung eines staatlichen Apparats nach 1871 die Schaffung von landwirtschaftlichen Forschungsinstituten ermöglicht, welche das Meliorationswesen entsprechend reformierten.
Im Nordwesten Deutschlands ging es primär darum, den Mooren Herr zu werden und den Boden langfristig landwirtschaftlich nutzbar zu machen, um so die Verarmung in den einstigen Moorbrandkolonien zu stoppen. Über die Anlage von Entwässerungskanälen in Verbindung mit Drainagesystemen und einer entsprechenden Durchmischung von Sand-und Torfschichten konnte die Situation im Nordwesten Deutschlands wesentlich verbessert werden. Die Bodengewinnung stand hier also klar im Zentrum des innenkolonisatorischen Schaffens.

5.3.2 Die Innenkolonisation in Preussen als Mittel national- und sozialpolitischer Massnahmen

Anders sah dies im Nordosten und Osten Preussens aus, denn die Böden waren bereits erschlossen und wurden im ausgehenden 19. Jahrhundert primär durch Grossgrundbesitzer bestellt.

1002 Rechenbach 1940 zit. nach: Blackbourn 2008: 192.
1003 Vgl. Behre 2008: 45-50, 216-227; Blackbourn 2008: 190-192.
1004 Blackbourn 2008: 193; David 1922: 642.
1005 Vgl. Salvisberg 2017: 121.
1006 Vgl. Jones 2015: 182; Salvisberg 2017: 121; Thut 1996: 70-108.
1007 Vgl. Blackbourn 2008: 193.

Entsprechend setzte sich die Gesellschaft in den ländlichen Gebieten im Osten des Preussischen Königsreiches primär aus vermögenden Grossgrundbesitzern – den sogenannten Junkern – und aus besitzlosen Landarbeitern zusammen. Diese besondere Struktur der Eigentumsverhältnisse kann als Konsequenz der frühen Bauernbefreiung im 18. Jahrhundert betrachtet werden. Die Bauern waren aufgrund ärmlicher Verhältnisse in der Landwirtschaft damals gezwungen gewesen, ihr Land an finanziell starke Junker zu verkaufen und wurden mit dem Eigentumsverlust in den Status von Landarbeitern degradiert, während sich die vermögenden Eigentümer zu Grossgrundbesitzern entwickeln konnten. Die Bauernbefreiung zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatte die deutschen Bauern rechtlich befreit, aber finanziell in den Ruin getrieben.[1008]

Die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten für Landarbeiter führten im ausgehenden 19. Jahrhundert zu einer Abwanderung der Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten in die Städte oder ins Ausland. Während die deutschstämmigen Landarbeiter vermehrt abwanderten, wurden deren Stellen durch polnischstämmige Landarbeiter besetzt.[1009]

Diese Entwicklung war dem Reichskanzler Otto von Bismarck ein Dorn im Auge. Denn Bismarck verfolgte eine strikt antipolnische Politik und beabsichtigte daher, die Weiten der preussischen Ländereien dichter mit deutschstämmigen Landwirten zu besiedeln, und mit einem agrarischen Gürtel die deutschen Grenzen zu sichern und eine Durchmischung der Bevölkerung zu verhindern. Bismarck trieb aus diesen national- und volkspolitischen Gründen die Aufspaltung des Grossgrundbesitzes im östlichen Preussen voran, um das Land mit kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetrieben zu besiedeln.[1010]

Die preussische Ansiedlungskommission, welche analog zur Verabschiedung des Ansiedlungsgesetzes 1886 ins Leben gerufen worden war, hatte die Aufgabe, durch eine gezielte Ansiedlung deutschstämmiger kleiner und mittlerer Bauernbetriebe die ostpreussischen Gebiete zu germanisieren. Es sollte damit ein Bollwerk[1011] gegen ein drohendes Anwachsen der polnischen Bevölkerung in den ostpreussischen Gegenden errichtet und die deutsche Grenze gesichert werden. Mittels dieses agrarpolitischen Instruments versuchte Bismarck also, national- und volkspolitische Ziele zu realisieren.[1012]

1008 Vgl. David 1922: 618-625; Sering 1893: 10, Berthold 1978: 101-111; Harnisch 1993: 103-110; Müller 2014: 14-15.

1009 Vgl. David 1922: 625-626.

1010 Vgl. Jones 2014: 457; Staus 2009: 32-33.

1011 Nelson spricht im Englischen davon, dass «the vacuum in Germany's East needed to filled, dammed against Slavic Flood». Nelson 2009: 67.

1012 Vgl. Staus 2009: 32.

Andere Akteure in dem Feld der Agrarpolitik begrüssten zwar die Massnahmen des Ansiedlungsgesetzes, legten den Fokus aber nicht auf national- und volkspolitische Interessen, sondern waren vielmehr bestrebt, die Lebensbedingungen in den ländlichen Gesellschaften zu verbessern.[1013]

5.3.3 Soziale Mobilität und Sicherheit in den ländlichen Gesellschaften im Osten Preussens

Im «Verein für Socialpolitik», der so prominente Wirtschaftswissenschafter und Soziologen wie Gustav Schmoller, Werner Sombart, Max Weber und Max Sering zu seinen Mitgliedern zählte, wurde die Agrarfrage breit diskutiert. Während der Verein für Socialpolitik sich zunächst primär mit der sozialen Frage vor dem Hintergrund der Industrialisierung beschäftigt hatte, entwickelte sich der Verein ab den 1880er-Jahren zu einem wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Think-Tank, der sich eingehend der Agrarfrage widmete.[1014] Sombart und Schmoller referierten an der Tagung des Vereins im September 1886 zur Frage der «Innere[n] Kolonisation mit Rücksicht auf die Erhaltung und Vermehrung des mittleren und kleineren ländlichen Grundbesitzes»[1015]. Sombart verwies in seiner Rede auf die Problematik der Landflucht:

> «Es ist eine eigentümliche Erscheinung, dass bei der rapiden Zunahme der Bevölkerung nicht nur der einzelnen Provinzen, sondern des ganzen deutschen Vaterlandes diejenige des platten Landes abgenommen hat, dass dem gegenüber […] die Städte enorm, nach meiner Erfahrung fast ungesund zugenommen haben, namentlich in den Industriebezirken; dass infolgedessen die ländlichen Arbeiten darunter leiden, und was noch mehr, dass die beste Garnitur ländlicher Arbeiter, dass die intelligentesten den Industriezentren, den grossen Städten sich zuwenden und dass die mittelmässigen Arbeiter zurückbleiben.»[1016]

Mit der Landflucht, so Sombart, würden für die Landwirtschaft nicht nur wertvolle Arbeitskräfte verloren gehen, sondern es setze auch ein Verlust an Wissen und Intelligenz in den ländlichen Gesellschaften ein, der das Wissen um landwirtschaftliche Arbeitsprozesse langfristig dezimieren werde. In Anbetracht der steigenden Abhängigkeit vom Ausland bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sei diese Entwicklung bedenklich und könne nur dazu führen, dass die Abhängigkeit sich in naher Zukunft verstärken werde.[1017] Gleichzeitig schreite die Verarmung ländlicher Gesellschaften voran. Diese beiden Faktoren überlagerten sich für Sombart zu einem wirtschaftlichen «Moment, das sehr dafür spricht, der inneren Kolonisation näher zu treten»[1018].

1013 Vgl. Jones 2014: 459; Müller 2006: 151.
1014 Vgl. Müller 2014: 15.
1015 Sombart 1886: 77-98.
1016 Sombart 1886: 78.
1017 Vgl. Sombart 1886: 79.
1018 Sombart 1886: 79.

Sombart verstand unter dem Begriff der «Inneren Kolonisation» zu diesem Zeitpunkt vor allem die Aufteilung des Grossgrundbesitzes und die darauffolgende Ansiedlung kleiner und mittlerer Betriebe.

Sombart war davon überzeugt, dass kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe rentabler funktionieren könnten als Grossbetriebe. Zudem seien diese gegenüber wirtschaftlichen Krisen resistenter.[1019] In Anbetracht der sich zuspitzenden Krise auf dem internationalen Getreidemarkt war dies ein wichtiges Argument für die Förderung der kleineren und mittleren Betriebe. Sombart untermauerte diese Aussagen mit Erfahrungen, die er auf seinem eigenen Betrieb in den vergangenen Jahren gesammelt hatte. [1020]

So hielt Sombart kleinere und mittlere Betriebe nicht nur im Hinblick auf ihre möglichen Verschuldungen für lebensfähiger, sondern auch im Hinblick darauf, dass in Krisenzeiten auf das Arbeitskräftereservoir der Familie zurückgegriffen werden könne und der kleinere Betrieb länger in der Lage sei, «darben»[1021] zu können als der Grossbetrieb, der weiterhin Löhne für Landarbeiter zu bezahlen hätte.[1022] Zudem nähmen die Erträge auf Grossbetrieben ab, sobald eine Parzelle zu weit vom Hof entfernt liege und so unrentable Verkehrswege in Anspruch genommen werden müssten.[1023]

Auch Max Sering[1024], ein Schüler Gustav Schmollers und prominentester Vertreter der Inneren Kolonisation in Deutschland, war davon überzeugt, dass die landwirtschaftliche Entwicklung gerade nicht in Richtung Vergrösserung der Betriebe weise. Stattdessen ging er davon aus, dass, wenn die Bevölkerung wachse und sich die Verkehrsverbindungen verbessern würden, die Preise für Boden und Bodenprodukte steigen und so nach einer intensiven Landwirtschaft verlangen würden. Der Grossbetrieb könne eine intensive Bearbeitung bei steigenden Löhnen und fallenden Preisen nicht aufrechterhalten, ohne an Rentabilität einzubüssen. Die Folge dieser Entwicklung sei die Zerstückelung und Parzellierung der Grossbetriebe in kleinere und mittlere Betriebe, welche besser imstande wären, eine intensive Landwirtschaft zu betreiben.[1025] Kleinere und mittlere Betriebe seien also nicht nur krisenresistenter, sondern Sombart, Schmoller und Sering waren überzeugt, dass diese langfristig auch besser rentieren würden.

1019 Vgl. Sombart 1886: 79.
1020 Vgl. Sombart 1886: 81.
1021 Vgl. Sombart 1886: 79.
1022 Vgl. Müller 2014: 16; Sering 1893: 62-72; Sombart 1886: 79.
1023 Vgl. Sombart 1886: 99.
1024 Max Sering (1857-1939) war ein deutscher Nationalökonom. Die Ausbildung bei Gustav Schmoller prägte Serings historische Perspektive auf ökonomische und sozialpolitische Probleme. Im Auftrag des preussischen Landwirtschaftsministeriums reiste Sering nach Nordamerika um die dortige Landwirtschaft zu studieren. Die aus dieser Reise hervorgegangenen Erkenntnisse prägten Serings Begeisterung für die Thematik der Inneren Kolonisation. Vgl. Aldenhoff-Hübinger 2010.
1025 Vgl. Sering 1893: 95.

Deshalb, folgerten sie, sei der Grossgrundbesitz zugunsten der kleineren und mittleren Betriebe einzuschränken und die Möglichkeit des Parzellen- und Immobilienerwerbs für Landarbeiter und ihre Familien zu verbessern. Denn die «Besitz- und Aussichtslosigkeit» der Tagelöhner sei «der lokale Krebsschaden des Ostens»[1026].

Die Verteilung von Grundeigentum sei also die zentrale Frage der Volkswirtschaft und bestimme die Gliederung der Gesellschaft, so Gustav Schmoller im entsprechenden Koreferat von 1886 zur Frage der Inneren Kolonisation. Da, wo landwirtschaftlicher Grossgrundbesitz vorherrsche, sei keine alternative wirtschaftliche Entwicklung und auch keine Industrialisierung möglich, da die soziale Mobilität durch die Besitzstrukturen zementiert sei. Bauernkolonien könnten nur dann prosperieren, wenn ihnen der Austausch mit urbanen Räumen ermöglicht werde.[1027] Daher sei auf eine dezentrale Durchmischung von urbanen und ruralen Räumen zu achten, um ein Ungleichgewicht in der ökonomischen Entwicklung der Nation zu verhindern. Denn nur durch diese Durchmischung könne eine sozial nachhaltige Gesellschaftsordnung entstehen:

> «Der Reiche wie der Arme muss an demselben Gemeindeleben teilnehmen und interessiert werden. Der Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen dauernd in geschäftlicher Beziehung stehen; und die geschäftlichen Beziehungen sollen zu menschlichen und menschenfreundlichen werden.»[1028]

Die Frage nach der Verteilung von Grundeigentum war den Theoretikern der Inneren Kolonisation also nicht nur eine agrarische Frage, sondern vielmehr eine nach der sozialen und politischen Ordnung einer Gesellschaft. Aus diesem Grund bedurfte die gerechte Verteilung von Grundeigentum einer neuen Basis, denn die Angebote der zeitgenössischen Politik vermochten die Fürsprecher der Inneren Kolonisation nicht zu überzeugen. Die liberale Lösung der Bodenverteilung, also die freie Bewegung des Bodenverkehrs, sei naiv und führe letztlich nur zu Konzentration von Bodenbesitz in einigen wenigen vermögenden Händen, so Schmoller.[1029]

Im Sozialismus erkannte dieser zwar Ansätze eines wirtschaftlich kooperativen Denkens, befürchtet aber durch die damit einhergehende starke staatliche Intervention eine Zerstörung des Fleisses und der Sparsamkeit des Einzelnen und letztlich eine Zerstörung der bürgerlichen Freiheit.[1030]

Was Sozialismus und Liberalismus also nicht ermöglichten, sollte durch ein agrarisches Instrumentarium realisiert werden: Die besitzlosen Landarbeiter sollten zu Parzellen- und Hauseigentümern gemacht werden. Dazu, so Schmoller, müsse ein «Dritter Weg» zwischen Sozialismus und

---

1026 Schmoller 1886b: 93.
1027 Vgl. Schmoller 1886b: 90.
1028 Schmoller 1886b: 94.
1029 Vgl. Schmoller 1886b: 95-96.
1030 Vgl. Schmoller 1886b: 97.

Liberalismus beschritten werden. Dem Staat komme hierbei die Aufgabe zu, agrarische Behörden zu schaffen, welche einen Teil der Güter kaufen, aufteilen und kolonisieren sollten. Innerhalb dieser Kolonien sollten Parzellen und Häuser auf der Grundlage des Rentengutprinzips auch ohne grosse Kapitalreserven erworben werden können.

Gemäss dem sogenannten Rentengutprinzip kann ein landwirtschaftliches Gut gegen die Verpflichtung der Bezahlung einer langjährigen tiefen Rente und der Verpflichtung des Rentners, in dieser Zeit das Gut weder zu veräussern noch zu parzellieren, bezogen werden.[1031] Die Rechtsform des Rentengutprinzips verleiht «nicht voll und ganz unbeschränktes Eigentum»[1032], sondern möchte eine Mitte «zwischen Eigenthum und Pacht»[1033] halten, um die neuen Eigentümer über einen längeren Zeitraum an das Grundstück zu binden. Der Staat würde dabei durch die entsprechenden agrarischen Behörden vertreten, die in Kolonien investieren, Infrastrukturen erstellen und «Gemeindeverfassungen, Kirchen, Schulen und Armenverwaltungen» einrichten. Der Staat hatte nämlich ein Interesse daran, die künftigen Bewohner der Kolonien möglichst langfristig zu binden, damit sich die Kolonien langfristig zu Dörfern entwickeln könnten und die getätigten Investitionen nicht umsonst gewesen wären, so die Vorstellung der Befürworter der Inneren Kolonisation.[1034]

Das Rentengutprinzip fand auch im Ansiedlungsgesetz von 1886 Anwendung. Während die Akteure des Vereins für Socialpolitik eher an den sozio-ökonomischen Perspektiven interessiert waren und eine Ausweitung des Gesetzes auf ganz Preussen forderten, um den niederschwelligen Zugang zu Grundeigentum möglichst breit zur Anwendung zu bringen, ging es der preussischen Regierung, welche das Gesetz verabschiedet hatte, vor allem darum, die Grenzen zu festigen. Aus diesem Grund wurde das Ansiedlungsgesetz im Jahr 1886 auch nur für die östlichen Provinzen Preussens erlassen.

Das Siedlungswesen im östlichen Preussen mäandrierte also zwischen national- und volkspolitischen sowie sozio-ökonomischen Motiven.

5.3.4 Max Sering als transnationaler Agent der Inneren Kolonisation

Allerdings darf ob diesen nationalistischen Elementen nicht der transnationale Wissenstransfer vernachlässigt werden, wenn es um eine Einschätzung der Inneren Kolonisation im internationalen Kontext in der Zeit von 1880-1930 geht. Das Rentengutprinzip, das im deutschen Reich am

1031 Vgl. Staus 2009: 90.
1032 Schmoller 1886b: 97.
1033 Schmoller 1886b: 97.
1034 Vgl. Schmoller 1886b: 97.

Ende des 19. Jahrhunderts Anwendung finden sollte, wies beispielsweise ähnliche Eigenschaften auf, wie der US-amerikanische Homestead Act von 1862.[1035]

Max Sering, ein Schüler Gustav Schmollers und späterer Mitbegründer der 1912 ins Leben gerufenen «Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation» (GFIK), wurde 1883 im Auftrag der preussischen Regierung nach Nordamerika geschickt, um dort die landwirtschaftliche Konkurrenz zu beobachten.[1036] Sering legte nach der Reise den umfassenden Bericht «Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft»[1037] vor. Er erkannte Ähnlichkeiten mit der Westbesiedlung in den Vereinigten Staaten und Kanada und der nationalen Notwendigkeit, Preussens bevölkerungsarmen Osten zu besiedeln. Die Vorstellung, die Zivilisation in eine unberührte Wildnis zu bringen, beeindruckte Sering so, dass dieser die Frontierbewegung, die er in Nordamerika studiert hatte, für den deutschen Osten adaptierte. Entsprechend verstand er den amerikanischen Siedlergeist als Vorbild für die preussische Ostgrenze.[1038]

Gleichzeitig entwickelte Sering in Nordamerika eine Sensibilität für die familienbasierte Landwirtschaft, welche er fortan in Verbindung mit der Forderung nach Eigenheimen für Familien propagierte. Er glaubte, in der Möglichkeit des niederschwelligen Erstehens von Eigenheimen inklusive Kulturland einen wesentlichen demografischen Pull-Faktor ausfindig gemacht zu haben, der einen Zustrom von Menschen in ländliche Gegenden sichern sollte.[1039] Sering ging davon aus, dass viele europäischen Landarbeiter eine Auswanderung nach Nordamerika in Angriff nahmen, weil ihnen dort die Möglichkeit des Erwerbs einer Heimstätte winkte.[1040] Dieses Instrument, propagierte er, sollte auch im Deutschen Reich ermöglicht werden, um so die Landflucht aus dem landwirtschaftlichen Osten des Reiches in die industrialisierten Städte abfedern und den Lebensstandard in ländlichen Gesellschaften wieder heben zu können. Aus diesem Grund unterstützte Sering auch das Rentengutprinzip.

Die Auswanderer nach Nordamerika, so Sering, sehnten sich nach Freiheit und Unabhängigkeit. Massnahmen, welche die Landflucht drosseln sollten, müssten diesem Unabhängigkeitsgefühl Rechnung tragen.[1041] Dem Landarbeiter müsse die «Gelegenheit des Emporsteigens […] zu voller Selbstständigkeit»[1042] ermöglicht werden. Genau diesem Umstand trage der amerikanische Homestead Act Rechnung. Das Rentengutprinzip könne dazu geeignet sein, ein ähnliches Instrument auch in Deutschland zum Einsatz zu bringen und so gleichzeitig die soziale Mobilität in

---

1035 Vgl. Nelson 2010: 450-451.
1036 Vgl. Nelson 2010: 440.
1037 Sering 1887.
1038 Vgl. Blackbourn 2008: 358.
1039 Vgl. Nelson 2010: 445.
1040 Vgl. Sering 1893: 15.
1041 Vgl. Sering 1893: 15
1042 Sering 1893: 16.

den ländlichen Gesellschaften steigern und auch die nationalpolitischen Grenzsicherungen erreichen.

Vor dem Hintergrund der Agrar- oder Industriestaatsdebatte wollte Sering eine Lösung des sogenannten «Dritten Wegs» präsentieren. Ihm schwebte ein «Agrar-Industrie-Staat» vor, der die Entwicklung beider Sektoren gleichermassen vorantreiben solle. Daher sei die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen und urbanen Gesellschaften abzudämpfen und anzugleichen. Zu diesem Zweck seien die Besitztümer im Osten Preussens aufzuteilen und in den Besitz von familiengeführten landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben zu überführen, um so die ländlichen Gegenden für einkommensschwächere Menschen und Familien wieder attraktiver zu machen.[1043]

Die Güterteilung – also die Aufteilung von Grossgrundbesitz – und die anschliessende Besiedlung des Landes durch kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe war denn auch der Kern der Aufgabe der Inneren Kolonisation nach Serings Vorstellung. Das Hauptziel der Inneren Kolonisation sollte die Hebung des ländlichen Mittelstandes und die Bekämpfung der Landflucht sein, um damit die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie zu schaffen.[1044] Dazu strebte Sering eine Zusammenarbeit mit der Regierung an, um einen «wohlerwogenen Plan»[1045] erstellen und die Innere Kolonisation durch ein zentral geführtes Programm realisieren zu können.

In Serings Haltung vermischten sich die nationalpolitischen und sozio-ökonomischen Ambitionen seiner Zeitgenossen punkto Siedlungspolitik. Dies machte ihn zum vielversprechendsten Fürsprecher der Inneren Kolonisation in den folgenden Jahren.

Um die Idee der umfassenden Siedlungsplanung weiter vorantreiben zu können, interessierte Akteure zu bündeln, internationale Entwicklungen studieren und gleichzeitig propagieren zu können, gründete Max Sering, zusammen mit Friederich Ernst von Schwerin, einem preussischen Landrat adliger Herkunft, 1912 die GFIK (Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation).

5.3.5 Die Propagandazeitschrift «Archiv für Innere Kolonisation»

Bereits 1908 wurde die Propagandazeitschrift «Archiv für Innere Kolonisation» (AfIK) ins Leben gerufen, welche insbesondere der Untersuchung von innenkolonisatorischen Massnahmen in anderen Ländern sowie der Propagierung wissenschaftlicher Untersuchungen aus den Bereichen der Siedlungs- und Bodenverbesserungswissenschaften sowie Berichten über die Tätigkeiten der

---

1043 Vgl. Sering 1893: 5-17.
1044 Vgl. Sering 1893: 1.
1045 Sering 1893: 1.

Inneren Kolonisation gewidmet war.[1046] Auffallend ist hierbei, dass sich die Autoren in der AfIK sehr stark mit den internationalen Entwicklungen der Inneren Kolonisation auseinandersetzten. So wurde die «Sesshaftmachung von Landarbeitern und innere Kolonisation in Dänemark»[1047] ebenso thematisiert, wie die «Gemeinheitsteilung und innere Kolonisation in Russland»[1048] und die «Ansiedlungsbestrebungen in England»[1049]. Aber auch das Verhältnis von innerer und äusserer Kolonisation oder die Konsequenzen der Inneren Kolonisation für den Arbeitsalltag in ländlichen Gesellschaften – zum Beispiel die «[W]irtschaftlichen Frauenaufgaben in der inneren Kolonisation»[1050] – wurden thematisiert.[1051]

Bei der Themenwahl der AfIK wird deutlich, dass die Innere Kolonisation nicht eine nationale Angelegenheit war, sondern vielmehr eine internationale Bewegung, welche sich zwischen 1880 und 1930 entlang dem Spannungsverhältnis von industrieller und landwirtschaftlicher Entwicklung formierte. Die Massnahmen der Inneren Kolonisation dienten bisweilen nationalen Zielsetzungen, die Bewegung selbst war aber äusserst international ausgerichtet, und im Hinblick auf die aktuellsten Entwicklungen auf einen transnationalen Wissensaustausch angewiesen. Denn das Projekt der Inneren Kolonisation konnte sich nicht auf einen theoretischen Überbau und eine entsprechende Anleitung zur Umsetzung verlassen. Vielmehr war das Projekt zur Orientierung am *Best Practice*-Prinzip verpflichtet. Die verschiedenen Staaten mit ihren eigenen geografischen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen hatten unterschiedliche Probleme zu lösen und entsprechend experimentell erscheinen erste Schritte. Statt sich an einem einheitlichen Programm orientieren zu können, waren die Akteure dazu gezwungen, beim Handeln zu lernen und so über experimentelle Wege gangbare Praktiken zu erarbeiten. Das unbesiedelte Land als *vacuum domicilli-um*[1052] katalysierte Fantasien der Inneren Kolonisation und lud zu sozial-ökonomischen Experimenten auf dem vermeintlich *leeren Land* ein.[1053] Diese Laboratorien der Innern Kolonisation ermöglichten ein Zusammengehen von moderner Wissenschaft und staatlicher Intervention und weckten so die Hoffnung auf ein planbares utopisches Morgen in einer stabilen und wohlgeordneten Gesellschaft, so die Meinung welche die Akteure der Inneren Kolonisation ungeachtet ihrer lokalen Eigenheiten verband.[1054] Die Hoffnung, moderne Wissenschaften auf die gesellschaftlichen Entwicklungen anwenden und diese dadurch steuern zu können, machen den Kern dieses

1046 Vgl. Nelson 2009: 65, 69.
1047 Hollmann 1911: 81-96.
1048 de Beaulieu 1910: 295-303.
1049 Skalweit 1911: 53-72.
1050 Maass 1912: 410-416.
1051 Vgl. Wiedefeld 1912: 148-154.
1052 Nelson 2009: 72.
1053 Vgl. Nelson 2009: 70-73.
1054 Vgl. Nelson 2009: 76.

Social Engineerings[1055] aus, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den europäischen Zukunftsoptimismus entscheidend mitprägen sollte.

5.3.6 Innere Kolonisation als Chance zur Neuordnung der Gesellschaft

Das Projekt der Inneren Kolonisation versprach eine neue Ordnung der Gesellschaft, welche Industrie und Landwirtschaft in ein harmonisches Gleichgewicht zu überführen und so auch die politischen Konfliktlinien zu nivellieren versprach. Dieses Bedürfnis war insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg in der jungen Weimarer Republik stark vorhanden, sodass es nicht erstaunt, dass Max Sering von der sozialdemokratischen Regierung den Auftrag erhielt, ein nationales Siedlungsgesetz zu entwerfen, das in Grundzügen den Ideen der Inneren Kolonisation, also der Mehrung von kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben, folgen sollte. Die Regierung der Weimarer Republik versprach sich nach Erfahrungen mit krisenhaften Versorgung der Bevölkerung während des Ersten Weltkriegs von einer breiter abgestützten Landwirtschaft eine bessere Versorgungsgrundlage.

Auch der sozialdemokratische Agrarexperte Eduard David begrüsste den Entscheid, die kleineren und mittleren Betriebe in der Weimarer Republik zu fördern, und wies darauf hin, dass «zwischen der Leistung der heimischen Bodenkultur und der ganzen Volkskultur»[1056] ein enger Zusammenhang bestehe. Die einseitige «Entwicklung zum Handels- und Industriestaat verschleiere diesen Zusammenhang»[1057]. Allerdings könne eine breitere Partizipation an der landwirtschaftlichen Produktion und die entsprechende Vermittlung des Wissens über deren Produktion dabei helfen, «den Gegensatz der ganzen Gedanken- und Gefühlswelt zu überbrücken, der heute zwischen Stadt und Land klafft»[1058], und zu einer langfristig sichereren Versorgungsgrundlage führen. Es war insbesondere die wirtschaftliche Abschottung des Deutschen Reiches, welche während des Ersten Weltkriegs die Erfahrung des Hungers in die Gesellschaft zurückgebracht hatte und nach dem Kriegsende der Inneren Kolonisation zusätzliche Legitimationskraft verlieh. Die Versuche zur Sicherung der östlichen Grenzen waren durch das Kriegsgeschehen gescheitert, und Deutschland musste territoriale Verluste in Kauf nehmen. Aber auch die Innere Kolonisation erfuhr eine inhaltliche Wandlung. Die Mehrung kleiner und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe sollte die Diversität der inländischen Nahrungsmittelproduktion steigern und diese gleichzeitig krisenresistenter gestalten. Sering verwies darauf, dass «die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft zu einer Lebensfrage des deutschen Volkes geworden»[1059] sei.

1055 Siehe Kapitel 1.3.
1056 David 1922: V.
1057 David 1922: V.
1058 David 1922: VII.
1059 Sering 1919: 205.

Der Arbeitskräftemangel auf dem Land und der entsprechende Überschuss an Arbeitskräften in den industriellen Städten, war für Sering ein Missverhältnis, von dem sich Deutschland nicht wieder erholen werde. Denn unmittelbar nach dem Krieg war nicht ersichtlich, ob Deutschland je wieder zum Warenverkehrssystem der Vorkriegszeit zurückkehren könnte Stattdessen stellte sich die Bevölkerung darauf ein, dass die Notwendigkeit zur Selbstversorgung noch einige Zeit anhalten würde.[1060] Sering ging daher davon aus, dass die inländische Produktion, und insbesondere die partielle Selbstversorgung, zu fördern sei, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Dazu sei es dringend notwendig, die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu fördern und Siedler wieder auf das platte Land zu bringen. Die Ansiedlung von Menschen auf dem platten Land, so Sering, werde zu einem Aufblühen der kleineren Städte und zu einer dezentralen Entwicklung der Industrie auch in ländlichen Kleinstädten führen. Er befürwortete deshalb die Dezentralisierung der Industrie und die Durchmischung industrieller und landwirtschaftlicher Räume:

> «Die Beziehungen zwischen sich auflockernden Städten und dem Lande mit Hilfe genossenschaftlicher Einrichtungen gut zu organisieren, wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein.»[1061]

Diese Annäherung und das Ineinandergreifen von Stadt und Land war Kernstück von Serings Ideal der Inneren Kolonisation nach dem Ersten Weltkrieg. Eine dezentrale Organisation von Industrie und Landwirtschaft, die Mehrung von bäuerlichen Kleinbetrieben und die Ansiedlung von Arbeitern in kleineren Städten, welche nach Gartenstadtprinzipien entwickelt wurden, waren nach Sering die Zutaten für ein künftiges Gesellschaftsmodell. Natürlich hatten die territorialen Verluste den zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Raum dezimiert, doch über die Erschliessung von brachliegendem Ödland sollten diese kompensiert werden.
Eduard David, ein sozialdemokratischer Agrarexperte, glaubte gar, dass eine erhöhte Konzentration auf das Meliorationswesen und die damit einhergehende vermehrte Anstrengung in der Bodengewinnung in der Lage wäre, «den grössten Teil des Verlustes an landwirtschaftlicher Fläche zu ersetzen, den Deutschland durch den Versailler Frieden erlitten hat»[1062]. Die Erschliessung von Ödland sollte also nach dem Ersten Weltkrieg erneut eine wesentliche Rolle in der Bodengewinnung und der künftigen Siedlungspolitik, aber auch in der Arbeitsbeschaffung, spielen.[1063]
Zudem wurden die Ansprüche der Inneren Kolonisation, also die Schaffung von Siedlungsland und Siedlungsstellen, mit den Ansprüchen der Heimstätten- und Gartenbewegung verknüpft.

1060 Vgl. Sering 1919: 184.
1061 Sering 1919: 206.
1062 David: 1922: 639.
1063 Vgl. David 1922: 645.

Leberecht Migges Forderung «Jedermann ein Selbstversorger»[1064] fiel im von Hunger gebeutelten Deutschland auf fruchtbaren Boden. Gemäss Migge sollte zudem durch eine gezielte Förderung des Gartenwesens, in Verbindung mit einer geplanten Siedlungspolitik und der Umstellung der Ernährung der Bevölkerung auf vermehrten Vegetarismus, möglich sein, dass «jede Familie […] auf ihren eigenen Grund und Boden ihre gesamte Grünnahrung und auch Tierprodukte selber erzeugen»[1065] kann.

Die angepeilte konsequente wirtschaftliche Nutzung von bisherigen Grünflächen führte zu einem gestiegenen Planungsanspruch, insbesondere für urbane Räume. Dabei erlebte die Idee der Dezentralisierung und der Auflockerung von Wohn-, Arbeitsraum sowie der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen vor dem Hintergrund der Kriegserfahrung eine Renaissance und brachte Konzepte des Gartenstadtplaners Howard und des Anarchisten Kropotkin erneut auf die Agenda künftigen Raumplanens. Überhaupt erfuhr die Raumplanung seit den 1920er-Jahren einen wesentlichen Bedeutungszuwachs. Diese Planungsabsichten führten zu einem noch engmaschigeren Diskussionsnetz zwischen Experten und Behörden zum einen, und unter Experten zum anderen.[1066]

Die Vermählung der Ansprüche der Inneren Kolonisation (also einem geplanten Siedlungswesen zugunsten kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe) mit den Gartenstadtideen (einer Auflockerung des städtischen Raums durch ökonomisch nutzbare Grünflächen) sowie der Heimstättenbewegung (dem Anspruch, möglichst vielen Familien Immobilien- und Boden zu verschaffen) wurde in der Weimarer Republik als eine gangbare Form erachtet, um die partielle Selbstversorgung der Bevölkerung steigern zu können und die Gesellschaft gegenüber künftigen Krisen resistenter gestalten zu können. Entsprechend genossen die Ideen unmittelbar nach dem Krieg grosse Popularität.[1067]

Es ist dieser Popularität zu verdanken, dass frühere Befürworter einer Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion wie Leberecht Migge, der um die Jahrhundertwende für eine Ökonomisierung des Stadtgrüns und eine Selbstversorgungsbewegung plädiert hatte, und eben auch Max Sering, nach dem Krieg zu den gefragtesten Experten im agrarpolitischen Bereich gehörten. Serings Erfahrung mit dem preussischen Ansiedlungsgesetz, seine Studien zur Inneren Kolonisation sowie seine Vernetzung mit ehemaligen preussischen Behörden prädestinierten ihn für die Ausarbeitung eines nationalen Siedlungsgesetzes.

1064 Migge 1918.

1065 Migge 1918: 8.

1066 Vgl. Prinz 2012: 111. Zur internationalen Vernetzung von Experten im Hinblick des Gartenstadtwesens durch Experten unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg siehe: Wagner 2016: 97-105.

1067 Vgl. Prinz 2012: 101-102

Die GFIK hatte bereits während des Kriegs mehrfach auf die Notwendigkeit eines umfassenden Siedlungsgesetzes hingewiesen und dazu wiederholt politische Vorstösse vorgebracht. Die GFIK schaffte es, ihre Forderungen im Behördenapparat der Weimarer Republik handlungswirksam zu platzieren. Entsprechend wurden zunächst auf Ebene der Bundesstaaten ab Oktober 1918 vereinzelte Verordnungen erlassen, welche den bundesstaatlichen Behörden ein Vorkaufsrecht für die Erstellung von landwirtschaftlichem Siedlungsland einräumten.[1068] Im August 1919 wurde dann auf der Grundlage von Max Serings Entwurf das Reichssiedlungsgesetz verabschiedet, welches die Bundesstaaten dazu verpflichtete, gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu errichten.[1069] Damit sollte die Beschaffung von Siedlungsland gemäss vier Schwerpunkten erfolgen: Erstens sollte durch die Bereitstellung von Staatsdomänen die Aufteilung von Grossgrundbesitz vorangetrieben werden. Zweitens sollte Moor- und Ödland zur Schaffung von neuem Siedlungsland herangezogen und erschlossen werden. Drittens sollte der Staat durch ein Vorkaufsrecht Boden erwerben und diesen privaten Spekulationsmöglichkeiten entziehen. Viertens sollten auch Enteignungen landwirtschaftlichen Grossgrundbesitzes zu einer Nivellierung der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft führen und vermehrten Siedlungsboden zur Verfügung stellen.[1070]

Bereits im Dezember 1918 hatte Hindenburg einen siedlungspolitischen Aufruf an die Soldaten des Ersten Weltkriegs erlassen und darin die siedlungspolitische Richtung der Weimarer Republik vorweggenommen: Die Soldaten sollten mit staatlicher Unterstützung Eigenheime beziehen können. Soldaten, welche zuvor in ländlichen Gebieten gewohnt hatten, versprach man, günstiges Land zur Verfügung zu stellen und mit öffentlichen Geldern entsprechende Siedlungsstellen zu schaffen. Soldaten aus städtischen Gegenden hingegen wurde ein Eigenheim, das gartenstädtischen Ansprüchen genügen sollte, in Aussicht gestellt.[1071] Der Aufruf Hindenburgs wurde auch von der auf ihn folgenden sozialdemokratischen Regierung der Weimarer Republik bekräftigt[1072] David resümierte:

> «Der unglückliche Ausgang des Kriegs, die militärische Niederlage und der ihr folgende politische und wirtschaftliche Zusammenbruch im Inneren stellte die Sozialdemokratie vor die schwere Aufgabe, das staatliche und wirtschaftliche Leben unseres Volkes vor der gänzlichen Vernichtung zu schützen und es aus dem Chaos heraus wieder zu geordneten Verhältnissen zu führen.»[1073]

1068 Vgl. Boyens 1959: 39; Prinz 2012: 102.
1069 Vgl. Sering 1919: 183.
1070 Vgl. David 1922: 633.
1071 Vgl. Boyens 1959: 34-35.
1072 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte den Erwerb von Kleineigentum vor dem Krieg noch abgelehnt, änderte ihre Einstellung aufgrund der Erfahrungen durch die Selbsthilfebewegungen der Konsumenten im Krieg aber und unterstützte nach dem Krieg weitgehend den Erwerb von Kleineigentum. Vgl. Prinz 2012: 105.
1073 David 1922: 631.

Mittels umfassenden Siedlungsbestrebungen sollte der neue Staat also an der inneren Front, welche durch Kriegsniederlage und unvollendeter Revolution in Wallung geraten war, befriedet und stabilisiert werden. Jeder Familie sollte mittels staatlicher Unterstützung ermöglicht werden, ein bestmögliches Heim zu erwerben und fortan auch eine partielle Selbstversorgung zu verfolgen.
Soweit das Ideal der Siedlungsbewegungen in Deutschland unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. In der Ausführung scheiterte das Unternehmen allerdings. Nur die Hälfte des vorgesehenen Landes kam zur Verteilung. Verschiedene Faktoren behinderten die Umsetzung des Reichssiedlungsgesetzes. So war es suboptimal, dass die Durchführung der Siedlungserstellung den Bundesländern oblag, da einzelne Länder durchaus eine kritische Haltung gegenüber dem nationalen Gesetz einnahmen. Ferner erschwerten unglückliche Entschädigungsregelungen, die galoppierende Inflation und komplexe, mehrstufige Genehmigungsverfahren das umfassende Siedlungsprojekt.[1074] Trotz dieser Realisierungsschwierigkeiten prägte das Programm der Innere Kolonisation in Verbindung mit der Idee der Heimstätte und dem Gartenstadtkonzept die Siedlungspolitik in Deutschland unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, förderte das Raumplanungswesen massgeblich und führte zu einer engen Verzahnung von Experten und Behörden, welche fortan mittels wissenschaftlichen Erkenntnissen und staatlichen Verordnungen versuchen sollten, die Gesellschaften zu rationalisieren und zu stabilisieren.[1075]
Die Vorstellung, dass eine Siedlung umfassend geplant werden sollte, um dann in einer weiteren Konsequenz positiv auf die Ordnung der Gesellschaft zu wirken, setzte sich in den Köpfen der Akteure fest und führte Wissenschaftler, Behördenvertreter und lokale Akteure an den Reissbrettern zusammen.[1076] Dabei konnten die handlungsmotivierenden Grundlagen unterschiedliche Ausprägungen aufweisen. Im Fall der deutschen Inneren Kolonisation mäandrierten diese zwischen national- und volkspolitischen Zielsetzungen, sozio-ökonomischen Reformüberlegungen und gesellschaftsreformistischen Überlegungen nach den Erfahrungen der Krise. Dabei spielten die Kontexte der jeweiligen Erscheinungsformen eine erhebliche Rolle und erlaubten so dem Projekt der Inneren Kolonisation, in unterschiedlichsten politischen Erscheinungsformen zutage zu treten. Gemeinsam blieb diesen Erscheinungsformen die Absicht, mittels eines agrarisch geprägten siedlungspolitischen Elements die Grundlagen der Gesellschaft zu reformieren und dabei

1074 Vgl. Prinz 2012: 103-106.
1075 Für eine detailliertere Darstellung der aufeinander folgenden Erlasse und Gesetze zur Förderung der kleinen Landbewirtschaftungen siehe David 1922: 633-639. Prinz resümiert zudem, dass das paternalistische Fürsorgekonzept der Selbstversorgung durch den Krieg auf ein neues Niveau gehoben wurde und durch eine staatliche Förderung des Kleingartenwesens, der Heimstättenidee und des Siedlungswesens in die bundesstaatliche Politik integriert wurde. Vgl Prinz 2012: 93-106.
1076 Vgl. Jones 2014: 457-459, 461.

auf moderne wissenschaftliche Erkenntnisse, staatliche Interventionsmöglichkeiten und moderne Kommunikationstechniken zurückzugreifen.
Behörden und Experten gingen sich im Anschluss an den Ersten Weltkrieg darin einig, dass wohlgeplante ländliche Siedlungen eine Schlüsselfunktion einnehmen sollten, wenn es darum gehe, die Gesellschaft nach dem Krieg wieder aufzurichten und gleichzeitig die Weichen für eine langfristige und krisenresistentere Entwicklung für die Zukunft zu stellen.[1077] Innere Kolonisation wurde nicht als konservatives Agrarprogramm verstanden, sondern, im Gegenteil, als Programm, um die Entwicklung der modernen industriellen Gesellschaft proaktiv gestalten zu können und so einen Beitrag an deren langfristige Stabilität leisten zu können. Dieser Grundgedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die weltweiten Ambitionen der Innenkolonisation.[1078] Die Möglichkeit der Gestaltung und Planung der Gesellschaft nach den Erfahrungen einer tiefgehenden Krise erfasste viele Staaten des europäischen und nordamerikanischen Kontinents gleichermassen, ungeachtet deren politischer Ausrichtung.[1079]

Das Verständnis des Begriffs Innere Kolonisation in Deutschland hat diese als ein agrarpolitisches Instrument gezeigt, über das umfassende gesellschaftliche Reformen ermöglicht werden sollten. Als erstes beabsichtigten die Verfechter der Inneren Kolonisation, planmässig Kleinbauernstellen zu schaffen und so Boden und Immobilien in ländlichen Gesellschaften auch für die unteren Schichten erwerbbar zu machen.[1080] Gleichzeitig verknüpften die Akteure der Inneren Kolonisation damit aber auch weitreichende Perspektiven. So sollte die soziale Mobilität in ländlichen Gesellschaften gesteigert und die ländliche Mittelschicht gestärkt werden, um ein gesellschaftspolitisches Gleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen industriell und landwirtschaftlich geprägten Räumen zu schaffen. Durch die Massnahmen der Inneren Kolonisation sollten zudem Grenzbereiche gefestigt und eine rigide Volkspolitik realisiert werden.
Mit Eingriffen in die Siedlungsstruktur sollten Gesellschaften in ihrer Entwicklung gesteuert werden. Die Innenkolonisation muss hierbei als Versuch eines politischen Dritten Weges verstanden werden. Entlang einem Ausgleich von sozialen Gegensätzen sowie der Schaffung breiterer Teilhabemöglichkeiten am Grundbesitz und einer krisensicheren Versorgungsgrundlage sollte soziale Unzufriedenheit minimiert und so der Zulauf zu radikalen Bewegungen an den politischen Polen einer Gesellschaft gebremst werden. Die Innere Kolonisation zielte also auf die gesellschaftliche Integration und die politische Harmonisierung der Gesellschaft.

1077 Vgl. Jones 2018: 31.
1078 Vgl. Van de Grift 2018: 84-85.
1079 Vgl. Carlson 2010: 451-478; Ghirardo 1989: 3-8; Schivelbusch 2005: 129-132, 143-149.
1080 Vgl. Staus 2009: 20.

Dass der Inneren Kolonisation dabei selbst ein radikales interventionistisches Moment innewohnt, ist Ausdruck des Zeitgeistes, entlang dem sich die Innere Kolonisation erst entwickeln konnte, und der sich durch eine Grundspannung ambivalenter Diskursfelder offenbarte. So ist es eine Eigenheit der Inneren Kolonisation und ihrer Akteure, den Zerfall der menschlichen Zivilisation aufgrund der zunehmenden Industrialisierung und Verstädterung heraufzubeschwören und sich dabei gleichzeitig eine optimistische Grundhaltung zu bewahren, weil diese Entwicklung durch den richtigen Einsatz moderner Planungsinstrumente verhindert werden könne. Dieses Nebeneinander von drohendem Untergang und fortschrittsgläubigem Optimismus zeichnete das Denken der Akteure der Inneren Kolonisation aus.

5.4 Zwischenfazit

Die Innenkolonisation, wie sie sich in den oben vorgestellten Beispielen präsentierte, kann als Versuch verstanden werden, den Lebensraum für moderne Gesellschaften neu zu gliedern. Mit innenkolonisatorischen Projekten sollte auf die sozialen, ökonomischen und politischen Probleme der Zeit reagiert werden. Das Zeitalter des Liberalismus war spätestens mit dem Ersten Weltkrieg an ein Ende gelangt und die Verheissungen des *Laissez-Faire* wurden durch eine stärkere Rolle des Nationalstaates abgelöst. Die Innenkolonisation mit ihrem totalen Anspruch an eine Neugestaltung von Raum und Gesellschaft war somit gleichermassen attraktiv für faschistische, sozialistische und demokratisch verfasste Staaten, welche nach den Krisen des Ersten Weltkriegs vermehrt auf staatlichen Interventionismus setzten. Das staatlich-technokratische Projekt an der niederländischen Zuiderzee kann als Beispiel dieser Entwicklung für Letzteres betrachtet werden. Die innenkolonisatorischen Projekte zielten stets mit einem totalen Anspruch auf eine Neuordnung und Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie traten daher stets mit einem umfassenden Anspruch an eine (Neu)Ordnung der Beziehung von ländlichem und industriellem genutztem Raum an. Dabei handelte es sich allerdings nicht immer um staatlich-technokratische Projekte, die von oben verordnet und durchgeführt wurden. Und diese kamen nicht nur in politischen Systemen mit totalitärem Machtanspruch zur Geltung, sondern auch in demokratisch verfassten Staaten, wie etwa den Niederlanden.

Wichtig für die Popularität der Innenkolonisation waren die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen im beginnenden 20. Jahrhundert. Die Nahrungsmittelengpässe und die Abhängigkeiten vom globalen Nahrungsmittelmarkt waren für viele Staaten nach dem Ersten

Weltkrieg ein Grund, die globalen Abhängigkeiten zu reduzieren und dafür die landeseigene Landwirtschaft wieder auszubauen.

Ferner sollte die Innenkolonisation in einigen Fällen dabei behilflich sein, territoriale Tatsachen zu schaffen. So sollte im östlichen Preussen mit einer Ansiedlung von kleinen und mittleren Bauernbetrieben ein Grenzwall gegenüber Polen geschaffen werden, und in Italien wurde mittels der „Bonifica Integrale" eine expansive Territorialpolitik vorerst im eigenen Land vorbereitet.

In allen Beispielen sollte die ländliche Gesellschaft gestärkt werden. Die Innenkolonisation sollte in allen Fällen dazu dienen, dass familienstrukturierte landwirtschaftliche Kleinbetriebe finanziert werden konnten und einer Verschuldungsspirale im agrarischen Sektor begegnet werden konnte. Mittels dieser Massnahmen, die den Zugang zu Eigentum in ländlichen Gebieten vereinfachen sollten, sollte nicht nur die ländliche Gesellschaft generell erhalten, sondern diese Bevölkerungsgruppe auch von sozialistischen Solidarisierungen abgehalten werden. So gesehen war die Innenkolonisation – besonders in Preussen, aber auch im faschistischen Italien und den Niederlanden – ein Projekt, dass die soziale Mobilität in ländlichen Gesellschaften erhöhen sollte und gleichzeitig ein Aufkommen des Sozialismus in ländlichen Gebieten unterdrücken sollte.

Diese sozialpolitische Zielsetzung wurde überall mit technischen Ansätzen des Meliorationswesens und der Siedlungsplanung verfolgt. Die Aufwertung des Meliorationswesens im ausgehenden 19. Jahrhundert und die Professionalisierung und Institutionalisierung von Kulturtechnik und Siedlungsplanung führten generell zu einer Aufwertung der Experten, denen fortan die Fähigkeit zugesprochen wurde, die drängenden Probleme der modernen Gesellschaft lösen zu können.

Dem Umstand, dass mittels Experten- und Technikwissen sowie moderner Planung und Steuerung eine organische und natürliche Ordnung in der Gesellschaft hergestellt werden sollte, die sich am Ideal familienbasierter Kleinlandwirtschaft orientierte, wohnt eine gewisse Ambivalenz inne, die exemplarisch für Projekte des Social Engineering während der Zwischenkriegszeit steht.[1081]

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass viele Projekte der Innenkolonisation zwar als nationale Projekte angesehen werden können, dass aber die Akteure der Innenkolonisation international stark vernetzt waren und ein reger Austausch, gerade auch hinsichtlich der technischen Machbarkeiten, stattfand. Auf internationalen Kongressen und auf Studienreisen wurden Ideen ausgetauscht, übernommen und bisweilen in den eigenen Ländern adaptiert. Die Orientierung Max Serings an amerikanischen Vorbildern zum Heimstättenwesen ist ein Beispiel für diese internationalen Orientierungswege.

1081 Siehe dazu Kapitel 1.3.

Grundsätzlich kann die Innenkolonisation als umfassender Projektkatalog verstanden werden, der versuchte, die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme der modernen Gesellschaften unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zu adressieren. Zum einen sollten die schwierigen Eigentums- und Lebensverhältnisse in der Landwirtschaft bekämpft werden und die Landwirtschaft mittels Bodenverbesserungen und Rationalisierungen modernisiert werden. Zum anderen sollte die Nahrungsmittelproduktion gesteigert werden, um eine grössere nationale Unabhängigkeit vom globalen Agrarmarkt zu erreichen. Mit diesen Zielen ging das utopische Ziel einher, eine dezentral organisierte Gesellschaft von räumlich integrierten kleinen Industrie- und Landwirtschaftssiedlungen zu schaffen. Dieses Ziel verfolgte in der Schweiz auch Hans Bernhard, der mit der Schaffung der SVIL bereits den Grundstein für eine Integration von Landwirtschaft und Industrie gelegt hatte. Basierend auf den sich entwickelnden Forderungen der Akteure, die in Kapitel 4 vorgestellt wurden, kam Bernhard zum Schluss, dass die Innenkolonisation als flächendeckende Massnahme für die Schweiz die drängendsten Probleme lösen könnte. Im Folgenden soll es nun um diese geplante Innenkolonisation in der Schweiz gehen.

6 Innenkolonisation in der Schweiz

Auch in der Schweiz sollte die Diskussion der Innenkolonisation, insbesondere unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, eine prominente Rolle spielen. Im Unterschied zur deutschen Inneren Kolonisation spielte aber die Aufteilung von Grossgrundbesitz in der Schweiz keine wesentliche Rolle, denn die schweizerische Landwirtschaft war von kleineren und mittleren Betrieben, oftmals Familienbetrieben, geprägt.[1082]

In der Schweiz herrschte also hinsichtlich der agrarischen Besitzverhältnisse eine Situation, wie sie in Deutschland durch die Innere Kolonisation geschaffen werden sollte.[1083] Ebensowenig spielte die Konsolidierung von Staatsgrenzen eine wesentliche Rolle. Der aktuelle Verlauf der Schweizer Grenzen geht auf den Wiener Kongress 1815 – also noch vor der Gründung des eigentlichen Schweizerischen Nationalstaates 1848 – zurück. Seither mussten zwar immer wieder kleinste Korrekturen des Grenzverlaufs vorgenommen werden, diese konnten aber stets über Verordnungen und Verträge mit den Nachbarstaaten geregelt werden.[1084]

Als zentrales Motiv der Schweizer Innenkolonisation blieb der Versuch, mit kulturtechnischer Massnahmen die Siedlungspolitik nach der Krisenerfahrung im Ersten Weltkrieg so zu steuern, dass ein Ausgleich zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Räumen in der Schweiz herbeigeführt werden konnte. Damit sollte ein Ausgleich zwischen Nähr- und Konsumräumen geschaffen werden. Als wesentliche Grundlage dieses Vorhabens dienten die Flusskorrektionen des 19. Jahrhunderts und das damit eng verbundene Meliorationswesen, welches während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts den notwendigen Boden für eine Reform des Siedlungswesens bereitstellte.

6.1 Vorgeschichte der Innenkolonisation in der Schweiz vor 1914

6.1.1 Die grossen Flusskorrektionen im 19. Jahrhundert in der Schweiz

Das Meliorationswesen hatte im 19. Jahrhundert auch in der Schweiz einen deutlichen Bedeutungszuwachs erfahren: So kam es zunächst vor allem im Bereich des Hochwasserschutzes zu

---

1082 Die Durchschnittsgrösse landwirtschaftlicher Betriebe in der Schweiz per 1929 betrug 6,13 ha, was einer Klassierung als Klein-Mittelbäuerlicher Betrieb entspricht. Vgl. Baumgartner-Girardot 1981: 10. In Baden (AG) sollte 1920 eine Sozialisierung des Grossgrundbesitzes angestrebt werden. Eine genauere Untersuchung der Verhältnisse belegte allerdings, dass die grösseren Betriebe in Baden gut mit den Kleinbetrieben harmonierten und daher gar volkswirtschaftlich fördernd auf die Kleinbetriebe wirkten. Aus diesem Grund wurde dann einer Aufteilung der Grossbetriebe in Baden (AG) abgesehen. Vgl. NZZ 5.8.1920:1

1083 Vgl. Bernhard 1920a: 21; Schweizerisches Bauernsekretariat 1919: 114.

1084 Vgl. Leimgruber 2017.

einem Umdenken.[1085] Während zuvor meist lokale Massnahmen getroffen worden waren, um Hab und Gut vor Hochwassern und Überschwemmungen zu schützen, setzte zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein überregionaler Wasserbau ein, der auch den zunehmenden Landhunger der wachsenden Bevölkerung befriedigen sollte.[1086] Mit Ufersicherungen, Kanälen und Hochwasserdämmen in den Talgebieten wurden die Voraussetzungen für Bodenverbesserungen geschaffen.[1087] Aus Sumpfland konnte nun Kulturland gemacht werden. Mithilfe von Flusskanalisierungen und grossflächigen Entsumpfungen versuchten die Akteure des Meliorationswesens, die Natur in geordnete Bahnen zu lenken und dadurch Boden für die landwirtschaftliche Produktion, den Ausbau des Verkehrsnetzes und die Besiedlung zu erschliessen.[1088]

So wurde beispielsweise zwischen 1807 und 1823 an der Linth das erste nationale Werk der Gewässerkorrektion durchgeführt. Der Historiker Daniel Speich wies 2003 darauf hin, dass die wasserbaulichen Massnahmen an der Linth sowohl als Verbesserungen der Landschaft als auch als Verbesserungen für die Gesellschaft verstanden wurden; als «ein technisches und politisches Projekt in einem»[1089]. Durch die Begradigung des Flusses, die entsprechenden Hochwasserschutzmassnahmen und die geometrische Anordnung der Kulturlandschaft wurden die Grundlagen für die technisch-industrielle Modernisierung der Region geschaffen, wozu es eines staatlich koordinierten Handelns bedurfte. Entlang der Ufer konnten sich im Lauf der Jahre Siedlungs-, Verkehrs- und Industrieinfrastrukturen entwickeln, durch die sich auch politische und soziale Veränderungen vollzogen.[1090]

Doch nicht nur in langfristiger Perspektive zeichneten sich die erwünschten Einflüsse der Flusskorrektur auf die Gesellschaft ab. In ökonomischer und medizinischer Hinsicht – vor allem durch das Zurückdrängen von Malariaerkrankungen, welche im Sumpfgebiet besonders häufig waren – konnte das Leben der Anrainer merklich verbessert werden. Der Planer und Vordenker der Linth-Korrektion, Hans Conrad Escher, orientierte sich neben den technischen Belangen stark an aufklärerischen Idealen und zog aus dem «Glauben an die Möglichkeit einer vernunftbestimmten Existenz»[1091] die Motivation zu gemeinnützigem Handeln. Gemäss Escher verfügte das

---

1085 Besonders in den ersten Jahrzehnten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten viele verheerende Überschwemmungen auf, gegen die man sich in der Folgezeit zu schützen versuchte, und so erlebte der überregionale Hochwasserschutz eine wesentliche Beschleunigung. Vgl. Brugger 1979: 69. Dass auch die Flusskorrektionen nicht den gewünschten Schutz vor Hochwassern nach sich zogen, sondern dass stets noch weitere Hochwasserschutzmassnahmen nötig waren, zeigt Salvisberg in ihrer mikrogeschichtlichen Untersuchung des Hochwasserschutzes an der Gürbe im Kanton Bern. Vgl. Salvisberg 2017.

1086 Vgl. Salvisberg 2017: 115.

1087 Vgl. Brugger 1979: 77.

1088 Vgl. Salvisberg 2017: 115-116.

1089 Speich 2003: 13.

1090 Vgl. Salvisberg 2017: 121; Speich 2003: 317.

1091 Speich 2003: 146.

Meliorationswesen nicht nur über technisch-ökonomische, sondern durchaus auch über moralisch-ideelle Komponenten.[1092]

Diese erste grosse Flusskorrektion sollte künftig als Vorlage für weitere wasserbauliche Interventionen in der Schweiz dienen.[1093] So erfolgten in den Jahren 1817–1866 die Wasserbauwerke am Rhein, 1860–1887 die erste Rhonekorrektion und 1868–1891 die erste Juragewässerkorrektion.[1094] Besondere letztere gilt als grösste Flusskorrektion in der Schweizer Geschichte.[1095] Die Juragewässerkorrektion umfasste insbesondere die Kanalisierung und Vertiefung der Wassserläufe zwischen dem Bieler-, Neuenburger- und Murten-See im Seeland. Durch diese Massnahmen konnten die Seepegel rund zweieinhalb Meter gesenkt werden. Flankierend wurden in den Ebenen ein engmaschiges Netz von Entwässerungskänalen erstellt, was eine Entsumpfung der Böden ermöglichte.[1096] Damit wurde erstmals die Gewinnung neuer Kulturfläche durch grossräumige Flusskorrektionen und die Verbauung von Drainagesystemen zur Entwässerung in den Vordergrund gestellt.[1097] So konnte das sogenannte «Grosse Moos» im Seeland dank dieser kulturtechnischen Massnahmen zur wichtigsten Gemüseanbau Region der Schweiz werden.

6.1.2 Das schweizerische Meliorationswesen um 1900

Neben den Flusskorrektionen des 19. Jahrhunderts erlebte aber auch das punktuelle Meliorationswesen eine Modernisierungsphase. Insbesondere das oben erwähnte Drainagewesen revolutionierte das Meliorationswesen auch in der Schweiz.[1098] Während es auf einer praktischen Ebene vor allem kantonale landwirtschaftliche Vereine gewesen waren, welche Initiativen zur Einführung der Drainage ergriffen, waren es auf einer agrarisch-intellektuellen Ebene besonders Pioniere der Kulturtechnik, wie beispielsweise der deutsche Agronom Fritz Rödiger[1099], der sich für den Einsatz von Drainageröhren in der Schweiz starkmachte und 1884 gar die Einführung eines kulturtechnischen Dienstes auf Bundesebene forderte.[1100] Adolf Kraemer, Agrarwissenschaftler und

---

1092 Vgl. Speich 2003: 141; Summermatter 2012: 133.
1093 Vgl. Summermatter 2012: 87-91.
1094 Vgl. Nast 2006; Vischer 2005.
1095 Vgl. Vischer 2005: 105.
1096 Vgl. Salvisberg 2017: 126.
1097 Vgl. Summermatter 2012: 127.
1098 Eine Übersicht über verschiedene Drainageunternehmen in der Schweiz findet sich bei Brugger 1979: 77-78.
1099 Friedrich"Fritz" Rödiger (1824-1909) hatte an der Landwirtschaftlichen Akademie und staatswissenschaftlichen Fakultät in Jena 1843-1845 Agronomie studiert. Als überzeugter Liberaler musste er nach der gescheiterten Revolution 1848 aus Deutschland fliehen, da ihm in Sachsen eine mehrjährige Gefängnisstrafe drohte. 1851 floh Rödiger in Schweiz und liess sich 1856 in Muri AG nieder, bevor er 1864 einen eigenen Hof in Bellach (SO) erwarb. Rödiger war Mitbegründer des «Vereins Schweizerischer Landwirte» sowie des «Alpwirtschaftlichen Vereins». Er war zudem Gründer und Redaktor der Schweizerischen Bauernzeitung und übernahm beratende Funktionen bei Meliorationsfragen und Quellerschliessungen. Rödiger war eine wichtige treibende Kraft in landwirtschaftlichen Vereinigungen in der Schweiz um 1900. Vgl. AfA-Datenbank; Brugger 1979: 395; Erzinger 1858; Graf 2014.
1100 Vgl. AfA-Personendatenbank; Brugger 1979: 79.

Professor an der ETH Zürich, unterstütze Rödigers Forderung und machte sich seinerseits stark für die Schaffung eines eidgenössischen Büros für Kulturtechnik.[1101] Die Stelle für einen Abteilungssekretär für Bodenverbesserungen innerhalb der Abteilung für Landwirtschaft im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement wurde allerdings erst 1913 geschaffen. Im Jahr 1916 trat der Abteilungssekretär aufgrund einer Erkrankung zurück und wegen der kriegsbedingten Inanspruchnahme des Personals blieb die Stelle bis 1918 unbesetzt.[1102] 1918 trat Alfred Strüby als Abteilungssekretär für Bodenverbesserungen in den Dienst. Der gelernte Kulturingenieur und Grundbuchgeometer sollte das Meliorationswesen in der Schweiz bis nach dem Zweiten Weltkrieg massgeblich mitbestimmen. Strüby hatte überdies eine Ausbildung genossen, welche den gestiegenen Anforderungen im Meliorationswesen gerecht zu werden versuchte. So wurden an der ETH Zürich seit 1886 Kurse für die Ausbildung von Kulturtechnikern angeboten und 1889 in der Abteilung für Landwirtschaft an der ETH Zürich eine eigene Schule für Kulturingenieure gegründet.[1103]

Die oben beschriebene internationale Professionalisierungs– und Institutionalisierungswelle erfasste um 1900 auch das schweizerische Meliorationswesen.

Bodenverbesserungswesen und Förderung der Landwirtschaft

Insbesondere für die Förderung der Landwirtschaft – die sich seit der Überangebotskrise in den 1870er-Jahren in einem Modernisierungs- und Rationalisierungsprozess befunden hatte – schien das Bodenverbesserungswesen attraktive Instrumente bereitzustellen.

Eine nationale Regelung zur Zusammenführung des Bodenverbesserungswesens und der Verbesserung der Landwirtschaft wurde in der Schweiz erstmals 1884 vorgesehen. Mit dem Bundesbeschluss vom 27. Juni 1884 betreffend die Förderung der Landwirtschaft wurde anschliessend die finanzielle Unterstützung von Bodenverbesserungen durch den Bund ermöglicht.[1104] Dabei wurde in vorangehenden Diskussionen beschlossen, dass bei einer staatlichen Förderung der Landwirtschaft nicht direkt die Landwirte in den Genuss finanzieller Unterstützungen kommen sollten, dass aber Subventionen zum Zweck der Förderung der Landwirtschaft dem Meliorationswesen zu Gute kommen sollten.[1105] «Die Beiträge sollen keine Almosen sein», hielt das Landwirtschaftsdepartement fest.[1106] Meliorationen sollten vor allem dort unterstützt werden, wo eine rentable Verbesserung des Bodens erzielt werden konnte und somit eine Amortisierung der Kosten

1101 Vgl. Auderset, Burkhard, Moser 2018: 188.
1102 Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement Abteilung für Landwirtschaft 1925: 9.
1103 Vgl. Auderset, Burkhard, Moser 2018: 189
1104 Vgl. Art. 7 des Bundesbeschlusses 1884: 428; Brugger 1978: 84.
1105 Vgl. Botschaft des Bundesrathes 1883: 882-883.
1106 Schweizerisches Landwirtschafts-Department 1914: 5.

möglich wurde.[1107] Entsprechend der Logik «Hilfe zur Selbsthilfe» versuchte der Bundesrat, die Landwirtschaft über strukturelle Reformen zu fördern. Neben dem Meliorationswesen sollten das «landwirtschaftliche Unterrichtswesen»[1108] sowie die Versuchsanstalten und die Tierzucht gefördert, «Massnahmen gegen Schäden, welche die landwirthschaftliche Produktion bedrohen»[1109] getroffen sowie «landwirthschaftliche Vereine und Genossenschaften»[1110] unterstützt werden.

Da die Bundessubventionen an eine entsprechende Leistung der Kantone, Korporationen und Gemeinden gebunden waren, wurden in den Kantonen, welche noch keine Regelungen bezüglich des Meliorationswesens geschaffen hatten, in den Jahren 1885-1907 rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen.[1111] Im Bundesgesetz zur Förderung der Landwirtschaft wurde verabschiedet, dass sich der Bundesrat mit maximal 50% der Kosten an Meliorationsunternehmungen beteiligen konnte. Normalerweise war aber eine Bundesbeteiligung von 30-40 Prozent der Kosten bei gleicher Beteiligung durch die betroffenen Kantone vorgesehen. Die jeweilige Gemeinde oder Korporation hatte die Restkosten zu tragen.[1112]

In den ersten Jahren nach 1885 waren noch relativ wenige Gesuche um Meliorationsbeiträge eingegangen. In der Zeit von 1885-1891 konstatierte der Bundesrat, dass die für das Meliorationswesen vorgesehenen Kredite von jährlich 100'000 Franken nicht ausgeschöpft worden waren.[1113] Die Subventionsbereitschaft der Behörden liess im Meliorationswesen die Zahl der Projekteingaben und -realisierungen aber bald nach oben schnellen.

Ferner hatte die Qualität der Gesuche um Meliorationssubventionen mit der vermehrten Beschäftigung von professionellen Kulturtechnikern nach 1912 einen merklichen Aufschwung genommen, während die Gesuche zuvor qualitativ noch oftmals zu «wünschen übrigliessen»[1114]. 1895 hatten nur zwei Kantone Kulturingenieure beamtet gehabt, 1914 waren es schon dreizehn.[1115]

Auch in dieser personellen Veränderung in den kantonalen Verwaltungen zeigt sich der Einfluss der Professionalisierungsbestrebungen im Meliorationswesen.

Besonders im Bereich des Bodenverbesserungswesens zeigte sich eine gegenseitige Beeinflussung von landwirtschaftlichen Vereinen, staatlichen Behörden und agrarischen Experten, welche in einem intermediären Prozess zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Meliorationswesen professiona-

---

1107 Vgl. Schweizerisches Landwirtschafts-Department 1914: 6.
1108 Bundesbeschluss 1884: 425.
1109 Bundesbeschluss 1884: 426.
1110 Bundesbeschluss 1884: 429.
1111 Vgl. Brugger 1979: 84.
1112 Vgl. Art 9b des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund vom 22.12.1893.
1113 Vgl. Schweizerisches Landwirtschafts-Departement 1914: 5-6.
1114 Schweizerisches Landwirtschafts-Departement 1914: 11.
1115 Vgl. Schweizerisches Landwirtschafts-Departement 1914: 11.

lisierten, institutionalisierten und gleichzeitig auch reformierten. Diese Entwicklung war sowohl in der Schweiz, als auch in anderen Staaten Zentral- und Westeuropas zu beobachten.

Güterzusammenlegungen als Weiterentwicklung des Meliorationswesens in der Schweiz

Das Meliorationswesen war aber nicht nur in administrativer, sondern auch in inhaltlicher Hinsicht einer starken Dynamik unterworfen. So hatte der Professor für Kulturtechnik und Vermessungswesen der ETH Zürich – Caspar Zwicky[1116] – bereits 1891 darauf hingewiesen, dass die geplanten Agrarmodernisierungen der Landwirtschaft keinen nennenswerten Nutzen bringen würden, wenn die Bodenverbesserungen nicht auch Feldbereinigungen und die Anlage von Feldwegen ins Auge fassen würden.[1117]

So klagten Landwirte klagten, dass weit auseinanderliegende und zerstreute Güter kaum rentieren würden. Entsprechend rückten Massnahmen, welche eine rationellere Bearbeitung der Felder erlaubten (Güterzusammenlegungen und die Anlage von Flurwegen) neben Entwässerungsmassnahmen vermehrt in den Fokus von Kulturtechnikern.[1118]

Vor dem Ersten Weltkrieg waren die Parzellen aber oftmals zerstückelt und bisweilen schwer zugänglich, weil entsprechende Flurwege fehlten. (siehe Abbildung 8) Doch insbesondere durch das Aufkommen der Mechanisierung und Motorisierung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse war eine maschinell nutzbare Feldeinteilung ein entscheidender Faktor. Denn wenn Parzellen, nicht direkt von einem Zugangsweg betreten werden, sondern nur über ein Nachbarfeld erreicht werden konnten, oder wenn sich die Parzellen unförmig und zerstückelt präsentierten, war an eine maschinelle Bearbeitung des Bodens nicht zu denken.[1119]

Die Zugänglichkeit der Grundstücke war im 19. Jahrhundert in dieser Situation stark erschwert und so musste die Bewirtschaftung einer Parzelle stets mit den benachbarten Eigentümern abgesprochen werden. Es war ein vielfaches Hin- und Herfahren zwischen Hof und Parzellen nötig. Eine Bearbeitung mit maschineller Hilfe war vielfach unmöglich.[1120]

Um diesem Missstand zu begegnen, sollten nun rechteckige Grundstücke geschaffen werden, welche durch ein zusammenhängendes Wegnetz miteinander verbunden waren und eine direkte Verbindung zwischen Dorf und Feld gestatteten.[1121] Die Zersplitterung der Felder (siehe Abbildung 8) sollte zugunsten einer rationellen Anordnung der Parzellen aufgehoben und so eine Erleichterung der Bewirtschaftung ermöglicht werden. (siehe Abbildung 9)

1116 Caspar Zwicky (1863-1935) war ein Schweizer Kulturingenieur, welcher das Meliorationswesen in der Schweiz um 1900 stark mitprägte. Vgl. AfA-Personendatenbank; Hürlimann 2012.

1117 Vgl, Zwicky 1891.

1118 Vgl. Lutz 1909: 29; Schweizerische Geometer-Zeitung, 15.10.1917: 264-271.

1119 Zur Mechanisierung und Motorisierung in der Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert vgl. Auderset, Moser 2016: 145-164.

1120 Vgl. Girsberger 1910: 9.

1121 Vgl. Girsberger 1910: 8-9.

Idealerweise sollten rechteckige Grundstücke von 50-60 Aren geschaffen werden.[1122] Die Güterzusammenlegung sollte den lokalen topografischen Voraussetzungen angepasst werden. Eine hügelige Landschaft erschwerte beispielsweise die Anlage eines zusammenhängenden Strassen- und Wegnetzes, als alternative Transportmöglichkeit bot sich beispielsweise der Einsatz von Seilbahnen an.[1123]

Bei den Güterzusammenlegungen spielten insbesondere die landwirtschaftlichen Bedürfnisse nach einer Verbesserung der Bodenbewirtschaftungsbedingungen eine wesentliche Rolle. Im Kreisschreiben des Bundesrates zur Förderung der Güterzusammenlegung von 1918 wird beispielsweise von der Situation in der Gemeinde Münster im Oberwallis berichtet: Die 314 ha Kulturland bestanden aus 6400 Parzellen, welche sich auf 141 Grundeigentümer verteilten. Dabei gebe es Einwohner, die annähernd 200 Grundstücke besässen. Eine solche Parzellenanordnung verhindert die rationelle Bewirtschaftung des Bodens.[1124]

1122 Vgl. Girsberger 1910: 15.
1123 Vgl. Girsberger 1910: 16.
1124 Vgl. Kreisschreiben des Bundesrates vom 23.03.1918: 144.

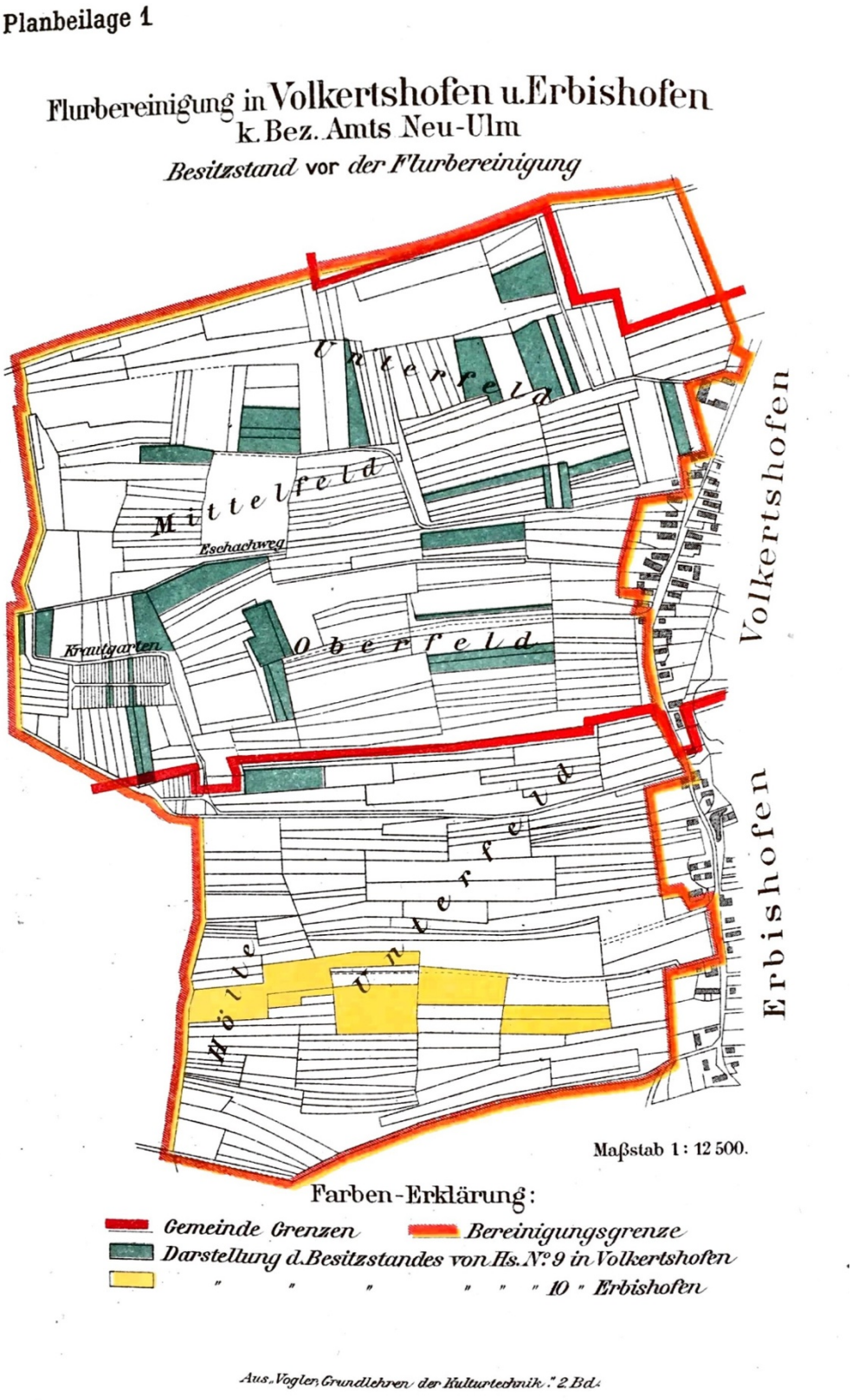


Abbildung 8: Deutschland als Vorbild für die Schweiz: Der Kulturingenieur Johann Girsberger nennt die Güterzusammenlegung in Neu-Ulm als leuchtendes Beispiel. Hier: Flurbereinigung in Volkertshofen u. Erbishofen k. Bez. Amts Neu-Ulm. Besitzstand vor der Flurbereinigung. In: Girsberger 1910: Planbeilage 1.

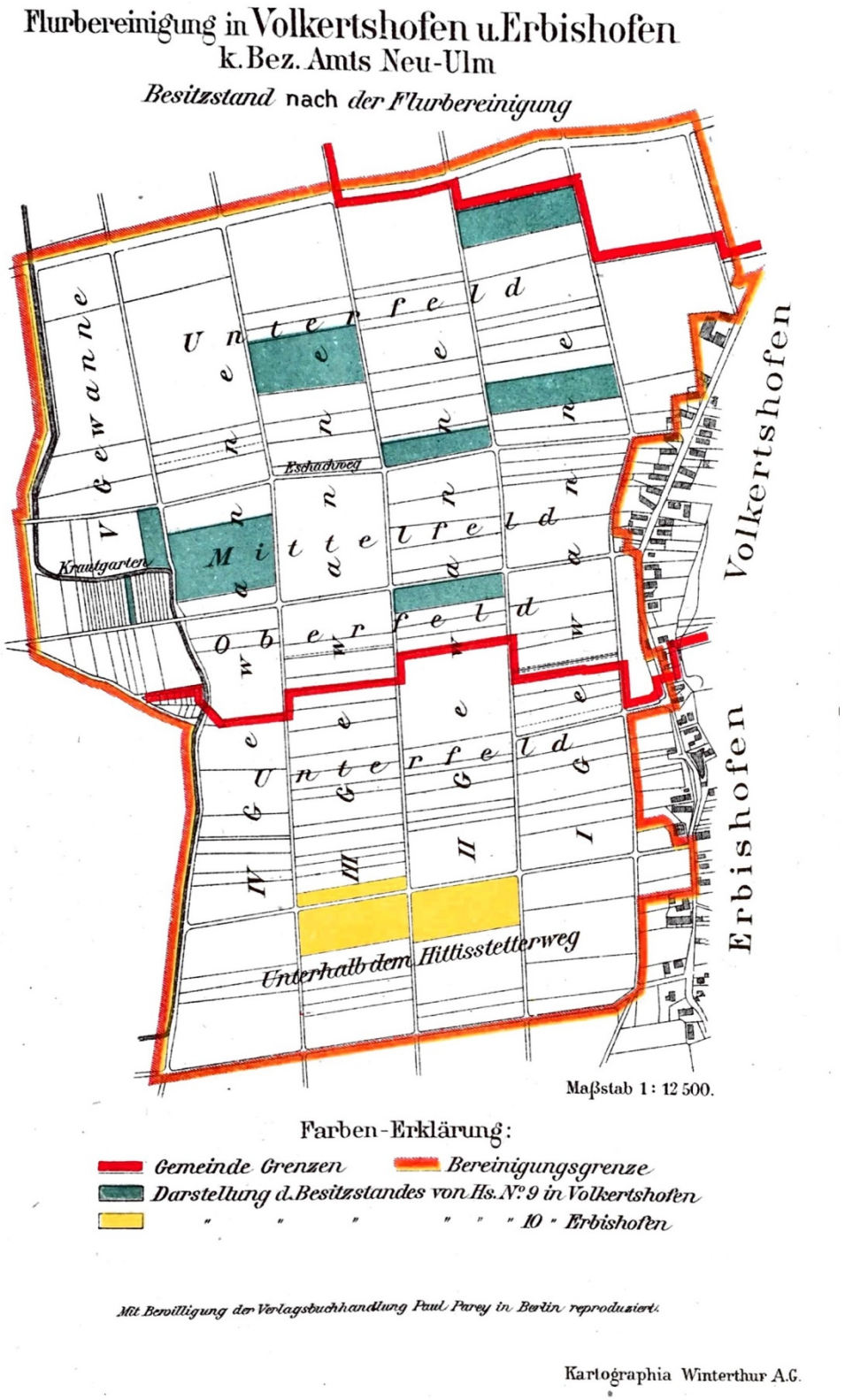


Abbildung 9: Flurbereinigung in Volkertshofen u. Erbishofen k. Bez. Amts Neu-Ulm. Besitzstand nach der Flurbereinigung. In: Girsberger 1910: Planbeilage 1.

Die Güterzusammenlegung ermöglicht eine örtliche Bündelung der Parzellen, so dass bei der Bearbeitung des Bodens erheblich Zeit gewonnen werden kann. Die rechtwinklige Anordnung der Felder, direkt an Flurwegen liegend, ermöglicht eine maschinelle Bearbeitung ohne benachbarte Felder passieren zu müssen. Zudem werden Grenzlängen vermindert und dadurch die brachliegenden Grenzfurchen minimiert. Ferner erlaubt eine rationelle Parzellenanordnung Einsparungen bei Saatgut und Dünger.[1125]

Die Güterzusammenlegung wurde aber nicht nur aufgrund der Rationalisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft gefordert, sie hatte auch rechtliche Gründe. Das «Schweizerische Zivilgesetzbuch» (ZGB), das 1912 in Kraft getreten war, sah Grundbucheintragungen vor, wozu entsprechende Vermessungen vorzunehmen waren.[1126] Die zerstückelten Feldeinteilungen erschwerten und verteuerten diese Aufgabe stark, sodass der Bundesrat per 23. März 1918 beschloss, dass die entsprechenden Grundbucheintragungen erst nach erfolgten Güterzusammenlegungen vorzunehmen seien.[1127]

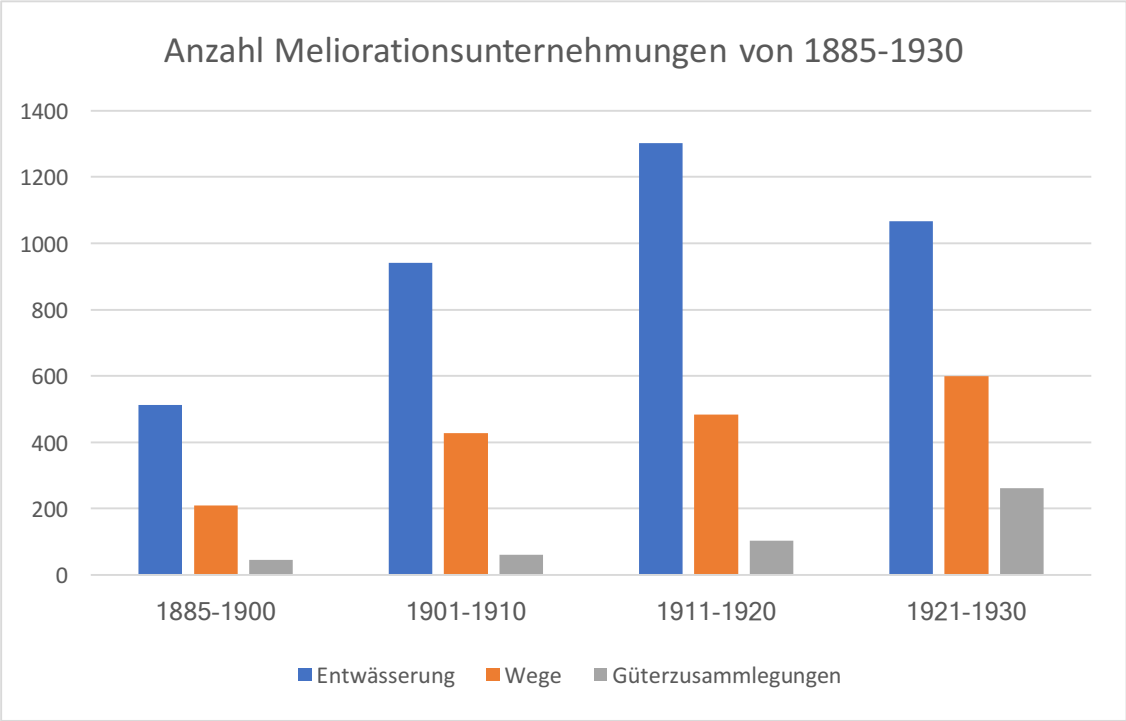
Die Einführung des ZGB und die damit verbundenen Grundbuchvermessungen haben ab 1912 zu einer erheblichen Steigerung der Bundessubventionen für Güterzusammenlegungen und somit auch zu deren vermehrten Realisierung beigetragen. Im entsprechenden Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantone wurde sechs Jahre später gar festgehalten: «Die Grundbuchvermessung soll als Mittel zum Zweck die Güterzusammenlegung im ganzen Lande heben und fördern.»[1128] Denn der Bundesrat hatte ebenfalls erkannt, dass die Zerstückelung des Grundeigentums von grossem Nachteil für die Landwirtschaft war und dass die erst schleppend vorankommenden Güterzusammenlegungen einer Beschleunigung bedurften.[1129] Mit diesen rechtlichen Rahmenbedingungen sollten auch die Zweifel renitenter Landwirte ausgeräumt werden, welche Massnahmen der Güterzusammenlegung zunächst ablehnend gegenüberstanden, aus Angst daraus quantitative und qualitative Bodenverluste erleiden zu müssen. Im Hinblick auf eine grössere Akzeptanz von Güterzusammenlegungen plädierte Hans Bernhard 1920 schliesslich auch dafür, Güterzusammenlegungen und Siedlungskorrekturen besser zu koordinieren: «Denn ein zusammengelegter Grundbesitz kann sich praktisch vorteilhaft erst dann auswirken, wenn die Wirtschaftsbasis zum Grund und Boden in ein richtiges Verhältnis gebracht wird.»[1130]

Eine Beschleunigung der Güterzusammenlegungen wurde einerseits durch die hier beschriebenen Massnahmen zur Grundbuchvermessung bewusst herbeigeführt, aber auch die Erfahrung mit der

---

1125 Vgl. Girsberger 1910: 26.
1126 Zum Einführungsprozess des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) vgl. Schnyder 2014.
1127 Vgl. Kreisschreiben des Bundesrates vom 23.03.1918: 148; Strüby 1937: 3.
1128 Kreisschreiben des Bundesrates vom 23.03.1918: 148.
1129 Vgl. Kreisschreiben des Bundesrates 23.03.1918: 144.
1130 Bernhard 1920a: 12.

Mangelsituation während des Kriegs, die entsprechenden Notweisungen des Bundes in den letzten beiden Kriegsjahren und die kriegsbedingte Konjunktur in der Landwirtschaft trugen dazu bei, dass Güterzusammenlegungen ab 1918 vermehrt realisiert wurden.



Grafik 5: Anzahl Meliorationsunternehmungen in der Schweiz von 1885-1930. Quellenbasis für eigene Darstellung aus: Strüby 1937: 5-6.

Ergänzend zu den klassischen wasserbautechnischen Massnahmen wie Drainagen wurden nach dem Ersten Weltkrieg vermehrt Güterzusammenlegungen, Feldwege und Feldstrassen realisiert, welche eine rationellere Nutzung des vorhandenen Bodens ermöglichten.[1131] (Siehe Grafik 5)
Die Entwicklung des Meliorationswesens in der Schweiz zeigt eine intermediäre Entwicklung «von unten *und* oben»[1132] auf, wie es gemäss Dirk van Laak bei Infrastrukturentwicklungen oftmals zu beobachten ist.[1133] Waren es zuerst Pioniere im Feld der modernen Kulturtechnik – wie beispielsweise Fritz Rödiger – welche für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Bodenverbesserungswesen plädierten, so zogen bald auch Ausbildungsstätten wie die ETH Zürich und schliesslich auch die Behörden nach und förderten nebeneinander die Entwicklung im Meliorationswesen. Während die landwirtschaftliche Basis den Rationalisierungsprozessen gegenüber bisweilen kritisch eingestellt war, waren es insbesondere agrarische Eliten, staatliche Behörden, Wis-

1131 Vgl. Strüby 1937: 5-6.
1132 Osterkamp 2016: 182. [Hervorhebung aus Original entnommen]
1133 Vgl. van Laak 2001: 387.

senschaftler und Experten, welche versuchten, die Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft zu verbessern und zu modernisieren. Es ist jedenfalls evident, dass zwischen 1880-1930 eine wesentliche Annäherung zwischen (agrar)wissenschaftlichen Experten, Behörden, Reformern und Planern stattgefunden hat, die gemeinsam darauf zielten, mit szientistischen Methoden die Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft zu reformieren.

Die Ausdehnung der technischen Massnahmen vom Boden in den Raum und die damit einhergehende Planung führte unter den Planern auch immer stärker dazu, sich bei den Entwürfen nicht nur auf die landwirtschaftlichen Grundlagen zu fokussieren, sondern auch soziale und wirtschaftliche Faktoren in die Planung einzubeziehen. Entsprechend dem Motto des schweizerischen Pioniers für überregionalen Wasserbau, Conrad Escher, wirkte der «Glaube an die Möglichkeit einer vernunftbestimmten Existenz»[1134] im Meliorationswesen bis in das frühe 20. Jahrhundert nach und so sollte das Meliorationswesen in Verbindung mit dem Siedlungswesen zu einem exemplarischen Beispiel für das Social Engineering»[1135] in Europa um die Jahrhundertwende werden und insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg zur Blüte gelangen.

6.1.3 Die Strafkolonie Witzwil als frühes Beispiel der Innenkolonisation in der Schweiz

Das Meliorationswesen in der Schweiz sollte im ausgehenden 19. Jahrhundert verschiedene neue landwirtschaftliche Flächen hervorbringen. Die bis heute bedeutendste dieser neu geschaffenen Flächen finden sich im Berner Seeland. Die Meliorationsarbeiten im sogenannten «Grossen Moos» sind mit der Etablierung der Strafkolonie Witzwil verknüpft.

Das grosse Moos im schweizerischen Seeland konnte dank kulturtechnischen Massnahmen zu einer wichtigen Gemüseanbauregion der Schweiz werden. Allerdings musste die für die Urbarmachung des grossen Mooses vorgesehene landwirtschaftliche Gesellschaft von Witzwil bereits 1879 Konkurs anmelden.[1136] Daraufhin kamen die Meliorationsarbeiten vorerst ins Stocken.

Um eine Teilverlegung der Strafanstalt der Stadt Bern zu realisieren, kaufte der Kanton Bern 1891 die der weiteren Melioration harrenden Ländereien im Grossen Moos, um auf diesem Gebiet künftig mithilfe von Strafgefangenen den Boden landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Dadurch sollte sich das Grosse Moos auch schneller zu einem wichtigen Gemüseanbaugebiet entwickeln.

1134 Speich 2003: 146.
1135 Vgl. Etzemüller 2009: 11-39.
1136 Vgl. Kellerhals 1904: 6.

1891 wurde der ausgebildete Landwirt Johann Otto Kellerhals[1137] zum Leiter der Strafkolonie Witzwil bestimmt.[1138] Kellerhals verfügte über eine rasche Auffassungsgabe und zwar sowohl in der Moorkultivierung als auch im Strafvollzug. Er nutzte unter anderem die internationalen Expertennetzwerke, indem er 1898 eine Bodenprobe aus dem Grossen Moos an die Moor-Versuchsstation in Bremen zur Untersuchung sandte.[1139] Auf deren Resultaten aufbauend entwickelte Kellerhals dann die landwirtschaftliche Arbeitsstrategie für die Domäne Witzwil.

Kellerhals' hervorragendes landwirtschaftliches Management, sein Reformwille im Strafvollzug sowie die sich bald abzeichnenden Erfolge in der Domäne Witzwil überzeugten die verantwortlichen Behörden, sodass Kellerhals 1895 zum Direktor der nun offiziellen Strafanstalt Witzwil ernannte wurde.

Die intensivierte Forschung in der Moorkultivierung traf um die Jahrhundertwende auf Reformtendenzen im Strafvollzug. Beide Aspekte studierte Kellerhals wissbegierig, was ihn zu einer internationalen Pionierfigur im landwirtschaftlichen Strafvollzug werden liess und Witzwil bald den Ruf eines Musterbetriebs einbrachte, an dem sich auch internationale Strafvollzugsakteure orientierten.[1140]

Die neuen Ideen im Strafvollzug sahen vor, verurteilte Sträflinge nicht länger ausschliesslich in Zellengefängnissen unterzubringen und in gefängniseigenen Handwerksbetrieben arbeiten zu lassen, vielmehr sei durch Arbeit im Kollektiv und in der freien Natur eine Resozialisierung herbeizuführen. Dazu bot die Strafkolonie-Idee die bestmöglichen Voraussetzungen.[1141] Kellerhals nahm diese Denkweise auf und versuchte, diese in Witzwil mit den Techniken der Moorkultivierung zu verknüpfen.

Witzwil sollte gemäss der Überzeugung von Kellerhals die Menschen nicht durch Abschreckung von Straftaten abhalten, sondern es könne durch «Belehrung und Güte»[1142], in Verbindung mit strenger Arbeit eine nachhaltige Besserung der straffällig Gewordenen erzielt werden. Insbesondere der Müssiggang sei oft Hauptursache dafür, dass Menschen überhaupt straffällig werden würden, so Kellerhals.[1143] Daher sei es angezeigt, die Straffälligen durch Arbeit und gleichzeitige Aus- bzw. Weiterbildung in die Gesellschaft zurückführen zu können, zu resozialisieren. Kellerhals plädiert für einen abgestuften Resozialisierungsprozess, der, beginnend mit einer strengen

---

1137 Johann Otto Kellerhals (1870-1945) war Landwirt und der erste Leiter der Strafanstalt Witzwil, die er zu einem international anerkannten Pionierbetrieb in Sachen Strafvollzug und Gutsbetrieb gestaltete. Vgl. AfA-Personendatenbank.

1138 Thut 2009: 196.

1139 Vgl. Kellerhals 1904: 8-9.

1140 Zur internationalen Rezeption der Strafanstalt Witzwil vgl. Stucki 2016.

1141 Der britische Gefängnisinspektor Arthur Griffiths war ein Befürworter von Strafkolonien innerhalb der eigenen Landesgrenzen und verwies in seinen Studien auf die volkswirtschaftlich und erzieherisch positiven Effekte, welche durch die Arbeit in Strafkolonien erzielt werden könnten. Vgl. Griffiths 1896: 676-687.

1142 Kellerhals 1904: 25.

1143 Vgl. Kellerhals 1896: 33.

Kontrolle, den Sträflingen bei guter Führung immer mehr Freiheiten einräumt, bis sie befähigt seien, sich aus eigener Initiative wieder in die Gesellschaft zu integrieren.[1144] Problematisch seien vor allem Fälle, welche nur eine kurze Haftstrafe abzusitzen hätten, da die Zeit kaum ausreiche, um die Sträflinge in einem Handwerk auszubilden. Die Folge davon sei, so Kellerhals:

> « […], dass diese Leute bei Arbeitsentlassungen und flauem Geschäftsgang immer am schlechtesten wegkommen, und es dauert gewöhnlich nicht lange, so verstärken sie die industrielle Reservearmee und geraten in eine Umgebung, die eher geeignet ist, sie zum Rückfalle zu veranlassen, statt davon abzuhalten. Auch diejenigen, welche ein Handwerk gut kennen und Arbeit genug hätten, halten sich meistens in Städten und industriellen Ortschaften auf, wo die Versuchung immer sehr gross ist.»[1145]

Um die Versuchungen der Städte zu umgehen und gleichzeitig das Arbeitskräfteproblem in der Landwirtschaft zu lösen sowie die industriellen und handwerklichen Betriebe nicht zu konkurrieren, schlug Kellerhals vor, «so viele Sträflinge als möglich mit Landarbeit zu beschäftigen, um sie diesem Arbeitszweig zu erhalten»[1146].
Kellerhals glaubte, mit dem landwirtschaftlichen Strafvollzug ein Instrument gefunden zu haben, das einerseits einen nachhaltig wirkenden Strafvollzug realisieren und gleichzeitig dabei helfen konnte, die Landflucht zu bremsen und so das demografische Missverhältnis zwischen Stadt und Land zu nivellieren. Kellerhals wies darauf hin, dass ihm viele Sträflinge bereits gesagt hätten:

> «Wenn ich nur hier auf einem kleinen Gute mit meiner Familie arbeiten könnte und nicht in meine frühern (sic!) Verhältnisse zurück müsste, wo die Versuchung immer grösser ist als mein Wille, ich glaube, ich wäre gerettet.»[1147]

Ob diese Aussagen tatsächlich von Gefangenen getätigt wurden, sei hier dahingestellt. Kellerhals nutzte sie jedenfalls argumentativ, um die Ansiedlungen ehemaliger Gefangener und passender Landwirte auf kleinen Gütern im Grossen Moos zu fordern.[1148] Die Durchmischung von ehemaligen Straftätern mit Bauern sollte ein gutes Arbeitsklima schaffen, welches erstere zu «energischer Thätigkeit»[1149] anspornen sollte.

1144 Vgl. Kellerhals 1896: 44-45.
1145 Kellerhals 1896: 34.
1146 Kellerhals 1896: 34.
1147 Kellerhals 1896: 46.
1148 Vgl. Kellerhals 1896: 46-47.
1149 Kellerhals 1896: 47-48.

> «Es wäre die schönste Krönung unserer Gefängnisreform, wenn es möglich wäre, einer Anzahl von Sträflingen, die sich durch ihr Verhalten ausgezeichnet haben, die Möglichkeit der Gründung einer gesicherten selbstständigen Existenz zu bieten.»[1150]

Der Staat, so Kellerhals, müsse für diese Zukunftsvision Familien eine günstige Pacht ermöglichen, während die Meliorationsarbeiten von der Strafanstalt Witzwil erstellt werden könnten.[1151] Er votierte für die Ansiedlung kleiner Landwirtschaftsbetriebe mit dem Ziel, eine soziale Umgebung zu schaffen, welche das Risiko einer erneuten Straffälligkeit der ehemaligen Gefangenen minimieren und gleichzeitig der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuweisen sollte.

Auch in der landwirtschaftlichen Entwicklung der Domäne Witzwil schwebte Kellerhals ein abgestufter Entwicklungsprozess vor: In einer ersten Periode sollte die Urbarisierung des Landes realisiert werden und primär Weide und Grasland mit etwas Ackerbau geschaffen werden. In einer zweiten Periode sollte eine Ausdehnung des Hackfruchtanbaus und der Viehhaltung stattfinden sowie eine eigene Verwertungsgrundlage geschaffen werden. Mithilfe einer Schnapsbrennerei und einer Molkerei sollte der Domäne die Veredelung ihrer Produkte ermöglicht werden. In einer dritten Phase sollten schliesslich der Gemüsebau und die Garten- und Beerenkultur ausgeweitet werden, da für diese im Grossen Moos die besten Voraussetzungen geboten seien. Ferner seien eine ausgedehnte Spargelanlage und Anlagen für die Konservierung der Erzeugnisse aus dem Gemüse- und Gartenbau zu errichten. Um eine möglichst gute Düngung zu realisieren, sollte auch städtische Abfallstoffe in der Domäne verwertet werden.[1152]

Das Ziel, Reformen im Strafvollzug mit einer Rationalisierung der Landwirtschaft zu kombinieren, machte Kellerhals zu einem Pionier der Innenkolonisation in der Schweiz (auch wenn er selbst diesen Begriff erst verwendete, nachdem dieser von Hans Bernhard die schweizerische Diskussion eingebracht worden war).[1153] Kellerhals zeichnete sich durch eine ganzheitliche Sicht der Probleme aus und verstand es, moderne agrarwissenschaftliche Erkenntnisse in Verbindung mit der Reformierung des Straffvollzugs in die Tat umzusetzen. Das Projekt der Sträflingskolonie Witzwil kann als geglücktes Experiment betrachtet werden, dessen Ausgang 1891 bei Kellerhals' Stellenantritt noch keineswegs gewiss war. Kellerhals machte die Strafkolonie Witzwil zu einem internationalen Musterbetrieb für den offenen Strafvollzug und zeigte dabei, wie die Urbarisierung des Grossen Mooses anzugehen war. Dank Kellerhals' umsichtiger Anwendung von Ent- und Bewässerungen und der Kolmatierung der Bodenschichten konnte aus dem torfhaltigen Boden im Berner Seeland die Schweizer Gemüsekammer entstehen, welche noch heute Bestand hat.

1150 Kellerhals 1896: 48.
1151 Vgl. Kellerhals 1896: 47.
1152 Vgl. Kellerhals 1904: 30.
1153 Kellerhals verwendet den Begriff der Innenkolonisation erstmals in seiner Schrift «Strafanstalt in Witzwil. Ein Beispiel von Innenkolonisation durch die Arbeit von Gefangenen und Arbeitslosen.» Vgl. Kellerhals 1925.

Otto Kellerhals und seine beiden Söhne Hans und Otto gehörten zudem zu jenen Vertretern einer agrarpolitischen Gruppe, welche in der Ausdehnung und Ausweitung des inländischen Anbaus eine wichtige Ernährungsgrundlage für die Entwicklung der Industriegesellschaft ausmachten und sich daher stets für Erhalt und Ausweitung der inländischen landwirtschaftlichen Produktion stark machten.[1154]

6.2 Die Vision von einer schweizerischen Innenkolonisation

Hans Bernhard, der sich bereits im letzten Kriegsjahr 1918 mit der Gründung der SVIL[1155] einen Namen gemacht hatte, war eine Pionierfigur. Er wollte das Meliorationswesen als erster in der Schweiz mit langfristigen und umfassenden Nutzungsplänen verbinden.

In der Ernährungskrise des Ersten Weltkriegs hatte sich die Verletzlichkeit der Schweiz als kleiner Binnenstaat, der sich bei seiner Lebensmittelversorgung hauptsächlich auf einen funktionierenden internationalen Handel verlassen hatte, offenbart. Das plötzliche Umstellen von der Pflege des Handelsverkehrs zur Fokussierung auf den inländischen Anbau im Jahr 1917, wies für die Akteure den Weg, wie die zukünftige Nahrungsmittelsicherheit der Schweiz gestaltet werden musste. Dabei sollte aber kein autarkes Versorgungssystem angestrebt werden, sondern vielmehr der internationale Handel durch eine in ihrer Produktion diversifizierte und modernisierte Landwirtschaft ergänzt werden. Die Fokussierung auf milch- und viehwirtschaftliche Produktion sollte nach dem Krieg durch eine langfristige (Wieder)Aufnahme des vegetabilen Anbaus diversifiziert werden. Ferner sollte das praktische Wissen um landwirtschaftliche Anbautechniken auch in der Industriebevölkerung wieder eine breitere Verankerung finden.

Diese ernährungspolitischen Überlegungen sollten mit einem geplanten Siedlungswesen verbunden werden. Auf neu erschlossenem Land sollten nicht nur Siedlungen für die Berufslandwirtschaft, sondern auch Siedlungen für Industriearbeiter entstehen. Letztere sollten so die Möglichkeit erhalten, durch eine landwirtschaftliche Nebenbetätigung eine partielle Selbstversorgung zu realisieren und so gleichzeitig ihr landwirtschaftliches Wissen zu vertiefen.

Ferner sollte durch eine flächendeckende, dezentrale Siedlungsanordnung das Entstehen von industriellen Ballungszentren verhindert und ein Ausgleich zwischen Nähr- und Wohnraum angestrebt werden. Hans Bernhard war überzeugt, durch eine strukturelle Neugestaltung der räumlichen Verhältnisse zwischen Stadt und Land eine krisenresistentere Gesellschaft schaffen zu können.

1154 Vgl. Thut 2009: 198.

1155 Siehe Kapitel 4.3.

Aus diesem Grund beabsichtigte Bernhard unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine Verbindung des Meliorations- mit dem Siedlungswesen herbeizuführen. Das im Juli 1918 lancierte Projekt der industriellen Landwirtschaft beabsichtigte, durch die Industrie noch nicht erschlossene Ödländer[1156] durch kulturtechnische Massnahmen der landwirtschaftlichen Kultivierung zuzuführen. Es war drei Monate vor Kriegende als Notmassnahme zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ins Leben gerufen worden.[1157] Mit Kriegsende sollte das Projekt der industriellen Landwirtschaft durch ein geplantes Siedlungswesen für die ganze Schweiz ergänzt werden. In der Sitzung der Hauptversammlung der SVIL am 14. Februar 1919 wurden die entsprechenden Änderungen der Statuten sowie des Namens der Organisation vom Vorstand empfohlen und von der Hauptversammlung bestätigt. Aus der «Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft», war die «Schweizerische Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation»[1158] geworden.[1159]

In diesem Sinn erhielt das Projekt der industriellen Landwirtschaft unter der Leitung von Hans Bernhard nach Kriegsende eine erweiterte Agenda: «Der Nahrungsmittelbeschaffung», welcher die Aufmerksamkeit in den letzten beiden Jahren des Kriegs gegolten hatte, «[…] stellt sich eine zweite Aufgabe zur Seite, welche Jahre und Jahrzehnte zu ihrer Lösung bedarf; […] die Siedlung»[1160].

In diesem erweiterten Projekt, das Bernhard nun als «Innenkolonisation»[1161] umschrieb, sollte eine langfristige Gestaltung des schweizerischen Nähr- und Wohnraums realisiert werden. Oder mit Bernhards Worten:

> «Was wollen denn die all die erwähnten Vorkehrungen? Doch einfach das, einer grösseren Anzahl Menschen in unserem Lande Nähr- und Wohnraum zu schaffen, und in besserer Weise, als er bis anhin vorhanden war.»[1162]

Die Ernährungskrise hatte nach Bernhard eine Fehlentwicklung offenbart, die sich bereits vor dem Krieg abgezeichnet hatte und durch diesen zwar nicht verursacht, aber zugespitzt wurde. So habe der Krieg gelehrt,

---

1156 Besonders in den «ausgedehnten Sumpf- und Streulandareale[n] an den Ufern der Mittellandflüsse, im sanktgallischen Rheintal, an der Thur, der Linth, der Glatt, der Reuss, der Aare, der Orbe, der Rhone, des Tessins» fehle noch «die Entwässerung im kleinen, die Bewirtschaftung und Besiedlung». Bernhard 1920a: 8.

1157 Bernhard 1919a: 3.

1158 Die Abkürzung des Namens blieb sich trotz der Anpassung gleich. Es wurde in den Quellen weiterhin von der SVIL gesprochen, weshalb dies auch hier so gehandhabt wird.

1159 Vgl. Protokoll der Hauptversammlung der SVIL vom 14.02.1919. Archiv für Agrargeschichte [AfA]. Nr. 106.11.

1160 Bernhard 1919a: 3.

1161 Bernhard 1919a.

1162 Bernhard 1919a: 2.

> «[…] dass es ein Fehler war, wenn in den letzten Jahrzehnten der heimische Nährfruchtbau den Einflüssen des Weltmarktes preisgegeben, der Vereinseitigung unserer Bodenkultur zur Viehzucht nicht gewehrt wurde. Er brachte die Erkenntnis, dass ein Land, wenn es Versorgungsnöten nicht ausgesetzt sein will, gut daran tut, die Zahl der Nahrungsschaffenden und der Nahrungszehrenden in einem gewissen Einklang zu behalten, der Übersättigung mit Industrie vorzubeugen.»[1163].

In diesen Zeilen Bernhards bündeln sich die zentralen Punkte der Motivation der Innenkolonisation, die als Projekt nach dem Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde, um die hier angesprochenen Missverhältnisse zu beheben.
Im Folgenden sollen die wichtigsten Topoi von Hans Bernhard bezüglich der Innenkolonisation vorgestellt werden.

6.2.1 Wesentliche Topoi im Projekt der Innenkolonisation nach 1918

Mit der Innenkolonisation wurde eine weitere Massnahme diskutiert, die sich in den Bereich des fundamentalen Lernens im Nachgang zu der Ernährungskrise 1918 einordnen lässt. Die Innenkolonisation zielte, wie bereits erwähnt, darauf ab, die Behebung sozialer Missstände mit einer Reform der Landwirtschaft zu verknüpfen und so zentrale Aspekte der Sozialen und der Agrarfrage komplementär anzugehen. Noch umfassender als die (in Kapitel 4) vorgestellten Massnahmen zielte die Innenkolonisation darauf ab, eine neue Ordnungsgrundlage für die Gesellschaft zu schaffen, indem sie die landwirtschaftliche und die industrielle Produktion ineinander integrierte. So gesehen kann das Projekt als der umfassendste Massnahmenkatalog bezeichnet werden, der zur langfristigen Lösung der Ernährungskrise im 20. Jahrhundert angedacht wurde.
Das Projekt «Innenkolonisation» zeichnete sich durch einen ganzheitlichen Zugang zum Problem aus. Indem Bernhard versuchte, möglichst alle betroffenen Bereiche in eine Bedürfnisanalyse einzubeziehen und anschliessend Lösungsansätze zu generieren, welche mit den neusten Erkenntnissen in Forschung und Technik übereinstimmten, entstand ein experimenteller Raum, in dem Ansätze des Siedlungs-, Raumplanungs- Landwirtschafts-, Bau-, Sozial- und Meliorationswesens zusammengedacht wurden.
Als Grundlage der Innenkolonisation diente das Meliorationswesen, das den künftigen Projekten nicht nur metaphorisch den Boden bereitete.

1163 Bernhard 1919a: 1.

Nachnutzungen von Bodenverbesserungen planen

Bernhard kritisierte am bisherigen Meliorationswesen, dass den meisten Bemühungen um Bodenverbesserungen die langfristige Perspektive gefehlt habe. Zudem sei die Fruchtbarmachung des Bodens vor dem Ersten Weltkrieg vielerorts unterlassen worden. Stattdessen habe man bereits mit neuen Kanalisationswerken begonnen, bevor am ersten Ort die Einzelentwässerung durch Drainagen vorgenommen und anschliessend die landwirtschaftlichen Urbarmachungen realisiert worden seien.[1164]

Nachdem das Meliorationswesen zu Beginn des Kriegs stark zurückgegangen war, habe dieses im Zusammenhang mit der Ernährungskrise 1917/1918 einen neuen Höhepunkt erfahren und die Hochkonjunktur der Landwirtschaft während des Kriegs habe manchen Landwirt dazu veranlasst, «mit der Verbesserung seines Bodens Ernst zu machen»[1165]. Allerdings harrten viele Ödländer nach wie vor der kulturellen Erschliessung. Hier gelte es, nun einzuspringen und beispielsweise die grossen Sumpfgebiete der Magadinoebene im Tessin oder das Walliser Rhonetal konsequenten Bodenverbesserungen zuzuführen. Ferner seien aber auch in kleineren Flachmooren Entwässerungen zu realisieren mit dem Ziel, all die neu gewonnenen Bodenflächen in Zukunft wirtschaftlich nutzen zu können. Zudem sei zu bedenken, dass es mit der allgemeinen Förderung der Bodenkultur allein nicht getan sei. Für den Kulturtechniker sei zwar die Verbesserungsmassnahme mit erfolgter Urbarisierung erledigt, nicht aber für die Siedlungspolitik, so Bernhard.[1166]

Entsprechend forderte Bernhard langfristige Nutzungspläne, welche den meliorierten Böden eine spätere Funktion zuweisen und gleichzeitig ordnend auf die Gestaltung der Gesellschaft wirken sollte. Bernhard ermahnte in seiner programmatischen Schrift «Die Innenkolonisation der Schweiz»[1167] die Leser, dass «[d]ie Innenkolonisation unseres Landes eine langfristige Aufgabe»[1168] sei, die einer Planungen bedürfe, welche diese langfristige Perspektive mitdenke. Erst dann liesse sich eine strukturelle Korrektur und Neuordnung der Verhältnisse durch die Innenkolonisation realisieren.

In der Phase der agrarpolitischen Neuorientierung während und unmittelbar nach dem Höhepunkt der Ernährungskrise bot sich die Gelegenheit, das vorherrschende Missverhältnis zu korrigieren. Die Abhängigkeit gegenüber dem Ausland sollte abgeschwächt und die landeseigene Produktion diversifiziert und gestärkt werden. Dabei erachtete Bernhard das Projekt Innenkolonisation als anpassbar an die jeweilige agrarwirtschaftliche Entwicklung. Denn auf der Erfahrung der Krise lasse sich nun «[e]in grosszügiges, den zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Ver-

1164 Vgl. Bernhard 1919a: 13.
1165 Bernhard 1919a: 14.
1166 Vgl. Bernhard 1919a: 14-16.
1167 Bernhard 1919a.
1168 Bernhard 1919a: 2.

hältnissen sich anpassendes Gebäude schweizerischer Innenkolonisation […] aufbauen»[1169], so Bernhard. Es spiele dabei keine Rolle, ob man sich in Zukunft entscheiden werde, wieder vermehrt für den globalen Markt zu produzieren, denn dann würde die Innenkolonisation ihr Augenmerkt auf die Erstellung von Arbeitersiedlungen lenken. Oder sollte man sich dazu entscheiden, dass die schweizerische Landwirtschaft künftig vermehrt für den Binnenmarkt produzieren solle, dann würde sich die Innenkolonisation auf die Vermehrung der landwirtschaftlichen Siedlungen konzentrieren. In beiden Fällen könne die Innenkolonisation ihren Beitrag leisten, so Bernhard.[1170]

Das moderne Bodenverbesserungswesen war aber eine wichtige Grundlage für die Realisierung der Innenkolonisation und stand daher im Zentrum der Anstrengungen der SVIL. Das Credo der industriellen Landwirtschaft, dass die Berufslandwirtschaft nicht im Streit um Boden konkurriert werden sollte, wurde auch während des Projekts Innenkolonisation als Grundsatz weiterverfolgt.

Siedeln statt bauen

Es war das Ziel Bernhards, dass jede Bevölkerungsgruppe einen ihren Bedürfnissen entsprechenden Platz auf dem Schweizer Boden einnehmen könne, weshalb das Siedlungswesen eine wesentliche Säule der Innenkolonisation war. Die demografische Entwicklung, die eng im Zusammenhang mit dem Industrialisierungsprozess im 19. Jahrhundert stand, hatte die Städte anwachsen und die ländliche Bevölkerung schweizweit zurückgehen lassen. Mangel an Wohnungen und mangelhafter Wohnungsbau waren die Folgen dieser Entwicklung. Während des Kriegs befeuerten die stetig zunehmende Teuerung und die mangelnden Wohnmöglichkeiten erneut die Kritik an einer mangelhaften bzw. nicht existenten Stadtplanung. Bereits vor dem Krieg hatten viele Akteure ihrem Unmut über die Entwicklung der Städte als «überindustrialiserte» Zentren Luft gemacht.[1171]

Mit Massnahmen, wie der Begrünung der Städte oder dem gemeinnützigen Wohnungsbau, der sich vielerorts bereits vor dem Ersten Weltkrieg formiert hatte, wurde versucht, diese mangelhafte Entwicklung aufzuhalten und eine umfassendere Stadtplanung zu begünstigen. Insbesondere die Gartenstadt-Idee, welche agrarische und industrielle Funktionen zu integrieren versuchte, erlebte noch vor dem Ersten Weltkrieg eine Blütezeit. Während des Kriegs wichen dann die wohlgeplanten Gartenstadt-Ideen der Not der Zeit. Entsprechend chaotisch wurden die sogenannten Pflanzplätze in den Städten geschaffen, um die partielle Selbstversorgung von Stadtbewohner zu erhöhen. Im Raum Zürich war es vor allem der Pfarrer Paul Pflüger gewesen, welcher

1169 Bernhard 1919a: 3.
1170 Vgl. Bernhard 1919a: 31-32.
1171 Siehe Kapitel 2.1.

bereits nach 1900 für eine Ausweitung städtischer Grünflächen votiert hatte und dann im Krieg den Verein für Familiengärten präsidierte.[1172]

Hans Bernhard als Fürsprecher der Innenkolonisation ging mit Pflüger einig, dass das «gedankenlose Aneinanderreihen von Wohnstätten»[1173] in den Städten ein Hauptgrund für die desolate Situation von 1917/1918 gewesen sei. Aus der Fehlentwicklung des industriellen Städtebaus resultiere ein Missverhältnis zwischen den landwirtschaftlich produktiven Kräften des Landes und den mehrheitlich nicht-landwirtschaftlichen Konsumenten von Nahrungsmitteln. Der planlose Ausbau der Städte, das Wuchern von industriellen Arbeiterwohnungen ohne Zugang zu «Licht und Luft»[1174] und Gartenarbeit im Freien, war aber nicht nur für Hans Bernhard und Paul Pflüger ein unhaltbarer Zustand.[1175] So engagierte sich in Bern etwa der Polizeiarzt Dr. Friederich Wilhelm Ost bereits in den 1890er-Jahren für verbesserte Wohnbedingungen und gründete 1911 die «Gemeinnützige Baugenossenschaft der Stadt Bern» mit dem Ziel, insbesondere im schattigen und engbebauten Mattequartier Wohnungen der Spekulation zu entziehen, zu sanieren und zu einem angemessenen Mietpreis wieder zur Verfügung zu stellen. Durch die Sanierungsmassnahmen sollte zudem gesünderer Lebensraum geschaffen werden, da insbesondere in der Berner Matte gesundheitsschädigende Wohnbedingungen vorherrschten.

Im Gegensatz zu anderen Kritikern der Stadtentwicklung, wie etwa Gonzague de Reynold, welche grundsätzlich die Modernisierung und das Leben in modernen Städten ablehnten und aus diesem Grund für eine Reagrarisierung der Gesellschaft eintraten, ging es Bernhard und Pflüger aber nicht darum, das Rad der Zeit zurückzudrehen.[1176] Ihr Ansatz war weniger ideologisch geprägt, als vielmehr von einer pragmatischen Sichtweise getrieben. Den Akteuren der Innenkolonisation ging es darum, die Entwicklung der Industrialisierung mit dem agrarischen Sektor zu verknüpfen und für einen künftigen Ausgleich zwischen beiden Sektoren zu sorgen, ohne den einen oder anderen negieren zu wollen.[1177]

Dieser Ausgleich sollte durch eine entsprechende Planung im Siedlungsbau in Verbindung mit dem Meliorationswesen realisiert werden. Einen solchen Plan zum Siedlungsbau hatte Bernhard vor 1919 vermisst: «Man baute lediglich und siedelte nicht»[1178], so Bernhards Kritik am Bauver-

---

1172 Siehe Kapitel 4.2.

1173 Bernhard 1919a: 1.

1174 Vgl. Kehrli 2011.

1175 Vgl. Ost 1897; Kehrli 2011.

1176 Vgl. Bernhard 1919b: 3. Zur ablehnenden Haltung Gonzague de Reynold gegenüber der Industrialisierung vgl. Mattioli 1996: 114-120.

1177 Siehe Kapitel 4.2.4. Im Unterschied zur Haltung von Paul Pflüger, der für eine Enteignung der extensiv arbeitenden Berufslandwirtschaft in Stadtnähe votierte, nahm Hans Bernhard eine komplementäre Sichtweise ein und beabsichtigte, der Stadtbevölkerung auf neu erschlossenem Boden entsprechende Siedlungsmöglichkeiten zu schaffen, ohne die Berufslandwirtschaft um Boden zu konkurrieren.

1178 Bernhard 1919a: 11.

halten vergangener Jahrzehnte. Die Bevölkerungsmassen wurden nach dem Zufallsprinzip und aufgrund von Einzelinitiativen angesiedelt, ohne die späteren Verhältnisse zu bedenken.[1179]
Bernhard wollte gerade in dieser Hinsicht Abhilfe schaffen. Einen wohlgeplanten Siedlungsbau erachtete er als Grundlage, um auch die Ernährungssicherheit der Bevölkerung sicherstellen zu können.

> «Nun die Friedenszeit in naher Aussicht steht, lassen sich beide Aufgaben, die, auf die Dauer voneinander losgelöst, verkümmern müssten, verknüpfen.»[1180]

Da nun nicht mehr die Nahrungsmittelbeschaffung als drängendster Punkt gelöst werden musste, konnte man über die strukturellen Bedingungen einer resilienteren gesellschaftlichen Ordnung nachdenken. Bernhard erachtete die Innenkolonisation als Mittel, um eine solche Reform der Gesellschaftsordnung herbeizuführen, indem er seine Lösungsansätze aus den Bereichen der Distributionsverbesserungen, den Möglichkeiten zur partiellen Selbstversorgung und dem Ausgleich von landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit realisieren wollte.[1181] Bernhards Ideal war eine landwirtschaftlich-industriell eng verflochtene Siedlungsstruktur, in welcher Familien in Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnten, genügend Umschwung zur partiellen Selbstversorgung besassen und gleichzeitig an ein modernes Verkehrsnetz angebunden waren, dass ihnen erlaubte, einer Arbeit in der Industrie nachgehen zu können.
Anhand einer Untersuchung zu den «Agrar- und Siedlungs-Problemen von Grosswinterthur»[1182] stellte Bernhard seine Vision einer industriellen Stadt vor: In einem ersten Schritt sollte ein entsprechendes Kataster für mögliche Meliorations- und spätere Siedlungsprojekte erstellt werden. Nach der Aufnahme möglicher Meliorationsgebiete sollte eine räumliche Zuteilung für die künftige Nutzung erfolgen. Dabei sollten stadtnahe Gebiete in erster Linie für das städtisch-industrielle Siedlungswesen reserviert und stadtfernere Gebiete für künftige landwirtschaftliche Siedlungen vorgesehen werden. Dabei sei ferner darauf zu achten, dass mögliche Siedlungen in Stadtnähe bestmöglich an bestehenden Verkehrsnetzen zu liegen kämen.
Durch einen solch gezielten und wohlgeplanten Siedlungsbau, so Bernhard, lasse sich die Anhäufung von Wohn- ohne Nährraum in industriellen Zentren vermeiden.

1179 Bernhard 1919a: 10.
1180 Bernhard 1919a: 3.
1181 Die verschiedenen Akteure und Ideen zur Reformation der Agro-Food-Chains in der Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs sind in Kapitel 4 dargestellt worden.
1182 Bernhard 1919b.

Balance zwischen Nahrungszehrenden und Nahrungsschaffenden

Das Denken der Akteure der Innenkolonisation – insbesondere von Hans Bernhard – war geprägt durch die Wahrnehmung einer scheinbaren Überindustrialisierung. Die Schweiz entwickle sich rasant zu einem Industriestaat, ohne dabei die Grundlagen für die Versorgung der Industriebevölkerung zu reflektieren, so die Kritik vonseiten der Experten für Innenkolonisation: «In verhältnismässig kurzer Zeit ist die Schweiz aus einem Agrarland ein Industriestaat geworden.»[1183] Im Jahr 1918 bestand gemäss Bernhard in der Schweiz ein noch krasseres Missverhältnis zwischen Konsumenten und landwirtschaftlichen Produzenten, als in England, dem Mutterland der Industrialisierung.[1184]

Gerade der Krieg habe in dieser Hinsicht viel gelehrt.[1185] Das Missverhältnis von nahrungszehrenden und nahrungsschaffenden Teilen der Bevölkerung habe sich offenbart, und nun sei das dringende Ziel, dieses Missverhältnis wieder in einen Ausgleich zu bringen.[1186]

Der Agronom und Volkswirt Walter Pauli[1187] wies zudem darauf hin, dass «jede einseitige Wirtschaft […] gewisse Nachteile»[1188] habe. Wo aber «Landwirtschaft, Industrie und Handel gemischt» auftreten, würden sie durch ihre «verschiedenartig gerichteten Kräfte eine harmonische Gesamtwirkung» entfalten.[1189] Pauli verglich die Volkswirtschaft mit einem Baum, bei dem «die Krone die Industrie, das Gewerbe und den Handel darstellen» und «der Stamm und die Wurzeln bilden die Grundlage des Baumes», welche Pauli in der Landwirtschaft ausmachte. [1190]

Dieses organische Bild einer Volkswirtschaft, die sich erst durch ein ineinandergreifendes Ganzes zur vollen Blüte entwickeln kann, trifft genau die Sichtweise von Hans Bernhard. Dieser war der Überzeugung, dass unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg die Zeit reif war für eine Kurskorrektur, um das Ungleichgewicht, dass sich zu Gunsten der Industrie und zu Ungunsten der Landwirtschaft entwickelt habe, ausgleichen zu können.

Die Krisen während des Kriegs seien zudem von Folgen des industriellen Fortschritts flankiert worden und hätten zu einer ungleichen Verteilung der Arbeitskräfte in Stadt und Land geführt: Während die Städte in den vergangenen Jahrzehnten ein rasantes Bevölkerungswachstum erlebt hätten, sähen sich die ländlichen Räume mit einer eigentlichen «Entvölkerung»[1191] konfrontiert.

1183 Bernhard 1919a: 8.
1184 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1918: 4; NZZ 12.06.1918.
1185 Vgl. Bernhard 1919a: 1.
1186 Bernhard 1919a: 11-12.
1187 Walter Pauli (1887-1959) studierte Agronomie an der ETH Zürich, unter anderem bei Ernst Laur, und promovierte an der Universität Zürich im Bereich der Volkswirtschaft mit einer vergleichenden Arbeit von industriellen und landwirtschaftlichen Produktionskosten. 1928 wurde Pauli Professor für Statistik und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bern und Chef des Statistischen Amtes des Kantons Bern. Vgl. AfA Personendatenbank.
1188 Pauli 1921: 5.
1189 Pauli 1921: 5.
1190 Pauli 1921: 5.
1191 Bernhard 1920a: 25.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Ausgleich zwischen der Nahrungsmittelproduktion und deren Konsumation, wie sie Bernhard vorschwebte, nicht nur durch eine personelle Rückführung der Städter in ländliche Siedlungen erfolgen sollte, sondern auch durch gezielte Rationalisierungsmassnahmen in der Landwirtschaft. So gehörte die «Hebung der Mechanisierung der Landwirtschaft»[1192] ebenso zum Programm der Innenkolonisation wie die «Förderung der Rückwanderung von der Stadt aufs Land»[1193]. Beide Anliegen erachtete er als entscheidend, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können.

Es ist wichtig, sich dabei Bernhards Grundüberzeugung zu vergegenwärtigen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sollte nicht alleinige Aufgabe der Berufslandwirtschaft sein. Wenn er also von der Förderung der Rückwanderung von der Stadt aufs Land sprach, beabsichtigte er dabei nicht primär eine Vergrösserung des berufslandwirtschaftlichen Arbeitskräftereservoirs, sondern möchte, dass auch die industrielle Produktion sich entsprechend dezentralisieren liesse, um die Industriearbeiterschaft an der Produktion von Nahrungsmitteln partizipieren zu lassen. Das Votum Bernhard Jäggis, «aus dem Konsumenten einen Produzenten zu machen» sowie der Traum Kropotkins, einen Ausgleich zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit zu finden, sind wesentliche Bestandteile des Projektes Innenkolonisation nach Hans Bernhard.

Dezentralisierung und Balance zwischen den urbanen und ruralen Räumen

Die Vermählung von industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit sollte sich aus einem geplanten dezentralen Siedlungswesen heraus entwickeln. Die Idee der Nutzung moderner Verkehrstechnik, um die ruralen und urbanen Räume zu verbinden, lässt sich auch beim englischen Gartenstadt-Pionier Ebenezer Howard[1194] und dem russischen Anarchisten Peter Kropotkin[1195] beobachten. Beide votierten für eine Dezentralisierung der industriellen Bevölkerung und für die Verbindung ländlicher und städtischer Räume. Wie bereits erwähnt, sollte dabei auch eine Vermählung von industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit auf individueller Ebene erzielt und so dem Arbeiter das Wissen und die Praxis des Nahrungsmittelanbaus vermittelt werden.

Bernhard adaptierte diese Denkweise und machte sie zu einem wesentlichen Eckpunkt der Idee der Innenkolonisation:

> «Die bittere Notwendigkeit der Dezentralisation in der Besiedelung haben die Erfahrungen der Kriegszeit vollends dargetan. In Zeiten ungehemmter Zufuhr mag die Versorgungstechnik noch

1192 Geschäftsbericht SVIL 1919: 2.
1193 Geschäftsbericht SVIL 1919: 2.
1194 Siehe Kapitel 2.1.4.
1195 Siehe Kapitel 4.6.2.

so gut organisiert sein, sie wird die Bevölkerung der grossen Orte nie befriedigen können. Wo Hundertausende von Menschen ohne eigene Beziehung zum Boden sich niederlassen, da wird die Nahrungsmittelversorgung schwer, so schwer, dass menschliches Können versagen muss. Dass man die Siedlung der Industriebevölkerung sich selbst überliess, nicht planmässig mit öffentlichen Massnahmen eingriff, nicht Heimstätten mit Eigenversorgung, sondern bloss Wohnstätten, schuf, ist meines Erachtens einer der grössten Fehler der bisherigen Wirtschaftspolitik.»[1196]

Im Unterschied zu den anarchistischen Vordenkern, welche auch eine Dezentralisierung des Siedlungswesens wünschten, macht sich Bernhard für eine Planung von oben stark, welche die Dezentralisierung steuern sollte. Kropotkin, Landauer und Hardegger beabsichtigen, mit der freien Aneignung von Boden und der spontanen Realisierung neuer Lebensformen Pioniersiedlungen mit Vorbildcharakter von unten zu schaffen, während Bernhard für eine gezielte Steuerung der Dezentralisation von oben eintrat. Hierin zeigt sich auch der wichtigste Unterschied zwischen den Siedlungsideen des konstruktiven Anarchismus und der Innenkolonisation nach Hans Bernhard, nämlich in der Bodenfrage.[1197]
Bernhard beabsichtigte, durch die Meliorationspacht ein niederschwelliges System zur Aneignung von Boden zu etablieren. Sogar eine Abwendung vom Eigentumsrecht erachtete Bernhard – sollte es denn im Sinne kulturtechnischer Massnahmen gefordert sein – als gerechtfertigt. Der Zugriff auf den Boden ist bei Bernhard aber dennoch deutlich mit dem Eigentumsrecht verknüpft. Die Vorstellung Kropotkins und Landauers nämlich, dass sich erst durch die Abschaffung aller Eigentumstitel freie Menschen in kollektiven landwirtschaftlichen Siedlungen entwickeln könnten, war Bernhard fremd, wenn er auch wesentliche Aspekte der Dezentralisierungsvorstellungen und der Harmonisierung von industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit mit den Anarchisten teilte. Die Harmonisierung sollte bei Bernhard durch eine gesamtgesellschaftliche Siedlungsplanung erfolgen und nicht durch eigenmächtige Aneignung des Bodens auf individueller Basis.

Mit der Dezentralisierung war zudem nicht nur ein Ausgleich der Arbeitsformen auf individueller Ebene verbunden, Bernhard erhoffte sich zugleich, die infrastrukturellen Bedingungen für die Verbesserung des Warenverkehrs zu schaffen. Der Anspruch von Augusta Gillabert-Randin[1198]

1196 Bernhard 1919a: 11-12.

1197 Siehe auch Kapitel 4.6.5.

1198 Bei Bernhard findet sich keine namentliche Erwähnung von Augusta Gillabert-Randin. Implizit ist aber ihre Vorstellung bei Bernhards Vorstellung eines Dezentralismus der Industriezentren durchaus integriert. Ferner sei darauf hinzuweisen, dass es eine Verbindung im Denken der Akteure der SVIL und Augusta Gillabert-Randin gab. So stellte doch Gustave Martinet, SVIL-Vorstandsmitglied und Redaktor der waadtländischen Zeitung «La Terre vaudoise», Gillabert-Randin eine Plattform für ihre Ideen zur Verfügung. Vgl. Moser, Gosteli 2005: 31. Allerdings nahm Bernhard die Forderungen Gillabert-Randins nach einer Besserstellung der Frauen in der Landwirtschaft nicht in seine Überlegungen auf, obschon gerade die Stärkung der Position der unverhei-

und den sozialdemokratischen Protestführerinnen, welche im Ersten Weltkrieg für direktere Marktbeziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten eintraten, wirkte in dieser Absicht nach. Bessere Verkehrswege, aber auch gegenseitige Kenntnisse der unterschiedlichen Arbeitswelten und Produktionsbedingungen in Landwirtschaft und Industrie sollten helfen, eine kulturelle Brücke über den Graben zu schlagen, der Stadt und Land unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg scharf voneinander getrennt hatte.

Die Ausschaltung des Zwischenhandels und die Schaffung dezentraler lokaler Marktplätze wurden von Bernhard zwar nicht explizit erwähnt, wären aber eine direkte Folge der Dezentralisierung in seinem Sinne gewesen. Die Absicht, Produzenten und Konsumenten einander näher zu bringen, zeigt sich nicht nur in seiner Überzeugung, dass die Industrie, die Probleme der Ernährungskrise mitversursacht hatte, und weshalb er sie für die Korrektur des Missstandes in die Verantwortung nahm, sondern auch darin, dass Hans Bernhard, SVIL und die SGG des VSK nach 1918 viele gemeinsame Meliorations- und Anbauprojekte realisierten.[1199]

Nahrungsmittelproduktion als «Sache des ganzen Volkes»

Die breite Bevölkerung sollte sich also an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligen, Konsumenten sollten zu Produzenten gemacht werden, so die Binnenkolonialisten. Als während des Ersten Weltkriegs versucht wurde, die inländische Produktion zu steigern, investierten die Behörden stark in die Bildung von landwirtschaftlichem Anbau. Gartenbautechnische Broschüren, aber auch Anleitungen für Landwirte zu Umstellung auf den Getreideanbau wurden gedruckt und unter die Leute gebracht. Bernhard fürchtete, dass dieses plötzlich erwachte Interesse an einer breiten Streuung des Wissens zur landwirtschaftlichen Produktion so schnell wieder verschwinden könnte, wie es aufgekommen war; nämlich genau dann, wenn der Leidensdruck der Krise nachliess. Daher war es ihm ein Anliegen, das Wissen um landwirtschaftlichen Anbau in der breiten Bevölkerung langfristig zu steigern. Dieser sollte nicht einzig der Berufslandwirtschaft überlassen werden, sondern vielmehr zu einer «Sache des ganzen Volkes»[1200] werden.[1201]

Leitend bei dieser Idee war eine Überzeugung, die Bernhard schon bei der Etablierung der industriellen Landwirtschaft umgetrieben hatte: Nämlich dass die Industrialisierung die Versorgungs- und Wohnprobleme mitverursacht hatte und sich die Industriebevölkerung deshalb an der Beseitigung der Versorgungsunsicherheit beteiligen sollte.[1202] Bernhards Vision von einer stabilen Versorgungspolitik war von einem Verursacherprinzip geleitet, so dass die Forderung, die land-

---

rateten Frauen innerhalb der Landwirtschaft einer Abwanderung junger Frauen in die Städte hätte entgegenwirken können.

1199 Siehe Kapitel 4.4.4.

1200 Bernhard 1919a: 32, Bernhard 1920a: 2; Moser 2000.

1201 Bernhard 1919a: 32.

1202 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1918: 4; NZZ 12.06.1918.

wirtschaftliche Produktion solle fortan eine «Sache des ganzen Volkes»[1203] sein, also als neu entwickeltes Gesellschaftsmodell zu verstehen war, welche das Verhältnis von Produktion, Konsum und Verteilung auf eine neue Grundlage zu stellen beabsichtigte.

Zudem forderte Bernhard auch einen Ausgleich bei der Arbeit auf der individuellen Ebene an sich ein. So sollte ein Arbeiter im industriellen Sektor teilweise in der Industrie und teilweise auf dem heimischen oder firmeneigenen Boden landwirtschaftliche Arbeit verrichten. So sollte jeder Arbeiter mit Wissen um landwirtschaftlichen Anbau in Kontakt kommen und damit seine Möglichkeiten zur individuellen Selbstversorgung in Krisenzeiten steigern. Es war Bernhards erklärtes Ziel, die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung wieder mit den Grundlagen der landwirtschaftlichen Arbeit und der landwirtschaftlichen Produktion vertraut zu machen. In erster Linie sollte durch diese partielle Selbstversorgung der Teuerungsdruck auf dem städtischen Lebensmittelmarkt gesenkt werden. Die Arbeit am Boden sollte überdies einen erzieherischen Effekt auf die Menschen haben. Diese Ansicht bringt Bernhard in die geistige Nähe von Paul Pflüger, welcher für die Anlage von Familiengärten plädierte.[1204] Die engere Bindung an den Boden ging bei Bernhard allerdings auch mit der Absicht einher, über die Stärkung des Grundbesitzes der Kleinbauern einer möglichen Stärkung der Sozialdemokratie auf dem Land entgegenwirken zu können.[1205]

Die Innenkolonisation als antisozialistische Massnahme

Die Bemühungen zur partiellen Selbstversorgung wurden von Historikern teilweise als Massnahme gegen die Sozialdemokratisierung des Landes verstanden. Renata Borer beispielsweise verweist in diesem Zusammenhang auf die antisozialistischen Bestrebungen der SVIL und Hans Bernhards.[1206] «Die Beschäftigung der Arbeiter in der Freizeit bot», gemäss Borer, «die Möglichkeit, die Organisationstendenz in der Arbeiterschaft, die während des 1. Weltkriegs unter dem sozialen Druck stark zugenommen hatte, einzudämmen»[1207]. Hinsichtlich der Einführung der 48-Stunden-Arbeitswoche befürchteten bürgerliche Kräfte nicht nur eine «vermehrte Wirtschaftshockerei und Strassenbummelei»[1208] der Arbeitenden, sondern auch eine vermehrte Organisationstätigkeit der sozialistischen Kräfte in den Städten.

Mit der Umsiedlung in ländliche Gegenden und der Beschäftigung der Arbeitenden auf Pflanzplätzen sollte diese Gefahr unterdrückt werden, so Borer. In den Schriften und mündlichen Äusserungen Bernhards finden sich in der Tat Hinweise darauf, dass «das Gefühl, Gemeinschaft

1203 Bernhard 1919a: 32, Bernhard 1920: 2; Moser 2000.
1204 Siehe Kapitel 4.2.
1205 Vgl. Piller 1937: 8.
1206 Borer 1984: 38-42.
1207 Borer 1984: 39.
1208 Borer 1984: 39.

mit dem ernährenden Boden zu haben, […] am ehesten die dem Arbeiterstande so sehr wohltuende Ruhe und innere Befriedigung»[1209] schaffen könne. Es ging Bernhard mit dem Einbezug der Arbeiterschaft in die landwirtschaftliche Produktion aber nicht nur darum, das Reservoir potentiell revolutionärer Ressourcen zu schwächen, sondern gernerell Arbeiter und Bauern beziehungsweise Stadt und Land zu harmonisieren und so die bestehenden Konfliktlinien auflösen zu können:

> «Die zielbewusste Siedlungspolitik soll ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, als wie es heute besteht, herbeiführen. Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass die Sorge des Arbeitgebers um den Arbeitnehmer mit der Geldentlöhnung nicht erschöpft ist. Es muss die Sorge um das Ernähren und das Wohnen hinzukommen.»[1210]

Durch die Siedlungsplanung sollte ein gemeinnütziges System geschaffen werden, das zum einen den Bedürfnissen der Arbeiterschaft nach gesichertem Wohnraum und ausreichender Nahrungsmittelversorgung gerecht werden und dadurch zum anderen die Konfliktbereitschaft innerhalb der Arbeiterschaft minimieren sollte.
Bernhard machte an verschiedenen Stellen seiner Schriften keinen Hehl daraus, dass er die dem Müssiggang sich hingebenden Stadtbewohner verachtete.

> «Alles wendet sich von den einsamen Farmen ab und den grossen Städten zu, tauscht ein mühsames, aber sicheres Fortkommen an ein vergnügungsreicheres, aber haltloses Dasein.»[1211]

Die Ursache für dieses für ihn lasterhafte Verhalten machte Bernhard aber in den Rahmenbedingungen des überindustrialisierten städtischen Lebens aus. Der Arbeiter, welcher in der Stadt noch dem «regelmässigen Beizengang» frönte, so Bernhard, werde auf dem Land ein «aufrechter Mann». Bernhards Denken wies also eine ideologische Komponente auf, welche das pragmatische zukunftsgerichtete Projekt einer umfassenden Landesplanung flankierte. Entsprechend sollte auch über eine tiefere Verwurzelung auf dem Land eine Schwächung der Sozialdemokratie erreicht werden. Generell erachtete Bernhard die Siedlungsplanung als Möglichkeit, um an einer «neuen, gesünderen sozialen Ordnung»[1212] zu arbeiten.

1209 Bernhard 1919d: 13.
1210 Bernhard 1919d: 27.
1211 Bernhard 1920a: 28.
1212 Bernhard 1920a: 37.

Der Verweis auf einen vermeintlichen Widerspruch im Denkens Bernhards ist insofern müssig, als dass Widersprüchlichkeiten seit jeher menschliches Denken und Handeln auszeichnen und insbesondere die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg von einer eigentümlich ambivalenten Grundhaltung vieler Menschen geprägt gewesen war. Bernhards Fortschritts-, Technik- und Planungsoptimismus einerseits und seine gleichzeitige Abneigung gegenüber (über-)industrialisierten Städten und Sozialdemokratie andererseits sind durchaus typisch für die Mentalität westeuropäischer Eliten in dieser Zeit. Die szientistisch geprägte fortschrittsoptimistische Grundhaltung, die dem Projekt der Innenkolonisation zugrunde lag, wurde ebenfalls von einer ständig präsenten Angst des drohenden gesellschaftlichen Niedergangs geprägt. Gerade dieses Nebeneinander von Untergangsangst und Fortschrittsoptimismus zeichnete die west- und zentraleuropäische Mentalität in der Umbruchszeit von 1880-1930 aus.[1213]

So ist es eher ein zeittypisches Phänomen, dass sich in der SVIL viele landwirtschaftsferne Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Spektrum zusammentaten, um gemeinsam an einer zukunftsfähigen Lösung der sozialen Frage und der Agrarfrage zu arbeiten und dabei experimentelle, lebensreformerische Ansätze verfolgten. Die SVIL war aber auch offen gegenüber jenen Sozialdemokraten, welche die gewählte konfrontative Richtung der Gruppe um Robert Grimm ablehnten. Davon zeugt beispielsweise die Zusammenarbeit der SVIL mit der SGG von Bernhard Jäggi. Aber auch der ehemalige Sozialdemokrat und Mitinitiant der SVIL, Jacob Lorenz[1214], war überzeugt, dass sich die SVIL hinsichtlich des gemeinnützigen Wohnungsbaus gar zu einem «Zentralsekretariat des sozialen Friedens entwickeln könne»[1215]. Lorenz' Begeisterung für die Beschreibung einer Bachverbauung durch seinen einstigen Mentor Herman Greulich kann exemplarisch für die Aufbruchsstimmung, die in der SVIL Ende 1918 herrschte, betrachtet werden:

> «Das Quartier war in gemeinsamer Gefahr. Wir paar Sozialisten waren zwar sonst die Verachteten und Geächteten. Aber da an der Zähmung des wütend gewordenen Baches arbeiteten wir alle mit: Kleinbürger und Kapitalist, Handarbeiter und Stehkragenproletarier. Und wir haben ihn eingezwängt. Das war's, was ich mir unter Sozialismus vorstellte. Arbeit aller zu gemeinsamem Zweck. Es ist keine Kunst, alles still zu legen. Aber zu machen, dass alles läuft, das ist eine Kunst.»[1216]

1213 Vgl. Etzemüller 2009: 24-25, Doering-Manteuffel 2009: 48-51.

1214 Lorenz hatte sich aufgrund der Niederlegung des pazifistischen Sozialismus während des Ersten Weltkriegs von der sozialistischen Bewegung losgelöst und befand sich seit dem Ersten Weltkrieg auf der Suche nach einer neuen ideologischen Heimat. Vgl. etwa Lorenz 1935.

1215 Protokoll des Vorstandes der SVIL vom 14.01.1920: [Blatt 4]. Archiv für Agrargeschichte [AfA]. Nr. 106.11.

1216 Lorenz 1935: 266. Lorenz, der, als er diese Zeilen niederschrieb, bereits die Hinwendung zu einem katholisch geprägten korporatistischen Weltbild vollzogen hatte, gibt hier Auskunft über seine Enttäuschung gegenüber dem OAK und der sozialdemokratischen Führung um Robert Grimm 1918. Die Aussage, „es sei keine Kunst, alles stillzulegen" bezieht sich vermutlich auf den Landesstreik von 1918. Zur ideologischen Entwicklung von Jacob Lorenz siehe zudem: Zürcher 1995: 219-238.

Keine weiteren Streiks und Streikandrohungen wünschte sich der einstige Sozialdemokrat, sondern ein gemeinschaftliches, gemeinnütziges Werk zum Wohle aller. Über agrarpolitische Massnahmen sollte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs am Ziel, gearbeitet werden, eine krisenresistentere und harmonischere Gesellschaft zu schaffen.

6.2.2 Vorgesehene Aktivitätsfelder der Innenkolonisation in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg

Bodenbeschaffung über die Erschliessung von Ödländern

Die Bodenbeschaffung, die Bodenerschliessung für die Landwirtschaft sowie Siedlungsprojekte waren die Grundaufgaben der Innenkolonisation. Denn der Kulturboden in der Schweiz war, so Bernhard, «noch nicht annähernd voll ausgenützt»[1217].

In der Zeit von 1885 bis 1912 war eine Fläche von 34'117 ha melioriert worden.[1218] Diese Bodenverbesserungen wurden insbesondere in Sumpfgebieten in der Nähe von Landwirtschaftsbetrieben realisiert, oftmals von diesen Landwirten selbst initiiert, und sie beschränkten sich meist auf Entwässerungsmassnahmen oder Alpverbesserungen, wie Alpwege oder Stallbauten.[1219]

Die grossen Sumpfflächen «im Rheintal, in der Linth-Ebene, an der Glatt, im Reussgebiet, an der Aare, an der Orbe, im Rhonetal und im Tessin»[1220] waren durch die Flusskorrektionen im 19. Jahrhundert zur Kultivierung vorbereitet worden, allerdings fehlte oftmals noch der Wille zur Entwässerung im Kleinen, welche eine Nutzung der Böden erst möglich gemacht hätte und zu Beginn des Ersten Weltkriegs erlebte das Bodenverbesserungswesen eine deutliche Baisse.[1221]

Die Unterversorgung in den Jahren 1917/1918 und die damit zusammenhängenden Noterlasse der Bundesbehörden zur Hebung des Lebensmittelanbaus sowie die kriegsbedingte Konjunktur in der Landwirtschaft hatten am Ende des Ersten Weltkriegs aber zu einer «sprunghaften Entwicklung»[1222] im Meliorationswesen geführt, sodass nun auch kleinere Entwässerungsmassnahmen vermehrt realisiert wurden und die Kultivierung des Bodens voranschritt. Die Zunahme der Bodenverbesserungstätigkeit in dieser Zeit schlägt sich in folgenden Zahlen nieder: So wurden zwischen 1885-1914 noch 6'766 Bodenverbesserungsunternehmen in der gesamten Schweiz reali-

1217 Bernhard 1919a: 5.
1218 Vgl. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement Abteilung für Landwirtschaft 1914: 15.
1219 Vgl. Strüby 1937: 3.
1220 Bernhard 1919a: 5.
1221 Vgl. Strüby 1942: 267.
1222 Strüby 1942: 267.

siert, 1915-1920 ging diese Zahl auf 1'501 Unternehmen zurück, um dann schliesslich zwischen 1921-1937 auf einen Spitzenwert von 7'941 Unternehmen zu steigen.[1223]

Dieser Anstieg war nicht allein auf die Mangelerfahrung im Ersten Weltkrieg zurückzuführen, sondern hatte auch mit der Erweiterung der Subventionspraxis im Meliorationswesen zu tun. Denn Hans Bernhard verknüpfte die Aufbruchsstimmung im Meliorationswesen unmittelbar nach Kriegsende mit dem Projekt der Innenkolonisation. Jene Böden in der Schweiz, «welche oft bis an die Tore grosser Bevölkerungsmittelpunkte» reichten und «von der Besiedlung bis heute nicht erfasst sind, aber imstände wären, Hunderten von Familien ausreichenden Erwerb und Unterhalt zu geben» sollten schnellstmöglich kultiviert und einer wohlgeplanten Siedlungspolitik zugeführt werden.

Um die Nutzung der Böden in der Schweiz bestmöglich zu organisieren, war Bernhard insbesondere auf die Mitarbeit von kapitalkräftigen und sozialpolitisch orientierten Industriefirmen angewiesen. So wie es sich am Beispiel der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern zeigte.

Umsetzungsbeispiel: von Moos'sche Eisenwerke im Kanton Luzern

Das Industrieunternehmen «von Moos'sche Eisenwerke AG» mit Sitz in Luzern war eine der ersten Firmen, welche sich ausserhalb des Kantons Zürich bei der Erschliessung von Kulturland im Sinne der industriellen Landwirtschaft engagiert hatte.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtete der Kaufmann Ludwig von Moos auf der Reussinsel in Luzern eine Nagelfabrik, welche 1852 um ein Stahl- und Walzwerk in Emmenbrücke erweitert wurde und sich im Laufe der Jahre zu einem industriellen Grossunternehmen von internationaler Bedeutung entwickelte.[1224]

Die Organisationsstruktur der Firma war stark durch den Patron Eduard von Moos[1225] geprägt gewesen. Eduard von Moos war ein gläubiger Katholik und orientierte sich in seiner firmeneigenen Arbeits- und Sozialpolitik stark an der Enzyklika «Rerum Novarum», welche Papst Leo XIII am 15. Mai 1891 veröffentlicht hatte.[1226]

Diese sogenannte «Mutter aller Sozialenzykliken» beabsichtigte einen Gegenentwurf zu den bestimmenden Ideologien des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu entwerfen und zielte darauf ab, den Konflikt zwischen Liberalismus und Sozialismus in einem Dritten Weg auflösen zu können. So bezog Papst Leo XIII. Stellung gegen den Sozialismus, weil jener einer naturrechtlichen Eigen-

---

1223 Eine ähnliche Zunahme der Meliorationsprojekte im Untersuchungszeitraum zeigt die durchschnittliche Zahl der abgerechneten Meliorationsprojekte pro Jahr: 1885-1914: 169 Projekte, 1915-1920: 250 Projekte und 1921-1937: 496 Projekte. Vgl. Strüby 1937: 2.

1224 Vgl. Lussy 2008: 201-223.

1225 Eduard von Moos (1855-1911) erneuerte die von Moos'schen Eisenwerke und experimentierte mit modernen Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiterschaft. Vgl. Lussy 2008: 206-207.

1226 Vgl. Lussy 2002: 76, Lussy 2008: 206-207.

tumslehre widerspreche und «eine ruhige, friedliche Entwicklung des Gesellschaftslebens unmöglich»[1227] mache. Gleichzeitig prangerte der Papst aber auch die kapitalistische Entwicklung an, welche für «Unzählige [in] ein wahrhaft gedrücktes und unwürdiges Dasein führen»[1228] würde. Papst Leo XIII. erachtete als Sünde, wenn Arbeitgeber dem Arbeiter «gebührenden Verdienst vorenthalten»[1229], als «eine Sünde, die zum Himmel schreit»[1230]. Es sei Aufgabe jedes Einzelnen, sich dem Gemeinwohl zu verpflichten und Ordnung und Frieden in der Gesellschaft zu fördern und dabei den Schutz der Menschenwürde und den Schutz des Privateigentums zu achten.

Von dieser katholischen Sozialethik inspiriert, liess Eduard von Moos Arbeiterwohnhäuser errichten, welche den Arbeitern der von Moos'schen Eisenwerke günstigen Wohnraum zur Verfügung stellten, diese aber auch nachhaltig an das Unternehmen banden. Die Vermeidung von Arbeitskonflikten war Eduard von Moos ein starkes Anliegen.[1231]

Als der Patron 1911 verstarb übernahm sein Enkel Ludwig von Moos die Geschäftsleitung der von Moo'schen Eisenwerke AG. Ludwig von Moos nahm überfällige Betriebsmodernisierungen und Änderungen in der Organisationsstruktur vor und rettete die «von Moos'schen Eisenwerke» aus der hausgemachten Krise der 1910er-Jahre.[1232] Zwar führte er einen technokratischen Führungsstil ein, hielt aber weitgehend an dem sozialpolitischen Credo seines Grossvaters fest.

In den Jahren 1915-1918 erlebten die von Moos'schen Eisenwerke eine kriegsbedingte Konjunkturphase, aber ab 1916 nahmen schweizweit die Proteste von Arbeitern gegen die Teuerung der Lebenshaltungskosten zu. Ferner wurde auch das Luzerner Unternehmen durch den Rückgang der Kohleimporte getroffen. Im Jahr 1916 erwarb das Unternehmen deshalb eigene Landwirtschaftsbetriebe in moosreichen Gegenden, um Torf stechen zu können, der als alternative Energiequelle im Produktionsprozess der Firma dienen sollte..[1233] Dank dieser Surrogatsbeschaffung konnte das Unternehmen die Energiekrise während des Ersten Weltkriegs unbeschadet überstehen.[1234]

Seit Juni 1916 lag der Plan zur Errichtung einer Arbeiterkolonie vor, um «dem Geschäft einen tüchtigen Arbeiterstamm zu erhalten»[1235]. Der Verwaltungsrat hatte Verbesserungen der Anstellungsbedingungen und Sozialleistungen gutgeheissen, um so die Bereitschaft zur Partizipation an den Arbeiterprotesten zu minimieren und die Mitarbeiter langfristig ans Unternehmen zu binden. Denn von Moos befürchtete, dass diese nach dem Krieg in Konkurrenzbetriebe in Deutschland

---

1227 Leo XIII 1891: Absatz 12.
1228 Marx 2016: 3.
1229 Leo XIII 1891: Absatz 17.
1230 Leo XIII 1891: Absatz 17.
1231 Vgl. Lussy 2002: 76, Lussy 2008: 206-207.
1232 Vgl. Lussy 2002, Lussy 2008.
1233 Vgl. Lussy 2008: 214.
1234 Zur Energiekrise während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz vgl. Pfister 2016b: 113-132.
1235 Verwaltungsratsprotokoll von Moos vom 5.10.1916: 5. Zit. nach: Lussy 2008: 219.

abwandern könnten und versuchte daher, drohenden Klassenkonflikten vorzubeugen.[1236] Die Wohnungen konnten aber aufgrund der nach 1918 einsetzenden Nachkriegskrise nicht realisiert werden und die bereits erstandenen Grundstücke standen daraufhin den Arbeitern als Pflanzplätze zur partiellen Selbstversorgung zur Verfügung.

Von Moos hatte die Schaffung von Arbeitersiedlungen also bereits 1916 angedacht, musste aber aufgrund der Konjunkturlage nach dem Krieg auf eigene Siedlungsprojekte verzichten und sich auf Angebote im Bereich der industriellen Landwirtschaft beschränken. Diese ging von Moos aber mit grosser Tatkraft an. Bereits kurz nach der Gründung der SVIL im Juli 1918 trat ihr die von Moos'schen Eisenwerke AG bei. Anschliessend machte sich das Unternehmen aktiv auf die Suche nach kultivierfähigem Boden und korrespondierte mit dem Geschäftssitz der SVIL über das Vorgehen bei den Meliorationstätigkeiten.

So interessierte sich Ludwig von Moos dafür, ob denn die auf den kultivierten Flächen produzierten Nahrungsmittel auch wirklich direkt den Arbeitnehmern der Firma zu Gute kommen würden und somit von den herrschenden Rationierungen ausgenommen werden. Darüber beriet sich von Moos mit Hans Bernhard von der SVIL, welcher die Angelegenheit wiederum mit Josef Käppeli, dem Direktor der Abteilung Landwirtschaft auf Bundesebene, besprach.[1237] Bernhard bejahte die «Freigabe der Produkte, welche von den Arbeitern produziert»[1238] wurden, allerdings sei die Freigabe für Angehörige «noch in Frage»[1239]. Bernhard verwies aber darauf, dass die von Moos'schen Eisenwerke ja eine «grosse Speiseanstalt zu versorgen habe» und es dadurch einfacher sei, die Produkte von der Rationierung freizubekommen.[1240]

Zum Vorgehen beim Landerwerb verwies Bernhard auf das Pachtvorgehen im Kanton Zürich. Die enge Kooperation zwischen kantonalem Ernährungsamt, Kulturingenieur Büro, SVIL und Industriellen wurde von Bernhard als Erfolgsrezept angepriesen und auch für die Vorhaben der von Moos'schen Eisenwerke empfohlen. Ferner bot sich die SVIL als Vermittlerin von Düngkalk und Maschinen an. Zudem empfahl Bernhard, dass für die Meliorations- und Kultivierungsprojekte keine Arbeitskräfte der Landwirtschaft entzogen werden sollten, sondern möglichst viel mit krisenbedingt unbenutzten Maschinen und unbeschäftigten Arbeitern aus der Industrie gearbeitet werden solle. Die Arbeiter sollten maximal zum Fabriklohn samt Verpflegung entschädigt werden. «Der Lohn solle aber auch zurückgesetzt werden können, weil die Verköstigung ohne Rati-

---

1236 Vgl. Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat 1914: 5 Zit. nach Lussy 2008: 218.

1237 Gesprächsnotizen der Besprechung mit Herrn Dr. Bernhard vom 23.08.1918: [Blatt 1]. In: Korrespondenz zwischen den von Moos'schen Eisenwerken und der Geschäftsleitung der SVIL 1918-1924. StALU PA 1391/6099 [Fortan: Besprechung von Moos-Bernhard].

1238 Besprechung von Moos-Bernhard: [Blatt 1].

1239 Besprechung von Moos-Bernhard: [Blatt 1].

1240 Vgl. Besprechung von Moos-Bernhard: [Blatt 1].

onierung geschehen kann»[1241], so Bernhard. Das kantonale Ernährungsamt stelle sogenannten Meliorationsküchen von der Rationierung befreite Nahrungsmittel zur Verfügung.[1242]

Mit diesen Ratschlägen machte sich von Moos auf die Suche nach geeignetem Boden. Durch die industrielle Landwirtschaft Arbeitskraftfluktuationen auszugleichen, den Arbeitnehmern partielle Selbstversorgung anbieten und so mindestens eine Teillösung der geplanten Arbeitersiedlungen realisieren zu können, aber vermutlich auch die Möglichkeit, weiteres Torfland in seinen Besitz zu bringen, überzeugten von Moos, an dem Vorhaben teilzunehmen und die Suche nach Land zu intensivieren.

Basierend auf dem Bundesbeschluss vom 15. Januar 1918 bot die Korporation Sempach im August dem kantonalen Kulturingenieur Kaufmann ein Gebiet in unmittelbarer Nähe zum Küsenrainwald zur Meliorationspacht an. Gemäss Kaufmann liesse sich die Melioration des fraglichen Gebietes mit geringen Kosten ausführen und mit den Meliorationsarbeiten könne unverzüglich begonnen werden. Kaufmann ging davon aus, dass die Melioration des Gebietes mit rund 40 Arbeitskräften etwa ein bis zwei Monate in Anspruch nehmen werde.[1243]

Der Kulturingenieur hatte die Geschäftsleitung der von Moos'schen Eisenwerke am 1. September 1918 auf das 10 ha umfassende Moorland aufmerksam gemacht.[1244] Drei Tage später war das Unterfangen bereits so weit gediehen, dass die Direktion der von Moos'schen Eisenwerke AG in einem Schreiben an die Verwaltung der Korporation Sempach die Bedingungen für den Pachtvertrag formulierte.[1245]

So bewarb sich von Moos bereits am 15. September 1918 für die Meliorationspacht des Gebiets um den Küsenrainwald im Rahmen einer Laufzeit von acht Jahren. Während der ersten drei Jahre der Laufzeit sollte kein Pachtzins entrichtet werden müssen, danach sollte ein Pachtzins von 140.- SFr. per Hektar entrichtet werden. In dieser Zeit würde das Land «entwässert, gerodet und urbar gemacht»[1246]. Die für Meliorationen vorgesehenen Subventionen von Bund und Kanton sollten von Moos zufallen. Ferner sollte die Korporation dafür verantwortlich sein, dass der sofortigen Entwässerung keinerlei Schwierigkeiten durch die Anrainer entstünden. Zudem wären bereits bestehende Pachtverträge sofort aufzulösen und entsprechend zu entschädigen. Von Moos verwies zu diesem Zwecke auf den Art. 11 des Bundesbeschlusses vom 15. Januar 1918, der «Kantonsregierungen und Gemeinderäte dazu ermächtigt, Pachtverträge über Land, das den

---

1241 Besprechung von Moos-Bernhard: [Blatt 2].

1242 Vgl. Besprechung von Moos-Bernhard: [Blatt 1-2].

1243 Vgl. Schreiben Tubermoos bei Sempach StALU PA 1391/6095.

1244 Vgl. Brief des Kulturingenieurs des Kantons Luzern an die Verwaltung der Korporation Sempach zur Kenntnisnahme an die von Moos'schen Eisenwerke AG vom 1.09.1918. StALU PA 1391/6095.

1245 Vgl. Brief A.G. der Moos'schen Eisenwerke an die Verwaltung der Korporation Sempach vom 4.09.1918. StALU PA 1391/6095.

1246 Brief A.G. der Moos'schen Eisenwerke an die Verwaltung der Korporation Sempach vom 4.09.1918. StALU PA 1391/6095.

Korporationen gehört, vorübergehend aufzuheben oder ganz zu lösen, um es in rationeller Weise im Interesse der Lebensmittelversorgung zu verwenden».[1247]

Das Kulturingenieurbüro des Kantons Luzern wirkte in erster Linie bei der Organisation der Meliorationsarbeiten mit, stellte die Projekte auf, machte die Subventionseingaben, besorgte die Bauleitung und führte die Abrechnungen.[1248] In der Projektplanung wurde ebenfalls festgehalten, dass das Pachtland für Kartoffel-, Gemüse- und Getreideanbau benutzt werden sollte.[1249]

Das Tempo, mit dem die von Moos'schen Eisenwerk die Melioration des Ödlandes am Küsenrainwald vorantrieben, war ausserordentlich. Entsprechend überrumpelt wurden drei Pächter des Gebiets, welche sich mit den von der Korporation vorgeschlagenen Entschädigungssummen nicht zufriedenstellen liessen. Ein Schiedsgerichtsverfahren sollte die Summe in Folge bestimmen.

Da es sich hierbei aber lediglich um die Festsetzung der Entschädigungssumme handelte, wurden die Meliorationsarbeiten nicht verzögert. Am 13. September 1918 wurde ein Projektplan zur Drainage des Gebiets an das landwirtschaftliche Bureau des Volkswirtschaftlichen Departements überstellt, das einen Kostenvoranschlag von 16'000.- SFr. für das Projekt vorsah.[1250]

Die Planung des Drainagesystems übernahmen Ingenieur von Moos und Kulturtechniker Kaufmann selbst. Die Zeiteinsparungen bei der Planung ermöglichten, dass bereits Ende September mit dem Bau eines Drainagesystems begonnen werden konnte. Bereits am 4. September 1918 hatte Ludwig von Moos telefonischen Kontakt mit Hans Bernhard gehabt, um die Beschaffung der Arbeitskräfte zu diskutieren. Hans Bernhard schlug vor, Internierte beizuziehen. Er stehe dafür bereits mit dem örtlichen Kommando von Internierten in Kontakt.[1251] Für die Aushebung der Entwässerungsgräben sowie die Verlegung des Drainagesystems wurden schliesslich 40 deutsche Internierte einbestellt.

Der anfängliche Kostenvoranschlag von 16'000 SFr wurde allerdings stark übertroffen. Effektiv wurden Totalkosten von 33'290 Schweizer Franken abgerechnet.[1252] Bund und Kanton kamen den von Moos'schen Eisenwerken aber in ihren Meliorationsarbeiten entgegen. Ein erneut eingereichter Kostenvoranschlag im Frühjahr 1919 wurde vom Bund positiv beantwortet, sodass sich Bund und der Kanton gemeinsam mit 16'000 SFr. an den Projektkosten beteiligten. Dennoch war die starke Überschreitung der Projektierungskosten ein Dämpfer für weitere Projekte der

---

1247 Bundesratsbeschluss betreffend die Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 15.01.1918: 83-92.

1248 Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Abteilung Landwirtschaft 1925: 51.

1249 Vgl. Schreiben von A[..].G[..] der von Moos'schen Eisenwerke Luzern an das kantonale Kulturingenieursbüro betreffend dem Drainageprojekt Turbenmoos vom 13.09.1918. StALU PA 1391/6095.

1250 Vgl. Projektplan des Kulturtechnischen Bureaus des Kantons Luzern. StALU PA 1391/6095.

1251 Vgl. Gesprächsnotiz vom 4.09.1918. In: Korrespondenz zwischen den von Moos'schen Eisenwerken und der Geschäftsleitung der SVIL 1918-1924. StLU PA 1391/6099.

1252 Vgl. Abrechnungen über die Meliorations- und Drainierungsarbeiten im Scheidermoos bei Rain. StALU PA 1391/6095.

industriellen Landwirtschaft der Firma von Moos. Diese musste mit den Meliorationsarbeiten von 1918 einen Verlust von insgesamt 22'408 Schweizer Franken verbuchen.[1253]

Die effektiven Meliorationsarbeiten, welche am 16. Dezember 1918 aufgenommen wurden, gestaltete sich schwieriger als angenommen. Während der Räumungs- und Rodungsarbeiten sanken die Arbeiter im feuchten Moorboden oft bis auf die Hüften im Boden ein. Zugleich erschwerte die dichte Vegetation aus Erica und anderem Dorngewächs die zügige Entfernung der obersten Moorschichten. Das unerwartete Auftreten von Granitblöcken in der Lehmschicht verzögerte die Verlegung der Drainageröhren zusätzlich.[1254] Damit verlängerte sich die Beschäftigung der Internierten und liess insbesondere die Verpflegungs- und Unterbringungskosten stark ansteigen. Per Ende Dezember konnten die Arbeiter schliesslich entlassen werden.[1255]

Bei der Aussaat von Kartoffeln und Hafer im Frühjahr 1919 versanken die Tiere im feuchten Boden, so dass von Hand gearbeitet werden musste.[1256] Bei der Ernte war der Boden aber genügend trocken, um auch Tiere einsetzen zu können.[1257] Trotz der Verluste wurden die Meliorationsarbeiten im abschliessenden Bericht als Erfolg gewertet.[1258]

Ein landwirtschaftlicher Bericht, der im September 1919 vom Geometer und Professor für Forstwissenschaften Theodor Felber angefertigt wurde, kam zum Schluss, dass die Drainage zwar «vorzüglich angelegt» , aber «noch nicht in volle[r] Wirkung» sei.[1259] Die Urbarisierung, Ausrodung und Planierung sei ebenfalls gut ausgeführt, habe aber viel zu viele Kosten verursacht. Daher sei künftig auf eine möglichst billige Bearbeitung zu achten und nur Pflanzen in Betracht zu ziehen, welche «gedeih[en] und wenig Arbeit erforder[n]»[1260]. In der langfristigen Perspektive empfahl Felber eine Rückkehr zur Wiesenwirtschaft, die sich mit weniger Arbeitskräften betreiben lasse und ferner helfe, das Düngerproblem zu lösen.[1261]

Mit der Empfehlung zur Rückbesinnung auf die Wiesenwirtschaft stellte sich Felber gegen die Sichtweise der SVIL, welche es begrüsst hätte, wenn die neu geschaffenen Kulturflächen primär zur Produktion von Brotfrüchten und Gemüse genutzt worden wären. Im Sommer 1920 erinner-

---

1253 Vgl. Bericht über die von der AG der von Moos'schen Eisenwerke in den Jahren 1919 und 1920 durchgeführten Kulturarbeiten zwecks Sicherung von Nahrungsmitteln für das Personal und Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion. StALU PA 1391/6094 [Blatt 10]

1254 Vgl. Bericht über die Meliorationsarbeiten im Scheidermoos beim Küsenrainwald. StALU PA 1391/6095 [Blatt 4].

1255 Vgl. Bericht über die Meliorationsarbeiten im Scheidermoos beim Küsenrainwald. StALU PA 1391/6095 [Blatt 4].

1256 Vgl. Bericht über die Meliorationsarbeiten im Scheidermoos beim Küsenrainwald. StALU PA 1391/6095 [Blatt 5]

1257 Vgl. Kurzer Bericht über die landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten der A.G. der von Moos'schen Eisenwerke im Scheidermoos beim Küsenrainwald. StALU P 1391/6095: [Blatt 8]

1258 Vgl. Kurzer Bericht über die landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten der A.G. der von Moos'schen Eisenwerke im Scheidermoos beim Küsenrainwald. StALU P 1391/6095: [Blatt 11]

1259 Landwirtschaftlicher Bericht durch Major Felber vom 15.09.1919. StALU PA 1391/6094: [Blatt 2]

1260 Landwirtschaftlicher Bericht durch Major Felber vom 15.09.1919. StALU PA 1391/6094: [Blatt 2]

1261 Vgl. Landwirtschaftlicher Bericht durch Major Felber vom 15.09.1919. StALU PA 1391/6094: [Blatt 4]

te die SVIL in einem Schreiben ihre Mitglieder daran, dass vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der hohen Frachtkosten in den Produktionsländern, die «erhöhte Eigenproduktion an Lebensmitteln»[1262] nach wie vor wichtig sei. Doch die von Moos'schen Eisenwerke nahmen im Lauf der frühen 1920er-Jahre wegen der sich anbahnenden Wirtschaftskrise und dem finanziell aufwändigen und vor allem wenig Ertrag bringenden Versuch in der industriellen Landwirtschaft allmählich Abstand von der SVIL. Schliesslich lösten sie per 1924 ihre Mitgliedschaft mit der Bemerkung auf, dass «(die von Moos'schen Eisenwerke) seiner Zeit zur Hebung der Innenkolonisation bedeutende Opfer brachten, dagegen jetzt unter den vollständigen veränderten Verhältnissen kein Interesse mehr finden, weitere zu leisten»[1263].

In dem hier aufgeführten Beispiel der industriellen Landwirtschaft und der damit verbundenen Bodenerschliessung durch ein Industrieunternehmen wird der experimentelle Charakter des Projekts deutlich. Mit dem Masterplan aus dem Kanton Zürich, kantonale Kulturingenieure, kantonale Ernährungsämter, landwirtschaftliche Experten, die SVIL als Vermittlerin und industrielle Betriebe, die Willens waren, zur Lösung der sozialen Fragen ihren Teil beizusteuern, hätte ein flächendeckendes Unternehmen zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung geschaffen werden sollen. Durch den hohen Zeitdruck in Zeiten der Krise und durch den Tatendrang der Akteure wurden viele wertvolle Planungsphasen überhastet angegangen, teilweise aber auch schon mit der Realisierung begonnen, während parallel dazu noch geplant wurde. Darin zeigt sich der experimentelle Charakter der industriellen Landwirtschaft besonders deutlich. Dass dieser Ansatz bisweilen falsche Kostenvoranschläge nach sich zog oder lokale Eigenschaften in den Planungsvorgaben nicht genügend berücksichtigt wurden, ist offenkundig. Vor dem Hintergrund des Handelns in der Krise, welche sofortige Lösungen verlangte, war das Vorgehen aber verständlich und offenbarte Ansätze, die nicht nur Industrie und Landwirtschaft zu vereinen suchten, sondern auch Ideen zur Lösung der sozialen Frage und der damit verbundenen sozialen Konflikte in sich trugen.

Die Idee von einem umfassenden gesellschaftspolitischen Ausgleich sollte auch alle weiteren Aktivitätsfelder der SVIL im stärker auf die Siedlungsplanung orientierten Projekt der Innenkolonisation auszeichnen.

1262 Schreiben SVIL an die Mitglieder vom August 1920. Korrespondenz zwischen den von Moos'schen Eisenwerken und der Geschäftsleitung der SVIL 1918-1924. StALU PA 1391/6099.

1263 Schreiben der von Moos'schein Eisenwerke AG an die SVIL vom 18.11.1924. Korrespondenz zwischen den von Moos'schen Eisenwerken und der Geschäftsleitung der SVIL 1918-1924. StALU PA 1391/6099. [Klammer dem Original entnommen]

Güterzusammenlegungen und Ausbau der ländlichen Infrastruktur

Im Zusammenhang mit der rationellen Bewirtschaftung des bereits bestellten Bodens stellte Bernhard ein Problem in der «Grundbesitzverfassung aus früheren Siedlungsperioden»[1264] fest.

> «Ich meine die Güterzerstückelung, verbunden mit dem Gedrängtwohnen der Bauernbevölkerung. Ein Zustand, der die ausgedehnte Maschinenverwendung, eine richtige Pflege des Bauwesens und damit eine zweckmässige Bodenbewirtschaftung überhaupt ausschliesst, Verluste an Kulturland bedingt und dem vielbeschäftigten Bauern seine kostbare Zeit wegnimmt.»[1265]

Bernhard nimmt hier die Argumente der Kulturingenieure seiner Zeit auf, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Güterzerstückelung eine rationelle Bewirtschaftung des Bodens erschwert und dass dringend infrastrukturelle Massnahmen zur Rationalisierung der Bewirtschaftung der Felder getroffen werden müssten.

Er integrierte die Argumente seiner Kollegen Gisberger, Zwicky und Strüby in sein Programm und votierte dafür, mit Güterzusammenlegungen die Grundlage für eine zielgerichtete Modernisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft zu schaffen. Für Bernhard war es evident, dass die Krise von 1917/1918 gezeigt hatte, dass eine funktionierende Landwirtschaft eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellte.[1266] Aus diesem Grund sollte alles dafür getan werden, die Arbeits- und Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft weiter zu verbessern. Um die Gesellschaft in Zukunft krisenresistenter zu gestalten, müsse deshalb dafür gesorgt werden, dass landwirtschaftliche Gegenden verkehrstechnisch besser erschlossen würden, damit Felder mit modernen Arbeitsmitteln bearbeitet werden könnten, und dass Landwirtschaftsbetriebe über die nötigen Immobilien und Anbindungen an die Wasser- und Elektrizitätsversorgung verfügten. Nur durch solche Modernisierungsmassnahmen könne die Landwirtschaft ihren Beitrag an das Gemeinwohl sinnvoll erfüllen. Das erweiterte moderne Meliorationswesen, das auch Investitionen in infrastrukturelle Grundlagen verlangte, war hierbei ein wichtiger Partner für das Projekt der Innenkolonisation und wurde von Bernhard in seinen propagandistischen Schriften beworben.

Um eine Rationalisierung der Landwirtschaft zu erreichen, seien zudem Investitionen in Ausbau der Verkehrsnetze vonnöten. Insbesondere die Alp- und Hügelwirtschaft habe durch ihre periphere Lage in den letzten Jahrzehnten einen starken Bevölkerungsrückgang erfahren. Dieser Entwicklung sei durch eine Förderung der Wirtschaft dieser Regionen entgegenzutreten. Gerade die

---

1264 Bernhard 1919a: 7.
1265 Bernhard 1919a: 7.
1266 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1918: 4.

traditionelle Hauswirtschaft, wie etwa die Korbflechterei[1267] und auch die moderne «Fremdenindustrie»[1268] im Alp- und Hügelgebiet, könne durch den Ausbau von Verkehrswegen (wieder)belebt und so einer Entvölkerung der Alpwirtschaft entgegengetreten werden. Ferner plädierte Bernhard gar für eine Erschliessung entlegener Regionen mit elektrischer Energie, um auch in entlegenen Regionen zeitgemässe Produktionsmöglichkeiten einführen zu können. Bestimmend war hier die oft diskutierte Idee der Dezentralisation der Bevölkerung.[1269] Bernhard strebte, wie erwähnt, eine gleichmässige Verteilung der Siedlungsgebiete vom Flachland über die Hügelregionen bis in die Alpen an.

Ferner sollte ein Erholungsgebiet durch die Gründung von Ferienheimen für die in der Industrie werktätige Bevölkerung im Alpenraum geschaffen werden, in denen sich die Städter gleichermassen vom «den gesundheitlichen Schädigungen der Arbeit in Werkstatt und Schreibstube»[1270] erholen könnten und gleichzeitig auch die Lebensweise in den Alpwirtschaften schätzen und respektieren lernen sollten.[1271] Vor allem aber sei der Entvölkerung der Alpgebiete entschieden entgegenzutreten.

Neugründungen von Bauernsiedlungen und Hebung der Berufslandwirtschaft

Durch die Verbesserung der infrastrukturellen Grundlagen in ländlichen Gegenden und durch die Neuerschliessung von Kulturboden sollte attraktiver Siedlungsraum entstehen, auf welchem Neugründungen von Bauernsiedlungen realisiert werden könnten. Denn Bernhard erachtete die Neuansiedlung von Berufslandwirten als zentrale Angelegenheit der Schweizer Innenkolonisation:

> «Die Kriegszeit und ebensosehr die heutigen politischen Verhältnisse lehren zur Genüge, dass ein zahlreicher, leistungsfähiger Bauernstand für unsere Volkswirtschaft, für unseren Staat, ein Bedürfnis ist. Wo die Landwirtschaft durch Neugründung von bäuerlichen Betriebsstellen ausgebaut werden kann, soll es ohne langes Besinnen geschehen. Umso mehr, als grössere Meliorationsgebiete überhaupt nur auf dem Weg der systematischen Besiedelung technisch auf eine befriedigende Stufe der Leistungsfähigkeit gebracht werden können.»[1272]

Die Gewinnung von neuem Kulturland durch Neugründungen von Bauernsiedlungen sei vor dem Hintergrund der sozialen Spannungen und den jüngsten Kriegserfahrungen in jedem Fall

---

1267 Vgl. Bernhard 1919c: 11.
1268 Vgl. Bernhard 1919a: 16.
1269 Vgl. Bernhard 1919c: 10.
1270 Bernhard 1919a: 18.
1271 Vgl. Bernhard 1919a: 18.
1272 Bernhard 1919c: 18.

begrüssenswert.[1273] Ferner würden durch diese Neugründungen auch die Meliorationswerke ihrem langfristigen Zweck zugeführt und der Boden entsprechend bewirtschaftet, sodass auf den neuerschlossenen Böden Kulturland langfristig erhalten werden könne.

Die Besiedlung der ländlichen Gegenden sei in den Jahrzehnten vor dem Krieg nicht vorangekommen, im Gegenteil, die Landwirtschaft habe unter der Abwanderung von Arbeitskräften gelitten. Für Bernhard stellte die Schaffung neuer, infrastrukturell erschlossener Bauernsiedlungen, welche moderne Bodenbearbeitungsmethoden erlaubten, eine Methode dar, um die Landflucht langfristig zu bekämpfen. Zwar hatte die Kriegskonjunktur die Landflucht kurzzeitig abgeschwächt, doch Bernhard war sich bewusst, dass dieser Trend nicht von Dauer sein konnte. Es gelte daher, so Bernhard, langfristig attraktive Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu schaffen.[1274]

Dafür sei man auf die Mitarbeit der Kantone angewiesen, welche durch die Erstellung von «Skizzen über die wichtigsten der für die Besiedelung gegebenenfalls in Betracht kommenden Ödländer»[1275] Auskunft geben könnten. Dabei seien Bodenverhältnisse und regionale klimatische Besonderheiten zu vermerken, um festzustellen, welche Produktionsschwerpunkte für die geschaffenen Siedlungen zu wählen seien. Wenn möglich sollte der intensive Acker- und Gemüsebau der extensiven Milch– und Viehwirtschaft vorgezogen werden, um eine Diversifizierung der Vorkriegsverhältnisse zu ermöglichen.[1276]

Ferner sei darauf zu achten, dass die Bauernsiedlungen nicht die Schaffung möglicher Arbeitersiedlungen in Stadtnähe konkurrierten. Daher seien für die landwirtschaftlichen Siedlungen primär stadtferne, aber verkehrstechnisch gut erschlossene – oder zu erschliessende – Lagen zu wählen. Denn es sei besonders darauf zu achten, «dass systematisch auf eine volkswirtschaftlich zweckmässige Verwendung der wüstgelegten Örtlichkeiten hingearbeitet wird»[1277]. Daher sei zu vermeiden, dass Siedlungen ohne Rücksicht auf ihre nähere und fernere Umgebung und ohne Berücksichtigung ihrer naturräumlichen Bedingungen geschaffen würden. «Die Verwertung des Landes muss vielmehr nach einem einheitlichen, die Wohlfahrt des Gebietes im Auge behaltenden Plane geschehen.»[1278]

Bernhard war zudem – wie seine deutschen Kollegen Schmoller, Sombart und Sering – der Überzeugung, dass der Familienbetrieb die optimale Betriebsgrösse für die Landwirtschaft darstelle. Daher sei auch bei der Neugründung von Bauernsiedlungen darauf zu achten, dass diese Grösse nicht überschritten werde.[1279] In der Schweiz dominierte der landwirtschaftliche Fami-

---

1273 Vgl. Bernhard 1919c: 18; Bernhard 1919d: 14
1274 Vgl. Bernhard 1919c: 6-7, Bernhard 1920a: 28-29
1275 Bernhard 1919c: 18.
1276 Bernhard 1919c: 18
1277 Bernhard 1919c: 18.
1278 Bernhard 1919c: 9.
1279 Vgl. Bernhard 1919c: 11.

lienbetrieb und Bernhard ging es darum, diese Betriebsstruktur weiterhin aufrecht erhalten zu können. Dabei spielte insbesondere die Überlegung eine Rolle, dass sich der Familienbetrieb elastischer gegenüber Veränderungen und widerstandsfähiger gegenüber Krisen gezeigt hatte. Während sich in der Industrie hauptsächlich der Grossbetrieb als rentabel herausstellte, verhielt es sich in der Landwirtschaft gerade umgekehrt, und die Familienbetriebe sollten die Landwirtschaft in den westlichen Industrienationen des 20. Jahrhunderts weitgehend dominieren.[1280]

Bernhard ging es darum, gerade die Familienbetriebe durch die Innenkolonisation zu stärken und ihnen bestmögliche Existenzbedingungen für die Zukunft zu schaffen. Benötigtes Land, um entsprechende Bauernsiedlungen zu schaffen, sei vor dem Krieg in ausreichendem Masse für die Kultivierung durch Teilmeliorationen vorbereitet worden, es gelte nun, diese Kultivierungswerke zu beenden und das neu gewonnene Land zielführend zu besiedeln, um so der Landflucht langfristig begegnen und der Landwirtschaft modernen Wirtschaftsraum zur Verfügung stellen zu können.[1281]

Um dieses Ziel zu realisieren, war die Innenkolonisation auf die Zusammenarbeit mit dem Staat angewiesen. Die benötigten Meliorationsarbeiten und die infrastrukturellen Investitionen bedurften seiner Unterstützung, allerdings war es nie das das Ziel Bernhards, langfristige Subventionen für die Landwirtschaft zu installieren, vielmehr beabsichtigte er, die Instandstellung der ländlichen Gebiete soweit voran zu treiben, dass die künftige Landwirtschaft keine Subventionen mehr benötigte.

Umsiedlung von Landwirten

Neben Neugründung von Bauernsiedlungen, sollten auch Landwirte Umsiedlungsmöglichkeiten erhalten, deren Höfe durch kulturbodenvernichtende Bauprojekte bedroht waren. Insbesondere durch den Bau von Wasserkraftwerken für die Stromproduktion waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zahlreiche landwirtschaftliche Güter in ihrer Existenz bedroht.[1282]

Denn die Bundesbehörden verfolgten die Politik, zwar die von Landenteignungen betroffenen Landwirte finanziell zu entschädigen, ohne ihnen allerdings eine alternative Siedlungsmöglichkeit zu bieten. Diese Politik kritisierte Bernhard mit den folgenden Worten:

> «Was hilft dem Einsiedler Bauer das Stümplein Geld, wenn er keine Existenz, kein Heim mehr hat. Er wird wie schon so viele schweizerische Gebirgsbewohner auswandern. […] Der Schweiz

1280 Vgl. Baumann / Moser 1999: 17.

1281 Vgl. Bernhard 1919d: 14.

1282 Zur Elektrifizierung der Schweiz vgl. Paquier 2006. Insbesondere die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) haben aufgrund der Energiekrise im Ersten Weltkrieg die Elektrifizierung ihres Betriebes vorangetrieben. Vgl. Amacher 2016: 151-169.

> dagegen wird ein tüchtiges Stück Volkskraft verloren gehen. Wäre es nicht besser, man würde diesen Leuten unter gleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, aber in der Nähe, einen neuen Wirkungskreis bieten?»[1283]

Entsprechend erachtete Bernhard die Umsiedlung betroffener Landwirte als weiteres Tätigkeitsfeld der Innenkolonisation. Die durch die Meliorationstätigkeiten erschlossenen Böden sollten unter anderem zur Umsiedlung von Landwirten genutzt werden, deren Existenz durch die Schaffung von Wasserwerken bedroht war.[1284]

Gemäss Bernhard war nicht nur der potentielle Nährraum in der Schweiz bisher ungenügend genützt worden, die vorgezeichneten Entwicklungslinien, welche sich beispielsweise hinsichtlich der Verkehrsverdichtung und dem hier angesprochenen Bau von Wasserkraftwerken ergaben, drohten, den Nährraum gar noch weiter einzuengen. [1285] Bernhard verweist in seinen Schriften auf das geplante Sihlprojekt, das in absehbarer Zeit rund 1'100 ha unter Wasser zu setzen drohte.[1286]

Da sich insbesondere die Bundesbahnen für den Bau eines Kraftwerks an der Sihl interessierten, könne der Bund auch gleich die nötigen Grundlagen für entsprechende Meliorationsprojekte mit dem Ziel der Umsiedlung schaffen, so Bernhard.[1287] Hier kommt wieder Bernhards Verursacherprinzip zum Tragen, das sich bereits bei der industriellen Landwirtschaft gezeigt hatte: Wer für die Zerstörung von Nährraum die Verantwortung trage, müsse etwas dazu beisteuern, die volkswirtschaftlichen Verluste entsprechend zu korrigieren.

Es wäre falsch, Bernhard eine reaktionäre Haltung vorzuwerfen, denn er forderte keine Rückkehr zu agrarstaatlichen Verhältnissen. Er kritisierte nicht den Bau von Wasserkraftwerken an sich. Sein Denken war vielmehr pragmatisch und folglich begrüsste er die Möglichkeiten der Elektrifizierung, welche er auch für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion zu nutzen beabsichtigte.[1288] Allerdings sollten die negativen Auswirkungen dieser Modernisierungsmassnahmen auf die Landwirtschaft bestmöglich abgefedert werden. Bernhard erachtete jeden Verlust einer landwirtschaftlich produzierenden Einheit als volkswirtschaftliche Tragödie, da dadurch der Nährraum der Schweiz weiter schrumpfte. Denn mit Blick auf stabilere Versorgungsverhältnisse sei der Nährraum der Schweiz auszuweiten. Daher sei keine Stauanlage zu planen, ohne nicht

---

1283 Bernhard 1919a: 15.
1284 Bernhard 1919a: 15.
1285 Bernhard 1919a: 7.
1286 Bei dem hier erwähnten Projekt handelt es sich um das 1937 fertiggestellte Etzelwerk an der Sihl bei Einsiedeln (SZ). Vgl. Kaiser 2017.
1287 Bernhard 1919a: 16.
1288 Bernhard 1919a: 8.

auch entsprechende Vorschläge zur Umsiedlung zu machen. «Die Wasserwirtschaft und die Innenkolonisation müssen sich in die Hände arbeiten.»[1289]

Beispiel: Umsiedlungswerk Wäggital

Wie eine solche Planung und Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen eines Wasserkraft-Projekts, den Behörden und den Akteuren der Innenkolonisation aussehen könnte, präsentierte die SVIL in ihrem Gutachten, das sie im Auftrag der Konzessionäre des Wäggitaler Kraftwerks und der eidgenössischen Kommission für Melioration der linksseitigen Linthebene ausführte.[1290]

Seit Ende des 19. Jahrhunderts existierten Pläne für den Bau eines Kraftwerkes im Wäggital im Kanton Schwyz.[1291] Noch vor 1914 konnten die «Elektrizitätswerke der Stadt Zürich» (EWZ) die Konzessionen für den Bau des Kraftwerks erwerben. Mit Ausbruch des Kriegs wurden die Planungsarbeiten allerdings zurückgestellt.[1292]

Der Erste Weltkrieg führte den Schweizer Behörden dann allerdings nicht nur die Nahrungsmittel-Abhängigkeit vom Ausland, sondern auch hinsichtlich der Energieversorgung vor Augen.[1293] Der Bau von inländischen Kraftwerken wurde deshalb in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einem wichtigen Standbein der künftigen Schweizer Energiepolitik. So wurde auch das durch den Ausbruch des Kriegs zurückgestellte Kraftwerksprojekt im Wäggital wieder interessant. Mit dessen Bau konnten die Stadt Zürich sowie die Nachbarkantone auch in den wasserärmeren Wintermonaten mit Elektrizität versorgt werden. 1918 erteilte der Schwyzer Kantonsrat die nötigen Konzessionen an die EWZ, die zusammen mit den «Nordostschweizerischen Kraftwerken» (NOK) die AG Kraftwerk Wäggital gründete, um ab 1921 die Realisierung des Projektes auf interkantonaler Grundlage durchführen zu können.[1294]

Im Lauf der Planungszeit wurden technische Anpassungen vorgenommen, die den Betrieb des Kraftwerks optimierten. So wurde beispielsweise die 1918 geplante Stauhöhe des Sees von 883 Meter über Meer im Jahr 1920 auf 900 Meter über Meer erhöht, umso mehr Wasser zur Stromgewinnung zur Verfügung zu haben.[1295]

Allerdings wurde die Gemeinde Innerthal, welche vom Bau des Kraftwerks direkt betroffen war, an den Diskussionen um die Kraftwerkspläne oder die Vergabe der Konzessionen kaum beteiligt.

1289 Bernhard 1921: 86.
1290 Vgl. Bernhard 1921.
1291 Zur Geschichte der Entwicklung der Elektrizitätsnutzung in der Schweiz und der damit zusammenhängenden Planung des Wäggitaler Kraftwerks vgl. Pfister 2013.
1292 Vgl. Wiget 2013.
1293 Vgl. Pfister 2016b: 113-132; Amacher Hoppler 2016.
1294 Vgl. Horat 2008: 269.
1295 Vgl. Kruck 1925: 36; Pfister 2013: 39.

Denn rechtlich relevant waren nur die Zusagen des Bezirkes March und des Kantons Schwyz. Die direkt betroffenen Innerthaler erfuhren von den Plänen und dem Stand der Planungsarbeiten aus der Presse.[1296]

Als allerdings die Anhebung der Stauhöhe in der Planung aufgenommen wurde, regte sich in der Gemeinde Widerstand, da mit der neuen Stauhöhe die Existenz der Gemeinde wesentlich bedroht war. Ab August 1920 legte die Gemeinde beim Bundesgericht mehrmals Rekurs gegen das Vorhaben ein. Die Rekurse wurden aber abschlägig beantwortet.[1297] Als 1922 auch noch die letzten Unklarheiten mit den Bundesbehörden bezüglich des Baus geregelt werden konnten, stand dem Bau des Kraftwerks nichts mehr im Weg.[1298]

Obschon nur ein Zehntel der Fläche von Innerthal durch den Stausee bedeckt werden sollten, traf das Bauvorhaben die Gemeinde im Kern ihrer Existenz. Denn das betroffene Gebiet beherbergte nicht nur den Dorfkern, im bedrohten Talgebiet konzentrierte sich zudem das wirtschaftliche Leben der Gemeinde. Mit der Realisierung des Baus mussten der Dorfkern von Innerthal und 32 Bauernhöfe aufgegeben werden, um den Wassermassen des Sees Platz zu machen. Eine Fläche von 4.15 Quadratkilometer, der grösste Teil davon landwirtschaftlich genutztes Wiesland, drohte von den Wassermengen überflutet zu werden. Insgesamt waren etwa 280 Personen von der baldigen Flutung des Tales betroffen. Innerthal wies per 1920 eine Bevölkerung von 369 Personen aus womit die Mehrheit der Bevölkerung durch den geplanten See direkt betroffen war. Es erstaunt daher nicht, dass die Einwohner von Innerthal mit allen Mitteln gegen den Bau des Kraftwerks kämpften, wie die Einsprachen zwischen 1920 und 1922 zeigten.[1299]

Die AG Kraftwerk Wäggital interessierte sich ihrerseits ebenfalls für eine Lösung für die Bewohner von Innerthal und beauftragte am 20. April 1920 die SVIL mit der Ausarbeitung eines Gutachtens zur Umsiedlung der betroffenen Dorfbevölkerung.[1300]

Im Gutachten wurde die betroffene Gemeinde genaustens untersucht, die vom Stausee betroffenen Wirtschaftsgebiete wurden vermessen und hinsichtlich ihrer Bodenbeschaffenheit analysiert, sodass die vorgeschlagenen Umsiedlungsmassnahmen bestmöglich dem vorhergehenden Eigentumsstand entsprachen. Bernhard kam zum Schluss, dass für die Umsiedlung «günstige Voraussetzungen vorhanden»[1301] waren. Die Konstruktionen der Liegenschaften in der von der Flutung betroffenen Talebene würden sich, nach Bernhard, sogar gut zur Dislokation eigenen, so dass die

---

1296 Vgl. Pfister 2013: 40.
1297 Vgl. Pfister 2013: 39-46.
1298 Vgl. Pfister 2013: 45-48.
1299 Vgl. Kruck 1925: 51; Pfister 2013: 72-73; Wiget 2013.
1300 Das Gutachten zur Umsiedlung im Wäggital war nur als Teilprojekt gedacht. Ferner sollte die SVIL die Umsiedlung bei der Schaffung des Etzelwerkes im Kanton Schwyz und die Ansiedlungswerke der linksseitigen Linthebene wissenschaftlich begutachten. Da das Projekt im Wäggital zeitlich aber am Nächsten stand, wurde dieses prioritär behandelt. Vgl. Bernhard 1921: 5.
1301 Bernhard 1921: 83.

Liegenschaften an einem neuen Standort am Rand des Stausees wiederaufgebaut werden könnten. Um ein solch «lokales Umsiedlungswerk»[1302] bewerkstelligen zu können, seien in einem ersten Schritt die notwendigen Strassen, inklusive den in Verbindung stehenden Meliorationsarbeiten, notwendig, um dann die Dislokation der bisherigen Bauten an den neuen Standort realisieren zu können. Die Allmend als bisher öffentlich bewirtschaftetes Land, erachtete Bernhard als unvollkommen genutzt und plädierte dafür, den Gemeinbesitz nun im Zuge einer einheitlichen Siedlungspolitik in «selbstständige Heimwesen» zu überführen.[1303] Es gehe nun darum, eine möglichst intensive Bodennutzung ermöglichen zu können. Die Allmend habe bisher einen eher geringen Nutzen abgeworfen, daher sei nicht an der Aufrechterhaltung der Allmend festzuhalten, schliesslich gehe es hier um «Sein oder Nichtsein der Gemeinde Innerthal»[1304]

Mit dem Ausbau der Strassen könne zudem neues Streueland erschlossen werden, was die Aufrechterhaltung der ansässigen Viehwirtshaft ermöglichen sollte.[1305]

Das Siedlungswerk setze einen einheitlichen, planerischen Blick voraus und daher sei davon abzusehen – wie dies vereinzelt vorgeschlagen worden war –, die Neuansiedlung den ausgesiedelten Bauern selbst zu überlassen, befand Bernhard in seinem Gutachten. Vielmehr sei es wünschenswert, dass die Konzessionäre das Umsiedlungswerk mit der Schaffung einer dafür zuständigen juristischen Person an die Hand nehmen würden.[1306] Er kam zum Schluss, dass das Umsiedlungswerk durchaus realisierbar sei.

Bernhard erhoffte sich, mit seinem Vorschlag zur Umsiedlung der betroffenen Landwirte, der Abwanderung aus Innerthal entgegenwirken und sie so der Landwirtschaft erhalten zu können. Damit traf Bernhard einen Punkt, den auch Teile der Bevölkerung teilten. So war am 29. Oktober 1921 in einem Artikel über das «Arme Völklein in Innterthal» im Einsiedler Anzeiger zu lesen:

> «Wir befürchten, der kommende See werde die Bewohner von Innerthal weder reich noch glücklich machen. […] Aber einewäg! Der See wird kommen, Bauernwirtschaft hin, Bauernwirtschaft her. Nur ein Viertel der schweizerischen Landbevölkerung treibt heute noch Landwirtschaft. Wie lange wird es dauern, bis auch diesem landwirtschaftlichen Viertel von der Elektrizitäts-Seewut trotz der überall stockenden Industrie der Garaus gemacht wird?»[1307]

1302 Bernhard 1921: 83.
1303 Vgl. Bernhard 1921: 47.
1304 Bernahrd 1921: 48.
1305 Vgl. Bernhard 1921: 69-71.
1306 Vgl. Bernhard 1921: 64.
1307 Einsiedler Anzeiger, 29.10.1921.

Diese Furcht vor einer kommenden Zerstörung der Landwirtschaft traf an anderer Stelle auf die Position, dass sich Kleines opfern müsse, wenn Grosses entstehen soll.[1308] Die Schweizer Bevölkerung war sich uneins, ob die technischen Bauten, welche die traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweisen beeinflussten, zu begrüssen waren oder nicht.

Dieser Graben zog sich auch durch die Innerthaler Gemeinde. Denn mit dem Geld, das die Betroffenen von der AG Kraftwerk Wäggital erhielten, liess sich an einem anderen Ort problemlos eine neue Existenz aufbauen. Im March-Anzeiger vom 6. August 1920 wird beispielsweise ein Bauer als Glückpilz bezeichnet, der sein Stück Weideland, das er einst für 1'200 SFr. erstanden hatte, dem Elektrizitätswerk Wäggital für 30'000 SFr. verkaufen konnte.[1309] Andere Einwohner hingegen hatten weniger Glück. Ihnen wurde für den Fall, dass sie die angebotene Entschädigung als zu gering erachteten und ausschlugen, mit der Expropriation gedroht.[1310]

Bernhards Vorschlag zur Umsiedlung traf daher auf ein gespaltenes Dorf, welches das Vertrauen in behördliche Institutionen weitgehend verloren hatte. Denn als Bernhard am 30. August 1921 an einer Konferenz in Innerthal das Umsiedlungswerk der betroffenen Bevölkerung vorstellte, stiess er daher auf wenig Zustimmung. Für die Realisierung des Projektes musste stark in die Besitzverhältnisse von Innerthal eingegriffen werden. Manche Bewohner mussten bei der Umsiedlung flächenmässige Verluste in Kauf nehmen. Daher zogen es die meisten Innerthaler vor, für ihre Gebiete ausbezahlt zu werden. Das Siedlungswerk könne realisiert werden, aber man werde sich erst für oder gegen den Verbleib in der Gemeinde entschliessen, wenn man die neuen Liegenschaften und Ländereien in Augenschein genommen habe, so die Haltung der Innerthaler Bewohner.[1311]

Die Realisierung des Umsiedlungswerks setzte aber ein Zusammengehen der Gemeinde mit der «AG Kraftwerk Wägital» voraus. Dies war zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht zu bewerkstelligen, sodass Bernhards Umsiedlungsplan in Innerthal schliesslich scheiterte. Die Landwirte wurden ausbezahlt und nur wenige entschlossen sich dazu, in der Gemeinde erneut anzusiedeln.[1312]

Das Beispiel aus dem Wäggital zeigt, dass die Umsiedlung von Landwirten keine konfliktfreie Angelegenheit war. Die enge Zusammenarbeit mit den Behörden und den Kraftwerkverantwortlichen entzog der SVIL die Glaubwürdigkeit bei der betroffenen Bevölkerung. Diese versuchte vielmehr, für den Erhalt ihres Eigentums zu kämpfen. Die SVIL wollte eigentlich mit Projekten wie dem Umsiedlungswerk Wäggital sowohl die Bedürfnisse einer modernen, industrialisierten

---

1308 Vgl. Bütikofer 1926: 75; siehe auch Pfister 2013: 78.
1309 Vgl. March-Anzeiger, 06.08.1920; siehe auch: Pfister 2013: 80.
1310 Vgl. Pfister 2013: 80.
1311 Vgl. Pfister 2013: 75-76.
1312 Die Zahl der Personen, die aufgrund der Realisierung des Kraftwerks Innerthal verliessen, variert in der Literatur zwischen 80-140 Personen. Vgl. Pfister 2013: 72-73.

Gesellschaft als auch die der landwirtschaftlich geprägten Gebiete berücksichtigen und so als Brückenbauer zu agieren. Im Fall des Kraftwerks Wäggital musste das Vorhaben allerdings am Misstrauen der Bevölkerung und am mangelnden Sensorium der Planer für die bäuerlichen Bedürfnisse scheitern. Dennoch stellte sich die Innerthaler Bevölkerung nicht geschlossen gegen die Überflutung grosser Teile ihrer Gemeinde, denn viele begrüssten die Aussicht, an anderer Stelle und mit finanzieller Entschädigung ein neues Leben beginnen zu können.

Ansiedlung der Städte- und Industriebevölkerung

Bernhards Sorge galt aber nicht nur der Landbevölkerung und der Landwirtschaft, sondern vor allem auch der städtischen Bevölkerung:

> «Die Hauptarbeit wird die schweizerische Innenkolonisation in der Sorge um die Ernährung und das Wohnen der Industrie- und Stadtbevölkerung zu suchen haben. Ist es doch die Industrialisierung, welche innenkolonisatorische Bestrebungen in unserem Lande ins Leben ruft.»[1313]

Die Ernährungskrise des Ersten Weltkriegs hatte insbesondere die Verletzlichkeit der städtischen Einwohner offenbart. So waren es Industriearbeiter und Beamte gewesen, die unter den steigenden Lebensmittelpreisen am stärksten gelitten hatten.[1314] Insbesondere jene Bevölkerungskreise, die keine Möglichkeit zum Anbau von Gemüse und Kartoffeln hatten, waren der Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt ohnmächtig ausgeliefert gewesen. Diese Situation sei eine direkte Folge des planlosen Ausbaus schweizerischer Städte zur Hochzeit der Industrialisierung gewesen, so Bernhards Verdikt.[1315]

Die sogenannten städtischen Pflanzwerke, wie sie Paul Pflüger mit dem Zürcher Familiengartenverein[1316] errichtete, wiesen für Bernhard in die richtige Richtung: Es ging darum, die Stadtbevölkerung in die Nahrungsmittelproduktion zu integrieren und ihr eine partielle Selbstversorgung zu ermöglichen. Allerdings gingen Bernhard die Ambitionen der städtischen Pflanzwerke nicht weit genug. Diese seien zwar eine gute Massnahme, um die Innenkolonisation zu unterstützen, würden allein aber zu wenig Anbaufläche schaffen, als dass die städtische Bevölkerung in den Genuss einer partiellen Selbstversorgung kommen könnte. Stattdessen müsse auch die städtische Industriebevölkerung gezielt angesiedelt werden. Analog zu den Vorstellungen des ländlichen Siedlungswesens entwickelte Bernhard die Idee, in Stadtnähe Arbeitersiedlungen für die Industriebevölkerung zu schaffen. Bei der Erstellung solcher Siedlungen sei vor allem darauf zu achten, dass

---

1313 Bernhard 1919b: 18.
1314 Vgl. Moser 2016: 108.
1315 Vgl. Bernhard 1919b: 11-12.
1316 Siehe Kapitel 4.2.

jeder Familie eine eigene, freistehende Liegenschaft mit angemessenem Umschwung zur Verfügung gestellt werde.

Durch die gezielte Ansiedlung von Arbeiterfamilien in stadtnahen Siedlungen sollte nach Bernhard nicht nur die Möglichkeit für nebenberuflichen landwirtschaftlichen Anbau geschaffen und so die Verletzlichkeit bei Störungen in der Lebensmittelversorgung vermindert werden, es sollte zudem gleichzeitig eine Verbesserung der unzulänglichen Wohnverhältnisse in den Schweizer Städten realisiert werden. «Die Wohnkolonien in der Nähe mancher Fabriken» sollten durch «Heimstätten» ersetzt werden, welche den «Forderungen der Ethik und Hygiene» Folge leisteten und es erlaubten, dass «auch die Industriebevölkerung wieder mit der allein ernährenden Scholle» in Verbindung gebracht werden.»[1317]

Besonders eng verknüpft mit der Idee der Ansiedlung der städtischen Bevölkerung an der Peripherie der Schweizer Städte war die Idee der Dezentralisation. Als während der Blütezeit der Industrialisierung industrielle Zentren, wie Biel, Winterthur, Basel oder Zürich, stark angewachsen waren, hatte man es versäumt, einen entsprechenden Siedlungsplan zu entwerfen. Die Folge war ein zentralisierter Stadtbau, der sich durch stark steigende Bodenpreise und eine sehr enge Bauweise auszeichnete.[1318]

Bernhard plädierte stattdessen für eine Dezentralisierung des städtischen Wohnungswesens in Verbindung mit einem entsprechenden Ausbau des städtischen Nahverkehrs.[1319] Die ländlichen und urbanen Räume seien über ein modernes Verkehrsnetz besser zu erschliessen, sodass die Grenze zwischen Stadt und Land in raumplanerischer Hinsicht durchlässiger gestaltet werden könne.

Besonders die Erfahrung der Kriegszeit habe gezeigt, dass die Siedlungspolitik in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ein Fehler gewesen sei:

> «Wo hunderttausende von Menschen ohne eigene Beziehung zum Boden sich niederlassen, da wird die Nahrungsmittelversorgung schwer, so schwer, dass menschliches Können versagen muss. Dass man die Siedlung der Industriebevölkerung sich selbst überliess, nicht planmässig mit öffentlichen Massnahmen eingriff, nicht Heimstätten mit Eigenversorgung, sondern bloss Wohnstätten, schuf, ist meines Erachtens einer der grössten Fehler der bisherigen Wirtschaftspolitik. Bei uns und anderwärts.»[1320]

1317 Bernhard 1919b: 10.
1318 Vgl. Bernhard 1919b: 10.
1319 Vgl. Bernhard 1919b: 10, 23.
1320 Bernhard 1919b: 12.

Das Übel der Überindustrialisierung, so Bernhard weiter, gelte es nun an der Wurzel zu fassen. Dazu sei das Wachstum der grossen Orte zu dezentralisieren und die «nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung mit der Scholle in Verbindung»[1321] zu bringen. Dies könne über die Gartenstadtbewegung geschehen, wobei der städtische Gartenbau durch die Innenkolonisation zu erhalten.[1322] Man dürfe aber nicht durch diese Püntenwirtschaft den stadtnahen beruflichen Landwirten Land wegnehmen; Bernhard argumentiert hier also klar gegen Pflüger. Den Eigenbedarf decke der Gartenanbau aber bei weitem nicht, dazu sei es unabdingbar, auch auf den Regieanbau durch die Industrie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden zu setzen.[1323]

Beispiel: Siedlungswerk Lantig

Der Raum um die Stadt Winterthur herum hatte diesbezüglich Pioniercharakter. Durch die industrielle Landwirtschaft waren stadtnahe Ödlander erschlossen worden, welche sich nun zur Besiedlung anboten. Das «Siedlungsprojekt im Lantig» in der Gemeinde Wülflingen sollte als Musterbeispiel des städtisch-industriellen Siedlungsbaus künftigen Siedlungen den Weg weisen. Bis 1922 konnten in Wülflingen zehn Wohneinheiten geschaffen werden.[1324] «Nicht durch eine Masse gebauter Häuser» sollte hier Eindruck gemacht werden, sondern «die Anlage soll dartun, wie auf dem Wege der Oedland-Erschliessung [...] Heimwesen für nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung geschaffen werden können [...].»[1325]

In der Tat wies die Entstehungsgeschichte des Siedlungswerks Lantig einen beinahe idealtypischen Entstehungsverlauf dar. Die Flurabteilung Lantig gehört zur Gemeinde Wülflingen und lag 1918 an der Strasse von Wülflingen nach Hettlingen und an der Bahnverkehrsachse von Winterthur nach Schaffhausen. Das zu besiedelnde Land war rund zehn Gehminuten von der Tramstation in Wülflingen entfernt.

Das Gebiet war im Herbst 1918 von der SVIL als mögliches Meliorationsgebiet für die Aufgabe der industriellen Landwirtschaft bezeichnet worden. In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Ernährungsamt Zürich ermöglichte die Gemeinde Wülflingen daraufhin, das Land in eine Meliorationspacht zu überführen. Die «Gebrüder Sulzer AG» in Winterthur, entstanden aus einer Giesserei, übernahm die Pacht und realisierte die Meliorationsarbeiten im Winter 1918/1919. Die Pläne zur Drainage wurden vom kantonalen Meliorationsamt unter der Leitung von Johann Girsberger erstellt. Die rund SFr. 17'000 Meliorationskosten teilten sich der Bund (SFr. 5'000 Schweizer Franken), der Kanton Zürich (SFr. 5'100) und die Gebrüder Sulzer AG (SFr. 6'900)

1321 Vgl. Bernhard 1919a: 19.
1322 Zur Gartenstadt-Idee siehe Kapitel 2.1.4.
1323 Vgl. Bernhard 1919a: 21.
1324 Vgl. Bernhard 1922: 1.
1325 Bernhard 1922: 1.

auf. Nach erfolgter Drainage war das Land aber noch nicht kulturfähig, sondern bedurfte weiterer Bearbeitung. Nun an der Strasse gelegen konnte die Gebrüder Sulzer AG einige Parzellen für Familiengärten zuhanden der in Wülflingen wohnenden Arbeiter erstellen. Das weitere Land wurde von Gebüschen befreit und planiert. Diese Arbeiten zogen sich allerdings bis ins Frühjahr 1921 hinein. Wo es möglich war, versuchte die Gebrüder Sulzer AG zwischen 1920 und 1921 Getreidepflanzungen «in Regie und auf dem Weg der Motorkultur»[1326] vorzunehmen. Zur Realisierung von Arbeiten der industriellen Landwirtschaft hatten in Winterthur ansässige Industriefirmen einen Traktor und entsprechende Pflugwerkzeuge auf genossenschaftlicher Grundlage angeschafft. Die Bearbeitung des Bodens mit Traktor reichte aber nicht aus, um ein für den Getreidebau befriedigendes Resultat zu erzielen, was wiederum die Nachbearbeitung per Hand unumgänglich machte. 1920 wurde die Pacht von der Gebrüder Sulzer AG an die «Siedlungsgenossenschaft Lantig» übertragen.[1327]

Die Siedlungsgenossenschaft war bereits im März 1920 gegründet worden mit dem Ziel, das entstehende Kulturland mit landwirtschaftlichen Arbeiterheimstätten zu besiedeln. Die Genossenschaft setzte sich aus der Stadt Winterthur, der Gebrüder Sulzer AG, der Schweizerischen Lokomotiv- und Eisenbahnfabrik, der Seifenfabrik Sträuli, der Gesellschaft zur Erstellung billiger Wohnhäuser[1328] sowie der Ganzoni Cie. zusammen. Die Genossenschaft war als vorübergehende Trägerschaft des Siedlungswerks ins Leben gerufen worden. Ziel war die Selbsterhaltung des Siedlungswerkes durch die Kolonisten.

Insbesondere in der Anfangszeit hatten die Siedler wohl noch aus eigener Kraft Kultivierungsarbeiten zu leisten, da jene per 1920 noch nicht vollständig abgeschlossen waren. Bernhard machte aus diesem Mangel in der Schrift, welche die Entstehung des Ansiedlungswerkes dokumentiert, eine Tugend:

> «Wohl ist der Boden entwässert und auch von guter natürlicher Fruchtbarkeit, aber er muss noch gehörig durchgearbeitet werden, bis er voll ertragfähig sein wird. Indessen halten wir dafür, dass der Zweck des Siedlungswerkes ein verfehlter sein würde, wollte man alles so vorbereiten, dass der Ansiedler sich lediglich zur Musse ins neue Heim zu setzen brauchte. Erst die eigene Arbeit macht dem rechten Mann die Scholle lieb und wert.»[1329]

1326 Bernhard 1922: 4.

1327 Vgl. Bernhard 1922: 1-6.

1328 Die „Gesellschaft zur Erstellung billiger Wohnhäuser", die 1860 unter dem Eindruck der grassierenden Wohnungsnot in Winterthur gegründet worden war, hatte sich den gemeinnützigen Wohnungsbau zum Ziel gesetzt. Vgl. Wohnen 1972: 201-204.

1329 Bernhard 1922: 29.

Für Bernhard war klar, dass mit dieser Siedlung nicht einfach neuer Wohnraum, sondern vielmehr «Heimwesen»[1330] entstehen sollten, welche einen entsprechenden Gestaltungs- und Arbeitswillen des Siedlers voraussetzen. Aus diesem Grund seien die Anwärter – wie bei Siedlungsprojekten in den Niederlanden oder in Deutschland – auf ihre Eignung hin zu testen. Dieses Selektionsvorhaben wurde mit der Notwendigkeit landwirtschaftlicher Kenntnisse begründet. Wohnhäuser konnten zuerst nur gemietet werden, und erst nach zwei Jahren war es dem Siedler möglich, das Haus und den Boden käuflich zu erwerben. Doch selbst nach einem solchen Kauf verpflichtete sich der Eigentümer dazu, das Land instand zu halten und akzeptierte ein Verbot betreffend «spekulativen Weiterverkaufs»[1331]. Sollte ein Sieder sein erworbenes Eigentum wieder veräussern wollen, war ein vorgezogenes Rückkaufrecht durch die Genossenschaft vorgesehen.[1332]

Wesentlich für das Siedlungswerk war aber auch, dass das Bauprojekt einen sogenannten Bewirtschaftungsplan zur optimalen Organisation der Siedlung umfasste. So sollte die Parzellenordnung modernen Massstäben genügen und die Bearbeitung durch Maschinen zulassen. Durch die bald bevorstehende Güterzusammenlegung in der Gemeinde Wülflingen würden zudem weitere Flurwege geschaffen. Die Verkehrsanbindung der Siedlung war ohnehin optimal. Der Winterthurer Nahverkehr war in Wülflingen in kurzer Distanz erreichbar und die Nähe zu den Geleisen bot wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Ebenfalls war die Erschliessung der Wasserversorgung durch das nahe Wülflingen möglich, so dass sich die Siedlung hinsichtlich ihrer infrastrukturellen Anbindung an einer optimalen Position lag. Schon aus diesem Grund kann das Siedlungswerk Lantig als mustergültig im Sinne der Innenkolonisation angesehen werden.[1333]

Allerdings wird auch deutlich, dass trotz des Planungseifers einige Sachverhalte ungeklärt blieben. So konnte beispielsweise während der Bauplanung keine Einigung bezüglich der Wohnstruktur getroffen werden. In der Folge entschied man sich, sowohl Zweifamilienhäuser als auch Einfamilienhäuser zu erstellen. Die Erfahrung hatte dann aber gezeigt, dass Einfamilienhäuser stärker nachgefragt wurden. Zudem hatte die Kombination aus regionalem Fachwerkbau und massivem Baustil in den Erdgeschossen hohe Baukosten verursacht, sodass Bernhard beim Vergleich des Plans mit dem Resultat doch nicht ganz zufrieden war. Er verwies darauf, dass die Siedler nun ja die Gelegenheit hätten, ihr Budget durch die partielle Selbstversorgung zu entlasten. [1334]

Das Siedlungswerk Lantig wies einen gewissen Experimentalcharakter auf, dennoch zeigte das Projekt die Weiterentwicklung des Siedlungs- und des Meliorationswesens unter Einbezug der

---

1330 Bernhard 1922: 28.
1331 Bernahrd 1922: 10.
1332 Vgl. Bernhard 1922: 10-11.
1333 Vgl. Bernhard 1922: 11-19.
1334 Bernhard 1922: 31.

Industrie auf. Insofern erfüllte das Siedlungswerk Lantig seine Funktion als pionierhaftes Beispiel für die Innenkolonisation.

6.3 Versuchte Institutionalisierung der Innenkolonisation als gemischtwirtschaftliches Projekt in der frühen Zwischenkriegszeit

Die SVIL hatte sich per 1919 als Organisation zur Förderung der Innenkolonisation konstituiert und sich stets auch als Verein mit Wohlfahrtscharakter begriffen. Während im Krieg der Mehranbau von Lebensmitteln im Vordergrund gestanden war, wich dieses Vorhaben in der Zwischenkriegszeit dem längerfristigen Ziel, die Siedlungspraxis und -politik in der Schweiz auf eine neue Basis zu stellen.

Der Vorstand der SVIL, insbesondere Hans Bernhard, war seit der Gründung der Organisation von einem grossen Tatendrang geleitet. Zur Legitimierung und zielgerichteten Handlungsfähigkeit des Grossprojektes der Innenkolonisation suchte Bernhard stets, Anknüpfungspunkte für die SVIL an staatliche Institutionen zu schaffen. Die Praxis des Bundes, während des Kriegs private Vereine mit quasi-staatlichen Funktionen zu versehen, diente Bernhard vermutlich als Vorbild für die strategische Ausrichtung der SVIL in der Nachkriegszeit.[1335]

Während die SVIL im letzten Kriegsjahr als Organisation mit dem Ziel der Mehrung des landwirtschaftlichen Anbaus geschaffen worden war, drohte ihr nach Kriegsende ein Bedeutungsverlust, da sich der internationale Lebensmittelhandel allmählich erholte und die Überbrückung der Inlandversorgung durch die industrielle Landwirtschaft somit nicht länger dringend war. Bernhard aber erachtete die Lebensmittelknappheit während des Kriegs nur als ein Symptom eines tieferliegenden, strukturellen Problems. Er proklamierte die Bekämpfung der Landflucht, die Erschliessung von Agrar- und Siedlungsland und die gezielte Besiedlung des Landes nach einem Plan, der die Integration von Landwirtschaft und Industrie beabsichtigte, zu den wesentlichen Aufgaben, mittels deren Missverhältnisse, wie sie soeben erfahren worden waren, in Zukunft verhindert werden sollten. Mithilfe der Innenkolonisation sollte den strukturellen Nachteilen der Industrialisierung, wie Arbeitslosigkeit, Landflucht, landwirtschaftliche Monokultur und der damit verbundenen Anfälligkeit für Nahrungsmittelkrisen und planlosen Stadtbau, begegnet werden. Das Projekt der industriellen Landwirtschaft «war eben nur in seinen Anfängen kriegswirt-

[1335] Die Aufwertung des Zentralverbandes Schweizerischer Milchproduzenten im Ersten Weltkrieg zu einer quasi-staatlichen Organisation mit Behördencharakter ist ein Beispiel dafür, wie die Schweizer Behörden während des Kriegs versuchten, mangelnde Kompetenz in den eigenen Reihen durch den Beizug privater Organisationen zu überbrücken. Vgl. Moser, Brodbeck 2007: 100-104. Zu der Praxis, private Organisationen mit staatlichen Funktionen auszustatten, siehe zudem: Cottier 2016: 179.

schaftlich, in seiner Fortentwicklung dagegen hat es sich zu einer praktischen sozialen Reform von bleibender und stets wachsender Bedeutung entwickelt»[1336], so Bernhard.
Aus dem punktuellen und regional begrenzten Projekt der industriellen Landwirtschaft war so das umfassende und grossräumig angedachte Projekt der Innenkolonisation entstanden. Die ambitionierten Zielsetzungen Bernhards, die durchaus eine nationale Perspektive besassen, verlangten nicht nur nach einer entsprechenden Vernetzung mit Partnern, sondern am besten auch nach einer gesetzlichen Grundlage, welche die Innenkolonisation im Rahmen der bereits bestehenden Förderprojekte einordnen würde.

6.3.1 Hans Bernhards Entwurf eines eidgenössischen Siedlungsgesetzes im Jahr 1920

Am 4. Oktober 1917 hatte Nationalrat Johann Jakob Schär ein Postulat an den Bundesrat gerichtet, mit der Bitte zu prüfen «ob nicht Massnahmen getroffen werden könnten, um der drohenden Entvölkerung unserer Berg- und Landgemeinden, insbesondere der Gefahr einer allzustarken Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach Beendigung des Weltkriegs entgegen zu steuern»[1337]. Das Volkswirtschaftsdepartement beauftragte daraufhin das Schweizerische Bauernsekretariat mit der Erstellung eines Gutachtens zur Prüfung der von Nationalrat Schär vorgebrachten Fragen. Dieses nannte dann neben weiteren «Massnahmen zur Bekämpfung der Entvölkerung der Berg- und Landgemeinden»[1338] auch die Innenkolonisation als mögliche Massnahme. Die Erwähnung der Innenkolonisation weckte wiederum das Interesse des Volkswirtschaftsdepartementes, sodass es Ende 1919 die SVIL damit beauftragte, ein Gutachten über die mögliche Förderung der Innenkolonisation durch den Bund zu erstellen.[1339]
Bernhard sah damit die Chance gekommen, dem Projekt der Innenkolonisation nun die benötigte staatliche Grundlage zu verschaffen. Selbstsicher äusserte er sich dahingehend, dass der Bund wohl schon selbst ein Amt für Innenkolonisation geschaffen hätte, wenn die SVIL nicht bereits bestände.[1340]
Obschon es Bernhard primär um die Förderung der Innenkolonisation ging, nannte er das zu schaffende Gesetz, für welches er den Vorschlag ausarbeitete, „Siedlungsgesetz". Er befürchtete, dass ein Gesetz für Innenkolonisation durch zu viele Aspekte, wie die Bekämpfung der Landflucht und die Verbesserung der Besitzverhältnisse, überfrachtet werden würde. Die Siedlung stelle den wichtigsten und dringlichsten Aspekt im Massnahmenstrauss der Innenkolonisation

1336 Geschäftsbericht der SVIL für das Jahr 1919: 1.
1337 Schweizerisches Bauernsekretariat 1919: 3.
1338 Schweizerisches Bauernsekretariat 1919.
1339 Vgl. Geschäftsbericht der SVIL für das Jahr 1920: 13; Borer 1984: 55-56.
1340 Vgl. Geschäftsbericht der SVIL für das Jahr 1920: 2.

dar, so Bernhard,[1341] zumal auch die Projekte der industriellen Landwirtschaft sowie der SGG gezeigt hätten, dass meliorierte Anbauflächen ohne Siedlungsanbindung nur schwer bearbeitet werden könnten. Fernbewirtschaftungen von meliorierten Ländereien seien, wenn möglich, zu vermeiden und stattdessen die Besiedlung der in Kultur genommenen Ödländer anzustreben.[1342]

Bernhard versuchte also, die Innenkolonisation zur Staatsaufgabe zu machen. Denn «[d]en ersten schweren Schritt in der ganzen Innenkolonisation hat die Privatinitiative getan»[1343]. Wenn der Staat nun auch fördernd eingreife, könne damit verhindert werden, dass die Privatinitiative allzu bald wieder erlahme. Der Erlass eines eidgenössischen Siedlungsgesetzes würde «der Durchführung der Kolonisationswerke das Unsichere» nehmen, argumentierte er.[1344]

Aus diesem Grund war die SVIL sehr daran interessiert, ihre Beziehung zu den Bundesbehörden auf eine gute Grundlage zu stellen. Die für die Siedlungs-Pilotprojekte der SVIL einmalig ausgeschütteten Subventionen sollten möglichst bald durch regelmässige Subventionszahlungen aus einem Siedlungsfonds abgelöst werden.

Neben der Klärung der finanziellen Fragen war es Bernhard ein Anliegen, die komplexen Beziehungen von Gemeinden und Kantonen bei den regionalen Projekten der SVIL durch eine eidgenössische Gesetzgebung besser koordinieren zu können.

Die SVIL war bis 1920 hauptsächlich mit der Umsetzung regionaler Projekte der industriellen Landwirtschaft beschäftigt gewesen und hatte dabei die Erfahrung gemacht, dass der Regieanbau durch die Industrie eine enge Kooperation mit Behörden, kulturtechnischen Experten und bisweilen auch mit den Eigentümern oder Pächtern der entsprechenden Ländereien voraussetzte. Bernhard hielt fest, dass der «einheitliche Zug […] erst durch die Mitwirkung des Kantons in das Siedlungsprogramm hinein»[1345] kam. Um der Innenkolonisation zusätzlichen Schwung und eine nationale Ausrichtung zu verleihen, versuchte Bernhard ab 1919 ein nationales Siedlungsgesetz auf den Weg zu bringen, das aus der Innenkolonisation Grundlagen für die künftige gesamtschweizerische Siedlungspolitik ableiten sollte.

Die wichtigsten Punkte des Gesetzesentwurfs waren die folgenden:

- Erstens plädierte Bernhard für eine systematische statistische Erhebung der besiedlungsfähigen Ödländer auf Schweizer Boden sowie eine statistische Aufnahme der ungenügend genutzten Kulturareale und Waldflächen.[1346]

1341 Vgl. Bernhard 1920a: 4.
1342 Vgl. Bernhard 1920a: 11-12.
1343 Geschäftsbericht der SVIL für das Jahr 1920: 17.
1344 Geschäftsbericht der SVIL für das Jahr 1920: 17.
1345 Bernhard 1919d: 30.
1346 Vgl. Bernhard 1920a: 64.

- Zweitens sollte eine Zentralstelle für Innenkolonisation mit gemischtwirtschaftlichem[1347] Charakter geschaffen werden. Dieser Zentralstelle sollte die «wissenschaftliche Bearbeitung der Innenkolonisation» und die «Verarbeitung der statistischen Erhebungen […] zu einem eidgenössischen Siedlungsplan» und die weiteren Vorbereitungen, Begutachtungen und Beratungen bei Siedlungswerken obliegen.[1348]
- Drittens sollte die direkte Subventionierung von Siedlungswerken analog zum Bodenverbesserungswesen ermöglicht und ein eidgenössischer Siedlungsfonds eingerichtet werden. Das Meliorationswesen selbst war nach Bernhards Vorschlag im Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft zu belassen, sollte aber im bestmöglichen Einklang mit dem Siedlungsgesetz gehalten werden.[1349]

Grundsätzlich sollten die Kantone Hauptverantwortliche für die Siedlungswerke auf ihrem Boden sein, dem Bund sollte die Rolle zufallen, einen nationalen Siedlungsplan zu erstellen, um die kantonalen Projekte sinnvoll koordinieren zu können.
Das von Bernhard vorgeschlagene Siedlungsgesetz ist nie zur Umsetzung gekommen wenn auch das Volkswirtschaftsdepartement die Bestrebungen der SVIL grundsätzlich unterstützte.[1350]

6.3.2 Die Beziehungen zwischen der SVIL und dem Bund

Bereits 1919 hatte Bernhard über den Geschäftsbericht der SVIL verlauten lassen, dass die finanzielle Lage des Vereins zwar befriedigend sei, man auf Dauer mit den vorhandenen Mitteln aber nicht auskommen werde und daher eine Anhebung des Mitgliederbestandes anstrebe und um Bundessubventionen ersuchen werde.[1351]
In einem Schreiben vom 2. Februar 1920 beantragte die SVIL schliesslich beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement jährliche Subventionen. Parallel hatte sich auch der «Schweizerischer Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus» im November 1920 um Bundessubventionen bemüht. Die Behandlung der Gesuche wurde von einer Expertenkommission zur Wohnungs- und Siedlungsfrage intern behandelt, und es wurde dem Bundesrat schliesslich der Vorschlag unterbreitet, die Anfragen gemeinsam zu behandeln. Die Behebung der Wohnungsnot, die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues und die Innenkolonisation würden «trotz ihrer organischen Zusammengehörigkeit einigermassen selbstständige Sozialprobleme»[1352] darstellen und seien deshalb zweckmässig zu teilen. Die beiden Organisationen würden

---

1347 Als «gemischtwirtschaftlich» bezeichnet Bernhard eine hybride Organisation, die sich sowohl aus privatwirtschaftlichen als auch staatlichen Teilen gleichermassen zusammensetzen sollte.
1348 Bernhard 1920a: 64.
1349 Vgl. Bernhard 1920a: 9-10.
1350 Vgl. Borer 1984: 59.
1351 Vgl. Geschäftsbericht SVIL 1919: 9-10.
1352 Notiz der Expertenkommission zur Wohnungs- und Siedlungsfrage an den Bundesrat vom 07.02.1920: [Blatt 2]; BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR#E7169#1000/1068#168*. [Notiz an den BR vom 07.02.1920]

die Bearbeitung unterschiedlicher Räume bezwecken: Der Schweizerische Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus hatte die Verbesserung der städtischen Wohnverhältnisse im Blick, während die SVIL sich um die Erschliessung und Besiedlung in primär ländlichen Gebieten kümmern würde. Daher schlug die Expertenkommission dem Bundesrat vor, beide Organisationen gleichermassen mit Bundesbeiträgen zu bedenken, mit dem Ziel, «die Behebung der Wohnungsnot»[1353] zu fördern. Die Bundesbeiträge seien dem Fonds für die Arbeitslosenfürsorge zu entnehmen.[1354]

Die Ernährungsfrage wurde in der Mitteilung der Expertenkommission an den Bundesrat nicht erwähnt, im Vordergrund der Erörterungen stand einzig die Wohnungsfrage.[1355] Dies lässt vermuten, dass die umfassenden Ziele der SVIL von den Behörden nicht in ihrer Ganzheit wahrgenommen wurden, sondern die Funktion des Siedlungswesens vielmehr auf die Behebung der Wohnungsnot reduziert wurden.

Der Bundesrat beschloss, auf der Grundlage des obenerwähnten Vorschlags per 26. April 1920 die SVIL mit jährlichen Beiträgen von 50'000 SFr. in den Jahren 1920 und 1921 zu unterstützen. Zudem wurde ein Siedlungskredit von 100'000 SFr. «à fonds de roulement»[1356] eingerichtet. Der Bundesrat knüpfte an diese Finanzierungen allerdings folgende Bedingungen: Erstens verpflichtete sich die SVIL, Siedlungswerke in verschiedenen Gebieten der Schweiz zu errichten. Zweitens sollte die SVIL die einzelnen Heimwesen, die im Rahmen der Siedlungen geschaffen wurden, direkt an die kleinbäuerlichen oder industriellen Siedler veräussern, um die dadurch freiwerdenden Kapitalien erneut in Siedlungsprojekte zu investieren. Drittens verpflichtete sich die SVIL zu alljährlichen Bau- und Finanzberichten zuhanden des Bundesrates. Ferner wurden drei Behördenvertreter der Behörden in den Vorstand[1357] der SVIL entsandt, um die zielgerichtete Verwendung der Subventionen zu kontrollieren.[1358]

Als Vertreter der Bundesbehörden nahmen ab Frühling 1920 Josef Käppeli, Direktor der landwirtschaftlichen Abteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Fritz Mangold, Leiter des eidgenössischen Fürsorgeamtes, und Ferdinand Rothpletz, Vorsteher der eidgenössischen Arbeitslosenfürsorge, im Vorstand der SVIL Einsitz.[1359] Der Vorstand der SVIL setzte sich

---

1353 Notiz an den BR vom 07.02.1920: [Blatt 3]

1354 Vgl. Notiz an den BR vom 07.02.1920: [Blatt 1-6]

1355 Vgl. Notiz an den BR vom 07.02.1920: [Blatt 1-6]

1356 «Betriebskapital» oder «Umlaufvermögen».

1357 Vorstand der SVIL

1358 Vgl. Protokoll des Bundesrates vom 26. 04. 1920. BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E1004.1#1000/9#283*. Einsehbar unter: https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc/70011859.pdf?id=70011859&cache=1561207230886 (eingesehen am 20.06.2019)

1359 Vgl. Protokoll des Vorstandes der SVIL vom 20.07.1920. AfA [Archiv für Agrargeschichte] AfA-Nr. 106.11. Vgl. auch: Borer 1984: 60.

ab 1918 aus neun Personen aus primär industriellen Kreisen zusammen.[1360] Eine Ausnahme bildete Jacob Lorenz, der Chef des kantonalen Ernährungsamtes.

Mit dieser Neubesetzung des Vorstandes ordnete sich die Zielsetzung der SVIL stärker der behördlichen Agenda unter. Dies zeigt sich unter anderem auch darin, dass in der Argumentation der SVIL zur Erlangung weiterer Bundeszuschüsse die Arbeitslosenfürsorge eine prominentere Position einnahm, als dies bis anhin der Fall war. Die Innenkolonisation wurde damit von Hans Bernhard aktiv als Massnahme gegen die Arbeitslosigkeit angepriesen, welche mit der zunehmenden Wirtschaftskrise nach Kriegsende stark angestiegen war.

Bernhard war darauf angewiesen, neue Kapitalquellen für die SVIL zu erschliessen. Denn die Wirtschaftskrise hatte die Bereitschaft von Unternehmern geschmälert, in Projekte der Innenkolonisation zu investieren.[1361]

Per 1. Juli 1921 ersuchte Bernhard beim Eidgenössischen Arbeitsamt zusätzlich zu den bisher gesprochenen Subventionen der Jahre 1920 und 1921 um den einmaligen Betrag von 300'000 SFr. zwecks Erleichterung der praktischen Durchführung von Siedlungswerken. Er begründete dieses Anliegen mit der Dringlichkeit der Siedlungswerke, da die Gefahr bestehe, dass im Krieg meliorierte Flächen nun erneut der Verödung verfielen, wenn sie nicht besiedelt bzw. bebaut würden. Ferner verwies Bernhard im Antrag darauf, dass ausländische Organisationen, welche sich der Innenkolonisation annähmen, oft mit Beiträgen in Millionenhöhe unterstützt würden und daher die Begehren der SVIL im internationalen Vergleich sehr moderat ausfalle.[1362]

Ferner ersuchte Bernhard am gleichen Tag – dem 1. Juli 1921 – beim Volkswirtschaftsdepartement darum, die vorläufig bewilligten Zahlungen an die SVIL nun in dauernde Zahlungen umzuwandeln.[1363]

Der Bundesrat anerkannte die Leistungen der SVIL und erklärte sich bereit, einen Beitrag von 200'000 SFr. zur Finanzierung von Siedlungswerken zu bewilligen. Die Erhebung der befristeten

---

1360 Der Bierbrauereibesitzer Albert Hürlimann fungierte als Präsident der SVIL von 1918-1928. Ferner waren der Direktor der schweizerischen Wagonsfabrik aus Schlieren, Josef Koch, der Direktor der Gebrüder Sulzer A.G. aus Winterthur, F. Meyer und der Chocolatier Theodor Tobler, aus Bern, neben P. Spörry, J. Heusser-Staub, P. Sarasin und B. Amman vertreten. Mit der Entsendung der Bundesbehörden wurde der Vorstand auf 12 Mitglieder erweitert. Vgl. Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft 1919: 25.

1361 Davon zeugt beispielsweise die Distanz der von Moos'schen Eisenwerke in den 1920er-Jahren zu der SVIL mit dem Hinweis darauf, nun genügend finanzielle Opfer für die industrielle Landwirtschaft gemacht zu haben. Siehe Kapitel 6.2.2. Vgl. dazu auch: Brief von Hans Bernhard an das Eidgenössische Arbeitsamt vom 01.07.1921: [Blatt: 2]; BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR#E7169#1000/1068#168*. [Fortan: Brief Bernhard an das Eidgenössische Arbeitsamt vom 01.07.1921]

1362 Vgl. Brief Bernhard an das Eidgenössische Arbeitsamt vom 01.07.1921: [Blatt 2-5].

1363 Vgl. Brief von Hans Bernhard an das Eidgenössische Volksdepartement vom 01.07.1921; BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR#E7169#1000/1068#168*.

Subventionen in den Rang von dauernden Zahlungen lehnte der Bundesrat hingegen ab.[1364] Er begründete den teilweise abschlägigen Bericht mit den Worten:

> «Es empfiehlt sich, vorerst abzuwarten und zuzusehen, welche Wirkungen und Erfolge mit der vorgesehenen Massnahme erreicht werden, bevor zu einer alljährlichen Subventionierung der Unterhalt- und Betriebskosten der Vereinigung geschritten wird.»[1365]

Auf die Bundesbeiträge angewiesen versuchte sich die SVIL zunehmend, als Organisation zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu positionieren, da diese Ausrichtung eine bessere Legitimation zur Ausschüttung von Bundesbeiträgen versprach.

6.3.3 Die Innenkolonisation als Massnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Stellte für Bernhard die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur ein Arbeitsfeld unter vielen dar, interessierten sich die staatlichen Behörden zunehmend für die SVIL in der Funktion einer Organisation gegen die Arbeitslosigkeit. Besonders die mit der Innenkolonisation zusammenhängenden Bodenverbesserungsarbeiten waren als Arbeitsbeschaffungsmassnahmen geeignet, da bei diesen vor allem physisch anstrengenden Aufgaben auch berufsfremde Arbeiter eingesetzt werden konnten und relativ geringe Lohnkosten entstanden.[1366]

Die SVIL ihrerseits versuchte ebenfalls, Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie beispielsweise städtische Pflanzwerke in Form von landwirtschaftlichen Anbauprojekten der Industrie, zu schaffen. So wurde auch in der Stadt Zürich die SVIL mit der Organisation von Pflanzwerken für Arbeitslose beauftragt.[1367] Denn die während des Kriegs meliorierten Flächen drohten – «nachdem die Nahrungsmittelknappheit zurückgegangen war»[1368] – erneut zu verganden. Um diesen Prozess zu verhindern, wurden ab dem Frühjahr 1921 Arbeitslose mit der Inkulturnahme dieser Flächen beauftragt. Die erzielte Ernte sollte als Ergänzung der knappen Arbeitslosenunterstützung dienen. Die Arbeitslosenunterstützung wurde im Bereich der Pflanzwerke aber auch als Druckmittel eingesetzt: Denn «nachlässigen Pflanzern» wurde die Sperrung der Arbeitslosenbeiträge angedroht.[1369] Unter straffer Leitung förderten die Pflanzwerke für Arbeitslose im Kanton

---

1364 Vgl. Auszug aus dem Protokoll des schweizerischen Bundesrates vom 08.11.1921; BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR#E7169#1000/1068#168*. [Fortan: Auszug Protokoll BR vom 08.11.1921]

1365 Auszug Protokoll BR vom 08.11.1921: [Blatt 3]

1366 Vgl. Borer 1984: 57.

1367 Vgl. Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 1922: 1.

1368 Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 1922: 1.

1369 Vgl. Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 1922: 1. Siehe auch: Borer 1984: 66.

Zürich sehr unterschiedliche Resultate zutage. Zum Teil seien die meliorierten Flächen für die Bepflanzung noch nicht bereit gewesen, was weitere Bodenverbesserungen nach sich gezogen habe, liess die SVIL in einem Bericht verlauten. Ferner wies sie auch auf die unterschiedliche Qualifizierung der Arbeiter hin, weil städtische Werke oftmals eine geringere Qualität der Arbeit aufgewiesen hätten, als die eher ländlichen Werke.[1370] Der Bund begrüsste jedenfalls die vom Kanton Zürich getroffene Massnahme und schlug in einem Kreisschreiben vom 5. April 1922 dieses Vorgehen auch für andere Kantone vor.

Für die SVIL selbst stand diese Aktion durchaus im Interesse ihrer eigentlichen Agenda, städtische Arbeiter möglichst wieder in die Nahrungsmittelproduktion zu integrieren und diese den Umgang mit der landwirtschaftlichen Produktion zu lehren. Diese Zielsetzung blieb nämlich die oberste Maxime für das Handeln der SVIL unter Hans Bernhard, wenn auch diese öffentliche Argumentation in den Nachkriegsjahren etwas nachgelassen hatte und stattdessen von einer Propagierung der Arbeitslosigkeitsbekämpfung abgelöst.

Für Bernhard, der auch in dieser Hinsicht eine komplementäre Denkweise an den Tag legte, war klar, dass die Integration der städtischen Arbeiter in die Nahrungsmittelproduktion auch als Massnahme gegen die Arbeitslosigkeit verstanden werden konnte.

Die geplante Verbesserung des Wohn- und Nährraumes durch die Innenkolonisation war auch als praktische Arbeitslosenfürsorge gedacht.[1371] Die Meliorations- und landwirtschaftlichen Kultivierungsarbeiten, und später der Anbau von Nahrungsmitteln auf dem kultivierten Boden, sollten beteiligten Firmen eine Diversifizierung der Pflichtenhefte und so den flexiblen Einsatz von Angestellten ermöglichen, welche im primären Arbeitsprozess des Unternehmens temporär nicht gebraucht wurden. Es sollten durch die Innenkolonisation also neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen und gleichzeitig eine Vermehrung des Kulturlandes erreicht werden. Im Hinblick auf die Beteiligung der SVIL am gemeinnützigen Wohnungsbau im ländlichen Raum und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit meinte sagte Jacob Lorenz, Vorstandsmitglied der SVIL und ehemaliger Direktor der zürcherischen Ernährungsdirektion an einer Vorstandssitzung im Jahr 1920: «Ja, wir könnten sogar zu einem sozialen Zentralsekretariate werden, eine Organisation zur Verwirklichung des sozialen Friedens.»[1372]

Die Arbeitslosigkeit sollte primär innerhalb der Landesgrenzen bekämpft werden. Eine Auswanderung von Arbeitslosen in die Neue Welt erwähnte Bernhard 1919 noch nicht als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, Bernhard wollte gerade der Auswanderung aus dem landwirtschaftlichen Sektor entgegentreten. Durch die Umsiedlung sollten Landwirte nicht

---

1370 Vgl. Geschäftsstelle der Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 1922: 7.

1371 Vgl. Bernhard 1919a: 2.

1372 Vorstandsprotokoll der SVIL vom 14.01.1920: [Blatt 4] AfA [Archiv für Agrargeschichte] AfA-Nr. 106.11.

nur von der Abwanderung in die Städte, sondern auch von jener ins Ausland abgehalten werden. Bernhard schreibt dazu:

> «Dem einen wird es in der Fremde besser, dem anderen schlechter gehen, glücklich werden sie, deren Eigenart und deren ganzes Streben auf die heimatliche Scholle zugeschnitten war, allesamt nicht. Der Schweiz dagegen wird ein tüchtiges Stück Volkskraft verloren gehen. Wäre es nicht besser, man würden diesen Leuten unter gleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, aber in der Nähe einen neuen Wirkungskreis bieten?»[1373]

Die Innenkolonisation sollte die Verhältnisse in der Schweiz derart verbessern, dass eine Abwanderung verhindert werden konnte. Eine temporäre Auslandszeit als Lehr- und Wanderjahre begrüsste Bernhard hingegen gerade für junge Landwirte.[1374] Statt die Auswanderung aktiv zu unterstützen, forderte er, sollte das Siedlungswesen in der Schweiz vorangetrieben werden.

6.3.4 Partielle Auswanderung aus Städten

Als die Auswanderung aus der Schweiz ab 1919 allmählich wieder zunahm, präzisierte Bernhard 1920 seine Position im Publikationsorgan der SVIL.[1375] Die Innenkolonisation solle dazu beitragen, den Lebensstandard in der Schweiz zu verbessern, damit Menschen nicht dazu gezwungen sind, in andere Länder abzuwandern. 1920 schuf die SVIL deshalb eine Beratungsstelle, die dazu dienen sollte, Auswanderungswilligen die Vorzüge der Innenkolonisation aufzuzeigen, um sie zum Verbleib in der Schweiz zu animieren.[1376]

Allerdings nahm die SVIL gegenüber der Auswanderung aus den „Städten eine andere Stellung ein als zu jener aus ländlichen Gegenden“[1377]. Da ein Missverhältnis in der Bevölkerungsverteilung zwischen den Städten und den ländlichen Regionen bestehe, sei die Abwanderung aus den übervölkerten Städten zu begrüssen, so Bernhard. Er bevorzuge zwar die Abwanderung in ländliche Regionen im Inland, doch auch die Abwanderung ins Ausland helfe, einen Ausgleich zu erzielen und die Wohnungsnot in den Städten zu mildern. Als bedenklich erachtete Bernhard somit primär die definitive Auswanderung aus der ländlichen Bevölkerung.[1378]

1373 Bernhard 1919a: 15.
1374 Vgl. Bernhard 1919a: 11, Bernhard 1920b: 27.
1375 Für eine detailliertere Übersicht zum Auswanderungsverlauf der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert vgl. Ritzmann-Blickenstorfer 1997: 36-42, Ritzmann-Blickenstorfer 2013.
1376 Vgl. Jahresbericht der SVIL für das Jahr 1920: 5.
1377 Bernhard 1920b: 26.
1378 Vgl. Bernhard 1920b.

Er erkannte, dass in erster Linie wirtschaftliche Faktoren Menschen zur Abwanderung motivierten, und entsprechend sah er es als langfristige Aufgabe der Innenkolonisation, die wirtschaftliche Situation der ländlichen Bevölkerung zu verbessern.[1379]

Zusätzlich sollten Massnahmen getroffen werden, um das gewünschte Auswanderungsverhalten zu steuern. Die Aufklärungsarbeit des Schweizerischen Auswanderungsamtes sollte durch lokale Angebote ergänzt werden, wo Auswanderungswillige stets auf das Projekt der Innenkolonisation aufmerksam gemacht werden. Die SVIL bot sich als Stellenvermittlerin des Projektes der Innenkolonisation an mit dem Ziel, Auswanderungswilligen eine alternative Existenzmöglichkeit in der Schweiz anzubieten, bevor eine Auswanderung umgesetzt wurde.[1380] Entsprechend hielt Bernhard fest:

> «Die Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft hat, von der Erwägung ausgehend, dass es ein hoher nationaler Gewinn sei, wenn von hundert sesshaften auswanderungslustigen Schweizerfamilien auch nur fünf dem Lande erhalten werden können, [...], einen Versuch in der Einrichtung eines praktischen Beratungsdienstes für Auswanderungslustige unternommen.»[1381]

In einem Schreiben vom 25. August 1920 wandte sich Bernhard an Josef Möhr, den Chef des Schweizerischen Auswanderungsamtes. In diesem Brief beklagte Bernhard die Auswanderung von Landwirten und bat das Auswanderungsamt um Mithilfe bei der breiten Aufklärung der Bevölkerung über das Innenkolonisationsprojekt. Ferner regte er an, dass die Beratungsfunktionen des Auswanderungsamtes der Bevölkerung in Erinnerung gerufen werden sollten, damit verhindert werden könne, dass schlecht informierte Menschen sich zur Ausreise entschliessen würden.[1382]

Das Schweizerische Auswanderungsamt – das eine stark restriktive Auswanderungspolitik verfolgte – teilte die Absichten der SVIL und verwies Auswanderungswillige fortan auf die Möglichkeit, mittels der Innenkolonisation eine neue Existenz in der Schweiz aufzubauen. Zu diesem Zweck veröffentlichte die SVIL ein Flugblatt mit „Merkworten an die Auswanderungslustigen aus ländlichen Gegenden“ und bat das Auswanderungsamt, dieses Schreiben allen potentiellen Auswanderern zu überreichen. [1383] (Siehe Abbildung 10) Allerdings meldete Josef Möhr auch

---

1379 Dies soll über gezielte Pflege der Landwirtschaft und eine Förderung des ländlichen Gewerbes erfolgen. Vgl. Bernhard 1920b: 28.

1380 Vgl. Bernhard 1920b: 29.

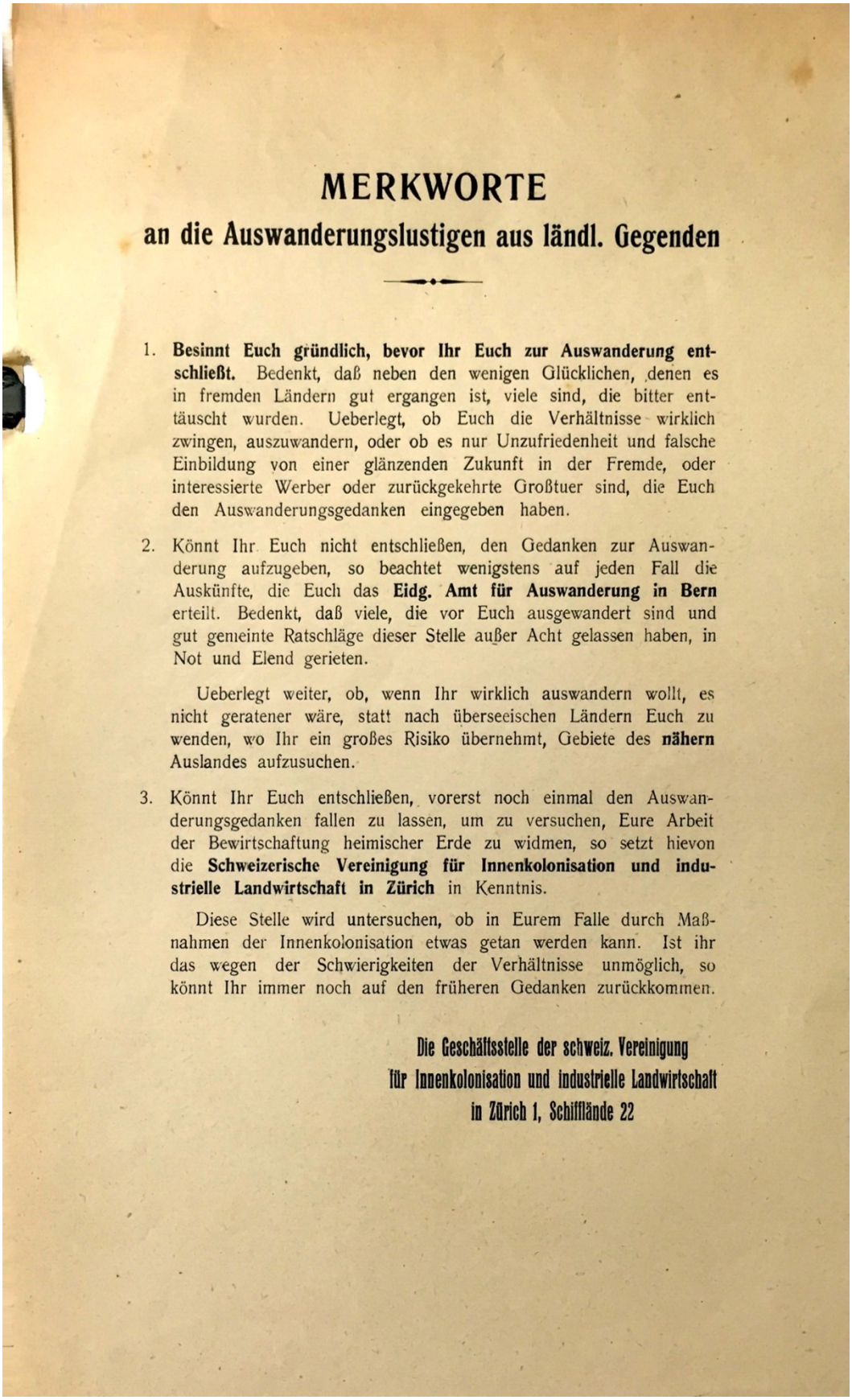
1381 Bernhard 1920b: 29.

1382 Vgl. Brief von Hans Bernhard an Josef Möhr vom 25.08.1920. BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E 2175#1000/132#169*.

1383 Schweizerisches Auswanderungsamt, Internes Schreiben von Josef Möhr vom 14.04.1921. BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E 2175#1000/132#169*.

Zweifel an, ob die in Aussicht gestellte Innenkolonisation tatsächlich zur Auswanderung entschlossene Landwirte von ihrem Vorhaben abbringen könne.[1384]

[1384] Vgl. Brief Josef Möhr an Hans Bernhard vom 13.09.1920. BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E 2175#1000/132#169*.



MERKWORTE

an die Auswanderungslustigen aus ländl. Gegenden

1. **Besinnt Euch gründlich, bevor Ihr Euch zur Auswanderung entschließt.** Bedenkt, daß neben den wenigen Glücklichen, denen es in fremden Ländern gut ergangen ist, viele sind, die bitter enttäuscht wurden. Ueberlegt, ob Euch die Verhältnisse wirklich zwingen, auszuwandern, oder ob es nur Unzufriedenheit und falsche Einbildung von einer glänzenden Zukunft in der Fremde, oder interessierte Werber oder zurückgekehrte Großtuer sind, die Euch den Auswanderungsgedanken eingegeben haben.

2. Könnt Ihr Euch nicht entschließen, den Gedanken zur Auswanderung aufzugeben, so beachtet wenigstens auf jeden Fall die Auskünfte, die Euch das **Eidg. Amt für Auswanderung in Bern** erteilt. Bedenkt, daß viele, die vor Euch ausgewandert sind und gut gemeinte Ratschläge dieser Stelle außer Acht gelassen haben, in Not und Elend gerieten.

   Ueberlegt weiter, ob, wenn Ihr wirklich auswandern wollt, es nicht geratener wäre, statt nach überseeischen Ländern Euch zu wenden, wo Ihr ein großes Risiko übernehmt, Gebiete des **nähern** Auslandes aufzusuchen.

3. Könnt Ihr Euch entschließen, vorerst noch einmal den Auswanderungsgedanken fallen zu lassen, um zu versuchen, Eure Arbeit der Bewirtschaftung heimischer Erde zu widmen, so setzt hievon die **Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft in Zürich** in Kenntnis.

   Diese Stelle wird untersuchen, ob in Eurem Falle durch Maßnahmen der Innenkolonisation etwas getan werden kann. Ist ihr das wegen der Schwierigkeiten der Verhältnisse unmöglich, so könnt Ihr immer noch auf den früheren Gedanken zurückkommen.

Die Geschäftsstelle der schweiz. Vereinigung
für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft
in Zürich 1, Schifflände 22

Abbildung 10: Flugblatt: Merkworte an die Auswanderungslustigen aus ländlichen Gegenden. Enthalten in: Schweizerisches Auswanderungsamt, Internes Schreiben von Josef Möhr vom 14. April 1921. BAR E 2175#1000/132#169.*

Das Schweizerische Auswanderungsamt und die SVIL näherten sich einander über die Frage der Auswanderung an und teilten die von der SVIL herausgegebene Maxime: „Zuerst Innenkolonisation, dann Auswanderung!“[1385]. Das Auswanderungsamt äusserte sich zwar irritiert ob der Vorstellung der SVIL, dass der Beratungsdienst des Amtes in der Bevölkerung zu wenig bekannt sei und dass primär viele Landwirte das Land verliessen. Es unterrichtete aber fortan Auswanderungswillige über die Innenkolonisation und wies Interessierte Projekten der SVIL zu.

6.3.5 Förderung der Auswanderung durch den Staat und SVIL ab 1922

Als die Arbeitslosenquote im Frühjahr 1922 weiter anstieg, entschloss sich der Bundesrat zur Abkehr von seiner bisherigen restriktiven Auswanderungspolitik und setzte per 3. Juli 1922 eine Kommission zur Förderung der Auswanderung ein.[1386] Die vom Politischen Departement und vom Volkswirtschaftsdepartement gemeinsam einberufene Studienkommission sollte neben der Prüfung von geeigneten Auswanderungsländern und von Verdienstmöglichkeiten vor Ort auch die Schaffung einer Zentralstelle zur Förderung der Ab- und Auswanderung prüfen.[1387] Bereits am 24. Juni 1921 hatte in Bern eine Konferenz stattgefunden, um die Position der Innenkolonisation zur Auswanderungsfrage zu besprechen. An dieser Konferenz war beschlossen worden, dass der seit 1920 bestehende Beratungsdienst der SVIL in Zusammenarbeit mit dem Auswanderungsamt beibehalten und gegebenenfalls auf alle auswanderungswilligen Personen aus dem landwirtschaftlichen Sektor ausgedehnt werden sollte.[1388]

Hans Bernhard erkannte im Sommer 1922 die Chance, die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden bei der Auswanderungsfrage zu vertiefen und bot Aussenminister Giuseppe Motta am 30. Oktober 1922 die Dienste der SVIL als Zentralstelle zur Förderung der Auswanderung an.[1389] Motta nahm Bernhards Angebot an, und am 1. Dezember 1922 beauftragte der Gesamtbundesrat die SVIL mit dieser Aufgabe. Am 22. November 1922 erläuterte Bernhard zudem in einem Vortrag seine neue Position zur Auswanderungsfrage:[1390] Aufgrund der schleppend_vorankommenden Innenkolonisation könne der Arbeitslosigkeit in der Schweiz nicht ausreichend begegnet

---

1385 Bernhard 1920b: 31.

1386 Beschlussprotokoll der Bundesratssitzung vom 07.07.1922. BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E1004.1#1000/9#284*. Einsehbar unter: http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/detailView.do?id=70012106#1 (20.10.2016) [Fortan: Beschlussprotokoll BR vom 07.07.1922]

1387 Beschlussprotokoll BR vom 07.07.1922.

1388 Vgl. Schweizerisches Auswanderungsamt, Protokoll der Konferenz vom 24.06.1921. BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E 2175#1000/132#169*.

1389 Eine enge Anbindung der SVIL an die Bundesbehörden gehörte zum erklärten Ziel der Organisation. Vgl. dazu: Bernhard, Innenkolonisation 1919: 30. Die Praxis der Bundesbehörden während des Ersten Weltkriegs private Organisationen mit quasistaatlichen Funktionen zu versehen, diente vermutlich Bernhard als Blaupause für die strategische Ausrichtung der SVIL in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Vgl. dazu Cottier, Staatsinterventionismus, 2016: 179. Vgl. zur hier erwähnten Offerte zudem: Schneider 1998: 191.

1390 Vgl. Bernhard 1923.

werden. «Zur Innenkolonisation gehört, wenigstens vorübergehend, die planmässige kolonisatorische Auswanderung.»[1391]

Auswanderung am Beispiel der «Kanada-Aktion»

Ab Dezember 1922 oblag es nun der SVIL, entsprechende Kolonisationsprojekte im Zielland zu planen und in Zusammenarbeit mit den eidgenössischen und lokalen Behörden die Auswanderung zu organisieren. 1922 wurde von der SVIL insbesondere Kanada als Auswanderungsland favorisiert, da Kanada aktiv nach Einwanderern suchte um Land zu erschliessen und dabei nach dem Krieg niederwelligere Einwanderungsbestimmungen aufwies als die USA.

Schweizer Auswanderungswillige sollten hinsichtlich ihrer Eignung für Farmarbeiten in Kanada von der SVIL ausgesucht, vorbereitet und bei Ausreise und Stellensuche unterstützt werden. Besonders in den Prärie- und Getreideanbau-Gegenden von Saskatchewan und Manitoba waren Arbeitskräfte zur Erschliessung von Land gesucht.

Die Idee der SVIL bestand darin, in einem zweistufigen Vorgehen die Schaffung von Siedlungskolonien in Kanada zu organisieren.[1392] In einem ersten Schritt sollten fähige auswanderungswillige Personen auf bestehenden kanadischen Farmen platziert werden und dort während eines Jahrs im Anstellungsverhältnis landwirtschaftliche Arbeit verrichten. Wer sich in dieser Zeit bewährte, sollte anschliessend die Möglichkeit erhalten, selbst Land zu erwerben und an der Schaffung von schweizerischen Siedlungskolonien – vorzugsweise in Britisch-Kolumbien – mitzuarbeiten.[1393]

Im März 1923 organisierte die SVIL erstmals Gruppenreisen von Basel nach Winnipeg.[1394] Bei Mittellosen wurden die Reisekosten in Form eines Kredites von 900.- SFr. vorgestreckt. Der Transport wurde als Gruppenreise von 60-80 Personen organisiert, die mit dem Zug über Paris nach Cherbourg fuhren, um dann mit einem Schiff der kanadischen Partner nach Montreal überzusetzen. In Kanada wurden die Gruppen durch einen Delegierten der SVIL in Empfang genommen und durch eine Eisenbahngesellschaft[1395] nach Winnipeg gebracht, wo dann schliesslich die Verteilung auf die Farmen erfolgte.

1391 Bernhard 1923: 31.

1392 Vgl. Beck, Bericht über den bisherigen Verlauf der Kanadaaktion, Mai 1923: 1. SWA [Schweizerisches Wirtschaftsarchiv] Bv Aa 62. [Fortan: Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923.]

1393 Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923.

1394 Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923.

1395 Um den Transport der Auswanderer in Kanada konkurrierten die Canadian Pacific Railroad (CPR) und die Canadian National Railroad (CNR). Beide Gesellschaften verpachteten Land an Farmen und entsprechend zeichneten auch diese beiden Gesellschaften als hauptsächlich verantwortlich für die Stellenbeschaffung für die schweizerischen Auswanderer. Während die CNR eng mit der SVIL und dem kanadischen Einwanderungsamt kooperierte, lehnte die CFP eine Kontrolle der Platzierungen durch das kanadische Einwanderungsamt und die SVIL ab. Im Laufe des Frühjahres 1923 kam es wegen dieser Konkurrenz zu Konflikten zwischen dem Delegierten der SVIL, Ingenieur Fritz Beck, und dem schweizerischen Generalkonsul, Dr. Hübscher. Vgl. dazu: Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923: 2-3, 6, 10, 12.

Obschon viele Auswanderungswillige die USA als Zielland favorisierten, konnte aufgrund von Verschärfungen der Einreisebestimmungen in den USA keine Zusammenarbeit mit dem Schweizer Auswanderungsprojekt zustande kommen. In Kanada hingegen war man nach wie vor auf Immigranten angewiesen. Neue Weizensorten, eine innovative Form der Trockenlandbewirtschaftung und der ständige Ausbau der «Canadian Pacific Railroad» (CPR) ermöglichten bereits kurz vor dem Ersten Weltkrieg eine Besiedlung der zentral gelegenen trockenen Prärieregionen.[1396]

Die kanadische Regierung verfolgte eine gezielte Rekrutierungspolitik unter europäischen Einwanderern. Besonders im Mutterland des Dominionstaates – dem Vereinigten Britischen Königreich – wurden Landwirte für eine Auswanderung nach Kanada angeworben. Ferner sollte auch der «Dominion-Lands-Act von 1872» eine langfristige Siedlungstätigkeit forcieren.[1397] Dieses Gesetzt erlaubte britischen Staatsbürgern sowie Personen, die sich zur der Annahme der britischen Staatsbürgerschaft bereit erklärten, den sehr günstigen Ankauf von Land, wenn der Käufer sich dazu verpflichtete das erstandene Land zu kultivieren und während mindestens dreier Jahre auf dem Land zu wohnen.[1398] Unter den kanadischen Siedlern hatten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zudem xenophobe Einstellungen gegenüber asiatischen und osteuropäischen Einwanderern (und nach dem Krieg auch gegen Deutsche) entwickelt.[1399] Die kanadische Regierung war deshalb vor allem an der Zuwanderung aus den protestantischen Gebieten Westeuropas und entsprechend auch an einer Zusammenarbeit mit der SVIL interessiert.

Allerdings war die kanadische Seite insbesondere an Personen mit Erfahrung in der Landwirtschaft interessiert, während die SVIL gerade diese gerne selbst für die Innenkolonisation in der Schweiz eingesetzt hätte. Die SVIL versuchte, dieses Problem damit zu umgehen, dass sie auswanderungswillige Industriearbeiter in der Schweiz vor der Abreise bereits in innenkolonisatorische Arbeiten – primär auf städtischen Pflanzwerken – einsetzte, womit eine gewisse Vorbereitung auf die landwirtschaftlichen Tätigkeiten bereits in der Schweiz erfolgte.[1400] Allerdings hatte die SVIL nur mit wenigen Auswanderungswilligen direkten Kontakt, so dass eine umfassende Schulung aller nicht möglich war.[1401] Friederich Heeb kritisierte deshalb in der Roten Revue das Vorhaben der SVIL: Es gebe keine Schnellbleiche, welche aus Industriearbeitern in kürzester Zeit Landwirte machen könne.[1402] Ferner kenne die SVIL die Bedingungen landwirtschaftlichen Ar-

---

1396 Vgl. Bungert 2009: 85.
1397 Vgl. Bungert 2009: 84.
1398 Der Domionion-Lands-Act war ebenfalls vom Homestead-Act von 1897 in den USA inspiriert worden. Vgl. Bungert 2009, Rote Revue, März 1923: 215.
1399 Vgl. Bungert 2009: 88-89.
1400 Vgl. Bernhard, Bericht über die Kanada-Aktion, 1923: 3. SWA Bv Aa 62.
1401 Vgl. Bernhard, Bericht über die Kanada-Aktion, 1923: 3. SWA Bv Aa 62.
1402 Vgl. Rote Revue, März 1923: 211.

beitens in Kanada nicht.[1403] Eine Einweisung auf städtischen Pflanzwerken könne mitnichten auf die Arbeiten in der kanadischen Prärie vorbereiten. Die Kritik war berechtigt, denn aus Auswanderungsberichten geht tatsächlich hervor, dass selbst landwirtschaftlich erfahrene Männer mit der Kontrolle eines sechsspännigen Pflugs – wie sie in Kanada bisweilen zum Einsatz kamen – ihre Mühe hatten.[1404] Da im Jahr 1923 vor allem Männer aus dem Kanton Zürich mit wenig bis gar keiner landwirtschaftlichen Erfahrung auswanderten, gestaltete sich die Arbeit auf den kanadischen Farmen bisweilen problematisch.[1405]

Zahlreiche Auswanderer waren mit der Farmarbeit überfordert oder unzufrieden und verlangten nach Stellen in handwerklichen oder industriellen Berufen.[1406] Sehr viele unter ihnen erhofften überdies, möglichst bald in die USA weiterreisen zu können, um dort Arbeit zu suchen. Besondere Aufmerksamkeit fand das Gerücht, dass im Frühjahr 1924 eine Automobilfabrik des Unternehmens Ford in Michigan eröffnet werden solle. Viele Auswanderer hofften, dort auf eigene Initiative eine Anstellung zu bekommen.[1407] Andere rieten ihren Angehörigen, die auch nach Kanada kommen wollten, dringend, landwirtschaftliche Kenntnisse zu erwerben, da der Lohn ohne Vorkenntnisse deutlich tiefer ausfalle, als wenn man solche vorweise könne.[1408] Besonders verärgernd war aber der Umstand, dass den Auswanderern von der SVIL Jahresstellen versprochen, vor Ort aber oft nur temporäre Stellen angeboten wurden.[1409]

Andere, welche bereits landwirtschaftliche Arbeit gewohnt waren, fanden sich besser zurecht, staunten aber bisweilen über die maschinellen Hilfsmittel der kanadischen Farmer. [1410] Einige Auswanderer glaubten, im weidereicheren Westen gute Grundlagen für eine erfolgreiche Milchwirtschaft zu erkennen und planten, in Zukunft in diesen Gebiet zu siedeln.[1411] Ernüchterung, manchmal gar Verzweiflung, aber auch Optimismus durchzogen die Erfahrungen der ersten Einwanderer im Rahmen der Kanadaaktion.

Die Stellenvermittlung in Kanada wurde durch die Ausgewanderten allerdings fast einhellig kritisiert. Das Versprechen der SVIL, dass die Auswanderung von Basel bis zum Arbeitsplatz genaustens geplant sei, erwies sich als unzutreffend. Fritz Beck, der Delegierte der SVIL in Kanada, hatte die Anreise und die entsprechende Stellenvermittlung zwar vorbereitet.[1412] Doch bestanden

---

1403 Rote Revue, März 1923: 210.

1404 Brief von August Kunz an SVIL, undatiert [1923]. AfA [Archiv für Agrargeschichte] AfA-Nr. 106. 211.01.

1405 44% der im Jahr 1923 Ausgewanderten stammten aus dem Kanton Zürich, 10% aus dem Kanton Tessin, 9% aus Baselstadt, 6% aus der Waadt, 5% aus dem Kanton Bern, 5% aus Graubünden, 4% aus St. Gallen und 4% aus dem Aargau. Vgl. Bernhard, Bericht über die Kanada-Aktion, 1923: 1. SWA Bv Aa 62. 211.01.

1406 Vgl. etwa: Brief von Johannes Haselbach an seine Eltern vom 10.06.1923. AfA Nr. 106. 211.01; Brief von Ernst Künler an das Arbeitsamt Rorschach vom 13.04.1923. AfA Nr. 106. 211.01.

1407 Vgl. Brief von Karl Arnold an Primus Bon vom 19.12.1923. AfA Nr. 106. 211.01.

1408 Vgl. Brief von Endi Egger an seine Familie vom 08.07.1923. AfA Nr. 106. 211.01.

1409 Diverse Briefe aus dem SVIL-Bestand. AfA Nr. 106.

1410 Vgl. Brief von Constantin Bianco an seine Eltern vom 5.07.1923. AfA Nr. 106.211.01

1411 Vgl. Brief von Franz Fehr an seine Eltern vom Juli 1923. AfA Nr. 106.211.01.

1412 Vgl. Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923: 1-3.

zwischen den kanadischen Behörden, den privaten Unternehmen in Kanada und dem Vertreter der SVIL nur informelle Vereinbarungen, wonach die Regierung von Manitoba, die Canadian Pacific Railroad (CPR), die Canadian National Railroad (CNR), die Hudson's Bay Company unverzüglich damit beginnen sollten, auf ihren verpachteten Farmländern nach geeigneten Stellen für mehr oder weniger landwirtschaftserfahrene Schweizer Stellen zu suchen.[1413] Unter Vorbehalt beidseitiger Zufriedenheit und mit der Bedingung, dass es sich dabei um Jahresstellen mit einem minimalen Lohn von $ 25.- pro Monat handeln sollte, sollten diese Unternehmen entsprechende Platzierungen vornehmen.[1414] Als Entschädigung wurde vereinbart, dass die Auswanderer die jeweilige Bahngesellschaft und dazugehörige Schiffslinie nutzen dürften, die ihnen auch die Stelle in Kanada verschafft hatte.[1415] Ferner würde die Zuteilung der Auswanderer auf die einzelnen Farmen durch Thomas Gelley, den Commissioner of Immigration in Winnipeg, durchgeführt. Gelley sollte die Stellenvorschläge der Unternehmen überprüfen, die Vertretung der SVIL über die Zuteilungen unterrichten und schliesslich die definitive Platzierung vornehmen.[1416] Während die CNR diese Vereinbarung akzeptierte, lehnte die CPR die Kontrollfunktion durch den Commissioner of Immigration in Winnipeg ab. In Ermanglung einer vertraglichen Regelung der Kanadaaktion kam es bereits im März 1923 zu einer Konkurrenzsituation bei der Zuteilung von Arbeitsplätzen zwischen der CNR und der CPR. Dieser Konflikt führte dazu, dass die SVIL die Zusammenarbeit mit der CPR im April 1923 sistierte und fortan nur noch mit der CNR zusammenarbeitete.

Überlagert wurde dieses Problem zudem von den Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem schweizerischen Generalkonsul Dr. Hübscher und dem Verantwortlichen SVIL-Mitarbeiter vor Ort in Kanada, Fritz Beck. Beck glaubte, für die gesamte Einwanderung aus der Schweiz nach Kanada verantwortlich zu sein und diese auch entsprechend steuern zu können. So vermittelte er auch Auswanderer, welche nicht im Rahmen der von der SVIL organisierten Aktion vermittelt worden waren, sondern auf eigene Faust nach Kanada aufgebrochen waren – was eine eindeutige Kompetenzüberschreitung von Beck darstellte.[1417] Auswanderer, welche sich in Montreal mit der Bitte um Stellenvermittlung an das schweizerische Generalkonsulat wandten, bekamen auch Stellenangebote von der CPR. Kurz: Der Konkurrenzkampf um die Platzierung der Auswanderer spitzte sich bereits kurz nach dem Start der Kanadaaktion zu. Dies hatte zur Folge, dass die Aus-

1413 Vgl. Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923: 3.
1414 Vgl. Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923: 3.
1415 Vgl. Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923: 3.
1416 Vgl. Beck: Bericht Kanadaaktion, Mai 1923: 3.
1417 Die SVIL hatte nur den Auftrag die Vermittlung von Auswanderern zu organisieren, welche sich bei der SVIL in Zürich zur Auswanderung durch die SVIL angemeldet hatten. Unabhängige Auswanderung nach Kanada war aber weiterhin möglich. Diese unabhängigen Auswanderer meldeten sich oftmals beim Schweizerischen Generalkonsulat in Montreal zwecks einer Stellenvermittlung. Entlang dieser Doppelspurigkeiten entwickelte sich der Kompetenzstreit zwischen Beck und Hübscher. Vgl. dazu: Möhr an Motta vom 8.05.1923. In: Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1975 (Dodis), https://dodis.ch/44912.

wanderer teilweise auf chaotische Zustände trafen. Am Hafen in Quebec und während der Zugfahrten bot die CPR oftmals gutbezahlte Stellen an und die Auswanderer wussten dann nicht, an wen sie sich halten sollten.[1418] Allerdings handelte es sich bei diesen Angeboten oft nicht um Jahres-, sondern nur um temporäre Stellen, was den Stellensuchenden aber oft nicht bewusst gewesen war. Der genaue Ablauf des Platzierungsprozesses war den Betroffenen schlicht nicht bekannt und entsprechend überfordert reagierten viele von ihnen.[1419] Der Auswanderer Carlo Hoffmann berichtete beispielsweise von turbulenten Szenen und einem Treffen mit Fritz Beck im Zug. Beck versuchte offenbar, die Gruppe davon abzuhalten, die Stellen der CPR anzunehmen. Hoffmann schrieb in einem Brief an seinen Bruder:

> «Ein Vertreter der Schweiz war hier [im Zug], der uns allerlei vorplauderte avber (sic) er wurde von uns nur aisgelacht (sic). Er machte eine Bemerkung, wer kann Bauern? Keiner sagte ja und dann sagte er, dann gehe es uns schlecht.»[1420]

Diese Episode zeigt, dass Beck vergeblich versuchte, die Auswanderer davon zu überzeugen, die Stellenvermittlung in Winnipeg in Anspruch zu nehmen. Zu verlockend waren die Angebote der CPR, welche Stellen in Aussicht stellten, die teilweise mit bis $ 40.- pro Monat entlöhnt werden sollten. Von einer geordneten Stellenvermittlung kann jedenfalls nicht die Rede sein, und entsprechend sammelten sich Klagen über den Vermittlungsprozess der Kanadaaktion beim Generalkonsulat in Montreal.

Doch auch wenn die Vermittlung klappte, kam es häufig zu Stellenwechseln wegen Lohnstreitigkeiten, mangelnder Arbeitserfahrung oder mangelnder Sprachkenntnisse. Überhaupt wurde das Sprachproblem von der SVIL deutlich unterschätzt.[1421] Als Fritz Beck mit der ersten Gruppe im März 1923 in Kanada ankam und die Erfahrung machte, dass in Ontario nur an englischsprechende Stellensuchende vermittelt wurden, schickte er die Gruppe in Toronto mit dem Auftrag los, dass sie sich Deutsch-Englische Wörterbücher besorgen sollten. Und musste mit Erstaunen feststellen, dass es in Toronto keine derartigen Wörterbücher gab.[1422] Die bisweilen chaotische Stellenvermittlung, die hohe Fluktuation und die Konflikte zwischen dem Delegierten der SVIL und dem Generalkonsul bewogen den Bundesrat schliesslich dazu, die Kanadaaktion bereits per 1924 wieder einzustellen.

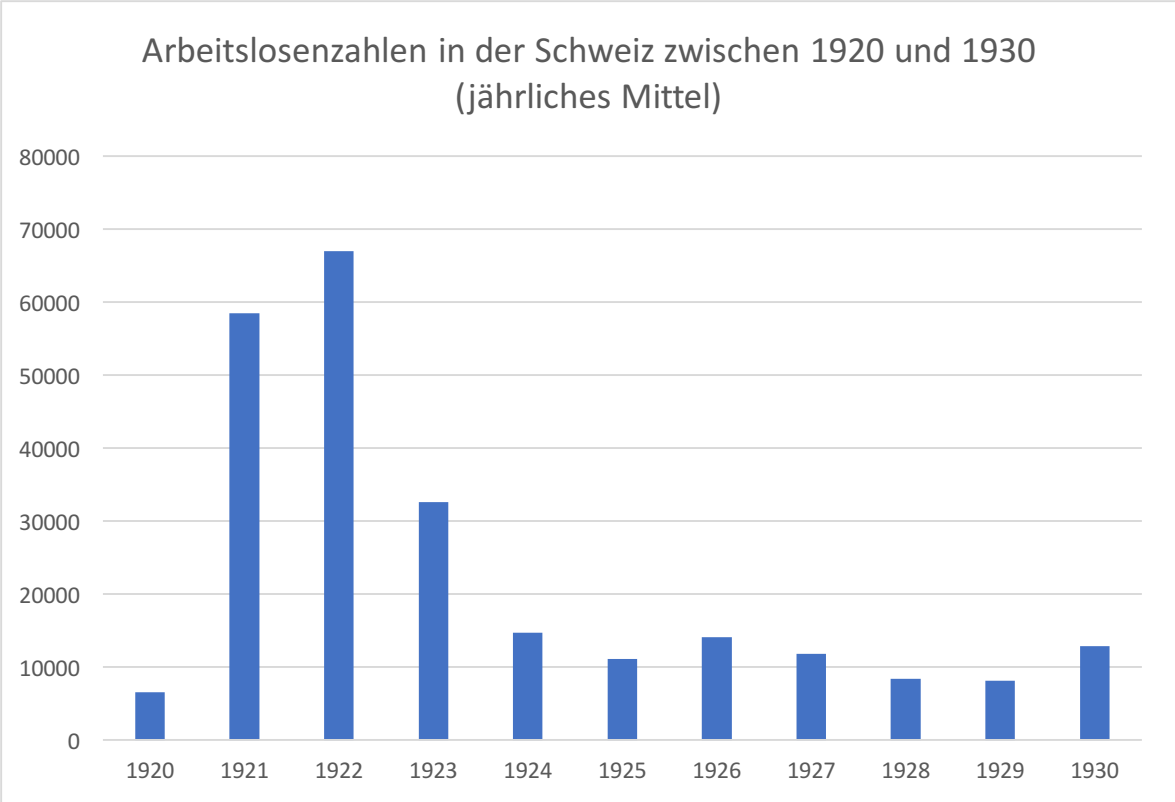
1418 Vgl. Brief von Godi Hirt an seine Eltern vom 20.05.1923. AfA Nr. 106.211.01.
1419 Vgl. Brief von Godi Hirt an seine Eltern vom 20.05.1923. AfA Nr. 106.211.01.
1420 Brief von Carlo Hoffmann an seinen Bruder vom 12.06.1923. AfA Nr. 106.211.01.
1421 In fast jedem Brief der Auswanderer wird auf die Wichtigkeit hingewiesen, die englische Sprache zu beherrschen. Vgl. Briefe aus dem Bestand, AfA Nr. 106. 211.01.
1422 Vgl. Beck – Bericht Kanadaaktion 1923: 7.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kanadaaktion im Geiste des fundamentalen Lernens der unmittelbaren Nachkriegszeit als Experiment der SVIL zu verstehen ist. Die teilweise mangelhafte Planung ist auf den sofortigen Handlungsbeginn durch diese Organisation zurückzuführen, die, wie im Projekt der industriellen Landwirtschaft, beim Handeln gleichzeitig plante und korrigierend lernte. Die rechtlich nicht durchsetzbaren Vereinbarungen zwischen den verantwortlichen Stellen und das vielleicht zwar gut gemeinte, aber bisweilen sehr forsche Auftreten des Delegierten Beck in Kanada, lassen die Kanadaaktion ebenfalls als Projekt mit experimentellem Charakter erscheinen. Der Versuch Bernhards, die Beziehungen zwischen dem Bund und der Organisation zu vertiefen, war zwar im Hinblick auf die Kanadaaktion gescheitert, aber die SVIL hatte internationales Parkett betreten und entsprechende Kontakte knüpfen können. Ferner ist zu anzumerken, dass die Kanadaaktion von Beginn an unter einem problematischen Stern stand. Während Bernhard mit der Auswanderung primär industrielle Arbeitslose auf kanadischem Boden zu Landwirten machen wollte, waren die kanadischen Behörden und Unternehmen von Anfang an daran interessiert, nur landwirtschaftlich erfahrene Personen ins Land zu holen. Mit dem längerfristigen Ziel der Innenkolonisation in der Schweiz stand damit die Kanadaaktion, trotz den Legitimierungsversuchen Bernhards, in einem nicht überbrückbaren Zielkonflikt.

6.3.6 Ausblick: Die weitere Entwicklung der SVIL in der Zwischenkriegszeit

Durch die sich zuspitzende Wirtschaftskrise[1423] nach dem Ersten Weltkrieg stieg die Arbeitslosenquote in der Schweiz während der Jahre 1921 und 1922 stark an. (Siehe Grafik 6) Die Ernährungssituation hingegen hatte sich im August 1918 mit dem Wiedereinsetzen der Getreideimporte aus den USA allmählich zu beruhigen begonnen.

1423 Vgl. Körner 2010.



Grafik 6: Arbeitslosenzahlen in der Schweiz zwischen 1920 und 1930 (jährliches Mittel). Quellenbasis für selbst erstellte Grafik aus: Degen 2013.

Damit verschob sich der Krisenkontext. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich zum dringlichsten Problem. Entsprechend beurteilten die staatlichen Behörden das Projekt der Innenkolonisation in den frühen 1920er-Jahren nun gemäss dem Nutzen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die unmittelbare Ernährungssicherheit stand für die Behörden im Zusammenhang mit der SVIL ab 1920 also nicht mehr im Zentrum. Dies hatte auch die Geschäftsführung der SVIL so wahrgenommen und bot deshalb den staatlichen Behörden bereitwillig ihre Dienste bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Dies in der Hoffnung, so die Zeit bis zur Verabschiedung eines eidgenössischen Siedlungsgesetzes überbrücken zu können und sich die Legitimation für weitere staatliche Unterstützung erarbeiten zu können.

Es besteht kein Zweifel daran, dass für Hans Bernhard nach wie vor das Projekt der ganzheitlichen Innenkolonisation im Fokus seines Handels stand. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war für ihn nur ein weiterer Faktor bei der Umsetzung seines Kernanliegens.

Allerdings schleppten sich die konkreten innenkolonisatorischen Projekte in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre dahin. So konnte die Umsiedlung beim Wäggitaler Werk nicht realisiert werden.[1424] Die landwirtschaftliche Bebauung des Berner Belpmoos durch eine Genossenschaft, die vom Berner Schokoladenhersteller Tobler und der kantonal-bernischen Vereinigung für industrielle

[1424] Siehe Kapitel 6.2.2.

Landwirtschaft im Jahr 1919 noch als Massnahme der industriellen Landwirtschaft geplant worden war, musste 1921 aufgrund Finanzmangels und dem daraus resultierenden Auseinanderbrechen der Genossenschaft aufgegeben werden.[1425] Besonders enttäuschend für die SVIL war aber, dass ein 1920 geplantes Grossprojekt zur Ansiedlung in der linksseitigen Linthebene, das mit der Erstellung einer interkantonalen Verwahrungsanstalt verknüpft gewesen war und dessen Projektierung von der SVIL weit vorangetrieben worden war, nicht realisiert werden konnte. Es scheiterte 1926 ebenfalls an der Finanzierung durch die beteiligten Kantone und an der fehlenden gesetzlichen Grundlage.[1426]

Die hier aufgeführten Fälle sind nur einige Beispiele, die von den Problemen bei den Projekten der Innenkolonisation hervortraten. Die 1922 nicht verlängerte Finanzierung des Bundes für Siedlungsprojekte und die fehlende gesetzliche Grundlage in Form des von der SVIL verlangten Siedlungsgesetzes, erschwerten die Realisierung von innenkolonisatorischen Projekten.

Zudem trug die Wirtschaftskrise zu Beginn der 1920er-Jahre dazu bei, dass einige SVIL-Mitglieder der ersten Stunde ihren Austritt gaben. Analog dazu löste sich die kantonal-bernische Sektion der SVIL per 1924 ebenfalls auf.[1427] Hinzu kam die per Jahresende 1923 sistierte Zusammenarbeit mit dem Auswanderungsamt des Bundes. Kurzum: Die SVIL sah sich hinsichtlich ihrer Zielsetzungen und deren Erreichung ab 1924 mit einer internen Krise konfrontiert.

Die Aufrechterhaltung von Vermessungsarbeiten zur Erstellung eines schweizweiten Katasters für Innenkolonisation wurde in der Zwischenkriegszeit zu einer Hauptaufgabe der SVIL, zumal diese relativ kostengünstig realisiert werden konnte.[1428]

Ferner investierte die SVIL weiterhin in die Propaganda durch Vorträge und die Erstellung einer Schriftenreihe, welche die Popularisierung des Innenkolonisationsgedankens in der Bevölkerung beabsichtigte. Ebenso investierte die Vereinigung in Musterhöfe und Siedlungen, die das Projekt der Innenkolonisation praktisch veranschaulichen sollten. Ein Beispiel eines solchen Musterhofes war der sogenannte «Elektrohof»[1429] bei Oberglatt im Kanton Zürich, der 1925 auf ehemaligem Meliorationsland gegründet wurde. Auf dem Elektrohof sollte mit dem Einsatz von elektrisch betriebenen Geräten in Haus und Stall experimentiert und deren Einsatz interessierten Landwirten auch demonstriert werden. Der Elektrohof war als Arbeitskolonie konzipiert und sollte mit einer Traktorenschule vereint werden.[1430] Das Konzept fand in der Öffentlichkeit einige Beach-

---

1425 Jahresbericht und Mitgliederverzeichnis der kantonal-bernischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft für das Jahr 1921. SWA [Schweizerisches Wirtschaftsarchiv] Bv Aa 62.

1426 Vgl. Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 1968: 10.

1427 Vgl. Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 1925: 4-5. [Fortan: Geschäftsbericht SVIL 1924]

1428 Vgl. Bernhard 1926.

1429 Brändli 2007: 214-215.

1430 Vgl. Vorstandsprotokoll der SVIL vom 04.10.1926: [Blatt 2]. AfA [Archiv für Agrargeschichte] AfA Nr. 106.11.

tung, auch weil die Frage der Elektrifizierung in der Zwischenkriegszeit grosse Popularität genoss.[1431]

Skeptischer war die Einschätzung von Alfred Strüby, dem Kulturingenieur der Abteilung für Landwirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes. Er wurde ab 1926 als Vertreter der Bundesbehörden in den Vorstand der SVIL beordert und stellte die Verwendung der Bundessubventionen für die Errichtung eines Propaganda-Hofes in Frage:

> «In Berücksichtigung der Bedingung, dass der Verband die einzelnen Heimwesen oder Siedelungen direkt an Industriearbeiter und an Angehörige der kleinbäuerlichen Kreise sukzessive veräussern soll, erscheint die Anlage der Gelder dieses Siedlungsfonds für einen grossen sogenannten Musterhof oder Elektrohof in Oberglatt, für die Schaffung von Arbeitskolonien, für den Ankauf von Land für eine allfällige interkantonale Verwahrungsanstalt m.E. nicht mehr voll im Einklang zu stehen.»[1432]

In dem Bericht zuhanden der Behörden vom 18. Januar 1928 bewertete Strüby die Arbeiten der SVIL generell als kostenintensiv und wenig praxisorientiert. Doch die Arbeiten der SVIL an einem Kolonisationskataster erachtete er als «grosse Arbeit, deren wissenschaftlicher Wert nicht bestritten werden kann»[1433]. Gleichzeitig machte er aber auch darauf aufmerksam, dass die gesetzliche Grundlage zur Rationalisierung der Bodenausnützung in der Schweiz fehlte, und dass auch keine Aussicht darauf bestand, dass ein Siedlungsgesetz innert nützlicher Frist verabschiedet werden würde.[1434]

Strüby hatte bereits im Frühjahr 1927 darauf hingewiesen, dass die «Mehrzahl der Projekte [der SVIL] summarisch und generell und verschiedene undurchführbar sind, sei es aus technischen, finanziellen oder legislativen Gründen»[1435]. Ferner mangle es an der «unbedingt erforderliche[n] Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Meliorationsämtern und Kulturingenieurbureaux»[1436].

Mit der Entsendung von Alfred Strüby war ein deutlicher Kritiker Hans Bernhards in den Vorstand der SVIL gekommen, was die Handlungsmöglichkeiten der Organisation weiter einschränkten und die SVIL von den Bundesbehörden entfremdete. Die vom Bund zuvor in den

---

1431 Vgl. Borer 1984: 65.

1432 «Bericht betreffend die Arbeiten der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft, worin für eine Bundessubvention nachgesucht wird» am 18.01.1928 von Alfred Strüby dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zugestellt. In: E7170A#1000/1069#141*: [Blatt 12]. (Fortan: Bericht Strüby vom 18.01.1928)

1433 Bericht Strüby vom 18.01.1928: 3.

1434 Vgl. Bericht Strüby vom 18.01.1928: 3-9.

1435 Brief von Hans Pfister an Fritz Mangold vom 02.03.1927. In: BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E7170A#1000/1069#141*. [Fortan: Brief Pfister an Mangold vom 02.03.1927]

1436 Brief von Pfister an Mangold vom 02.03.1927.

Vorstand entsandten Vertreter Käppeli, Mangold und Möhr waren entweder nicht länger in Bundesdiensten angestellt oder hatten ihren Rücktritt aus dem Vorstand erklärt. Mit der Entsendung Strübys sollte vielmehr ein fachkundiger Bundesvertreter die Arbeiten der SVIL einer kritischen Bewertung unterziehen.[1437]

Dieser trat nach seiner Kritik am Vorgehen der SVIL dafür ein, dass der Siedlungsfonds, der aus der Bundeskasse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gespeist wurde, und daher Sache des Eidgenössischen Arbeitsamtes war, aufgelöst und das Innenkolonisationskataster der SVIL einer theoretischen Prüfung unterzogen werden sollte.

Der Direktor des Eidgenössischen Arbeitsamtes, Hans Pfister[1438], reagierte im Januar 1928 sofort auf Strübys kritischen Bericht und setzte die SVIL in Kenntnis, dass der ihnen zur Verfügung gestellte Siedlungsfond wieder der Bundeskasse zuzuführen sei, sobald die Verhältnisse dies erlaubten. Ferner schien sich der Konflikt zwischen Strüby und der SVIL zuzuspitzen, da dieser, gemäss dem Schreiben von Pfister, keine Einladung zu den Vorstandssitzungen der SVIL erhalten hatte, obwohl er als neuer Vertreter des EVD im Vorstand Einsitz nehmen sollte.[1439]

In der Tat zeichnete sich ein Konflikt zwischen dem Vorstand der SVIL und dem neuen Bundesvertreter Alfred Strüby ab. Fritz Mangold, der sich als ehemaliger Vertreter des Bundes im Vorstand durch die Kritik Strübys auch persönlich angegriffen gefühlt haben muss, beschwerte sich bei Arbeitsamt-Direktor Pfister, dass Strüby die Arbeiten von Hans Bernhard generell unterschätze. [1440]

Die Kündigung des Siedlungsfonds konnte indessen nicht mehr abgewendet werden, und per 4. Mai 1929 wurde die SVIL zur Rückzahlung eines Teilbetrags von SFr. 70'000.- angehalten. Ferner scheinen der SVIL auch die Unterstützungen für Bodenverbesserungen entzogen worden zu sein, da sie in den Finanzabrechnungen ab 1929 keine mehr ausweist.[1441]

Joseph Koch[1442], der im Geschäftsjahr 1928 das Präsidium der SVIL von Albert Hürlimann übernommen hatte, wandte sich am 6. August 1929 mit einem Schreiben direkt an Bundesrat Schulthess, um diesen vom Sinn der Innenkolonisation zu überzeugen und die Wogen zwischen den Bundesbehörden und Hans Bernhard zu glätten. Dabei gab Koch zu, dass er früher der Ansicht gewesen sei, dass «diese Kriegsgründung [die SVIL] nicht von allzu langer Dauer sein wer-

---

1437 Vgl. Borer 1982: 71-72.

1438 Hans Pfister (1873-1944) war Fürsprecher und freisinniger Politiker. Als solcher war er am Aufbau des Eidgenössischen Arbeitsamtes beteiligt, welches er von 1921-1929 leitete. Nach der Direktion des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (1930-1931) wechselte Pfister in die Privatwirtschaft. Vgl. Brian Scherer 2010.

1439 Brief von Hans Pfister an die SVIL vom 24.01.1928. In: BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] E7170A#1000/1069#141.

1440 Vgl. Brief von Fritz Mangold an Hans Pfister vom 08.03.1927. In: BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E7170A#1000/1069#141. Siehe dazu auch: Borer 1984: 73-47.

1441 Vgl. Borer 1984: 74.

1442 Joseph Koch war Direktor der „Schweizerischen Wagons- und Aufzügefabrik AG“ in Schlieren ZH. 1928 übernahm er das Präsidium der SVIL von Albert Hürlimann. Vgl. AfA-Personendatenbank.

de, und dass sie kaum die Nachkriegszeit überleben könne.»[1443] Allerdings habe ihn die anhaltende Vermittlung der SVIL zwischen Landwirtschaft und Industrie davon überzeugt mit seiner Mitarbeit «einer aussichtsreichen Sache zu dienen».[1444] Allerdings räumte Koch ein, dass die Verstimmungen vielleicht mit der Persönlichkeit von Hans Bernhard zu tun haben könnten, der «in seinem Wesen nicht immer so zurückhaltend ist, wie das vielleicht wünschenswert wäre»[1445]. Koch scheint mit dieser Einschätzung Bernhards ins Schwarze getroffen zu haben, da die knappe Antwort von Bundesrat Schulthess die problematische Persönlichkeit Hans Bernhards bestätigte.[1446]

Mit der Auflösung der Siedlungsfonds und den Zerwürfnissen zwischen Bund und Organisation kam die erste Schaffensphase der SVIL an ein Ende. Diese erste Phase war inhaltlich primär geleitet durch die Erfahrungen der Ernährungskrise in den letzten beiden Jahren des Ersten Weltkriegs gewesen und versuchte einen ganzheitlichen Vorschlag zur Neugestaltung der Ernährungsfrage in der Schweiz anzubieten. Dieser umfassende Anspruch der Innenkolonisation von Hans Bernhard, bei deren Konzeption er sich besonders am deutschen Beispiel der Inneren Kolonisation von Max Sering orientiert und dessen Ansätze auf die Schweizer Verhältnisse adaptiert hatte, scheiterte schliesslich in den späteren 1920er-Jahre an fehlenden inhaltlichen Anknüpfungspunkten auf Bundesebene. Während in Italien und den Niederlanden die Innenkolonisation zur Staatsräson erhoben wurden, nahm der nach wie vor freisinnig geprägte Bundesrat Abstand von einem so umfassenden interventionistischen Projekt. Der schweizerischen Innenkolonisation fehlte ab Mitte der 1920er-Jahre die staatliche Unterstützung sowohl in finanzieller wie auch inhaltlicher Sicht. Allerdings muss hierbei erwähnt werden, dass dies nicht nur an zurückhaltenden staatlichen Behörden lag, sondern Bernhard – im Unterschied zu den Projekten in anderen Staaten – daran festhalten wollte, dass die Projekte primär auf privater Initiative fussen.[1447] Allerdings waren die wirtschaftlichen Turbulenzen nach dem Ersten Weltkrieg solchen privatwirtschaftlichen Initiativen nicht zuträglich, sodass auch in der Hochphase der schweizerischen Innenkolonisation von 1918 bis in die Mitte der 1920er-Jahre nur sehr wenige Neusiedlungen geschaffen werden konnten.[1448]

Ferner wirkte sich das Fehlen gesetzlicher Rahmenbedingungen hindernd auf die Realisierung der innenkolonisatorischen Arbeit aus. Die Bestrebungen Bernhards zeugen von einem konsequent umfassenden Ansatz, Industrie und Landwirtschaft mittels einer Raumplanung *avant la lettre* lang-

---

1443 Brief von Josef Koch an Bundesrat Schulthess vom 06.08.1929. In: BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E7170A#1000/1069#141. (Fortan: Brief Koch an Schulthess vom 06.08.1929.)

1444 Brief Koch an Schulthess vom 06.08.1929.

1445 Brief Koch an Schulthess vom 06.08.1929.

1446 Brief von Bundesrat Schulthess an Josef Koch vom 07.08.1929. In: BAR [Schweizerisches Bundesarchiv] BAR E7170A#1000/1069#141. Siehe ebenfalls: Borer 1984: 74.

1447 Vgl. Geschäftsbericht der SVIL für das Jahr 1920: 17. Siehe auch Egli 1986: 204.

1448 Vgl. Egli 1986: 204.

fristig in ein partnerschaftliches Verhältnis zu überführen. Die dazu notwendigen Schritte gingen den Schweizer Behörden aber zu weit. Denn die umfassende Siedlungsplanung griff massiv in die kantonalen Entscheidungsprozesse ein und auch die gesetzlichen Implikationen waren für die Schweizer Behörden nicht tragbar. Meliorierte Flächen sollten je nach Bedarf auch zu anderen – primär infrastrukturellen – Zwecken verwendet werden können. Die später auf in den frühen 1920er-Jahren meliorierten Gebiet geschaffenen Flugplätze, etwa im Berner Belpmoos oder in Nidwalden[1449] zeugen davon, dass sich ein offenerer Umgang mit Meliorationsflächen durchsetzte, als Hans Bernhard sich dies gewünscht hatte.

Dennoch wäre es falsch, die Bestrebungen der SVIL im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens als erfolglos zu betrachten. Die geplante Erhaltung des Kleinbauernwesens als Pfeiler der schweizerischen Agrarpolitik wurde auch vom Schweizerischen Bauernverband mitgetragen und war ein wesentlicher Bestandteil der neuen staatlichen Agrarpolitik von 1938. Ferner wirkte die Erfahrung der Ernährungskrise auch auf die Ausgestaltung der schweizerischen Agrarpolitik mit ein, und die Produktion von Nahrungsmitteln wurde stärker als vor 1914 in den Dienst der Versorgung der Schweizer Bevölkerung gestellt. Wenn auch die Mitglieder der SVIL nicht direkt an der Ausgestaltung dieser Politik beteiligt gewesen sind, so spielten doch die Vorstellungen Hans Bernhards von engräumlichen Produktions- und Handelswegen und die Hebung und Diversifizierung der inländischen Produktion eine wichtige Rolle in der Ausgestaltung der künftigen Ernährungs- und Agrarpolitik der Schweiz.[1450] Ferner teilten die Gestalter der neuen Agrarpolitik die sozialen und politischen Zielsetzungen, die auch Bernhard mit der Innenkolonisation zu erreichen suchte. Soziale Verwerfungen wie 1918 aufgrund einer mangelhaften Grundversorgung der Bevölkerung sollten sich auf keinen Fall wiederholen. So sollte die bäuerliche Bevölkerung fortan primär der «Sicherstellung der Ernährung der Industriegesellschaft»[1451] dienen und sich nicht mehr in erster Linie nach den Forderungen einer internationalen Arbeitsteilung orientieren.[1452]

Besonders in der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden die Ideen der Melioration und anschliessenden landwirtschaftlichen Inkulturnahme wieder virulent. In der sogenannten «Anbauschlacht»[1453] wurden unter staatlicher Regie grosse Gebiete melioriert und unter Beizug der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung bebaut. Als Grundlage zu diesen Arbeiten dienten die Katasterpläne, welche durch die SVIL in der Zwischenkriegszeit angefertigt worden waren.[1454]

1449 Vgl. Auderset, Burkhard, Moser 2018: 198.
1450 Vgl. dazu Moser 2000: 64-79; Moser 2012: 568-628.
1451 Moser 2012: 582.
1452 Vgl. Moser 2012: 580-582.
1453 Vgl. dazu Maurer 1985; Tanner 2010.
1454 Vgl. Egli 1986: 204.

Parallel dazu wurde im Rahmen der geistigen Landesverteidigung eine Überhöhung des schweizerischen Bauernstandes als Quelle der schweizerischen Unabhängigkeit stilisiert. Diese beiden Pfeiler der «Anbauschlacht» hatten primär das Ziel, eine erneute soziale Verwerfung, wie sie sich im November 1918 Bahn gebrochen hatte, zu verhindern und über die Betonung einer nationalen Eigenheit den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Trotz der propagandistisch ausgegebenen Autarkiebestrebungen änderte sich die landwirtschaftliche Realität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht. Auch unter dem Plan Wahlen konnten nie mehr als zwei Drittel der in der Schweiz konsumierten Nahrungsmittel von der Schweizer Landwirtschaft zur Verfügung gestellte werden und so war die Schweiz auch während der «Anbauschlacht» auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln angewiesen. In politischer und psychologischer Hinsicht hingegen verfehlte der Plan Wahlen das gewünschte Ziel nicht. Die kollektive nationale Anstrengung des Mehranbaus liess erstens die Behörden nicht so tatenlos aussehen wie im Ersten Weltkrieg und wirkte zweitens sinnstiftend auf die unterschiedlichen politischen Lager in der schweizerischen Bevölkerung.[1455]
Das Meliorationswesen erfüllte somit im Zweiten Weltkrieg jene politisch stabilisierende Wirkung, die sich Bernhard erhofft gehabt hatte.
Die SVIL setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute für eine Raumplanung ein, welche die Bedürfnisse der Industriegesellschaft und der Landwirtschaft bestmöglich zu harmonisieren sucht und sich gezielt in die politische Debatte einbringt.[1456]

6.4 Zwischenfazit

Das Projekt der Innenkolonisation, wie es von Hans Bernhard für die Schweizer Verhältnisse angedacht worden war, wurde als langfristige Aufgabe geplant. Während die industrielle Landwirtschaft als punktuelles und kurzfristiges Projekt zur Linderung der Nahrungsmittelknappheit am Ende des Ersten Weltkriegs angedacht gewesen war, zielte die Innenkolonisation auf die langfristige strukturelle Veränderung des ganzen Landes. Das erklärte Ziel der SVIL, «besseren Wohn- und Nährraum»[1457] schaffen zu wollen, wurde flankiert von utopischen Vorstellungen einer Harmonisierung von Stadt und Land, von Konsumenten und Produzenten landwirtschaftlicher Produkte und von Industrie und Landwirtschaft generell. Hans Bernhard war von einer ganzheitlichen Vision geleitet die einerseits die Agrarfrage und die Ernährungsfrage in industrialisierten Gesellschaften zu beantworten suchte, gleichzeitig aber auch danach trachtete, soziale Konfliktfelder zu entspannen und die Gesellschaft zu harmonisieren.

1455 Vgl. Moser 2012: 583-584.
1456 Vgl. etwa Bieri, Moser, Steppbacher 1999.
1457 Bernhard 1919a: 2.

Dabei lassen sich bei Bernhards Vision viele Anknüpfungspunkte an die Ideen der in Kapitel 4 diskutierten Vorschläge zur Bewältigung der Nahrungsmittelkrise wiederfinden.
Wie Paul Pflüger und Bernhard Jäggi plädierte Hans Bernhard für die Integration der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung in die Prozesse der Nahrungsmittelproduktion und befürwortete einen Ausbau genossenschaftlich organisierter Produktionseinheiten. Im Unterschied zu Pflüger nahm Bernhard aber eher Abstand von der Idee des städtischen Gartenbaus, den er zwar als mögliche Ergänzung zur Innenkolonisation betrachtete, dessen Wirkungskraft er aber in Zweifel zog. Ferner störte sich Bernhard an der konfrontativen Stellung Pflügers gegenüber den stadtnahen Landwirtschaftsbetrieben, deren Boden dieser lieber für städtische Pflanzwerke zur Verfügung gestellt hätte. Diese Haltung lief der Sichtweise Bernhards zuwider, welcher den Erhalt der stadtnahen Landwirtschaft begrüsste und stattdessen auf neu melioriertem Land Siedlungen für Industriearbeiter schaffen wollte, welche zugleich genügend Land zur partiellen Selbstversorgung bieten würden.
Hans Bernhard vertrat zudem, wie Augusta Gillabert-Randin, die Haltung, dass die Markträume zwischen landwirtschaftlichen Produzenten und Konsumenten aus der Industriearbeiterschaft engmaschiger gestaltet werden sollten. Die geplante Dezentralisierung in der Innenkolonisation sollte nicht nur zu einer räumlichen, sondern auch zu einer lebensweltlichen Annäherung der beiden Gruppierungen führen und so dabei helfen, eine kulturelle Brücke zwischen Stadt und Land zu schlagen. Die feministischen Anliegen Gillabert-Randins, die eine Verbesserung der Stellung der Frau innerhalb der Landwirtschaft forderte, blieben von Bernhard hingegen unerwähnt. Obschon gerade diese Forderung in Hinblick auf die von Bernhard geforderte Verbesserung der landwirtschaftlichen Lebensrealität generell inhaltliche Anknüpfungspunkte eröffnet hätte.
Ebenfalls von Bernhard nicht explizit erwähnt wurden die inhaltlichen Überschneidungen zu den linksorientierten Siedlungsbewegungen, welche auch für eine Harmonisierung von Industrie und Landwirtschaft plädierten. Wie Bernhard ging beispielsweise Gustav Landauer davon aus, dass die ersten Siedlungen als Musterbeispiele dienen sollten und deren Funktionieren zum Signalfeuer für eine Siedlungsbewegung werden könnte, welche Industrie und Landwirtschaft in eine sinnvolle Beziehung stellen könnten. Bernhard lehnte hingegen den sozialistischen Zugang zur Lösung der Bodenfrage strikt ab. Er war kein Befürworter einer sozialistischen Bodenreform, sondern plädierte klar für die Beibehaltung privater Eigentumsrechte, wenn er auch staatliche Expropriationen im Zusammenhang mit der Durchsetzung innenkolonisatorischer Werke befürwortete.

Die Idee der Innenkolonisation war indes nicht originär von Hans Bernhard, sondern knüpfte einerseits an das schweizerische Meliorationswesen an und orientierte sich gerade im Hinblick auf die sozialen Funktionen der Innenkolonisation an internationalen Vorbildern aus dem 19. Jahr-

hundert. Besonders die preussische Innere Kolonisation und deren Gestalter Max Sering dienten Hans Bernhard als Vorbild, wenn er auch wesentliche Punkte der Inneren Kolonisation in Preussen ausliess oder an die schweizerischen Verhältnisse anpassen musste. Für die Schweiz neu war hingegen Bernhards ganzheitliche Perspektive, bei der das Totale und Umfassende des Projektes der Innenkolonisation aufblitzte. Die angedachten Grossprojekte der Innenkolonisation sowie deren langfristiges Ziel einer nationalen Siedlungsplanung zur dezentralen Anordnung von Industrie und städtischen Zentren gerieten schon bald in Konflikt mit dem förderalistisch und liberal geprägten Geist der Schweizer Behörden.

Bernhard bemühte sich zwar um die Schaffung eines nationalen Siedlungsgesetzes, um die legislativen Voraussetzungen zur Durchführung innenkolonisatorischer Grossprojekte zu schaffen, scheiterte aber an dessen Realisierung. Ebenso versuchte Bernhard, analog zum Schweizerischen Bauernverband, die SVIL eng an die Bundesregierung zu binden und sie so mit einer quasiamtlichen Funktion auszustatten und damit die institutionelle Anbindung der SVIL auf nationaler Ebene zu festigen. Allerdings scheiterte dieses Vorhaben an den grundsätzlich unterschiedlichen Sichtweisen. Die Bundesbehörden waren daran interessiert, die Innenkolonisation als kurzfristiges Instrument bei künftig auftretenden Krisen zu nutzen. Ihnen fehlte aber die langfristige und ganzheitliche Perspektive, die Hans Bernhard beseelte. So versuchten die Bundesbehörden, die SVIL nach der Beilegung der Ernährungskrise zu einem Partner in Sachen Arbeitskrisenbewältigung zu machen, worauf Bernhard im Hinblick auf die mögliche Aufwertung der SVIL als Institution auf die Zusammenarbeit dankend einging. Als aber auch dieser Krisenhorizont sich in der Mitte der 1920er-Jahre lichtete, verlor die SVIL die Bereitschaft des Bundes, die Innenkolonisation weiterhin mit Subventionen zu stützen. Erst mit der Wirtschaftskrise in den 1930er-Jahren und schliesslich mit den Vorbereitungen zu kriegswirtschaftlichen Massnahmen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs deckten sich die Ideen der Innenkolonisation wieder mit den Interessen der Bundesbehörden. Im «Plan Wahlen» diente insbesondere der Kataster der SVIL, in dem in der Zwischenkriegszeit meliorationswürdiges Land in der Schweiz verzeichnet worden war, als Grundlage.[1458]

Diese Entwicklung zeigt, dass die Innenkolonisation in der Schweiz im Unterscheid zu anderen Staaten Europas, kaum staatliche Unterstützung genoss, weshalb ihre Verfechter auch nicht die nötigen Gesetzesgrundlagen auf den Weg bringen konnten, um dem Projekt die nötige legale Handlungsmacht zu verschaffen. Die konkreten Projekte der Innenkolonisation verlangten oftmals drastische Eingriffe in die lokalen Besitzverhältnisse, was die Durchführung der Projekte erschwerte. Hinzu kam die starke finanzielle Belastung der beteiligten privaten Initianten.

1458 Vgl. Burkhard 2015: 248.

So kam es, dass auch in der Hochzeit der Innenkolonisation zwischen 1918 und 1928 nur sehr wenige konkrete Siedlungsprojekte realisiert werden konnten. Es wäre allerdings verfehlt, dies auf die mangelnde Tätigkeit der SVIL zurückzuführen. Im Gegenteil, die SVIL operierte sehr arbeitsintensiv und passte jeweils innert kürzester Zeit ihren Arbeitsbereich den wandelnden Rahmenbedingungen an, wie beispielsweise die Durchführung der Kanadaaktion beweist. Die SVIL hatte das experimentelle Handeln sowie das Planen und Lernen während des Handelns, das Akteure des Social Engineerings auszeichnete, verinnerlicht. Allerdings hatte in der Zwischenkriegszeit das notwendige Interventionsfeld, das einen gestaltenden Eingriff erforderte, zumindest für die schweizerische Regierung, nicht die zur Handlung drängende Dringlichkeit: Denn die Ernährungskrise war überwunden und die langfristigen Überlegungen sowie das forsche Vorgehen Bernhards liessen die Bundesbehörden in der Zwischenkriegszeit auf Distanz zum Projekt der Innenkolonisation gehen. Allerdings zogen auch die Behörden ihre Lehren aus der Ernährungskrise und stellten mit der neuen Agrarpolitik im Jahr 1938 die Versorgung der schweizerischen Bevölkerung fortan in das Zentrum der schweizerischen Landwirtschaft. Die Vorstellung Bernhards, dass die Ernährung eine «Sache des ganzen Volkes» werden sollte, wurde von den Bundesbehörden in der neuen Agrarpolitik dahingehend beantwortet, dass die Ernährung des ganzen Volkes eine primäre Aufgabe der schweizerischen Landwirtschaft wurde und sich diese nicht mehr primär auf die Bedürfnisse eines internationalen Marktes fokussierten sollte.[1459]

Die Erfahrungen der Ernährungskrise hatten in der Schweiz also zu einem Umdenken bei der Sicherung der Versorgung geführt. Die Landwirtschaft wurde in die Funktion eines «service-public»[1460] überführt, mit dem Ziel, eine grössere Unabhängigkeit vom Weltmarkt zu erreichen, ohne die Teilnahme an diesem aufgeben zu müssen. Damit wurde eine Spezialisierung der Landwirtschaft gemäss den Bedürfnissen des Weltmarktes, wie sie vor 1914 praktiziert worden war, verworfen und eine breitere Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung realisiert. Die Vorschläge Bernhards zur langfristigen Neugestaltung der Schweiz mittels der Innenkolonisation führte den Schweizer Behörden hingegen zu weit. Nur in Zeiten drängender Krisen und daher grösserer Interventionsbereitschaft, wurden also Versatzstücke der Ideen Bernhards wieder reaktiviert.

1459 Vgl. Moser 2000; Moser 2012: 580-582.
1460 Moser 2012: 568-620; Moser 2014: 198.

7 Schlussfazit

7.1 Zusammenfassung

Die Ernährungskrise von 1917/1918 brachte die Schweiz in existenzielle Not. Die vorliegende Arbeit nahm diese Krise als Ausgangspunkt, um zu analysieren, welche Antworten die Zeitgenossen auf fundamentale gesellschaftliche Krisen formulierten und wie sich der Diskurs entwickelte. Dafür wurden auch die Entwicklungen, die zur Ernährungskrise führten, offengelegt und dargestellt. In der Ernährungskrise von 1917/1918 offenbarte sich zudem eine enge Verzahnung von sozialer Frage und Agrarfrage. Die Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung der Schweiz in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs katalysierten eine Krisenlage und führten zu gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen. Im Höhepunkt der Krise kam es aber nicht nur zu Verhärtungen und Konfrontationen, sondern auch zu Ansätzen integrativer Zusammenarbeit, um die Ernährungsfrage vor der Herausforderung moderner Industriegesellschaften neu zu denken.

Soziale Frage vor 1914

Vor 1914 waren beide Problemlagen noch weitgehend isoliert voneinander betrachtet worden. Als Kern der sozialen Frage wurde die Wohnungsfrage in den Städten angesehen. Viele Zeitgenossen erachteten sie als Folge einer ungehemmten Industrialisierung und versuchten, mittels baulicher und rechtlicher Massnahmen, hinter denen sich der Wunsch nach einer Disziplinierung und Ordnung des städtischen Raumes verbarg, eine vermeintliche Gesundung der in den Städten lebenden Menschen herbeizuführen. Die Gartenstadt-Idee des Briten Ebenezer Howard erlebte ihre internationale Blütephase. Die dezentrale Verteilung von industriellen Produktionsanlagen und Städten sowie die räumliche Integration von Garten- und Naturflächen in diese Städte, wurden um 1900 von vielen Städteplanern übernommen. Auf diesem Weg sollten die überfüllten Zentren industrieller Städte entlastet und eine «natürliche Ordnung» des Zusammenlebens (wieder)hergestellt werden. Zeitgenössische Stadtplaner erachteten die Aussöhnung von Industrie und Natur als Basis für ein erstrebenswertes modernes Zusammenleben.

Die Ernährungsfrage spielte bei diesen naturnahen, frühen Stadtplanungsideen eine untergeordnete Rolle. Es ging nicht primär darum, die landwirtschaftliche Produktion in die Stadt zurückzuholen, sondern darum, dass eine natürliche Lebensweise vor allem auf einer kulturellen Ebene Eingang in die städtischen Lebenswelten finden sollte.

Agrarfrage vor 1914

Innerhalb der europäischen Landwirtschaft formulierte sich in der Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts ebenfalls eine existentielle Frage, die der Sozialist Karl Kautsky als «Agrarfrage» bezeichnet hatte. Die Agrarfrage drehte sich im Kern darum, wie sich die Landwirtschaft im Zuge der Transformationen der Industrialisierung anzupassen habe, beziehungsweise was sie denn überhaupt innerhalb dieser rapide transformierten Existenzbedingungen noch sein konnte.[1461] Während sich in den Städten um 1900 eine agrarromantische und zivilisationskritische Einstellung Bahn brach, sahen sich zahlreiche in der Landwirtschaft tätige Menschen mit der Frage nach den adäquaten Anpassungen an die modernen Rahmenbedingungen konfrontiert. Zwischen Hochschulen, Interessenverbänden, Regierungsbehörden und Landwirten entwickelte sich im ausgehenden 19. Jahrhundert ein komplexes transnationales Netzwerk, das versuchte, die Agrarfrage nicht nur zu klären, sondern auch die dafür nötigen Gestaltungswege auszuhandeln.

In der Schweiz führte dies zu einer Welle von landwirtschaftlichen Spezialisierungs-, Rationalisierungs- und Professionalisierungsbestrebungen, welche auch durch die bundesstaatliche Regierung gestützt wurden. Das Ziel war es, die Landwirtschaft international konkurrenzfähig zu machen und an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Eine Folge dieser Anpassung war die in der Schweiz primäre Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse eines arbeitsteilig funktionierenden Weltmarktes. So kam es, dass die Schweizer Landwirtschaft um 1900 vermehrt Vieh- und Milchprodukte produzierte und vor allem Getreide kostengünstig aus dem Ausland importierte. Die landwirtschaftlichen Stimmen, welche diese einseitige Ausrichtung der inländischen Nahrungsmittelproduktion auf die Vieh- und Milchwirtschaft und somit auf den Weltmarkt kritisiert hatten und im Falle von krisenhaften Erschütterungen vor Nahrungsmittelengpässen warnten, konnten sich nicht gegen jene Stimmen durchsetzen, welche in der Anpassung und Integration der schweizerischen Landwirtschaft in den globalen Markt mittels Rationalisierungs- und Spezialisierungsprozessen eine zielführende Versorgungspolitik sahen.

Krieg und Krise

Selbst als der Erste Weltkrieg im August 1914 ausgebrochen war, wurde der internationale Handel in der Schweiz nur durch einen kurzen Exportstopp unterbrochen, um kurz darauf unter an die Kriegsverhältnisse angepassten Bedingungen wieder aufgenommen zu werden. In den Jahren 1914-1916 konnte die Schweiz weiterhin Käse, Kondensmilch und Schokolade in die kriegsführenden Länder exportieren und als Gegenleistung benötigte Lebensmittel, insbesondere Getreide, primär aus Übersee importieren.

1461 Vgl. Auderset, Moser 2018: 16.

Dieses Kompensationssystem offenbarte ab dem Frühling 1917 seine Schwächen. Die Importe von landwirtschaftlichen Hilfsstoffen wie Dünger und Kraftfutter waren bereits seit 1915 rückläufig gewesen. Als alternative Fütterung mussten die Milchbauern die inländische Heuproduktion erhöhen. Dies gestaltete sich nicht nur aufgrund von mangelnden Arbeitskräften infolge der Kriegslage als schwierig, sondern wurde zusätzlich durch schlechte Witterungsbedingungen im Sommer und Herbst 1916 und Frühling 1917 erschwert. Die inländische Milchproduktion brach deshalb ein und störte das internationale Handelssystem, das seinerseits durch rigorosere Massnahmen im Wirtschaftskrieg bereits stark gestört wurde. Der ab 1917 einsetzende U-Boot-Krieg der Mittelmächte sowie die engmaschigere Installierung der Wirtschaftsblockade durch die Entente betraf auch die neutralen Staaten. Kurz, negative Witterungseinflüsse und kriegswirtschaftliche Rahmenbedingungen führten im Frühling 1917 zu einem starken Rückgang der in der Schweiz verfügbaren Lebensmittel. Und die Schwächen der Versorgungslogik, welche auf die Aufrechterhaltung des internationalen Handels abgestellt hatte, wurde offenbart. Die Überlappung weiterer Ereignisse führte so in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkriegs zu einer Ernährungskrise in der Schweiz, wie auch bei den mitteleuropäischen Nachbarn, und zu entsprechenden Mangelsituationen bei der Bevölkerung.

Die Ernährungskrise der Jahre 1917/1918 katapultierte die Ernährungsfrage ins Zentrum der sozialen Frage. Gesellschaftliche Konfliktlinien traten in Zusammenhang mit der Krise offen zu Tage, diese Trennlinien verliefen nun insbesondere zwischen den Produzenten und den Konsumenten von Nahrungsmitteln. Besonders die lohnabhängigen städtischen Konsumenten waren stark von der Teuerungsspirale auf dem Nahrungsmittelmarkt betroffen. Die Lebenshaltungskosten für städtische Arbeiter explodierten in den zwei letzten Kriegsjahren und überlagerten sich zudem aufs Neue mit dem Problem des fehlenden Wohnraums in den Schweizer Städten. Die Landwirtschaft ihrerseits sah sich mit fehlenden Ressourcen (tierischen und menschlichen Arbeitskräften sowie Dünger und Kraftfutter) und schlechten Witterungslagen in den entscheidenden Wachstums- und Erntemonaten der Jahre 1916 und 1917 konfrontiert, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Ernte.

Von der plötzlichen Mangellage überrascht, schwenkte die Landesregierung in der Versorgungspolitik rasch auf eine Vermehrung des inländischen Anbaus um, im Wissen darum, dass Ernährungskrisen gewaltige soziale Sprengkraft besassen. Allerdings trafen die geplanten Sofortmassnahmen aber auf die strukturell dafür nicht mehr ausgerichtete landwirtschaftliche Realität. Viele Landwirte hatten beispielsweise so sehr auf die Milchproduktion gesetzt, dass sie nicht mehr über das nötige Knowhow für erfolgreichen Ackerbau verfügten und die plötzliche Umnutzung von Weide- zu Getreideland liess die Milchproduktion weiter einbrechen, was wiederum den inländischen Milchpreis verteuerte. Da die Milch in den ersten beiden Kriegsjahren aufgrund der

Quersubventionierungen durch die Käseunion keine starke Teuerung erfahren hatte, war sie zu einem wichtigen Grundnahrungsmittel für städtische Konsumenten geworden. Der Rückgang in der Milchproduktion und die damit einhergehende Preissteigerung für Milch verstärkte erneut die Feindseligkeiten zwischen Landwirten und städtischen Konsumenten, welche ersteren vorwarfen, die Milch bewusst zurückzuhalten, um bessere Preise erzielen zu können. Diese und andere aufgestaute soziale Spannungen entluden sich schliesslich im Landesstreik im November 1918.

Versuche zur Integration von Konsum und Produktion und von Industrie und Landwirtschaft

Die Ernährungskrise hatte ein Interventionsfeld geschaffen, das einen korrigierenden Eingriff erforderte. Die Ernährungskrise hatte die bereits vor 1914 angelegten gesellschaftlichen Krisenfelder katalysiert. Die zeitgenössischen Akteure waren von einer interventionistischen Verpflichtung im Höhepunkt der Krise getrieben, um eine nachhaltig politische Spaltung der Gesellschaft abzuwenden und die Nahrungsmittelversorgung auf ein stabileres Fundament zu stellen. Im Höhepunkt der Krise von 1917/1918 partizipierten unterschiedliche Akteure an der Suche nach einer Lösung der Ernährungskrise. Besonders die Konfliktlinie zwischen Nahrungsmittelkonsumenten und -produzenten war in den Jahren 1917/1918 evident geworden und entsprechend wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie diese konfrontative Situation über eine Integration der beiden Sphären entspannt werden könnte und wie generell die Nahrungsmittelversorgung in einer modernen, industrialisierten Gesellschaft bewerkstelligt werden konnte. Lokale Aktionen zur Integration von Produzenten und Konsumenten standen neben nationalen Grossprojekten, welche die Problematik über eine schweizweite Siedlungsordnung anzugehen beabsichtigten.

Obschon die Ansätze bisweilen politisch sehr unterschiedliche Zielsetzungen beinhalteten, war allen Vorschlägen zur Überwindung der Ernährungskrise gemein, dass sie die Lösung der Agrarfrage und der sozialen Frage komplementär behandelten. Während am Höhepunkt der Ernährungskrise Ideen zur unmittelbaren Überwindung der Krise im Vordergrund standen (Familiengärten, industrielle Landwirtschaft), formierten sich schon bald Ideen, welche über die blosse Überwindung der momentanen Not hinausgingen und mit langfristigen Entwürfen zur Neugestaltung der modernen Industriegesellschaft experimentierten und dabei die Kernfragen der modernen Gesellschaften komplementär betrachteten. Dies trifft auf die linke Kommune „Alte Vogtei" am Zürcher Herrliberg und generell auf die religiös-sozial und anarchistisch inspirierte Siedlungsbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu, welche sich über die Neugestaltung der Gesellschaft entlang von Siedlungsstrukturen eine Realisierung eines nicht-marxistischen Sozialismus erhofften. Und ebenso trifft dies beim nationalen Grossprojekt der Innenkolonisation unter Hans Bernhard zu, wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen. Denn Bernhard erhoffte über die Realisierung seines Siedlungsprojektes eine Harmonisierung von Arbeitern,

Landwirten und Unternehmern zu erreichen und verstand das Siedlungswesen der Innenkolonisation gerade als anti-sozialistische Massnahme.

Innenkolonisation

Bernhard war der Überzeugung, dass die Ernährungskrise in der Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs das Resultat einer Überindustrialisierung und einer damit zusammenhängenden rasanten Verstädterung gewesen sei. Entsprechend plädierte er – in Anlehnung an die englische Gartenstadtidee sowie an weitere europäische Pioniere der Innenkolonisation – dafür, rurale und urbane Räume in einer national ausgerichteten dezentral orientierten Siedlungsordnung zu integrieren. Die Erhaltung der Landwirtschaft sowie die Weiterentwicklung der Industrie und idealerweise die Verschmelzung der beiden Bereiche unter Berücksichtigung ihrer jeweils spezifischen Produktionseigenschaften stand im Fokus der Schweizer Innenkolonisation. Bernhard fasste das Ziel des umfassenden Projektes damit zusammen, besseren «Wohn- und Nährraum» schaffen zu wollen, als er bis anhin vorhanden war.

Das Phänomen der Innenkolonisation erfreute sich in der Zeit von 1880 bis 1930 international grosser Beliebtheit. Für Hans Bernhard war besonders das Projekt der deutschen «Inneren Kolonisation»[1462] ein wesentliches Vorbild. Bei dieser sollte eine Neugestaltung des Raumes durch eine technische Siedlungsplanung erfolgen und dabei helfen, nationale Bedürfnislagen zu befriedigen. Allerdings wurde in Preussen die die Innenkolonisation nicht nur zur Förderung der familienbasierten Landwirtschaft und der sozialen Mobilität in ländlichen Gebieten, sondern auch als Massnahme zum territorialen Besitzanspruch genutzt.

In weiteren europäischen Projekten der Innenkolonisation verknüpften sich profanes, technisches Handwerk, wie das Meliorationswesen, mit dem Anspruch der Schaffung einer sozialen Ordnung zu einem Raumplanungsinstrument avant la lettre. Diesen Projekten, die zwischen 1880 und 1930 in totalitären und demokratisch verfassten Kontexten zu Tage traten, war gemein, dass sie versuchten, die familienbasierte Landwirtschaft zu erhalten und landwirtschaftlich nicht genutzten Raum in ökonomische Nutzniessung zu überführen.

In den in der Studie erwähnten Beispielen der Innenkolonisation in den Niederlanden, Italien und Preussen zeigte sich eine enge staatliche Führung der Projekte. Dies im starken Kontrast zur Innenkolonisation in der Schweiz, die von Anfang an als private Unternehmung mit quasi-staatlichem Charakter geplant worden war. So beabsichtigte Hans Bernhard zwar, über ein nationales Siedlungsgesetz die Innenkolonisation zur Grundlage einer Schweizer Siedlungspolitik zu machen, scheiterte aber letztlich an der mangelnden Bereitschaft des Schweizer Staates, das Pro-

1462 Vgl. Kapitel 5.3.

jekt in dem Umfang zu unterstützen, wie Bernhard es sich vorgestellt hatte. Bernhards radikaler Ansatz liess wenig Spielraum für vielfältigere Entwicklungsmöglichkeiten des Raumes. Bernhards Vision der Nutzung des neugewonnen Raume sah wenig Spielraum für alternative Nutzungsmöglichkeiten zur landwirtschaftlich geprägten Siedlungsnutzung vor. Aus diesem Grund erfuhr das Projekt der Innenkolonisation in der Schweiz nur punktuelle Unterstützung. So diente die Innenkolonisation zu Beginn der 1920er-Jahre vielmehr als staatliches Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Zeit des Zweiten Weltkriegs als Blaupause für den sogenannten Plan Wahlen und die damit zusammenhängende Erschliessung landwirtschaftlich produktiver Flächen.

7.2 Schlussbetrachtungen und Ausblick

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit stand die Frage nach dem Verhalten von Menschen, die durch einen Krisenkontext in eine Situation gedrängt werden, die nach rascher und kreativer Neuorientierung verlangt. Ausgehend von der Ernährungskrise am Ende des Ersten Weltkriegs in der Schweiz wurden die fundamentale Lernprozesse und Krisenbewältigungsansätze nachgezeichnet. Dabei stellte sich besonders das Projekt der Innenkolonisation von Hans Bernhard als umfassendster Ansatz heraus, der die Schweizer Gesellschaft über das Siedlungswesen neugestalten wollte. Die Ernährungskrise und die Ansätze zu ihrer Überwindung wurden unter Rückgriff auf den Krisenbegriff von Reinhart Koselleck und das theoretische Konzept des Social Engineering von Thomas Etzemüller in den Fokus der Arbeit gestellt.

Krise und Social Engineering»

Im Ersten Weltkrieg offenbarten sich strukturelle Fehlentwicklungen in der Art, wie Menschen zusammenlebten und wie sie ihre Ernährungsversorgung organisierten hatten. Als die Krisen eskalierten, setzte sich bei einigen Akteuren die Einsicht durch, dass gesellschaftlich-strukturelle Korrekturen vorgenommen werden mussten, um solche Krisen künftig zu verhindern. Dementsprechend versuchten sie, nach dem Krieg durch die Integration industrieller und landwirtschaftlicher Lebensweisen Weichenstellungen vorzunehmen, welche die Gesellschaft krisenresistenter gestalten sollten. Die zeitgenössischen Akteure empfanden eine Verpflichtung zur Intervention und verbanden diese normative Motivation mit einem Gestaltungs- und Planungswillen. Über die Neuordnung des Raumes sollten Gesellschaft, Wirtschaft und schliesslich auch der einzelne Mensch neu konfiguriert werden. Diese Absicht zeigte sich insbesondere im Siedlungswesen und im Versuch, industrielle und agrarische Lebenswelten ineinander zu integrieren.

Die beabsichtigte Harmonisierung von industrieller Lebenswelt und landwirtschaftlicher Produktion durchzog die unterschiedlichen Vorschläge, die zur Überwindung der Krise am Ende des

Ersten Weltkriegs hervorgebracht worden waren. Es zeigt sich darin die tieferliegende Motivation der Akteure, eine Entschärfung des Spannungsfeldes zwischen *Natur, Kultur und Ordnung* herbeizuführen. Die Absicht, mittels räumlicher Planung vermeintlich *natürliche Ordnungen* zu schaffen und so dem Menschen einen Weg zu weisen, in einer industrialisierten Gesellschaft naturnah leben zu können, war der tiefere Kern der Siedlungs- und Gartenstadtbewegung, welche die Akteure am Ende des Ersten Weltkriegs auch in der Schweiz beseelte.

Nach Thomas Etzemüller ist es der Kern des Konzeptes des Social Engineering, dass mit einer technisch anmutenden Rationalität ein Anspruch auf politische, ökonomische und soziale Führung einhergeht und dabei gleichzeitig auf eine Harmonisierung von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Spannungsfelder gezielt wird.

Die Motivation zur Intervention war insbesondere unter sogenannten *Experten des Alltags* allgegenwärtig. Diese Akteure rekrutierten sich meist aus den Reihen akademischer Experten, konnten aber auch *von unten* aus beruflichen oder ideologischen Gründen aktiv werden. All diesen Akteuren und Experten war das Streben nach einer *natürlichen Ordnung* gemein. Damit ging keinesfalls eine reaktionäre Haltung einher, die eine Negierung der Industrialisierung beabsichtigte – das Ziel war vielmehr, die Weiterentwicklung der Industrialisierung in Einklang mit natürlichen Produktionsprozessen bringen zu können, wie beispielsweise das Experiments des Elektrohofes der SVIL in Glattbach (ZH) zeigt.

Die Ernährungskrise in der Schweiz von 1917/1918 schuf den zeitlichen Druck, um die Krise als Moment der Entscheidung zu verstehen. Dementsprechend beharrlich drängten die Akteure auf Lösungen der Problemstellung. Lernen beim Handeln war üblich und überführte die Akteure in einem Modus experimenteller Intervention. Der Ausgang der Projekte war stets ungewiss. Obschon die Akteure – in der Schweiz insbesondere Hans Bernhard – von der Richtigkeit ihres Tuns überzeugt waren, haftete ihren Projekten stets der Charakter des Unfertigen und Experimentellen an. Dies mag erklären, warum Phänomene wie die Innenkolonisation, die zur Blütezeit des Social Engineering in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in verschiedenen Teilen der Welt unter unterschiedlichsten Rahmenbedingungen Umsetzungsansätze erfuhren, so unterschiedliche Realisierungsgrade erreichten.

Ausblick

Obschon die Innenkolonisation in der Schweiz keine vergleichbare staatliche Unterstützung und dadurch nicht die gleiche Durchschlagskraft erfuhr wie in anderen Ländern Europas, sind die ihr zugrundeliegenden Kernthemen doch in die Ausgestaltung der späteren Politik eingesickert. Insbesondere die Agrarfrage wurde in der Schweiz aufgrund der Erfahrung im Ersten Weltkrieg im 20. Jahrhundert dahingehend beantwortet, dass die landwirtschaftliche Produktion sich in erster

Linie an der Versorgung der inländischen Bevölkerung zu orientieren habe. Die Landwirtschaft wurde in diesem Sinne in der Zwischenkriegszeit zu einem «Service public» umgeformt.[1463] Die Ernährungskrise wirkte in diesem Sinn tatsächlich als «Lehrmeisterin»[1464].
Doch auch in der konkreten Ausgestaltung der Reaktion auf drohende Krisen dienten die Arbeiten der SVIL als Vorbild. So wurden die Katasterpläne aus den Reihen der SVIL, die in der Zwischenkriegszeit erarbeitet worden waren, zur Grundlage für den Plan Wahlen und die sogenannte «Anbauschlacht» im Zweiten Weltkrieg. Mit einer kriegswirtschaftlichen Vermehrung des inländischen Anbaus und zeitgleicher Rationierung der Lebensmittel sollte eine gefährliche soziale Spaltung, wie sie im Ersten Weltkrieg stattgefunden hatte, verhindert werden.
Versatzstücke der Innenkolonisation wurden unter Krisenkontexten wieder reaktiviert. Und auch die SVIL – welche im Jahr 1968 eine erneute Namensänderung erfuhr und fortan als «Schweizerische Vereinigung Industrie und Wirtschaft» tätig war, verschrieb sich im Laufe des 20. Jahrhunderts weiterhin der Integration von Industrie und Landwirtschaft und wirkt an der Ausgestaltung der Agrarpolitik bis in die heutigen Tage mit.

Auf dem Höhepunkt der Krise von 1917/1918 sowie unmittelbar danach waren die Ansätze zur Neugestaltung von Landwirtschaft und Industrie äusserst zahlreich und offen. Viele Akteure der Zeit unmittelbar nach 1918 waren von einem Streben nach einer *natürlichen Ordnung* zwischen Konsumenten und Produzenten beseelt und versuchten – auch unter Rückgriffen auf die Lösungsvorschläge zur Überwindung der Wohnungsfrage vor 1914 – das moderne Spannungsfeld zwischen *Natur, Kultur und Ordnung* möglichst umfassend zu denken und daraus Ordnungsvorschläge für die künftige Gesellschaft abzuleiten. Heutige Debatten rund um industrielle, biologische oder biodynamische Landwirtschaft, um Massentierhaltung, Vegetarismus, Veganismus, Locavorismus, Urban Farming und Ähnliches zeigen, dass die Ernährungsfrage nach wie vor eine zentrale Frage unserer Gesellschaft ist und das gesuchte Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft bisher nicht gefunden worden ist.

1463 Vgl. Moser 2012: 568.
1464 Vgl. Auderset, Moser 2012: 133-149.

8 Verzeichnisse

8.1 Abkürzungsverzeichnis

AfA	Archiv für Agrargeschichte
AfIK	Archiv für Innere Kolonisation
APM	Association des Productrices de Moudon
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BGB	Bauern-, Gewerbe und Bürgerpartei
BIP	Bruttoinlandprodukt
CNR	Canadian National Railroad
CPR	Canadian Pacific Railway
DODIS	Diplomatische Dokumente der Schweiz
EMA	Eidgenössische Meliorations- und Arbeitsamt
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EWZ	Elekrizitätswerke der Stadt Zürich
GFIK	Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation
GPI	Produzenten und Importpreisindex
GSK	Genossenschaft Schweizerischer Käseexporteure (auch bekannt als «Käseunion»)
GSL	Gesellschaft schweizerischer Landwirte
KPI	Konsumenenpreisindex
NB	Schweizerische Nationalbibliothek
NOK	Nordostschweizerische Kraftwerke
OAK	Oltener Aktionskommitee
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBG	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SBV	Schweizerisches Bauernverband
SGG	Schweizerische Genossenschaft für Gemüseanbau
SJO	Sozialdemokratischen Jugendorganisation
SLV	Schweizerischer Landwirtschaftlicher Verein
SozArchiv	Schweizerisches Sozialarchiv Zürich
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
S.S.S.	Société suisse de surveillance économique
StArLU	Staatsarchiv Luzern

SVIL	Schweizerische Vereinigung für industrielle Landwirtschaft (1918-1919) Schweizerische Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation (1919-1920) Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (ab 1920-1968) Schweizerische Vereinigung für Industrie und Landwirtschaft (ab 1968)
SWA	Schweizerisches Wirtschaftsarchiv Basel
VSK	Verband schweizerischer Konsumvereine (1890-1970, seit 1970 Coop)
ZB	Zentralbibliothek Zürich
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZVSM	Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten (1907-1999, seit 1999 Schweizer Milchproduzenten)

8.2 Abbildungs- und Grafikverzeichnis

8.2.1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: «The Three Magnets».
In: Howard 1902: 16. 50

Abbildung 2: «The Garden City Concept»
In: Howard 1902: 22. 50

Abbildung 3: Teuerungsdemonstration auf der Berner Schützenmatte am 15.05.1915.
Staatsarchiv Bern T.137, Teuerungsdemonstration, Bern 113

Abbildung 4: Der Gemüsegarten.
In: Nebelspalter, 12.05.1917: 16. 139

Abbildung 5: «Labourage du grand marais de Ballens avec tracteur système Scheuchzer».
Fotografie aus Bestand SGG.
Coop Genossenschaft Zentralarchiv, ohne Signatur, 1919. 157

Abbildung 6: Flugbild des Freidorfs von Westen gesehen, 1935.
In: Baselbieter Heimatblätter 42/3 (1977): 183. (Originalbild: Staatsarchiv Baselland unter der Signatur: PA 6438, 8.3.3.1.7.03) 160

Abbildung 7: Plan der Trockenlegung der Zuidersee, gezeichnet von E. Leemann.
In: Schweizer-Schule 16/25 (1930): 221 197

Abbildung 8: Deutschland als Vorbild für die Schweiz: Der Kulturingenieur Johann Girsberger nennt die Güterzusammenlegung in Neu-Ulm als leuchtendes Beispiel. Hier: Flurbereinigung in Volkertshofen u. Erbishofen k. Bez. Amts Neu-Ulm. Besitzstand vor der Flurbereinigung.
In: Girsberger 1910: Planbeilage 1. 228

Abbildung 9: Flurbereinigung in Volkertshofen u. Erbishofen k. Bez. Amts Neu-Ulm. Besitzstand nach der Flurbereinigung.
In: Girsberger 1910: Planbeilage 1. 229

Abbildung 10: Flugblatt: Merkworte an die Auswanderungslustigen aus ländlichen Gegenden. Enthalten
in: Schweizerisches Auswanderungsamt, Internes Schreiben von Josef Möhr vom 14. April 1921. BAR E 2175#1000/132#169*. 283

8.2.2 Verzeichnis der Grafiken

Grafik 1: Ausfuhr von Milchprodukten 1913-1919 (gerundet auf 1000 Zentner).
Quellenbasis für selbst erstellte Grafik aus: Ruchti 1930: 200,204. 87

Grafik 2: Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln und agrarischen Hilfsstoffen nach Gewicht in Prozent der Vorkriegsjahre (Durchschnitt von 1911/1913 = 100%).
Quellenbasis für selbst erstellte Grafik aus: Baumann 1993: 294. 87

GRAFIK 3: RELATIVE LEBENSMITTELPREISE IM DURCHSCHNITT DER STÄDTE ZÜRICH, BERN UND BASEL 1912-1919 (1914=100%).
QUELLENBASIS FÜR SELBST ERSTELLTE GRAFIK AUS: BUNDESAMT FÜR STATISTIK (HG.): KLEINHANDELSPREISE FÜR NAHRUNGSMITTEL IN DEN STÄDTEN ZÜRICH, BERN UND BASEL 1890-1966 ... 112
GRAFIK 4: ÜBER DIE STATISTISCHE ENTWICKLUNG VON FAMILIENGÄRTEN IN DER STADT ZÜRICH VON 1915-1964. IN: 50 JAHRE VEREIN FÜR FAMILIENGÄRTEN ZÜRICH, ZÜRICH 1965: 11. ... 133
GRAFIK 5: ANZAHL MELIORATIONSUNTERNEHMUNGEN IN DER SCHWEIZ VON 1885-1930.
QUELLENBASIS FÜR SELBST ERSTELLTE GRAFIK AUS: STRÜBY 1937: 5-6. ... 231
GRAFIK 6: ARBEITSLOSENZAHLEN IN DER SCHWEIZ ZWISCHEN 1920 UND 1930 (JÄHRLICHES MITTEL).
QUELLENBASIS FÜR SELBST ERSTELLTE GRAFIK AUS: DEGEN 2013 ... 291

8.3 Bibliografie

8.3.1 Ungedruckte Quellen

Archiv für Agrargeschichte [AfA]

Bestand Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL)

AfA Nr. 106-11: Vorstands- und Generalversammlungsprotokolle

AfA Nr. 106-211-01: Briefe von Auswanderern in der Kanadaaktion 1922/1923

Bestand Keller, Hans und Fritz C.

AfA Nr. 724. 11-02: Jahresberichte SGG 1919-1965

Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes [SBG Archiv]

Bestand Oltener Aktionskomitee (OAK)

G23/B: Protokolle des Oltener Aktionskomitees 1918

Coop Genossenschaft, Zentralarchiv

Bestand Verband Schweizerischer Konsumverein (VSK)

Ohne Signatur: Protokolle des Ausschusses des Aufsichtsrates des Verbandes schweizerischer Konsumvereine 1914-1916.

Ohne Signatur: Protokoll des leitenden Ausschusses des Verbandes schweizerischer Konsumvereine 1914-1916.

Bestand Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG)

Ohne Signatur: Protokolle des Verwaltungsrates der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau ab 1919.

Diplomatische Dokumente der Schweiz 1848-1975 (DODIS)

XIV. Auswanderungsfragen

dodis.ch/44912: Le Chef de l'Office d'Emigration, J.Möhr, au Chef du Département politique, G.Motta du 08.05.1923. Online: https://dodis.ch/44912, 12.09.2021.

Schweizerisches Bundesarchiv [BAR]

Bestand Auswanderungsamt: Zentrale Ablage (1901-1941) (1876-1953)

BAR E 2175 1000/132#169: Auswanderung und Innenkolonisation

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Zentrale Ablage (1928-1962) (1892-1962)

BAR E 7170(A) 1000/1069#141: Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation (1926-1945)

Eidgenössisches Arbeitsamt: Zentrale Ablage (1921-1929) (1884-1950)

BAR E 7169 1000/1068#168: Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft

Protokolle des Bundesrates (1848-2002)

E1004.1#1000/9#275*: Beschlussprotokolle des Bundesrates April-Juni 1920, https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/start.do, 09.09.2021.

E1004.1#1000/9#284*: Beschlussprotokolle des Bundesrates Juli-September 1922, https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/start.do, 09.09.2021.

Schweizerisches Sozialarchiv [SozArchiv]

Bestand Brupbacher, Fritz (1874-1945)

Ar 101.30.6: Briefe J-K

Bestand Dachverband der Familiengartenvereine, Verein für Familiengärten Zürich

Ar 463.10.2: Protokolle 1917-1918

Ar 463.15.1: Statuten, Reglemente, Verträge

Ar 463.35.1: Jahresberichte 1915-1980

Bestand Pflüger, Paul (1865-1947)

Ar 111.1: Biographisches

Bestand Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Ar 1.100.6: Biographien J-L

Schweizerisches Wirtschaftsarchiv [SWA]

Bestand Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft

Bv Aa 62: Statuten, Geschäftsordnung (1918-2006)

Bv Aa 62: Vorträge und Berichte betr. Auswanderungsprobleme (1920-1923)

Staatsarchiv Bern

Bestand T Alben

T.137: Teuerungsdemonstration, Bern

Staatsarchiv Luzern [StArLU]

Archiv der von Moos Holding AG / Vorgängerfirmen: Akten und Bände (1674-2008)

Kriegswirtschaft: Industrielle Landwirtschaft (1914-1946)

PA 1391/6094: Gartenbewirtschaftung: Strategie, Bereitstellung von Pflanzland für die Arbeiterschaft in Vorderemmenweid, Bedarfsanalyse, Berichte (1917-1919)

PA 1391/6095: Scheidermoos (Turbenmoos) Sempach: Drainageprojekt und Meliorationsarbeiten (mit Plänen) (1918-1921)

PA 1391/6099: Mitgliedschaft beim Verein für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft ZH: Korrespondenz, Besprechungsprotokolle (1918-1924)

Zentralbibliothek Zürich [ZB]

Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Ar. 02.20: Nachlass Jakob „Joggi" Herzog

8.3.2 Gedruckte Quellen und Literatur mit Quellencharakter

[O.A.]: Das schweizerische Militärdepartement und der inländische Getreidebau. In: Der Schweizer Bauer und Bernische Blätter für Landwirthschaft, 05.05.1899, Nr.36 - Erste Beilage zu Nr.36: 5.

[O.A.]: Maienzeit zu Stadt und Land. In: Schweizerische Bauernzeitung, Juni 1902: 27-28.

[O.A.]: Die Erziehung durch die Stadt. In: Volksrecht. Sozialdemokratisches Tagblatt, 07.07.1903.

[O.A.]: Werden wir zu essen haben? In: Beilage zur Berner Tagwacht, 01.08.1914.

[O.A.]: Ausfuhrbewilligungen. In: Berner Tagwacht, 15.08.1914: 2.

[O.A.]: Wir warnen! In: Berner Tagwacht, 20.08.1914: 1.

[O.A.]: Schreiben des Volkswirtschaftsdepartementes an die Milchverbände. In: Schweizerisches Zentralblatt für Milchwirtschaft, 03.09.1914.

[O.A.]: Der Dank der sozialdemokratischen Konsumenten. In: Schweizerische Bauernzeitung, September 1915: 33.

[O.A.]: Familiengärten in Zürich, In: Grütlianer, 30.10.1915: 2-3.

[O.A.]: Illustration – Der Gemüsegarten. In: Nebelspalter, 12.05.1917: 16.

[O.A.]: Zivildienstpflicht. Die Militarisierung der Arbeiter. In: Berner Tagwacht, 20.12.1917: 1.

[O.A.]: Die Vermehrung der Nahrungsmittelproduktion und der Zivildienst. In: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz. Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 10/2 (1918): 9-11.

[O.A.]: Eine genossenschaftliche Gartenstadt. In: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz. Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes 7/11 (1919): 60-61.

[O.A..]: Was wir wolllen – Erster Teil. In: Der Aufbau. Sozialistische Wochenzeitung, 05.12.1919: 1-2.

[O.A.]: Badische Siedlungspolitik. In: NZZ, 05.08.1920 – Erstes Mittagsblatt: 1.

Amtliches stenographisches Bulletin der schweizerischen Bundesversammlung Jahrgang 22 (1912), Nationalratssitzung vom 9.12.1912: 333-347.

Beaulieu, Charles, de: Gemeinheitsteilung und innere Kolonisation in Russland. In: Archiv für Innere Kolonisation 2(4) 1910: 295-303.

Bericht des Bundesrathes über seine Geschäftsführung im Jahr 1868. In: Schweizerisches Bundesblatt 1868 1: 813-927.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen (Vom 01.12.1914). In: Schweizerisches Bundesblatt 4/50 (1914): 707-758. (= I. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1914)

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen (Vom 09.09.1916). In: Bundesblatt 3/37 (1916): 519-568. (= IV. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1916)

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen (Vom 09.03.1917). In: Bundesblatt 1/11 (1917): 298-356. (= VI. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1917)

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen (Vom 24.05.1917). In: Bundesblatt 3/22 (1917): 225-265. (= VII. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1917)

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Massnahmen. (Vom 24. Mai 1918). In: Schweizerisches Bundesblatt 3/22 (1918): 65-201. (= X. Neutralitätsbericht des Bundesrates 1918)

Bernhard, Hans: Die landbauliche Wasserwirtschaft Italiens. Habilitationsschrift zur Erlangung der venia legendi vorgelegt der philosophischen Fakultät II der Universität Zürich (Beiträge zur Agrargeografie 1). Bern 1910.

Bernhard, Hans: Zur landwirtschaftlichen Selbstversorgung der Schweiz. In: NZZ, 12.06.1918, Nr. 771. (=Bernhard 1918a)

Bernhard, Hans: Die Organisation der industriellen Landwirtschaft in Winterthur (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft 1). Zürich 1918. (=Bernhard 1918b)

Bernhard, Hans: Die Innenkolonisation in der Schweiz (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft 2). Zürich 1919. (=Bernhard 1919a)

Bernhard, Hans: Agrar- und Siedlungsprobleme von Grosswinterthur (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation 4). Zürich 1919. (=Bernhard 1919b)

Bernhard, Hans: Die Innenkolonisation im Kanton Zürich (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation 5) Zürich 1919 (=Bernhard 1919c)

Bernhard, Hans: Schweizerische Siedlungspolitik (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation 6) Zürich 1919. (=Bernhard 1919d)

Bernhard, Hans: Die Förderung der Innenkolonisation durch den Bund. Grundlagen zu einem eidgenössischen Siedlungsgesetz (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 9). Zürich 1920. (=Bernhard 1920a)

Bernhard, Hans: Die Stellung der Innenkolonisation zur Auswanderungsfrage. (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 10) Zürich 1920. (=Bernhard 1920b)

Bernhard, Hans: Das Umsiedlungswerk Wäggital. Gutachten, erstattet im Auftrag der Konzessionäre des Wäggitaler Kraftwerkes und der Eidgenössischen Kommission für die Melioration der linksseitigen Linthebene (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 12). Zürich 1921.

Bernhard, Hans: Das Siedlungswerk „Lantig“. Ein praktisches Ergebnis Winterthurer Siedlungspolitik (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 15). Zürich 1922.

Bernhard, Hans: Die kolonisatorische Auswanderung als Ergänzung der Innenkolonisation (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 17). Zürich 1923.

Bernhard, Hans: Ein schweizerischer Kataster für Innenkolonisation (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 29). Zürich 1926.

Bietenholz-Gerhard, Alfred: Die „Pädagogische Revolution" unter dem Gesichtswinkel des Siedlungsgedankens – Teil 1. In: Der Aufbau, 03.02.1922: 27-29.

Bietenholz-Gerhard, Alfred: Die „Pädagogische Revolution" unter dem Gesichtswinkel des Siedlungsgedankens – Teil 2. In: Der Aufbau, 10.02.1922: 35-37.

Bietenholz-Gerhard, Alfred: Kropotkins „Landwirtschaft, Industrie und Handwerk" unter dem Gesichtspunkt des Siedlungsgedankens. In: Der Aufbau, 10.03.1922: 59-61.

Bietenholz-Gerhard, Alfred: Die Siedlung. Siedlungsbewegung und Siedlungsfragen. Erlenbach-Zürich 1923.

Botschaft des Bundesrathes an die Bundesversammlung, betreffend die Förderung der Landwirthschaft durch den Bund (Vom 4. Dezember 1883). In: Schweizerisches Bundesblatt 4/64 (1883): 859-970.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität vom 2.08.1914. In: Bundesblatt 4/31 (1914): 5-9.

Boyens, Wilhelm Friedrich: Die Geschichte der ländlichen Siedlung. Erster Band (Das Erbe Max Serings). Berlin 1959.

Bücher, Karl: Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Basel vom 1.-19. Februar 1889. Basel 1891.

Bütikofer, Ernst: Das Kraftwerk Wäggital. Populär-technische Darstellung der Anlagen. Solothurn 1926.

Bundesbeschluss betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund (Vom 27.06.1884). In: Schweizerisches Bundesblatt 3/34 (1884): 425-432.

Bundesgesetz betreffend die Förderung der Landwirthschaft durch den Bund (Vom 22.12.1893). In: Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der schweizerischen Eidgenossenschaft, Band 14, Bern 1895: 209-219.

Bundesratsbeschluss betreffend die Vermehrung der Lebensmittelproduktion (Vom 15.01.1918). In: Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der schweizerischen Eidgenossenschaft, Band 34, Bern 1919: 83-92.

Cathomas, J.B.: Billige Kriegsernährung. Wie können wir uns bei der jetzigen Teuerung billig und zweckmässig ernähren? Eine ärztliche Aufklärung über die Teuerungsfrage. St. Gallen 1916.

Darré, Walther: Neuadel aus Blut und Boden. München 1930.

David, Eduard: Sozialismus und Landwirtschaft. Leipzig 1922 [Erstauflage 1903].

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement Abteilung für Landwirtschaft (Hg.): Das Bodenverbesserungswesen der Schweiz 1913-1924. Unter Benützung der kantonalen Berichte. Bern-Bümpliz 1925.

Eidgenössisches Zolldepartement (Hg.): Schweizerisches Handelsstatistik. Jahresbericht 1915. Bern 1916.

Engels, Friederich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Leipzig 1845.

Engels, Friederich: Zur Wohnungsfrage. Mit Kommentaren von Reinhold Martin und Neil Smith. Leipzig 2015 [Erstveröffentlichung 1872].

Erzinger, Heinrich: Fritz Rödiger, der grosse Entsumpfungs-Apostel gemeiner schweizerischer Eidgenossenschaft, oder die Kunst: wie man „in Drainage macht". Ein Beitrag zur Charakteristik moderner Industrie und gerichtlich geretteter Ehre. Frauenfeld 1858.

Fritsch, Theodor: Die Stadt der Zukunft: mit zwei farbigen Tafeln und 14 Text-Abbildungen. Leipzig 1896: Einsehbar unter: https://archive.org/details/diestadtderzukun00frit/page/n15, 12.09.2021. (=Fritsch 1896a)

Fritsch, Theodor: Die neue Gemeinde. Begleitschreiben zu der Schrift „Die Stadt der Zukunft". Leipzig 1896. Einsehbar unter: https://archive.org/details/diestadtderzukun00frit/page/n15, 12.09.2021. (=Fritsch 1896b)

Geering, Traugott: Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges. Basel 1928.

Gerber, Max; Matthieu, Jean; Ragaz, Clara; Ragaz, Leonhard; Staudinger, Dora: Ein sozialistisches Programm. Olten 1920.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft (Hg.): Geschäftsbericht der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft für 1918 (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation 3). Zürich 1919.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft (Hg.): Geschäftsbericht der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation für 1919 (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft und Innenkolonisation 7). Zürich 1920.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft (Hg.): Geschäftsbericht der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft für 1920 (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 11). Zürich 1921.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (Hg.): Ein städtisches Siedlungswerk der A.G. Chocolat Tobler in Bern-Bümpliz. Die Besiedlung des meliorierten Oedlandes auf dem Tessenberg. Die Organisation von Pflanzwerken für Arbeitslose im Kanton Zürich (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 16). Zürich 1922.

Geschäftsstelle der Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (Hg.): Geschäftsbericht der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft für 1924 (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 24). Bern 1925.

Gillabert-Randin, Augusta: Association des productrices de Moudon. In: La Terre Vaudoise, 20.07.1918: 265-266.

Gillabert-Randin, Augusta: Association des productrices de Moudon. In: La Terre Vaudoise, 22.03.1919: 94-95.

Gillabert-Randin, Augusta: La coopération des femmes en agriculture, I. In: L'Industrie Laitière Suisse, 11.02.1921: 23.

Girsberger, Johann: Die Güterzusammenlegung. Ursprung, Zweck und volkswirtschaftliche Bedeutung. Zürich 1910.

Girsberger, Johann: Schweizerische Vereinigung für industrielle Landwirtschaft. Separatdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung. Zürich 1918.

Griffiths, Arthur: Penal Colonies, Agricultural and Industrial. In: The North American Review 163/481 (1896): 676-687.

Grütliverein Zürich (Hg.): Grütlianer Manifest. Ein Wort an das Schweizer Volk über die Krisi sim Schweizerischen Grütliverein und die Notwendigkeit und Aufgaben einer Partei des vaterländischen Sozialismus. Zürich 1917.

Grundbuchamt des Kantons Schaffhausen: Was ist und was nützt Güterzusammenlegung? In: Schweizerische Geometer-Zeitung 15 (1917): 264-271.

Gysel, Zacharias: Der Schaffhauser Bauer, wie er sein sollte, und wie er nicht ist, wie er ist, und wie er nicht sein sollte. Eine Geschichte aus dem Leben, den Bauern des Kantons Schaffhausen zur Beherzigung und Kurzweil erzählt. Schaffhausen 1854.

Heeb, Friederich: Sozialdemokratische Forderungen auf dem Gebiet des Ernährungswesens (Kampfruf Nummer 2). Zürich 1918.

Heeb, Friedrich: Schweizerische Arbeitslose als „Landwirte“ in Kanada. In: Rote Revue. Sozialistische Monatszeitschrift März 7/2 (1923): 209-216.

Hofmann, Emil: Die Wohnungsenquêten in der Schweiz. In: Archiv für Soziale Gesetzgebung. Vierteljahresschrift zur Erforschung der gesellschaftlichen Zustände aller Länder 9 (1896): 604-623.

Hollmann: Sesshaftmachung von Landarbeitern und innere Kolonisation in Dänemark. In: Archiv für Innere Kolonisation 4/3 (1911): 81-96.

Howard, Ebenezer: To-Morrow: a Peaceful Path to Real Reform. London 1898. Einsehbar unter: https://archive.org/details/tomorrowpeaceful00howa/page/n4, 12.09.2021.

Jäggi, Bernhard: Die Beziehungen der Konsumvereine zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Basel 1927.

Jöhr, Adolf: Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall. Zürich 1912.

Käppeli, Josef; Riesen, Max: Die Lebensmittelversorgung der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkrieges von 1914-1922 (Separatdruck aus dem Landwirtschaftlichen Jahrbuch der Schweiz 1925). Bern 1925.

Kautsky, Karl: Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Bielefeld 1966 [Erstauflage 1899].

Kay-Shuttleworth, James Phillip: The Moral and Physical Condition of the Working Classes Employed in the Cotton Manufacture in Manchester. London 1832. Einsehbar unter: https://archive.org/details/moralphysicalcon00kaysuoft/page/n3, 09.09.2021.

Kellerhals, Otto: Die bernischen Straf- und Arbeitskolonien im Gebiete der oberen Juragewässer-Korrektion. Biel 1896.

Kellerhals, Otto: Die Domäne und Strafkolonie Witzwil. Ihre Vergangenheit, ihre Entwicklung und Vorschläge für die Zukunft. Bern 1904.

Kellerhals, Otto: Strafanstalt Witzwil. Ein Beispiel von Innenkolonisation durch die Arbeit von Gefangenen und Arbeitslosen. Ins 1925.

Kleiber, Max: Die Ausbeutung in der Landwirtschaft. In: Der Aufbau, 06.02.1920: 67-68.

Kleiber, Max: Zur Milchpreisfrage. In: Der Aufbau, 17.09.1920: 271-272.

Kraemer, Adolf: Vergleichende Darstellung der Massregeln und Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft in verschiedenen Ländern Europa's und ihr Nutzungsanwendung auf schweizerische Verhältnisse. Enquête-Bericht erstattet an das hohe schweizerische Handels- und Landwirthschaftsdepartement. Zürich 1882.

Kreisschreiben des Schweizerischen Justiz- und Polizeidepartements am sämtliche Kantonsregierungen betreffend die Verordnung gegen die Verteuerung von Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (Vom 10. August 1914). In: Bundesblatt 4/33 (1914): 40-49.

Kreisschreiben des Schweizerischen Volksdepartements an die Kantonsregierungen betreffend die Vermehrung der Lebensmittelproduktion (Vom 16. Februar 1917). In: Schweizerisches Bundesblatt 3/29 (1917): 591-599.

Kreisschreiben des Schweizerischen Volksdepartements an die Kantonsregierungen betreffend die Vermehrung der Lebensmittelproduktion (Vom 16. Januar 1918). In: Schweizerisches Bundesblatt, 1/04 (1918): 138-144.

Kreisschreiben des Schweizerischen Bundesrates an sämtliche Kantonsregierungen betreffend die Förderung der Güterzusammenlegungen (Vom 23. März 1918). In: Schweizerisches Bundesblatt 14/1 (1918): 480-492.

Kreisschreiben des Eidgenössischen Ernährungsamtes an die Kantonsregierungen betreffend die Vermehrung der Lebensmittelproduktion (Vom 21. Februar 1919). In: Schweizerisches Bundesblatt 1/09 (1919): 328-331.

Kropotkin, Peter: Fields, Factories and Workshops. London 1899.

Kropotkin, Peter: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Oder die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft, von geistiger und körperlicher Arbeit. Berlin 1976 [Erstauflage: 1921].

Kropotkin, Peter: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Frankfurt am Main 2011 [Erstauflage: 1902].

Kruck, Gustav: Das Kraftwerk Wäggital (Neujahresblatt der Naturforschenden Gesellschaft in Zürich 127). Zürich 1925.

Landauer, Gustav: Aufruf zum Sozialismus. Herausgegeben und eingeleitet von Heinz-Joachim Heydorn. Frankfurt am Main 1967 [Erstauflage: 1911].

Landauer, Gustav: Erstes Flugblatt – Was will der Sozialistische Bund? In: Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Dezember 1913: 185. (=Landauer 1913a)

Landauer, Gustav: Zweites Flugblatt – Was ist zunächst zu tun?. In: Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Dezember 1913: 187. (=Landauer 1913b)

Landauer, Gustav: Drittes Flugblatt – Die Siedlung. In: Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Dezember 1913: 189. (=Landauer 1913c)

Landauer, Gustav: Die zwölf Artikel des Sozialistischen Bundes. In: Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Dezember 1913: 191-192. (=Landauer 1913d)

Landauer, Gustav: § 1 und § 2 des Organisationsstaut der Siedlungs-Vereinigung „Gemeinschaft". In: Der Sozialist, Dezember 1913: (=Landauer 1913e)

Landauer, Gustav: Die Siedlung. In: Landauer, Gustav: Beginnen. Aufsätze über Sozialismus. Köln 1924: 105-111.

Laur, Ernst: Die Hebung des Schweizerischen Getreidebaues. Vortrag gehalten in der Gesellschaft Schweizerischer Landwirte. Sonderdruck aus dem Schweizerischen Landwirtschaftlichen Centralblatt. Frauenfeld 1896.

Laur, Ernst: Zu dem Protesten der Sozialdemokraten betreffend Lebensmittelversorgung. In: Schweizerische Bauernzeitung, Juni 1915: 23-22.

Laur, Ernst: Der Einfluss des Weltkrieges auf die Lage der schweizerischen Landwirtschaft. O.O. 1921.

Leemann, Ernst: Die Trockenlegung der Zuidersee. In: Schweizer-Schule. Wochenblatt der katholischen Schulvereinigungen der Schweiz, 19.06.1930.

Leo XIII: Über die Arbeiterfrage. 15. Mai 1891 Rerum Novarum. Sanctissimi Domini nostri Leonis divina providentia papae XIII. Litterae encyclicae de conditione opificum. Freiburg 1891.

Lorenz, Jacob: Erinnerungen eines simplen Eidgenossen. Erlenbach 1935.

Lutz, Karl: Die Güterzusammenlegung in der deutschen Schweiz. Zürich 1909.

Maass: Wirtschaftliche Frauenaufgaben in der Inneren Kolonisation. In: Archiv für Innere Kolonisation 4(8) 1912: 410-416.

Meyenburg, Konrad von: Neue Siedlungen. In: Die schweizerische Baukunst 11(1919): 132-143.

Migge, Leberecht: Jedermann Selbstversorger. Eine Lösung der Siedlungsfrage durch neuen Gartenbau. Jena 1918.

Montenach, Georges, de: Pour la village. La conservation de la classe paysanne. Lausanne 1916.

Moos, Hans: Lehren des Krieges für unsere Landwirtschaft. Vortrag von Professor Hans Moos gehalten an der Versammlung der Bauernvereins-Sektion und landwirtschaftlichen Genossenschaft Malters-Schwarzenberg-Schachen den 29. November 1914. Luzern 1914.

Mühsam, Erich: Ascona. Eine Broschüre. Berlin 1982 [Erstauflage 1905].

Muthesius, Klaus: Die Möglichkeiten und der volkswirtschaftliche Nutzen der aktiven Beteiligung einer Grossstadtbevölkerung an der produktiven Bodennutzung. Berlin 1925.

Naumann, Friederich: Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik. Berlin-Schöneberg 1905.

Oekonomische und Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Bern (Hg.): Tätigkeitsbericht der Oekonomischen und Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern 1877-1995, 41 (1917).

Ost, Wilhelm: Die Wohnungsfrage der Stadt Bern. Vortrag gehalten in der christlich-sozialen Gesellschaft des Kantons Bern. Bern 1897.

Pauli, Walter: Zur Frage der Innenkolonisation. Bern 1921.

Pflüger, Paul: Die Wohnungsfrage in ethischer und kultureller Beziehung. St. Gallen 1909.

Pflüger, Paul: Einführung in die soziale Frage. Zürich 1910.

Pflüger, Paul: Bauer und Arbeiter. Herausgegeben von der Agitationskommission der Sozialdemokratischen Mitgliedschaften des Kantons Zürich. Zürich 1912.

Piller, Johann: Innenkolonisation. Freiburg i.Ü. 1937.

Protokoll der Konferenz der Abgeordneten der kantonalen Regierungen und des Schweizerischen Bauernverbandes betreffend Förderung der Lebensmittelproduktion vom 15./16. 02. 1918 in Bern, in: Landwirtschaftliches Jahrbuch der Schweiz 1918: 131-170.

Ragaz, Leonhard: Die pädagogische Revolution. Zehn Vorlesungen zur Erneuerung der Kultur. Olten 1919.

Rechenbach, H. (Hg.): Moordorf. Ein Beitrag zur Siedlungsgeschichte und zur sozialen Frage. Berlin 1940.

Ruchti, Jakob: Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges 1914-1919. Politisch, wirtschaftlich und kulturell. Band 2: Kriegswirtschaft und Kulturelles. Bern 1930.

Schmoller, Gustav: Die preussische Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts. In: Verein für Socialpolitik (Hg.): Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge (Schriften des Vereins für Socialpolitik Band 22). Leipzig 1886: 1-43. (=Schmoller 1886a)

Schmoller, Gustav: Innere Kolonisation mit Rücksicht auf die Erhaltung und Vermehrung des mittleren und kleineren ländlichen Grundbesitzes (Koreferat). In: Verein für Socialpolitik (Hg.): Verhandlungen der am 24. und 25. September 1886 in Frankfurt am Main abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik. Lepizig 1886: 90-101. (=Schmoller 1886b)

Schneider, Salome: Die schweizerische Volksernährung vor und während dem Kriege. In: Zeitschrift für Schweizerische Statisitik und Volkswirtschaft 55 (1919): 7-20.

Schwarzenbach, Johann: Die Meliorationen (Bodenverbesserungen). Anleitung für praktische Landwirte, landwirtschaftliche Schulen und Kurse, sowie für Draineure und Techniker. Frauenfeld 1922.

Schweizerisches Bauernsekretariat: Massnahmen zur Bekämpfung der Entvölkerung der Berg- und Landgemeinden. Gutachten zum Postulat Schär. Dem schweizerischen Volksdepartement erstattet vom Schweizerischen Bauernsekretariat. Brugg 1919.

Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (SGG): Gründung, Entwicklung und Aufgabe 1918-1948. Kerzers 1949.

Schweizerisches Landwirtschafts-Departement (Hg.): Das Bodenverbesserungswesen der Schweiz. Unter Benützung der kantonalen Berichte. Bern 1914.

Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (Hg.): Chronik 1918-1967. (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft 103) Zürich 1967.

Schweizerisches Volkswirtschaftsdepartement, unter Mitwirkung der schweizerisch landwirtschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsanstalten und des Schweizerischen Bauernsekretariates (Hg.): Die Hebung der Landwirtschaftlichen Produktion im Dienste der Lebensmittelversorgung des Landes. Bern 1917.

Seidel, Robert: Staatlicher Getreidehandel oder wie kommt das Volk zu billigem Brod. Begründung der Volks-Iniziative im Kanton Zürich. Zürich 1879.

Sering, Max: Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft. Landwirtschaft, Kolonisation und Verkehrswesen in den Vereinigten Staaten und in Britisch-Nordamerika. Leipzig 1887.

Sering, Max: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland (Schriften des Vereins für Socialpolitik 56). Leipzig 1893.

Sering, Max: Die Verordnung der Reichregierung vom 29. Januar 1919 zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland. Eine Denkschrift (Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch 43/2 1919). München 1919.

Sieveking, Heinrich: Schweizerische Kriegswirtschaft (Veröffentlichungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz 1). Lausanne 1922.

Skalweit: Ansiedlungsbestrebungen in England (Schluss). In: Archiv für Innere Kolonisation 4/2 (1910): 53-72.

Sohnrey, Heinrich: Der Zug vom Lande und die soziale Revolution. Leipzig 1894.

Sombart, Werner: Referat über innere Kolonisation mit Rücksicht auf die Erhaltung und Vermehrung des mittleren und kleineren ländlichen Grundbesitzes. In: Verein für Socialpolitik (Hg.): Verhandlungen der am 24. und 25. September 1886 in Frankfurt am Main abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik. Leipzig 1886: 77-89.

Strüby, Alfred: Das Meliorationswesen und die Innenkolonisation unter spezieller Berücksichtigung der Linthebene. Nach einem Vortrag, gehalten an der Präsidenten- und Delegiertenversammlung des Schweizerischen Landwirtschaftlichen Vereins in Zürich am 28. Mai 1937. Separatdruck aus den „Alpwirtschaftlichen Monatsblättern". Langnau im Emmental 1937.

Strüby, Alfred: Meliorationen und Mehranbau. In: Schweizerische Bauzeitung, Sonderheft Anbauwerk und Landwirtschafts-Technik 119/120 (1942): 267-269.

Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirische Culturformen. Leipzig 1887.

Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK): Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Verbandsbehörden für das Jahr 1915. Basel 1916.

Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK): Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Verbandsbehörden für das Jahr 1917. Basel 1918.

Verein für Familiengärten (Hg.): 50 Jahre Familiengärten Zürich. Zürich 1965.

Verein für Socialpolitik: Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge (Schriften des Vereins für Socialpolitik Band 22). Leipzig 1886.

Verein für Socialpolitik: Verhandlungen der am 24. und 25. September 1886 in Frankfurt am Main abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik. Lepizig 1886.

Vital, Not: Innenkolonisation und Landwirtschaft. In: Das Werk. Architektur und Kunst 38/2 (1951): 34-41.

Wiedefeld, Kurt: Volkswirtschaftliche Betrachtungen über die Besiedlung der deutschen Kolonien. In: Archiv für Innere Kolonisation 4/5 (1912): 145-154.

Wirz, Jakob: Die Getreideproduktion und Brotversorgung der Schweiz. Solothurn 1902.

Zentralvorstand des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes: Selbsthilfe gegen die Teuerung und Not. In: Die Vorkämpferin, 01.08.1916: 4-5.

Zwicky, Caspar: Feldweganlage, Feldbereinigung und Güterzusammenlegung. Uster 1891.

8.3.3 Literatur

o.A.: 100 Jahre Gesellschaft zur Erstellung billiger Wohnhäuser. In: Wohnen 7-8/47 (1972): 201-204.

Aeby, Mario: Die Missernten 1916/17 in der Schweiz. «Wenn der Wettergott nur bald ein Einsehen hätte». Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2009.

Albertin, Ismael: Die Massnahmen des Zürcher Stadtrats zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung 1914-1921. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge»„. Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 211-233.

Aldenhoff-Hübinger, Rita: Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich: 1879-1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 155). Göttingen 2002.

Aldenhoff-Hübinger, Rita: „Sering, Max“. In: Neue Deutsche Bibliographie 24 (2010), S.267-268, Onlineversion, https://www.deutsche-biographie.de/sfz107365.html, 11.09.2021.

Amacher Hoppler, Anna: Die Elektrifizierung der Eisenbahnen als Resultat von Krieg und Krise um 1880-1939. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): „Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 151-169.

Ammann, Ruth: Berufung zum Engagement? Die Genossenschafterin und religiöse Sozialistin Dora Staudinger. Basel 2020.

Arnold, David: Famine. Social Crisis and Historical Change. Oxford 1988.

Asmussen, Tina; Condorelli, Stefano; Krämer, Daniel: Risiko! Editorial. In: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 2014 (3): 14-26.

Auderset, Juri: Strüby, Alfred. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 03.01.2012, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D49639.php, 12.09.2021.

Auderset, Juri: Agrarfrage und Industriekapitalismus. Reflexionen über eine marxistische Debatte. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 67/3 (2017): 293-315.

Auderset, Juri; Burkhard, Daniel; Moser, Peter: «Sumpfiges Streueland in fruchtbares Kulturland». Meliorationen in Nidwalden am Ende des Ersten Weltkrieges. In: Historischer Verein Nidwalden (Hg.): Nidwalden im Ersten Weltkrieg. Stans 2018: 184-203.

Auderset, Juri; Moser, Peter: Krisenerfahrungen, Lernprozesse und Bewältigungsstrategien. Die Ernährungskrise von 1917/18 als agrarpolitische «Lehrmeisterin». In: David, Thomas; Mathieu, Jon; Schaufelbuehl, Janick Marina; Straumann, Tobias (Hg.): Krisen. Ursachen, Deutungen und Folgen (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 27). Zürich 2012: 133-149.

Auderset, Juri; Moser, Peter: Mechanisation and Motorisation. Natural Resources, Knowledge, Politics and Technological Change in 19th and 20th Century Agriculture. In: Marttin, Carin; Pan-Montojo, Juan; Brasseley, Paul (Hg.): Agriculture in Capitalist Europe, 1945-1960. From Food Shortages to Food Surpluses (Rural Worlds: Economic, Social and Cultural Histories of Agricultures and Rural Societies 1). London 2016: 145-164.

Auderset, Juri; Moser, Peter: Die Agrarfrage in der Industriegesellschaft. Wissenskulturen, Machtverhältnisse und natürliche Ressourcen in der agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft (1850-1950). Köln 2018. (=Auderset, Moser 2018a)

Auderset, Juri; Moser, Peter: Agrarische Alternativen. Landwirtschaftsprogramme, Genossenschaftskonzepte und Siedlungsprojekte in der Arbeiterbewegung im Kontext des Landesstreiks. In: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 25/2 (2018): 151-167. (=Auderset, Moser 2018b)

Auderset, Juri; Moser, Peter: Eine «sperrige» Klasse. Die bäuerliche Bevölkerung im Landesstreik. In: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden 2018: 241-255. (=Auderset, Moser 2018c)

Auderset, Juri; Moser, Peter: Streiken und bestreikt werden: Zur Frage des Boykotts von Milchlieferungen während des Landesstreiks. In: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden 2018: 58-59. (=Auderset, Moser 2018d)

Barth-Scalmani, Gunda; Margesin, Gertrud: Frauen in der Landwirtschaft während des Ersten Weltkrieges: Annäherungen an einen blinden Fleck der Weltkriegshistoriografie aus regionaler Perspektive. In: Karner, Stefan; Lesiak, Philipp (Hg.): Erster Weltkrieg. Globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung 27). Innsbruck 2014: 273-305.

Bassand, Michel: La métropolisation de la suisse. Lausanne 2004.

Bauer, Franz: Das «lange» 19. Jahrhundert (1789-1917). Profil einer Epoche. Ditzingen [4]2017.

Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992.

Baumann, Werner: Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897-1918. Zürich 1993.

Baumann, Werner: Ernst Laur oder «Der Bauernstand muss erhalten werden, koste es, was es wolle». In: Mattioli, Aram (Hg.): Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939. Zürich 1995: 257-272.

Baumann, Werner: Wie rechts stehen die Bauern? Ernst Laur und die politische Positionierung der Schweizer Bauern. In: Die neue Schweiz. Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung. Zürich 1996: 193-214.

Baumann, Werner: Ernst Laur, In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 15.12.2006, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/029856/2006-12-15/, 12.09.2021.

Baumann, Werner; Moser, Peter: Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918-1968. Zürich 1999.

Baumann, Werner; Moser, Peter: Landwirtschaftliche Vereine. In: Histoirsches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 20.10.2011, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016460/2011-10-20/, 12.09.2021.

Baumgartner-Girardot, Hans-Ulrich: Agrargeschichte und Agrarpolitik der Schweiz in der Zwischenkriegszeit von 1920-1940. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich. Zürich 1981.

Baumgartner-Jenny, Ursula: Die Frauenarbeit in der schweizerischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. In: Ludi, Regula; Lüthi, Ruth; Rytz, Regula (Hg.): Frauen zwischen Anpassung und Widerstand. Beiträge der 5. Schweizerischen Historikerinnentagung. Zürich 1990: 99-110.

Behre, Karl-Ernst: Landschaftsgeschichte Norddeutschlands. Umwelt und Siedlung von der Steinzeit bis zur Gegenwart. Neumünster 2008.

Bergmann, Klaus: Agrarromantik und Grossstadtfeindschaft (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft 20). Meisenheim 1970.

Berthold, Rudolf: Die Veränderungen im Bodeneigentum und in der Zahl der Bauernstellen, der Kleinstellen und der Rittergüter in den preussischen Provinzen Sachen, Brandenburg und Pommern während der Durchführung der Agrarreformen des 19. Jahrhunderts in Preussen und Russland. Sonderband des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1978.

Bickel, Cornelius: Ferdinand Tönnies (1855-1936. In: Kaesler, Dirk (Hg.): Klassiker der Soziologie. Von Auguste Comte bis Alfred Schütz, Band 1, München ^{6}2012: 132-146.

Bieri, Hans; Moser, Peter; Steppacher, Rolf: Die Landwirtschaft als Chance einer zukunftsfähigen Schweiz, oder, Dauerproblem zur vollständigen Industrialisierung der Ernährung? (Schweizerischer Vereinigung Industrie und Landwirtschaft 135). Zürich 1999.

Blackbourn, David: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. München ^{2}2008.

Blom, Philip: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900-1914. München 2011.

Bochsler, Regula: Ich folgte meinem Stern. Das kämpferische Leben der Margerethe Hardegger. Zürich 2004.

Boesch, Ina: Gegenleben. Die Sozialistin Margarethe Hardegger und ihre politischen Bühnen. Zürich 2003.

Böhmer, Roland; Brändli, Sebastian; Leonhard, Martin; Niederhäsuer, Peter (Hg.): Vom Grabhügel zur Ökosiedlung. Zürcher Bau-Geschichten (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich 74). Zürich 2007.

Borer, Renata: Hans Bernhard und die Schweizerische Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft (SVIL) im Rahmen der frühen Siedlungspolitik und Landesplanung. Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit am Historischen Institut der Universität Basel. Basel 1984.

Brändi, Sebastian; Gugerli, David; Jaun, Rudolf; Pfister, Ulrich (Hg.): Schweiz im Wandel. Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag. Basel 1990.

Brändli, Sebastian: Elektrohof. In: Böhmer, Roland; Brändli, Sebastian; Leonhard, Martin; Niederhäsuer, Peter (Hg.): Vom Grabhügel zur Ökosiedlung. Zürcher Bau-Geschichten (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich 74). Zürich 2007: 214-215.

Brassel-Moser, Ruedi: Max Kleiber. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.08.2007, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/042116/2007-08-14/, 12.09.2021.

Brassel-Moser, Ruedi: Leonhard Ragaz. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 02.03.2021, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009059/2021-03-02/, 12.09.2021.

Brasseley, Paul (Hg.): Agriculture in Capitalist Europe, 1945-1960. From Food Shortages to Food Surpluses (Rural Worlds: Economic, Social and Cultural Histories of Agricultures and Rural Societies 1). London 2016: 145-164.

Brian Scherer, Sarah: Hans Pfister. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 01.02.2010, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017164/2010-02-01/, 12.09.2021.

Bricker, Elias: Das vergessene Jahrhundertbauwerk. Die Melioration der Urner Reussebene (1919-2019). Flüelen 2019.

Briese, Olaf: Angst in Zeiten der Cholera. Über kulturelle Ursprünge des Bakteriums. Seuchen-Cordon I. Berlin 2003.

Brodbeck, Beat: Ein agrarpolitisches Experiment. Entstehung, Zweck und Ziele der Schweizerischen Käseunion und einer neuen Milchmarktordnung 1914-1922. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2003.

Brodbeck, Beat: Paradigmawechsel in der Agrarpolitik. Der Erste Weltkrieg und die Agrarmarktordnungen in der Schweiz am Beispiel des Milchmarktes 1914-1922. In: Langthaler, Ernst; Redl, Josef (Hg.): Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930-1960 (Jahrbuch der Geschichte des ländlichen Raumes 2005). Innsbruck 2005: 184-191.

Brown, Ian M.: Transportation and Logistics. In: Daniel, Ute; Gatrell, Peter; Janz, Oliver; Jones, Heather; Keene, Jennifer; Kramer, Alan; Nasson, Bill (Hg.): 1914-1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2018, doi.org/10.15463/ie1418.10454/1.1, 09.09.2021.

Bruckmüller, Ernst; Langthaler, Ernst; Redl, Josef (Hg.): Agrargeschichte schreiben. Traditionen und Innovationen im internationalen Vergleich (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 1). Innsbruck 2004.

Brugger, Hans: Die schweizerische Landwirtschaft 1850 bis 1914. Frauenfeld 1979.

Brugger, Hans: Die schweizerische Landwirtschaft 1914-1980. Agrarverfassung, Pflanzenbau, Tierhaltung, Aussenhandel. Frauenfeld 1985.

Buchholz, Kai; Latocha, Rita; Peckmann, Hilke; Wolbert, Klaus (Hg.): Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900 (Ausstellung im Institut Mathildenhöhe, Darmstadt, 21.Oktober 2001-24. Februar 2002). Darmstadt 2001.

Bungert, Heike: Europäische Migration nach Nordamerika im 19. Jahrhundert. In: Fischer, Thomas; Gossel, Daniel (Hg.): Migration in internationaler Perspektive (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionenforschung der Friederich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 5). München 2009: 61-98.

Burgdorff, Stephan; Wiegrefe, Klaus (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. München 2004.

Bürgi, Markus: Friederich Heeb. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 29.11.2007, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/022990/2007-11-29/, 12.09.2021.

Bürgi, Markus: Fritz Jordi. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.02.2008, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/047596/2008-02-14/, 12.09.2021. (=Bürgi 2008a)

Bürgi, Markus: Jacob Lorenz. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 01.02.2008, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/023019/2008-02-01/, 12.09.2021. (=Bürgi 2008b)

Bürgi, Markus: Jakob Herzog. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 13.12.2009, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/022995/2007-12-13/, 12.09.2021.

Bürgi, Markus: Pflüger, Paul. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 02.02.2010, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D3675.php, 12.09.2021.

Bürgi, Markus: Seidel, Robert. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 21.11.2011, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/003692/2011-11-21/, 12.09.2021.

Bürgisser, Thomas: „Unerwünschte Gäste". Russische Soldaten in der Schweiz 1915-1920. Zürich 2010.

Burkhard, Daniel: Die Milchpreissteuerung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges. Die öffentlich geführten Milchpreisdiskussionen 1916-1918 im Vorfeld des Landesstreiks. Unveröffentlichte Masterarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2012.

Burkhard, Daniel: Panelbericht „Agro-Food-Chains in the First World War", 20.08.2013, Rural History 2013 in Bern/CH, https://www.infoclio.ch/de/node/130733, 12.09.2021.

Burkhard, Daniel: Integration through Land Improvement. Internal Colonization in Switzerland During the First Part of the Twienth Century. In: International Journal for History, Culture and Modernity 3/2 (2015): 233-248, http://doi.org/10.18352/hcm.485, 12.09.2021.

Burkhard, Daniel: Die Kontroverse um die Milchpreisteuerung in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 235-255.

Carlson, Anthony E.: The Other Kind of Reclamation: Wetlands Drainage and National Water Policy, 1902-1912. In: Agricultural History 84/4 (2010): 451-478.

Caprotti, Federico: Mussolinis Cities. Internal Colonialism in Italy, 1930-1939. Youngstown 2007.

Chickering, Roger; Förster, Stig (Hg.): Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914-1918. New York 2000.

Chickering, Roger: Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914-1918. Paderborn 2009.

Chickering, Roger; Showalter, Dennis; van de Ven, Hans (Hg.): War and the Modern World. New York 2012.

Ciocca, Pierluigi; Toniolo, Gianni (Hg.): L'economia italiana nel periodo fascista. Bologna 1976.

Cooper, Frederick: Colonisation in Question: Theory, Knowledge, History. Berkeley ⁴2009.

Corner, Paul: Rapporti tra agricoltora-industria e sviluppo agricolo. In: Ciocca, Pierluigi; Toniolo, Gianni (Hg.): L'economia italiana nel periodo fascista. Bologna 1976: 721-745.

Cottier, Maurice: Liberalismus oder Staatsintervention. Die Geschichte der Versorgungspolitik im Schweizer Bundesstaat. Zürich 2014.

Cottier, Maurice: Vom Wirtschaftsliberalismus zum Staatsinterventionismus. Der Erste Weltkrieg als Scharnier der schweizerischen Wirtschaftspolitik. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 173-189.

Couperus, Stefan; van de Grift, Liesbeth; Lagendijk, Vincent: Experimental Spaces. A Decentred Approach to Planning in High Modernity, In: Journal of Modern European History 13/4 (2015): 475-479.

Daniel, Ute; Gatrell, Peter; Janz, Oliver; Jones, Heather; Keene, Jennifer; Kramer, Alan; Nasson, Bill (Hg.): International Encyclopedia of the First World War. 1914-1918, Version vom 06.02.2018, http://www.1914-1918-online.net/, 12.09.2021.

David, Thomas; Mathieu, Jon; Schaufelbuehl, Janick Marina; Straumann, Tobias (Hg.): Krisen. Ursachen, Deutungen und Folgen (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 27). Zürich 2012.

Degen, Bernhard: Coop. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 08.03.2004, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/041888/2004-03-08/, 12.09.2021.

Degen, Bernhard: Bernhard Jäggi. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 08.02.2007, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/004544/2007-02-08/, 12.09.2021.

Degen, Bernhard: Arbeit und Kapital. In: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012: 873-922. (= Degen 2012a)

Degen, Bernhard: Soziale Frage, In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 04.01.2012, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016092/2012-01-04/, 12.09.2021. (= Degen 2012b)

Degen, Bernhard: Robert Grimm (1881-1958). In: Degen, Bernhard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015: 30-32.

Degen, Bernhard; Richers, Julia (Hg.): Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe. Zürich 2015.

den Hertog, Johan; Kruizinga, Samuel (Hg.): Caught in the Middle. Neutrals, Neutrality and the First World War. Amsterdam 2011.

Denzel, Markus A. (Hg.): Vom Welthandel des 18. Jahrhunderts zur Globalisierung des 21. Jahrhunderts. Leipziger Überseetagung (Beiträge zur europäischen Überseegeschichte 92). Stuttgart 2007.

Devereux, Stephen: Theories of Famine. New York 1993.

Dipper, Christof: Moderne, Version 2.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte. Begriffe, Methoden und Debatten der zeithistorischen Forschung, Version vom 17.01.2018, http://docupedia.de/zg/Dipper_moderne_v2_de_2018, 12.09.2021.

Doering-Manteuffel, Anselm: Konturen von Ordnungen in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts. In: Etzemüller, Thomas (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009: 41-64.

Dubler, Anne-Marie: Juchart. In: Historisches Lexikion der Schweiz (e-HLS), Version vom 20.05.2010, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/014192/2010-05-20/, 12.09.2021.

Eggimann Gerber, Elisabeth: Adolf Krämer. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 25.10.2007, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/044042/2007-10-25/, 12.09.2021.

Egli, Hans-Rudolf: Ländliche Neusiedlungen in der Schweiz. In: Erdkunde 40/3 1986: 197-207.

Ernst, Andreas; Wigger, Erich: Einleitung. In: Ernst, Andreas; Wigger, Erich (Hg.): Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910-1930). Zürich 1996: 7-20.

Etkind, Alexander: Internal Colonization. Russia's Imperial Experience. Cambridge 2011.

Etkind, Alexander: How Russia ‚Colonized' Itself? Internal Colonization in Classical Russian Historiography. In: International Journal for History, Culture and Modernity 3/2 (2015): 159-172: http://doi.org/10.18352/hcm.481, 12.09.2021.

Etzemüller, Thomas: Social Engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze. In: Etzemüller, Thomas (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009: 11-39.

Etzemüller, Thomas: Die Romantik der Rationalität. Alva und Gunnar Myrdal – Social Engineering in Schweden. Bielefeld 2010.

Etzemüller, Thomas: Strukturierter Raum – integrierte Gesellschaft. Auf den Spuren des *social engineering* im Europa des 20. Jahrhunderts. In: Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Wien 2012: 127-154.

Etzemüller, Thomas: Social Engineering, Version 2.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte in der Version vom 04.10.2017, http://docupedia.de/zg/Etzemueller_social_engineering_v2_de_2017, 12.09.2021.

Evans, Richard J.: Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910. Reinbek bei Hamburg 1991.

Fehr, Sandro: Die Stickstofffrage in der deutschen Kriegswirtschaft der Ersten Weltkrieges und die Rolle der neutralen Schweiz. (Berner Forschungen zur Neusten Allgemeinen und Schweiz Geschichte Band 8) Nordhausen 2009.

Fehr, Sandro: Die Schweiz und die internationale Stickstoffproblematik, In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 133-149.

Fenner, Thomas: Nestlé und Anglo-Swiss: Vom Schweizer Milchimperium zum multinationalen Nahrungsmittelkonzern. In: Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. Zürich 2008: 317-343.

Fernández-Prieto, Lourenzo; Pan-Montojo, Juan; Cabo, Miguel (Hg.): Agriculture in the Age of Fascism. Authoritarian Technocracy and Rural Modernization, 1922-1945 (Rural History in Europe 13). Turnhout 2014.

Fisch, Stefan: Neue Aspekte der der Münchner Stadtplanung zur Zeit Theodor Fischers (1893-1901) im interurbanen Vergleich. In: Hardtwig, Wolfgang; Tenfelde, Klaus (Hg.): Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850-1933. München 1990: 175-191.

Fischer, Thomas; Gossel, Daniel (Hg.): Migration in internationaler Perspektive (Schriftenreihe des Zentralinstituts für Regionenforschung der Friederich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 5). München 2009.

Fitzgerald, Deborah: Every Farm a Factory. The Industrial Ideal in American Agriculture. New Haven 2003.

Föllmer, Moritz; Graf, Rüdiger; Leo, Per: Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik. In: Föllmer, Moritz; Graf, Rüdiger (Hg.): Die «Krise» in der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt am Main 2005: 9-40.

Föllmer, Moritz; Graf, Rüdiger (Hg.): Die «Krise» in der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters. Frankfurt am Main 2005.

Förster, Stig: Das Zeitalter des totalen Krieges, 1861-1945. Konzeptionelle Überlegungen für einen historischen Strukturvergleich, In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 6 (1999): 12-29.

Foster, Zachary J.: Why Are Modern Famines So Deadly? The First World War in Syria and Palastine. In: Tucker, Richard P.; Keller, Tait; McNeill, John Robert; Schmid, Martin (Hg.): Environmental Histories of the First World War. Cambridge 2018: 191-207.

Frei, Judith: Agriculture in Time of Crisis. An Analysis of the Swiss Alliance of Internal Colonization and Industrial Agriculture (SVIL) Between 1932-1936. Unpublizierte Masterarbeit am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf. Genf 2017.

Frey, Marc: The Neutrals and World War One. Oslo 2000.

Fritzsche, Bruno: «Städtisches Wachstum und soziale Konflikte». In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 4 (1977): 446-473.

Fritzsche, Bruno: Eisenbahnbau und Stadtentwicklung in der Schweiz. In: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Stadtwachstum, Industrialisierung, Sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften des Vereins für Socialpolitik Neue Folge 156). Berlin 1986: 175-194.

Fritzsche, Bruno: Vorhänge sind an die Stelle der alten Lumpen getreten. Die Sorgen der Wohnungsfürsorger im 19. Jahrhundert. In: Brändi, Sebastian; Gugerli, David; Jaun, Rudolf; Pfister, Ulrich (Hg.): Schweiz im Wandel. Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag. Basel 1990: 383-396.

Fritzsche, Bruno; Frey, Thomas; Rey, Urs: Historischer Strukturatlas der Schweiz. Die Entstehung der modernen Schweiz. Baden 2001.

Fuchs, Thomas: Gustave Martinet. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 27.10.2009, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/031524/2009-10-27/, 23.10.2019.

Ganzenmüller, Jörg; Tönsmeyer, Tatjana (Hg.): Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts. Wien 2016.

Gautschi, Willi: Dokumente zum Landesstreik 1918. Zürich 1971.

Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918. Zürich ²1988.

Ghirardo, Diane: Building New Communities. New Deal America and Facist Italy. Princeton 1989.

Gilomen, Hans-Jörg; Müller, Margrit; Tissot, Laurent (Hg.): Dienstleistungen. Expansion und Transformation des «dritten Sektors» (15.-20. Jahrhundert) (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 22). Zürich 2007.

Glatthard, Thomas: Melioration. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 29.11.2016, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007847/2016-11-29/, 12.09.2021.

Goertz, Hans-Jürgen: Umgang mit Geschichte. Eine Einführung in die Geschichtstheorie. Reinbek bei Hamburg 1995.

Graf, Ruedi: Rödiger, Friederich. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 07.01.2014, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/028086/2014-01-07/, 12.09.2021.

Grando, Stefano; Volpi, Gianluca: Backwardness, Modernization, Propaganda. Agrarian Policies and Rural Representations in the Italian Fascist Regime. In: Fernández-Prieto, Lourenzo; Pan-Montojo, Juan; Cabo, Miguel (Hg.): Agriculture in the Age of Fascism. Authoritarian Technocracy and Rural Modernization, 1922-1945 (Rural History in Europe 13). Turnhout 2014: 43-83.

Griffin, Roger: Modernism and Fascism. The Sense of Beginning under Mussolini and Hitler. New York 2007.

Gruner, Erich; Andrey, Georges: Die Wahlen in den schweizerischen Nationalrat 1848-1919: Wahlrecht, Wahlsystem, Wahlbeteiligung, Verhalten von Wählern und Parteien, Wahlthemen und Wahlkämpfe. 4 Band. Bern 1978.

Gudermann, Rita: Morastwelt und Paradies. Ökonomie und Ökologie in der Landwirtschaft am Beispiel der Meliorationen in Westfalen und Brandenburg (1830-1880). Paderborn 2000.

Gudermann, Rita: Bereitschaft zur totalen Verantwortung. Zur Ideengeschichte der Selbstversorgung. In: Prinz, Michael (Hg.): Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne (Forschungen zur Regionalgeschichte 3). Paderborn 2003: 375-412.

Haefeli, Ueli: Umwelt, Raum, Verkehr. In: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012: 703-752.

Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012.

Hamlin, Christopher: Cholera. The Biography. Oxford 2009.

Hardtwig, Wolfgang; Tenfelde, Klaus (Hg.): Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850-1933. München 1990.

Harnisch, Hartmut: Georg Frederich Knapp. Agrargeschichtsforschung und sozialpolitisches Engagement im deutschen Kaiserreich. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/1993: 95-132.

Harnisch, Hartmut: Gustav von Schmoller und der gesellschaftliche Wandel seiner Zeit. In: Kocka, Jürgen; Puhle, Hans-Jürgen; Tenfelde, Klaus (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München 1994: 560-581.

Hausamman, Margret: Paul Pflüger 1865-1947. Pfarrer und Sozialdemokrat. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Zürich. Zürich 1987.

Haymoz, Nicolas: «Das Aufgebot» von Jacob Lorenz. Für eine geistige Mobilmachung. In: Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte 94 (2000): 117-136.

Head-König, Anne-Lise: Binnenwanderung. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.01.2010, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007992/2010-01-14/, 09.09.2021.

Hepp, Corona: Aus grauer Städte Mauern. Reaktionen auf die junge Grossstadt zwischen Abwehr und Begeisterung. In: Buchholz, Kai; Latocha, Rita; Peckmann, Hilke; Wolbert, Klaus (Hg.): Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900. Ausstellung im Institut Mathildenhöhe, Darmstadt, 21.Oktober 2001-24.Februar 2002. Darmstadt 2001: 83-86.

Herbert, Ulrich: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century. In: Journal of Modern European History 5/1 (2007): 5-21.

Hirschfelder, Gunther: Europäische Esskultur. Geschichte der Ernährung von der Steinzeit bis heute. Frankfurt am Main 2001.

Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 82008.

Hofmann, Michèle: Die Gründung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Bern als Projekt der Gesundheitsförderung. In: Kehrli, Manuel (Hg.): Licht und Luft. Gemeinnützige Baugenossenschaft Bern aus Anlass ihres 100-jährigen Bestehens. Bern 2011: 15-36.

Hörsch, Waltraud: Moos, Hans. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 07.01.2009, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/027135/2009-01-07/, 04.04.2018.

Hohenberg, Paul M.; Lees, Lynn H.: The Making of Urban Europe. 1000-1994. Cambridge 1995.

Horat, Erwin: Innerthal: ein Stausee verändert die Gemeinde. In: Mitteilungen des historischen Vereins des Kantons Schwyz 100 (2008): 268-271.

Horn, Martin: Economic Planning before 1914. In: Daniel, Ute; Gatrell, Peter; Janz, Oliver; Jones, Heather; Keene, Jennifer; Kramer, Alan; Nasson, Bill (Hg.): International Encyclopedia of the First World War. 1914-1918, https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/economic_planning_before_1914, 12.09.2021.

Huber, Anja: Fremdsein im Krieg. Die Schweiz als Ausgangs- und Zielort von Migration, 1914-1918 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 2). Zürich 2018.

Hug, Heinz: Kropotkin zur Einführung. Hamburg 1989.

Humair, Cédric: Développement économique et État central (1815-1914). Un siècle de politique douanière suisse au service des élites. Bern 2004.

Hürlimann, Katja: Jöhr, Adolf. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 12.02.2007, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/046271/2007-02-12/, 12.09.2021.

Hürlimann, Katja: Caspar Zwicky. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 18.06.2012, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/031257/2012-06-18/, 12.09.2021.

Ipsen, Carl: Dictating Demography. The Problem of Population in Fascist Italy (Cambridge Studies in Population, Economy and Society in Past Time 28). Cambridge 1996.

Jeker, Marco Alexander: Klimaimpacts auf die Landwirtschaft Europas und wichtiger Exportländer während des Ersten Weltkrieges. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2007.

Jones, Elizabeth B.: The Rural „Social Ladder". Internal Colonization, Germanization and Civilizing Missions in the German Empire. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (2014): 457-492.

Jones, Elizabeth B.: Keeping Up with the Dutch. Internal Colonization and Rural Reform in Germany, 1800-1914. In: International Journal for History, Culture and Modernity 3 (2015): 173-194.

Jones, Elizabeth B.: Internal Colonization in Weimar Germany. Transnational and Local Approaches to Rural Gouvernance in the 1920s. In: Van de Grift, Liesbeth; Ribi Forclaz, Amalia (Hg.): Gouverning

the Rural in Interwar Europe (Routledge Studies in Modern European History 48). New York 2018: 24-44.

Joos, Eduard: Zachrias Gysel. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 12.12.2003, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/004229/2013-12-12/, 12.09.2021.

Jörin, Robert; Rieder, Peter: Parastaatliche Organisationen im Agrarsektor. Bern 1985.

Jost, Hans-Ulrich: Die Altkommunisten. Linksradikalismus und Sozialismus in der Schweiz 1919-1921. Frauenfeld 1977.

Jost, Hans-Ulrich: Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900. Zürich 1992.

Jost, Hans-Ulrich: Bedrohung und Enge (1914-1945). In: Im Hof, Ulrich; Ducrey, Pierre; Marchal, Guy P.; Morard, Nicolas; Körner, Martin; Capitani, François de; Andrey, Georges; Ruffieux, Roland; Jost, Hans-Ulrich; Gilg, Peter; Halblützel, Peter: (Hg.): Geschichte der Schweiz und der Schweizer. Basel ^{4}2006: 731-820.

Jung, Matthias: Hermeneutik zur Einführung. Hamburg ^{4}2012.

Kaesler, Dirk (Hg.): Klassiker der Soziologie. Von Auguste Comte bis Alfred Schütz, Band 1, München ^{6}2012.

Kaiser, Peter: Stauwerke. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 09.03.2017, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007853/2017-03-09/, 12.09.2021.

Kalz, Wolf: Gustav Landauer. Kultursozialist und Anarchist. Meisenheim am Glan 1967.

Kehrli, Manuel: Licht und Luft. Gemeinnützige Baugenossenschaft Bern aus Anlass ihres 100-jährigen Bestehens. Bern 2011.

Kiess, Walter: Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassischen Stadt zur Garden City. Berlin 1991.

Kocka, Jürgen; Puhle, Hans-Jürgen; Tenfelde, Klaus (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München 1994.

Kocka, Jürgen: Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. Stuttgart ^{10}2004.

Körner, Martin: Konjuktur. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 11.11.2010, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013918/2010-11-11/#H19.und20.Jahrhundert, 12.09.2021.

Koller, Barbara: «Gesundes Wohnen». Ein Konstrukt zur Vermittlung bürgerlicher Werte und Verhaltensnormen und seine praktische Umsetzung in der Deutschschweiz 1880-1940. Zürich 1995.

Koselleck, Reinhart: Krise. In: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1982: 617-650.

Kramer, Alan: Blockade and Economic Warfare. In: Winter, Jay (Hg.): The Cambridge History of the First World War. Cambridge 2014: 460-490.

Krämer, Daniel: «Die Menschen grasten nun mit dem Vieh». Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17 (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 4). Basel 2015.

Krämer, Daniel: Die Verletzlichkeit der schweizerischen Wirtschaft und Gesellschaft während des Ersten Weltkrieges – Der Versuch einer Synthese. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 309-350.

Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016.

Kreis, Georg: Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914-1918. Zürich 2014.

Kuhn, Konrad; Ziegler, Béatrice: Tradierungen zur Schweiz im Ersten Weltkrieg: Geschichtskulturelle Prägungen der Geschichtswissenschaft und ihre Folgen. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 63 (2013): 505-526.

Kurz, Daniel: Die Disziplinierung der Stadt. Moderner Städtebau in Zürich 1900-1940. Zürich 2008.

Kurz, Daniel: Schrebergärten. Familiengärten, In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 21.11.2012, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016602/2012-11-21/, 20.08.2021.

Ladd, Brian: Urban Planning and Civic Order in Germany 1860-1914. Cambridge 1990.

Landmann, Robert: Ascona – Monte Verità. Auf der Suche nach dem Paradies. Frauenfeld ²2009.

Langthaler, Ernst; Redl, Josef (Hg.): Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930-1960 (Jahrbuch der Geschichte des ländlichen Raumes 2005). Innsbruck 2005.

Langthaler, Ernst: Vom transnationalen zum regionalen Hinterland – und retour. Wiens Nahrungsmittelversorgung vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg. In: Karner, Stefan; Lesiak, Philipp (Hg.): Erster Weltkrieg. Globaler Konflikt – lokale Folgen. Neue Perspektiven (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung 27). Innsbruck 2014: 307-318.

Langthaler, Ernst: Dissolution before Dissolution: The Crisis of the Wartime Food Regime in Austria-Hungary. In: Tucker, Richard P.; Keller, Tait; McNeill, John Robert; Schmid, Martin (Hg.): Environmental Histories of the First World War. Cambridge 2018: 38-61.

Leimgruber, Walter: Grenzen. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.12.2017, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007841/2017-12-14/, 12.09.2021.

Lilla, Mark: Der Glanz der Vergangenheit. Über den Geist der Reaktion. Zürich 2018.

Ludi, Regula; Lüthi, Ruth; Rytz, Regula (Hg.): Frauen zwischen Anpassung und Widerstand. Beiträge der 5. Schweizerischen Historikerinnentagung. Zürich 1990.

Ludi, Regula: Augusta Gillabert-Randin. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 11.01.2018, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009301/2020-01-22/, 14.04.2019.

Lussy, Hanspeter: Die von Moos'schen Eisenwerke in Luzern: ein möglicher Modellfall für die Historiografie der Eisen- und Stahlindustrie in der Schweiz. In: Ferrum: Nachrichten aus der Eisenbibliothek, Stiftung der Georg Fischer AG 74(2002): 74-78.

Lussy, Hanspeter: Modernisieren, ausbauen, finanziell entlasten. Der Weg der von Moos'schen Eisenwerke durch Krise und Krieg, 1910-1925. In: Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. Zürich 2008: 201-223.

Lüthi, Katharina: Sorglos bis überfordert. Die Brotversorgungspolitik der Schweiz im Ersten Weltkrieg. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 1997.

Martiin, Carin; Pan-Montojo, Juan; Brasseley, Paul (Hg.): Agriculture in Capitalist Europe, 1945-1960. From Food Shortages to Food Surpluses (Rural Worlds: Economic, Social and Cultural Histories of Agricultures and Rural Societies 1). London 2016.

Marx, Reinhard: Gerechtigkeit und Teilhabe für alle. 125 Jahre Rerum novarum und die Katholische Soziallehre. In: Kirche und Gesellschaft 432 (2016).

Mattioli, Aram (Hg.): Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939. Zürich 1995.

Mattioli, Aram: Die Moderne und ihre Kritiker. Zur seismographischen Qualität antimodernistischer Einstellungen im Kanton Fribourg, In: Ernst, Andreas; Wigger, Erich (Hg.): Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910-1930). Zürich 1996: 107-125.

Mattioli, Aram: Für den Faschismus bauen. Architektur und Städtebau im Italien Mussolinis (Kultur, Philosophie, Geschichte: Reihe des Kulturwissenschaftlichen Instituts Luzern 7). Zürich 2009.

Maurer, Peter: Anbauschlacht. Landwirtschaftspolitik, Plan Wahlen, Anbauwerk 1937-1945. Zürich 1985.

Mayer, Bernhard: Interessante Zeitgenossen. Lebenserinnerungen eines jüdischen Kaufmanns und Weltbürgers. Konstanz 1998.

Meier, Maria: «Wo die Not am grössten…». Die Versorgungskrise in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges im Spiegel zeitgenössischer Karikaturen. In: Müller, Angela; Rauh, Felix (Hg.): Wahrnehmung und mediale Inszenierung von Hunger im 20. Jahrhundert (Itiniera 37). Basel 2014: 53-73.

Meier, Maria: Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg und ihre Bedeutung für den Landesstreik. In: Schweizerisches Gewerkschaftsbund (Hg.): 100 Jahre Landesstreik. Ursachen, Konfliktfelder, Folgen. Bern 2017: 27-32.

Meier, Maria: Die Lebensmittelversorgung im Krieg und ihre Bedeutung für den Landesstreik. In: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden 2018: 34-60.

Meier, Maria: Von Notstand und Wohlstand. Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg, 1914-1918 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 6). Zürich 2020.

Mergel, Thomas: Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annährungen (Eigene und fremde Welten. Repräsentationen sozialer Ordnungen im Vergleich 21). Frankfurt am Main 2012.

Möhring, Maren; Nützenadel, Alexander: Einleitung. In: Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung 17/3 (2007): 7-11.

Möller, Matthias: Leben in Kooperation. Genossenschaftlicher Alltag in der Mustersiedlung Freidorf bei Basel (1919-1969). Frankfurt am Main 2015.

Morandi, Pietro: Bernhard, Hans. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 02.07.2002, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/006177/2002-07-02/, 12.09.2021.

Moser, Peter: Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute. Frauenfeld 1994.

Moser, Peter: Mehr Selbstversorgung und mehr Produktion für den Markt. Die Überlebensstrategie der Bäuerinnen in der Zwischenkriegszeit. In: Tanner, Jakob; Siegrist, Hannes; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Geschichte der Konsumgesellschaft. Märkte, Kultur und Identität (15.-20. Jahrhundert) (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 15). Zürich 1998: 63-79.

Moser, Peter: Eine Sache des ganzen Volkes. Überlegungen zum Prozess der Vergesellschaftung der bäuerlichen Landwirtschaft in den Industriegesellschaften. In: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 1 (2000): 64-79.

Moser, Peter: züchten – säen – ernten. Agrarpolitik, Pflanzenzucht und Saatgutwesen in der Schweiz 1860-2002. Baden 2002.

Moser, Peter: Kein Sonderfall. Entwicklung und Potenzial der Agrargeschichtsschreibung in der Schweiz im 20. Jahrhundert. In: Bruckmüller, Ernst; Langthaler, Ernst; Redl, Josef (Hg.): Agrargeschichte schreiben. Traditionen und Innovationen im internationalen Vergleich (Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 1). Innsbruck 2004: 132-152.

Moser, Peter: Ein Dienstleister als Produzent. Der Verband Schweizerischer Konsumvereine und die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau als Teil des Ernährungsprojektes im 20. Jahrhundert. In: Gilomen, Hans-Jörg; Müller, Margrit; Tissot, Laurent (Hg.): Dienstleistungen. Expansion und Transformation des «dritten Sektors» (15.-20. Jahrhundert) (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 22). Zürich 2007: 63-78.

Moser, Peter: Die Agrarproduktion: Ernährungssicherung als Service public. In: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012: 568-620.

Moser, Peter: Mehr als eine Übergangszeit. Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkrieges. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der grosse Krieg. Baden 2014: 172-199.

Moser, Peter: Kein umstrittenes Thema mehr? Die Ernährungsfrage im Landesstreik. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 83-110.

Moser, Peter: «Motor-Kultur» statt «Dampf-Unkultur». Zur Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von Konrad von Meyenburgs Bodenfräse. In: Ferrum 91(2019): 66-75, http://doi.org/10.5169/seals-846799, 12.09.2021.

Moser, Peter: Von der Grossstadtfeindschaft zum Anti-Land-Reflex? Asymmetrische Verflechtungsgeschichten zwischen Stadt, Land, Industrie und Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert. In: Schweizer Zeitschrift für Geschichte 71(2021): 125-142, doi.org/10.24894/2296-6013.00078, 12.09.2021.

Moser, Peter; Brodbeck, Beat: Milch für alle. Bilder, Dokumente und Analysen zur Milchwirtschaft und Milchpolitik in der Schweiz im 20. Jahrhundert. Baden 2007.

Moser, Peter; Gosteli, Marthe (Hg.): Une paysanne entre ferme, marché et associations. Textes d'Augusta Gillabert-Randin 1918-1940. Baden 2005.

Moser, Peter; Varley, Tony: The State and Agricultural Modernization in the Nineteenth and Twentieth Centuries in Europe. In: Moser, Peter; Varley Tony (Hg.): Integration through Subordination. The Politics of Agricultural Modernisation in Industrial Europe (Rural History in Europe 8). Turnhout 2013: 13-39. (=Moser, Varley 2013a)

Moser, Peter; Varley, Tony (Hg.): Integration through Subordination. The Politics of Agricultural Modernisation in Industrial Europe (Rural History in Europe 8). Turnhout 2013. (=Moser, Varley 2013b)

Müller, Angela; Rauh, Felix (Hg.): Wahrnehmung und mediale Inszenierung von Hunger im 20. Jahrhundert (Itiniera 37). Basel 2014.

Müller, Felix: Grütliverein. In: Historisches Lexion der Schweiz (e-HLS), Version vom 22.12.2010, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017397/2010-12-22/, 12.09.2021.

Müller, Uwe: Modernisierung oder Diskriminierung? Siedlungspolitik in den preussischen Ostprovinzen zwischen nationalitäten- und agrarpolitischen Zielen. In: Müller, Uwe (Hg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas13). Berlin 2006: 141-165.

Müller, Uwe (Hg.): Ausgebeutet oder alimentiert? Regionale Wirtschaftspolitik und nationale Minderheiten in Ostmitteleuropa (Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas 13). Berlin 2006.

Müller, Uwe: Die innere Kolonisation in den preussischen Ostprovinzen um 1900 als Muster für die ostmitteleuropäischen Landreformen nach dem Ersten Weltkrieg? In: Střed. Časopis pro mezioborová studia Střední Evropy 19. a 20. století 2 (2014): 9-29.

Nast, Matthias: Überflutet – überlebt – überlistet. Die Geschichte der Juragewässerkorrektion. Nidau 2006.

Nelson, Robert L.: The Archive for Inner Colonization, the German East, and World War I. In: Nelson, Robert L. (Hg.): Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 Through the Present. New York 2009: 65-93.

Nelson, Robert L. (Hg.): Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East. 1850 Through the Present. New York 2009.

Nelson, Robert L.: From Manitoba to the Memel: Max Sering, Inner Colonization and the German East. In: Social History 15 (2010): 439-457.

Nepfer, Matthias: Die Wohnungsfrage in der Stadt Bern 1888-1950. Regulierung des Wohnverhaltens durch sozialen Wohnungsbau? Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Zürich. Zürich 1996.

Neumann, Jannik: Die Verwissenschaftlichung der Schweizer Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. Eine themenorientierte Fallstudie der Geschichte der landwirtschaftlichen Abteilung des eidgenössischen Polytechnikums in Zürich. Unveröffentlichte Masterarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2020.

Nitzschke, August; Ritter, Gerhard A.; Peukert, Detley J. K. (Hg.): Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne, 1880-1930, Band 2. Reinbek bei Hamburg 1990.

Nützenadel, Alexander: Landwirtschaft, Staat und Autarkie. Agrarpolitik im faschistischen Italien (1922-1943). Tübingen 1997.

Nützenadel, Alexander: «A Word without Famine?» Internationale Ernährungpolitik im Zeitalter der Weltkriege. In: Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und Vergleichende Gesellschaftsforschung 17/3 (2007): 12-27.

Nützenadel, Alexander: A Green International? Food Markets and Transnational Politics, c. 1850-1914. In: Nützenadel, Alexander; Trentmann, Frank (Hg.): Food and Globalization. Consumption, Markets and Politics in the Modern World (Cultures of Consumption Series 6). Oxford 2008: 153-171.

Nützenadel, Alexander; Trentmann, Frank: Introduction. Mapping Food and Globalization. In: Nützenadel, Alexander; Trentmann, Frank (Hg.): Food and Globalization. Consumption, Markets and Politics in the Modern World. (Cultures of Consumption Series 6). Oxford 2008: 1-18.

Ochsenbein, Heinz: Die verlorene Wirtschaftsfreiheit. 1914-1918: Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz. Bern 1971.

Offer, Avner: The First World War. An Agrarian Interpretation. Oxford 1989.

O'Rourke, Kevin H.; Williamson, Jeffrey G.: Globalization and History. The Evaluation of a Nineteenth Century Atlantic Economy. Cambridge 1999.

O'Rourke, Kevin H.; Williamson, Jeffrey G.: When Did Globalisation Begin? In: European Review of Economic History 6 (2002): 23-50.

Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. München ^{4}2003.

Osterkamp, Jana: Wasser, Erde, Imperium. Eine kleine Politikgeschichte der Meliorationen in der Habsburgermonarchie. In: Ganzenmüller, Jörg; Tönsmeyer, Tatjana (Hg.): Vom Vorrücken des Staates in die Fläche. Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts. Wien 2016: 179-198.

Payer, Peter: Unentbehrliche Requisiten der Grossstadt. Eine Kulturgeschichte der öffentlichen Bedürfnisanstalten von Wien. Wien 2000.

Pfister, Andreas: Diplomatie am Bau. Die Realisierung des Wasserkraftwerkes im Wäggital (1895-1926) (Marchringer Heft 55). Lachen 2013.

Pfister, Christian: Klimageschichte der Schweiz 1525-1860. Das Klima der Schweiz von 1525-1860 und seine Bedeutung in der Geschichte von Bevölkerung und Landwirtschaft (Academia Helvetica6). Bern ^{3}1988.

Pfister, Christian: Auf der Kippe: Regen, Kälte und schwindende Importe stürzten die Schweiz 1916-1918 in einen Nahrungsengpass. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 57-81. (=Pfister 2016a)

Pfister, Christian: Frieren, kalt essen und zu Fuss gehen. Die Energiekrise 1917-1919 in der Schweiz. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 113-132. (=Pfister 2016b)

Pitts, Graham Auman: "Make Them Hated in All of the Arab Countries": France Famine, and the Creation of Lebanon. In: Tucker, Richard P.; Keller, Tait; McNeill, John Robert; Schmid, Martin (Hg.): Environmental Histories of the First World War. Cambridge 2018: 175-190.

Pohl, Hans: Aufbruch der Weltwirtschaft. Geschichte der Weltwirtschaft von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1989.

Pohl, Hans: Trends in der Weltwirtschaft vom der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. In: Denzel, Markus A. (Hg.): Vom Welthandel des 18. Jahrhunderts zur Globalisierung des 21. Jahrhunderts. Leipziger Überseetagung (Beiträge zur europäischen Überseegeschichte 92). Stuttgart 2007: 53-65.

Posener, Julius (Hg.) Ebenezer Howard: Gartenstädte von morgen – Ein Buch und seine Geschichte. Birkhäuser 2015.

Prinz, Michael (Hg.): Der lange Weg in den Überfluss. Anfänge und Entwicklung der Konsumgesellschaft seit der Vormoderne (Forschungen zur Regionalgeschichte 43). Paderborn 2003.

Prinz, Michael: Der Sozialstaat hinter dem Haus. Wirtschaftliche Zukunftserwartungen, Selbstversorgung und regionale Vorbilder: Westfalen und Südwestdeutschland 1920-1960 (Forschungen zur Regionalgeschichte 69). Paderborn 2012.

Ragaz, Christine; Mattmüller, Markus; Rich, Arthur (Hg.): Leonhard Ragaz in seinen Briefen. 2. Band: 1914-1932. Zürich 1982.

Raphael, Lutz: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft 2 (1996): 165-193.

Raphael, Lutz: Ordnungsmuster und Selbstbeschreibungen europäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert. In: Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Wien 2012: 9-20.

Reif, Heinz: Städte und Städteagglomerationen der Montanindustrie in Deutschland, 1850-1914. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1 (2012): 15-28.

Reimann, Aribert: Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator? In: Politik und Zeitgeschichte B29/30 (2004), http://www.bpb.de/apuz/28201/der-erste-weltkrieg-urkatastrophe-oder-katalysator?p=all, 12.09.2021.

Reitmayer, Morten: Politisch-soziale Ordnungsentwürfe und Meinungswissen über eine Gesellschaft in Europa im 20. Jahrhundert – eine Skizze. In: Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Wien 2012: 37-63.

Reulecke, Jürgen: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt am Main 1985.

Reulecke, Jürgen: Lebenswürfe – Irritationen und Formierungen, In: Werber, Niels; Kaufmann, Stefan; Koch, Lars (Hg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch. Stuttgart 2014: 85-95.

Riggenbach, Heinrich: Pjotr Kropotkin. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 04.11.2008, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/028373/2008-11-04/, 12.09.2021.

Ritzmann, Iris: Cholera: In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 23.02.2005, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/022717/2005-02-23/, 12.09.2021.

Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner: Alternative Neue Welt. Die Ursachen der schweizerischen Überseeauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Zürich 1997.

Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner: In überseeische Länder ausgewanderte Personen nach Kantonen 1841-1955. In: Historical Statistics of Switzerland Online, Version vom 02.12.2013, http://www.fsw.uzh.ch/hstat/nls_rev/overview.php, 12.09.2021.

Roerkohl, Anne: Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges. Stuttgart 1991.

Rohkrämer, Thomas: Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880-1933. Paderborn 1999.

Rossfeld, Roman: Schweizer Schokolade: Industrielle Produktion und kulturelle Konstruktion eines nationalen Symbols 1860-1920. Baden 2007.

Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias: Zwischen den Fronten oder an allen Fronten? Eine Einführung. In: Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. Zürich 2008: 11-59.

Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. Zürich 2008.

Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der grosse Krieg. Baden 2014.

Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden 2018.

Salathé, André: Viktor Fehr. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 03.01.2005, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/030445/2005-01-03/, 12.09.2021.

Saldern, Adelheid von: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute. Bonn 1997.

Salvisberg, Melanie: Der Hochwasserschutz an der Gürbe. Eine Herausforderung für Generationen (1855-2010) (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 7). Basel 2017.

Sarasin, Phillip: «Schweizerart ist Bauernart». Warum wir die Bauern so lieben. In: Geschichte der Gegenwart. Beiträge zur öffentliche Debatte, Veröffentlichung vom 10.05.2016, https://geschichtedergegenwart.ch/schweizer-art-ist-bauernart-warum-wir-die-bauern-so-lieben/, 12.09.2021.

Schivelbusch, Wolfgang: Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939. Frankfurt am Main 2008.

Schmid-Weiss, Gertrud: Schweizer Kriegsnothilfe im Ersten Weltkrieg. Eine Mikrogeschichte des materiellen Überlebens mit besonderer Sicht auf Stadt und Kanton Zürich (Zürcher Beiträge zur Geschichtswissenschaft 10). Köln 2019.

Schmidtke-Glamann, Wolf-Dieter: Städtewachstum und Industrialisierung. Ein historisches Phänomen im Spiegel theoretischer Erklärungsversuche. Kiel 1988.

Schneider, Lukas M.: Die Politik des Bundes gegenüber projektierten Kolonisationsunternehmen in Argentinien und Brasilien. Ein Beitrag zur organisierten Auswanderung aus der Schweiz (1880-1939). Bern 1998.

Schnyder, Bernhard: Zivilgesetzbuch (ZGB). In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 18.11.2014, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/030734/2014-11-18/, 12.09.2021.

Schott, Dieter: Europäische Urbanisierung (1000-2000). Eine umwelthistorische Einführung. Köln 2014.

Schraepler, Ernst: Einleitung. In: Kautsky, Karl: Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Bielefeld 1966: XII. [Erstauflage 1899]

Schwab, Andreas: Monte Verità. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 17.11.2009, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/027825/2009-11-17/, 12.09.2021.

Schwab, Andreas: Erich Mühsam. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 14.01.2009, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/042862/2009-01-14/, 12.09.2012.

Segesser, Daniel Marc: Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive. Wiesbaden 2010.

Segesser, Daniel Marc: Nicht kriegführend, aber doch Teil eines globalen Krieges. Perspektiven auf die transnationalen Verflechtungen der Schweiz im Ersten Weltkrieg. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 63/3 (2013) : 364-381.

Segesser, Daniel Marc: Controversy: Total War. In: International Encyclopedia of the First World War, Version 1.0, 08.10.2014, https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/controversy_total_war, 12.09.2021.

Segesser, Daniel Marc: Zwischen *Weiji* und dem Tod von Marie Ankenhafen: Globale Herausforderungen und Krisen in der Ressourcenmobilisierung. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 29-55.

Sennett, Richard: Die offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens. München 2018.

Serels, Steven: Starving for Someone Else's Fight: The First World War and Food Insecurity in the African Red Sea Region In: Tucker, Richard P.; Keller, Tait; McNeill, John Robert; Schmid, Martin (Hg.): Environmental Histories of the First World War. Cambridge 2018: 208-230.

Shanin, Teodor: The Awkward Class. Political Sociology of Peasantry in a Developing Society. Russia 1910-1925. Oxford 1972.

Siegenthaler, Hansjörg: Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Konjunkturgeschichte als Gegenstand der Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte. In: David, Thomas; Mathieu, Jon; Schaufelbuehl, Janick Maria; Straumann, Tobias (Hg.): Krisen. Ursachen, Deutungen und Folgen (Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 27). Zürich 2012: 31-44.

Singeisen, Raphael: Veränderungen der Agrarlandschaft als Ergebnis der Auswirkungen der Agrarmodernisierung und der Meliorationen seit 1850. Analyse von drei Fallregionen im Kanton Bern. Unveröffentlichte Inauguraldissertation am Geographischen Institut der Universität Bern. Bern 2013.

Skoneczny, Ingo: Regionalplanung im faschistischen Italien. Die Besiedlung der pontinischen Sümpfe (Arbeitshefte des Institutes für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin 25). Berlin 1983.

Soutou, Georges-Henri: L'or et le sang: Les buts de guerre économique de la Première Guerre mondiale. Paris 1989.

Speich, Daniel: Helvetische Meliorationen. Die Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse an der Linth (1783-1823) (Interreferenzen 6). Zürich 2003.

Staus, Liliane: Die innere Kolonisation als Spiegel der Debatte um die Bedeutung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Unveröffentlichte Magisterarbeit an der Philologischen, Philosophischen und Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau. Freiburg im Breisgau 2009.

Stein, Anne-Dore: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen. Willhelm Polligkeit zwischen individueller Fürsorge und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus (Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit 4). Wiesbaden 2009.

Steiner, Sebastian: Unter Kriegsrecht. Die schweizerische Militärjustiz 1914-1920 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 4). Zürich 2018.

Steinkühler, Martin: Agrar- oder Industriestaat. Die Auseinandersetzung um die Getreidehandels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches 1879-1914. Frankfurt am Main 1992.

Stettler, Peter: August Huggler. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 24.11.2006, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/003655/2006-11-24/, 12.09.2021.

Stettler, Peter: Robert Grimm. In: Historisches Lexikon der Schweiz (eHLS), Version vom 23.11.2017, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/004516/2017-11-23/, 12.09.2021.

Stöcker, Georg: Agrarideologie und Sozialreform im Deutschen Kaiserreich. Heinrich Sohnrey und der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege 1896-1914. Göttingen 2011.

Stone, Norman: Europe Transformed 1878-1919. Oxford ²1999.

Strub, Brigitta: Muttenz. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 02.09.2010, https://beta.hls-dhs-dss.ch/de/articles/001197/2010-09-02/, 12.09.2021.

Stuber, Martin; Moser, Peter; Gerber-Visser Gerrendina; Pfister, Christian (Hg.): Kartoffeln, Klee und kluge Köpfe. Die Oekonomische und Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Bern OGG (1759-2009). Bern 2009.

Stuber, Martin; Bürgi, Matthias: Vom «eroberten Land» zum Renaturierungsprojekt. Geschichte der Feuchtgebiete in der Schweiz seit 1700 (Bristol Schriftenreihe Band 59). Bern 2018.

Stucki, Lukas: Von einer Strafkolonie zur landwirtschaftlichen Modelvollzugsanstalt. Die Entwicklung der Strafanstalt Witzwil im internationalen Kontext. Unveröffentlichte Masterarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2016.

Summermatter, Stephanie: Die Prävention von Überschwemmungen durch das politische System der Schweiz von 1848-1991. Dissertation am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2012. Einsehbar unter: https://boris.unibe.ch/97587/, 12.09.2021.

Suter, Paul: Das Freidorf bei Muttenz. In: Baselbieter Heimatblätter 42/3 (1977): 181-187.

Sutcliffe, Anthony: Towards the Planned City. Germany, Britain, the United States and France 1780-1914. Oxford 1981.

Sutcliffe, Anthony: Urban Planning in Europe and North America before 1914: International Aspects of a Prophetic Movement. In: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Geografische Aspekte. Köln 1983: 441-473.

Taleb, Nassim Nicholas: The Black Swan. The Impact of the Highly Improbable. London 2007.

Tanner, Jakob; Siegrist, Hannes; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Geschichte der Konsumgesellschaft. Märkte, Kultur und Identität (15.-20. Jahrhundert) (Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 15). Zürich 1998.

Tanner, Albert: Anbauschlacht. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 21.05.2010, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013783/2010-05-21/, 12.09.2021.

Tanner, Jakob: Die Schweiz im Grossen Krieg. Plädoyer für eine transnationale Geschichte. In: Rossfeld, Roman; Buomberger, Thomas; Kury, Patrick (Hg.): 14/18. Die Schweiz und der Grosse Krieg. Baden 2014: 8-18.

Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. München 2015.

Tanner, Jakob: Ernährung – Verwissenschaftlichung und Ideologisierung. Postultate und Statisitik (1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 01.03.2017, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016224/2017-03-01/, 12.09.2021.

Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und Geografische Aspekte. Köln 1983.

Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Stadtwachstum, Industrialisierung, Sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert (Schriften des Vereins für Socialpolitik Neue Folge 156). Berlin 1986.

Thompson, Edward Palmer: The Moral Economy of the English Crowd in the Eigthteenth Century. In: Past and Present 50 (1971): 76-131.

Thompson, Edward Palmer: Die «sittliche Ökonomie» der englischen Unterschicht im 18. Jahrhundert. In: Puls, Detlev (Hg.): Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert. Frankfurt am Main 1979: 13-80.

Thut, Walter: «The first steep in good husbandry». Drainröhren – ihre Entwicklung und Verbreitung. Ein Beitrag zur Technikgeschichte der Landwirtschaft mit spezieller Berücksichtigung der Schweiz. Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 1996.

Thut, Walter: Ein Anstaltsdirektor als Pionier der Innenkolonisation – Otto Kellerhals. In: Stuber, Martin; Moser, Peter; Gerber-Visser, Gerrandina; Pfister, Christian (Hg.): Kartoffeln, Klee und kluge Köpfe. Die Oekonomische und Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Bern OGG (1759-2009). Bern 2009: 195-198.

Torp, Cornelius: Weltweitschaft vor dem Weltkrieg. Die erste Welle ökonomischer Globalisierung vor 1914. In: Historische Zeitschrift 279/3 (2004): 561-609.

Tucker, Richard P.; Keller, Tait; McNeill, John Robert; Schmid, Martin (Hg.): Environmental Histories of the First World War. Cambridge 2018.

Turcan, Ayse: Proletarische Welt. Leben und Lebenswelt des kommunistischen Buchdruckers Fritz Jordi. Unveröffentlichte Masterarbeit am Historischen Institut der Universität Bern. Bern 2015.

Uekötter, Frank: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 81) München 2007.

Uekötter, Frank: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft (Umwelt und Gesellschaft 1). Göttingen 2011.

Van de Grift, Liesbeth: On New Land a New Society. Internal Colonisation in the Netherlands, 1918-1940. In: Contemporary European History 22/04 (2013): 609-626.

Van de Grift, Liesbeth: Introduction: Theories and Practices of Internal Colonization. The Cultivation of Lands and People in the Age of Modern Territoriality. In: International Journal for History, Culture and Modernity 3/2 (2015): 139-158.

Van de Grift, Liesbeth: Cultivating Land and People. Internal Colonization in Interwar Europe. In: Van de Grift, Liesbeth; Ribi Forclaz, Amalia (Hg.): Governing the Rural in Interwar Europe (Routledge Studies in Modern European History 48). London 2018: 68-92.

Van de Grift, Liesbeth; Ribi Forclaz, Amalia (Hg.): Gouverning the Rural in Interwar Europe (Routledge Studies in Modern European History 48). London 2018.

Van de Ven, G. P.: Man-made Lowlands. History of Water Management and Land Reclamation in the Netherlands. Utrecht ^{4}2004.

Van Laak, Dirk: Weisse Elefanten. Anspruch und Scheitern technischer Grossprojekte im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1999.

Van Laak, Dirk: Infra-Strukturgeschichte. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (2001): 367-393.

Van Laak, Dirk: Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts – eine einflussreiche «Hintergrundideologie». In: Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Wien 2012: 101-128.

Van Laak, Dirk: Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur. Frankfurt am Main 2018.

Van Molle, Leen; Segers, Yves (Hg.): The Agro-Food Market: Production, Distribution and Consumption (Rural Economy and Society in North-Western Europe, 500-2000 3). Turnhout 2013.

Veyrassat, Béatrice: Wirtschaft und Gesellschaft an der Wende zum 20. Jahrhundert. In: Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel 2012: 33-81.

Vincent, Paul C.: The Politics of Hunger. The Allied Blockade of Germany, 1915-1919. Athens, OH 1985.

Vischer, Daniel L.: Die Geschichte des Hochwasserschutzes in der Schweiz. Von den Anfängen bis ins 19. Jahrhundert (Berichte des BWG, Serie Wasser 5). Bern 2003.

Wagner, Phillip: Stadtplanung für die Welt? Internationales Expertenwissen 1900-1960 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 220). Göttingen 2016.

Wakeman, Rosemary: Practicing Utopia. An Intellectual History of the New Town Movement. Chicago 2016.

Walter, François: Bedrohliche und bedrohte Natur. Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800. Zürich 1996.

Ward, Stephen V.: Planning and Urban Change. London 1994.

Weber, Florian: Société Suisse de Surveillance Economique (SSS). In: Daniel, Ute; Gatrell, Peter; Janz, Oliver; Jones, Heather; Keene, Jennifer; Kramer, Alan; Nasson, Bill (Hg.): International Encyclopedia of the First World War. 1914-1918, Version vom 02.07.2015. Einsehbar unter DOI: doi.org/10.15463/ie1418.10678, 12.09.2021.

Weber, Florian: Die amerikanische Verheissung. Schweizer Aussenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg 1). Zürich 2016.

Weinreb, Alice: Beans are Bullets, Potatoes are Powder: Food as a Weapon during the Frist World War. In: Tucker, Richard P.; Keller, Tait; McNeill, J.R; Schmid, Martin (Hg.): Environmental Histoires of the First World War. Cambridge 2018: 19-37.

Weipert, Matthias: «Mehrung der Volkskraft». Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890-1933. Paderborn 2006.

Werber, Niels; Kaufmann, Stefan; Koch, Lars (Hg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch. Stuttgart 2014.

Wiehn, Erhard Roy (Hg.): Meyer, Bernhard – Interessante Zeitgenossen. Lebenserinnerungen eines jüdischen Kaufmanns und Weltbürgers 1866-1946. Konstanz 1998.

Wiget, Josef: Wägital. In: Historisches Lexikon der Schweiz (e-HLS), Version vom 20.08.2013, https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007416/2013-08-20/, 12.09.2021.

Winter, Jay (Hg.): The Cambridge History of the First World War. The State Volume 2. Cambridge 2014.

Wipf, Christian: Die Massnahmen des Bundes zur Vermehrung der inländischen Kartoffel- und Getreideproduktion währen des Ersten Weltkrieges. In: Krämer, Daniel; Pfister, Christian; Segesser, Daniel Marc (Hg.): «Woche für Woche neue Preisaufschläge». Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkon-

flikte in der Schweiz des Ersten Weltkrieges (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte WSU 6). Basel 2016: 191-209.

Wolf, Siegbert: Gustav Landauer zur Einführung. Hamburg 1988.

Ziegler, Beatrice: Arbeit – Körper – Öffentlichkeit. Berner und Bieler Frauen zwischen Diskurs und Alltag (1919-1945). Zürich 2007.

Zima, Peter V.: Moderne/Postmoderne. Gesellschaft, Philosophie, Literatur. Tübingen 2014.

Zitelmann, Reto: «Nackte, feuchte Mauerwände» und das Dach «stellenweise undicht». Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft, Wohnungsnot und Wohnungspolitik. In: Rossfeld, Roman; Koller, Christian; Studer, Brigitte (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918. Baden 2018: 61-78.

Zürcher, Markus: Jacob Lorenz. Vom Sozialisten zum Koporationentheoretiker. In: Mattioli, Aram (Hg.): Intellektuelle von rechts. Ideologie und Politik in der Schweiz 1918-1939. Zürich 1995: 219-238.

Online-Tools und Datenbanken

Pfister, Christian; Studer, Roman: Swistoval. The Swiss Historical Monetary Value Converter, http://www.swistoval.ch/, 12.09.2021.

Produzenten und Importpreisindex (GPI) und Konsumenten-preisindex (KPI) nach Herkunft der Ware 1804-2003, 1993=100 (Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert). In: Historische Statistik der Schweiz HSSO, 2012. Tab. H39, hsso.ch/2012/h/39, 12.09.2021.

Online-Datenbank zu Personen der ländlichen Geschichte – Archiv für Agrargeschichte (AfA) (=AfA-Personendatenbank):

[O.A.] Bernhard, Hans (1888-1942)--DB297. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Bernhard,_Hans_(1888_1942)__DB297.html, 12.09.2021.

[O.A.] Fehr, Viktor (1846-1938)--DB1008. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Fehr,_Viktor_(1846_1938)__DB1008.html, 12.09.2021.

Moser, Peter; Flückiger, Daniel: Gillabert-Randin, Augusta (1869-1940)--DB1259. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021,

https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Gillabert_Randin,_Augusta_(1869_1940)__DB1259.html, 12.09.2021.

[O.A.]: Girsberger, Johann (1871-1930)--DB1269. In: AfA-Online Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Girsberger,_Johann_(1871_1930)__DB1269.html, 12.09.2021.

[O.A.] Hardegger, Margarethe (1882-1963)--DB4578. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Hardegger,_Margarethe_(1882_1963)__DB4578.html, 12.09.2021.

[O.A.] Kellerhals, Johann Otto (1870-1945)--DB1892. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Kellerhals,_Johann_Otto_(1870_1945)__DB1892.html, 12.09.2021.

[O.A.] Kleiber, Max (1893-1976)--DB1937. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Kleiber,_Max_(1893_1976)__DB1937.html, 12.09.2021.

[O.A.]: Koch, Josef--DB1957. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Koch,_Josef__DB1957.html, 12.09.2021.

Moser, Peter; Flückiger, Daniel: Laur, Ernst Ferdinand (1871- 1871-1964)--DB2092. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Laur,_Ernst_Ferdinand_(1871_1964)__DB2092.html, 12.09.2021.

[O.A]: Lorenz, Jacob (1883-1946)--DB2178. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Lorenz,_Jacob_(1883_1946)__DB2178.html, 12.09.2021.

[O.A.] Martinet, Gustave (1861-1928)--DB2277. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Martinet,_Gustave_(1861_1928)__DB2277.html, 12.09.2021.

Moser, Peter; Flückiger, Daniel: Rödiger, Fritz (1824-1909). In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Roediger,_Fritz_(1824_1909)__DB2898.html, 12.09.2021.

[O.A.] Vital, Not (1907-1986)--DB3654. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom September 2021, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Vital,_Not_(1907_1986)__DB3654.html, 12.09.2021.

[O.A.] Deutsch: Zwicky, Caspar (1863-1935)--DB3974. In: AfA Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, Version vom August 2018, https://www.histoirerurale.ch/pers/personnes/Zwicky,_Caspar_(1863_1935)__DB3974.html, 12.09.2021.